



7469093

Politische Geschichte

der

Gegenwart.

c
Begründet von Wilhelm Müller

und fortgeführt

von

Dr. Karl Wippermann.

XXVI.

Das Jahr 1892.



Danziger Zeitung
Redaktion

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1893.

~~UNIWERSYTET GDAŃSKI
INSTYTUT HISTORII
Gdańsk - Oliwa
ulica Wita Stwosza 55~~

1386



C II 51687



Biblioteka Główna

UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO



1100586673

V o r w o r t.

Nachdem der Begründer und langjährige Herausgeber dieses Werkes, der Gymnasial-Professor Wilhelm Müller in Ravensburg, im Januar v. J. gestorben ist, hat die Verlagsbuchhandlung die Fortführung des Werks mir übertragen und habe ich bereits im vorigen Jahre das von Müller unvollendet hinterlassene Jahrbuch für 1891 durch den das Ausland betreffenden Teil vervollständigt.

Ich sehe es als meine Aufgabe an, die Vorgänge im wesentlichen in der Art und Weise vorzuführen, wie sie bisher so lange Zeit vielen Anklang gefunden hat, insbesondere die Darstellung von einer politischen Parteirichtung fernzuhalten. Infolge einer Anregung in der Presse ist diesmal dem Auslande ein etwas größerer Umfang eingeräumt worden, als bisher; ich hoffe zu erfahren, ob diese Änderung allgemeinen Anklang findet.

Das Jahr 1892 nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Der Friede wurde nirgends gestört, aber in einer Reihe von Staaten wurden in Hinblick auf die Möglichkeit eines europäischen Kriegs die militärischen Sicherheitsmaßregeln fortgesetzt. Staaten zweiten Ranges, wie Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, entwickelten hierin großen Eifer; die größte Sicherheit für Erhaltung des allgemeinen Friedens erstrebten jedoch die deutschen Bundesregierungen durch eine im November dem Reichstage gemachte, die Bevölkerung aber schon seit dem Sommer lebhaft bewegende Heeres-Vorlage, vermöge deren wir sogar einem gleichzeitigen Angriffe von Westen und Osten gewachsen sein sollen. Ebenso allgemein wie die Sorge um die Wehrfähigkeit war die um die Arbeiterfrage, von der namentlich Belgien

und Spanien bewegt wurden. Die inneren Verhältnisse des deutschen Reichs wurden, außer der Militärvorlage, vor allem durch den Entwurf eines preussischen Volksschulgesetzes kirchlich-konfessionellen Charakters beherrscht. Nachdem er gegen die gemäßigten Parteien nicht hatte durchgesetzt werden können, brachten diese in Mittel- und Süddeutschland dem Fürsten Bismarck gelegentlich seiner Reisen begeisterte Huldigungen, während die Parteien, die unterlegen waren, große Mühseligkeit entfalteten, um bei einer Wiederkehr solcher Kämpfe sich stärker zu erweisen. In Oesterreich führten die Jungzechen dermaßen das große Wort, daß der böhmische Ausgleich abermals auf die lange Bank geschoben wurde und das gute Einvernehmen der Regierung mit der deutsch-liberalen Partei wieder in die Brüche ging. Die Ungarn brachten es fertig, nicht bloß den 25jährigen Gedenktag der Krönung Franz Josephs, sondern auch dessen unverzüglichsten Gegner Kossuth zu feiern. Italien, Spanien und Amerika begingen das Fest der vierten Jahrhundertfeier der Entdeckung der neuen Welt, Frankreich das Jahrhundertfest seiner ersten Revolution. Die französische Republik wurde zwar vom Papste zu kräftigen gesucht, aber gegen Ende ihrer Rüstungen und mitten in der Freude über die Eroberung Dahomehs erschien sie in der Panamasache vor aller Welt in sehr üblem Lichte. Rußland war von sozialen Nöthen heimgesucht, Italien vollauf mit Regelung seiner Finanzen beschäftigt, Portugal bekannte sich zum Staatsbankerott, Griechenland kam diesem sehr nahe. In Großbritannien kam Gladstone wieder ans Ruder, um einen neuen Versuch mit Home-Rule zu machen, in Spanien Sagasta behufs Errichtung einer liberalen Regierung. Die Zustände in Rumänien und Bulgarien gewannen an Festigkeit, die Serbiens wurden schwankend.

Groß-Lichterfelde, im März 1893.

Dr. Karl Wippermann.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Deutsche Reich.

S. 1—220.

	Seite		Seite
Neujahrsempfang b. Kais. Wilh. II.	1	Ersetzung des Kultusministers Grafen	
In der Ruhmeshalle	2	Zedlitz durch Dr. Bosse	30
Gedächtnistage	2	Verhandl. im Reichstag über diese	
Eidesleistung des Erzbischofs v. Sta-		Wendung	32
blewski	2	Verhandl. im pr. Abg.-Hause über	
Ausprache des Kaisers in Kiel . . .	4	d. Trennung d. ersten Staatsämter	33
Das württembergische Königspaar in		Verschiedene Etatsfragen im Reichstag	36
Berlin	5	Frage der Änderung der Militär-	
Geburtstag des Kaisers	6	strafprozessordnung	37
Taufe d. Prinzen Friedr. Sigismund	8	Behandlung d. Verwundeten in künftigen	
Die politische Lage im Innern . . .	8	Kriegen	40
Die Diätenfrage im Reichstag . . .	9	Fragen des Marineetats	40
Die Frage der Dampferlinien . . .	10	Freiheit des Privateigentums zur	
Eröffnung des preuß. Landtags	10	See im Kriege	42
Entwurf eines preuß. Volksschul-		Fragen der Schutzgebiete	43
gesetzes	11	Zur Befestigung Helgolands	43
Die Presse über diesen Entwurf . . .	12	Der preuß. Staatshaushalts-	
Bewegung bezüglich desselben . . .	14	etat für 1892—93	44
Verhandl. über ihn bei der Etats-		Frage der Fortführung der preuß.	
beratung	15	Steuerreform	46
Beratung d. Volksschulgesetzentwurfs	18	Aufhebung des Welfenfonds	46
Erregung und Kundgebungen d. Be-		Stolgebühren und Schloßlotterie . . .	48
völkerung	21	D. kön. Theater in d. neuen Provinzen	49
Der Kaiser bei parlament. Diners	24	Polizeikostengesetz	50
Rede d. Kaisers beim Festmahl		Buß- und Betttag	51
des brandenburgischen Landtags . .	25	Die konservative Partei in	
Fortgesetzte Bekämpfung des Volks-		Preußen	52
schulgesetzes	28	Haltung der Centriumpartei	53
Wendung in dieser Frage	29	Wallfahrt nach Fulda	54
Ministerpräsident Graf. Eulenburg	30	Die deutsch-hannov. Partei	55

	Seite		Seite
Staatssekretär Hanauer	55	Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren	111
Rundgebungen f. Fürst Bismarck	56	Erlaß bez. des roten Adlerordens	114
Feier von dessen Geburtstag . .	58	Der König von Schweden in Potsdam	114
Dankfagung des Fürsten	63	Das italienische Königspaar in Potsdam.	115
Fernere Huldigungen für ihn . .	63	Verlobung d. Prinzess. Margarete von Preußen.	115
Frage d. Ausöhnung mit d. Kaiser	66	Trinkspruch d. Kaisers auf d. ital. Gäste	115
Fürst Bismarck in Dresden . . .	68	Dieselben in Berlin	117
Fürst Bismarck in Wien	72	Taufrede des Kaisers auf die neue Facht Hohenzollern in Stettin .	118
Die Presse über d. Reise d. Fürsten	73	Reise des Kaisers nach Norwegen	119
Polit. Gespräche d. Fürsten in Wien	74	Der Kaiser in England	119
Fürst Bismarck in München . . .	76	Rücktritt d. Ministers Herrfurth	120
Derselbe in Augsburg	82	Katholikentag in Mainz	122
Eindruck d. süddeutschen Huldigungen	84	Gärung in der konservat. Partei	126
Fürst Bismarck über die Frage der Versöhnung u. seine Entlassung	86	Haltung der polnischen Partei .	127
Gegensatz des Fürsten zum Reichskanzler	87	Aufruf des Evangelischen Bundes	129
Erlasse des Reichskanzlers bez. des Fürsten	88	Streitfrage bez. d. Apostolikums	130
Huldigungen v. Württembergern in Kissingen f. d. Fürsten Bismarck	90	Trinkspruch des Kaisers auf den Kaiser von Oesterreich	133
Huldigungen von Franken	91	Der Kaiser in Pommern u. Ostpreußen	133
Huldigungen v. Badenern, Hessen, Thüringern	92	Dank des Kaiserpaars	134
Rede d. F. Bismarck in Kissingen	93	Der Kaiser in Wien	134
Empfang des Fürsten in Jena . . .	94	Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche .	134
Rede d. Fürsten auf d. Marktplatz in Jena	97	Taufe d. Prinzessin Viktoria Luise	135
Der Fürst in Spandau und Berlin	100	Reformationsfest in Wittenberg	136
Umrufen soz.-dem. Arbeiter in Berl.	101	Rede des Kaisers in Wittenberg .	139
Fürstl. Besuche am kön. Hofe in Berl.	101	Erlaß des Oberkirchenrats bez. des Apostolikums	140
Der Kaiser an der Saar	102	Die Frage der Vermehrung des deutschen Heeres	141
Ableben der Großherzogin-Mutter Alexandrine von Meckl.-Schwerin	102	Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke d. d. Heeres	142
Eintritt d. Kronprinzen ins Heer	103	F. Bismarck üb. d. Militärvorlage	143
Rede des Kaisers in Stettin . . .	105	Derselbe üb. die Kriegsfrage v. 1875	145
Empfang desselben in Danzig . . .	106	Ders. üb. d. Deutschenhaß in Rußland u. d. Vertrag mit England	146
Seine dortige Rede	107	Ders. üb. d. Emser Depesche v. 1870	147
Die Königinnen d. Niederlande in Potsdam und Berlin	108		
Trinkspruch des Kaisers auf die Königinnen	109		
Verlob. des Pr. Ferdinand v. Hohenz.	111		

	Seite		Seite
Derf. über einen Krieg mit Rußland	148	Die Parteien	192
Erörterungen über die Landwehr.	149	Großherzogtum Baden	193
Eröffnung d. preuß. Landtags	150	Die Parteien	193
Steuerreformplan	151	Landtag	194
Die Steuervorlagen im Abgeord- netenhause	153	Volksschulgesetz	195
Das Herrenhaus	156	Religiöse Orden	195
Eröffnung des Reichstags..	156	Direktes Wahlrecht	195
Der Reichskanzler üb. d. Militär- vorlage	158	Rücktritt Bameys	196
Der Reichshaushaltsetat f. 1893/94	163	Schluß des Landtags	196
Erste Etatsberatung im Reichstag	164	Ansprache des Großherzogs	197
Programm d. konservativen Partei.	165	Schrift über Kaspar Hauser	197
Parteitag der Konservativen	166	Regierungsjubiläum	197
Parteitag der Sozialdemokraten	168	Toast auf d. König v. Württemberg	199
Prozeß Ahlwardt.	168	Ultramontane Partei	199
D. Militärvorlage im Reichstag	169	Königreich Württemberg	199
Das Kaiserpaar	172	Pfarrer Schrempf u. d. Apostelikum	200
Sonstige Angelegenheiten im Reichs- tag	173	Die Frage der Männer-Orden	201
Versetzung hoher Militärs	174	Die deutsche Partei	202
Versetzung von Gesandten	175	Der König in Weimar	204
Tod hervorragender Personen	176	Geburtstag des Königs	204
Kolonialrat	180	Trinkspruch d. Königs auf d. König von Sachsen	205
Schutzgebiet in Ostafrika	181	Der König in Tübingen	205
Schutzgebiet in Südwestafrika	182	Herzog Wilhelm.	206
Elfaß-Lothringen	183	Der König in Reutlingen	206
Landesausschuß	183	Königin Charlotte	206
Reisen des Statthalters	184	Die königliche Familie	207
Nationaldenkmal in Metz	184	Staatshaushalt	207
Stimmung im Reichslande	185	Königreich Baiern	207
Bremen und Hamburg	185	Der Landtag	207
Lübeck, Meuß, Schwarzburg, Lippe	186	Redemptoristenfrage	208
Anhalt, Meiningen, Ko- burg, Braunschweig	187	Gymnasialreform	209
Großherzogtum Mecklenburg	188	Militärische Gerichtsbarkeit	209
Großherzogtum Hessen	189	Mißhandlung von Soldaten	209
Regierungswechsel	189	Über d. pr. Volksschulgesetzentwurf	210
Königreich Sachsen	191	Finanzgesetz	212
Prinz Georg	191	Altkatholikenfrage	212
Landtag	191	Parteiabewegung	213
		Teufelaustreibung in Wendling	214
		Spaltung in d. ultramontanen Partei	216
		Heeresdenkmal in München	217
		Der König v. Württemb. in München	218
		Die königliche Familie	219

Österreich-Ungarn.

S. 220—257.

	Seite		Seite
Deutsch-liberale Partei	220	Neue Spannung zwischen d. deutsch- liber. Partei und der Regierung	239
Die böhmische Ausgleichs- frage	221	Rücktritt d. Ministers Graf Kuen- burg	239
Der böhmische Landtag	223	Slavenfreundliche Verordnungen f. Kärnten	240
Czechische Kundgebungen	226	Die kaiserliche Familie	240
Der Reichsrat	227	Nadeždy-Denkmal in Wien	241
Die Handelsverträge	227	Österreichische Totenliste	242
Die Steuerreformfrage	228	Ministerpräsident Szapary	243
Die Währungsreform	229	Schluß d. ungarischen Reichs- tags	243
Antrag auf Anklage des Justiz- ministers	230	Neuwahlen in Ungarn	244
Die deutsch-liberale u. die polnische Partei	232	Thronrede in Ofen	245
Landtage der Kronländer	232	Adressberatung im Unterhause	246
Stadt Reichenberg in Böhmen	234	Die Opposition im Reichstage	246
Eröffnung der Delegationen in Pest	235	Finanzen u. Kirchenpolitik Ungarns	248
Das gemeinsame Budget	235	Krönungs-Jubiläum in Pest	249
Ansprache des Kaisers	235	Die rumänische Nationalpartei	250
Jungczechischer Angriff auf den Dreibund	235	Evangelische und katholische Kirche	251
Dienstsprache im Heer	237	Kossuth-Feier	252
Kalmoty über die auswärtige Lage	237	Wiedereröffnung des Reichstags	253
Wiederzusammentritt des Reichs- rats	238	Ungarisches Budget für 1893	253
Paarschub	238	Honored- und Genz-Denkmale	253
Budget für 1893	238	Die niedere katholische Geistlichkeit	254
Stürmische Szenen	238	Obligatorische Zivilehe	254
Die Frage des böhmischen Lands- mannschaftsministers	239	Ministerium Welkerle	254
		Dalmatien und Kroatien	255
		Bosnien und Herzegowina	256
		Ungarische Totenliste	256

R u s s l a n d.

S. 257—267.

	Seite		Seite
Hungerstot	257	Cholera	260
Arbeitseinstellungen	258	Russifizierungsmaßregeln	261
Judenfrage	259	Finanzen	262
Neue Städteordnung	259	Panславisten	262
Befreiung der Kalmücken	259	Kundgebungen für Frankreich	263

	Seite		Seite
Die kaiserliche Familie	264	Armenische Kirche	265
Enthüllungen	264	Bamirfrage	265
Meeerengenfrage	265	Totenliste	266

Frankreich.

S. 267—295.

	Seite		Seite
Carnots Neujahrsrede	267	Festlichkeiten	278
Empfang der Kammern	267	Jahrhundertfeier d. Revolution	279
Opposition der Bischöfe	268	Französisch-russisches Fest	282
Kardinal Lanigerie	269	Die Monarchisten	282
Die religiösen Genossenschaften	270	Arbeiterbewegung in Carmaux	283
Rücktritt des Ministeriums Frey-		Kongreß der Sozialrevolutionäre	285
cinet	270	Eroberung Dahomehs	286
Ministerium Loubet	270	Panama-Kanal-Angelegenheit	287
Erneute Opposition der Bischöfe	271	Rücktritt des Ministeriums Loubet	289
Union des christlichen Frankreich	272	Ministerium Ribot	290
Der Graf von Paris	272	Rücktritt d. Finanzministers Rouvier	291
Anarchisten	273	Geständnisse Rouviers u. Floquets	292
Krieg gegen Dahomeh	274	Zollkrieg mit der Schweiz	293
Bildung eines Kolonialheeres	275	Budget	293
Expeditionen in Afrika	275	Rekrutierung und Manöver	293
Fest in Nancy	275	Kolonien	293
Marineverwaltung	277	Totenliste	294

Großbritannien und Irland.

S. 295—308.

	Seite		Seite
Tod des Herzogs von Clarence	295	Home-Rule	302
Die englische Königsfamilie	296	Arbeiterbewegung	303
Session des Parlaments	297	Der neue Erzbischof von West-	
Wahlbewegung	298	minster	304
Neuwahlen zum Unterhause	299	Kolonien in Afrika	304
Rücktritt d. Ministeriums Salis-		Ostindien und Birma	305
bury	299	Australien	306
Ministerium Gladstone	300	Kanada	307
Die Frage wegen Ugandas	301	Totenliste	307

Italien.

S. 309—334.

	Seite		Seite
Änderung im Ministerium di Rudini	309	Gesetz wegen der Kunstsammlungen	310
Handelsverträge u. Dreibundsfrage	309	Arbeiterbewegung	311

	Seite		Seite
Studentenunruhen	311	Patriotische Gedenktage	319
Erythraische Kolonie	312	Columbusfeste	321
Militärische Fragen	312	Ministerielle Reformpläne	325
Der Botschafterposten in Berlin	313	Auflösung der Deputiertenkammer	326
Staatshaushalt	314	Wahlbewegung	327
Neubildung des Ministeriums di Rudini	315	Neuwahlen	328
Rücktritt desselben	316	Thronrede des Königs	328
Ministerium Giolitti	316	Adressberatung	329
Provisorisches Budget	317	Der Senat u. d. Vorrechte d. Krone	330
Die königliche Familie	319	Papst Leo XIII.	331
		Totenliste	334

Spanien und Portugal.

S. 335—348.

	Seite		Seite
Spanischer Zolltarif	335	Ministerium Sagasta	343
Arbeiterbewegung	335	Totenliste	343
Unruhen	337	Portugals Finanzen	344
Republikanische Partei	338	Ministerium Dias Ferreira	344
Budget	338	Steuern und Ersparungen	345
Die königliche Familie	339	Behandlung der Staatsgläubiger	346
Columbusfeste	339	Neuwahl der Cortes	347
Provinzialräte	342	Kolonien	347

Belgien, Holland, Luxemburg.

S. 348—365.

	Seite		Seite
Generalakte der Antislaverei-Kon- ferenz	348	Wahlgesetzfrage	358
Handelsverträge Belgiens	348	Totenliste	358
Verfassungsänderung	349	Die Generalstaaten der Nieder- lande	359
Die Forts an der Maas	351	Parteibewegung	360
Belgiens Verhältnis zum Kongostaat	352	Festlichkeiten	361
Neuwahlen der Kammern	353	Heeresorganisation	362
Anarchisten	353	Wahlgesetzfrage	363
Verstimmung gegen Frankreich	355	Totenliste	363
Die Kammern	356	Luxemburg	363

Dänemark, Schweden, Norwegen.

S. 365—380.

	Seite		Seite
Dänischer Reichstag	365	Die Königsfamilie	366
Finanzgesetzfrage	365	Neuer Reichstag	367

	Seite		Seite
Finanz- und Verfassungsfrage	368	Arbeiterbewegung	373
Heeresorganisation	369	Militärfrage	374
Dänische Totenliste	370	Norwegischer Reichstag	374
Schwedischer Reichstag	370	Ministerkrisis	377
König Oskar	373	Die Unionsfrage	378

Schw e i z.

§. 380—385.

	Seite		Seite
Bundesversammlung	380	Internationale Kongresse	384
Befestigungen	381	Bundespräsident	385
Die Kantone	382	Parteien	385

Die Balkanstaaten und Griechenland.

§. 386—393.

	Seite		Seite
Aufstände in der Türkei	386	Verlobung des Thronfolgers	391
Bulgarien	387	Die Skupschtina in Serbien	391
Reisen des Prinzen Ferdinand	387	Gesetz über den Erbkönig Milan	391
Note nach Belgrad	388	Wechsel des Ministeriums	392
Ermordung Bultkowitzchs	388	Finanzen Griechenlands	392
Note an die Pforte	388	Rücktritt des Ministeriums De-	
Sinrichtungen in Sofia	389	lyannis	392
Stambolow in Konstantinopel	389	Gespannte Lage	393
Ausprachen des Prinzen Ferdinand	390	Ministerium Trifoupis	393
Änderung der Verfassung	390	Budget	393
Neuwahlen in Rumänien	390	Silberne Hochzeit des Königs	393
Thronrede	391	Montenegro	393

Außereuropäische Staaten.

§. 394—398.

	Seite		Seite
Thronwechsel in Ägypten	394	Ost- und Südafrika	396
Finanzen	395	Persien	396
Die Frage des Sudans	395	Sonstige Staaten Asiens	397
Marokko	395	Nordamerika	397
Kongostaat	395	Mittel- und Südamerika	398

Deutsches Reich.

Die Neujahrsfeier am Kaiserlichen Hofe nahm in der üblichen Weise ihren Verlauf. Um 10 Uhr vormittags fand in der Kapelle des königlichen Schlosses zu Berlin ein Gottesdienst statt, an welchem, außer dem Kaiserpaare, die Kaiserin Friedrich, alle Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, eine Reihe anderer deutscher Prinzen, der Hof, die Generalität, die Minister, die Mitglieder des Bundesrats, die Präsidien des Reichstags wie des Landtags und hohe Staatswürdenträger teilnahmen. Den Gottesdienst leitete Hofprediger Dryander, der in seiner Predigt darauf hinwies, daß wir nicht wüßten, was die neue Zeit bringen werde, welche Stürme uns bevorständen und was uns vielleicht genommen würde, das jetzt noch unser Schmuck sei. Es schloß sich daran ein großer Empfang im Weißen Saale des königlichen Schlosses, wo dem Throne gegenüber die Schloßgarde-Kompanie mit der Fahne Aufstellung genommen hatte. Den Vorübergang eröffnete der Reichskanzler Graf v. Caprivi, dem der Kaiser huldvoll die Hand reichte. Auch der sächsische Gesandte Graf von Hohenthal und der Staatssekretär v. Boetticher wurden durch Handreichung ausgezeichnet. Zur Paroleausgabe erschien der Kaiser in der Ruhmeshalle, wo er eine Ansprache nur militärischen Charakters hielt. Bei diesem Besuche wies der Kaiser auch den Platz an, wo die dem verewigten Feldmarschall Grafen Moltke verliehenen Ordensauszeichnungen aufbewahrt werden sollen. Es ist der Raum, der bereits die Orden, Uniformen und Waffen der beiden ersten Kaiser birgt. Ferner besichtigte der Kaiser hier die von der Familie Frieße überlassene

dänische Fahne, welche am 5. April 1849 bei Apenrade vom Infanteristen Freese unter dem heftigsten Feuer dänischer Schaluppen von dem Masten an der Landungsbrücke entfernt worden war. Schon in den ersten Tagen des Jahres trat wieder die bekannte Pietät des Kaisers für patriotische Gedenktage hervor: In einer Zuschrift an H. v. Korn in Breslau, den Verleger der „Schlesischen Zeitung“, gedachte er mit großer Anerkennung des nunmehr 150jährigen Bestehens dieses unmittelbar nach der Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich den Großen gegründeten Blattes. Zu Friedrichs ersten Regierungshandlungen dort hatte nämlich die Erteilung dieses Privilegs gehört, und die königlichen Aufrufe, aus welchen die große vaterländische Bewegung von 1813 hervorging, waren in diesem Blatte veröffentlicht. Ein anderer Gedenktag, der 11. Januar, der „Entscheidungstag von Le Mans“ im Kriege von 1871, veranlaßte den Kaiser, dem General der Infanterie v. Alvensleben den Schwarzen Adlerorden zu verleihen zur Auszeichnung des von ihm damals geführten braven 3. Armeekorps. Am Todestage der Kaiserin Augusta, den 7. Januar, begaben sich der Kaiser, seine Gemahlin und seine Mutter in das Mausoleum des Charlottenburger Schloßparks, wo sie Kränze am Sarge niederlegten. Am 12. Januar empfing der Kaiser den bis dahin seinem Namen nach unbekanntem „Böhlthäter der Eifel“, den Geh. Kommerzienrat Gruson aus Buckau-Magdeburg, und den in gleicher Weise verdienstreichen Oberst z. D. v. Giese, um für die Hilfe zu danken, welche sie den armen Bewohnern des Hohen Venn und der ganzen Eifel gebracht hatten. An demselben Tage empfing der Kaiser den neu ernannten Erzbischof von Posen und Gnesen, Florian v. Stablewski. Sein Vorgänger Dinder war schon am 30. Mai 1890 gestorben. Auf diesen war bekanntlich im Mai 1886 die Wahl gefallen, weil er ein Deutscher war und man mit dem Polen Ledochowski so üble Erfahrungen gemacht hatte. Lange hatte sich keine geeignete Persönlichkeit finden lassen. Endlich hatte man sich am 30. Dezember 1891 doch wieder für einen Polen, für jenen Propst zu Breschen entschieden, weil er am vorhergehenden 27. September auf dem polnischen Katholikentage zu Thorn eine auffallend staatsstreuere Rede gehalten hatte. Er hatte dort insbesondere betont, die Katholiken leisteten der über sie gestellten Regierung aus innerster Überzeugung Gehorsam

und die Polen wollten wegen der Zurücksetzungen, die sie erfahren zu haben glaubten, nicht aufwiegeln, sondern Rat schaffen, denn Vergeben sei in der Politik oft geboten. Die Bestätigung Stablewski's war erfolgt trotz mancher in der Presse laut gewordener Warnungen und der Hinweis, daß er zur Zeit des Kulturkampfes als Abgeordneter in der vordersten Reihe der Streiter gegen den Staat gestanden habe. Da nahm nun der Kaiser den Akt der Eidesleistung des Erzbischofs zum Anlaß, ihm, in Erinnerung an seine in Thorn ausgesprochenen Grundsätze, den Standpunkt, von dem die Regierung ausgegangen, nochmals recht deutlich vorzuführen. Er ließ sich in Person den Eid schwören, und zwar unter Entfaltung eines seit 1866 bei solchen Fällen nicht mehr üblich gewesenen Poms. Die Ansprache Stablewski's atmete den Geist seiner Thorer Rede. Durch seinen Eid, sagte er, solle Gott „Ehre werden auf Erden“ und der König habe „das Recht, nicht bloß äußern Gehorsam, sondern ehrfurchtsvolle Liebe und Hingebung zu fordern.“ Der Kaiser begann seine Erwiderung damit, er habe es für „angezeigt gehalten“, das Gelöbniß selbst entgegenzunehmen. Vorschlag und landesherrliche Anerkennung seien in dem Vertrauen erfolgt, daß der Erzbischof in seinem Amte allezeit die Grundsätze beethätigen werde, die er als Christ und Unterthan dem Könige und dem Staate schulde. „Ich erwarte,“ fuhr der Kaiser fort, „daß es Ihnen gelingen wird, soweit dies Ihres Amtes ist, die Gegensätze zu versöhnen, welche bei Kindern ein es Landes keine Berechtigung haben, und daß Sie in den Ihrer bischöflichen Obhut anvertrauten Diözesanen den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen Mich und Mein Haus, des Gehorsams gegen die von Gott geordnete Obrigkeit, der Achtung vor den Gesetzen des Landes sowie der Eintracht unter den Bewohnern desselben pflegen und nähren werden. Ich hege diese Erwartung mit um so größerer Zuversicht, da Sie diese Grundsätze selbst als die Ihrigen ohne Scheu verkündet und Mir dadurch die Gewähr geboten haben, daß der Hirtenstab der Erzdiözese fortan in einer festen, treuen und gerechten Hand ruhen wird.“ Bisher ist die auf den neuen Erzbischof gesetzte Erwartung nicht getäuscht worden; seine Ernennung ist aber, namentlich vom Fürsten Bismarck, von einem Gesichtspunkte der äußern Politik mehrfach mißbilligt worden: es soll hierdurch wie durch andere Akte einer polenfreundlicheren Politik die russische Regierung verstimmt

und mißtrauisch geworden sein, zumal Stablewski grade in seiner Thorner Rede Rußland als den „erbittertsten Feind“ der Polen und der katholischen Kirche bezeichnet hatte.

Erholung von den Regierungsgeschäften suchte der Kaiser in diesem Jahre zuerst im Bückeburger Ländchen. Am 13. Januar wurde er in Bückeburg von seinem Schwager, dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, und dessen Gemahlin, der Prinzessin Viktoria von Preußen empfangen und durch die erleuchtete Stadt zwischen Spaliere der Bürger und Vereine nach dem altertümlichen Schlosse geleitet. Am folgenden Morgen wurde er bei der Ausfahrt von den auf dem Schloßplatz und dem Schloßwall versammelten Landleuten in Nationaltracht lebhaft begrüßt. Die Fahrt ging nach dem waldigen Bückeberge, in dessen Gründen der Kaiser mit seinem Schwager Jagd auf Hirsche hielt. Nach der Heimkehr wohnte der Kaiser am 16. Januar einer Sitzung des Komitees für den Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin bei und ergriff, nach dem Vortrage des leitenden Architekten, das Wort, um auszusprechen, daß es nimmermehr an den erforderlichen Mitteln fehlen könne und werde, um, wie es unbedingt notwendig sei, das geplante Werk im Außern und Innern zu einem herrlichen, solchen Kaisers überaus würdigen zu gestalten. Am 17. Januar wurde das Krönungs- und Ordensfest, am 18. das Kapitel des hohen Ordens vom Schwarzen Adler im königlichen Schlosse zu Berlin in üblicher Weise gehalten. Am 19. Januar morgens früh um 8 Uhr traf der Kaiser in Kiel ein, begab sich alsbald an Bord des Panzerschiffs „Friedrich der Große“ und wohnte sodann der Vereidigung der jungen Marine-Mannschaften bei. Diese wurden, nach einer kirchlichen Feier in der Marienkirche, unter Vorantritt der Kapelle der 1. Matrosendivision, zum Exerzierschuppen im Hofe der Matrosenkaserne geführt, und hier hielt der Kaiser an die Neueingestellten, nachdem sie ihm den Fahneneid geleistet, eine Ansprache. Er ermahnte sie, wo sie auch sein möchten, „im Inland oder Ausland, ob zu Kolonialzwecken oder zu wissenschaftlichen Expeditionen entsendet,“ sich stets eingedenk ihrer Pflichten als deutsche Matrosen zu benehmen, treu zu Kaiser und Reich zu stehen, wo es auch immer sei, und Religion und Gottesfurcht nicht zu vergessen. Es folgte eine Anzahl Ordensverleihungen an die Marine und zum Schluß teilte der Kaiser mit, daß Prinz Heinrich

von seinen Dienstleistungen als Kommandeur der 1. Matrosendivision enthoben und zum Reichsmarineamt nach Berlin abkommandiert sei. Der Prinz hatte einige Tage vorher die auf der „Germania“-Werft in Kiel erbaute Kreuzerfregatte H bei ihrem Stapellaufe auf den Namen „Kaiserin Augusta“ getauft. Nun verabschiedete er sich von Kiel, während der Kaiser an Bord des neuen Aviso „Pelikan“, gefolgt von drei Panzerschiffen sowie der Torpedoboot-Division, unter den Klängen des Präsentiermarsches nach der Außenförde abdampfte. Nach einem dort abgehaltenen gefechtsmäßigen Manöver kehrte er nach Kiel zurück, wo er in der Kaserne des Seebataillons lebhaftes Interesse am Kriegsspiel nahm.

Nunmehr wurde der preussische Hof durch den Besuch des württembergischen Königspaares in Anspruch genommen. Es war dies die erste Reise, welche der neue König von Württemberg unternahm und das erste Mal seit Bestehen des Deutschen Reiches, daß ein süddeutscher König die Reichshauptstadt besuchte. König Wilhelm II. und Königin Charlotte wurden hier mit besonderen Ehren empfangen. In der Halle des Anhalter Bahnhofes war die Leibeskadron des Garde-Husaren-Regiments mit Standarte aufgestellt. Der Kaiser und die Prinzen begrüßten die ankommenden Gäste, welche am Abend des 24. Januar auf dem Wege zum Schloß, von Garde-Kürassieren begleitet, durch die spaliervbildenden Truppen fuhren und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ feierte die in dem Besuche verkörperte Zusammengehörigkeit der deutschen Nation und ihrer Fürstenthümer, sowie die stete Reichstreue des schwäbischen Volksstammes, aus dessen Mitte der Hohenzollernaar seinen Flug genommen. Folgenden Tags fand zu Ehren der Gäste ein Galadiner im königlichen Schlosse statt. In dem Trinkspruch, mit welchem der Kaiser die hohen Gäste hier beehrte, rief er ihnen ein herzliches Willkommen zu und fuhr dann also fort: „Eure Majestät kommen hieher nicht in eine fremde Stadt und nicht in fremde Räume. Die Truppen, die Sie begrüßen, die Waffen, die sich Ihnen entgegenstrecken, sind alte Bekannte. So alt bekannt sind auch die Verbindungen zwischen Unseren Häusern und so alt bekannt und fest die Freundschaft, die Unsere Alvordern miteinander verband und Uns innig jetzt umschlingt! Im Bewußtsein, daß diese Freundschaft für Unser ganzes Leben zum Heile

Unserer beiden Länder und Unseres gesanten Vaterlands ausschlagen werde, erhebe ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Ihrer beiden Majestäten des Königs und der Königin von Württemberg.“ Der König von Württemberg erwiderte: „Eure Majestät gestatten Mir, daß ich namens der Königin und in Meinem Namen den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe für den herrlichen, schönen, warmen Empfang, den Wir in der Residenz Eurer Majestät gefunden haben. Wichtig haben Eure Majestät erwähnt und betont, daß Ich nicht in einem fremden Lande und an einem fremden Orte hier bin. Sind es doch die schönsten Jahre Meines Lebens, die Ich in der glorreichen Armee Eurer Majestät zubringen durfte. Diese Jahre der Erinnerung sind ein dauernder Kitt, der Mich mit der Armee und mit Eurer Majestät verbindet, und sind zugleich ein Band, das fest umschlingen soll die Beziehungen Meines Landes zu dem deutschen Reiche und zu Eurer Majestät. Gestatten Eure Majestät, daß ich die Versammelten auffordere, auf das Wohl Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin zu trinken!“ Am 26. Januar fand zu Ehren der königlichen Gäste eine Frühstückstafel bei der Kaiserin Friedrich statt und nachmittags begab sich der Kaiser mit dem König nach Potsdam, wo sie eine Parade des Leib-Garde-Husaren-Regiments abnahmen, das 1. Garde-Regiment zu Fuß besichtigten, einem Schulreiten der Husaren-Offiziere beiwohnten und in der Offizier-Speiseanstalt jenes Husaren-Regiments ein Diner einnahmen.

Der 33. Geburtstag des Kaisers wurde am Hofe und in allen Theilen des Reichs festlich gefeiert. In Berlin ward er in aller Frühe eingeleitet durch die erhebenden Klänge von „Lobe den Herrn,“ ausgeführt vom Trompeterkorps des Garde-Kürassier-Regiments auf dem Rundgang um die Kuppel der Schloßkapelle. Dann erklang aus dem innern Schloßhofe die Reveille; in feierlichem Schritte zogen die Spielleute der Berliner Garnison heraus bis zum Pariser Platz. Von ihren sechs Söhnen umgeben, brachte die Kaiserin dem Gatten die Glückwünsche. Vor Beginn des Gottesdienstes in der Schloßkapelle versammelten sich die Fürstlichkeiten, um ihre Glückwünsche abzustatten. Es war eine ungewöhnlich große Zahl erlauchter Häupter, die sich zusammenfanden; man mußte bis zum 90. Geburtstag des alten Kaisers zurückgehen, um aus einem freudigen Anlasse

so viele hohe Herrschaften in Berlin vereinigt zu sehen. Von regierenden Fürsten waren die Könige von Sachsen und Württemberg die Großherzöge von Baden und Hessen, der Herzog von Anhalt, die Fürsten von Waldeck und Reuß j. L. anwesend. Bei der an den Gottesdienst sich anschließenden Defilirfour im Weißen Saale entfaltete sich ein großes, farbenprächtiges Gesellschaftsbild. Dabei zeichnete der Kaiser besonders den Reichskanzler und die Botschafter aus. Beim Festmahl der Reichstagsmitglieder brachte Präsident v. Levezow den Trinkspruch aus. Der Deutsche, sagte er, habe immer zu gegenseitiger Fehde subjektive Neigung empfunden. Als erstes wirksames Mittel zur Bekämpfung der Fehde habe die alte Reichsgesetzgebung angeordnet, daß die Fehde an bestimmten Tagen verboten sein solle und der Gottesfrieden hergestellt werde. Auf diese Weise sei ein höherer Gesichtspunkt gewonnen worden. Einen solchen höheren Gesichtspunkt biete auch dieser Tag, der im Deutschen Reiche unter dem Frieden Gottes stehe und den Kampf der politischen Meinungen verstummen lasse. Heute wehe ein Friedenshauch, der Lebensodem, für des Vaterlandes Wohl und Treue zu sorgen. Gott wolle den Kaiser erhalten, so klinge es in jedem Herzen! Gott erhalte den Kaiser, Gott segne und schütze ihn! „Er, dessen Geburtstag, trotzdem er selbst ein Friedensfürst ist, von dem Ernst der Lage zeugt, ein Mann von hohem Mut, energischer Thatkraft, ein tapferer Hohenzollernfürst, dem das Schwert in der Hand ruht. Auf alle erdenkliche Weise bemüht sich unser Kaiser, den Frieden zu wahren, pflegt Bündnisse mit Fürsten und Regierungen, versucht die Interessen der Völker einander nahe zu bringen, versöhnt und hilft den Schwachen, wo er kann, mindert die unvermeidlichen Gegensätze der Welt. Wer ihm dafür nicht dankte, würde ihn schlecht verstehen, was er für des Volkes Wohl thut.“ Bei der Feier der Berliner Universität verlas Prof. Erich Schmidt die vom erkrankten Prof. Curtius verfaßte Festrede. Diese knüpfte an den in voller Pracht aufsteigenden Bau des Reichstagsgebäudes an, in welchem alle Parteien die endlich errungene Einheit des Vaterlandes auf die würdigste Weise zu monumentalem Ausdruck gebracht zu sehen wünschten. Was die Festlichkeiten im Reiche betrifft, so verdient hervorgehoben zu werden, daß sich in Posen die polnische Bevölkerung diesmal weiter stärker beteiligte und daß im Elsaß die Zahl der

Gemeinden sich erheblich vermehrt hatte, die eine besondere Feier veranstalteten. Beim Festmahl der deutschen Kolonie in Paris hob der Botschafter Graf Münster hervor, daß alle Bestrebungen des Kaisers auf Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Der Sultan in Konstantinopel ließ unter 21 Salutschüssen dem deutschen Botschafter gratulieren. Durch Erlaß an den Reichskanzler sagte der Kaiser am 1. Februar Dank für die vielen „aus allen Ecken des engeren und weiteren Vaterlandes, sowie von außerhalb lebenden Deutschen“ ihm zugegangenen Glückwünsche. „Ich bin,“ sagte er, „durch diese Aufmerksamkeiten zu Meinem Geburtstage aufs freudigste bewegt; kann Ich doch in ihnen den erneuten Ausdruck treuer Gesinnung und zuversichtlichen Vertrauens seitens Meines Volkes erblicken, auf dessen Wohlergehen unausgesetzt bedacht zu sein, die vornehmste Pflicht Meines fürstlichen Berufs ist.“ Im Stadtschlosse zu Potsdam fand am 31. Januar die Taufe des am 17. Dezember geborenen Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold in Gegenwart des Kaiserpaares durch den Konsistorialrat Dryander statt. Der Prinz erhielt die Namen Joachim Wilhelm Viktor Leopold Friedrich Sigismund.

Die politische Lage im Innern des Reichs war bei Beginn des Jahres noch vollständig beherrscht von der Verstimmung, die seit Herbst 1891 über Vorgänge in der inneren, der Kolonial- und der äußern Politik einige reichstreue Parteien beherrscht hatte. Ungeachtet der Entschiedenheit, mit welcher der Reichskanzler Graf von Caprivi in seiner Reichstagsrede vom 27. November dem „Beunruhigungs-Bazillus“ entgegengetreten war, hatte diese Verstimmung nicht abgenommen. Die Presse der gemäßigten Parteien hatte des Kanzlers gänzliche Leugnung einer Berechtigung des „Pessimismus“ als allzu harmlos, seine Erläuterungen bezüglich des Verhältnisses zu Rußland und England als ungenügend, seine Bemerkungen über die Kriegsfrage für zu allgemein und unklar bezeichnet, das Aufgeben der mühsamen Unterstützung des Deutschtums gegen Einengung durch die Polen tief bedauert, die Neigung der Regierung, sich auf die Zentrumsparthei zu stützen, höchst bedenklich gefunden, vor allem aber bestritten, daß die Presse die Beunruhigung hervorgeufen, da sie derselben vielmehr nur Ausdruck verliehen habe. Im Grunde waren die wochenlangen, offenerherzigen und loyalen Dar-

legungen in der gesamten Presse jener Parteien darauf hinausgelaufen, daß Mißtrauen in die Festigkeit der Regierung gegenüber mächtigen Strömungen die eigentliche Triebkraft der Beunruhigung bilde. Dabei wurde für die inneren Verhältnisse als die stärkste dieser Mächte die parlamentarische Zentrumsparthei bezeichnet. Und wie am Ende des vorigen, so erklangen mit Beginn dieses Jahres die lebhaftesten Bedenken gegen die im Reichstage stattgehabte Übereinstimmung dieser Partei mit der Regierung. Die also bewirkte Sicherung der Handelsverträge und die gegen früher auffallend regierungsfreundliche Haltung der Zentrumsblätter könne nur in Erwartung von bedenklichen Gegenleistungen erfolgt sein. Unterstützung dieser Auffassung glaubte man im Auftreten der Berliner „Germania“ finden zu müssen, die am 6. Januar in sehr bestimmtem Tone die Aufhebung des Reichsgesetzes gegen die Jesuiten forderte. Zunächst freilich fürchtete man, eine solche Gegenleistung in dem neuen Entwurfe eines Volksschulgesetzes erwarten zu müssen, mit dem man das Kultusministerium beschäftigt wußte, seit der Minister Graf von Zedlitz-Trützschler den Goslerschen Entwurf am 4. Mai zurückgezogen hatte. So wurde denn den Verhandlungen der großen Parlamente mit erhöhter Spannung entgegengesehen.

Zunächst nahm der Reichstag seine am 18. Dezember ausgesetzten Sitzungen wieder auf. Er hatte sich am 12. Januar bei Fortsetzung der Etatsberatungen mal wieder mit einem Versuche der Freisinnigen nach Einführung von Tagegeldern für die Abgeordneten zu beschäftigen. Man schien in dieser Partei zu glauben, die Entfernung des Hauptgegners dieser Diäten, des Fürsten Bismarck, sei der Sache vielleicht günstig. Der Abg. Baumbach hob hervor, die Diätenlosigkeit habe sichtlich weder konservative Elemente verstärkt, noch die Opposition unmöglich gemacht, vielmehr eine immer größere Wahl von Berufsparlamentariern und Zeitungsschreibern zur Folge gehabt. v. Bennigsen war für den Antrag, weil dann die Auswahl der Kandidaten leichter sei, Lieber, weil erst dann das allgemeine Wahlrecht zur Wahrheit werde, Bebel, weil er in diesem die beste politische Erziehung der Massen erblickte, Werner, weil dann Bauern und Handwerker mehr vertreten seien, Stöcker, weil dann mehr Vertreter des Mittelstandes vorhanden sein würden. Der Antrag fand, wie in früheren Fällen, Annahme, jedoch ohne ein Anzeichen,

daß die Aussicht auf Zustimmung der Regierungen gestiegen sei. Aus den Etats-Verhandlungen am 13. Januar erfuhr man, daß die schwierige Bearbeitung eines Reichsversicherungsgesetzes fortgesetzt werde. Auch wurde die Thätigkeit der Fabrikinspektoren eingehend erörtert. Der Abg. Frohme fand deren Zahl ungenügend und wünschte stärkeren Schutz für die Arbeiter gegen Ausbeutung durch die Arbeitgeber. Dagegen zeigte der Staatssekretär v. Boetticher, daß in Preußen allein die Zahl dieser Inspektoren bald größer als in ganz England sein würde, und er bedauerte nur, daß die Arbeiter sich noch nicht überall an die Inspektoren mit vollem Vertrauen wendeten. Am 14. Januar wurde sodann von Bamberger der geringe Erfolg der vom Reiche unterstützten Dampferlinien nach Ostasien, Australien und Ostafrika zur Sprache gebracht. Hiergegen wies der Staatssekretär des Innern darauf hin, daß die Ausfuhr deutscher Waren sich erheblich gesteigert habe und daß die allerdings ungünstigen Verhältnisse des vorigen Jahres noch nicht ein allgemein abfälliges Urtheil gestatteten; man möge erst mal 15 Jahre warten. Weiter ward die baldige Vorlegung eines Auswanderungsgesetzes zugesagt und seitens des Reichstags ein Gesetz zur Regelung der Bedingungen für die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst verlangt.

Am demselben 14. Januar wurde jedoch der Blick von den ferneren Verhandlungen des Reichstags vorerst abgelenkt durch die Eröffnung des preußischen Landtags. Die Fragen, welche ihn zu beschäftigen hatten, waren es vor allem, die Entscheidung bringen zu müssen schienen bezüglich der bei allen Liberalen und manchen Konservativen immer lebhafter gewordenen Besorgnisse vor einer durch die Mitwirkung der Zentrumsparthei bestimmten Richtung in den inneren Fragen. Die vom Ministerpräsidenten Grafen v. Caprivi verlesene Thronrede war ziemlich trockener Natur. Sie hob hervor, daß die Finanzlage sich weniger günstig gestaltet habe, besonders infolge der Steigerung der Ausgaben bei den Staatseisenbahnen. Daher müsse auf allen Gebieten der Verwaltung besondere Sparsamkeit geübt und es könne mit Aufbesserung der Besoldungen der unmittelbaren Staatsbeamten noch nicht erheblich fortgeföhren werden. Dann folgte die Ankündigung der Vorlagen. Die Ansprache wurde mit Schweigen aufgenommen bis zu dem Hoch auf den Kaiser. Das

Herrenhaus wählte am 14. Januar den Herzog von Ratibor zum Präsidenten, den Freiherrn von Manteuffel-Krossen und den Oberbürgermeister Bötticher zu Vizepräsidenten; das Abgeordnetenhaus wählte am 15. Januar Herrn von Köller zum Präsidenten, von Heeremann und von Benda zu Vizepräsidenten. Die Präsidien beider Häuser, mit Ausnahme des erkrankten v. Köller, wurden am 18. Januar vom Kaiser empfangen, der ihnen das Vertrauen aussprach, daß auch diesmal die parlamentarischen Arbeiten eifrig gefördert würden.

Die allgemeine Aufmerksamkeit richtete sich alsbald vorwiegend auf den Entwurf des Volksschulgesetzes, der in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Vorlegung kam. Er zählte 194 Paragraphen und war von Motiven begleitet, die 86 Folioseiten umfaßten. Zu deren Einleitung war darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen schrittweisen Vorbereitungen die Zeit zur Herbeiführung einer umfassenden Änderung des Volksschulwesens gekommen sei. Der Entwurf wich in einer Reihe wesentlicher Punkte vom vorjährigen ab. Hinsichtlich der Aufgabe und Einrichtung der öffentlichen Volksschule war bestimmt: Der Regel nach solle ein Kind den Unterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses empfangen; soweit nicht an einem Ort bereits eine anderweitige Schulverfassung besteht, sollten neue Volksschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden. Während im früheren Entwurfe eine besondere konfessionelle Schule erst für eine Minderheit von 60 Kindern eingerichtet werden konnte, war diese Einrichtung im neuen Entwurfe obligatorisch und außerdem fakultativ beim Vorhandensein einer Minderheit schon von 30 Kindern. Neu war ferner die Bestimmung, daß Kinder, die nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen müßten, falls der Regierungspräsident nicht die Befreiung verfügt. Diese sollte nur in dem Falle erfolgen, wenn seitens der zuständigen Organe der betreffenden Religionsgesellschaft ein bezüglicher Antrag gestellt und nachgewiesen werde, daß den Kindern in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird. Neu war sodann die Vorschrift, daß an konfessionell eingerichteten Schulen nur Lehrer der betreffenden Konfession beschäftigt

werden dürften. Im Abschnitt über die Träger der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Volksschulen war neu, daß zwar die bürgerlichen Gemeinden die Kosten der Schulen übernehmen sollten, das Vermögen der einzelnen Schulsocietäten und Schulen aber den betreffenden einzelnen Schulen als besondere Schulstiftung verbleiben sollte. Die besonderen konfessionellen Schulvorstände sollten fortan auch in allen Städten gebildet werden. Zur Erteilung von Privatunterricht, der die Ziele der Volksschule verfolgt, sowie zur Begründung und Leitung von Unterrichtsanstalten sollte jeder Preuße zugelassen werden, der seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Bei der Gründung von Unterrichtsanstalten sollte ein Lehrplan eingereicht werden, den der Regierungspräsident festzusetzen hat. Der Geistliche sollte eine bevorzugte Stellung im Schulvorstande haben, indem er als Lokalaufsichtsbeamter meist den Vorsitz zu führen habe; er sollte ferner dem Unterrichte beiwohnen, die Kinder prüfen, den Lehrer mit Weisungen versehen können und es sollte die kirchliche Oberbehörde befugt sein, im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten den Geistlichen mit der Erteilung des Religionsunterrichts zu vertrauen. Im Lehrerseminar sollte bei der Schlußprüfung der kirchliche Kommissar über die Amtsfähigkeit des Schulumkandidaten entscheiden. Dieser sollte, wenn der Kommissar sein Veto einlegt, nur ein Zeugnis „ohne Befähigung für den Religionsunterricht“ erhalten können. Und dieser Kommissar sollte nicht vom Staate ernannt oder zugezogen, sondern von der Kirchenbehörde aus eigenem Rechte entsendet werden. Die Staatszuschüsse regelte der neue Entwurf so wie der vorjährige und es sollten hierzu 9 Millionen der Mehrerträge aus der neuen Einkommensteuer verwendet werden.

Gegen diese neuen Bestimmungen des Entwurfs wurden sofort die stärksten Bedenken laut, zunächst in der Presse. In erster Reihe stand hier die der nationalliberalen Partei. Die „Nationalzeitung“ bezeichnete die Vorlage als unannehmbar für jeden Liberalen, wenn nicht die charakteristischsten Bestimmungen daraus entfernt würden; sie werde in den weitesten Kreisen den übelsten Eindruck machen, vor allem im Beamtentum; mit derartigen Vorlagen bekämpfe man nicht den Pessimismus, über den Graf Caprivi sich beklagt habe, vielmehr rufe man ihn da, wo er noch

nicht bestand, dadurch hervor. Die Bestimmungen über die Privatschule bezeichnete der „Hannoversche Courier“ als „lediglich dazu angethan, im großen Stile vom Ultramontanismus ausgebeutet zu werden“. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ hieß es: Die konfessionelle Ausgestaltung der Volksschule sei hier auf die äußerste Spitze getrieben und dem geistlichen Einflusse sei ein weit über das bisherige Maß hinausgehender Raum angewiesen. Das den kirchlichen Behörden angewiesene Mitwirkungsrecht laufe gradezu auf ein Recht der Bestätigung der Lehreranstellung hinaus. Nie sei ein schwererer Schlag geführt gegen den altpreussischen Grundsatz, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates sei. In manchen Bestimmungen über die äußern Verhältnisse der Lehrer und der Schule enthalte der Entwurf Gutes; aber in den großen grundsätzlichen Fragen, die ihm seine hohe politische Bedeutung verliehen, sei er ein bedauerliches Zugeständnis an eine Richtung, die schwerlich von der Mehrheit der Volksvertretung werde gebilligt werden.

Die „Kölnische Zeitung“ äußerte, die Zentrumsparthei sei zum beherrschenden Faktor im Reiche emporgestiegen, denn die von ihr gegen den Gopplerschen Entwurf geltend gemachten Bedenken seien in sorgsamster Weise in der Vorlage berücksichtigt. Breche die Schulverwaltung wirklich mit dem Grundsatz, daß die Bildung der Kinder in den staatlichen Volksschulen zu erfolgen habe, so sei die Bahn für eine Rückbildung freigegeben, die in einer Verkümmern der Staatsschule, einem üppigen Emporwuchern der Klosterschule, mithin in einer vollständigen Zerreißen der Nation auslaufe. Dagegen werde „eine allgemeine Volkserhebung alle freien Köpfe zum Kampfe gegen diesen unerhörten Terrorismus auf die Schanzen rufen.“ Die „Hamburger Nachrichten“ setzten das Vertrauen in das Würde- und Selbstbewußtsein des preussischen und deutschen Volks, „daß es seine Mitwirkung versage, wenn von ihm verlangt wird, seine staatliche, nationale und kulturelle Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts dem römischen Papste und seinem Anhang in den Parlamenten zum Opfer zu bringen, nur damit das Centrum als Stütze des neuen Kurses nicht versagt.“ Fast mit derselben Entschiedenheit ließ sich die freikonservative Presse vernehmen. Die Berliner „Post“ sprach von einer „Reihe von Verschlechterungen schwerwiegender Art, auch vom Standpunkte derer, die die Kon-

fessionsschule wollen“, und die „Schlesische Zeitung“ stimmte der Meinung bei, daß den klerikalen Wünschen in hohem Maße entgegengekommen werde. Die Presse der deutsch=freisinnigen und der demokratischen Partei äußerte sich mit Heftigkeit gegen den Entwurf. Die „Freisinnige Zeitung“ in Berlin glaubte ihr Urteil dahin zusammenfassen zu sollen, „daß in dem Grafen Zedlitz der selige Mühlner wieder erstanden ist.“ Ähnlich die „Bosfische Zeitung“. Die „Frankfurter Zeitung“ stellte Kämpfe in Aussicht, die sogar zu ernstern Krisen führen könnten. Auf der andern Seite stand die Presse der konservativen und der Centrumpartei. Die „Kreuzzeitung“ insbesondere zeigte sich in der Hauptsache mit dem Entwurfe einverstanden, weil er sich mehr als der frühere der „einzig gangbaren Mittellinie, der christlich=konser vativen Anschauung“, näherte. Ebenso befriedigt sprach sich der „Reichsbote“ aus, der sich zu dem Grundsatz bekannte, daß der Kirche und ihren Organen ein entschiedener Einfluß auf den Religions= unterricht zustehen müsse, und die Opposition der Liberalen damit kennzeichnen zu dürfen glaubte, daß sie Freiheit für alles, für Wucherer, Börsenspieler u. s. w., nur nicht für die Kirche wollten und mit dieser Praxis unser Volksleben ruiniert hätten. Der „Germania“ genügten die Zugeständnisse des Entwurfs so wenig, daß sie meinte, er werde in katholischen Kreisen das Gefühl der Enttäuschung hervor rufen. Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ wollte nicht glauben, daß die Regierung liberale Änderungen des Entwurfs an nehmen werde, „denen das Centrum namens der Katholiken die Zu stimmung versagen müßte.“ In derselben Weise zeigte sich die Presse Süddeutschlands bewegt, nur mit dem Unterschied, daß hier ein noch weit größerer Teil als im Norden gegen den Entwurf auftrat. Ein Mannheimer Blatt äußerte: „Was die preussische Regierung beabsichtigt, ist längst in seiner Wichtigkeit und vollkommenen Wert losigkeit durch die Geschichte gerichtet; nur die bleiche Angst vor den Forderungen des vierten Standes läßt sie in jenen grandiosen und erwiesenen Fehler zurückfallen und dem Volke ein Joch aufhalsen wollen, das nicht mehr zu tragen bisher der Stolz Deutschlands vor allen Völkern gewesen ist.“

Die Bewegung gegen den Volksschul=Gesetzesentwurf zog weitere Kreise, vertiefte sich mehr und gestaltete sich ungleich leb-

hafter als die für ihn. Aus 43 der größeren Städte und zahlreichen kleineren Orten kamen, nach stattgehabten erregten Versammlungen von politischen Vereinen, Gemeindebehörden und Lehrern, die unterschiedensten Verwahrungen an das Abgeordnetenhaus und an andere maßgebende Stellen. Der Ausschuß des deutschen Protestantenvereins und der des Evangelischen Bundes erließen Aufrufe derselben Richtung. Vor allen fühlte die nationalliberale Partei sich berufen, gegen eine Tendenz sich zu wenden, die von ihr schon zu den Zeiten des Ringens um die deutsche Einheit als einer der größten Feinde derselben stets bekämpft worden war. Auf allen Seiten wurde zugegeben, daß die Führer dieser Partei mit ihrer ganzen Vergangenheit aufs grellste brechen würden, wenn sie jetzt jener Richtung zustimmen würden. Daher bat der Minister Miquel, einst ein Führer im Nationalverein, um Entlassung. Freilich hatte er die Einbringung des Entwurfs, nachdem er im Staatsministerium gegen wesentliche Punkte Bedenken erhoben, mit unterzeichnet, jedoch in der Hoffnung, daß diese im Landtage geändert würden und wohl auch mit einer gewissen Rücksicht auf seine Weiterführung der begonnenen Steuerreform; angesichts der allgemeinen Verurteilung aber, die der Entwurf schon jetzt bei allen gemäßigten Parteien erfuhr, glaubte er jenen Schritt nicht mehr aufschieben zu dürfen. Auch Herr von Bennigsen benutzte die erste Gelegenheit und rief am 22. Januar im Reichstage das gesamte liberale Bürgertum zum Kampfe auf. Es war bei Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz, daß er erklärte, „es könnten Verhältnisse in unserer inneren Entwicklung eintreten, die es wünschenswert, ja vielleicht notwendig machten, daß sich jetzt bekämpfende liberale Gruppen und Männer einander wieder näher treten aus Gründen gemeinsamer Kämpfe, welche nicht auf materiellem Boden liegen, sondern auf anderen Gebieten, wo es sich um ideale Güter, nicht um materielle Interessen handelt.“ Freudig bewegt, eilten Richter und andere Vertreter extrem liberaler Richtungen auf den die Tribüne verlassenden Redner zu und drückten ihm zur Bekräftigung seines Ausspruchs die Hand.

Im Abgeordnetenhause selbst kam es schon bei der ersten Beratung des Stats am 22. Januar zu einer vorläufigen Erörterung des Volksschulgesetzes. Rickert (freis.) bezeichnete dessen Vorlegung als den traurigsten Schritt des Ministeriums Caprivi und verwunderte

sich, daß dasselbe Ministerium ihn habe beschließen können, das den vorjährigen Entwurf eingebracht. Der jetzige enthalte eine Auslieferung der Schule an die Kirche. Andererseits wunderte sich v. Huene (Zentr.), daß überhaupt Gegner dieser Vorlage vorhanden seien, da die Einwirkung der Kirche auf die Schule bereits von der Verfassung bestimmt worden. Wollten die Gegner das Christentum aus der Schule heraushaben, so werde in wenigen Jahrzehnten die Sozialdemokratie über die heutige Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergehen. Der Ministerpräsident Graf Caprivi erwiderte Herrn Rickert, in einem wesentlich monarchischen Staate könne die Regierung sich nicht verpflichten, immer mit bestimmten Parteien zusammenzugehen, die Regierung nehme daher das Gute, wo sie es finde. Der Kultusminister Graf Zedlitz wies darauf hin, daß die Schulaufsicht nach dem Entwurfe unangetastet bleibe; Zugeständnisse an Parteien oder Konfessionen hätten nicht stattgefunden; der Entwurf lege nur fest, was seit hundert Jahren in Preußen Praxis gewesen. Hiergegen trat Hobrecht (nat.-lib.) auf: Die Verfassung gehe davon aus, daß Staat und Kirche in Bezug auf die religiöse und sittliche Erziehung der Kinder einig seien; das wäre aber durchaus nicht der Fall und die Entscheidung des Streits werde nun in die Hände des Lehrers gelegt, der jedoch nicht den zweien Herren dienen könne, von denen die Vorlage rede. Die weitere Behauptung dieses Redners, daß der Entwurf eine Ausführung der Windthorst'schen Schulanträge bedeute, wurde vom Minister Grafen Zedlitz in Abrede gestellt, der fernerhin behauptete, es würde eine Konfliktperiode verewigt werden, wenn der geistliche Einfluß nur soweit gehen solle, als die staatliche Instanz es zulasse.

Auch Graf Caprivi ergriff nochmals das Wort: Im vorigen Jahre seien die in Bezug auf die Volksschule in Preußen bestehenden verworrenen Zustände und die Notwendigkeit ihrer gesetzlichen Regelung ausführlich nachgewiesen. Daneben sei die Regierung von dem Wunsche geleitet, mit ihren katholischen Unterthanen zum Frieden zu gelangen und deshalb einen Zustand zu schaffen, mit dem die katholische Kirche zufrieden sein könne, denn wir ständen einer Entwicklung von Kräften im Innern des Staats gegenüber, wider die alle Mittel unternommen werden müßten, und hierzu gehöre die Schule. Diese brauche die Religion, mithin das Christentum, dieses

aber könne nicht aufgefaßt werden ohne Konfession, mit der also der Staat des Zusammenhangs bedürfe. Die Angriffe gegen den Entwurf seien nur zu verstehen, wenn man die Schule religionslos machen wolle. Dieser Behauptung trat Sattler (nat.-lib.) entgegen: Wer die Willkür in diesen Schulsachen beseitigen wolle, brauche darum noch nicht jedes Unterrichtsgesetz anzunehmen. Die Bestimmungen der Verfassung, auf welche der Kultusminister sich berufen habe, seien nicht bestehendes Recht, sondern sollten nur die Direktive für ein Unterrichtsgesetz abgeben. Die Vorlage enthalte nicht eine Ausführung der Verfassung, sondern eine Auslegung derselben im klerikalen Sinne. Den Wünschen der Kirchen sei, nach früherer Erklärung des Grafen Caprivi, schon beim Goflerschen Entwurfe soweit entgegengekommen, als das Staatsinteresse es gestatte. Der Minister Graf Zedlitz verwahrte sich dagegen, daß er mit der Zentrumsparthei über die Ausarbeitung des Entwurfs verhandelt oder gar ein Handelsgeschäft getrieben habe, suchte dann aber in gewisser Weise einzulenken; er halte nicht eigensinnig bestimmte Punkte der Vorlage für unüberschreibbare Schranken; man möge von der Idee der gänzlichen Unmöglichkeit dieses Gesetzes abgehen und in der Kommission Änderungen vorschlagen. Zum Schluß deutete Rickert (d.-freis.) an, daß die Behauptung, die Gegner wollten die Religion aus der Schule entfernen, wieder auf den Vorwurf der Staatsfeindschaft hinauslaufe und daß die Staatsordnung nicht durch eine Konfession, sondern durch die allgemeinen Sittengesetze geschützt werde. Seit v. Goflers Abgang hätten sich die Verhältnisse im Kultusministerium gründlich geändert, während eine gewisse Stetigkeit der Anschauungen und Maßregeln der Regierung die Grundlage des Vertrauens zu ihr bilde. Heute mit dieser, morgen mit jener Parthei zu gehen, habe wohl Fürst Bismarck vermocht, das Ministerium Caprivi aber könne es nicht.

Die Heftigkeit dieses schon vorzeitig im Abgeordnetenhaufe ausgebrochenen Streits zog begreiflich die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich. Er bat am 23. Januar den Minister Miquel, seinen Rücktritt aufzuschieben, bis zu übersehen sei, zu welchem Ergebnisse die Beratungen des Entwurfs in der Kommission des Abgeordnetenhauses führen würden, und am Abend desselben Tags hatte der Kaiser bis nach Mitternacht in der Wohnung des Kultusministers

eine Besprechung mit diesem, dem Minister Miquel und den Abgeordneten von Benda, Graf Douglas, v. Helldorf, v. Mantuffel und v. Tiedemann. Hier gab der Kaiser, nachdem Miquel seinen ernstesten Bedenken gegen den Entwurf nochmals Ausdruck verliehen hatte, seine feste Willensmeinung dahin zu erkennen, daß das Volksschulgesetz nicht ohne die Zustimmung der Mittelparteien zu stande gebracht werden solle.

Die eigentlichen Verhandlungen über das Volksschulgesetz begannen im Abgeordnetenhanse am 25. und zogen sich bis zum 30. Januar hin. Der Abg. Wessel (freikons.) erklärte, am bedenklichsten sei die grundsätzliche Tragweite der Vorlage, die von Windhorst'schem Geiste erfüllt sei und die Stellung des Lehrers außerordentlich erschwere. v. Buch (kons.) sprach sich dagegen für die Konfessionalität der Schule und die Leitung des Religionsunterrichts durch Geistliche aus; durch Gottesleugner dürfe dieser nicht erteilt werden. Enneccerus (nat.-lib.) bezeichnete den Entwurf als unannehmbar wegen Übertreibung des Grundsatzes der Konfessionalität, wegen Aufopferung wichtiger Staatsrechte zu Gunsten der Kirche und wegen der fast schrankenlosen Gestattung des Privatunterrichts. Reichensperger (Centr.) machte dagegen besonders geltend, Schule und Religion seien vor allen die geistigen Mächte, mittelst deren die Sozialdemokratie überwunden werden könne. Die von der jüdisch-liberalen Presse verlangte Simultanschule sei im Grunde nur die religionslose Schule und gegen solche Anmaßung reiße für die christlich-germanische Bevölkerung endlich der Geduldssaden. Minister Gr. Zedlitz war der Ansicht, die Bevölkerung sei keineswegs darüber aufgeregt, daß das, womit ihre Mehrheit zufrieden gewesen, jetzt Gesetz werden solle. Eine Instanz müsse es geben, die bestimme, was gelehrt werden soll, und diese Instanz könne für die Religion nur die Kirche sein. Der Staat werde schon darüber wachen, daß nichts, was seinen Interessen widerspreche, hinein komme. Dem Minister trat hauptsächlich Richter (d.-freif.) entgegen. Er suchte nachzuweisen, daß gerade die am meisten die Gemüter erregenden Bestimmungen der Vorlage sich in Widerspruch mit der Verwaltungspraxis und dem bestehenden Rechte befänden, sowie daß der Entwurf der Verfassung zuwiderlaufe, weil er nicht, wie diese vorschreibe, das ganze Unterrichtswesen regele. Unerhört in Preußen sei eine solche zwangsweise Behandlung der

Verfassung. Was für vortragende Räte, rief der Redner, müssen Sie, Herr Kultusminister, haben! Den Konservativen warf Richter vor, daß ihnen das kleinlichste polizeiliche Mittel recht sei, weil sie glaubten, auf diese Art der zwangsweisen Einimpfung des Religionsbegriffs könne man die Macht des Umsturzes bekämpfen; diese Täuschung werde dahin führen, daß in jedem Falle ein Streit zwischen Elternhaus und Schule stattfinde, in dem diese unterliegen müsse. Was der Minister hundertjährige Praxis nenne, sei dies nur für die Behörden in Bekämpfung der gegenteiligen Volkswünsche gewesen. Ein merkwürdiges Ministerium müsse es sein, wo jeder Minister Gesetzeswürfe so einschneidender Bedeutung mache. Aber nicht eher werde Ruhe gefunden, als bis dieser Entwurf begraben sei. Solchen Vorwürfen gegenüber erklärte der Kultusminister, er allein vertrete alles persönlich und das Staatsministerium sei, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder über einzelne Punkte, von dem Augenblicke an einheitlich aufgetreten, in dem alle Minister den Bericht über die Vorlegung an den König unterzeichneten. Bezüglich der Möglichkeit von Streit zwischen Schule und Haus warf der Minister die Frage auf: „Sollen wir die Kinder, welche keinen Religionsunterricht empfangen, aufwachsen lassen ohne jedes Wort der Belehrung ethischer und moral-theologischer Natur?“ Frei von der Absicht, Zwang ausüben zu wollen, wünsche er nur die ihm widerfahrne Wohlthat auch den Kindern zu teil werden zu lassen, denen keine Mutter die Hände zum Gebet gefaltet. Wer nicht bedenke, wie die Verrohung der Kinder herbeigeführt wird, wenn ihnen nicht religiöse Begriffe beigebracht werden, mit dem könne überhaupt nicht verhandelt werden. Stöcker (kons.) meinte, alle Liberalen gingen auf Herbeiführung eines neuen Kulturkampfes aus. Graf Limburg-Sturum (kons.) glaubte, die Konservativen könnten sich wenigstens mit den Freikonservativen verständigen. Andererseits hielt v. Eynern (nat.-lib.) eine Verständigung in der Kommission für unmöglich, weil der Minister v. Zedlitz in allen seinen Reden seine Auslegung der Verfassung als unumstößlich hingestellt habe. Derselbe scheine überhaupt noch keine Ahnung von der weltgeschichtlichen Bedeutung der Vorlage zu haben, und es scheine, daß die Schlacht herannah, die zwischen Protestantismus und Katholizismus auf märkischem Sande geschlagen werden solle. Die Dissidenten seien, wie das Wupperthal

lehre, keineswegs gottlose Menschen, denen man die Erziehung der Kinder nehmen müsse. In konfessionellen Volksschulen würde der Unterricht auf allen Gebieten, namentlich auf dem der Geschichte, konfessionell werden und es würde dann gelehrt werden können, Luther sei ein schuftiger Selbstmörder gewesen und der Protestantismus sei die Mutter der Sozialdemokratie. Nunmehr zeigte sich der Minister Graf. Zedlitz etwas gereizt: trotz „der im Reichstag aufgeführten rührenden Rütlicene“ (S. 15) könne er nicht glauben, daß dieses Gesetz zum Eckstein einer neuen Parteigruppierung werden würde. In Baiern sei die Gesetzgebung viel schlimmer und auch im liberalen Musterstaate Baden beständen weit schärfere Bestimmungen. Virchow (d.-freis.) machte geltend, noch nie sei ein Staatswesen auf zwei Konfessionen aufgebaut worden, die theokratischen Perioden hätten stets die Menschheit zurückgebracht; ein Zustandekommen dieses Gesetzes werde weitere Forderungen, schließlich gar die Herstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium zur Folge haben; die staatlichen Behörden würden gegen die kirchlichen nichts ausrichten können. Unererschüttert durch alles Bisherige, trat nunmehr der Ministerpräsident Graf. Caprivi mit der Erklärung auf, die Regierung werde, wenn der Strom sich gegen die Vorlage richte, wiederum zeigen, daß sie, wenn nötig, auch gegen den Strom schwimmen könne. Wolle man Religion, so müsse man auch die Konfessionschule wollen. Die Regierung wünsche mit den Parteien in Frieden zu leben, aber die Proklamation der neuen liberalen Partei in Verbindung mit den Angriffen der nationalliberalen Presse gegen die Regierung bedeute eine Kriegserklärung. Besorgnisse vor weiteren Zugeständnissen an die Centrumspartei seien unbegründet, insbesondere werde die preussische Regierung einer Wiederzulassung der Jesuiten schwerlich zustimmen. Es handele sich heute nicht um evangelisch und katholisch, sondern um christlich und atheïstisch. Wegen Unsicgreifens einer atheïstischen Weltanschauung müsse Religion gelehrt werden, und das sei nicht möglich ohne Konfession. Nachdem noch Mintelen (Centr.) sich dahin ausgesprochen hatte, jetzt oder nie müsse der Kampf gegen den Unglauben durchgeführt werden, da die Aussichten der Kirche auf Sieg sehr günstig ständen, ergriff der Minister Graf. Zedlitz nochmals das Wort, um nun zuzugeben, daß eine Erregung über die Vorlage im Lande doch zu erkennen sei; dessen freue er sich jedoch als eines

Zeichens vom Vorhandensein idealer Gesichtspunkte im Volke. Friedberg (nat.-lib.) nahm die Gegner der Vorlage gegen den Vorwurf des Atheismus in Schutz. Auch suchte er zu zeigen, daß nicht eine geheime Verschwörung der Liberalen vorliege, sondern daß v. Bennigsen mit seinen Auslassungen eben nur die politischen Folgen aus dem Entwurfe gezogen habe. Minister Graf Zedlitz entschuldigte nun seine scharfen Äußerungen: Wer gegenüber solchen Angriffen nicht erregt werde, sei empfindungslos, und wer der Erregung nicht Ausdruck gebe, sei schlapp; Herrn v. Bennigsen habe er nicht verkleinern wollen. Auch Graf Caprivi stellte seine Äußerungen richtig: er habe die nationalliberale Partei nicht für atheistisch, ihr auch nicht den Krieg erklären wollen. Damit endeten die unter allgemeiner Spannung der Bevölkerung stattgehabten Verhandlungen, und es sollte nun in einer Kommission der schwierige Versuch angestellt werden, durch Änderungen die Freunde und die schroffen Gegner des Entwurfs zu vereinigen.

Entsprechend diesen Verhandlungen war die gleichzeitige tiefe Erregung in den weitesten Kreisen weitergeschritten und sie setzte sich fort während der ganzen Zeit, in welcher die Kommission sich in Änderungsversuchen abmühte. Die „Germania“ rief begeistert aus: „Das waren schöne und große Tage, die wir durchlebten! Kampftage zwar waren es, aber es galt, einen guten Kampf zu kämpfen.“ In der gegnerischen Presse aber wurde betont, daß das Kartell mit den Konservativen nun vollends zerrissen, daß das freimütige Auftreten des Oberpräsidenten v. Bennigsen den kräftigsten Wiederhall gefunden, daß in der That die liberalen Parteien, die sich so lange schroff gegenübergestanden, sich „um die Fahne Friedrichs des Großen“ gegen die klerikale Richtung zusammengeschlossen hätten und daß somit eine völlige Klärung in der innerpolitischen Lage eingetreten sei. Die klerikalen Hoffnungen traten im Auslande offener hervor, ein klerikales Blatt in Brüssel sprach bereits von der Kapitulation der preussischen Regierung und der Abg. Lieber (Centr.) bekannte in einer Versammlung in Freiburg i. Br., in Berlin sei das Licht schon angesteckt, der katholischen Bevölkerung müsse Gerechtigkeit werden, jeder kleinstaatliche Minister werde dies bald nachpfeifen müssen. Unter diesen Umständen wandten sich unwillkürlich vieler Patrioten Sinne und Gedanken nach dem Manne im Sachsenwalde, und aus

Hamburg vernahm man den warnenden Hinweis, die Politik der Centrumspartei sei unausgesetzt darauf gerichtet, die Regierung immer mehr in die Enge zu treiben und schließlich in volle Abhängigkeit von sich zu versetzen. An dergleichen wollten jedoch die Konservativen nicht glauben; vielmehr versuchte die „Kreuzzeitung“, die Bewegung gegen den Entwurf als „mühsame Mache“ und als Strohfeder hinzustellen, das schon bald wieder erlöschen werde. Ähnlich sprach die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ wegwerfend von einem „Aufgebot moralischer Entrüstungsphrasen“ und einer „Häufung von Superlativen, um die Kosten einer Bewegung zu bestreiten, die man gern hervorrufen möchte.“

Diese fernerhin laut werdenden Kundgebungen trugen aber ganz im Gegenteil offensichtlich alle Merkmale tiefer, entrüstungsvoller Überzeugung. Die „Kölnische Ztg.“ wies darauf hin, wie sehr der Optimismus bezüglich der klerikalen Partei absteche „von der pessimistischen Furcht vor der Sozialdemokratie, durch die man aufrechte deutsche Männer veranlassen möchte, in der Rutte Schutz zu suchen“, und riet dann zu einem Versöhnungsversuch durch Auflösung des Landtags. Die Bedeutung der entschiedenen Parteinahme der öffentlichen Meinung in Süddeutschland, namentlich in Baden und Württemberg, trat immer stärker hervor. Das populärste Blatt in Württemberg, der „Schwäbische Merkur“, rief aus: „Warum gegen den Strom? Warum gegen den ureignen Geist des Deutschtums, der unter einen ihm in tiefster Natur fremden Einfluß sich nicht beugen will? Was zwingt denn den preussischen Staat, den Ratschlägen des Fürstbischofs Kopp zu folgen? Dieser Streit kann im letzten Ende nicht nach dem Willen des Centrums und der Polen entschieden werden. Die Geschichte geht wohl einmal im Zickzack, aber nicht zurück. Preußen-Deutschland hat schon anderes glücklich überstanden als einen Bedlitzschen Schulgesetzentwurf.“

Wohl den tiefsten Eindruck riefen die von Universitäten ausgehenden Verwahrungen hervor. Bei weitem die Mehrzahl der Lehrer an den Universitäten zu Berlin, Breslau, Halle, Jena, Kiel, Königsberg und Marburg richteten solche Eingaben an das Abgeordnetenhaus oder an den Kultusminister. Den hier meist in sehr ausführlicher Weise vorgetragenen schweren Bedenken gaben einzelne Professoren in populären Vorträgen vor großen Versammlungen

Ausdruck, so die Professoren Kaufmann in Breslau, Delbrück in Jena, Günther in München, Meyer aus Bonn in Düsseldorf, Ziegler aus Straßburg in Köln. Dieser sagte unter stürmischem Beifall u. a.: „Wenn die Zentrumspartei noch ein ganz klein wenig regierungsfähiger wird, als sie ist, dann steht zu befürchten, daß überall, wo sie Platz greifen kann, die Organe der Staatsaufsicht Organe der ultramontanen Partei sein werden. Dann fahre wohl, deutsche Geistesfreiheit, deutsche Gesinnung! Es handelt sich bei diesem Gesetz nicht bloß um Preußen, sondern um ganz Deutschland. Wir leiden alle mit. Wir, die wir in Süddeutschland Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in schlimmen wie in guten Tagen die nationale Einigung unter Preußens Führung verfolgten, wir haben damals gewissermaßen unsere Ehre verpfändet. Wir haben dem Verede von einer von Preußen her drohenden Reaktion entgegengehalten die ganze stolze Vergangenheit Preußens, seinen Friedrich den Großen, seinen Lessing und Kant und haben endlich zu würdigen gewußt das Wort Bismarcks, daß das große Preußen uns im Süden an Liberalismus vielfach überlegen sei. Der Glaube aber an die geistige Führerschaft und Führerberechtigung Preußens ist in diesen Tagen bedeutend gefährdet und erschüttert worden.“ Professor Felix Dahn in Breslau, der beredete Schilderer altgermanischen Sinnes, trat in einer Flugschrift hervor mit dem Ausrufe: „In diesem Kampfe müssen alle Klingen heraus!“ Verteidigen wir uns, sagte er, aber so nachdrücklich wie 1870 die Deutschen von Memel über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind. „Man trübe uns nicht den Königsfrieden Friedrichs des Großen! Warum uns zum Kampfe zwingen? Will denn die Regierung die allgemeine, tiefsitzende Unzufriedenheit in den Mittelparteien mit Gewalt steigern und noch weiter verbreiten?“ Den Schluß dieser Reihe von Männern der Wissenschaft machte H. v. Treitschke, der Historiograph des preussischen Staates, mit Aufsätzen in der „Allgemeinen Zeitung“. Er glaubte vor allem aufmerksam machen zu müssen auf „den radikalen Unterschied“ der evangelischen Konservativen und der Ultramontanen. Diese würden von ersteren für Gläubige gehalten, ein Irrtum, der unsere Geschichte durchziehe „von den Tagen an, da die märkischen Lutheraner dem Siege der katholischen Liga auf dem Weißen Berge zujuchzten, bis zu den zahllosen Mißgriffen der preussischen Kirchen-

politik des 19. Jahrhunderts.“ Kundgebungen für den Entwurf sollten, nach Angabe der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, zwar zahlreich an den Kultusminister eingehen, man hörte auch von solchen aus Limburg, Münster und vom deutschen Bauernbunde; sie reichten jedoch an Zahl und Bedeutung nicht im entferntesten an jene heran. Das wurde sogar vom nunmehrigen Führer der Zentrumsparthei, dem Grafen v. Ballestrem, insofern anerkannt, als er am 10. Februar im Reichstage um Absetzung des gegen das Jesuitengesetz gerichteten Antrags von der Tagesordnung mit dem Bemerkten bat, dieser sei nach Graf Caprivis Erklärung vom 29. Januar jetzt ohne Aussicht, vor allem aber liege es bei der „hochgradigen, wenn auch ungerechtfertigten Erregung“, die das Schulgesetz im Lande hervorgerufen, im Wunsche seiner Parthei, daß durch Verhandlungen über jenen Antrag die Gegensätze nicht noch verschärft würden.

Der Kaiser beobachtete den weiteren Verlauf dieser Bewegung. Er wohnte am 3. Februar, nach seiner Gewohnheit, einem parlamentarischen Diner des Reichskanzlers bei und hatte hier eine längere Unterredung mit v. Bennigsen, der den Anstoß zu einer so entschiedenen Wendung in der Schulgesetzfrage gegeben hatte. An den Vorsitzenden der Schulkommission des Abgeordnetenhauses richtete der Kaiser dort die Frage, wie es mit dem Gesetze stehe, und auf die Antwort, § 14 sei erledigt, erwiderte er: „Also sitzen Sie nicht bis November.“ In diesen Tagen wurde der Kaiser durch ein Geschenk des Sultans Abdul Hamid erfreut, der ein Ölbild sandte, darstellend die Ankunft des Kaisers in Konstantinopel und seine Begrüßung durch den Sultan. Am 10. Februar besuchte der Kaiser die Berliner Sternwarte, über deren Einrichtungen er sich von Professor Förster Vortrag halten ließ. Auf einem zweiten parlamentarischen Diner beim Grafen Caprivi am 17. Februar kam der Kaiser mit den Mitgliedern der Schulgesetz-Kommission zusammen, berührte aber in seinen Gesprächen weder diese, noch sonst eine politische Frage. Am 19. Februar fand wiederum eine Zusammenkunft des Kaisers mit hervorragenden Abgeordneten statt. Es war ein „zwangloser Herrenabend“ beim Minister Miquel. Die Einladungen waren zu einem Glase Bier auf 9 Uhr erfolgt. Der Kaiser erschien mit dem Prinzen Heinrich schon früher. Die Gesellschaft bestand aus 24 Personen, meistens nationalliberalen Abgeordneten. Am 24. Februar

nahm der Kaiser am Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags im Hotel Kaiserhof in Berlin teil und hielt hier eine längere Ansprache.

Auf die Begrüßungsrede des Vorsitzenden drückte er zunächst seinen Brandenburgern Dank aus, daß sie ihres Markgrafen nicht vergessen, und für die treuen Gesinnungen der Märker. Dann fuhr er also fort: „Es ist Mir in Meiner schweren Arbeit doppelt angenehm und auch zu gleicher Zeit anregend, wenn in so warmer Weise Meine Bestrebungen für das Wohl Meines Volkes dankbare Anerkennung finden. Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzunörgeln und herumzumäkeln. Unter den wichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Nörgeln und dieser Verhezung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt, und sei es eine Dual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns thäten sie einen großen Gefallen damit. Wir leben in einem Übergangszustande! Deutschland wächst allmählich aus den Kinderschuhen heraus, um in das Jünglingsalter einzutreten; da wäre es wohl an der Zeit, daß wir uns von unseren Kinderkrankheiten freimachten. Wir gehen durch bewegte und anregende Tage hindurch, in denen das Urtheil der großen Menge der Menschen der Objektivität leider zu sehr entbehrt. Ihnen werden ruhigere Tage folgen, insofern unser Volk sich ernstlich zusammennimmt, in sich geht und unbeirrt von fremden Stimmen auf Gott baut und die ehrliche fürsorgende Arbeit seines angestammten Herrschers. Ich möchte dieses Übergangsstadium mit einer kleinen Geschichte vergleichend beleuchten, welche Ich einmal gehört habe. Der berühmte englische Admiral Sir Franzis Drake war in Zentral-Amerika gelandet nach schwerer, stürmisch bewegter Reise; er suchte und forschte nach dem anderen großen Ozean, von dem er überzeugt war, daß er vorhanden sei, den

die meisten seiner Begleiter jedoch als nicht existierend annahmen. Der Häuptling eines Stammes, dem das eindringliche Fragen und Forschen des Admirals aufgefallen, von der Macht seines Wesens eingenommen, sagte ihm: „Du suchst das große Wasser, folge mir, ich werde es Dir zeigen,“ und nun stiegen die beiden trotz warnenden Zurufs der übrigen Begleiter einen gewaltigen Berg hinan. Nach furchtbaren Beschwerden an der Spitze angelangt, wies der Häuptling auf die Wasserfläche hinter ihnen und Drake sah die wildbewegten Wogen des zuletzt von ihm durchschifften Meeres vor sich. Darauf drehte sich der Häuptling um, führte den Admiral um einen kleinen Felsvorsprung herum, und plötzlich that sich vor seinem entzückten Blicke der vom Gold der aufgehenden Sonne bestrahlte Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden Stillen Ozeans auf. — So sei es auch mit uns! Das feste Bewußtsein Ihrer, Meine Arbeit treu begleitenden Sympathie flößt Mir stets neue Kraft ein, bei der Arbeit zu beharren und auf dem Wege vorwärts zu schreiten, der Mir vom Himmel gewiesen ist. — Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unserm obersten Herrn — dort oben gegenüber und Meine felsenfeste Überzeugung, daß unser alter Alliirter von Koffbach und Dennewitz Mich dabei nicht im Stiche lassen wird. Er hat Sich solche unendliche Mühe mit unserer alten Mark und Unserem Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, daß Er dies für nichts gethan hat. Nein im Gegentheil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe Ich Euch noch entgegen. Lassen Sie sich nur durch keine Nörgelei und durch mißvergnüglisches Parteigerede Ihren Blick in die Zukunft verdunkeln oder Ihre Freude an der Mitarbeit verkürzen. Mit Schlagwörtern allein ist es nicht gethan, und den ewigen mißvergnüglischen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere Ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert,“ — daß Meine brave märkische Mannschaft Mir dabei helfe, das hoffe Ich bestimmt. Daher trinke Ich auf das Wohl Brandenburgs und seiner Männer Mein Glas.“

Aus Anlaß dieser Rede des Kaisers entstand in allen politischen Kreisen Deutschlands aufs neue eine äußerst lebhafteste Erörterung. Wochenlang ertönte die Presse aller Parteien von freimütigen Deutungsversuchen und in einzelnen Punkten zeigte sich ein fast allgemeiner

Widerspruch. Allerdings hat es, hörte man übereinstimmend von den verschiedensten Seiten, viel Widerspruch gegen einzelne Regierungsmaßregeln gegeben, aber solcher Unzufriedenheit wegen brauche man doch nicht auszuwandern, vielmehr sei es verfassungsmäßiges Recht aller Staatsangehörigen, auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten, den sie für den richtigen halten, hinzuwirken; auch habe das Herumnörgeln immer stattgefunden, bald seitens dieser, bald jener Partei; die Treue zum Herrscher bleibe dadurch unberührt. Man vernahm die Frage, wieviele Leute dann noch zu Haus bleiben würden, wenn die Nörgler auswanderten, wahrscheinlich nur die ganz unselbständigen; die Ansichten der Regierung hätten sich im Laufe der Zeiten vielfach ins Gegenteil verkehrt; das Heimatsgefühl sei bei den Deutschen so stark, daß sie nicht gleich die Flinte ins Korn zu werfen und an Besserung der Zustände zu zweifeln pfliegen. Die Nörgereien, sagte ein ultramontanes Blatt, gehören zum Ganzen; „wo wären wir Katholiken, wenn wir nicht anderthalb Jahrzehnte gegen die Maigesetze genörgelt hätten?“ Man wies auch wohl auf den Ausspruch des alten Fritz, es solle so regiert werden, daß die Leute ins Land kommen und nicht hinauslaufen, auch auf neuere Maßnahmen zur Einschränkung der Auswanderung. Die Vorstellung, daß der Kaiser absolutistischen Neigungen Ausdruck haben wollen, fand keinen Glauben, zumal dies seinem Angehörnis der Verfassung widersprochen haben würde. Nur einige konservative Blätter, wie der „Reichsbote“, meinten, in Annäherung an jene Vorstellung, das Königtum müsse allerdings energisch seine führende Stellung betonen, und der „Kurier poznański“ wünschte, daß es dem Monarchen gelingen möchte auszuharren, denn auf diesem Wege müßten auch die Polen „schließlich das Ziel ihrer Wünsche finden“. „Der patriarchalische Ton,“ sagte in den „Preuß. Jahrbüchern“ Prof. Delbrück, „der ist es, der den erbitterten Widerspruch hervorruft; in dieser Oppositionsstimmung sind Konservative, Liberale und Ultramontane schlechthin einig.“ Von unmittelbarer Bedeutung aber erschien der kaiserliche Tadel insofern, als man nach Lage der Dinge glaubte, ihn ansehen zu müssen als vorwiegend gerichtet gegen die grade im Augenblick so heftige Bekämpfung des Volksschulgesetzes. Dies sprachen nicht bloß das Hauptorgan der katholischen und das der sozialdemokratischen Partei, sondern auch

andere Blätter, wie z. B. am 26. Februar die „Kölnische Zeitung“ aus. Bisher, meinte diese, habe man sich gesagt, Deutschland könne es schon ertragen, wenn die *Zedlitz*e tugendweise über diesen Stein stolperten, die Monarchie dagegen müsse aus dem Ringen feindlicher Weltanschauungen und Parteien möglichst unberührt hervorgehen; aus diesem schönen Traume seien die Freunde der Monarchie nun aufgeschreckt. Man stelle alles Mögliche auf, was die gemäßigten Politiker entfremden müsse, und wundere sich nachher, wenn man die Bajonnette der liberalen Opposition in der Sonne blitzen sehe. „Man fordert die Deutschen, die den Kern ihres Wesens in Geistesfreiheit und nationaler Gesinnung erblicken, durch schwächliches Zurückweichen vor Polonismus und Ultramontanismus heraus und begreift hinterher nicht, wenn Männer, die Jahrzehnte lang den Mut hatten, als Regierungsfreunde der Verdächtigung ihrer Unabhängigkeit zu trotzen, auch den Mut finden, einer in die Irre gehenden Regierung den blanken Schild ihrer Überzeugung entgegen zu halten.“ Andererseits hob die „Kreuzzeitung“ hervor, der Kaiser habe in seiner Ansprache nicht etwa an die Arbeiter gedacht, sondern die Bemerkung „den Staub von den Pantoffeln schütteln“ weise auf die Studierstube, und von gewissen Studierstuben gehe auch in letzter Instanz die Heze gegen das Volksschulgesetz aus.

Unter dem Eindruck der kaiserlichen Ansprache und ihrer öffentlichen Besprechung steigerte sich die Bekämpfung des Volksschulgesetzes und die schon seit Herbst die gemäßigten Parteien erfüllende Verstimmung. Die Gegenkundgebungen fanden immer stärkeres Echo in den anderen deutschen Staaten, sodaß die „Voss. Ztg.“ sagen konnte: „Staat und Reich sind nicht mehr zu trennen; schon spürt man den Rückschlag in den kleineren Staaten; überall fühlt sich die Reaktion ermutigt; was will das werden? Mit dem Schulgesetz macht Preußen in Deutschland nicht moralische Eroberungen, sondern trägt Verwirrung und Groll in die Parteien, die in den Einzelstaaten Preußens beste Verbündete gegen den Partikularismus sind.“ Die ganze Besprechung des Schulgesetzes begann überzugehen in eine erneute Bekämpfung der „Schwankungen des neuen Kurfes“ und die freikonservative Berliner „Post“ hob am 16. März hervor, man fühle nur zu deutlich, daß die Regierung „nicht so lebendige Fühlung mit dem Pulschlage des nationalen Empfindens und Denkens“ habe,

wie dies vom Standpunkt des öffentlichen Wohls zu wünschen wäre. Darin bestehe „die tiefere Ursache der bestehenden Beunruhigung.“

In der Kommission des Abgeordnetenhauses rückten die Verhandlungen nur sehr langsam weiter. Graf Zedlitz gab zwar hier Erklärungen ab, welche die Aussichtslosigkeit der Anträge des Centrums in Bezug auf die inneren Einrichtungen der Schule erkennen ließen, sodaß v. Huene bemerkte, die Haltung des Centrums stehe wie auf der Schneide des Messers; aber der Minister zeigte nicht die Nachgiebigkeit gegen die Mittelparteien, auf die man nach seinen Äußerungen gerechnet hatte. Später hat die „Kreuzzeitung“ die Mitteilung gebracht, der Kaiser habe dem Minister „mit Entschiedenheit“ die Zustimmung zur fortgesetzten Bekämpfung des liberalen Ansturms erteilt, während die konservativen Teilnehmer an der Zusammenkunft vom 23. Januar, namentlich v. Helldorf, dies nicht für möglich erklärten.

Auf dem Höhepunkte der Spannung, am 17. März, trat die Wendung ein. Minister Graf Zedlitz verließ die Sitzung der Kommission, um einem Kronrate beizuwohnen, und kehrte, trotz seiner Zusage, dorthin nicht zurück. Denn in diesem Kronrate gebot der Kaiser dem Schwimmen gegen den Strom ein Halt, die beste Widerlegung gewisser Deutungen seiner Rede vom 24. Februar. Infolge dessen bat der Kultusminister am 18. März um seine Entlassung. Der versöhnliche Teil der Konservativen wurde dadurch freilich, wie aus späteren offenen Erklärungen, namentlich v. Manteuffels und v. Roseritzs, hervorging, um den Versuch gebracht, in der Kommission zu allseitig befriedigenden Änderungen zu gelangen, aber Graf Zedlitz, der sich in dem ganzen Streite überzeugungstreu gezeigt hatte, mochte eingesehen haben, daß er ein wesentlich geändertes Gesetz nicht mehr vertreten können. Man sah dieses bereits allgemein als gescheitert an und die Mittelparteien zeigten sich befriedigt und dem Kaiser dankbar. „Schon der Ausbruch der Krisis,“ sagte die „National-Zeitung“, „ist eine Genugthuung für die drei Parteien, die den Kampf gegen das Gesetz unerschütterlich geführt. Die Wortführer der konservativ-ultramontanen Mehrheit rechneten auf die Krone; aber diese hatte der Einbringung der Vorlage nur zugestimmt, weil das Für und Wider ihr nicht ausreichend vorgetragen war.“ Die zahlreichen gewichtigen Kundgebungen hatten offenbar

ihren Eindruck gemacht, und man hörte, daß die Besorgnis über die allgemeinen politischen Folgen, die namentlich in Süddeutschland eintreten könnten, an maßgebender Stelle mit Nachdruck geltend gemacht seien. Der Reichskanzler hatte sich mindestens gleich stark wie Gr. Zedlitz für das Gesetz engagiert, es konnte daher nicht auffallen, daß er in einem nach des letzteren Entlassungsgesuche erstatteten Berichte an den Kaiser auch seinen Rücktritt in Aussicht nahm. Der Kaiser lehnte aber am 14. März unter Berufung auf seine nach ärztlichem Räte unternommene Reise nach Hubertusstock ab, seine Entscheidungen jetzt zu treffen. Gr. Caprivi begab sich, nachdem er in Berlin mit dem Prinzen Heinrich verhandelt hatte, auf den Ruf des Kaisers am 20. März nach Hubertusstock und wurde hier von diesem bewogen, von seinem Rücktritte als Reichskanzler Abstand zu nehmen, wogegen ihm die Ministerpräsidentschaft in Preußen abgenommen wurde. Diese ward, nachdem Caprivi am 23. März nochmals nach Hubertusstock berufen war, dem Grafen Botho zu Eulenburg, Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, und das Kultusministerium dem Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Robert Bosse, übertragen.

Graf Eulenburg war von 1878 bis 1881 Minister des Innern gewesen, in diese Stellung aus dem Amte eines Oberpräsidenten der Provinz Hannover, gleichzeitig mit Hobrecht und Maybach berufen und er wurde zu den gemäßigten, auf Zusammenwirken mit den Liberalen bedachten Konservativen gerechnet. Bei Beratung der Novelle zur Kreisordnung im Herrenhause 1881 hatte der neben ihm sitzende Geh. Rat Rommel eine Erklärung des Fürsten Bismarck als damaligen Handelsministers verlesen, die den vorausgegangenen Äußerungen des Ministers des Innern widersprach. Graf Eulenburg war infolge dessen zurückgetreten und hatte Herrn v. Puttkamer zum Nachfolger erhalten. Einige Zeit später erhielt er das Oberpräsidium, aus dem er nun berufen ward. Sein Nachfolger als Oberpräsident von Hessen-Nassau wurde der Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Magdeburg, aus Nassau. Bosse hatte schon in den 70er Jahren dem Kultusministerium angehört, war dann Direktor, später Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und hier an den sozialpolitischen Gesetzen wesentlich beteiligt gewesen, bis er im Februar 1891 zum Vorstand des Reichsjustizamts ernannt wurde. Er ist Sekretär

des Staatsrats und konservativ sowie streng kirchlich gesinnt, ohne jedoch zu den Konservativen von der Richtung seines Vorgängers gezählt zu werden. In seiner versöhnlichen Art und Weise hatte er als Vorsitzender der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch erfolgreich Mittelwege aufgefunden.

Die Befriedigung und Dankbarkeit der gemäßigten Parteien über die Lösung war jedoch mit einigen anderen Gefühlen gemischt. Einem derselben gab am prägnantesten die „Post“ Ausdruck in den Worten: „Dauernd bleibt die Einbuße an Ansehen, welche das Staatsministerium durch den offenbaren Mangel an politischem Urtheil und Voraussicht erfahren hat.“ Ferner fand die Trennung der preussischen Ministerpräsidentschaft vom Amte des Reichskanzlers vielfache Mißbilligung. Es wurde zwar anerkannt, daß die Rücksicht auf die auswärtige Politik den Wunsch nach Erhaltung Caprivis als Reichskanzler erklärlich mache, auch daß seine Entlassung wünschenswert sei; aber von jener Trennung wurde mehrfach Stärkung des preussischen Partikularismus, es wurden auch wohl Schwierigkeiten in der Verfügung über die preussischen Stimmen im Bundesrate besorgt, wemgleich nicht zuviel Gewicht darauf gelegt wurde, daß die im Jahre 1872 versuchte Trennung der beiden Ämter schon 1873 wieder hatte aufgegeben werden müssen. Die Ressortlosigkeit des neuen Ministerpräsidenten fand weniger Widerspruch und wurde für den Fall als günstig angesehen, wenn er sich als der berufene Vertreter der allgemeinen politischen Aufgaben des Staatsministeriums fühle und auf dessen Würdigung derselben sein Hauptaugenmerk richte.

Graf Zedlitz erinnerte bei seinem Abschied von den Beamten des Kultusministeriums daran, daß er vor etwa einem Jahre schweren Herzens das Amt übernommen habe; wenn er sich jetzt von denen trennen müsse, die ihm über die Beamtenpflicht hinaus beigestanden, so demütige er sich vor der göttlichen Fügung. Der Unterstaatssekretär Dr. v. Weyrauch erwiderte namens dieser Beamten, tief ergriffen sähen sie einen Mann scheiden, der durch seine geistige Bedeutung und seine sittliche Größe die höchste Achtung erworben, der so hohe Ziele verfolgt und dessen glänzender Schild bei der so plötzlichen Wendung auch nicht vom Hauche eines Schattens berührt sei.

Wie im Januar der Beginn der Volksschulgesetzfrage Preußens, so kam jetzt im März auch deren Lösung, und zwar mit größerer

Berechtigung als damals, zunächst im Reichstage zur Erörterung. Bei der dritten Beratung des Stats am 26. März hob Richter (d.-freis.) hervor, daß die neueste Wendung der Politik in Preußen und dem Reiche hier nicht unbesprochen bleiben könne. Der Reichskanzler sei in seinen politischen Funktionen halbiert worden und werde jetzt wohl einsehen, daß es mitunter schwer ist, gegen den Strom zu schwimmen. Die Reichsverfassung sei so sehr darauf zugeschnitten, daß der Reichskanzler auch in Preußen der erste Staatsmann sei, daß man die jetzige Lösung allgemein als ungenügend ansehe; sie sei jetzt auch schwieriger zu vollziehen als bei Fürst Bismarcks 1873 mißglücktem Versuche. Richtiger würde die Bildung selbständiger Reichsministerien gewesen sein und die das Ansehen der Regierung schädigenden letzten Vorgänge bewiesen von neuem die Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierung. Darauf entgegnete der Reichskanzler Graf Caprivi, der preußische Ministerpräsident habe keinen größeren gesetzlichen Einfluß auf die Gesamtverwaltung des Staats als irgend einer seiner Kollegen; deshalb verliere der Reichskanzler durch die jetzt eingetretene Trennung nichts. Durch den Versuch von 1872 seien sachliche Nachteile nicht eingetreten; daß er fallen gelassen, habe persönliche Gründe gehabt. Die jetzige Trennung der Funktionen habe unverkennbare Vorteile. Deren größter bestehe darin, daß der Reichskanzler künftig nicht mehr in jede preußische Krise verwickelt zu werden brauche. Das parlamentarische System wünschten die verbündeten Regierungen nicht, auch sei es ohne Beseitigung des Bundesrats und andere Umwälzungen nicht durchzuführen. Der Führer der Centrumspartei, Graf Balkestrem, sprach hierauf den Wunsch aus, Graf Caprivi möge bald wieder die erste Stellung in Preußen einnehmen, und erklärte sich gegen verantwortliche Reichsminister. Anders v. Bennigsen (nat.-lib.), der namentlich seiner Meinung, daß ein verantwortlicher Reichsfinanzminister bald notwendig werden würde, so entschieden wie in früheren Fällen Ausdruck gab. Bezüglich der Trennung der ersten Staatsämter hegte, so sagte er weiter, weite Kreise die Besorgniß, daß sie Reibungen und Störungen herbeiführen werde. Hoffentlich sei eine solche Gefahr nicht nahe, obwohl sich nicht verkennen lasse, daß seit einiger Zeit der Partikularismus an vielen Stellen im Wachsen begriffen sei; dazu sollte doch nicht noch ein Gegensatz zwischen Preußen und Deutschland an der Spitze der Ge-

schäfte hinzutreten. Dem Reichskanzler wurde von Richter erwidert, beim Schulgesetz habe man ja gesehen, daß der preußische Ministerpräsident doch erheblichen Einfluß besitze; bedeute er aber so wenig, warum berufe man denn auf diesen Posten einen besonderen Minister, der bloß persönliche Bedeutung habe und nur als ornamentale Spitze diene? Sodann griff Graf Kanitz (d.-konf.) den Oberpräsidenten v. Bennigsen wegen seines Eintretens für Reichsministerien und wegen seiner Verbindung mit dem Führer der Opposition an. Das sei mit dem preußischen Beamtentum nicht zu vereinigen. v. Bennigsen erwiderte mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit der Reichstagsmitglieder und daß der Erfolg ihm recht gegeben, als er das liberale Bürgertum gegen die mit dem Volksschulgesetz heraufgeführte schwere Gefahr für Deutschland aufgerufen habe. Es werde wohl nicht als Unglück angesehen werden, wenn hohe Beamte vor Gefahren, die noch abgewendet werden könnten, warnten, zumal wenn sie sähen, wenn diejenigen Beamten nicht mehr den Mund aufzuthun wagten, die von ihrer höheren Stelle aus die Verhältnisse im ganzen zu übersehen vermöchten. Diese Bemerkungen gaben Stöcker (d.-konf.) Veranlassung, Herrn v. Bennigsen vorzuhalten, der Staat, das Reich und das Ansehen der Krone würden den Schaden haben von dieser Mobilmachung des liberalen Bürgertums, das in sittlich-religiösen Dingen nichts geleistet, sondern in seinem Schoße den „Mammonismus“ großgezogen habe, der die Nation auseinanderreiße. Andererseits trat der konservative Prinz zu Carolath mit größter Anerkennung für v. Bennigsens Haltung und gegen Stöcker auf, dessen Ausführungen einen großen Teil der evangelischen Mitbürger irre machen würden.

Den wesentlichsten Erörterungen über die Trennung der ersten Staatsämter und über die allgemeine politische Lage sah man jedoch für den preußischen Landtag entgegen. In dessen beiden Häusern gab der neue Ministerpräsident Graf Eulenburg am 28. März erläuternde Erklärungen ab. Die Vereinigung der bewußten hohen Ämter bringe, wie nicht erst in neuerer Zeit bekannt geworden, ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, das die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes vorzeitig aufzureiben geeignet sei. Dazu komme, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freiere werde, wenn sie nicht mehr abhängig sei von den allein

preußische Angelegenheiten betreffenden Zwischenfällen. Dadurch, daß der Reichskanzler Minister der auswärtigen Angelegenheiten und preußischer Minister verbleibe, sei Fürsorge gegen Beeinträchtigung der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und des gegenseitigen Verhältnisses des Reichs und Preußens getroffen. Die Verhandlungen über das Schulgesetz hätten scharfe Gegensätze hervortreten lassen, die sich bisher unvermittelt entgegenständen. Daher verzichte die Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung dieses Entwurfs.

Den eigentlichen Anlaß zu Verhandlungen über diese Fragen im Landtage bot jedoch erst ein Gesetzentwurf, nach welchem in den ordentlichen Etat des Staatsministeriums nachträglich der Betrag von 72 000 *M* für Gehalt, Dienstwohnung und Repräsentationskosten des neuen Ministerpräsidenten eingestellt werden sollte. Die erste Beratung hierüber fand im Herrenhause am 28. März statt und gestaltete sich nur durch eine Rede des Grafen von Hohenhal etwas lebhaft. Er verbreitete sich nämlich über den herrschenden Pessimismus, demgegenüber man den Glauben an den monarchischen preußischen Staat bewahren müsse. Freiherr von Stumm aus Schloß Halberg vermochte von solchem Pessimismus nichts zu entdecken, glaubte auch nicht, daß jemand jenen Glauben aufgegeben habe. Die einzige Partei, die auf Unzufriedenheit hinarbeite, die socialdemokratische, sei weit davon entfernt, den Staat in Frage zu stellen. Freiherr von Schorlemer-Alst beteiligte sich an dieser Besprechung, indem er den Glauben an den preußischen Staat als gleichbedeutend mit dem an den christlich-konservativen Staat hinstellte und er schloß mit der für die Haltung der Centrumspartei bemerkenswerten Erklärung: „Unsere Verhältnisse liegen so, daß bei aller Mitwirkung der Parlamente wir alle doch wohl auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen: in Preußen muß der König regieren.“

Im Abgeordnetenhause fand die Beratung am 28. April statt. Sie wurde eingeleitet durch Rickert (d.=freis.), der den Fall des Volksschulgesetzes insofern bedauerte, als dessen Aufrechthaltung die Schläfer im Lande noch mehr als bisher aufgerüttelt und „Allen, die mit vollem Vertrauenswinde dahinjegelten, zum Bewußtsein gebracht haben würde, daß es bei uns Elemente giebt, welche das Staatsschiff auf Klippen führen.“ Die Freisinnigen, bemerkte der Redner, könnten sich nicht vorstellen, daß ein Mann von der staatsmännischen Ver-

gangenheit des Grafen Eulenburg seine Stellung als Ministerpräsident ohne die Grundlage eines selbständigen Ressorts auf die Dauer für möglich halte, und außerdem bestehe die Hauptfrage darin, wie sich der Ministerpräsident zu den deutschen Angelegenheiten stellen, sowie ob es dem Reichskanzler möglich sein werde, als Minister des Außern einem gefährlichen preussischen Partikularismus entgegenzuwirken. Für die Konservativen gab v. Rauchhaupt dem Bedauern Ausdruck, daß nicht Zeit gelassen worden sei, eine Verständigung in der Schulgesetzfrage zu versuchen. Im Namen der Centrumspartei sprach v. Huene den Grafen v. Caprivi und Zedlitz Dank aus „für ihr Eintreten für den christlich-konservativen Staat“, glaubte aber nicht, daß durch den Ministerwechsel die Gegensätze vermittelt würden, und bezeichnete eine Verständigung seiner Partei mit den Mittelparteien in der Schulgesetzfrage als unmöglich. Das Centrum könne seine Grundsätze nicht aufgeben und die Regierung habe doch aus seinen Händen schon andere wichtige Gesetze angenommen. Nunmehr trat der Ministerpräsident Graf Eulenburg auf. Er bezeichnete die Zurückziehung des Volksschulgesetzes als das Fazit der Lage, an deren Herbeiführung er und der neue Kultusminister nicht mitgewirkt hätten. Außerdem liege ein Fall vor, in dem es nicht gleichgültig sein könne, ob von der Abstimmung ein Ergebnis zu erwarten sei, mit dem auch der Unterliegende sich, wenigstens zur Zeit, zufrieden geben könne. Der Kampf auf dem Gebiete der Volksschule werde weiter geführt werden müssen, so lange es überhaupt ein politisches Leben giebt. Bezüglich der Trennung der fraglichen höchsten Untermeinte Graf Eulenburg, diese Einrichtung trage die Voraussetzungen der Dauer in sich. Die Zahl derer, die geneigt wären, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, sei nicht groß und in dessen Person dürfe ein häufiger Wechsel nicht eintreten. Im Anschluß an diese Auslassungen stellte sich der neue Kultusminister Dr. Bosse vor. Er wünschte, daß man jetzt keine programmatischen Erklärungen über Einzelheiten von ihm verlangen möchte; ein neues Volksschulgesetz könne man in diesem Augenblicke nicht erwarten, da die Gemüter nach den schwierigen Kämpfen noch erregt und wichtige Fragen unentschieden seien. Im übrigen benutzte Graf Balkestrom die Gelegenheit, einige Punkte seiner am 12. April in Breslau gehaltenen Rede zu erläutern. Er hatte dort den verstorbenen Windthorst als den großen Generalstabschef un-

feres Herrgotts in Deutschland bezeichnet und von „ungläubigen Professoren“ geredet, „die den Materialismus und den Atheismus von den Kathedern lehren“. Aus den jetzigen Erläuterungen ging aber, wie aus jener Breslauer Rede, hervor, daß die Centrumspartei zu weiteren Kämpfen in der Schulfrage bereit ist.

Unterdessen hatte der Reichstag seine Verhandlungen, wie wir sie Seite 10 verlassen mußten, fortgesetzt. Die ferneren Statsberatungen gaben wieder Anlaß zur Berührung einer Reihe von Fragen der verschiedensten Art. Es wurde geklagt über die Mißhandlung von Seeleuten auf den Reichspostdampfern und über schlechte Behandlung der Kohlenzieher auf deutschen Schiffen. Das schon so oft vorgebrachte Verlangen nach einem Gesetze zur Regelung der Thätigkeit des Reichseisenbahnamts wurde vom Abg. Hamacher wiederholt. Auf mehrseitige Anregung ward ein Gesetzentwurf zur Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes zugesagt. Für Beteiligung an der für 1893 in Chicago geplanten Ausstellung wurden 900 000, für die wissenschaftliche Erforschung und Aufdeckung des römischen Grenzwalls 40 000 Mark bewilligt. Lebhaft wurde auf Reform der Eisenbahn-Tarife gedrungen. Der preußische Eisenbahnminister Thielen wies zur Erwiderng darauf hin, daß Preußen schon viele Verkehrserleichterungen und Verbesserungen geschaffen habe, behauptete aber, dem Fortschritt dieser Reform ständen die Finanzlage sowie der Umstand entgegen, daß man sich bisher über ein allen Anforderungen genügendes Projekt noch nicht habe einigen können. Woher sollen denn aber, warf der Abg. v. Stumm (freikons.) ein, die Mittel kommen, die in Preußen aus den bisherigen Überschüssen der Eisenbahnverwaltung für die allgemeinen Staatszwecke aufgewendet wurden, wenn die Überschüsse durch eine durchgreifende Reform in der Richtung der Ermäßigung der Tarife zum Verschwinden gebracht werden? Beim Etat des Reichsjustizamts wurde der langsame Gang der Beratungen des bürgerlichen Gesetzbuchs in der dafür niedergesetzten Kommission bemängelt und gewünscht, daß sie mehr Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse des Volks sowie auf eine bessere sprachliche Form des Gesetzbuchs nehme. Dr. Bosse, damals noch Vorstand dieses Reichsamts, suchte dagegen nachzuweisen, daß eine schnellere Bearbeitung nicht möglich sei. In der jetzigen zweiten Lesung würden manche Schwächen des ersten Entwurfs beseitigt. Au

Ende des Jahrhunderts werde das Gesetzbuch hoffentlich zu stande gekommen sein. Auch die Frage einer Entschädigung der unschuldig Verurteilten wurde wieder vorgebracht, worauf der Staatssekretär meinte, es sei ratfam, die Sache bis zur endgültigen Revision der Strafprozeßordnung auszusetzen, bis dahin aber dafür zu sorgen, daß in jedem Bundesstaate ein Fonds zur Gewährung solcher Entschädigung vorhanden sei.

Ausgedehntere Erörterungen entstanden bei Beratung des Militärretats. Es wurde eine Verminderung der Wachtposten, namentlich vor Gebäuden der Zivilverwaltungen, und der Ehrenposten, sowie eine Änderung der noch aus 1837 stammenden Bestimmungen über deren Gebrauch von Schießwaffen verlangt, auch die Absperrung der Straßen in Berlin bei militärischen Aufzügen und Empfängen fremder Fürstlichkeiten beklagt. Am allgemeinsten traten die Wünsche nach Änderung der Militärstrafprozeßordnung hervor. Man wünschte eine größere Öffentlichkeit des Verfahrens und eine Erleichterung bezüglich des Beschwerderechts der Militärpersonen. Die Erregung über diese Punkte war so stark infolge des tiefen Eindrucks, den ein vom Befehlshaber des königl. sächsischen Armeekorps, dem Prinzen Georg von Sachsen, am 8. Juni 1891 erlassener Befehl gegen Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte überall gemacht hatte. Der Erlaß war am 31. Januar vom sozialdemokratischen Hauptorgan, dem Berliner „Vorwärts“, an die Öffentlichkeit gebracht. Der Prinz hatte gesagt, durch eine lange Reihe kriegsgerichtlicher Untersuchungen, die in letzter Zeit wegen körperlicher Mißhandlungen Untergebener einzuleiten gewesen, seien Zustände zu Tage gefördert, die in hohem Grade bedenklich erscheinen mußten. Aus den Akten habe er ersehen, daß diese Gewaltthätigkeiten nicht etwa bloß die Folge augenblicklicher Erregung gewesen seien, sondern ein großer Teil habe sich als „raffinierte Quälerei, als Ausfluß einer Roheit und Verwilderung“ herausgestellt. Eine Behandlungsweise sei eingegriffen, „die auf den guten Geist und die Disziplin der Truppe zerstörend einwirken, jede Kameradschaft untergraben“ müsse; und diese häufig selbst vor Zeugen verübten Gewaltthätigkeiten würden aus Furcht „vor noch schlimmerer Behandlung nicht zur Meldung gebracht“. Diese Behauptungen waren in dem Erlasse durch genaue Angabe der empörendsten einzelnen Fälle belegt.

Zum Schluß hieß es, eine Änderung dieser Zustände müsse unter allen Umständen herbeigeführt werden.

In der Budgetkommission des Reichstags war dieser Erlaß schon am 5. Februar zur Sprache gekommen. Richter wies hier darauf hin, daß die Vorkommnisse in Sachsen nicht vereinzelt daständen, sondern daß gewisse Bilder der dortigen Mißhandlungen sogar typisch auch in den übrigen Teilen Deutschlands seien. Die kastenmäßig abgeschlossene Erziehung junger Leute in Unteroffizierschulen und Kadettenhäusern sei geeignet, zur falschen Behandlung der Untergebenen zu führen. General v. Gofler, Departementsdirektor im preussischen Kriegsministerium, gab zu, daß der Abgrund, welcher sich hier aufthue, geschlossen werden müsse, hielt es aber für zweifelhaft, ob das mündliche und öffentliche Strafverfahren eine Besserung herbeiführen werde. Der bairische Militärbevollmächtigte, Oberst v. Haag, machte geltend, daß in Baiern äußerst strenges Vorgehen gegen Mißhandlungen ein befriedigendes Ergebnis gehabt habe. Graf Ballestrem sah den tieferen Grund der Vorgänge in der allgemeinen Verrohung, die um sich gegriffen habe, „vom wüsten Grafen an bis zum Messerstecher.“ Lingens (Zentr.) meinte, das Schlimmste sei, daß das rechte Verständnis für den Gehorsam in den religiösen Bestimmungen und dafür verloren gegangen sei, „daß der Unteroffizier für den Soldaten der Stellvertreter Gottes auf Erden ist.“ Die Kommission einigte sich dann über den Antrag auf ein Ersuchen an die Regierungen, die Militärstrafprozessordnung baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Öffentlichkeit des Verfahrens, zu unterwerfen, das Beschwerderecht zu erleichtern und auf Pflege religiösen Sinns unter den Angehörigen des Heeres hinzuwirken.

Bei Beratung des Militärretats im Plenum trat der neue Abgeordnete für Bayreuth, Casselmann, für Einführung der Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens und für eine ständige und unabhängige Gerichtsbarkeit an Stelle der Zusammenfügung der Gerichte von Fall zu Fall ein. Er wies dabei namentlich auf die guten Erfolge dieser Einrichtungen in Baiern. Nach Mitteilung des sächsischen Bevollmächtigten, Obersten v. Schlieben, hätten sich infolge des Erlasses des Prinzen Georg die Fälle von Mißhandlungen bereits verringert. Die ganze Frage berührte den Grafen Caprivi nicht

bloß als Reichskanzler, sondern auch als General. Er ließ sich daher ausführlich darüber aus. Gegen die Mißhandlung richtete sich eine kaiserliche Verordnung aus 1890, die nur eine Verfügung von 1843 in Erinnerung bringe; aber die Mißhandlungen würden nicht vermindert, so lange es rohe Menschen gebe. Versäumt werde nichts, denn die Strafbücher würden mit größter Feinlichkeit kontrolliert. Vermehrung der Offiziere und Hebung des Unteroffizierstandes seien Mittel zur Minderung dieser Übelstände; aber die Form des parlamentarischen Vorgehens sei zu schroff, und es scheine ein Quantum Parteipolitik dabei mitzuspielen. Leider würde durch die Art, wie die Presse sich der Sache bemächtige, Mißtrauen geschürt und damit das Heer geschädigt. Bebel (Soz.=Dem.) behauptete, die Mißhandlungen kämen im Heere in größerem Umfange vor, als man allgemein annehme und dies liege im System. Das Ehrgefühl der Offiziere sei künstlich so verfeinert, daß die geringste Beleidigung nur durch Blut gesühnt werden könne, aber ihren Untergebenen gegenüber bedienten sie sich einer Sprache, daß man sagen müsse, sie seien Barbaren. Richter meinte gegen den Reichskanzler, daß man von Mißtrauen gegen das Heer nicht sprechen dürfe und hielt eine Besprechung dieser Fragen im Reichstag behufs Bekämpfung der Sozialdemokraten für nötig. Daß früher nicht so viele solcher Ausschreitungen vorgekommen, scheine daran zu liegen, daß früher nicht so viele Unteroffiziere aus den Unteroffizierschulen genommen seien und die Leiden der Rekruten selbst mit zu erdulden gehabt hätten. Haußmann (Volksp.) brachte eine Reihe von Mißhandlungen von Soldaten vor, die in Württemberg vorgekommen seien. Diese Mitteilungen, meinte Graf Caprivi, gingen nur auf Erregung von Mißtrauen aus und kämen den Sozialdemokraten zu gute. v. Kardorff (freikons.) war der Meinung, die letzteren dürften solche Fälle am wenigsten vorbringen, da sie selbst mit Brutalität die Leute behandelten, welche sich den Streiks nicht anschließen wollten. v. Koscielski glaubte, die polnischen Rekruten hätten am meisten wegen ihrer mangelnden Kenntnis des Deutschen zu leiden. Schließlich wurde der Antrag der Kommission angenommen, jedoch in der von Richter und Buhl geänderten Fassung, wonach bei der bevorstehenden Reform die Grundsätze, wie sie sich in Baiern bewährt, zur Geltung gebracht werden möchten.

Recht interessant war die beim Militäretat aufgeworfene Frage,

wie in einem künftigen Kriege die Verwundeten aus der Feuerlinie in Sicherheit gebracht werden sollen. Der Abg. Endemann, Sanitätsrat aus Kassel, bemerkte am 18. Februar, daß diese Frage die weitesten Kreise beschäftige, seit Professor Billroths Vortrag in Wien über die Wirkung der Schießwaffen bekannt geworden ist. Das Militär-sanitätswesen werde eine schwere Aufgabe finden, da die Zahl der Verwundeten steigen werde infolge der Vervollkommnung der Schußwaffen und der Verwendung des rauchlosen Pulvers. Der Bevollmächtigte, Major Gaede, gab zu, daß die Zahl der Verwundeten steigen werde, meinte aber, die Art der Verwundung werde so zu sagen eine humanere sein. Jeder Offizier sei schon jetzt mit einem antiseptischen Verbands ausgerüstet und bei jeder Truppe würden schon jetzt einige Mannschaften als Krankenträger ausgebildet, überhaupt aber seien ausreichende Vorbereitungen getroffen.

Beim Marineetat kamen wichtige allgemeine Gesichtspunkte zur Sprache. Es handelte sich um Vermehrung der Mannschaft um 1137 Köpfe, um Mehrausgaben für 12 neue Offiziere und 604 Matrosen. Alle diese Forderungen wurden bewilligt, jedoch die erstere erst, nachdem der Reichskanzler sich über die Bedeutung der Marine im Frieden wie im Kriege näher ausgesprochen hatte. Die fortschreitende Entwicklung unseres Handels erfordere zu seiner Beschützung eine Vermehrung der Flotte. Vor allem aber sei zu bedenken, daß im Kriege die wenn auch in zweiter Linie stehenden Leistungen der Marine dem Heere zu gute kämen. Den Reformen des Heeres nachzusehen, habe die Marine sich seither bemüht und sie sei damit auch vorwärts gekommen, jedoch zum Teil nur, weil andere Marinen langsam waren; wir müßten aber damit rechnen, daß diese schneller vorgehen. Die erste Seeschlacht bringe fast immer die Entscheidung zur See, weil sie mit der Vernichtung eines Theils der Flotte enden werde; auf dem Lande könne man die Schlacht an anderer Stelle wieder aufnehmen, auf dem Meere nicht. Der Eindruck dieser Ausführungen reichte jedoch nicht soweit, um alle Forderungen bezüglich der Kriegsschiffe durchzusetzen. Der für den Bau einer Kreuzerfregatte verlangte Betrag ward zwar bewilligt, dagegen für drei Panzerschiffe statt der verlangten 5 300 000, nur 3 Millionen Mark bewilligt. Außerdem beantragte sogar die Kommission die Ablehnung der verlangten ersten Raten für den Bau einer Kreuzer-

Forvette, eines Panzerfahrzeugs, eines Kreuzers und eines Avisos. Der frühere Chef der Admiralität, Graf Caprivi, verwendete sich vorzugsweise für die neue Kreuzerforvette. Mit kleinen Kreuzern, sagte er, könne die Marine nicht auskommen, sie brauche solche, die entschiedener auftreten können. Es handele sich nicht um den Raperkrieg, dem Deutschland ja entsagt habe, sondern um den Kreuzerkrieg. Außerdem spreche für die Vornahme des Baues dieses Schiffes in den nächsten Jahren die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Pommern. Diese würde bedenklich werden, wenn der „Vulkan“, der das Schiff bauen sollte, die in Aussicht hierauf beibehaltenen Arbeiter entlassen müßte. Nach dieser Grundsage, erwiderte Graf Ballestrem (Zentr.), würde man ja zur Errichtung von Nationalwerkstätten kommen. Unter Beteiligung der Zentrumsparthei wurden dann am 1. März alle diese Forderungen im Gesamtbetrage von 5 450 000 Mk. abgelehnt. Sehr gespannt war man, ob das Zentrum auch bei der dritten Beratung des Stats den Wunsch des Reichskanzlers bezüglich der Kreuzerforvette ablehnen werde. Es schien dies die Probe darauf sein zu müssen, ob das Zentrum, wie man vielfach glaubte, sich auf Tauschgeschäfte mit der Regierung einlasse. War dies richtig, so konnte das Zentrum durch den in der Zwischenzeit eingetretenen Fall des preussischen Volksschulgesetzes nicht günstig gestimmt sein. Die dritte Beratung begann am 26. März und Graf Ballestrem sprach sich, anscheinend namens des Zentrums, mit großer Entschiedenheit gegen eine Politik des „do ut des“ aus; er verwahre sich dagegen ebenso, wie es der Reichskanzler gethan, und werde es nicht einmal verstehen, wie ein solcher Tauschverkehr zwischen dem Interesse Preußens und dem des Reichs möglich wäre. Als es aber am 29. März zur endgültigen Abstimmung kam, erklärte derselbe Redner, die Zentrumsparthei müsse auf der Ablehnung der Kreuzerforvette beharren. Als Grund gab er an, der Bericht des Oberpräsidenten von Pommern über die Verhältnisse in Stettin sei zu schwarz gefärbt gewesen; Arbeitslosigkeit herrsche auch an vielen anderen Orten und das Reich könne nicht einen so ungewöhnlichen Schritt thun, zu Gunsten eines Orts Arbeitsgelegenheit auf Reichskosten zu schaffen. So bewirkte denn das Zentrum wiederum die Ablehnung dieser Forderung, auf welche die Regierung besonderes Gewicht legte. Sie erfolgte mit 177 gegen 109 Stimmen. Alsbald wurde dieses Ver-

halten des Zentrums in der Presse der gemäßigten Parteien auf dessen Verschmufung in der Schulgesetzfrage zurückgeführt. Die „Germania“ protestierte freilich stark gegen diese Auffassung; das Zentrum habe auch hier nur aus blankester Überzeugung gehandelt; die Gegner aber blieben dabei, daß ein flagranter Widerspruch zwischen Wort und That des Zentrums vorliege und riefen höhnisch: „kein Schulgesetz, kein Kreuzer!“

Endlich erregte die Etatsberatung noch beim auswärtigen Amte besondere Beachtung. Der Abgeordnete Baumbach (d.-freis.) und Genossen beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, daß beim gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet würden, um durch Übereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechts zu erheben. Nachdem Baumbach am 4. März den Antrag mit dem Hinweis auf die Interessen des Handels begründet hatte, erkannte der Reichskanzler in seiner Erwiderung zwar die humanen Zwecke des Antrags bereitwilligst an, erklärte sich auch gern bereit, die Sache, falls sie Erfolg verspräche, in die Hand zu nehmen, drückte aber die Beforgnis aus, daß internationale Verhandlungen hierüber gegenwärtig ein Ergebnis haben könnten, das der Humanität weniger entspräche, als der seit 1856 geltende Rechtszustand. Denn die Entwicklung des Seehandels und der Mittel zur Seekriegsführung hätten die Lage zu Ungunsten des Schutzes des Privateigentums zur See im Kriege geändert. Die großen Seemächte würden schwerlich geneigt sein, auf die Zerstörung des feindlichen Handels zu verzichten. Hiernach blieb den Antragstellern allerdings nichts übrig, als den Antrag zurückzuziehen.

Zum ersten Mal war in dem Etat des auswärtigen Amtes ein gegen bisher bedeutend erhöhter Betrag als geheimer Fonds eingestellt. Es war dies die notwendige Folge der Erklärung des Reichskanzlers, daß vom 1. April an kein Pfennig mehr aus dem Welfenfonds an das Reich werde gezahlt werden. Auch die eifrigsten bisherigen Bekämpfer der Verwendungen aus dem Welfenfonds mußten nun für 500 000, statt bisher für nur 48 000 Mk. als geheimen Fonds stimmen.

Mit der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes wurde am

5. März die des Etats für die Schutzgebiete verbunden. Hier interessierte vor allem die Forderung von 2 500 000 Mk. für Maßnahmen zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika. Der Abg. Bamberger (d.=freis.) war es wiederum, der die ganze Kolonialpolitik einer abfälligen Kritik unterwarf. Besonders mißfiel ihm die Ausweisung des Herrn E. Wolff aus Deutsch-Ostafrika. Die Maßregel war von dem neuen Gouverneur v. Soden erfolgt wegen der Berichte, welche der Genannte an das freisinnige „Berliner Tageblatt“ erstattet hatte. Der Reichskanzler Graf Caprivi stellte in seiner Erwiderung eine neue Verwendung des Majors v. Wiszmann in Aussicht, wollte aber von Emin Pascha nicht mehr viel wissen. Die Ausweisung des Wolff habe er, der Kanzler, selbst veranlaßt, denn die Art von Diktatur, in der Deutsch-Ostafrika lebe, könne nur dann wohlthätig wirken, wenn sie nicht gestört werde. Die Telegramme, wie sie Wolff gesandt, müßten in Deutschland einen der Kolonie nicht förderlichen Eindruck machen, und wie die Schlachtenbummler für die Truppen nicht bequem und angenehm seien, so wären die Kolonialbummler für die Kolonien schädlich, zumal bei deren noch nicht gesetzigten Verhältnissen. Das südwestafrikanische Schutzgebiet riet Bamberger aufzugeben; der Staatssekretär v. Marschall erklärte aber mit großer Bestimmtheit, die Regierung sei entschlossen, diese Schutzherrschaft aufrecht zu erhalten; es bedürfe nur einer stetigen unverdrossenen Arbeit, um diese Gebiete mit Verwertung deutschen Kapitals wirtschaftlich nutzbar zu machen.

Ein Nachtrag zum vorjährigen Etat im Betrage von 11 529 336 Mk. in Einnahme und Ausgabe erregte namentlich deshalb Aufmerksamkeit, weil ein Teil der Ausgaben, nämlich 1 395 000 Mk., als erste Rate zur Befestigung Helgolands bestimmt war. Diese bedarf, so hieß es in den Motiven, einer starken Sicherung zur Abwehr feindlichen Angriffs. Die Verteidigung lediglich der Kriegsslotte zuzuweisen, sei bedenklich, weil diese dann in ihrer freien Aktion auf offener See beeinträchtigt würde. Die Anlagen sollten auch verhindern, daß die Insel der feindlichen Flotte einen Stützpunkt für eine Blockade der deutschen Nordseeküste biete. Die Verhandlung hierüber brachte nur den Unmut über die fortwährend steigenden Ausgaben für militärische Zwecke zum Vorschein.

Richter verglich die Insel mit einer schönen Nadel in besonders theurem Stui; wenn das so fortgehe, würden nahezu alle Ersparnisse des Volks in militärischen und maritimen Dingen verwendet; die Störung der Erwerbsverhältnisse durch fortgesetzte Anleihen schwäche die Wehrcraft des Volks; der Panzer werde immer stärker, der Körper aber, den er decken solle, immer schwächer. Bebel hätte lieber England gebeten, die Insel zu behalten, sie wäre dann auch ein besserer Schutz für uns geblieben. Graf Arnim bezeichnete diese Gelder als nicht unproduktiv, sie blieben ja im Lande. Das erinnere, meinte Richter, an eine Aeußerung des Feldmarschalls v. Steinmetz, der alle Militärausgaben für die produktivsten erklärt habe.

Von den übrigen Beratungsgegenständen des Reichstags ragen hervor: ein Gesetz, wonach die Familien der aus Reserve, Landwehr oder Seewehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten sollen; ebenso die Familien der aus der Ersatzreserve für die zweite oder dritte Übung einberufenen Mannschaften. Ferner ein Gesetz wegen Aufhebung der in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereins-Thaler und Doppelthaler. Sodann ein neuer Handels- und Zollvertrag mit der Schweiz, der am 10. Dezember 1891 in Wien geschlossen war; weiter Abkommen mit Oesterreich-Ungarn sowie mit Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz und ein Übereinkommen mit Nordamerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte; Gesetze über die Errichtung von Telegraphenanlagen und über den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, endlich ein Gesetz über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen. Die Session des am 20. Februar 1890 gewählten, am 6. Mai 1890 eröffneten Reichstags wurde, nachdem sie im Jahre 1890 zweimal, im Jahre 1891 einmal durch längere Vertagung unterbrochen war, am 31. März geschlossen.

Der preussische Landtag hatte sich, außer dem schon berührten Volksschulgesetze, vornehmlich mit Gegenständen finanzieller Natur zu beschäftigen. Zunächst mit dem Staatshaushaltsetat für 1892—93. Dessen erste Beratung im Abgeordnetenhaus begann am 21. Januar, nachdem der Finanzminister Miquel am 15. Januar eine nähere Darlegung gegeben hatte. Der Etat, sagte er, stehe in Einnahme

und Ausgabe mit 1851 115 697 Mk. in Gleichgewicht, wovon 46 663 662 Mk. auf die außerordentlichen Ausgaben entfallen. Angesichts der beschränkten Finanzlage habe es einer großen Standhaftigkeit seiner selbst und einer großen Resignation der einzelnen Ressortminister bedurft, um den Etat ohne Anleihe zu balancieren. Der Minister ging dann auf die einzelnen Etatsanschläge ein und wies darauf hin, daß seine vielleicht als pessimistisch verschrieene Auffassung der Finanzen im vorigen Jahre sich als berechtigt herausgestellt habe, denn bei der größten Betriebsverwaltung, bei den Eisenbahnen, habe sich ein erheblicher Einnahme-Ausfall herausgestellt. Aber eine allzu große Beunruhigung dürfe man daran nicht knüpfen, da die übrigen Einnahmequellen ausgiebig flössen. Er sei mit dem Eisenbahnminister darin einverstanden, daß die Finanzverwaltung in die Eisenbahnverwaltung soweit eingreifen dürfe, als darunter der Verkehr nicht leide. Bezüglich der Gehaltsverhältnisse seien im wesentlichen nur die Lehrer an den höheren Schulen berücksichtigt worden, weil sie bisher immer in den Hintergrund gedrängt seien. Aus der Einkommensteuer habe die Regierung geglaubt, einen Mehrertrag von $7\frac{1}{2}$ Millionen einstellen zu können, obgleich das Ergebnis der neuen Steuerveranlagung noch nicht zu übersehen sei. Der Minister forderte dann zu einer sparsamen Wirtschaft auf. Im außerordentlichen Etat des Kultusministeriums befand sich eine Forderung von 300 000 Mk. als erste Rate zum Neubau des Domes in Berlin und einer Gruft für das preußische Königshaus. Diese Forderung fand entschiedenen Widerspruch auf seiten der Freisinnigen, in deren Namen Richter geltend machte, noch niemals seien für eine einzige Kirche 10 Millionen aus der Staatskasse aufgewendet worden; eine Rücksicht auf geschichtliche Denkmäler komme dabei nicht in Betracht; für die Summe könne man 12 Predigtkirchen herstellen; mit der Kirchennoth hänge diese Sache gar nicht zusammen; ein künstlerisches Interesse liege auch nicht vor und es bürge niemand dafür, daß die Ansicht über die Zulänglichkeit des Betrags sich nicht später ändere; in erster Linie hätte der Kronsfideikommißfonds mit Millionen eintreten müssen. Herrn Richter wurde vom Grafen Limburg-Stirum (kons.) erwidert, eins habe er vergessen: das monarchische Gefühl, die Pietät gegenüber mehreren preußischen Königen, welche Großes für das Land geleistet. Die 10 Millionen

wurden übrigens „in der Voraussetzung“ bewilligt, daß weitere Anforderungen aus Staatsmitteln für Zwecke des Dombaues nicht gestellt würden.

Als eine Ergänzung des im vorigen Jahre ins Werk gesetzten Theils der Steuerreform war das Gesetz wegen Aufhebung der Befreiung ordentlicher Personalsteuern anzusehen. Hierdurch wurden die Vorrechte, welche den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormals unmittelbarer deutscher Reichsstände zustanden, gegen Entschädigung aufgehoben. Sie bestand im $13\frac{1}{2}$ fachen Betrage des nach gewissen Abzügen verbleibenden Theils der für 1893—94 veranlagten Einkommensteuer. Die Vorlage ging ohne Anstoß durch beide Häuser des Landtages. Über die Fortführung der Steuerreform selbst gab der Finanzminister Miquel am 29. März im Herrenhause einige Andeutungen. Er teilte mit, die Veranlagung der neuen Einkommensteuer habe den überraschend günstigen Mehrertrag von etwa 43 Millionen ergeben und die Mehrerträge sollten nicht unmittelbar für Staatszwecke, sondern zu Gunsten des ganzen Landes, und zwar in dem Sinne verwendet werden, daß die bestehende staatliche Doppelbesteuerung in der Personal- und der Realsteuer, soweit es die Finanzlage gestatte, beseitigt oder wenigstens erheblich gemäßigt werde.

Mit größtem Interesse wurde auf allen Seiten die Frage der Aufhebung des sog. Welfenfonds behandelt. Schon in früheren Jahren war mehrmals auf verschiedenen Wegen die Aufhebung der im Jahre 1868 verfügten Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg von Hannover beim Kaiser angeregt worden. Vornehmlich hatte der hannoversche Provinziallandtag sich schon im Jahre 1875 dahin ausgesprochen. Nun trat neuerdings die Notwendigkeit ein, ein neues Gesetz über die Verwendung der Zinsen dieses Fonds zu erlassen, die ja nicht ferner zu Staatszwecken Verwendung finden sollten. Mit Rücksicht hierauf war im vorigen Winter dem Kaiser bei seiner Anwesenheit in der Provinz Hannover die Richtigkeit der Aufhebung der Beschlagnahme derart dargelegt, daß er das Staatsministerium mit Erwägung der Frage beauftragte. Dies führte dazu, daß durch geeignete Vertrauenspersonen Verhandlungen mit dem Herzoge Ernst August von Cumberland eingeleitet wurden. Das Ergebnis bestand darin, daß der Herzog aus Lothringerhaus Wien-

Penzing am 10. März ein Schreiben an den Kaiser richtete, in dem er sagte: „Gern benutze Ich diese Gelegenheit, wie Ich schon früher erklärt, so jetzt wiederholt zu erklären, daß jedes den Frieden des Deutschen Reichs und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmen Meinen Absichten fern liegt; als deutscher Fürst liebe Ich Mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig, und nie würde Ich — das versichere Ich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ausdrücklich — wissentlich veranlassen oder gut heißen, daß mit den zu Meiner Verfügung stehenden Mitteln, mögen sie Mir schon zustehen oder erst in Erfüllung des vorgedachten Vertrages zufließen, feindselige Unternehmungen gegen Eure Majestät oder gegen den preußischen Staat direkt oder indirekt angestiftet oder gefördert werden. Um so vertrauensvoller glaube Ich Mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß Eure Majestät Allerhöchstdurch nicht länger behindert erachten werden, den obengedachten Vertrag zur Ausführung bringen zu lassen.“

Dieses Schreiben ließ der Kaiser alsbald am 12. März dem Staatsministerium mit dem Bemerkten zugehen, er halte nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, die Beschlagnahme aufzuheben. Der Gesetzentwurf wurde am 21. März dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, wobei der Finanzminister Miquel darauf aufmerksam machte, daß die Vorlage aus der hochherzigen Entschließung des Kaisers hervorgegangen sei, welcher der Provinz Hannover einen Beweis seines Vertrauens damit habe geben wollen. Der Gesetzentwurf fand bei seiner Beratung am 31. März und 1. April im Abgeordnetenhaus keinen wesentlichen Widerspruch; heiteren Eindruck machte aber folgende Episode: Die Kommission schlug vor, im Titel des Gesetzes anstatt „Beschlagnahme des Vermögens König Georgs“ zu setzen „Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg“. Hiergegen erhob sich jedoch der Regierungsbevollmächtigte, Geh. Oberfinanzrat Grandke, mit der Verwahrung, als ob diese Änderung im Sinne des Gebrauchs der deutschen Sprache geschehen wäre und die Fassung der Regierung dem Sprachgebrauche nicht entspräche. Zum Beweis brachte er zwei Bibeln vor, die im Gebrauch sind, und bemerkte, die Fassung sei gewählt, weil dabei die Zischlaute möglichst vermieden, ein Wort gespart sei und auch den Rednern bei der Citation des Gesetzes jedesmal drei Buchstaben gespart würden. Diese Gründe

scheinen durchschlagend gewesen zu sein, denn es wurde die Fassung der Vorlage genehmigt. Das Gesetz ist am 10. April zur Verkündigung gelangt. Ungleich lebhafter als im Landtage wurde die Maßregel seit dem 12. März in der Presse besprochen. Man erkannte zwar an, daß das Schreiben des Herzogs von Cumberland die blüdigste Zusicherung, nichts zur Verwirklichung seiner Ansprüche auf die Krone von Hannover zu unternehmen, enthalte, aber man vermifste den ausdrücklichen Verzicht auf diesen Rechtsanspruch, sodaß nur ein Teil der friedlichen Wirkung erzielt werden würde; auch wurde ein Verzicht auf die Erbfolge in Braunschweig vermifst. Vielfach ward bezweifelt, daß die Maßregel eine erheblich günstige Wirkung auf die Parteiverhältnisse in der Provinz Hannover ausüben werde, denn auch fernerhin könne die welfische Partei vorgeben, den Wunsch einer Herstellung des Königreichs Hannover durch eine freie That der deutschen Fürsten und des deutschen Volks zu hegen. Von der einen Seite wurde behauptet, Preußen habe mit der Maßregel gar nichts erlangt, von anderer Seite aber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß auch ursprünglich dem Könige Georg nichts anderes abverlangt worden sei, als was jetzt erreicht worden, nämlich der Verzicht auf feindselige Unternehmungen gegen Preußen.

Ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen wurde am 1. April, ein gleiches Gesetz in Bezug auf die Provinz Hannover am 14. Mai genehmigt. Dem für die Ablösung der Gebühren zu bildenden Fonds soll vom 1. Oktober an eine dauernde Rente von jährlich 1250 000 Mark staatsseitig überwiesen werden zur Gewährung von Beihilfen an Kirchengemeinden, welche die Entschädigungsrenten durch Umlagen aufbringen müssen. Am 31. Mai wurde ein Gesetzentwurf genehmigt, wonach die seminaristisch und wissenschaftlich gebildeten Lehrer an den kommunalen höheren Schulen in ihrem Dienst Einkommen mit den Lehrern an den entsprechenden staatlichen Lehranstalten gleichgestellt werden sollen.

Den Schluß der finanziellen Gegenstände bildete ein Antrag von Richter, die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, ob sie die Niederlegung fiskalischer Gebäude bezw. die Abtretung fiskalischen Grund und Bodens in der Umgebung des königlichen

Schlosses in Berlin beabsichtige und ob sie es für angemessen halte, nochmals eine Lotterie zu genehmigen zur Erwerbung bezw. Niederlegung von Privatgebäuden in der Umgebung des königlichen Schlosses. Dieser Antrag bildete nur den Schluß einer wochenlang in der Presse, namentlich Berlins, mit außerordentlicher Erregung geführten Polemik über zum Teil sehr eigentümliche Pläne zur Umgestaltung einer weiten Umgebung des königlichen Schlosses, die dem Kaiser von verschiedenen Seiten empfohlen worden seien. Richter erklärte bei der Begründung seines Antrags am 9. Mai, es solle damit nur endlich Klarheit über diese, die Bevölkerung der Hauptstadt aufregenden Projekte geschaffen werden. Er sprach sehr ausführlich gegen etwa beabsichtigte Turnsbauten, gegen unentgeltliche Überlassung fiskalischer Gebäude, gegen das Treiben von Häftlingen und gegen einen Herrn, der sich bezüglich seines Bauprojekts in einem veröffentlichten Briefe auf einen Auftrag des Kaisers berufen hatte. Staatsminister v. Boetticher schnitt alle weitere Beunruhigung mit der Eröffnung ab, daß nach jetzt ergangener Entschliefung des Kaisers das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. derart vor dem Hauptportale des Schlosses Aufstellung finden solle, daß hierdurch alle jene Pläne hinfielen. Und der Minister des Innern, Herrfurth, teilte mit, es sei kein Antrag auf Gestattung einer neuen derartigen Lotterie eingegangen, würde auch, wenn gestellt, nicht genehmigt werden.

Einen ähnlichen Charakter hatte die am 14. Juni im Abgeordnetenhaus vorgebrachte Frage der ferneren Unterstützung der königlichen Theater in Hannover, Kassel und Wiesbaden. Wie die Bevölkerung Berlins durch die mit der Frage des Platzes für das Denkmal des alten Kaisers zusammenhängenden Pläne, so zeigten sich, anscheinend in noch höherem Grade, die Bewohner der Hauptstädte der neuen Provinzen seit Anfang Juni erregt durch Änderungspläne, die das Hausministerium bezüglich dieser Theater dort hatte verlauten lassen. Die Stadtbehörden von Kassel und Wiesbaden beschäftigten sich am 4. und 10. Juni eingehend mit dieser Sache. In der von Kassel wurde geltend gemacht, daß die kleinen Residenzen als Stätten der Kultur und des geistigen Lebens wesentlich dazu beigetragen hätten, Deutschland in Kunst und Wissenschaft auf hohen Standpunkt zu bringen. Für Kassel und Kurhessen würde in der Entziehung der bisher geleisteten Beihilfe ein Zug liegen, der nicht

anders als eine schwere Unbilligkeit bezeichnet werden könne; ein Teil des hessischen Staatsschatzes habe zur Vergrößerung der preussischen Krondotation beigetragen und bittere Empfindungen würde es wachrufen, wenn man Kurhessen auch das, was ihm aus seiner in vieler Beziehung ruhmreichen Vergangenheit geblieben, nehmen würde; die Stadt könne die Verwaltung des Theaters nicht übernehmen. In ähnlich bitterer Weise gestaltete sich die Besprechung der Sache in Wiesbaden, wo namentlich an früher erteilte königliche Zusagen und Erlasse erinnert wurde. Sehr entschieden war auch der Dichter v. Wildenbruch gegen jene Änderung öffentlich eingetreten. In der Presse wurde vielfach ausgeführt, von wie großem politischen Interesse die Frage angesichts der Parteiverhältnisse in den neuen Provinzen sei. Daher brachten 45 Abgeordnete der verschiedensten Parteien, darunter die Vertreter jener Städte und Länder, die Sache im Abgeordnetenhause zur Sprache. Sattler (nat.-lib.) hob hervor, daß jedenfalls moralische Verpflichtungen für Fortbestand des jetzigen Verhältnisses vorlägen. Der Ministerpräsident Graf Eulenburg gab hierauf die Aufklärung, das Hausministerium habe wegen Steigerung der Kosten und weil die oberste Leitung sich nicht im Besitz dieser Kunstanstalten befinde, Verhandlungen mit jenen Städten in Aussicht genommen wegen Übernahme der Verwaltung auf die Städte unter fortdauerndem Zuschuß aus der Krondotation. Die folgenden Redner erkannten das Beruhigende dieser Eröffnungen an; in der Presse aber wurden Stimmen laut, welche bedauerten, daß man eine so lange Zeit der Beunruhigung in den neuen Provinzen zugelassen, und andere, welche die beruhigende Wendung grade auf die entschiedene Opposition der öffentlichen Meinung zurückführten. Es waren dies dieselben Erscheinungen, die sich auch nach der beruhigenden Wendung bezüglich der Pläne zur Änderung der Umgebung des königlichen Schlosses in Berlin gezeigt hatten.

Was die übrigen bemerkenswerteren Angelegenheiten des Landtags betrifft, so wurde am 5. März vom Abgeordnetenhause ein Polizeikostengesetz in dritter Lesung genehmigt. Hiernach werden in den Stadtgemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung die gesamten Polizeikosten einschließlich des Nachtwachwesens vom Staate übernommen, der auch alle mit der Polizeiverwaltung verbundenen Einnahmen erhebt. Zu den Ausgaben sollen die einzelnen Stadtgemeinden nach

Maßgabe der Kopffzahl der Civilbevölkerung bestimmte Beträge beitragen. Eine Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein fand am 3. Juni die endgültige Genehmigung. Die Ermittlung eines geeigneten Tages als Buß- und Betttag für alle Landesteile war schon lange vergeblich versucht; nun einigte man sich über ein Gesetz, das den Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntage als allgemeinen Feiertag festsetzte. Die Landesregierungen von drei norddeutschen Bundesstaaten haben diesem Tage ebenfalls zugestimmt, die süddeutschen Staaten aber wollen sich der Einrichtung eines im ganzen Reiche gemeinsamen Bußtages nicht anschließen. Infolge der Änderung von Vorschriften der Gewerbeordnung kam eine Novelle zum Berggesetz von 1865 zu stande. Endlich wurde ein Gesetz wegen Erweiterung, Vervollständigung und Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes und ein Gesetz wegen Anlegung von Sekundärbahnen genehmigt. Am 23. Juni wurde die Session des Landtags geschlossen.

Die im Anschluß an die Wendung in der preußischen Volksschulgesetzfrage eingetretene größere Klärung der allgemeinen politischen Lage übte einen gewissen Einfluß auf die Haltung der politischen Parteien aus. Die liberalen Parteien fühlten sich durch diesen Ausgang sichtlich gehoben, die Äußerungen der Befriedigung hierüber waren aber nicht frei von der Besorgnis vor einer Wiederkehr von Lagen, wie sie eine Verständigung der Konservativen und der Ultramontanen mit der Regierung herbeiführen könnten. Der am 1. Mai in Breslau stattfindende Parteitag der nationalliberalen Partei Schlesiens setzte daher eine neue Formulierung der unverbrüchlichen Grundsätze fest. Die allgemeine Leitung dieser Partei sprach sich in einer am 15. Mai herausgegebenen Denkschrift mit großer Befriedigung, wie über die ganze Zeit des Bestehens der Partei, so namentlich über ihre Haltung und Erfolge in der letzten Krisis aus, und auf dem Parteitag zu Eisenach am 21. Mai kam die Befriedigung über die Errungenschaft der letzten Zeit zu lebhaftem Ausdruck. Nach einer zündenden Rede des Abgeordneten Friedberg aus Halle wurde an den Kaiser ein Telegramm gesandt mit dem „Gelöbniß unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich“, sowie Begrüßungstelegramme an den Fürsten Bismarck und an v. Bennigsen, den Hauptbegründer des Nationalvereins vor

nunmehr 33 Jahren. In der deutsch-freisinnigen Partei kam vorläufig nicht mehr die heftige Bekämpfung der Nationalliberalen vor; konnte man doch nicht wissen, ob die nächste Zukunft nicht wieder, wie kürzlich, zum Zusammenstehen mit ihr nötigen würde; aber immerhin suchte der Wortführer, der Abg. E. Richter, auf dem am 22. Mai in Mannheim stattfindenden Parteitage für Südwest-Deutschland der Partei die Freiheit der Entschließung zu wahren. Nichts, sagte er, sei verkehrter, „als sich schon jetzt nach rechts oder links festlegen zu wollen gegenüber anderen Parteien für die Reichstagswahlen im Jahre 1895.“ Den größten Einfluß übte die Wendung der allgemeinen politischen Lage auf die konservative Partei. Deren strengerer Teil mit der „Kreuzzeitung“ an der Spitze zeigte sich seit dem Falle des Schulgesetzes sehr ungehalten. Das Blatt brachte am 1. April ein Stimmungsbild, in dem sogar gesagt war, ein Herrscher der Neuzeit könne „unmöglich in allem und jedem Ding ein eigenes Urteil haben“, und man frage sich, wie das gehen solle, wenn das Reichsoberhaupt „in solcher Weise die Minister beiseite setzt.“ Noch mehr aber erzürnten sich die Altkonservativen gegen diejenigen aus ihrer Mitte, die im Abgeordnetenhaus eine Verständigung über das Schulgesetz angestrebt hatten und deren Wortführer v. Helldorf-Bedra jetzt in dem von ihm geleiteten „Konservativen Wochenblatt“ zu Berlin gegen die unverföhnliche Richtung sehr entschieden Partei nahm. Diese war hier am 4. April geschildert als von „fanatischer Herrschsucht“ beseelt, die entweder eine konservative Partei nach den Hesten der „Kreuzzeitung“ oder gar keine konservative Partei wolle und ihre „demagogische Manieren“ selbst dem Könige gegenüber anwende. Demgegenüber sei es nötig, „die Fahne des besonnenen, gedankenklaren Konservatismus festzuhalten“ und „auf Herbeiführung einer reinlichen Scheidung zu dringen.“ Die strengere Richtung zeigte sich jedoch noch so stark, daß an einen Zerfall nicht zu denken war. Die konservative Partei des Herrenhauses erklärte, sie habe mit der Richtung v. Helldorfs „gar keine Berührung,“ der Provinzialverein für Pommern in Stettin erklang von heftigen Reden über v. Helldorfs auf den Kaiser in der Schulsache angeblich geübten Einfluß und sprach sich dahin aus, die Wirksamkeit der Partei im Landtage werde gelähmt, wenn ein Mitglied des Vorstandes auf eigene Hand Politik treibe; eine Versammlung in Viele-

feld forderte die Beseitigung des „unheilvollen Einflusses“ v. Helldorfs, und v. Kleist-Rekow eröffnete diesem die Ansicht der Konservativen des Herrenhauses, daß die Fraktion ihn nicht mehr als ihr angehörig ansehe. v. Helldorf blieb zwar fest, es gelang ihm jedoch nicht, auch nur einen Teil der Partei von der Hinneigung zur Centrumpartei abzubringen, ebenso wenig ein Anschluß an die Freikonservativen oder die Bildung einer besonderen Partei. Das Gros der Konservativen sah ein, daß das aus 1876 stammende Programm zeitgemäß umgeändert werden müsse, hatte aber damit vorläufig ebenso wenig Erfolg, besonders nachdem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, anscheinend halbamtlich, vor der geplanten Verbindung des Antisemitismus mit dem Konservatismus gewarnt war.

Die Centrumpartei hatte zwar behauptet, daß die Schulvorlage den Katholiken noch lange nicht genüge; über den Fall derselben zeigte sie sich aber sehr erzürnt. Die „Germania“ sagte schon am 27. März, dieser Fall kann „natürlich nicht ohne Folgen bei uns bleiben“ und bald vernahm man Stimmen der Freude über die nun in Aussicht stehende Wiederaufnahme der Opposition, eine Rolle, die das Zentrum kräftige und in innigerer Berührung mit der Masse halte. Der Führer, Graf Ballestrem, sagte in seiner großen Rede zu Breslau am 12. April sogar, das katholische Volk habe das Vertrauen zu der Stetigkeit der christlich-konservativen Politik verloren und eiferte gegen „unberufene, unverantwortliche Ratgeber“, die dem Kaiser Berichte geliefert haben müßten, welche dem Sachverhalte nicht entsprächen. Allein nach einiger Zeit änderte sich die Sprache. Eine Reihe von Kundgebungen wurde in Szene gesetzt, wonach die Centrumpartei von ihrer Hinneigung zur Unterstützung der Regierung keineswegs loslassen wollte. In einer großen Katholikenversammlung zu Berlin am 17. Mai wandte sich der Hauptredner, der Abg. Lieber, gegen die „Verdächtigung, die Katholiken schwenkten jetzt in die Opposition“. Wir sind zwar, sagte er ferner, rücksichtslose Männer, wenn es nothut, aber auch zu allen Zeiten treue und ergebene Unterthanen der Obrigkeit, an deren Königstreue nicht gezweifelt werden darf. Dann kamen die Forderungen: Unabhängigkeit der katholischen Kirche in Deutschland, Abschaffung der Anzeigepflicht, Rückkehr der geistlichen Orden, auch der Jesuiten, die am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts „auch die Wege geebnet

haben, damit der erste Hohenzollernkönig zum Königsthron empors-teigen konnte“, endlich Herstellung der weltlichen Macht des Papstes! Trotzdem aber wünschten die Katholiken Festhalten am Dreibunde. In demselben Sinne sprach v. Schorlemer in der Katholikenver-sammlung der Provinz Sachsen, die am 26. Mai in Magdeburg stattfand, gegen die Idee einer Opposition dieser Partei und eiferte gegen den „Kulturkampf“, der sich beim Schulgesetze gegen die Ka-tholiken geltend gemacht habe. Für sehr bezeichnend wurde auch das Fernbleiben der Abgeordneten des Centrums von der Beerdigung des freisinnigen Oberbürgermeisters von Berlin, v. Forckenbeck gehalten. In einer größeren Katholikenversammlung zu Krefeld am 9. Juni wurde offen ausgesprochen, daß alle diese Versammlungen den Zweck hätten, zeitig alle Mann an Deck zu rufen für den Fall eines drohenden Sturmes. In einer gleichen Versammlung zu Trier am 12. Juni wurde wieder der Reichskanzler gefeiert, aber die kon-fessionelle Schule „mit voller Rücksichtslosigkeit“ gefordert. In Ver-legenheit kam diese Partei, als ein anerkanntes Organ des Vatikans, der „Dsservatore“, das Recht des Papstes, den Katholiken auch in staatlichen Angelegenheiten Befehle zu erteilen, verkündete. Aber die Centrumsleute wollten sich hierdurch ihren Anstrich von Regierungs-freundlichkeit nicht nehmen lassen und bekämpften frischweg das päpstliche Blatt. Innerhalb der gemäßigten Parteien fuhr man jedoch eifrig fort mit Hinweisen auf die Taktik und die Gefährlichkeit dieser Partei. Die infolge eines Aufruhrs von Centrumsmitgliedern am 7. Juni veranstaltete „Wallfahrt“ nach Fulda mit den dort ge-haltenen Reden für Rückberufung der Jesuiten und gegen Vergewaltigung des Papsts bewiesen den gemäßigten Parteien aufs neue die Unvereinbarkeit dieser Richtung mit den Zielen einer deutschen Re-gierung.

Eigentümlich war die Wirkung, welche die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds auf die Welfenpartei ausübte. Wie mehrfach vorhergesagt war, zeigte sich, daß die Partei hierdurch um nichts verjöhlicher geworden war, sondern daß sie sich dadurch in ihrer Richtung nur bestärkt sah. Ein Haupt der Partei, der Graf von der Schulenburg auf Schloß Hehlen an der Weser, forderte am 7. April das braunschweigische Konsistorium auf, die Aufnahme einer Fürbitte für den Herzog von Cumberland in das allgemeine

Kirchengebet anzuordnen, weil es nun darauf ankomme, festzustellen, daß derselbe thatsächlich Herzog von Braunschweig sei. Ferner protestierte der Graf v. Bernstorff-Wehningen am 14. April in einer zur Feier des Geburtstags der Erkönigin Marie zusammengetretenen Versammlung zu Hannover gegen die Unterstellung, daß die Provinz nunmehr „versöhnt“ sei; seine Überzeugung lasse sich der Hannoveraner nicht für ein Vinsengericht abkaufen; wir kennen, hieß es weiter, unsern Herzog, und „wie kann ein Welfe von seinem Rechte zurücktreten?“ Und der Kammerherr v. Münchhausen zu Lauenau sagte: „An uns ist es, dem Herzoge einen Empfang zu bereiten, damit er auf wohlgepflegtem weißen Koffe einziehen kann in unsere Hauptstadt.“ In demselben Sinne hieß es bei der Frühlingsfeier der Partei zu Bremerhaven in einer Rede des Abg. von der Decken-Rutenstein, der Herzog Ernst August habe seinen Standpunkt der Wiederherstellung des Rechts bis auf den heutigen Tag nicht verlassen. Es atmete auch nichts weniger als Versöhnung, wenn in einer gegen Ende Mai erscheinenden Schrift über „die neue Verfolgung der Hannoveraner“ gesagt wurde, Hannover sei 1866 durch Überfall seines Königshauses, seiner Unabhängigkeit und aller alten Einrichtungen beraubt, um in seinen heiligsten Gefühlen und Interessen mißhandelt, verraten und verleumdet zu werden. In den „Hamburger Nachrichten“ wurde denn auch am 11. Juni ausgeführt, daß die Aufhebung der Beschlagnahme ein Fehler gewesen sei, der sich unter Umständen schwer rächen könne; politische Fragen seien überhaupt vorwiegend Machtfragen und das System, die Gegner zu versöhnen, könne nur Schaden bringen. Daß die Welfenpartei nicht versöhnlich werden könne, wurde von ihrem Hauptorgane, der „Deutschen Volks-Zeitung“, in Hannover noch am 21. Juni damit begründet, daß König Wilhelm I. abgelehnt habe, mit Hannover Frieden zu schließen.

An die Stelle des zum Kultusminister ernannten Dr. Boffe wurde im April der Wirkl. Geh.-Rat Eduard Hanauer zum Staatssekretär des Reichsjustizamts ernannt. Er stammt aus Bayreuth und nahm seit 1877 die Stellung eines Direktors in diesem Reichsamte ein; diese Stelle erhielt nun der Geh. Ober-Reg.-Rat Gutbrod, ein Württemberger. Bald nach Berufung des Grafen Eulenburg zum Ministerpräsidenten erbat der Staatssekretär des Innern,

v. Boetticher um Entlassung aus seinen Ämtern, der Kaiser aber gab ihm in einem huldvollen Schreiben den Wunsch zu erkennen, ihn in seinen Stellungen erhalten zu sehen.

Fürst Bismarck lebte in seinem Sachsenwalde mit Behagen der Erholung, die ihm durch seine unfreiwillige Muße beschieden war; aber es wurden von Beginn des Jahres an weit zahlreichere Rundgebungen der Dankbarkeit für ihn laut, als je seit seinem Rücktritt, und es geschah dies in immer stürmischerer Weise. Dies war weniger eine Folge der ihm zugeschriebenen politischen Winke und Ratschläge in der Presse, es stand vielmehr diese Erscheinung unverkennbar mit der tiefen Erregung der Gemüther über die allgemeine politische Lage in Zusammenhang. Schon bei Ausflügen, die er am 12. Januar, 11. Februar und 19. März mit seiner Gemahlin nach dem nahen Hamburg machte, steigerten sich die Huldigungen in großartigerer Weise als früher. Bei Festlichkeiten der verschiedensten Art und an den verschiedensten Orten wurde des Fürsten mit einer Glut der Begeisterung gedacht, wie wohl kaum zu Zeiten seiner Amtsführung, und in einer Weise, die deutlich eine Sehnsucht nach Rückkehr des Fürsten zu neuer politischer Wirksamkeit erkennen ließ. Bei der Feier des Jahrestags der Errichtung des Reichs hob der Festredner in Leipzig hervor, daß man zwar mit Begeisterung das Hoch auf den Kaiser ausgebracht habe, daß man sich aber der Thatsache nicht verschließen könne, wieviel schöner und besser es sein würde, wenn wir nicht den Mann am Steuerruder zu vermissen hätten, der mit so genialer Begabung und geübter Hand das deutsche Staatsschiff durch alle Wogen und Brandungen sicher hindurchgeführt. Trotz aller Beruhigungsversuche sei es nicht gelungen, vom deutschen Volke das drückende Bewußtsein zu nehmen, daß wir durch den Rücktritt des Fürsten ein ganz unschätzbares Kapital verloren hätten. Noch niederdrückender werde dieses Gefühl durch die traurige Thatsache, daß die Gegner des Fürsten, mit denen er in seiner Amtsstellung ritterlich gekämpft, ihn nun mit Schmähungen überhäuften. Betrübend für jeden Patriot sei es, daß ein solcher Mann, wie ihn die Vorsehung nur in Zeiträumen von Jahrhunderten einem Volke zu schenken pflege, so klanglos vom Schauplatz habe abtreten müssen. Dieselben Gedanken bildeten den Grundton auch bei anderen derartigen Gefühlsausbrüchen des Volkes. Beim Empfang einer Abordnung des

Leipziger akademisch-dramatischen Vereins in Friedrichsrub sprach der Fürst seine besondere Freude über die Anerkennung, die er bei der Jugend, namentlich der studentischen, finde, aus und verwahrte sich dagegen, daß er für Kunst keinen Sinn hätte. Früher hätte er sich von der Politik ganz erfassen lassen, jetzt aber würde er gerne öfter in Hamburg ins Theater gehen. Am 7. Februar brachten Vertreter des Kampfgenossenvereins zu Lübeck dem Fürsten ihre Schuldigungen. Mit wahren Jubel wurden die gediegenen Reden aufgenommen, in welchen der Abg. Bürklin beim Feste der national-liberalen Partei in Berlin am 28. Februar die populäre Wirkung der ganzen Persönlichkeit des Fürsten in Süddeutschland, und Professor Pfleiderer beim Festkommers derselben Partei in Berlin am 4. März den Fürsten als den Reden Siegfried feierte. Von tiefster Verehrung waren die Grüße durchdrungen, welche von diesen Versammlungen, sowie von derselben Partei in Heidelberg beim Feste ihres 25-jährigen Bestehens nach Friedrichsrub gingen. Sehr nahe lag den Verehrern des Fürsten der Wunsch nach seinem Erscheinen im Reichstage. Darauf vernahm man, wie der Fürst sich hierüber zu Gästen ausgesprochen hatte. Bei seinem Erscheinen würde der Reichstag eine „*facia feroce*“ aufweisen, einzelne Mitglieder würden sich geniert fühlen, die Parteien zum Teil durch einander geraten und die Lage eine merkliche Verschärfung erfahren; pflichtmäßig würde er seinem Nachfolger opponieren müssen und unter den obwaltenden Umständen würde man voraussichtlich glauben, seine Kritik sei gegen eine noch höhere Stelle gerichtet. Das möchte er thunlichst und solange vermieden wissen, als sein Gewissen es gestatte. Wie lange dies der Fall sein werde, hänge vom Gange der Ereignisse ab. Anderen Tischgästen sagte er, er wolle sich auch hüten, gewitterscheuen Leuten als Blitzableiter zu dienen, die Hand zwischen Thür und Angel zu stecken in einer Lage, in der beide Teile froh wären, ihre Verlegenheiten auf einen Dritten abzuwälzen. In demselben Sinne antwortete er auf die Frage, ob er ins Herrenhaus gehen wolle.

Bei verschiedenen Gelegenheiten sprach sich der Fürst in einer allgemein interessanten Weise über frühere Vorgänge aus. Zum Militärverein der Kampfgenossen von Leipzig, der ihn am 15. März besuchte, sagte er, unsere früheren schweren Kämpfe seien dem Vaterlande zu gute gekommen; vor 1866 seien unsere Verhältnisse so ver-

wickelt gewesen, daß das alte deutsche Gottesurteil, der Griff zum Schwerte notwendig gewesen sei. Die Sachsen wären damals eins der tapfersten Korps gewesen, die uns gegenüberstanden, in Zukunft aber würden sicherlich alle deutschen Volksstämme zusammenhalten. Bei Tisch bemerkte der Fürst u. a., auf ihn treffe das Sprichwort zu „der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.“ War auch in dem Bemerkten des Fürsten über die Vergangenheit nicht viel neues enthalten, so übten doch die Aussprüche, weil sie aus dem Munde des Hauptbetheiligten kamen, in weiten Kreisen ungemeinen Reiz. Viele sind herangewachsen, die nicht Gelegenheit hatten, im näheren zu erfahren, welche Schwierigkeiten der Fürst schon vor 1866 in seinen auf die deutsche Einheit zielenden Bestrebungen fand und wie genial er sie überwand, noch mehrere haben die ganze Misere der Zeit des Bundestags nicht miterlebt. Dies alles wurde in trefflicher Rede vom Abg. v. Kardorff am 21. März bei der Feier des 25jährigen Bestehens der freikonservativen Partei in Berlin den Lebenden eindringlich vor die Seele geführt.

Von der enormen Gewalt, welche der Zug zum Fürsten Bismarck in den letzten Zeiten erlangt hatte, legte die Feier seines 77. Geburtstags Zeugnis ab. War derselbe schon im Vorjahre mächtig gefeiert, so erhoben sich diesmal die Kundgebungen in ihrer Gesamtheit zu einem beachtenswerten Vorgang politischer Bedeutung. Ungezählt sind die Massen von Festlichkeiten, die in ganz Deutschland am 1. April, zum Teil schon am Tage zuvor, zu Ehren des Fürsten stattfanden, überall unter herzlichster Theilnahme des gebildetsten und angesehensten Theils der Bevölkerung. Und die Festreden waren getragen von einer hohen patriotischen Begeisterung. Viele Festredner gaben vorzüglich zusammengefaßte Bilder der gesamten politischen Thätigkeit des Fürsten; andere schilderten, wie das Verständnis des anfangs so viel verkannten Mannes gewachsen, wie seine Gegner, namentlich der Süden Deutschlands, zu seinen größten Freunden geworden seien; andere vermochten sich vor der Überfülle des Stoffs nur kurz und in den markigsten Worten zu fassen. „Die deutsche Sprache von heute“, sagte in Berlin beim Feste des „Allgem. deutschen Verbandes“ Professor Delbrück in einer wunderbar packenden Rede, „besitzt kein Wort mehr, um das, was Bismarck gethan, völlig zu schildern. Wie Bismarck, als 1866 v. d. Pforden,

nach der Zumutung Benedettis und den Erklärungen Bismarcks, starr vor dem Manne stand, der nun mit einem Schlage ihm als die lauterste Verkörperung des nationalen Gedankens erschien, so will auch das deutsche Volk das Bild Bismarcks festgehalten wissen als dessen, der durch alle Wirrsale und alle um ihn aufgetürmten Schwierigkeiten hindurchschreitend, den Traum vom Kyffhäuser verwirklichte.“ Professor Felix Dahn aus Breslau bezeichnete in seiner Festrede zu Frankfurt a. M. den Sturz Bismarcks als eine Tragödie in der Geschichte des deutschen Volks; der ursprünglich nicht ausgeschlossene Glaube an die Möglichkeit einer Zurückberufung des Fürsten sei gänzlich aufzugeben; er schloß mit den Worten: „Ein Wunsch erfüllt die Brust aller Deutschen, welche an der Heldenzeit unseres Volks von 1870—71 hängen, der Wunsch nach Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem großen Kanzler, damit dieser schrille, häßliche Mißklang nicht verewigt bleibe in der deutschen Geschichte. Sollen das unsere Enkel in der Schule lernen müssen? Dieses untilgbare Weh sollte doch der deutschen Geschichte erspart bleiben. Dem unsterblichen Kanzler, Otto dem Großen Heil und nimmer verlöschender Dank!“

In Hamburg pflanzte die Turnerschaft eine Bismarckeiche; der Fürst selbst hatte den Stamm dazu geschenkt; Hans v. Bülow hielt dort ein populäres Symphoniekonzert, das mit einer Verherrlichung des Fürsten schloß. Besonders lebhaft war die Feier in Baden. Sie fand nicht nur in Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Konstanz, Lahr und vielen anderen Städten, sondern auch auf der höchsten Spitze des Schwarzwalds, dem Feldberge statt, wo auf dem von Schnee umgebenen Turme ein Freudenfeuer abgebrannt wurde, das, bis in die Schweiz leuchtend, auch dem Auslande Kunde von der Dankbarkeit des deutschen Volkes gab. Bei der von der deutschen Partei Württembergs veranstalteten Feier in Stuttgart machte der Festredner, Professor Egelhaaf, geltend, wie bitter es sei, daß der, welcher im innersten Räte dreier Kaiser saß, heute darauf angewiesen ist, entweder sich der Presse zu bedienen, um seine Warnungen vor den Thron zu bringen, oder in das Parteigewirr der Volksvertretungen sich zu stürzen, wo sein Erscheinen nur denkbar wäre, wenn er durch eine unmittelbare Gefahr für Reich und Volk gerufen würde, wie einst im 4. Jahrhundert Appius Claudius

Cäcus, der gewaltige Staatsmann der römischen Republik in der pyrrhischen Not.

Erhebend gestaltete sich die Geburtstagsfeier in Friedrichsrub selbst. Die ganze Flucht der Zimmer im Erdgeschoß des Schlosses war erfüllt von Blumen der schönsten Art in Töpfen, Kübeln, Vasen und Körben prangend, sämtlich von auswärts gesandt, zum Teil aus weiter Ferne. Dazwischen waren die künstlerisch reich ausgestatteten Adressen aufgestellt. Unter diesen zeichneten sich besonders die der Lübecker Schiffergesellschaft und die des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute aus. Ein eigenartiges Geschenk hatte die Bismarckhütte in Schlesien gesandt, nämlich eine Vase mit Bouquet aus Eisen, eine Musterleistung der Schmiedekunst. Von einer Fabrik künstlicher Blumen in Breslau stammte ein Bouquet in Höhe von einem Meter und von 55 Centimetern Durchmesser. Es war aus dünnem Eisenblech und enthielt die Lieblingsblumen des Fürsten, Heideblumen und Rosen, sowie als die der Fürstin Nelken und Flieder, dazu noch Kornblumen als Andenken an den alten Kaiser. Der Maler Defregger hatte eine Studie, einen Mädchenkopf darstellend, geschickt. Aus Kolmar war ein Gemälde gekommen, das die Bismarckanne bei Kayfersberg in den Vogesen wiedergiebt. Um 11 Uhr brachte die Musikkapelle des Jägerbataillons in Ratzburg ein Ständchen. Währenddem traten Abgesandte des Kriegervereins zu Wesel ein, die ein Gedicht überreichten. In ihrer Gegenwart wurde dem Fürsten von seiner Familie gratuliert. Dann traten alle einen Rundgang durch die mit Geschenken erfüllten Zimmer an. Professor Schweningen that vom frühen Morgen an sein Möglichstes, um allzu große Anstrengungen vom Fürsten fernzuhalten. „Jetzt muß der Fürst spazieren gehen“, dekretirte der energische Leibarzt, und erst hierauf löste sich der Kreis bevorzugter Gratulanten. Dann empfing der Fürst eine Kommission der Ziegler und Kalkbrenner, die eine Adresse in kostbarer Mappe von plastischer Lederarbeit überreichte. Zu diesen Herren bemerkte er gegen die Worte der dichterischen Ansprache „Zwar einsam bist Du, doch vergessen nicht“, das sei nicht ganz richtig, er fühle sich gar nicht vereinsamt, erhalte vielfachen Besuch, halte mit den umliegenden Gütern gute Nachbarschaft und fühle sich hier im Sachsenwalde wohler als in der Stadt. In der Unterhaltung rühmte er den Kaiser Friedrich als einen der liebenswürdigsten

Menschen, die ihm je begegnet, und nichts sei unrichtiger als die vielfach verbreitete Meinung, daß seine Beziehungen zu diesem Monarchen keine besonders guten gewesen seien. Die Geburtstags-
tafel begann um 5½ Uhr. Bald nach deren Beginn erhob sich der Fürst und brachte in wenigen Worten „einer alten reichskanzlerischen Gewohnheit folgend“ das Wohl von „Kaiser und Reich“ aus. Den Toast hielt der Oberst a. D. v. Goldammer, der mit dem Wunsche schloß, daß der Fürst in 20 Jahren seinen 99. Geburtstag bei guter Gesundheit zum Heile Deutschlands begehen möge. Von 4 Uhr an staute sich die Menge vor dem Schloß derart, daß der Zutritt nur mit Mühe aufrecht erhalten werden konnte. Abwechselnd mit stürmisch auf den Fürsten ausgebrachten Hochs wurden patriotische Lieder gesungen. Um 7 Uhr trat der Fürst aus der Thür des Schlosses heraus, von der aus die Feuerwehr mit Magnesiumfackeln bis zum Eingangsthor Spalier bildete. Unter brausenden Zurufen trat Herr Kuperti aus Hamburg hervor und hielt eine ergreifende Ansprache. Der Fürst antwortete: „Meine Herren, ich danke Ihnen für die beredten Worte. Wenn ich einen Rückblick werfe auf die Kundgebungen, die mir heute von einem großen Teile der Bevölkerung zu teil geworden sind, so schließe ich daraus, daß des deutschen Volkes Beifall eine Quittung sein soll für die meine ganze Lebenszeit Ihrer Geschichte geleisteten Dienste. Ich schöpfe daraus die Überzeugung, — weil es einer so großen Zahl der Bevölkerung wohlgefällig ist, — daß sie alles daran setzen werde, um das gegen alle Feinde zu erhalten. Ich frage meine Landsleute, ob der Anteil, den ich immer an Ihrem Geschick genommen habe, Sie befriedigt? (Allgemeine Zustimmung mit lautem Ja, jawohl!) Befriedigt er Sie, so habe ich die Zuversicht, daß Sie es festhalten werden. Thun wir das, so können die Feinde von allen Seiten kommen, vom Osten und vom Westen zugleich, sie können nicht gegen uns aufkommen. Wir hauen sie alle in die Pfanne. Herausfordern und angreifen werden wir sie nicht, kommen sie aber, so sollen sie mal sehen!“ Diese Antwort wurde wiederholt durch laute Zustimmung unterbrochen. Dann begann der Fackelzug, an dem etwa 4000 Personen teilnahmen, am Fürsten vorüberzuziehen, der dann auch im Kreise der Fackelträger erschien und u. a. äußerte, er habe im Leben viele Orden und Ehrenzeichen erhalten, der höchste Schmuck aber seien die ihm wiederholt

fundgegebenen Beweise der Liebe und Verehrung seiner Mitbürger. Eine Reihe von Fürstlichkeiten sandten ihre Glückwünsche, voran die Kaiserin Friedrich, dann die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg, die hochbetagte Schwester des alten Kaisers, ferner der Prinz-Regent von Baiern, König Albert von Sachsen, der Großherzog von Weimar, auch der Senat von Hamburg. Von den Festlichkeiten außerhalb Deutschlands ragten die vom Verein „Niederwald“ zu Wien und die der deutschen Kolonien in Brüssel, Antwerpen, Mailand hervor. Die gesamte Presse der gemäßigten Parteien und ein Teil der freisinnigen brachte patriotisch gehaltene Betrachtungen. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ in Berlin suchte nach einer Erklärung dafür, daß dem Fürsten Bismarck wieder zahlreichere Glückwünsche zuzugingen als vor zwei Jahren, und meinte, der Fürst danke diese Wandlungen dem „neuen Kurse“. Den Eindruck aller anerkennenswerten Bestrebungen und Leistungen der Regierung habe die Einbringung eines Schulgesetzes ausgelöscht, welches die konservativ-kerikale Vereinigung zur Herrschaft im Staate zu berufen schien. „Nun wurde“, fuhr das Blatt fort, „die Frage allgemein: also darum mußte Fürst Bismarck entlassen werden, das ist der neue Kurs? Man hatte früher beklagt, daß einzelne Parteien verletzert würden. Jetzt sah man zwar das Centrum mit Liebenswürdigkeiten überhäuft, aber die liberale Partei nahezu so beharrlich wie in der Reaktionszeit ohne wirksamen Einfluß. Ein Schulgesetz, wie es Fürst Bismarck nie unterzeichnet hätte, verletzte und beunruhigte das Bürgertum — kein Wunder, daß die Erfahrungen der jüngsten Zeit zu einem Vergleiche mit der Vergangenheit herausfordern und dieser Vergleich nicht zu Gunsten der Gegenwart und des bisher leitenden Staatsmannes ausfällt. Das ist die Erklärung, weshalb dem Fürsten Bismarck heute wieder zahlreichere und freudigere Glückwünsche zugehen als vor zwei Jahren.“ Und das „Berliner Tageblatt“, das den Fürsten fast ständig bekämpft, äußerte: „Je weiter wir uns von dem Zeitpunkte entfernen, in welchem das Programm der inneren Politik des Fürsten für Deutschland maßgebend war, desto reiner treten auch für uns die Konturen jener unvergeßlichen Thaten hervor, durch die es ihm vergönnt war, mitzuwirken an der gegenwärtigen Gestaltung und Größe des Deutschen Reichs.“ In dem Glückwunschartikel der „Hamburger Nachrichten“ aber hieß es: „Auf-

merkfamer als je lauscht das gesamte deutsche Volk auf jedes Wort, das ihm Kunde über die Ansichten bringt, die Fürst Bismarck über die Richtung des Kurjes hegt, den das Reichschiff nimmt und der nicht mehr der seine ist. Von Tag zu Tag überzeugt sich die Nation mehr davon, daß nicht persönliche Bitterkeit über erlittene Unbill den großen Staatsmann erfüllt, sondern daß lediglich ehrliche Sorge um die Zukunft Deutschlands, das Gefühl, durch Schweigen pflichtwidrig zu handeln, ihn bestimmt, auf Grund seiner reichen Erfahrung zu warnen, wo er Gefahr und Schaden für das Reich besorgt." Am 7. April veröffentlichte Fürst Bismarck in diesem Blatte eine allgemeine Dankagung. „Es macht mich glücklich“, sagte er darin, „am Abend meines Lebens auf die Arbeiten und Kämpfe desselben zurückzublicken, wenn ich mir sagen darf, daß ich mir durch dieselben zwar manchen unversöhnten Gegner, aber in der Heimat doch auch viele Freunde erworben habe, unter denen die warmen wieder zahlreicher sind als die lauen.“ Große Freude ward dem Fürsten Bismarck zu teil durch die Anfang Mai erfolgte Verlobung seines ältesten Sohnes, des Grafen Herbert, mit der Gräfin Marguerite Hoyos in Fiume. Deren Vater war früher österreichischer Linienfahrts-Lieutenant und ist jetzt Mitbesitzer der Torpedofabrik des Herrn Robert Whitehead, seines Schwiegervaters, in Fiume. Graf Herbert hatte seinen Freund, den Baron Blossen, in Istrien besucht und durch diesen die Familie Hoyos kennen gelernt.

Die Huldigungen für den Fürsten waren mit der großartigen Geburtstagsfeier keineswegs abgeschlossen. Beim Festmahle der deutschen Buchhändler in Leipzig bedurfte es nur des einen in die Versammlung gerufenen Wortes „Bismarck!“ und wie ein Mann erhob sich alles von den Plätzen; man sah ringsum nur tausende hochgestreckter Arme, und wie ein feierlicher, begeisterter Schwur erscholl es brausend mit elementarer Gewalt: „Hoch Bismarck!“ Selbst die Ankunft der Braut seines Sohnes in Friedrichsruh am 31. Mai fiel mit einer Huldigung zusammen. Der Fürst hatte sich auf den Bahnhof begeben, um das Brautpaar und die Eltern der Braut zu empfangen und traf hier mit der Dresdener Liedertafel zusammen, die ihn mit ihrem Gesange zu erfreuen gekommen war. Der Fürst unterhielt sich mit dem Dirigenten und geleitete dann die Seinigen nach Haus. Später, als die Liedertafel ihn durch Gesangs-

vorträge erfreut hatte, erwiderte er auf eine Ansprache: „Sachsen und Preußen, die sich früher oft scheel angesehen, seien jetzt geeint, wie er hoffe, für immer. Die gemeinsamen Thaten im Felde hätten das gemacht. St. Privat habe den Kitt geschaffen, der sie unzerreißbar aneinander gefügt habe. Die nationale Einigung aber wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kohle unter der Asche nicht glimmend gewesen wäre. „Wer hat dies Feuer gepflegt? Die deutsche Kunst, die deutsche Wissenschaft, die deutsche Musik: das deutsche Lied nicht zum wenigsten. Wir haben keine sächsische und keine preussische Musik gehabt, wir kennen keine partikularistische Musik in Deutschland. Wenn ein Lied gedichtet ward, so war es einerlei wo, es war ein deutsches, und es ist das deutsche Lied und die Pflege der Musik eine Macht gewesen. Auch die Universitäten und mit ihnen die deutsche Literatur haben merklich mitgeholfen, das Nationalitätsgefühl wachzuhalten. Die Wissenschaft appelliert an den Verstand, die Musik ans Gefühl, und das Gefühl ist, wenn es zur Entscheidung kommt, stärker und standhafter als der Verstand des Verständigen.“

Die Mitglieder der deutschen Partei Württembergs hatten, als sie am 9. Mai zur Feier des 25 jährigen Bestehens der Partei in Stuttgart versammelt waren, in einem Begrüßungstelegramm an den Fürsten gesagt: „Unsere Herzen schlagen höher in dem Gedanken an den verdienstlichsten unter den Schöpfern des Reichs und stolz im Bewußtsein, Ihre großen Ziele nach Kräften gefördert zu haben, weihen wir Ihnen nie erlöschende Verehrung und Dankbarkeit.“ Am 26. Mai wurde der Fürst erfreut durch einen Besuch der Mitglieder des Gau I des „Deutschen Radfahrerbundes“, der ihm zu Ehren eine Korfosfahrt von Bergedorf nach Friedrichsruh veranstaltet hatte. Er ließ die Herren vor sich ziehen, sprach sich in seiner Erwiderung auf die Ansprache des Herrn Esche aus Hamburg mit großer Anerkennung über den Sport des Radfahrens aus und fuhr sodann fort: „Ich freue mich über jede Arbeit, die eine Verbindung zwischen unseren deutschen Stämmen ohne Rücksicht auf die Grenzen der einzelnen Staaten herstellt. Ich danke Ihnen dafür und freue mich darüber, daß Sie Ihre Verbandsthätigkeit von Schleswig bis Baiern, ja bis Oesterreich-Schlesien und Krain ausgedehnt haben. Um die Schranken zu beseitigen, die sich zwischen den einzelnen deutschen Stämmen noch erheben, sind alle Bestrebungen, sei es in Musik, in

Gesang, in Sport, in Gymnastik nützlich, weil sie das intime Zusammenhalten befördern. Darum bin ich Ihnen dankbar für die politische Seite Ihrer Thätigkeit." Am 28. Mai folgte der Fürst nebst Familie der Einladung zur Teilnahme an einem Ausfluge, welchen der Hamburger Verein für Kunst und Wissenschaft nach dem Sachsenwalde unternahm. Scherzhafte Aufführungen wechselten hier mit Gefängen patriotischer Lieder. In einem derselben, das nach der Melodie der „Wacht am Rhein“ gesungen wurde, war er gefeiert als derjenige, „der Frankreichs Macht bezwang und neu die Einheit uns errang“. Als bald ergriff der Fürst das Wort: „Der Text dieses Liedes thut mir mehr Ehre an, als ich in meinem ganzen Leben verdient habe. Diese Ehre muß ich mit denjenigen teilen, die mitgeholfen haben, das Geschaffene zu erringen. Ich denke dabei an die Tapferkeit des deutschen Heeres, ich möchte sagen, an den furor teutonicus, an die Festigkeit, die sich nicht nur im Gefecht, sondern auch im Bivak, in Schnee und Eis, in Hunger und den größten Strapazen bewährt hat.“ Schon am 30. Mai traf wieder eine größere Deputation in Friedrichsruh ein. Sie kam vom Kriegerverein zu Mhlau im sächsischen Bezirke Plauen. Diese Herren erinnerte der Fürst daran, daß „unser gegenseitiges Verhältnis nicht immer so war, wie es jetzt ist;“ der Feldzug von 1870 habe uns aber einander näher gebracht, und hierzu habe die hohe Begabung und der deutsche Sinn des jetzigen Königs Albert wesentlich mitgewirkt. „Was er erkämpfen half, hält er als treuer Bundesfürst fest.“ An demselben Tage ward dem Fürsten vom Arzte Brendel aus Montevideo eine Huldigungsadresse von 900 Deutschen in den Platastaaten überreicht. Auch minder hervorragende Personen, die mit dem Fürsten zusammen kamen, säumten nicht, Äußerungen desselben, die von allgemeinem Interesse waren, in der Presse zu verbreiten. So äußerte er sich zu einem Fabrikanten, der die industriellen Anlagen im Sachsenwalde besichtigte, sehr ungünstig über die neue gesetzliche Sonntagsruhe. Dieses Gesetz wolle ihm nicht behagen, weil er dadurch mit seinem Gewissen in Konflikt gerate; wenn ein fleißiger Arbeiter am Sonntag-Morgen sein Stück Land bearbeite, so werde er sich bemühen, ihn nicht zu sehen, um ihn nicht anzeigen zu müssen, denn sonst begeben sich der Mann mißmutig in den „Krug“; der Sonntag sei eben den Leuten durch das strenge Gesetz verdorben. Von Interesse waren

auch Vorgänge beim Empfang von Mitgliedern des Kriegervereins Osten, also aus dem Wahlkreise, der den Fürsten in den Reichstag gewählt hatte. Der Empfang fand am 5. Juni statt. Der Fürst bemerkte bei der Frühstückstafel, er habe sich vor seinen Wählern zu entschuldigen, daß er das Mandat bisher nicht erfüllte. „Aber, was nicht ist, kann noch werden.“ Seine bisherigen Behinderungen seien vielleicht im nächsten Jahre nicht mehr vorhanden. „Sie als Militärs werden es mir nachfühlen, wenn es mir schwer wird, an demselben Orte, wo ich 40 Jahre hindurch die Politik der Regierung vertreten habe, sie jetzt zu bekämpfen, da, wo ich Bundesgenosse war, jetzt als Gegner aufzutreten.“

Um diese Zeit begannen in der Presse sich Stimmen für eine Ausöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten in einer Weise vernehmen zu lassen, daß man ihnen Beachtung schenken zu müssen glaubte. Den Reigen begann sogar das Wolffsche Telegraphenbureau, also ein Regierungsorgan. Es übermittelte am 3. Juni den Blättern außerhalb Berlins die Nachricht der Berliner „Tägl. Rundschau“, daß es scheine, als „ob die seit längerer Zeit ins Werk gesetzten Bemühungen, die persönlichen Beziehungen des Fürsten zum Kaiser angenehmer zu gestalten“, nicht ohne Erfolg bleiben sollten. Konservative Blätter der milderen Richtung waren es, in denen bald danach die Sache weiter behandelt wurde. Nach der „Schlesischen Ztg.“ sollte in Hof- wie diplomatischen Kreisen ziemlich ernstlich von der Möglichkeit einer baldigen Ausöhnung gesprochen worden und die Stelle eines Präsidenten des Staatsrats für den Fürsten ausersehen sein. Und nach dem „Hamburgischen Korrespondenten“ vom 9. Juni knüpften die Gründe der Wiederannäherung an die Interessen des Vaterlandes an; eine Quelle der Unzufriedenheit, namentlich der Bevölkerung Süddeutschlands, solle beseitigt werden, auch liege das Bedauern nahe, daß des Fürsten Erfahrung und Weisheit in Sachen der auswärtigen Politik nicht anders für das Vaterland nutzbar gemacht werden könne, „als auf dem Wege fragwürdiger Presteleistungen“. Es währte indes gar nicht lange, so stellten sich Erwidrerungen ein, nach denen an ein Gelingen des wohlgemeinten Planes nicht zu denken war. In der gerade von Freunden einer Rückkehr des Fürsten ins Amt gegründeten, seit dem 15. April in Köln erscheinenden „Westdeutschen Allg. Ztg.“ hieß es, diese Pläne gingen dahin, die Vorgänge

seit Februar 1890 so erscheinen zu lassen, als ob der Fürst wünschen könnte, sie in Vergessenheit gebracht zu sehen, dieser aber verspüre keine Neigung, sich zu der Unwahrhaftigkeit herzugeben, durch Errichtung eines solchen Verhältnisses die Art in Vergessenheit geraten zu lassen, „wie er aus seinen Äutern weggejagt worden ist“; alle Versuche, solchen Schein hervorzurufen, würden von seiner Seite die entschiedenste Abweisung zu gewärtigen haben; es fehle die Voraussetzung, die etwas anderes als eine der Nation vorgespülte Komödie wäre, ganz und gar, nämlich die Neigung der in Betracht kommenden Stellen, den Rat des Fürsten in ernsthafter Absicht in Anspruch zu nehmen. Von gegnerischer Seite trat wider eine Ausöhnung die „Kreuzzeitung“ mit dem Bemerkten auf, diese dürfe nicht „mit einem Kanossa für den Kaiser erkauf werden“. Nach der denselben Interessen dienenden katholischen „Köln. Volks-Ztg.“ sollte zwar die Ausöhnung „trotz allem und allem nicht mehr ausgeschlossen“ sein, nachdem es bei dem vom Kaiser beim Freiherrn v. Stumm auf Schloß Halberg abgestatteten Besuche gelungen sei, eine Umstimmung des Kaisers herbeizuführen, auch standen wohl die Grüße, welche am 14. Juni Graf Waldersee vom Zaren aus Kiel an den Fürsten überbrachte, dem gerade nicht entgegen; aber es kamen Abfagen von beiden Seiten: nach der regierungsfreundlichen „Düsseldorfer Ztg.“ hielt man in Berlin nach wie vor eine Ausöhnung „auf der von übereifrigen Anhängern des Fürsten angedeuteten Grundlage absolut ausgeschlossen“, und nach der „Westdeutschen Allg. Ztg.“ möchten vielleicht die Leute, welche Schuld haben, daß der Kaiser dem Fürsten den Abschied gab, „das Gewissensbedürfnis haben, eine Ausöhnung herbeigeführt zu sehen“, weil sie ahnten, daß die Zeit kommen werde, „wo die volle Klarheit über diese Vorgänge der Geschichte überliefert wird“; der Fürst habe nichts abzubitten. Den Beschluß bildete die Erklärung der „Hamburger Nachrichten“, wenn der Fürst beim Kaiser in Ungnade sein sollte, so werde er „eben ruhig abzuwarten haben, ob und wann diese Situation aufhört“.

An diese unerquicklichen Erörterungen der Ausöhnungsfrage schloß sich eine für die deutschen Patrioten herzerquickende, an die Person des Fürsten anknüpfende, gewaltige Bewegung in der Bevölkerung. Der Fürst gedachte einfach mit seiner Gemahlin der Vermählung seines Sohnes Herbert in Wien beizuwohnen. Diese

Nachricht, daß der Mann so großer Verehrung aus seinem Sachsenwalde hervorkommen wolle, ergriff die Massen. Hat es schon für gewöhnlich großen Reiz, mit einem großen Manne persönlich zusammenzukommen, um wieviel mehr, wenn sich für viele die früher nie geahnte Möglichkeit eröffnete, den Träger der neueren deutschen Entwicklung persönlich begrüßen zu können. Die vielfachen Besucher in Friedrichsruh mochten oft beneidet worden sein; jetzt wollten große Massen den Mann nur sehen und ihm danken.

Den Ausstoß gab ein am 12. Juni von den angesehensten Männern der verschiedensten Parteien in Dresden erlassener Aufruf. Der Fürst bestieg am 18. Juni in Friedrichsruh mit seiner Gemahlin, dem Professor Schweninge, seinem Sekretär Dr. Chrysanther und zwei Dienern den ihm einst von den deutschen Eisenbahnverwaltungen verehrten Salomwagen. Er winkte noch seinen Oberförster Lange zu sich heran, um ihm wirtschaftliche Aufträge zu geben über Beförderung der Pferde, Unterbringung der Hunde in Riffingen und anderes. Die Fürstin reichte noch dem einen und anderen Bekannten vom Koupee Fenster aus die Hand und sagte dann laut, wie zu allen Umstehenden gerichtet: „Gebe Gott, daß wir uns alle gesund hier wiedersehen!“ und fort rollte der Zug, den Fürsten zu einem ungeahnten Triumphzug durch Deutschland zu führen, wie ihn wohl noch niemand erlebt. Gegen Abend gelangte der Zug nach Berlin. Hier hatte sich die ganze große Halle des Anhalter Bahnhofes mit Menschen angefüllt, deren Sympathien für den Fürsten sich mit elementarer Gewalt äußerten und in Zwischenrufen zwischen ihr und der begeisterten Menge zu rührenden Szenen dramatischer Art führten. Duzende von Sträußen der Damen wurden in Empfang genommen. Als eine Stimme Stille gebot, sagte der Fürst: „Wie können Sie wollen, daß ich reden soll? Meine Aufgabe ist schweigen!“ Darauf sprach ein Mann aus dem Publikum: „Wenn Sie nicht reden, werden die Steine von Ihnen reden!“ Immer von neuem erschallten Hochrufe und zweimal ward „Deutschland über alles“ gesungen. Allgemeines Händeschütteln, zum Schluß drängten sich auch die Bahnbeamten und die Schutzleute heran mit dem Rufe: „Wir auch, Durchlaucht!“ Pünktlich 8½ Uhr traf die fürstliche Familie unter jubelndem Zurufe einer zahllosen Menge auf dem Neustädter Bahnhof zu Dresden ein, wo ihn die städtischen Behörden

begrüßten, in deren Namen der Oberbürgermeister Stübel eine Ansprache hielt. In seiner Antwort sagte der Fürst, der feierliche, herzliche Empfang durch die städtischen Behörden Dresdens bedeute für ihn eine höhere, neue Ordensklasse, für die er von Herzen dankbar sei. Er sei in seinen alten Tagen nicht mehr so leistungsfähig, nehme aber doch an allen Interessen des Vaterlandes Anteil, wenn auch ferne von seinem Berufe. Daß seine Arbeit Erfolg gehabt, daran habe König Albert wesentlichen Anteil, der ihm immer ein gnädiger Herr gewesen sei. Auf der Fahrt vom Bahnhofe über die Elbbrücke zum Hotel Bellevue empfing Fürst Bismarck herzliche Ovationen. Im Hotel erschien eine Abordnung des Festausschusses unter Führung des Hofrats Dr. Osterloh. Dessen Ansprache erwiderte der Fürst im wesentlichen also: „Ich stehe vor Ihnen als Vertreter einer abgeschlossenen Zeit, der weder in der Gegenwart noch in der Zukunft eine Mitwirkung an unseren weiteren Verhältnissen erstrebt. Aber es ist mir von höchstem Werte, wie von der höchsten Instanz, von der öffentlichen Meinung meiner Mitbürger, die Vergangene, die ich Ihnen gegenüber verrete und die Sie in meiner Person die Güte haben anzuerkennen, beurteilt wird. Wir haben gemeinsam gearbeitet, um der deutschen Nation den Rang zu verschaffen, auf den sie in Europa nach ihrer Geschichte und nach ihrer Begabung einen Anspruch hat. Dazu war notwendig, daß wir uns dem Drucke des Netzes entzogen, das in scharfer Accentuierung der inneren Landesgrenzen in Deutschland über uns geworfen wurde, und daß wir Dem gemeinsam gegenüber traten an unseren äußeren Reichsgrenzen, und Europa den neuen politischen Begriff lehrten, daß es eine starke deutsche Macht in Europa gebe, anstatt des früheren Preußens, das den Namen einer Großmacht führte, ohne die Kraft dazu zu besitzen, und das, allein auf seine langgestreckte schmale Fläche angewiesen, doch der deutschen Nation in Europa nicht das Gewicht verschaffen konnte, auf das sie im Vergleich mit anderen Nationen gleichberechtigt war. Die Franzosen, die Engländer, selbst die Russen waren uns an Gewicht und Ansehen vorausgegangen, heute sind sie es nicht mehr. Wir stehen ihnen vollkommen gleichberechtigt gegenüber, das hat eine schwere Arbeit gekostet. Es waren viele Vorurteile unter den deutschen Stämmen verbreitet. Wo sind sie gefallen? Hauptsächlich auf dem

Schlachtfelde, wo wir gegeneinander, ich will sagen, eifersüchtigen Stämme erkannt haben, daß wir eigentlich alle besser waren und daß wir alle tüchtige deutsche Kerls waren, die nur sich kennen zu lernen brauchten, um Mißhelligkeiten zu vergessen und den Wert der Stellung kennen zu lernen, die wir heutzutage nicht bloß in der europäischen Welt, sondern überall einnehmen. Die Männer, die in erster Linie an einer Verwirklichung dieser Aufgabe mitgewirkt haben, sind natürlich weniger zahlreich geworden. Der Kaiser Wilhelm, der Kaiser Friedrich, Graf Roon, Graf Moltke sind zu ihren Vätern versammelt. Aber gerade Ihnen in Dresden lebt noch einer, der mit Degen und Feder in der wirksamsten Weise mitgewirkt hat an der Herstellung unserer deutschen Einheit — Ihr König Albert!" Auf diesen brachte der Fürst das Hoch aus. Sodann betrat er den Vorbau, um den inzwischen bereits angekommenen Huldigungszug zu begrüßen. Eine ungeheure Menschenmenge bewegte sich auf dem Theaterplatz. Der Zug, einer der größten, die Dresden je gesehen, umfaßte gegen 13 000 Personen, unter denen sich etwa 1600 Sängere befanden. Dem Zuge voran gingen die Mitglieder des Rates und der Stadtverordneten, worauf unmittelbar die Sängerschaft folgte. Deren Huldigung leitete die großartige Ovation der Bürgerschaft wirkungsvoll ein. Das erste Lied: „Wie könnt' ich Dein vergessen“ von Adam sang der Elbgausängerbund. Diesem Vortrag folgte der Julius Otto-Bund mit dem Vortrage von drei Versen des Liedes „Das treue, deutsche Herz“, worauf als dritte mächtig wirkende Massengesangsdarbietung beide Sängerschaften drei Strophen „der Wacht am Rhein“ sangen. Nachdem die Töne des herrlichen Liedes „Wie könnt' ich Dein vergessen“ verklungen waren, ergriff der Fürst das Wort und hielt, oft von Rührung unterbrochen, nachstehende Ansprache: „Den Empfang, den ich hier gefunden, werde ich bis an das Ende meiner Tage nicht vergessen. Ich habe nie so viel Herzlichkeit und treuen Sinn gefunden, und was vom Herzen kommt, das geht zum Herzen. Haben Sie Alle, Alle Dank für die Freude, die Sie mir bereitet.“ Endloser Jubel folgte. Stürmisch wogte die Menge nach vorn, um kein Wort zu verlieren. Der gleiche Jubel erscholl, als nach dem dritten Lied, nachdem die Klänge der „Wacht am Rhein“ verhaucht waren, der Fürst abermals das Wort nahm. Jetzt sprach er folgendes: „Ich danke Ihnen für

dieses Lied. Ich danke Ihnen besonders dafür, denn es erinnert uns an die großen Zeiten, die wir durchgemacht, und es hat dazu beigetragen, daß wir die deutsche Einheit errangen, eine Einheit, die viel schwerer zu zerstören sein wird, als sie geschaffen wurde, und noch mehr Blut kosten würde, wenn man sie zu vernichten suchte. Ich habe mein Leben dem Dienste der Nation gewidmet, und wenn Sie glauben, daß ich Erfolg gehabt habe, so ist das in meinen alten Tagen ein Beweis, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Schwere Tage haben wir durchgemacht, aber gegenseitiges Wohlwollen ist das Ergebnis der letzten Jahrzehnte unserer Politik. Bleiben wir einig und danken wir Gott, daß zwischen uns der feste Bund geschlossen wurde, der unsere Freiheit, unser Vaterland gesichert und verhindert hat, daß der Fremde auf unserem Boden weile. Ich habe die Überzeugung, daß wir alle Feinde, die uns stören wollen, zurückweisen werden, wenn es je versucht werden sollte. Wir wollen sein ein einig' Volk! Was wir in Kampf und Arbeit gewonnen, das halten wir fest!" Wie ein Sturmwind brauste der Beifall über den Platz, und als die ersten Züge sich in Bewegung setzten, drängte sich die Menge der Zuschauer hinein und flutete an der Estrade vorüber. Hochaufgerichtet stand dort der Fürst, und während des schier endlosen Vorbeimarsches der Fackelträger machte er nur für Augenblicke Gebrauch von seinem Sessel. Immer wieder zog er den Hut, immer wieder winkte und grüßte er die Jubelnden. An seiner Seite harrete auch die Fürstin grüßend bis zum Schlusse aus.

Als der Fürst sich zurückgezogen hatte, wurde für die größte Ruhe in der Umgebung des Hotels gesorgt, die Dampfschiffe auf der Elbe unterließen möglichst das Geräusch. Am 19. Juni, morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, brach man auf. Kaum wurde der Fürst nebst Gemahlin im Portal sichtbar, so erhob sich sofort der Jubel der den Theaterplatz belagernden Menge. Alles umringte den Wagen, der nur langsam vorwärts konnte. Das Spalier in der Feststraße war immer mächtiger angeschwollen. Die Polizei hatte Mühe, das Publikum in Ordnung zu halten. Schließlich ging es überhaupt nicht mehr, man durchbrach die Kette, umringte den Wagen und stürzte unter brausenden Zurufen in unaufhaltbaren Massen dahinter her. Prächtigen nahmen sich die Straßen der Altstadt mit ihren Fahnen, Kränzen, Guirlanden und Teppichen aus. Tiefere Eindruck machte jedoch die

lebendige Dekoration der Massen und die elementare Macht ihrer Hulbigungen. Am festlich geschmückten Rathhause hatten sich der Magistrat und die Stadtverordneten zum Abschiedsgruße aufgestellt. Der Anfahrtsplatz zum Bahnhofe war von einer vieltausendköpfigen Menge belagert, einer bunten Masse. Vor dem Eingang zum Fürstenzimmer hatten Vertreter studentischer Korps in Wicks Aufstellung genommen. Als der Wagen auf den Bahnhofsplatz einbog, entstand eine unbeschreibliche Bewegung. Unter einem Hurra-gebrause, das die Luft erzittern machte, stürzten die Massen an den Wagen, um dem Scheidenden aus nächster Nähe den Abschiedsgruß zuzurufen. Die Halle erdröhnte von dem Hurragebrause der Menge, und nicht lange währte es, so konnte die Polizei, obwohl sie durch Bahnbeamte verstärkt wurde, ihrem Ansturme nicht mehr stand halten. Kaum hatte der Fürst den Eisenbahnwagen erreicht, als die Menge auch die letzte Schranke durchbrach. Die Begeisterung kannte keine Grenzen mehr. Hoch und Hurra! Auf Wiedersehn! Hoch die Fürstin! Hoch Graf Herbert und seine Braut! brauste es durcheinander, abwechselnd mit der „Wacht am Rhein“ und „Deutschland über alles“. In einem Augenblick vorübergehender Ruhe dankte der Fürst und bedauerte, daß er nicht Hände genug habe, um allen eine zu reichen. Erneutes endloses Hoch!

Auf der Fahrt durch Böhmen und Mähren wurde der Fürst auf den Bahnhöfen von Tetschen, Schreckenstein, Leitmeritz, Podiebrad, Zlaur und Znamim von den Bewohnern lebhaft begrüßt. An beiden letzteren Orten hielt er vom Waggon aus Ansprachen an die Menge. Politische Reden, sagte er, seien nicht von ihm zu erwarten, er reise nur zu einem Familienfeste und danke für die Aufnahme, die er überall in dem befreundeten Lande finde. Abends nach 10 Uhr fand die Ankunft in Wien statt, wo ihn am Bahnhof etwa 5000 Personen begrüßten. Auf seiner Fahrt zum Palais Palfffy drängte eine Menge, zum Teil unter antisemitischen Ausrufen nach. Das gab Zusammenstöße mit der Sicherheitswache, die blank ziehen mußte. Der Fürst besuchte am 20. Juni den deutschen Botschafter Prinzen Neufß, hatte eine Zusammenkunft mit dem Grafen Kalnoky, mit dem er früher so oft amtlich verkehrt hatte, und wohnte im Palais Palfffy einer glänzenden Soiree zu Ehren seines Sohnes Herbert und der Gräfin Hoyos bei. Anwesend waren die Minister Grafen

Kalnoky und Szechenyi, die Botschafter Paget und Nigra und eine große Zahl von Mitgliedern des österreichischen Adels. Am 21. Juni wiederholten sich die Huldigungen einer zahlreichen spaltbildenden Menge bei der Anfahrt des Fürsten zur helvetisch-reformierten Kirche, in welcher die Trauung des Grafen Bismarck durch den Superintendenten Schack stattfand. Der Fürst erschien hier in der weißen Kürassieruniform. Sein alter Freund, der russische Botschafter Graf Schuwalow, fungierte als Beistand des Bräutigams. Beim Hochzeitsmahle ließ Graf Geza Andrassy die fürstliche Familie leben, die ein eigenes deutsch-österreichisch-ungarisches Bündnis geschlossen habe. Der Fürst dankte, daß der Graf so taktvoll die politischen wie die persönlichen internationalen Beziehungen in Erinnerung gebracht habe. Am 22. Juni nahm der Fürst an einem Dejeuner beim Grafen Zichy in Penzig teil und besuchte dann die Ausstellung. Die Menge, die ihn sehen wollte, undrängte ihn so sehr, daß er nur mit Mühe zu den „Schrammeln“ gelangen konnte, wo er den Gesangsvorträgen Beifall spendete. Auch hier wurden ihm stürmische Ovationen gebracht und aus der Mitte rief ein Herr: „Es lebe der größte Mann des Jahrhunderts!“ Der Fürst war durch die ganze Aufnahme wieder genötigt, eine kurze Ansprache zu halten. Nachdem ihn nun auch verwandtschaftliche Beziehungen an Wien knüpften und er auch sonst ein freier, unabhängiger Mann sei, hoffe er, öfter Wien besuchen zu können. Nachdem der Fürst noch das Rathaus besucht hatte, reiste er am 23. Juni mit dem Salzburger Sitzzuge nach München ab.

Jedes erklang die ganze deutsche Presse von den Eindrücken der mächtigen Huldigung. Selbst die freisinnigen und die ultramontanen Blätter erkannten die Großartigkeit derselben an. Die „Bosser'sche Zeitung“ war die erste, die von einem Triumphzug sprach. „So lange Fürst Bismarck lebt,“ sagte die „Allgemeine Zeitung“ in München, „wird er der politische Führer und Berater unseres Volkes bleiben, das sich selbst ehrt, indem es diese Kundgebungen dem Lebenden darbringt.“ „Was nützt es,“ rief die Prager „Bohemia“, „daß unverföhlicher Haß an der Arbeit ist, der Begeisterung, mit der der beste Teil des deutschen Volkes seines eisernen Kanzlers gedenkt, Schranken zu setzen? Diese armseligen Schutzwehren sollten den Empfindungen der deutschen Volksseele Trost bieten!

Nein, man baue diese Wälle so hoch und stark man wolle, immer wieder und immer mächtiger stürmt die Dankbarkeit des deutschen Volks über alle Schranken hinweg zu dem Nacken hin, der wohl seiner Ämter und Würden, nicht aber der Zaubermacht seiner Persönlichkeit, nicht seiner geschichtlichen Bedeutung entkleidet, nicht um seine unvergänglichen Verdienste gebracht werden konnte.“ Die „Dresdener Zeitung“ bezeichnete die Bismarckfeier in Dresden als „eine Gemütskundgebung der Volksseele, spontan, ununterdrückbar, unlenkbar;“ die Figur des ersten deutschen Kanzlers sei zum Wahrzeichen der Wiedererrichtung des Reichs geworden; die Poesie der Menschen habe viel mehr als die Politik die Liebe zu Bismarck ins Leidenschaftliche gesteigert; Geschlecht, Alter, Stand, Konfession, Bildung, Vermögen, alles zerfalle ins Lächerliche vor der Macht der zum Ausdruck drängenden Volksseele; „hier war der Held zu feiern, der die Schwertstücke Jung-Siegfrieds zusammengeschweißt hatte, der Erlöser von der Uneinigkeit, Bismarck als ideales Wahrzeichen des neuerstarkten Germanismus.“ Aber auch ein anderes Moment fand sich in der Presse angedeutet: „Wer wollte verkennen,“ so ließ die „Bosfische Zeitung“ sich vernehmen, „daß diese Huldbigungen von ursprünglicher Kraft ihre Spitze gegen das herrschende Regiment kehren?“ und sogar die katholische „Kölnische Volks-Zeitung“ äußerte: „Man hat erkannt, daß in der neuen Ära doch nicht überall nach festen, klar erkannten Grundsätzen die Politik geleitet wird.“ Überwiegend zeigte sich aber doch die Ansicht, wie sie von der „Allgem. Zeitung“ mit den Worten ausgedrückt wurde: „Wir alle sind gut reichsdeutsch und halten treu und fest zu unserm Kaiser; aber das soll uns nicht hindern, daß unsere Herzen dem Manne zufliegen, der uns das Deutsche Reich zuwege gebracht.“

Unterbrochen und abgelöst wurden diese Betrachtungen durch die Nachricht von einem politischen Gespräche, welches Fürst Bismarck, bevor er Wien verließ, mit dem Chefredakteur der dortigen „Neuen Freien Presse“ gehabt habe. Diese teilte am 24. Juni hierüber folgendes mit: Fürst Bismarck erklärte, er sei besonders erfreut darüber, daß man in Oesterreich mehr Erinnerung habe für seine Oesterreich nützliche Thätigkeit, als für die gegen Oesterreich gerichtet gewesene. Er habe den Handelsvertrag mit Oesterreich mit den deutschen landwirtschaftlichen Interessen widersprechend gefunden;

dies gelte auch von dem Handelsvertrage mit der Schweiz und mit Italien. Er mache jedoch den österreichischen Staatsmännern keinen Vorwurf daraus, daß sie die Schwäche und die Unzulänglichkeit der deutschen Unterhändler ausnützten. In Deutschland ständen jetzt, weil eben alles hätte geändert und gewendet werden müssen, Männer im Vordergrunde, welche er, der Fürst, früher im Dunklen gehalten habe. Deutschland könne unmöglich eine Vermehrung seines Gebietes anstreben, es sei gesättigt; ebenso könne Rußland keinen Wunsch haben, sein Gebiet auf deutsche Kosten zu vermehren. Sein, des Fürsten, Gedanke bei Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses sei gewesen, zur wirksamen Förderung der österreichischen Politik den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren; dies liege im österreichischen Interesse, denn Oesterreich wolle den Frieden. Dieser Zustand habe sich seit seinem Rücktritte geändert, weil Deutschland keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitze in Folge des Schwindens des persönlichen Einflusses auf den russischen Kaiser. In seiner letzten Unterredung mit diesem habe derselbe zu ihm gesagt, er setze Vertrauen in ihn, und hinzugefügt, ob er sicher sei, im Amte zu bleiben. Er, der Fürst, sei über diese Frage erstaunt gewesen und habe geantwortet, er werde lebenslänglich Minister bleiben, denn er habe keine Ahnung gehabt, daß eine Änderung bevorstehe, während der Zar bereits davon unterrichtet gewesen sein mochte. Diese persönliche Autorität und dieses Vertrauen fehlten bisher dem Nachfolger des Fürsten, wodurch sich die Veränderung erkläre, welche in der politischen Lage von Europa, die sich verschlimmert habe, eingetreten sei. Ein Krieg mit Frankreich möge unausweichlich sein. Dort handle es sich immer darum, daß sich ein Mann finde, welcher ein Pulver ins Wasser schütte, damit dieses aufschäume. Deutschland habe nicht das geringste Interesse an einem Kriege mit Rußland und umgekehrt. Auf die Frage, ob Fürst Bismarck das Bedürfnis habe, die Leitung der Politik wieder zu übernehmen, erwiderte Fürst Bismarck, das sei ganz aussichtslos; er sei nicht in den Reichstag gegangen, nicht weil er körperlich nicht rüstig sei, sondern weil er dann die Regierung *visière ouverte* angreifen müßte. Er glaube nicht, daß eine äußere Notwendigkeit ihn veranlassen werde, die politische Bühne wieder zu betreten, denn wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen sei, so sei es nicht seine Sache, neben diesem

Geleise herzulaufen. Eine Kritik der heimathlichen Zustände könne man ihm nicht verwehren; er lasse sich dieses Recht für die wenigen Jahre seines Lebens nicht nehmen.

Fast gleichzeitig mit dieser Unterredung wurden Äußerungen veröffentlicht, welche der Fürst unlängst zu Herrn Max Harden in Friedrichsruh gethan habe. Darin fanden sich folgende Mittheilungen: Im Reichstage findet Fürst Bismarck „das steife Rückgrat nicht immer in genügender Weise vertreten.“ Im Rahmen der heutigen Politik sei für ihn kein Platz: „Minister, die die Krone beraten, giebt es nicht mehr; heute berät die Krone die Minister, in bester Absicht natürlich, aber das taugt nun doch nicht mehr für mich. Soll ich mich hinstellen und Caprivi kritisieren, der doch nur ein Beauftragter ist? Ich bin immer ein guter Monarchist gewesen und möchte nichts sagen, was auch nur dem Böswilligen antimonarchisch schmecken könnte; aber ich bin auch kein Absolutist, ich glaube namentlich nicht, daß es heutzutage gut ist, wenn die Krone bei jeder Gelegenheit in den allen Anwürfen ausgesetzten Vordergrund gestellt wird.“

Die Reise des Fürsten Bismarck von Wien nach München bot abermals eine Reihe von großen Huldigungen. Wiener Studenten begleiteten ihn bis St. Pölten, wo sie ihm einen riesigen Rosenstrauß als letzten Gruß überreichten. In Linz hielt der Zug unter brausenden Hochrufen des sehr zahlreichen Publikums; es wurde dem Fürsten ein mächtiger Korb mit Blumen überreicht; er dankte und gedachte seiner Durchreise nach Wien vor 13 Jahren. Der deutsch-liberale österreichische Abgeordnete Beurle rief: „Dem größten Mann des Deutschen Reichs!“, worauf der Fürst entgegnete: „Sagen Sie Begründer des Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland.“ Von gleicher Wärme waren die Begrüßungen in Wels und Salzburg. Nachts nach 1 Uhr am 24. Juni erfolgte die Ankunft in München. Von amtlichen Personen, Künstlern, Vereinen begrüßt, wurde der Fürst beim Verlassen des Bahnhofes vom Publikum mit unbeschreiblichem Jubel an den blumenbesäten Wagen geleitet, der ihn zur Villa des Malers Lenbach, seinem Absteigequartier, brachte. Vom Balkon aus dankte der Fürst wiederholt für die Huldigungen der Menge, die noch lange vor dem Hause patriotische Lieder sang. Um 11 Uhr morgens brachte der akademische Gesangverein ein Ständchen, das der Fürst vom Balkon entgegennahm. Um 12 Uhr fuhr er zum

Besuch des ihm befreundeten erkrankten Oberstallmeisters Grafen Holnstein, der 1870 den entscheidenden Brief des Königs Ludwig nach Versailles gebracht hatte. Diese Ausfahrt des Fürsten gestaltete sich wieder zu einem wahren Triumphzuge. Um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr fuhr eine Deputation der Stadt München vor der Villa Lenbach vor. Sie bestand, außer dem ersten Bürgermeister v. Widenmayer, aus vier Liberalen, drei Clerikalen und einem Konservativen. Der Bürgermeister gab den Gefühlen der Verehrung und Dankbarkeit Ausdruck und lud für den folgenden Tag zum Besuche des Rathauses ein. Dies sagte der Fürst zu und erwiderte: Obwohl er seine Reise in Familienangelegenheiten unternommen habe, freue er sich doch sehr über die ihm in Dresden, München und anderen Orten zu theil gewordene freundliche Aufnahme und über die zahlreichen Sympathiebeweise im deutschen Lande. Sie seien ihm ein Zeugnis dafür, daß er seine Sache nicht allzu schlecht gemacht haben könne. Nichts anderes als ein Ausdruck uneigennützigster Freundschaft könne die ihm zu theil gewordene Zustimmung sein, denn er habe keine Machtinteressen und Wünsche zu befriedigen. Auch bei seinen Freunden werde er nicht für alles, was er gethan, immer zustimmende Anerkennung gefunden haben. Der Fürst warf hierauf einen Blick in die Vergangenheit: der Akt deutscher Einigung habe sich naturgemäß aus dem Streben der Stämme vollzogen. An den Erfolgen von 1870—71 hätten alle Stämme Anteil, es sei ein großes Glück, daß sich der Prozeß der Einigung nicht gleich nach 1866 vollzogen, er hätte damals geringere Aussicht auf Bestand gehabt; er halte die deutsche Einigung für ein vom Wechsel der Zeiten und Verhältnisse nicht mehr antastbares Werk. Daß die Beliebtheit des Fürsten nicht bloß in den höheren Kreisen, sondern auch im Volke selbst wurzelt, bewies die Rundfahrt, welche er mit seiner Gemahlin und Lenbach im Laufe des Nachmittags unternahm und bei welcher er von allen Seiten mit Kundgebungen begrüßt wurde. Den Schluß der Rundfahrt bildete ein einviertelstündiger Besuch im Hofbräuhaus, wo er mit Lenbach einen „Stehhumpen“ leerte. Laute Hochrufe ertönten, als Fürst Bismarck anfuhr, und im Augenblick war der ganze Platz dicht mit Leuten besetzt, welche der Rückkehr des Fürsten harrten. Dieser war inzwischen in die Arkaden des Bräuhauses getreten, wo ihm aus einem neuen Krüge Bier gereicht wurde. Er erhob den

Krug und alle Anwesenden thaten ihm unter Hochrufen Bescheid. Als der Fürst sodann das Haus verließ, begleiteten ihn neue Hochrufe. Am Abend brachte die gesamte Studentenschaft dem Fürsten einen Fackelzug. Nach 9 Uhr erreichte das erste der 22 Musikkorps die Villa Lenbach und jetzt begann eine großartige Huldigung der Studierenden sowie der Einwohnerschaft. Unter Hochrufen, die Chargierten in Wicks mit je einem Musikkorps, zogen die sämtlichen Korps vorüber, den Fürsten begrüßend, dessen gewaltige Gestalt manchmal durch den Rauch der Fackeln hindurch sichtbar wurde. Nach einem allgemeinen Absingen der „Wacht am Rhein“ hielt der vorsitzende Senior eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf Bismarck endete. Der Fürst dankte mit wenigen Worten für den herrlichen Empfang und empfahl, an dem festzuhalten, was vor 22 Jahren geschaffen worden. Jubelnder Zuruf folgte diesen Worten, hierauf begann wieder der Vorbeimarsch der Hochschule, damit endete der erste Tag des Münchener Aufenthaltes des Fürsten. Sein Besuch des Rathhauses fand am 25. Juni um Mittag statt. Am Portale wurde er und seine Gemahlin vom Komitee empfangen. Der Fürst reichte dem Bürgermeister freundlich die Hand und begab sich dann mit den Mitgliedern des Komitees sowie der Fürstin in das Innere. Korridore und Treppen waren geschmückt und im SitzungsSaale war ein Ehrentrunck bereit. Der Bürgermeister führte die Fürstin in den Saal, ihnen folgte der Fürst. Beide Gäste nahmen an der Tafel Platz, wo in goldenen Bechern der Ehrenwein aufgetragen war. Der Bürgermeister äußerte in seiner Rede seine hohe Freude, daß der Fürst und die Fürstin das Haus der Stadt besucht haben; es sei eine unvergeßliche Stunde in der Geschichte der Stadt; er gedachte der gewaltigen Dinge, die vor 22 Jahren geschehen, der Gestalten, denen wir die nationale Wiedergeburt verdanken; zumeist aber des großen Kanzlers, dessen Leben jede Stunde des Deutschen Reiches Einheit, Größe und Ehre geweiht gewesen. Ihn begleiten der Dank und Segen Münchens! Das Hoch, mit dem die Rede schloß, wurde jubelnd aufgenommen. Fürst Bismarck erwiderte, er sei aus der Heimat gekommen, um seinem Haus eine neue Tochter zu gewinnen und er habe dabei tausende Freunde gefunden, und zwar persönliche Freunde, da er ja nicht mehr in Amt und Würden sei. Das erhöhe seine Freude und Genugthuung. Die

ihm gewordene Anerkennung wäre um so erhebender, als sie ihm aus hervorragenden Sätzen der deutschen Intelligenz und Bildung entgegenrete. Die Zeiten seien vorbei, als die Stämme des Vaterlands ohne landsmannschaftliches Wohlwollen auf einander gehezt wurden. Jetzt herrsche Friedensbedürfnis. Eine Störung könnten nur böse, gewissenlose Leute wünschen. Unser Machtgefühl sichere uns, daß wir nicht wie vor 22 Jahren mutwillig angegriffen werden können. Deutschland sei jetzt nicht mehr zerrissen, jedermann respektiere es. Unsere südliche und südöstliche Grenzdeckung müßten wir durch Oesterreich-Ungarn finden. Besonders Baiern sei hieran beteiligt von Hof bis Lindau. Die Sicherheit sei auch für Baiern von hohem Wert. Die Pflege dieser Freundschaft sei die Pflicht jeder deutschen Reichsregierung. Er hoffe, daß das am sichersten durch die Teilnehmer an Kriege erfüllt werde, durch den sie erkämpft. „Der Prinzregent war ein Mitkämpfer, Baierns Truppen der Kitt der Einheit, so die Prinzen, die nicht im Hauptquartier, sondern in der Batterie standen“. Er trinke auf das Wohl des Prinzregenten! Der Fürst schrieb dann seinen Namen in das goldene Buch der Stadt, ebenso die Fürstin. Um ein Uhr verabschiedete sich der Fürst. Auf die laute Bemerkung: „Auf Wiedersehen!“ antwortete er: „Ich hoffe es!“ Am Nachmittage besuchte der Fürst den Ministerpräsidenten v. Crailsheim, bei dem er eine halbe Stunde verweilte. Um 4 Uhr besuchte er den Künstlerverein „Allotria“, wo er den Willkommens-trunk aus einem zinnernen 5 Literkrug entgegennahm. Um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr erfolgte die Ankunft im Glaspalaste der Ausstellung. Hier besuchte er den Saal alter italienischer Meister, dann die anderen Säle. Im Marmorsaale hielt er eine Rede, worin er sagte, er sei nicht hergekommen, um die Ausstellung genau kennen zu lernen, wozu Tage gehörten, sondern um der Münchener Kunst seine Hochachtung und seinen Dank für die freundliche Aufnahme auszusprechen. Sein Besuch sei keine Staatsvisite, da er mit dem Staat nichts mehr zu thun habe. Er habe der Einladung gern Folge gegeben. Sein Freund Lenbach habe sein Bild so getreu erfaßt, wie er wünsche, auf die Nachwelt zu kommen. Hiernach machte der Fürst dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien auf Schloß Biederstein im englischen Garten einen Gegenbesuch und kam um 7 Uhr in die Villa Lenbach zurück. Vor dieser begann um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr ein Festzug mit Serenade. Es

betheiligten sich die studentischen Korporationen der drei Münchener Hochschulen, die Schüler der Akademie der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule, die Gesangvereine, die Turner, die Radfahrvereine, die Ruderklubs, die Krieger-Vereine und die Abteilung „München“ der deutschen Kolonialgesellschaft. Die einzelnen Vereine zogen unter Hochrufen vorüber, wobei jedesmal der Fürst sich leicht verneigte und dankend grüßte. Die Turner und Pfälzer Studenten rühmten durch ihre Vertreter in einer Ansprache Bismarck als Schützer der akademischen Jugend. Bismarck antwortete, er freue sich, neben den Vertretern der Malerei auch die Vertreter der Wissenschaft zu begrüßen, bevor er München verlasse. Beide wären lange die einzigen Träger des deutschen Nationalgefühls gewesen. Er werde nicht mehr lange in der Erinnerung leben, denn er sei alt. Aber die Studenten seien jung, er bitte sie, sich stets des Gelübdes fürs Vaterland zu erinnern und mit eisernen Klammern das vor 22 Jahren Errungene festzuhalten. In der Villa versammelten sich noch einige Geladene, mit denen der Fürst den Abend verbrachte. In längerem Gespräch verweilte er mit Paul Heyse. Sie sprachen von den Verdiensten König Ludwigs II. um die Errichtung des neuen Deutschen Reichs. Der König, so sagte der Fürst, hat damals zuerst an den Kaiser geschrieben, daß es ihm schwer sein würde, sich in die Neuordnung der Dinge zu finden, wenn der König von Preußen nicht der erste unter Gleichen würde. Wenn der König von Preußen Kaiser würde, werde sich die gesamte Neuordnung anders gestalten. Er, Bismarck, habe damals zum alten Kaiser gesagt, Majestät komme nur auf diesem Wege dahin, nicht länger ein Neutrum zu sein. Der Kaiser fragte: „Wie so?“ Majestät würden dann ewig nur das Präsidium sein. Heyse kam auch auf König Max zu sprechen und meinte, dieser hätte sich schwerer in die Neuordnung der Dinge gefügt, zumal er ein ernster Verteidiger der Triasidee gewesen. Der romantische, hochideale Zug Ludwigs habe gewiß viel dazu beigetragen, den Kaisergedanken zu verwirklichen. „Das ist sehr richtig,“ antwortete Fürst Bismarck. Kaiser Wilhelm sei ein Mann des vorigen Jahrhunderts gewesen und habe auch daran festzuhalten gesucht, mit großer Gerechtigkeit und Schonung aller bestehenden Verhältnisse an der Einigung des deutschen Vaterlandes zu arbeiten, wenn auch nicht auf Grundlage des alten Bundes, so doch

nicht in ganz neuer Form. Ebenso sei König Max in alten Traditionen aufgewachsen, während das junge Geschlecht anderen Ideen sich zugewendet. Die Unterredung gab auch Gelegenheit, Seibels zu gedenken. Seibel, so meinte Heyse, hat sich von Anfang an mit der Kaiseridee getragen. Wir jungen Leute hatten dies noch als Utopie betrachtet, sind aber bald in die neuen Ideen hineingewachsen. Es sei eine Genugthuung für den alten „Sänger des Reichs“ gewesen, daß er die Verwirklichung seines Traums noch erlebte. Bismarck entgegnete: Diese Wünsche sind im Volke sehr verbreitet gewesen, aber ohne Lebensgefahr für den Bestand Deutschlands würde es niemals dahin gekommen sein, daß deren Stämme sich zusammengeschlossen. Nur der Not und der großen Begeisterung verdanken wir das Reich. „Durchlaucht kennen die Weltgeschichte besser als ich,“ fuhr Heyse fort, „aber darin müssen Sie mir Recht geben, daß niemals ein Mann, der so viel geleistet und so sehr im öffentlichen Leben gewirkt, eine so unmittelbare Liebe und Verehrung im Volke genossen wie Ew. Durchlaucht. Friedrich der Große z. B. war in seinen alten Tagen im Volke nicht beliebt.“ „Je länger man lebt, desto mehr ist man genötigt, Menschen gegenüber zu treten und sich Feinde zu machen. Die Dankbarkeit zieht sich zurück, wenn man seine Pflicht gethan hat. Ich bin von der Anhänglichkeit und Liebe so gerührt, daß ich nicht immer gleich die Worte finde, um so zu danken, wie ich möchte,“ entgegnete der Fürst. Bei einer andern Gelegenheit that der Fürst in München eine bemerkenswerte Äußerung, über die berichtet wird: „Früher,“ sagte er, „war mein ganzes Bestreben dahin gerichtet, das monarchische Gefühl im Volke zu heben. An den Höfen und in der offiziellen Welt wurde ich gefeiert und mit Dankbarkeit überhäuft. Das Volk wollte mich steinigen. Heute jubelt mir das Volk dafür zu, während die andern Kreise mich ängstlich meiden. Ich glaube, das nennt man Ironie des Schicksals.“

Gegen Ende seines Münchener Aufenthalts empfing der Fürst einen Vertreter der dortigen „Allgemeinen Zeitung“. In deren Berichte hierüber wurde gesagt: In Wien glaubte der Fürst in der Bevölkerung zwei Strömungen zu beobachten, eine auf Seiten der Bevölkerung von großem Wohlwollen und eine namentlich mancher Staatsdiener, die einer anbefohlenen Zurückhaltung ähnlich sah. Er sei mit den Hofkreisen Wiens seit 40 Jahren in vielem Verkehr, sei

er doch schon 1852 dort als Abgesandter gewesen. Oesterreich und er hätten in Gutem und Bösem viel miteinander erlebt, aber allezeit sei zwischen ihnen der Verkehr ein wohlwollender gewesen. Ohne unhöflich zu sein, habe er nicht anders als um eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph nachsuchen können und er habe dies schon von Friedrichsruh aus, und zwar auf dem amtlichen Wege durch die deutsche Botschaft gethan. Anfangs sei seinem Gesuche die Stimmung günstig gewesen, aber dann habe diese umgeschlagen, wohl kaum ohne eine starke Pression von Berlin. Er habe nur mündlich die Antwort erhalten, daß die Audienz, um die er als Verehrer des Kaisers und als Militär nachgesucht, nicht gewährt werden könne. In Dresden und München habe er, ohne unhöflich zu sein, nicht um Audienz nachsuchen können, da die Frist seines Aufenthalts anfänglich zu kurz bemessen gewesen sei. Er freue sich jetzt, da ruhiger Zuschauer zu sein, wo er früher Mitarbeiter gewesen, und er freue sich namentlich der ungemainen Herzlichkeit, mit der er in München empfangen worden sei. Diese Tage werden ihm unvergeßlich bleiben, solange er noch in Friedrichsruh seine Bäume pflegen könne.

Die Abreise des Fürsten aus München am 26. Juni gestaltete sich wiederum zu einer großen Huldigung. Das Publikum durchbrach auf dem Bahnhofe alle Schranken und ergoß sich scharenweise in die Halle, sodaß der Sonderzug von Tausenden umstellt war. Auf die wiederholten Kundgebungen hin sprach der Fürst seinen Dank für den herzlichen Empfang aus. Das Publikum stimmte die „Wacht am Rhein“ an, dann ertönten die Rufe Hoch! Auf Wiedersehen! und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, in welches alle Anwesenden mit einstimmten. Um 12 Uhr verließ der Zug die Halle und traf um 1 Uhr in Augsburg ein. Der Zusage gemäß verließ der Fürst den Zug zu einem kurzen Besuche der Stadt. Die Begrüßung seitens der Bevölkerung war auch hier die herzlichste. Es läßt sich, hieß es im Berichte des „Schwäb. Merkur“, nicht beschreiben, wie ununterbrochen dem Fürsten bei seiner Ankunft, auf seiner Rundfahrt und bei der Abreise entgegengejubelt wurde. Wer seine Hand erhaschen konnte, drückte sie, die Hoch-, Heil- und Hurrarufe wollten kein Ende nehmen. Bei der Einfahrt am Bahnhof begrüßte ihn ein Musikkorps mit dem „Bismarckmarsch“, aber der Volksjubel übertönte bald die Kapelle, und lange dauerte es, bis er sich soweit legte, daß

Bürgermeister v. Fischer, welcher mit den Mitgliedern der beiden Gemeindefollegerien in Amtstracht erschienen war, eine kurze Ansprache halten konnte, worin er den Ehrenbürger Augsburgs beim Betreten des schwäbischen Bodens begrüßte. Vor dem Rathhaus begrüßten den Fürsten die vereinigten Gesangsvereine mit einem deutschen Lied und in der mächtigen Halle des altbewährten Baues hielt v. Fischer eine kurze, markige Bewillkommungsrede. In herzlichsten Worten dankte der Fürst für den so überaus freundlichen Empfang, sprach sein Bedauern aus, daß es ihm leider nicht vergönnt sei, in der altberühmten Kaiserstadt, in der er vor Jahren mit seinem alten Herrn im alten Fuggerhause einmal schon geweilt, länger Aufenthalt nehmen zu können, und schloß, indem er den Ehrentrank aus dem ihm gereichten silbernen Pokal that, mit einem Hoch auf Augsburg. Stürmischer Jubel folgte seinen Worten und begleitete ihn, nach dem im Königsalon ihm gegebenen Mahle, bei der Wegfahrt nach dem Bahnhof, während die Musik spielte und die Sänger die „Wacht am Rhein“ anstimmten. Aus Anlaß seines kurzen Aufenthalts in Augsburg waren hier zahlreiche Begrüßungstelegramme, hauptsächlich aus allen größeren Städten des Kreises Schwaben eingetroffen, so aus Günzburg, Donauwörth, Neuburg a. D., Lindau, Memmingen und Kaufbeuren. Im Telegramme der letzteren Stadt hieß es: „Von der Pforte des Allgäu rufen wir mit stürmischer Freude: Heil und Dank dem eisernen Kanzler! Heil Schwaben, das den Stolz der Nation heute begrüßen durfte!“ Die Stadt Kempten bot dem Fürsten, „dessen Verdienste weder übertroffen, noch verdunkelt werden können, wärmsten Willkommungsruß“. Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei der Durchfahrt durch Würzburg, brausten ihm abermals die patriotischen Lieder einer zahllosen Menge entgegen und ward ihm ein Ehrentrank in silbernem Pokal überreicht; in Oberndorf-Schweinfurt huldigte ihm der mit Musik und Fahnen erschienene Kampfgenossenverein. Abends 8 Uhr kam der Fürst in Kissingen an und endete vorläufig die große Triumphreise. Durch die beslaggte Stadt ging die Fahrt nach der oberen Saline, des Fürsten gewohntem Bade-Aufenthalt. Ein ganzer Wagen mit Blumenspenden folgte. Folgenden Tags, den 27. Juni, erließ der Fürst in der „Allg. Ztg.“ eine allgemeine Dankfagung. Darin hieß es: „Die ehrenvollen Begrüßungen in Dresden, München, Augsburg und auf der Bahnfahrt durch Sachsen und Baiern haben mich von Herzen

erfreut, weil sie mir bewiesen, in welchem Umfange ich durch meine Mitarbeit an der Einigung des Vaterlandes die Anerkennung und das Wohlwollen meiner deutschen Mitbürger außerhalb meiner engeren Heimath gewonnen habe. Alle, die dazu mitgewirkt haben, mir nach dem Abschlusse meiner arbeit- und sorgenvollen amtlichen Thätigkeit für den Rest meines Lebens diese wohlthuende und tröstliche Befriedigung zu gewähren, bitte ich, durch diese Veröffentlichung meinen warmen Dank freundlich entgegenzunehmen."

Die neuesten unvergleichlichen Huldigungen für den Fürsten Bismarck machten in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus wieder den tiefsten Eindruck. Sie drängten eine Zeitlang sämtliche politischen Tagesfragen und Vorgänge in den Hintergrund und gaben allen Parteien noch lange reichlichen Anlaß zu Betrachtungen und öffentlichen Erörterungen. Nirgends hatten sie den ausgesprochenen Charakter einer oppositionellen Kundgebung gegen das herrschende System getragen, sie wurden aber allgemein als eine patriotische Aufwallung von so imposanter Größe, wie mindestens die zu Zeiten der großen Erhebung des Vaterlandes, als ein Strom, gegen dessen Gewalt nichts sich zu halten vermöge, empfunden und gewürdigt. Wenn der früher an der Elbe wie an der Isar so arg gehaßte Mann jetzt an denselben Stellen unmittelbar aus dem Herzen des Volks heraus solcherart verehrt wurde, so lag darin der höchste Triumph der deutsch-nationalen Politik, die es verstanden hatte, die große Masse der Particularisten zu begeisterten Anhängern des Reichsgedankens gemacht zu haben.

Noch waren diese Kundgebungen nicht ganz verhallt, als des Fürsten politische Äußerungen in Wien der gesamten Presse Anlaß zu lebhaften Besprechungen gaben. Die dem Fürsten feindlichen Blätter schienen fast erfreut zu sein, seine dort gegen die deutsche Regierung gerichteten Schärfen verwenden zu können. Die demokratische „Frankfurter Ztg.“ sagte am 24. Juni, die „Hochzeitsreise“ des Fürsten habe den so aufdringlich damit verbundenen Zweck offenbar nicht erfüllt, einflußreiche Kreise für Anbahnung einer Rehabilitation des Fürsten zu gewinnen. Die „Freisinnige Ztg.“ sprach am 27. Juni von Bismarcks „greisenhafter Schwachhaftigkeit“ und daß er nie ähnliches, wie jetzt, an Schädigung der deutschen Interessen vor dem Auslande geleistet, nur vom Gedanken der Rache an seinen Nachfolger erfüllt und nicht mehr völlig zurechnungsfähig sei; und die

„Germania“ sagte, „das Maß ist voll“, des Fürsten Diskreditierung der jetzigen auswärtigen Politik grenze an Landesverrat. Daß Teile seiner in Wien gegebenen Kritik peinlich berührten, gab auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ zu; der nationalliberale „Hannoversche Kurier“ sagte, es würde für das Ansehen des Fürsten und des Reichs die Unterhaltung in Wien besser unterblieben sein, und der „Schwäbische Merkur“ meinte, manches Wort, das der Fürst zu Wien in Verbitterung gesagt, würde er nicht gesprochen haben ohne die ihm widerfahrene anscheinende Geringschätzung, daß überall, wohin er gekommen, die Fürsten, nach Analogie von Lucä 14, 18, sich verleugnet oder entfernt hätten. Dies führe zur Quelle alles Unheils zurück, zum Zerwürfnis zwischen dem Kaiser und dem Kanzler. Wenn aber der ganze Hergang bei den Massen leider den Anschein erweckt habe, als ob die Fürsten eine Gelegenheit versäumt hätten, dem Volk in Bezeugung von hochherziger Dankbarkeit voranzuleuchten, so werde der Wunsch nach Beseitigung des jetzigen geradezu gefährlichen Zustands immer dringlicher, denn fest stehe es, daß der Fürst „der einzige wirklich populäre Mann Deutschlands“ sei. Eine wirkliche Verschärfung dieser Lage trat jedoch erst ein, als die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ drei gegen jene Unterredung gerichtete Artikel brachte, die man allgemein für halbamtlich ansehen zu müssen glaubte. Zunächst sprach das Blatt in der Form einer Polemik gegen die „Nationalzeitung“ von einem an Vaterlandsverrat streifenden Grade von Pflichtvergessenheit; es bedauerte, daß keine Thatfachen angeführt seien, als „man“ die deutsche Regierung dem In- und Auslande als unfähig denunziert habe, und meinte, eine Veröffentlichung der Akten des auswärtigen Amts würde, wenn sie statthast sei, „die gegen sie gerichteten, in Dunkel gehüllten Angriffe in helles Licht setzen“. Dann trat das Blatt gegen die Behauptung Bismarcks von der Unfähigkeit der deutschen Beamten, die den Handelsvertrag mit Oesterreich zu stande gebracht, auf und bezeichnete endlich in scharfer Verwahrung des Fürsten Kritik der auswärtigen deutschen Politik als der thatfächlichen Unterlage entbehrend. Diese Artikel wurden alsbald von der der Regierung wohlwollenden Presse einstimmig sehr bedauert; aber die demokratische „Frankf. Ztg.“ rief, nun werde das Gewitter mit aller Wucht über Bismarck hereinbrechen, falls er nicht noch in letzter Stunde von seinem selbstzerstörenden Beginnen

ablasse. Und die katholische „Köln. Volks-Ztg.“ sagte: „Eine Regierung kann sich auf die Dauer nicht so herunterreißen lassen; zwei Jahre hat Caprivi mit verschränkten Armen dem Treiben Bismarcks zugeesehen; er wollte ihm eine Schonzeit bewilligen und Zeit, seinen Ärger auszutoben; aber Bismarck macht es immer schlimmer; er ist endlich zu der Überzeugung gekommen, daß seine Rückberufung nicht möglich ist; deshalb stellt er auch den Gegensatz in seiner vollen Schärfe hin, ganz à la Wallenstein!“

Mildernd griff in alle diese peinlichen Erörterungen ein, was Fürst Bismarck am 27. Juni einem Vertreter der Münchener „Neuesten Nachrichten“ in Rissingen sagte. Er verwahrte sich gegen die ihm untergeschobene Nachsicht: „Wozu sollte ich mich denn rächen und an wem? Am allerwenigsten an meinem Nachfolger, der mir ja nie etwas zu Leide gethan hat. Nachsüchtig bin ich durchaus nicht. Man sagt zwar „der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“. Aber wenn ich doch hie und da meine Stimme vernahmen lasse, so thue ich das zum Besten des Vaterlandes. Ich will, soweit meine Erfahrung reicht und meine Autorität noch Geltung hat — und nach dem Lärm und dem Aufheben, das man in der ganzen Welt über jede meiner Äußerungen macht, scheine ich sie noch zu besitzen — jene Handlungen der jetzigen Regierung, die ich für eine gedeihliche Entwicklung des Landes nicht zuträglich finde, beeinflussen und sie, der Ausdruck ist wohl nicht anmaßend, korrigieren. Dies allein ist meine Absicht.“ Weiter äußerte sich der Fürst über seine im deutschen Volke so sehr gewünschte Versöhnung mit dem Kaiser. „Ich bin,“ erwiderte er, „bei dem Kaiser in Ungnade gefallen und ich weiß heute noch nicht warum. Von einer Versöhnung kann man doch nicht sprechen. Der Kaiser ist ja nicht,“ meinte der Fürst lächelnd, „bei mir in Ungnade gefallen. Wenn Se. Majestät die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältnis ja das alte. Ich glaube gewiß, daß Intriguen mit untergelaufen sind. Der Kaiser hätte ja gewiß sein eigener Kanzler sein können, das Ausscheiden aus meinem Amte hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist.“ Daran knüpfte ein rheinisches Blatt die Forderung: „Heraus endlich mit dem Entlassungsgesuche des Fürsten!“ Dem schloß sich die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ mit der Andeutung an, dieses Gesuch sei eigentlich gar

kein Entlassungsgesuch gewesen, sondern eine ausführliche Darlegung der Gründe, welche den Fürsten bestimmten, seinen Abschied nicht einzureichen. Und aufs neue begann, wenn auch in wohlwollendster Absicht, der vitiose Zirkel in der Presse über eine zu bewirkende Versöhnung. „Wir waren,“ sagte das „Deutsche Wochenblatt“, „in Deutschland gewöhnt, die Liebe zu Kaiser und Reich als einheitliche Empfindung aufzufassen. Die Hohenzollern hatten das Reich geschaffen, in ihnen verkörpert sich die Reichsidee, und Bismarck war der Roland Kaiser Wilhelms I. Wir ehrten den Kaiser, indem wir seine Paladine ehrten. Welcher Zwiespalt der heiligsten Empfindungen der Volksseele aber muß entstehen, wenn das jetzt anders sein soll! Dafür hat das Volk noch kein Verständnis. Das Volk denkt an Düppel, Königgrätz und Sedan, wenn es Bismarck feiert, es sieht in ihm die Verkörperung des deutschen Ruhmes.“

Vorläufig gewann es jedoch durchaus nicht den Anschein nach einem Ausgleich, vielmehr trat eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Fürsten und seinem Nachfolger hervor infolge der Verteidigung des ersteren durch die seit dem 5. Juli direkter als bisher im Namen des Fürsten auftretenden „Hamburger Nachrichten“ gegen jene Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Bezüglich dieser habe der Fürst geäußert „Dorlach' ick över!“, im übrigen glaube derselbe, daß Graf Caprivi der Kandidat des Zentrums weit früher als der des Kaisers gewesen sei, da die antibismarckschen Beziehungen des jetzigen Kanzlers zum Zentrum bis in die Zeit der „Reichsglocke“ zurückreichten und dieses gleich nach Caprivis Amtsantritt zur Hauptstütze der Regierung befördert sei, worauf die Intimität beider die Steigerung erfahren habe, welche durch „die Apotheose“ des verstorbenen Windthorst, die Behandlung der Polen und das Schulgesetz handgreiflich zum Ausdruck gelangt sei. Der Fürst sei „überzeugt, daß das Beginnen der heutigen Minister dem Staate zum Verderben gereicht.“ Auf die Frage der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ob das Benehmen des Fürsten in Wien wohl patriotisch sei, kam die Gegenfrage, „ob es wohl patriotisch war, das Erscheinen eines Mannes von der Stellung und Vergangenheit des Fürsten in Wien mit Uriasbriefen zu begleiten, die seinen Empfang bei einem Monarchen unmöglich machten, mit dem er seit 40 Jahren in amtlichen und

persönlichen Beziehungen gestanden;" die zur Verhinderung dieses Empfangs benutzten Mittel hätten den Eindruck einer Geringschätzung und Schädigung der gesellschaftlichen Stellung des Fürsten gemacht, „die notwendig als persönliche Kränkung wirken mußte.“ Nunmehr trat der „Reichsanzeiger“ auf den Plan, zunächst am 6. Juli mit der Erklärung, Graf Caprivi habe bis zu seiner Ernennung zum Kanzler nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und nie Beziehungen, auch nicht antibismarcksche, zu irgend einer politischen Partei gehabt oder gesucht. Folgenden Tags veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ zwei bezüglich des Fürsten Bismarck ergangene Erlasse Caprivis.

Der eine war schon am 23. Mai 1890 an alle deutschen und preussischen Missionen ergangen und betraf die durch die Presse an die Öffentlichkeit gebrachten, „gegenwärtigen Stimmungen und Anschauungen“ des Fürsten. „Wenn die Regierung Sr. Majestät,“ so hieß es in dem Erlasse, „in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange jene Äußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. S. M. der Kaiser sind indeß der Überzeugung, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der thatsächliche Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjektiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, hie und da zweifellos absichtlich entstellter und zum Teil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutschland gethaner Äußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Se. Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstherr Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmannes zu trüben.“ Der Kanzler gebe sich schließlich der Hoffnung hin, es werde seitens der betreffenden auswärtigen Regierung den Äußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden. Der

andere Erlaß war vom 9. Juni 1892 und an den Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, gerichtet. Er lautete vollständig also: „Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Euer zc. nach Vortrag bei Sr. Majestät Folgendes ergebenst mit: Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an S. M. den Kaiser fehlt es vor allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes seitens des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals soweit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgendwelchen Einfluß gewonnen. Falls der Fürst oder seine Familie sich Eurer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, Sich auf die Ermiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltensmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Seine Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Euer zc. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet scheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnohy Mitteilung zu machen.“

Mit äußerster Schärfe ließen sich nun die „Hamburger Nachrichten“ über diese Erlasse aus. Sie bewiesen, sagte das Blatt, daß schon kaum zwei Monate nach Entlassung des ersten Kanzlers das Bedürfnis bestanden habe, ihn anrücklich erscheinen zu lassen, ihn im Auslande kreditlos zu machen; es gehöre nicht zu den Aufgaben der deutschen Regierung, ihre Vertretungen im Auslande im Lichte einer Art von heimlichen Gerichten erscheinen zu lassen. Fürst Bismarck habe anfangs die Absicht gehabt, mit seinem Nachfolger im Frieden zu leben, dies habe aber kein Entgegenkommen gefunden, es sei „eine Art Boykottierung von Friedrichruh“ eingetreten, die in dem absolut unbegründeten Mißtrauen gewurzelt habe, daß der Fürst die Stellung Caprivis erstrebe. In diesem Eingreifen der Organe der Reichspolitik in die Privatverhältnisse des früheren Kanzlers sei eine von diesem ungesuchte Wirkung seines Einflusses zu erkennen. Ein anderes Mal sprach das Blatt von den Besorgnissen, mit denen es der Zukunft unserer Politik entgegensetze, da zu befürchten sei, daß die Bestrebungen der Zentrumsparthei leitenden Einfluß gewinnen könnten; legten doch die Reden des Abg. Lieber Zeugnis

ab vom Fortbestehen des Vertrauens dieser Partei zum Kanzler. Die gesaunte deutsche Presse begleitete diesen Streit mit ihren Bemerkungen, sodaß es bis tief in die sonst tote Saison ziemlich lebhaft in der Politik herging. Die „Preussischen Jahrbücher“ sagten bei Besprechung dieses Streites: „Hätte sich das nicht vermeiden lassen? Hätte nicht trotz allem die Regierung die Form eines freundlichen Verkehrs aufnehmen sollen? Die öffentliche Meinung ist auf dem Punkte Bismarck sehr empfindlich; schon die Wendung „ist das patriotisch?“ war zu stark; wer seid ihr denn, die ihr es wagen dürft, einen Bismarck nach seinem Patriotismus zu fragen?“ Und die „Grenzboten“ schlossen eine ähnliche Betrachtung mit den Worten: „Man möge sich hüten, daß das Volk nicht verletzt werde, wo es am empfindlichsten ist: in der Verehrung für seine nationalen Helden!“ Das „Leipziger Tageblatt“ endlich konstatierte: Die ungeheuren Wogen, die durch die letzten Kundgebungen des Fürsten Bismarck bis über den Kanal hinüber aufgerührt worden sind, haben sich noch immer nicht geglättet, immer noch brandet es, als ob ein furchtbares Unwetter über der Hälfte des Erdteils gewüthet hätte.“

Die patriotische Bewegung fuhr auch nach Fürst Bismarcks Ankunft in Rissingen fort, ihre Wellen zu schlagen. Kundgebungen von derselben Wärme wie seit Wochen drängten sich von vielen Seiten an ihn heran. Schon am 3. Juli suchte ihn das Papst'sche Männerquartett aus Wiesbaden mit seinen Liedervorträgen zu erfreuen. Ein Mitglied gedachte als Gast des Fürsten des Tags von Königgrätz, worauf er antwortete, einen solchen würden wir wohl nicht mehr erleben, „aber auf ein zweites Sedan werden wir noch gefaßt sein müssen.“ Am 6. Juli fand eine ergreifende Huldbigung seitens der Kurgäste im Rissingen Theater statt, am 10. Juli der Empfang einer Deputation aus Jena, worunter der Oberbürgermeister und mehrere Professoren. Sie brachte die Einladung zum Besuche Jenas. Ganz Thüringen brenne darauf, den Fürsten zu begrüßen. Davan schloß sich der Empfang von 700 Männern aus allen Theilen Württembergs. Die Huldbigung konnte nicht großartiger und herzlicher gedacht werden. Auf die Ansprachen erwiderte der Fürst dankend und fügte hinzu, die Angriffe auf ihn, die er jetzt täglich lese, erfüllten ihn mit Genugthuung, da sie sich gegen seine Personkehrten; das beweise ihm, daß sie an den Ergebnissen seiner

Arbeit nichts auszusetzen fänden; in hohem Maße erfreue ihn der Anteil der deutschen Frauen an den ihm zu teil werdenden Zustimmungen; in kritischen Verhältnissen, in der Politik äußere das Herz sich oft stärker als der Verstand. Der Fürst warf dann einen längeren Rückblick und glaubte den Grund, warum die nationale Einheit für uns soviel Wert habe, darin erblicken zu müssen, daß sie eine Bürgerschaft des Friedens bilde; er hob schließlich die bessere Lage Württembergs gegen früher für den Fall eines neuen Krieges mit Frankreich hervor. Es schlossen sich hieran Kundgebungen der imposantesten Art. Die Jenenser wohnten an der Seite der Fürstin dieser im weiten Hofraum sich abspielenden Szene bei, dann vereinigten sie sich mit den Württembergern und Professor Häckel aus Jena sprach die Freude darüber aus, daß Thüringen und Württemberg, Nord und Süd, sich die Hand reichten in dem einmütigen Gefühl der Anhänglichkeit an den Fürsten. Bei dem hierbei ausbrechenden Jubel ergriff den Fürsten tiefe Rührung, und indem er Professor Häckel umarmte, sagte er zu ihm und zu den andern Deputierten ein herzliches „Auf Wiedersehen.“

Die Huldigungen für den Fürsten setzten sich während seines ganzen Aufenthalts in Rissingen fort. Am 18. Juli stürzten sich, wie es im Berichte des „Nürnberger Tageblatt“ heißt, einer Völkerverwanderung gleich, Sängerscharen auf die ahnungslose Bäderstadt. Es waren an 2000 Sänger aus Schweinfurt und der Umgegend, die sich in einem Riesenzuge nach der oberen Saline begaben und dem Fürsten durch Gesangvorträge huldigten. Er begrüßte sie vom Fenster aus, kam dann zu ihnen hinab und unterhielt sich mit ihnen in humorvoller Weise. Dann erscholl das Lied „das deutsche Herz“, und einer der Sänger feierte den Fürsten als den, der erfüllt habe, was das deutsche Volk ersehnt. Alle, welches politischen Glaubens sie auch seien, brächten freudig dem „Schöpfer des Reichs“ ein Hoch. In seiner Erwiderung meinte der Fürst, die Huldigung gelte wohl mehr seinen politischen, als seinen musikalischen Leistungen; wenn seine Arbeit als Komponist und Notenschreiber in deutschen Angelegenheiten gelungen sei, dann wäre ja sein Lebenszweck erfüllt; viele persönliche Freunde könne man sich als Minister in Deutschland, wenn man nicht gerade eine Schlafmütze sei, nicht erwerben, eher die Freunde, die man hat, verlieren. Daß dies sein Schicksal nicht sei,

bewiesen die ihm täglich werdenden Ovationen, und diese Quittung über seine Vergangenheit genüge ihm. Die größte Kundgebung in Kissingen brachte aber der 24. Juli. Es trafen vormittags Extrazüge aus Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe, Darmstadt und Koburg ein, die in 111 Wagen 4239 Personen brachten. Sie wurden von der Feuerwehr zu einem Zuge geordnet, der eine Strecke von fast einem Kilometer bedeckte. Voran schritt die Musik des 9. Infanterie-Regiments von Würzburg und der Vorbeimarsch an der oberen Saline, wo der Fürst grüßend ans Fenster trat, währte etwa 20 Minuten. Die Festgäste, worunter viele Damen, wurden, im ganzen etwa 5000 Personen, in den Hofraum geführt, wo ein erhöhtes Baskett unter alten, schattenspendenden Bäumen geschaffen war, das dem Fürsten als Standplatz diente und zu dessen Seiten die Chargierten der Karlsruher polytechnischen Verbindung „Teutonia“ Aufstellung genommen hatten. Den Gefühlen der erschienenen Badenser, Pfälzer, Hessen und Thüringer verlieh der Geh. Rath Prof. Erdmannsdörffer aus Heidelberg in schwungvollen Worten Ausdruck. Alle Welt solle es wissen, daß man in süddeutschen Landen gegen den Miterbauer des Reichs nicht weniger dankerkfüllt sei als in den anderen Gauen. Dann begrüßte der Bankpräsident Eckhard aus Mannheim den Fürsten namens der hierher geeilten Badenser aus dem Breisgau, dem Schwarzwald und vom Bodensee. Sie wüßten es dem Fürsten besonders zu danken, was er Großes geschaffen. Was 1890, und vieles, was später geschehen, sei dem süddeutschen Kopf und Herz unverständlich geblieben, eine Schande sei es, wenn große Männer in der eigenen Nation verunglimpft würden. Nachdem dann die Damen in großer Zahl prächtige Blumen Spenden überreicht hatten, traten Redner mit den Begrüßungen der anwesenden Hessen, Frankfurter und Thüringer auf. Der Fürst antwortete in dreiviertelstündiger Rede. Zunächst wies er darauf hin, daß seinen Mitarbeitern, worunter viele schon Verstorbene, ein wesentlicher Anteil an diesen Ehren gebühre. Sodann warf er einen Rückblick auf die deutschen Einheitsbestrebungen. Die ersten Versuche, die von 1830 und 1848, wären verfrüht und zum Glück nicht siegreich gewesen. In Gottes Vorsehung habe es gelegen, daß auch 1866 die unitarischen Bestrebungen nicht die Oberhand gewannen, Gott habe es so eingerichtet, daß alle deutschen Völker den

Hammer nach dem Ambos geschwungen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. „Wir haben uns das Reich und die Kaiserkrone sozusagen aus den französischen Bataillonen herausgeholt.“ Der Krieg sei nötig gewesen; „wir konnten das Verhältnis zum deutschen Bund, das unter der übelwollenden Fürsorge Frankreichs geschlossen war, nur mit dem Schwerte lösen“. Dem alten König Wilhelm sei schon der Krieg mit Oesterreich sehr schwer geworden, er hätte mit 73 Jahren auch keine Kriegslust gegen Frankreich gehabt, und doch seien diese Kriege für die Herstellung der Einheit unentbehrlich und im Innern für den Anfang etwas Diktatur unvermeidlich gewesen, denn wenn man Eierkuchen backe, müsse man Eier zerschlagen, und das gehe nicht ohne Verstimmung ab. Er habe nun sehr viele Eier zu zerschlagen gehabt, darum seien ihm seine Gegner auch treu geblieben, und es würde ihn beunruhigen, wenn er in seiner bürgerlichen Ruhe Zustimmung und Schutz von den Leuten fände, gegen die er als Kanzler stets den schwersten Kampf zu führen gehabt. „Daß diese mich heute noch hassen, ist mir eine Befriedigung.“ Dann kam der Fürst auf die auswärtige und die innere Politik zu reden. „Wir Deutschen in der Mitte Europas müssen mehr zusammenhalten als alle anderen Nationen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. In der inneren Politik werde das den Deutschen schwer werden, aber er ermahne alle, denen an der Festigung des großen Werks liegt, „dazu beizutragen, daß die Gegensätze zwischen den reichstreuen Fraktionen sich verflachen, damit der Reichstag der Brennpunkt der deutschen Einheit und auf der ihm zugedachten Höhe erhalten bleibe.“ Dann bemerkte der Fürst, er könne sich von der Politik, die er 40 Jahre getrieben, nicht lossagen. „Wenn man mir auch den Mund verbieten will, ich werde ihn nicht halten.“ Zum Schluß brachte der Fürst ein Hoch „auf Kaiser und Reich, aber auf das Reich in seiner Gesamtheit, die deutschen Fürsten und die freien Städte, den Reichstag mit inbegriffen.“

Diese Rede wurde in der politischen Presse aller Parteien sehr lebhaft besprochen. Aus den Reihen der Gemäßigten vernahm man den Hinweis, daß nunmehr für alle klargestellt sei, der Fürst treibe nicht Opposition, daß vielmehr durch diese Rede ein fester und großer Zug einender und staatsershaltender Politik gehe. Andererseits

wollten viele dem Fürsten gegnerische Blätter nichts hiervon anerkennen. Die Berliner „Germania“ z. B. sagte, 7000 Wörgler hätten dem geschwägigen Alten Gelegenheit zu einem neuen galligen Erguß geboten und er habe sie durch gehöriges Wetzern und Schimpfen weiblich ausgenutzt. Französische Blätter sahen in der Rede das Geständnis, daß Deutschland 1870 den Krieg gewollt habe, und als englische Blätter den Fürsten heftig angriffen, wiesen die „Hamb. Nachrichten“ darauf hin, man habe in England die Empfindung, daß der Fürst der entschiedenste Gegner einer Politik sei, welche die deutsche Armee den englischen Machtbestrebungen zur Verfügung gestellt wissen wolle.

Nach Beendigung seiner Kur in Kissingen setzte Fürst Bismarck am 30. Juli die Heimreise fort, wurde auf den Bahnhöfen zu Meiningen und Weimar von zahlreichen Verehrern aufs lebhafteste begrüßt und traf, seiner Zusage zufolge, gegen Abend in Jena ein. Am Bahnhof erwarteten ihn viele Tausende, die während des Tags aus ganz Thüringen herbeigeströmt waren. Der Fürst erschien grüßend am Fenster seines Wagens, und in demselben Augenblick stürzte prasselnd ein Wolkenbruch nieder. Im Bahnhofgebäude hielt Professor Krieger die erste Ansprache. Er dankte für die Ehre, die Jena zu teil werde, und betonte, es thue dem Thüringer Gemüt besonders wohl, daß der Fürst hier als Familienoberhaupt erscheine. Währenddem war das Gebäude von hochrufenden, singenden Menschen ganz erfüllt und draußen standen, des noch immer strömenden Regens nicht achtend, ungezählte Massen. Der Lärm brach immer aufs neue in die Willkommensrede des Oberkirchenrats Lipsius. Er wies darauf hin, daß es Jena gewesen, wo die Sehnsucht nach der alten Kaiserherrlichkeit ihren ersten, wenn auch noch unreifen Ausdruck gefunden habe. Mit den Ehren für seinen großen Mann wolle das deutsche Volk Ernst machen. Die Huldigung komme aus gut monarchischem Herzen. Der Fürst antwortete, es sei für ihn ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen; Jena habe stets den nationalen Gedanken gepflegt wie ganz Thüringen, trotz seiner Zersplitterung in verschiedene Gebiete, die gerade ein Zeichen unverwüßlicher deutscher Volkskraft sei. Sehr erfreulich sei es, daß die Vorsehung es so gefügt habe, daß in Deutschland eine Anzahl Stätten existieren, die mit

Erfolg thätig sind, Bildung zu verbreiten und ihre urdeutschen Eigenschaften zu bewahren. Nun erfolgte die Abfahrt nach dem Gasthof zum Bären. Die Volksmassen umdrängten den Wagen derart, daß nur langsam vorwärts zu kommen war. Im Bären wurde der Fürst vom Prorektor Brockhaus namens der Universität empfangen. Deren Lehrer wollten ihre Verehrung und Dankbarkeit aussprechen. „In begeisterter Bewunderung blicken wir zu dem Manne auf, der das Riesenwerk der Einigung Deutschlands vollbracht hat.“ An dieser Universität habe der patriotische Gedanke niemals geschlummert. „Sie sehen vor sich ein Volk voll begeisterter Erinnerungen an Ihre weltgeschichtliche Wirksamkeit; wir aber sehen in wahrer Freude Euer Durchlaucht heute vor uns in voller Kraft, ungebrochen durch die Arbeit zweier Menschenalter voll schweren Kampfes und ruhmreichen Sieges. In dem Hause, in dem einst der reformator ecclesiae gewohnt, dürfen wir heute den reformator Germaniae begrüßen, die Jahrhunderte reichen sich die Hände und die leuchtende Fackel der Vaterlandsliebe, die vor drei Jahrhunderten ein Deutscher entzündete, ist unverlösch in die Hand des Deutschen übergegangen, dem wir heute die Versicherung unserer treuen Verehrung darbringen.“ Der Fürst antwortete in längerer Rede. Er sei der Erbe des Verdienstes seiner Mitarbeiter geworden, weil sie vor ihm gestorben seien, in erster Linie der des Kaisers Wilhelm I, „der nicht für den deutsch-nationalen Gedanken erzogen und nicht in diesem aufgewachsen war, den aber das angeborene deutsche Gefühl nie verlassen hat und dem man allmählich und langsam den Weg zeigen durfte, den er zu gehen hatte, um zu der Stelle zu gelangen, in der er gestorben ist und gegen deren Annahme er sich in seiner Bescheidenheit lange gewehrt hat, obschon er das Ziel wollte, das erreicht worden ist. Ich habe Mühe gehabt,“ fuhr der Fürst fort, „meinem alten Herrn klar zu machen, welcher Zauber in dem Titel des Kaisers liegt, in der ganzen Repräsentation des Kaisertums und der historischen Beziehung, die im deutschen Geiste mit dem Kaisertitel und der Stellung des Kaisers verbunden war. Es ist mir gelungen, ihn davon zu überzeugen. Dieses Arbeiten hinter den Kulissen, sozusagen, ist schwieriger für mich gewesen und die Diplomatie im eigenen Hause ist fast komplizierter für mich gewesen, als die mit dem Auslande, demgegenüber ich von Haus aus wußte,

was ich zu thun hatte. Ich kam in dem ganzen Gange, den uns Gottes Vorsehung geführt hat, doch nur eine besondere Vorherbestimmung erkennen. Selbst die Schlacht, die für ein preussisches Herz mit dem Namen Jena schmerzliche Erinnerungen weckt, war notwendig, wenn die geistige Reaktion in Preußen erfolgen sollte, wenn das in Preußen überhaupt möglich sein sollte, was ich erstrebte, das heißt ein königlich preussisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Das alte fridericianische Heer wäre schwerlich ein Pfleger des heutigen verfassungsmäßigen und nationalen Staatslebens gewesen.“ Ohne Frankreich geschlagen zu haben, hätten wir nie ein Deutsches Reich errichten können. Diese ganze Entwicklung müsse man aber nicht seiner vorausberechnenden Geschicklichkeit zuschreiben. Die Geschichte könne man überhaupt nicht machen, aber man könne immer aus ihr lernen. Er nehme nur das Verdienst in Anspruch, die Politik eines großen Staats seiner historischen Bestimmung gemäß geleitet zu haben. Dazu gehöre Vorurteilsfreiheit, Bescheidenheit und Verzicht auf eigene Überhebung. „Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen, und das Abwarten des rechten Augenblicks ist in beiden Fällen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe.“ Stets habe er in strenger Selbstprüfung nachgedacht, was er zu thun habe, um dem Vaterlande und dem König nützlich zu dienen. Das sei nicht immer dasselbe gewesen, denn Politik an sich sei eben keine Logik, sondern die Fähigkeit, in jedem wechselnden Augenblick der Lage das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßige zu wählen. Das sei ihm in den meisten Fällen gelungen. Seine Ansichten über die Zweckmäßigkeit dessen, was wir zu thun haben, seien noch dieselben wie früher, und er sehe nicht ein, warum er sie nicht aussprechen solle. Verständigung sei im Verfassungsstaate nötig, sonst verfallt man dem Regimente der Bureaucratie. „Es ist das ein gefährliches Experiment, heutzutage im Centrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. Ich bin nie ein Absolutist gewesen und werde es am allerwenigsten auf meine alten Tage werden. Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament.“ Dazu sei nötig, daß die Meinung des Volks im Parlament einheitlicher werde. Treten der Regierung verschiedene Meinungen gegenüber, so könne

von keiner parlamentarischen Beeinflussung und Verfassung mehr die Rede sein. Nach diesen Reden folgte die durch Regen gestörte Höhenbeleuchtung. An dem steilen Abhang des Kernbergs standen in Flammenschrift mit 50 Fuß hohen Lettern die Worte „Hoch Bismarck!“ Am folgenden Tage fand eine großartige Feier auf dem Marktplatz von Jena statt. Alle Häuser, voran das Haus der Burschenschaft „Germania“ und das altehrwürdige Rathhaus waren glänzend geschmückt, alle Fenster bis in die obersten Stockwerke hinauf dicht besetzt. Auf dem Marktplatz selbst ein ungeheures Gewoge von Menschen, denn es sollte dem Fürsten zu Ehren ein studentischer Frühshoppen in aller Form veranstaltet werden, aber so, daß Bürger und Studenten gemischt unter einander saßen, jedoch jede studentische Verbindung wieder für sich an ihrem besonderen Tisch. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr erschien der Fürst mit seiner Familie in einem erhöhten Zelte, vor dem 17 Studierende aus den verschiedenen Korporationen in vollem Wuchs standen. Nachdem der Jubel der Versammelten sich gelegt hatte, ergriff der Bürgermeister von Jena das Wort zu einer schwungvollen Ansprache. Dann begrüßte ihn ein Student namens der gesamten Studentenschaft und kommandierte einen donnernden Salamander auf Bismarck, indes die Musik einen Tusch blies. Hiernach folgte noch eine Ansprache des Bürgermeisters von Erfurt namens aller von auswärts aus Thüringen Erschienenen.

In einer längeren Erwiderungsrede knüpfte der Fürst an seinen Dank eine Schilderung seiner früheren Beziehungen zu Thüringen in Verbindung mit einer Berührung der hauptsächlichsten Entwicklungsstufen der deutschen Einheit. Darin erwähnte er: „Wenn Jena nicht gewesen wäre, wäre vielleicht Sedan auch nicht gewesen;“ im Jahre 1848 habe der Kampf gegen die eigenen Landsleute in den Berliner Straßen gegen die Farben, die er als Offizier mit Stolz getragen, einen erbitterten Rückschlag auf seine Gefühle geübt; auch im Erfurter Parlament sei die Frucht der Einheit noch nicht reif gewesen; solange wir im Dualismus mit Oesterreich lebten, hätte dessen Entwicklung doch höchstens zu einer Trennung zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands führen können, deshalb sei „der Bruderkrieg von 1866 ganz unvermeidlich“ gewesen; wir hätten aber keine unverföhnliche Stimmung bei Oesterreich hinterlassen, wären mit ihm vielmehr in Beziehungen gekommen, wie sie 1848 erstrebt

wurden. „Man muß also nur dem lieben Gott Zeit lassen, seine Deutsche Nation durch die Wüste zu führen und die Ankunft in dem gelobten Lande, in dem wir uns zu befinden glauben, abwarten.“ Es gehöre ferner zu der göttlichen Führung des deutschen Volks, daß zur Zeit, als der Krieg mit Frankreich notwendig geworden, „zollpolitische Zufälle, die niemand voraussehen konnte, den engen Zusammenhang zwischen Österreich und Rußland, der uns zur Zeit von Olmütz gegenüberstand, in einer Weise sprengten, daß wir diese Trennung für unsere nationalen Zwecke politisch benutzen konnten.“ Im Innern hätten wir unsere ganze Aufmerksamkeit der Befestigung der Reichseinrichtungen zugewendet; diese Aufgabe könne nur dann fertig werden, wenn wir ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Ohne einen Reichstag mit konstanter Mehrheit sei er in Sorge für die Dauer und Festigkeit unserer nationalen Einrichtungen. Wenn wir bestehen wollten, könnten wir nur nationale Politik treiben, hierzu sei aber eine Volksvertretung nötig, die in erster Linie die Bedürfnisse der Nation berücksichtige. „Wir können nicht regiert werden unter der Leitung einer Fraktion, am allerwenigsten unter der des Zentrums,“ das für unsere nationalen Ziele gefährlicher sei, als wenn ein päpstlicher Nuntius in Berlin die katholischen Fragen vermittele. Die Zentrumsparthei sei gefährlich in nationalen Fragen. Sie bröckele uns alles ab, was wir im Osten unserer Grenzen germanisch angebaut; aber lernen könnten wir von ihr die Aufopferung aller Nebenzwecke. „Könnten wir nicht eine ähnliche dominierende Überzeugung über alle Parteiregierung hinaus bei uns festhalten?“ Als ein Unglück betrachte er es, wenn die Regierung ihre Tendenz hauptsächlich darauf zuspitze, dem Zentrum zu gefallen. Er sei eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und wenn man ihm vorwerfe, antimonarchische Politik zu treiben, so erinnere er an Götz von Berlichingen, der bei aller Anhänglichkeit an den Kaiser von der Weisheit der Maßregeln seiner Kommissare nicht überzeugt war. Nachdem der Fürst geendet, trank er ein ihm gereichtes Glas Bier und nun begann der Festkommers, bei dem unter Musikbegleitung die drei Lieder gesungen wurden: „Sind wir vereint zur guten Stunde,“ „Und in Jene lebt sich bene,“ endlich „Frei und unerschütterlich wachsen unsre Eichen.“ Dann begab sich

der Fürst in die Mitte der an den Tischen sitzenden und in den Zwischengängen dicht gedrängt stehenden Volksmenge und durchschritt unter Vorantritt der studentischen Chargierten langsam die Reihen, da und dort einen Augenblick stehen bleibend und eine Frage an einen der Versammelten richtend. Um 3 Uhr fuhr der Fürst zum Bahnhof. Den ganzen Weg entlang stand die Schuljugend in Spalier, deren Hoch den Fürsten sichtlich ergriff. Auf dem Bahnhof wandte er sich noch einmal an die Menge mit dem Wort: „Vergessen Sie mich nicht!“ „Niemals, Niemals!“ tönte es ihm aus tausend Kehlen entgegen. Der Empfang auf den Bahnhöfen in Erfurt, Halle, Magdeburg und Stendal entsprach an Großartigkeit ganz den vorhergehenden Begrüßungen. Am Abend des 31. Juli langte der Fürst auf seiner Besitzung Schönhausen an.

Die Reise des Fürsten in ihrer Gesamtheit bildete unstreitig ein wichtiges politisches Moment in der inneren Entwicklung und übte einen belebenden Einfluß auf die gemäßigten Parteien. Die von ihm angeschlagenen Töne klangen noch längere Zeit in der Presse wieder. Das Organ der nationalliberalen Partei hob hervor, daß mit dieser Reise „eine der merkwürdigsten Episoden in der zeitgenössischen deutschen Geschichte“ zu Ende gehe; „die Wucht begeisterter Kundgebungen, die ihm allerwärts in Mittel- und Süddeutschland entgegengebracht, hat schließlich auch den Gegnern Achtung eingeflößt, sofern sie nicht, wie Ultramontane und Demokraten, von giftigem Haß gegen diesen Mann beherrscht sind;“ es sei bemerkenswert, daß die Freude am Vaterland, der Stolz über das Errungene und der Dank an den letzten großen Mitarbeiter grade in Staaten am mächtigsten zum Ausbruch komme, mit deren Bekämpfung das nationale Werk Bismarcks seinen Anfang nahm. Nationalliberale und freikonservative Blätter wiesen eindringlich auf eine Befolgung von Bismarcks Mahnungen bezüglich der Parteienbildung hin. Von den dem Fürsten gegnerischen Blättern erkannte vor allen die „Kreuzzeitung“ die Bedeutung der ihm zuteil gewordenen Kundgebungen an, sogar mit dem Zusatz, nur blinder Haß könne dies leugnen. Von den freisinnigen Gegnern des Fürsten war es besonders die Zeitschrift „Nation“, welche die Ovationen „politisch äußerst niedrig einschätzen“ wollte; sie glaubte nämlich in des Fürsten „Popularitätstournee der letzten Wochen“ einen neuen, nur kräftigeren Versuch einer

Ausöhnung mit dem Kaiser zu erblicken. Und die „Germania“ sagte: „Dynastie Hohenzollern — Dynastie Bismarck lautet der Gegensatz. Ein Teil der Mittelparteien steht im Lager des Frondeurs Bismarck bei dem Rachezuge gegen den Monarchen.“

In Schönhausen blieb der Fürst nur wenige Tage. Wie gewöhnlich im Herbst, trat er am 6. August die Reise nach Varzin an. Sie führte ihn wieder über Berlin, denn „es giebt keinen anderen Weg nach Rißnacht,“ wie der Fürst gelegentlich sagte. Es war, als ob man diesmal auch an Orten, die er schon oft passiert, hinter den Kundgebungen des Südens nicht zurückbleiben wollte. So kam es in Spandau zu einem größeren Empfang. Der auf dem Stettiner Bahnhof zu Berlin blieb an Lebhaftigkeit gegen die früheren nicht zurück. Es kam hier wieder zu kleinen Aussprachen und humorvollem Zwiesgespräch zwischen dem Fürsten und dem Publikum. Dabei äußerte er, daß er gegen Angriffe der Presse abgehärtet sei, die Druckerchwärze bei ihm nicht mehr durchgehe und daß er jetzt mit Vorliebe die ihn kritisierenden Artikel lese; gern würde er sich mal wieder in Berlin aufhalten, wenn er nur sicher wäre, ohne ein Gefolge in Kompaniestärke, wie es bei Wrangel der Fall gewesen, über die Straße gehen zu können. Auch in mehreren Orten Pommerns fanden diesmal größere Huldigungen statt. Am 7. August traf der Fürst in Varzin ein.

Unter den Nachklängen der Huldigungen vernahm man einen Mißton, indem die „Hamburger Nachrichten“ trotz halbamtlicher Ableugnung dabei blieben, von Berlin aus sei auf die weimarische Regierung „ein starker diplomatischer Druck geübt, um die Beteiligung der Bevölkerung an der Begrüßung des Fürsten abzumindern.“ Ein Blatt an der Saar äußerte, die Reden des Fürsten auf seiner Reise hätten dazu beigetragen, die Unzufriedenheit der radikalen Parteien in erhöhtem Maße in die Reihen der bisher gut monarchisch gesinnten Parteien hineinzutragen, die bedeutendsten Organe dieser Parteien erkannten jedoch rückhaltslos die Bedeutung sowohl jener Kundgebungen als auch der Reden und Aussprüche des Fürsten an; ihre Einwirkungen auf das Parteileben konnten sich freilich erst später zeigen: was während der politischen Stille des Sommers in den Parteien gärte, konnte frühestens im Herbst Gestalt gewinnen, in der Zeit, für welche der Wiederzusammentritt der Parlamente zu

großen Fragen sowie eine neue Abmessung der Kräfte der beiden großen Haupt-Parteilager schien erwartet werden zu müssen.

Der Kaiser zeigte sich im Frühjahr wieder mit großer Lebhaftigkeit um die verschiedensten öffentlichen Angelegenheiten bekümmert. Große Beachtung widmete er den am 25. Februar ausgebrochenen Unruhen sozialdemokratischer Arbeiter zu Berlin. Große Trupps beschäftigungsloser Arbeiter zerstörten im Frankfurter und Köpnicker Stadtteile mehrere Bäcker- und Fleischerläden, zertrümmerten auch sonstige Schaufenster und raubten die dort ausgelegten Waren. Am 26. Februar durchzogen solche Trupps auch die vornehmsten Straßen der Hauptstadt unter dem Gesange aufrührerischer Lieder und kamen mehrfach in Streit mit Schutzleuten. Während ein Teil der Berliner Bevölkerung sich sehr bestürzt hierüber zeigte, unternahm der Kaiser am 26. einen Ausritt durch Straßen, die von wildbewegten Massen erfüllt waren, um durch eigene Anschauung den Charakter dieser bemitleidenswerten Leute kennen zu lernen. Dies soll tiefen Eindruck auf die Arbeiter gemacht haben und der „Reichsanzeiger“ meldete am 1. März, dem Kaiser seien mehrfache Rundgebungen aus Arbeiterkreisen zugegangen, in welchen dem Bedauern über jene Vorgänge sowie der treusten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zum Monarchen Ausdruck gegeben sei. Der Aufenthalt, den der Kaiser auf ärztlichen Rat wegen Unpäßlichkeit in Schloß Hubertusstock nahm, dauerte vom 19. bis 26. März. Er ließ sich daher am 22. März bei der Grundsteinlegung zur Heilandskirche in Moabit bei Berlin durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Zurückgekehrt, erhielt der Kaiser einen seltenen Besuch: es war Fürst Heinrich XXII. von Reuß älterer Linie, der sich seit der Neuordnung der deutschen Verhältnisse Preußen nicht genähert hatte. Jetzt schien endlich eine Umstimmung erfolgt zu sein, möglicherweise infolge der Wendung der Welfenfondsfrage, und nun benutzte er den Tag, an dem er der heimischen Feier seines 25jährigen Regierungsjubiläums, der zugleich sein 46. Geburtstag war, zu entgehen wünschte, den 30. März, zu dieser Annäherung. Daran schloß sich am 6. April der Besuch des 72jährigen erblindeten Großherzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz. Am 9. April sehen wir den Kaiser bei der feierlichen Grundsteinlegung der Kaiserne für die Leibschwadron der Gardes du Corps in Potsdam.

In einer Ansprache erinnerte er die Versammelten an die bewährten Grundsätze des Gehorsams und der Treue sowie an das Wort aus der Zeit Friedrichs des Großen: „Es ist nie eine Schlacht verloren zu geben, in der nicht das Regiment der Gardes du Corps attackiert hat.“ Nach einer Erholung durch Jagd im meiningenschen Forstreviere Wafungen und einem kurzen Aufenthalte auf der Wartburg stattete er am 24. April dem bekannten Großindustriellen Freiherrn von Stumm auf Schloß Halberg bei St. Johann an der Saar einen Besuch ab, um auch hier selbst einen Einblick in die Verhältnisse der Arbeiter zu thun. Seiner Befriedigung über die gewonnenen Eindrücke gab er folgenden Tags in Neunkirchen Ausdruck bei der Prämienverteilung an 125 Arbeiter mit 25jähriger Dienstzeit. Die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und =Nehmern im Saargebiete seien, wie er sich persönlich überzeugt habe, die denkbar besten und es sei sein sehnlichster Wunsch, daß derartige segensreiche Verhältnisse überall in der deutschen Industrie herrschen möchten.

Schon am 21. April, als er noch in Thüringen sich aufhielt, hatte den Kaiser die Nachricht vom Ableben des ältesten Mitglieds seiner Familie, der 89jährigen Großherzogin-Mutter Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin erreicht. Obwohl seit 1822 durch die Vermählung mit dem nachmaligen Großherzog Paul Friedrich ihrem engeren Vaterlande entrückt, hatte diese edle Frau doch stets dem preussischen Volke und allen Gliedern der hohenzollernschen Familie nahe gestanden, namentlich mit inniger Liebe ihrem Bruder, dem alten Kaiser Wilhelm angehangen. 50 Jahre hatte sie im Witwenstande gelebt und ihren Sohn, den Großherzog Friedrich Franz II schon vor 11 Jahren sterben sehen. Der Kaiser traf, nach einem kurzen Besuche beim Grafen Görz zu Schütz, in Schwerin ein und nahm am 27. April an der Beisetzung der Großherzogin teil. Hinter dem mit acht Pferden bespannten Leichenwagen schritten zunächst die vier Enkel der Verstorbenen, dann der Kaiser mit dem Großfürsten Vladimir, dem Prinz-Regenten von Braunschweig, dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz, dem Herzoge von Altenburg und vielen anderen Fürstlichkeiten; der regierende Großherzog war durch Leiden verhindert, seinen Aufenthalt in Südfrankreich zu unterbrechen. Die Großherzogin-Witwe Marie wurde vom Kaiser zur Begräbnisstätte, der Heiligenbluts-Kapelle im Schweriner Dome geleitet.

Folgenden Tags war der Kaiser bei Schießversuchen in der Gegend von Meppen in Ostfriesland anwesend. Sie bezogen sich auf die neuesten Konstruktionen im Bereiche der Schiffs- und Küstenartillerie. Von hier fuhr er weiter nach Wilhelmshaven, wie wenn es ihn zum Meere hinzöge, wenn er es mal einige Zeit nicht gesehen. Mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, schiffte er sich hier auf dem „Beowulf“ ein und stattete der Insel Helgoland wieder einen Besuch ab. Zu weiterem Ausfluge war jetzt keine Zeit; der Kaiser landete schon am 30. April in Nordenham und traf, nach einem Besuche am Hofe zu Oldenburg, an demselben Tage im Neuen Palais bei Potsdam ein, wohin inzwischen seine Familie übergesiedelt war. Am Jahrestage der Schlacht von Großgörschen, den 2. Mai, besichtigte er die ersten Bataillone des ersten Garderegiments z. F., das sich in der Schlacht ausgezeichnet hatte. Sie hatten unter Oberst v. Nazmer auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam Aufstellung genommen. Nach Schluß der Gefechtsübungen führte der Kaiser das Regiment in die Stadt. Dann besuchte er mit seinen beiden ältesten Söhnen ein Konzert zum Besten des Kyffhäuser-Denkmal's im Zirkus Renz zu Berlin. Am frühen Morgen des 5. Mai sah man den jungen Kronprinzen, wie er in der Uniform des ersten Garderegiments z. F. mit dessen Leibkompanie im Potsdamer Lustgarten Parademarsch übte. Seine feierliche Einstellung als Sekondleutnant in das Regiment fand am 6. Mai mittags 12 Uhr statt. Der Kaiser begab sich mit dem Kronprinzen und den drei ältesten Söhnen des Prinz-Regenten Albrecht vom Stadtschlosse durch den Lustgarten nach dem offenen Viereck, wo das erste Garderegiment aufgestellt war. Hier hielt er eine kurze Ansprache, in der er an den Gebrauch des Hohenzollernschen Hauses erinnert, wonach die Prinzen desselben mit dem 10. Lebensjahre in die Reihen der Armee eintreten, und mit Dank der Zeit gedachte, wo er selbst unter den Augen seines Großvaters in das Regiment eingetreten sei. Hierauf traten der Kronprinz und die drei ältesten Söhne des Prinz-Regenten Albrecht in die Front des Regiments ein. Der Kommandeur des ersten Garderegiments, Oberst v. Nazmer, dankte und brachte ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Dieser kommandierte sodann Parademarsch in Zügen, setzte sich an die Spitze des Regiments und führte es der Kaiserlichen Gemahlin vor, neben der die

jüngeren kaiserlichen Prinzen sich am Fenster befanden. Der Kronprinz kam als schließender Offizier des ersten Zuges vorbei. Es war für ihn nicht leicht, mit den Riesenschritten der Grenadiere gleichen Schritt zu halten. Eine zeitlang ging es bei ihm im Lauffschritt, dann mit ein paar Sprüngen, aber den Takt hat er immer gehalten. In die Front des Regiments war auch der junge Großherzog Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt eingetreten, der Tags zuvor feierlich eingeholt war. Er hatte noch im vorigen Herbst als Leutnant dieses Regiments in Potsdam gewieilt, jetzt war er plötzlich zur Regierung Hessens berufen. Nach dem Parademarsche versammelte der Kaiser das gesammte Offizierkorps des ersten Garderegiments sowie die auswärtigen Militärattachés um sich und stellte ihnen den Kronprinzen vor, welcher jedem einzelnen Offizier die Hand reichte. Nachmittags 1¼ Uhr fand im Marmorsaale des Stadtschlosses eine größere Festtafel statt, bei welcher der Kaiser auf das Wohl des Kronprinzen einen Trinkspruch ausbrachte.

Die nächsten Tage brachten die feierliche Grundsteinlegung von wiederum drei Kirchen in und bei Berlin; der der Auferstehungskirche wohnte der Kaiser selbst bei, bei der der Samariterkirche in Berlin am 7. Mai und der Apostel Pauluskirche in Schöneberg am 10. Mai ließ er sich durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Nachdem er bei Alt-Madlitz im Kreise Pehns und bei Hohen-Zinow im Kreise Ober-Barnim Fürschjagden gehalten hatte, begab er sich am 13. Mai mit der Kaiserin und in Begleitung der Minister Herrfurth, v. Heyden, v. Kaltenborn, sowie des Staatssekretärs v. Malzahn auf die Reise nach den Hauptstädten von Pommern und Westpreußen, die diesmal an der Reihe waren, den amtlichen Frühjahrsbesuch mit großem Gepränge zu erhalten. Um 5 Uhr nachmittags traf der Hofzug in Stettin ein, wo am Bahnhofe großer militärischer Empfang stattfand; dann begaben sich die Majestäten durch die von der Stadt hergerichtete, prächtig geschmückte Feststraße unter unausgesetzten jubelnden Zurufen der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung nach dem Schlosse. In der Feststraße bildeten 60 aus Stettin und Umgegend aufgestellte Kriegervereine mit Fahnen, sämtliche Innungen, Gewerke mit ihren Abzeichen, Schüler und Schülerinnen sämtlicher Lehranstalten Spalier. Auf dem Denkmalsplatze, wo ein sandsteinartiger Obelisk erbaut war, hatten Mitglieder der städtischen Verwaltung Aufstellung genommen.

Oberbürgermeister Haken hielt hier eine Begrüßungsansprache. Am Abend besuchte das Kaiserpaar die von der Stadt angebotene Vorstellung im Stadttheater. Am folgenden Vormittage fand große Parade der Garnison auf dem Exerzierplatze zu Kreckow statt. Während der Kaiser die Fronten abtritt, hielt der Wagen der Kaiserin nahe bei dem Denkstein, der zur Erinnerung an „die letzte Heerschau“ Kaiser Wilhelms I. gesetzt ist. Nach der Parade begleitete der Kaiser die Fahnenkompanie zum Schloß und begab sich dann in das neue Offizierkasino des Königsregiments. Die Ansprache des Obersten v. Frankenberg erwiderte der Kaiser mit einem Hoch auf das Offizierkorps des Regiments, welches dem Wahlspruch König Friedrich Wilhelms IV. getreu bleiben möge: „Das zweite Regiment, niemals das zweite an Ruhm und Ehre.“ Er ließ sodann dem Offizierkorps sein überlebensgroßes Bild in der Oberstenuniform des Regiments überreichen. Dann begab sich der Kaiser mittelst des Dampfers „Neptun“ in Begleitung des Kriegsministers nachmittags von Braeunlichs Rhederei nach Bredow und besichtigte den in Arbeit auf Stapel liegenden Aviso. Hieran schloß sich abends das von der Provinz veranstaltete Festmahl im Gebäude der Generallandschaft. Es waren 200 Personen geladen, darunter eine Anzahl vornehmer Damen. Auf den von Herrn v. Köller, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, ausgebrachten Toast erwiderte der Kaiser: „Ich spreche Ihnen Meinen und der Kaiserin Dank aus für die freundlichen Worte. Bei unserem Aufenthalte in Stettin tritt vor das zurücksehende Auge die Zeit, wo Mein hochseliger Vater noch am Leben war. Die ältesten Erinnerungen Meiner Kindheit datieren aus der Zeit, wo wir hier im General-Kommando bei Meinem Vater einquartiert waren, wenn wir zum Sommer in die Ostseebäder reisten. Die alte Liebe und die Anhänglichkeit, die Meinem Vater mit dem zweiten Korps und mit Pommern verband, ist Uns in früher Zeit eingepflanzt worden. Wenn nicht das Schicksal eingegriffen hätte, wäre Ich sein Nachfolger geworden. Ich hoffte an der Spitze der Söhne Pommerns dereinst als Statthalter in die Fußstapfen Meines hochseligen Vaters, in nähere Beziehungen zu der Provinz und ihren Bewohnern, zu ihrem Leben und Wirken zu treten. Die Fügung hat es anders gewollt. Umso mehr ist es Mir eine Herzensfreude, daß Ich am heutigen Tage in Ihrer Mitte weilen kann. Das

pommersche Gelöbniß, das Ich soeben gehört, nehme Ich dankend an, von der festen Überzeugung beseelt, daß die Treue Pommerns zu Mir und Meinem Hause dieselbe bleiben wird, wie bei Meinen Vorfahren. Auch Ich werde Mich bestreben, in arbeitssamem Leben, wie es Meine Vorfahren geführt, für Pommern zu sorgen, soweit es in Meinen Kräften steht. Ich spreche den Wunsch aus, daß es Mir gelingen möge, die Provinz vorwärts zu bringen. Ich schließe mit dem Dichterwort, das einst bei einem lebenden Bild bei Meiner Hochzeit gesprochen: Der rote Greif hat sich gegen den roten Adler tapfer gewehrt! Es ist Meinen Vorfahren schwer geworden, das harte Land der Pommern zu erwerben, seitdem aber sind sie seit Jahrhunderten Freunde. Ich kann wohl mit dem Dichter sprechen: „Brandenburg und Pommern trennt kein Teufel nicht.“ Ich erhebe Mein Glas auf die braven Söhne Pommerns! Die Provinz lebe hoch!“

Am folgenden Tage, den 15. Mai vormittags 10 Uhr, wohnten der Kaiser und seine Gemahlin noch einem feierlichen Feldgottesdienste auf dem Kasernenhofe des 1. pommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 2 bei, dann reiste die Kaiserin nach Potsdam zurück, während der Kaiser mit den Ministern sich nach Danzig begab. Er stieg bereits bei der Schichauschen Werft aus, wo er die in Bau begriffene Kreuzerforvette besichtigte, und fuhr dann in einer Barkasse nach der vor der kaiserlichen Werft liegenden „Hohenzollern“. Diese Nacht verließ er am 16. Mai vormittags und fuhr unter dem Geläute aller Glocken auf dem festlich geschmückten Dampfer „Gottlieb Hagen“ in die Stadt ein. Die Danziger Gewerke bildeten auf beiden Seiten der reich besagigten Wasserstraße Spalier. An der Landungsstelle vor dem Langen Markt hatte das Offizierkorps der Garnison Aufstellung genommen, an deren Spitze der Kriegsminister. Am Artushofe empfingen der Ministerpräsident Graf Eulenburg, der Oberpräsident v. Hofler, die Spitzen der Zivilbehörden und die städtischen Behörden den Kaiser, der in der Uniform des Leibhusarenregiments unter dem Hurrah der Bevölkerung erschien. Der neue Oberbürgermeister Baumbach begrüßte ihn und überreichte den Ehrentrock der Stadt, in 1857er Steinberger Kabinett bestehend, in goldenem Pokal, der bei gleichem Anlasse den drei letzten Königen kredenzt worden war. Der Kaiser trank, für den freundlichen Empfang dankend, auf

das Wohlergehen der Stadt Danzig, die stets blühen und ihm gleiche Treue, wie seinen Vorfahren, bewahren möge. Alsdann folgte die Besichtigung des Rathauses, wo junge Damen im Namen des Danziger Rates einen Strauß überreichten, sowie die Besichtigung der Marienkirche, wo der Kaiser mit Festgesang begrüßt wurde. Der dortigen Geistlichkeit teilte er mit, daß er die Absicht habe, diesen stattlichen Dom, ebenso wie dies Friedrich Wilhelm IV. gethan, durch ein farbiges Glasfenster schmücken zu lassen. Von der Kirche begab er sich nach der Kaserne des 1. Leibhusarenregiments, wo beim Offiziercorps das Frühstück eingenommen wurde. Auf das Hoch des Obersten v. Geldern sprach der Monarch seinen Dank aus und er verlieh dem Regimente die Führung eines weißen Todtenkopfes auf schwarzem Grunde als Lanzenflagge. Ein besonders lebhaftes Bild bot sodann das Festmahl der Provinz im Landeshause, wo die Vertreter und vornehmsten Männer Westpreußens an vier Tafeln versammelt waren. Der Vorsitzende des Provinziallandtags, v. Graß-Klanin brachte, neben einem Rückblick auf die Geschichte der Provinz, in schwungvollen Worten einen patriotisch gehaltenen Toast aus. In seiner Antwort gab der Kaiser, wie in Stettin, seinen Gefühlen der Erinnerung an die Feste Ausdruck, die sein Großvater und sein Vater hier gefeiert, und wie er unter des letztern Leitung die Stadt, ihre künstlerischen Schätze und geschichtlichen Denkmäler kennen gelernt habe. Dann fuhr er fort: „Ich habe das feste Vertrauen, daß dieses kernige Volk der Westpreußen, das schon so viel für Mein Haus und Mein Land gethan, welches die hervorragenden Eigenschaften des Fleißes und der Arbeitsamkeit, der Hingabe bis auf das Äußerste besitzt, dessen Söhne mit Freuden in jener Schaar der Auserwählten stehen, die stahlbewährt den Todtenkopf am Haupte führen, daß die Söhne dieses Landes in Geduld sich darin ergeben, was uns der Himmel schickt, und vertrauend erwarten, was mit Gottes Hilfe im Laufe arbeitsamer Jahre für sie zu thun Mir gelingen wird.“ Nach der Parade der Garnison am folgenden Vormittage, den 17. Mai, sprach sich der Kaiser bei der allgemeinen Kritik sehr anerkennend über die Haltung der Truppen aus und bemerkte u. a., sein Großvater habe einst gesagt, man dürfe nur die Spielleute sehen, so wisse man, was von einem Regiment zu halten sei. Das habe heute hier zutreffen. Die Spielleute seien vorzüglich, die Regimenter vortrefflich.

Eine bessere Parade bekommen er auch in Berlin nicht zu sehen. Man habe ihm hier stramme, sehr gut ausgebildete und kriegsbereite Truppen vorgeführt. Um 4 Uhr fand in Gegenwart des Kaisers, der die Marineuniform angelegt hatte, die Taufe eines Kreuzers statt, der den Namen „Kormoran“ erhielt. Ein Festmahl beim Oberpräsidenten v. Gofler schloß die Danziger Festlichkeiten. Der Kaiser besichtigte am 18. Mai die Arbeiten für den Durchstich der Nehrung bei Sedlersfähre und für die Herstellung der neuen Weichselmündung. Er nahm ein Geschenk der Nehrungsfischer, einen über zwei Zentner schweren Riesenstör, entgegen und wurde auch von der italienischen Arbeiterabteilung mit Covivarufen begrüßt. Auf dem grünen Moos-teppich am Meeresstrande wurde ihm von Ehrenjungfrauen eine Kränzspende dargebracht. In Dirschau wurde er lebhaft begrüßt, in Marienburg besichtigte er die Arbeiten zur Wiederherstellung des Schlosses und begab sich nach der Ankunft in Schlobitten mit dem Grafen Dohna auf die Pirschjagd, die jedoch durch schlechtes Wetter auch am 20. Mai beeinträchtigt wurde. Am 21. Mai, auf der Fahrt nach Bröckelwitz erlitt der kaiserliche Wagen durch ein wild gewordenes Pferd einen kleinen Unfall. Hier blieb der Kaiser bis zum 29. Mai, in der Zwischenzeit besuchte er nur die Stadt Elbing auf kurze Zeit.

Auf die Festlichkeiten in den Provinzen folgten solche in der Residenz. Am 30. Mai trafen die Königin-Regentin der Niederlande, Emma, mit ihrer 12jährigen Tochter, der Königin Wilhelmine, auf der Wildparkstation bei Potsdam ein, um den Besuch zu erwidern, welchen das Kaiserpaar im Juli 1891 in Amsterdam und dem Haag abgestattet hatte. Für den Empfang war ein besonderer Pavillon errichtet und frühlingshast geschmückt. Die königlichen Damen langten mit dem fahrplanmäßigen frankfurter Zuge an. Sie kamen aus Sand im Schwarzwald, wo sie eine Zeitlang der Erholung gelebt hatten. Der Kaiser entnahm den Händen des Flügeladjutanten einen Strauß von Maiblumen und Rosen und ging an den Zug hinan. Die Königinnen entstiegen dem Waggon, der Kaiser küßte der Königin-Regentin die Hand und bewillkommte sie aufs herzlichste, ebenso die Königin. Die Mutter trug noch die tiefe Witwentrauer. Die junge Königin war in kurzem Kleide von lichtblauem Stoffe. Der Kaiser führte die Regentin durch das Spalier

der Aufstellung hindurch der Gemahlin entgegen, die aus dem Salon des Pavillons heraustrat, um die hohen Ankömmlinge durch Umarmung zu begrüßen. Dann folgte die Begrüßung im Kreise der Prinzen und Prinzessinnen. Während dem spielte die Musik das Dranienlied und ging dann zur preußischen Volkshymne über. Unter deren Klängen führte der Kaiser am Arme die Regentin die Front des Bataillons entlang. Die Kaiserin folgte mit der jungen Königin. Großartig wie der Empfang, war auch die Abfahrt nach dem Neuen Palais, durch die von goldgrünen Laubhecken eingefasste Avenue, durch das Spalier des Lehr-Infanterie-Bataillons hindurch. Den Zug eröffnete eine Leibschwadron der Gardes du Corps in der weißen Paradeuniform. Dann kam der offene, vierspännige Wagen. In diesem saß die Regentin zur Rechten des Kaisers, im zweiten Wagen folgte die Kaiserin, zu deren Rechten Königin Wilhelmine saß, ein Rosenbouquet in der Hand haltend. Eine Leibschwadron schloß den Zug. Als die Königinnen die Schwelle des Königsschlusses betraten, tönte ihnen aus dem Innern ein heller Fanfarengruß entgegen, ausgeführt von den Trompetern der Gardes du Corps in Paradeuniform. Am 31. Mai fand zu Ehren der hohen Gäste eine glänzende Parade auf dem tempelhofer Felde bei Berlin statt. Doch wohnte nur die Königin Emma derselben an der Seite der Kaiserin bei. Der Kaiser zu Pferde hielt sich neben dem Wagen der Majestäten. Um der jungen Königin eine ähnliche Ehre in entsprechendem Maßstabe zu teil werden zu lassen, führte der Kaiser nach der Parade, im Lustgarten vor dem königlichen Schlosse der Königin Wilhelmine die Fahnenkompagnie vor. Abends fand das Festmahl im Marmorsale des Neuen Palais bei Potsdam statt. Während des Mahles erhob sich der Kaiser zu folgender Ansprache: „Von ganzem Herzen und tief gerührt spreche Ich Eurer Majestät und Eurer Majestät Tochter den Dank der Kaiserin und den Meinigen aus, daß Eure Majestäten geruht haben, hierher zu kommen, die Strapazen einer Reise nicht scheuend. Es liegt Uns Beiden noch tief im Sinne die herzliche und freundliche Aufnahme, welche Uns seitens Eurer Majestäten, sowie seitens des gesamten Niederländischen Volks, dieses treuen, braven, arbeitsamen Volks, welches so innig und fest an seinem Königshause hängt, im vergangenen Jahre zu teil wurde. Euren Majestäten werden hier überall Erinnerungen an Verbindungen aus vergangenen

Zeiten entgegengetreten sein. Der eine Name, der Unser Geschlecht mit dem Eurer Majestät und der Unser Land mit den Niederlanden verbindet, heißt „Oranien“. Orangefarben ist Unser Orden, oranisches Blut fließt in Unfern Adern. Mit hoher Achtung und mit tiefer Ergebenheit wird der Name Oranien in Meinem Hause genannt und von dem gewaltigen Geschlecht der Oranier haben Meine Vorfahren gelernt; Wir stehen noch heute staunend vor dem, was diese hohen Herren einst geleistet und geschaffen haben. Ich schliesse mit dem Wunsche: möge der Herr im Himmel seine segnende Hand über Eure Majestät, über Ihr Land und über diesen hohen Sprößling oranischen Blutes halten, an dem das ganze Niederländische Volk hängt! Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Königin Wilhelmine.“ Die Königin-Regentin erwiderte: „Für Eurer Majestät freundliche und herzliche Worte spreche Ich Meinen aufrichtigen Dank aus. Der freundschaftliche Empfang, der Mir und Meiner Tochter hier zu teil wurde, erfüllt Mich mit großer Freude, warmer Anerkennung und herzlicher Dankbarkeit. Nehmen Eure Majestäten Unsere allerherzlichsten Wünsche für Ihr Wohlergehen entgegen. Ich trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin.“ Am Abend wurde von den Spiel-leuten des gesamten Gardekorps auf der Wopke vor dem Neuen Palais ein Zapfenstreich ausgeführt. Die Königin Emma wurde vom Kaiser zum Chef des Infanterie-Regiments „Prinz Friedrich der Niederlande“ ernannt, auch der Luise-Orden mit der Jahreszahl 1813/14 ihr verliehen; sie verlieh dem Kronprinzen das Großkreuz des Ordens des niederländischen Löwen. Am 1. Juni fand in Gegenwart der hohen Gäste die Frühlingsparade im Potsdamer Lustgarten statt. Am offenen Fenster der etruskischen Gemächer des Stadtschlosses sah man die jüngeren Söhne des Kaiserpaares, hinter diesen die junge Königin Wilhelmine, in der einen Hand den Frontrapport und die Vorbeimarschliste, mit der andern den einen der Prinzen um den Hals fassend. An dem andern Fenster befanden sich die Kaiserin mit ihren Gästen, die Prinzessin Friedrich Leopold, die Erbgroßherzogin von Baden, die Prinzessin Albrecht, die Erbprinzessin von Hohenzollern, die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg und die Herzogin von Edinburgh. Als die Leibkompanie antrat, richteten sich die Blicke aller fürstlichen Damen sowohl auf die in der Front

stehenden Söhne des Prinzen Albrecht als besonders auf den jungen Kronprinzen, der unter seiner hohen Grenadiermütze stets den Blick nach den Fenstern des Schlosses richtete. Der jungen Königin mußte seine Erscheinung ganz besonders gefallen haben, denn sie klatschte mehrmals in die Hände. Als die Trompeter der Gardes du Corps die langen silbernen Trompeten zu Fanfaren ansetzten, zog der Kaiser seinen Pallasch und setzte sich an die Spitze des Regiments, daselbe, die Königinnen der Niederlande salutierend, vor diesen vorüberführend. Die Festlichkeiten schlossen mit einer glänzenden Soiree im Theaterjaale des Neuen Palais und am 2. Juni reisten die Königinnen wieder ab; der Hof begab sich auf die im herrlichsten Frühlingschmuck prangende Pfaueninsel und hier verkündigte der Kaiser die Verlobung des 26jährigen Prinzen Ferdinand von Hohenzollern, Kronprinzen von Rumänien, der schon am 31. Mai angelangt war, mit der Prinzessin Marie, Tochter des Herzogs Alfred von Edinburg. Bei der an diesem Tage in Berlin stattfindenden Grundsteinlegung zur „Versöhnungskirche“ ließ der Kaiser sich wiederum durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Wie immer an den Geschicken derer teilnehmend, die seiner Familie besonders nahe standen, begab sich der Kaiser am 3. Juni nach Ober-Glogau, wo er der Trauung des Fürsten Radolin mit der Reichsgräfin Johanna v. Oppendorff beiwohnte. Der 51jährige Hugo Leszczyk, Fürst von Radolin, Majoratsherr der Grafschaft Sarotschin, Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers Friedrich, der ihn in den Fürstenstand erhob, ist Oberst-Truchseß des Kaisers. Den Trauakt vollzog der Fürstbischof Kopp von Breslau, mit dem der Kaiser alsdann noch eine längere Unterredung hatte.

Einigermassen überraschend kam es, daß der Kaiser am 6. Juni nach Kiel reiste, um hier mit dem Zaren zusammenzutreffen. Dieser war noch seinen Gegenbesuch schuldig für den vom Kaiser Wilhelm im August 1890 in Narwa und Peterhof abgestatteten Besuch, und man hatte die Verzögerung wohl schon mit der im vorigen Jahre anscheinend hervorgetretenen Hinneigung Rußlands zu Frankreich in Verbindung bringen wollen. Jetzt wünschte der Zar den Besuch von Kopenhagen aus zu machen, wo er von den Festlichkeiten zur goldenen Hochzeit seines Schwiegervaters, des Königs Christian, noch weilte, und es galt als ein großes Entgegenkommen

des deutschen Kaisers, daß er sich bereit erklärte, zu dem Zweck nach Kiel zu kommen. Dieser langte am 6. Juni abends in Kiel an und nahm, nach einem Besuche im Schloß beim Prinzen Heinrich und der Prinzessin Irene, auf der Yacht „Hohenzollern“ Wohnung. Um 9 Uhr vormittags am 7. Juni fuhr er auf diesem Schiffe dem Zaren entgegen. Sämtliche Schiffe im Hafen paradierten und setzten dann die russische Kriegsflagge in Großtopp. Die Begegnung der „Hohenzollern“ mit dem „Polarstern“, auf dem der Zar sich befand, erfolgte in der Höhe von Büll. Beim Passieren von Friedrichsort erklang der Salut der Festungsbatterie. Die Einfahrt der kaiserlichen Schiffe in den Kieler Hafen erfolgte bei wolkenlosem Himmel um 10 Uhr vormittags. Der Hafen bot einen herrlichen Anblick. 25 deutsche Kriegsschiffe in reichstem Flaggenschmuck paradierten. Brausende Hochrufe erklangen, als die russische Yacht „Polarstern“ passierte, die im Vortopp die deutsche Kriegsflagge führte. Auf den deutschen Schiffen wurde die russische Nationalhymne, auf dem „Polarstern“ „Heil Dir im Siegerkranz“ gespielt. Der „Polarstern“ ging dem Schlosse gegenüber zwischen der „Hohenzollern“ und dem „Beowulf“ vor Anker. Nachdem die Schiffe festgemacht hatten, begab sich der Zar, in der Uniform seines preussischen Alexander-Regiments, mit Gefolge an Bord der „Hohenzollern“, um dem Kaiser Wilhelm einen Besuch abzustatten. Sie begrüßten sich an der Steuerbordtreppe durch Umarmung und Kuß und weilten hier 20 Minuten im Gespräch. Bald darauf erwiderte der deutsche Kaiser in der Uniform des Regiments Vyborg den Besuch auf dem „Polarstern“, worauf beide Kaiser nach der Barbarossabrücke fuhren und sich in lebhaftem Gespräch durch den Schloßgarten nach dem Schlosse begaben. Hier ward das Frühstück eingenommen, dann nahm der Zar mit dem Großfürsten-Thronfolger daselbst Wohnung. Es ist dies die Burg seiner Ahnen, denn hier wurde im Jahre 1728 Karl Peter Ulrich, Herzog von Holstein-Gottorp, geboren, der 1762 als Peter III. den russischen Thron bestieg und von dem die jetzige russische Kaisersfamilie abstammt. Fast alle russischen Herrscher haben im Laufe dieses Jahrhunderts auf ihren Reisen Kiel berührt, aber keiner von ihnen hatte auf dem alten Stammstüze Wohnung genommen. Bald nach 2 Uhr verließen beide Kaiser, der Großfürst-Thronfolger und Prinz Heinrich das Schloß, begaben sich mit der

Wertbarfasse an Bord des Flaggschiffes „Baden“, dem sie einen kurzen Besuch abstatteten, und fuhren darauf in einer Pinasse an der Reihe der Kriegsschiffe entlang nach Holtenau und Knoop zur Besichtigung der Arbeiten des Nordostsee-Kanals. Sie besichtigten das ganze Schleusen-Bauterrain, ganz besonders eingehend die südliche Schleuse, und wiederholt wurden die begleitenden Bautechniker zur Auskunft herangezogen. Die Fahrt ging bis Lebensau, zum Teil schon in der neu ausgeführten Kanalstrecke. Um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr fuhren die Herrschaften zurück und begaben sich an Bord des vom Prinzen Heinrich kommandierten „Beowulf“, dessen Besichtigung eine Stunde währte. Um 7 Uhr abends fand im Schlosse ein Diner von 60 Gedecken statt. Kaiser Wilhelm brachte folgenden Trinkspruch aus: „Ich trinke auf das Wohl des russischen Kaisers, den Ich von diesem Augenblicke an mit Allerhöchster Genehmigung als Admiral à la suite Meiner Marine führe. Es lebe der Zar!“ Hierauf erhob sich der Kaiser von Rußland, um den Trinkspruch in französischer Sprache zu beantworten. Er sagte: „Ich bin erfreut über diese Auszeichnung und den mir zu teil gewordenen Empfang und trinke auf das Wohl meines lieben Freundes und Veters. Es lebe der deutsche Kaiser und die deutsche Marine.“ Um 9 Uhr abends erschienen die Majestäten auf der Barbarossa-Brücke, die vermittlels der elektrischen Beleuchtungsanlage taghell erleuchtet war, und fuhren mit dem Großfürsten-Thronfolger im blauen Kaiserboote an Bord des „Polarstern“, wo sich Kaiser Wilhelm verabschiedete. Alsdann setzte sich die Nacht, der die „Zarewna“ vorandampfte, in Bewegung und wurde durch den elektrischen Scheinwerfer des „Beowulf“ hell erleuchtet, dazu durchzuckten die Blitze der Salut feuernden Schiffsgeschütze das abendliche Dunkel und dann flammte es ringsumher auf in weißem, rotem und blauem Licht: von sämtlichen Schiffen stiegen zahllose Leuchtugeln und Raketen auf, deren heller Glanz in der Flut sich wiederpiegelte. Von solchem Lichtmeere umflutet, dampfte der „Polarstern“, von den Mannschaften der Schiffe nochmals zum Abschied mit Hurra begrüßt, zum Hafen hinaus, der Kaiser brachte die Nacht auf der „Hohenzollern“ zu und folgte am Morgen des 8. Juni an Bord des Panzerschiffes „Baiern“ der Manöverflotte und dem Übungsgeschwader, die in See eine größere Übung vornahmen. An dieser nahm er nicht teil, sondern

fuhr nach der Eckernförder Bucht, wo im Altenhofener Walde ein Picknick stattfand, kehrte auf der „Hohenzollern“, die bei Aschau gewartet hatte, mit jenem Geschwader zurück und traf spät abends in Potsdam wieder ein. In den nächsten Tagen ward in Kiel das Denkmal fertig gestellt, das auf Befehl des Kaisers dem Feldmarschall Grafen Moltke gewidmet worden ist. An der östlichen Kasernenmauer vor einer von dem Prinzen Heinrich gepflanzten Eiche erhebt sich ein kleiner, mit Ziersträuchern und Epheu besetzter Erdhügel, auf dem ein mächtiger Granit-Findling (aus den Ausschachtungsarbeiten des Nordostseekanals) gelagert ist, dessen Stirnseite eine eiserne Inschrifttafel trägt, auf der mit goldenen Lettern in des Kaisers eigenen Worten geschrieben steht: „An dieser Stelle wurde am 3. April 1891 der Generalfeldmarschall v. Moltke durch Stellung à la suite des 1. Seebataillons zu Meiner Marine in engere Beziehung gebracht. Wilhelm.“ Ein gußeisernes Geländer auf granitemem Sockel umschließt den Hügel.

Der 12. Juni war ein Erinnerungstag. Hundert Jahre waren verflossen, seit König Friedrich Wilhelm II. den roten Adlerorden stiftete. Nun erging ein königlicher Erlaß, wonach als besondere Auszeichnung in geeigneten Fällen das Ordenskreuz mit der Krone verliehen werden sollte. Diese Auszeichnung erhielten zugleich der Kronprinz, die übrigen preussischen Prinzen, Fürst Stollberg, Graf Caprivi, der Ministerpräsident, der Hausminister, der Kriegsminister, Feldmarschall Graf Blumenthal und Admiral v. d. Holtz. Am demselben Tage ließ sich der Kaiser bei der Grundsteinlegung der „Zuammelfirche“ in Berlin durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten.

Ein neuer Besuch am königlichen Hofe traf am 12. Juni ein: König Oskar II. von Schweden und Norwegen kehrte von seiner Reise nach Südfrankreich zurück und begab sich, vom Erbgroßherzog von Baden in Berlin empfangen, nach der Wildparkstation. In der Uniform eines deutschen Admirals wurde er hier vom Kaiser empfangen, der seinerseits die Uniform eines schwedischen Flaggenadmirals angelegt hatte. So fuhren die Monarchen zum Neuen Palais, etwa gerade um die Zeit, wo vor 4 Jahren König Oskar den Kaiser Friedrich kurz vor seinem Tode hier besucht hatte. Folgenden Tags besichtigten die Monarchen auf dem Bornstädter Felde

zwei Manenregimenter. Auch der junge Kronprinz war zu Pferde anwesend. Nach der Rückkehr ins Palais erhielt der Kaiser den Besuch des nach langem Winteraufenthalte in Cannes heimkehrenden Großherzogs Friedrich Franz III. von Mecklenburg-Schwerin. Gleichzeitig traf aus Petersburg dessen Gemahlin, die Großfürstin Anastasia, ein.

Neues Leben brachte sowohl am königlichen Hofe als in Potsdam und Berlin der Besuch des italienischen Königspaares hervor. Es galt den Besuch zu erwidern, den das deutsche Kaiserpaar im Herbst 1889 in Monza abgestattet hatte. Die Ankunft in Potsdam erfolgte am 20. Juni. In Begleitung des Königs Humbert befand sich u. a. der neue Minister des Äußern, Cav. Brin. Für den 21. vormittags war eine Parade im Lustgarten vor dem Stadtschlosse in Potsdam angesetzt. Vor Beginn derselben wurden die hohen Herrschaften jedoch durch ein plötzliches und freudiges Ereignis in Kenntniß gesetzt. Dem Kaiser wurde von seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, und von der Landgräfin Anna von Hessen, Tochter des verstorbenen Prinzen Karl von Preußen, von der im Schlosse zu Homburg stattgehabten Verlobung des Prinzen Friedrich Karl von Hessen mit des Kaisers jüngster Schwester, der Prinzessin Margarethe, Mitteilung gemacht, und vor der Parade meldete sich der Bräutigam beim Kaiser, der ihn umarmte und das Ereignis den in der Nähe befindlichen Offizieren mittheilte. Der Bräutigam ist der dritte Sohn zweiter Ehe des verstorbenen Landgrafen Friedrich und trägt die Namen von seinem Oheim und Taufpaten, dem verstorbenen Feldmarschall Prinzen Friedrich Karl. Der älteste Bruder des Bräutigams, das Haupt der kurfürstlichen, einst zur Thronfolge in Kurhessen bestimmt gewesenen Seitenlinie des Kurhauses, hatte bekanntlich vor einigen Jahren auf einer Reise nach Indien den Tod gefunden, und der zweitälteste Bruder, Alexander, ist körperlich leidend. Prinzessin Margarethe ist das Patentkind der bei Ankunft der Nachricht gerade anwesenden Königin Margarethe von Italien. Die offizielle Verkündigung erfolgte bei dem glänzenden Frühstück am Vormittage des 21. Juni im gelben Salon des Potsdamer Stadtschlusses. Als der Kaiser das Glas erklingen ließ, erhob sich die ganze zahlreiche fürstliche Gesellschaft. Sein Trinkspruch auf die hohen Gäste lautete: „Der Besuch Eurer Majestäten hat Meine Frau und Mich nicht nur mit hoher Freude erfüllt, sondern mit Uns freunt sich Mein

gesamtes Volk. Daß Eure Majestäten die Gnade hatten, von Ihrer schönen Vaterlande her die weite Reise nicht zu scheuen, um Uns hier aufzusuchen, beglückt Uns und ruft Uns zum Dank auf. Nicht unbekannt ist Euren Majestäten die Halle, die Sie hier beehren. Schon einmal war es diesem Hause vergönnt, Eure Majestäten hier zu sehen, als Sie meinem unvergeßlichen Herrn Vater die freundliche Pflicht erfüllten bei der Taufe Meiner jüngsten Schwester, und als Seine jetzt schon sagenumwobene Gestalt in der vollsten Fülle seiner Schönheit und Kraft Ihnen entgegenleuchtete, — dieser selben jungen Prinzess, deren Verlobung am heutigen Tage, gerade bei der Anwesenheit ihrer hohen Paten, zu verkünden Mir eine besondere Freude ist. Geschwunden ist jener Held, geblieben jedoch sind die innigen Beziehungen der brüderlichsten Freundschaft und Anhänglichkeit zwischen Unseren beiden Häusern und Uns Beiden. Der Jubel der Bevölkerung, der Euren Majestäten entgegenschlägt und der morgen aus dem Munde Meiner Berliner Ihnen entgegenschlagen wird, wird es bezeugen, wie dankbar das gesamte deutsche Volk es anerkennt, daß Italiens Majestäten Sich hier eingefunden haben. Die blonde Schwester Germania begrüßt ihre schöne Schwester Italia und durch Meinen Mund begrüßt sie die beiden Majestäten. Mein Glas gilt Ihrer Gesundheit und dem Wunsche, daß es Ihnen wohlergehen möge und daß der Segen Gottes auf Ihnen und Ihrem schönen Lande ruhen möge, welches so vielen Meiner Unterthanen und Meiner Kameraden zu besonderer Freude wird, wenn es sie gastlich aufnimmt.“

Mit einem in italienischer Sprache ausgebrachten Hoch auf den König und die Königin von Italien schloß der Kaiser. König Humbert sprach in herzlichen Worten und in seiner Muttersprache Dank aus. Am Abend fand beim Neuen Palais ein großer Zapfenstreich statt. Dieses und die Kommuns erstrahlten in weißem, grünem und rotem Bengalfener, hoch über dem Mittelgebäude erglänzte die Königskrone in italienischen Farben. Auf dem freien Platze vor dem Neuen Palais hatten die Musikkorps Aufstellung genommen, glänzend von Magnesiumlicht bestrahlt. Bald nach Beginn der Feierlichkeit traten die Majestäten nach dem Mittelbalkon des Schlosses heraus und nahmen da Platz; die italienische Nationalhymne hörten sie stehend an. Im Laufe des Tages hatte eine längere Unterredung

zwischen dem Minister Brin und dem Reichskanzler sowie dem Staatssekretär v. Marschall stattgefunden. Am 22. Juni wohnte der Kaiser mit dem Könige Humbert auf dem Schießplatze bei Züterbog einer Schießübung bei. Mit dem Gefechtschießen wurde begonnen. Eine Batterie schoß aus Mörsern, eine andere aus Ringkanonen gegen ein Ziel auf 2400 Meter. Dann folgte ein Schießen aus 4,5 cm-Schnellfeuergeschützen in Panzerturm-Lafetten mit Kartätschen auf anrückende Sturmkolonnen. Jedes Geschütz gab in etwa fünf Minuten 100 Schüsse ab. Am Signalberg endete die Übung, welche auf das neuerbaute Zieldorf, dessen Häuser aus massiven Gebäuden bestanden, ausgeführt wurde. Hieran schloß sich ein Schießen der Feldartillerie-Schießschule. Es feuerte eine Batterie im Kostüm der Artillerie Friedrichs des Großen aus acht glatten sechspfündigen Geschützen mit Vollkugeln und Kartätschen gegen Infanterie-, Kavallerie- und Artilleriescheiben. Hiernach erfolgte der feierliche Einzug in Berlin. Die Kaiserin Viktoria Augusta und die Königin Margherita kamen um 1/2 2 Uhr nach Berlin eine halbe Stunde später Kaiser Wilhelm und König Humbert von Züterbog über den Anhalter Bahnhof. Der Einzug der beiden Gäste trug ein etwas verschiedenes Gepräge. Die Königin kam halb incognito, während der König einen offiziellen Gruß der Stadt entgegennahm. Eine Schwadron des 1. Garde-Dragonerregiments setzte sich an die Spitze der Wagen, die durch die geschmückten Straßen und unter dem Zuruf einer großen Menge durch das Brandenburger Thor zum königlichen Schlosse fuhren. Die hohen Gäste empfingen eine Deputation der italienischen Kolonie in Berlin, die Königin Margherita besuchte in Begleitung der Kaiserin einige Sehenswürdigkeiten und abends fand im Opernhause Galavorstellung statt. Die Aufführung des Balletts „Prometheus“ endete mit einer das italienisch-deutsche Friedensbündnis verherrlichenden Apotheose — die Germania reicht, umgeben von Genien, der Italia die Hand, während ein Genius über dem Paare eine Friedenspalme hält. Während der Vorführung dieses lebenden Bildes stimmte das Orchester die italienische Nationalhymne an, unter deren Klängen sich die Majestäten und die Versammlung von den Plätzen erhoben. An diesem Tage hatte der Kaiser noch Zeit gefunden, den Generaladjutanten des Sultans Abdul Hamid, Hobe Pascha, zu empfangen, der Medaillen zur Erinnerung

an den Besuch des Kaiserpaars in Konstantinopel überbrachte. Ein Ausflug mit den italienischen Gästen nach der Pfaueninsel beendete diese Festlichkeiten.

Nach der Abreise dieser Gäste begab sich der Kaiser am 25. Juni nach Kiel, wo er bei den Übungen der Marine, die den Transport Verwundeter an Land veranschaulichen sollten, zugegen war und dann einer Regatta des kaiserlichen Yachtclubs bewohnte. Von Kiel fuhr der Kaiser am 27. Juni auf der Yacht „Hohenzollern“ nach Stettin und vollzog hier die Taufe eines von Stapel gehenden Schiffes. Seine Rede lautete: „Du stehst jetzt bereit, in dein neues Element abzugleiten, du sollst in die Reihe der kaiserlichen Kriegsschiffe eingereiht werden, dazu bestimmt, unsere Landesflagge zu tragen. Dein schlanker Bau, dein leichtes Gefüge, welches nicht drohende Pforten und schwere Türme zur Abwehr zeigt, wie sie die Schiffe Meiner Kriegsmarine zum Kampfe gegen den Feind bei sich führen, zeigt Uns an, daß du dem Friedenswerk geweiht bist. Leicht über die Meere dahin zu fliegen, vermittelnd von Land zu Land, den Arbeitsamen Ruhe und Erholung zu gönnen, den Kaiserlichen Kindern und der Hohen Mutter des Landes Freude zu bringen, das sei deine Aufgabe. Mehr zum Schmuck als zum Gesecht mögest du deine leichte Artillerie tragen. Nun gilt es, dir einen Namen zu geben. Du sollst den Namen führen, den jene hohe, weit in den Himmel ragende Burg führt, die, fern im schönen Schwabenland gelegen, Unserem Geschlechte den Namen gab. Verbunden ist damit für Mein Vaterland Jahrhunderte lange Arbeit, ein Zusammenwirken mit dem Volk, Leben und Arbeiten für das Volk und im Streit und Kampf einherzuschreiten vor dem Volk. Das ist der Inbegriff des Namens, den du tragen sollst. Mögest du deinem Namen und deiner Flagge Ehre bringen und eingedenk bleiben des Großen Kurfürsten, der zuerst Uns auf den Seeweg wies, eingedenk Meiner großen Ahnen, die, teils in stiller Friedensarbeit, teils in hartem Kampfe den Ruhm und die Größe Unseres Vaterlandes zu wahren und zu mehren wußten, Ich taufe dich „Hohenzollern“!“ Die Yacht, welche bis dahin diesen Namen trug, wurde nunmehr in „Kaiseradler“ umgetauft, an dessen Bord der Kaiser am 28. Juni in Kiel wieder eintraf und am 29. Juni bei ungünstigem Wetter eine Erholungsreise an die Küsten nach Norwegen, wie in den vorigen beiden Jahren, antrat.

Sie ging über Christiansund und Bergen, wo der Kaiser am 4. Juli mit dem erbgroßherzoglichen Paare von Oldenburg zusammentraf. Dann ging es weiter nach Digermulen, wo der Kaiser die Höhe erstieg, von der aus das Berliner Nordlands-Panorama aufgenommen ist. Er war schon vor vier Jahren hier gewesen, jetzt wurde eine Marmorsäule errichtet mit einer Inschrift, welche sagt, daß der Kaiser mit Gefolge am 21. Juli 1889 und am 7. Juli 1892 hier geweilt habe. Am 12. Juli erfolgte die Ankunft in Tromsö und auf der Insel Karlike, deren höchste Spitze bestiegen wurde. An den folgenden Tagen wurden Renntierjagden auf der Insel Andammen und eine Fahrt an Bord eines Walfischfänger-Dampfboots unternommen. Am 15. Juli traf Prinz Heinrich auf einem Torpedoboote zur Teilnahme an der Jagd auf Seehunde bei seinem Bruder in Wittdün ein. Dann ging's auf die Heimreise. Der Kaiser traf am 22. Juli wieder in Drontheim ein, wo er den Dom besichtigte, und wurde in Christiansund von der Manöverflotte erwartet, an deren Spitze er am 27. Juli in Wilhelms haven eintraf. Vom Schiff aus begab er sich sogleich auf die Schiffstau-Kanzel und taufte im Beisein von vielen tausend herbeigeströmten Menschen ein neues Panzerfahrzeug auf den Namen „Heimdäl“, des Gottes unserer Vorfahren, dem, wie der Kaiser in der Ansprache sagte, „die Hauptaufgabe oblag, die Waffe zu führen und die Thore des Götterreichs offen zu halten.“

Nach einer Besichtigung der Befestigungsarbeiten auf Helgoland begaben sich der Kaiser und sein Bruder am 30. Juli auf die Reise nach England. Von 21 Kanonenschüssen des „Bellerophon“ begrüßt, dampfte der „Kaiseradler“, auf dessen Kommandobrücke der Kaiser in englischer Admiralsuniform stand, am 1. August in den Hafen von Cowes auf der Insel Osborne, wo ihn der Prinz von Wales und der Herzog von Connaught alsbald begrüßten. Er stattete dann seiner Großmutter, der Königin Viktoria, in Osborne einen Besuch ab. Am folgenden Tage nahm die deutsche Yacht „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord teil an einer Wettfahrt in der Bucht von Cowes, erlangte jedoch nicht den ausgesetzten Preis, den sogenannten australischen oder „Kokal der Königin“. An Bord des „Melampus“ fand sodann ein vom Herzog von York veranstaltetes Festmahl zu Ehren des Kaisers statt. Dieser befand sich am 4. August wieder an Bord des „Meteor“, als das Schiff sich an der Wettfahrt

um den Becher der Stadt Cowes beteiligte. Es schlug zwar seine große Rivalin „Iwerna“, wurde aber vom Schiffe eines Herrn West überholt. Wiederum folgte ein Festmahl, das die Königin an Bord ihrer Yacht „Viktoria and Albert“ ihren Enteln gab. In der Frühe des 5. August machte der Kaiser einen Ausflug an Bord eines Rettungsboots und besuchte dann den Yacht-Geschwaderklub. Hier rühmte er die guten Eigenschaften des „Meteor“; sie sei die rascheste Segeljacht, die existiere. „Ich komme,“ fügte er hinzu, „nächstes Jahr wieder und hoffe, mit dem „Meteor“ den Pokal der Königin doch noch zu gewinnen.“ Am Abend fand ihm zu Ehren im prachtvoll geschmückten indischen Saale des Schlosses zu Osborne eine glänzende Hofafel statt. Am 6. verabschiedete er sich von der Königin und gewahrte an Bord des „Kaiseradler“ noch, daß bei einer Regatta des königlichen Southampton-Klubs „Meteor“ den ersten Preis errang. In der Frühe des 7. August dampfte der „Kaiseradler“ heimwärts, nahm bei Norderney die dort weilenden drei ältesten Söhne des Kaisers an Bord und landete am 8. in Wilhelmshaven.

In Berlin harpte schon seit einiger Zeit eine wichtige Frage der Entscheidung des Kaisers. Gegen Ende Juli hatte mit Bestimmtheit verlautet, der preussische Minister des Innern, Herrfurth, gedenke zurückzutreten. Dies hatte die politische Presse sehr lebhaft beschäftigt, hauptsächlich wegen der Frage, ob dieser Vorgang als Zeichen aufzufassen sei, daß die Regierung sich einer konservativeren Richtung mehr zuzuwenden gedenke. Denn man erinnerte sich des starken Gegensatzes, in welchen die konservative Partei 1890/91 wegen der Landgemeindeordnung zu Herrfurth geraten war. In der freisinnigen Presse hieß es nun, Herrfurths Rücktritt sei von langer Hand vorbereitet; die Liberalen hätten ihn zwar nicht als den ihrigen ansehen können, aber sie erblickten in ihm den besten Minister des Innern seit Bestehen der Verfassung. In der nationalliberalen Presse wurde seine Durchführung der Landgemeindeordnung als eine staatsmännische Leistung sowie die Sachlichkeit und Unparteilichkeit seiner Verwaltung gerühmt. Es verlautete sodann, der Rücktritt erfolge wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Finanzminister Miquel über die Fortführung der Steuerreform; in der Presse tauchten aber Zweifel auf, daß dies der einzige Grund sei. Ohne daß dieser vor

der Öffentlichkeit glaubhaft aufgedeckt war, genehmigte der Monarch alsbald nach seiner Heimkehr, am 9. August, das Entlassungsgesuch des 62jährigen Ministers aus dem von ihm seit dem 2. Juli 1888 als Nachfolger v. Puttkamers bekleideten Amte und aus dem Staatsdienste, unter Verleihung des Großkreuzes des roten Adlerordens mit Eichenlaub und der königlichen Krone. Gleichzeitig wurde zum Nachfolger der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg ernannt, der bis dahin kein Portefeuille besaß und das des Innern bereits vom April 1878 bis Februar 1881 inne gehabt hatte. Alsbald traten in der Presse Stimmen auf, welche durch diese Ernennung jene Vermutung von einer gewissen Änderung in der Richtung der Regierung bestätigt finden wollten; sie traten jedoch bald zurück gegenüber den Hinweisen auf die schon früher bewährten staatsmännischen Eigenschaften des Grafen, den man nichts weniger als Einseitigkeit nachsagen könne, sowie gegenüber den Hinweisen auf die Thatsache, daß der Graf, wenn auch streng konservativ, doch weder reaktionär noch pietistisch gesinnt und daher am 28. März im Abgeordnetenhause von der äußersten Rechte nicht freundlich empfangen worden sei. Immerhin zeigte man sich auf konservativer Seite erfreut, daß die durch die Lösung der Ministerpräsidentenschaft vom Amte des Reichskanzlers geschaffene Lage neu befestigt, der Regierung mehr Einheitlichkeit und Beständigkeit verliehen sei, während man auf freisinniger Seite hervorhob, das Dunkel über jene Personalveränderung erhöhe das schon vorhandene Mißtrauen in der Thatkraft und Bedächtigkeit der herrschenden Staatsmänner.

Die durch diese Änderung im Ministerium des Innern hervorgerufenen Besorgnisse und Hoffnungen entsprangen im Grunde mehr dem allgemeinen Gefühle des Unbehagens darüber, daß der im Frühjahr in der preussischen Volksschulgesetzfrage hervorgetretene große Gegensatz zweier großen Parteilager eigentlich noch nicht genügend ausgetragen sei, sich vielmehr in der zum Herbst für den Reichstag in Aussicht stehenden Militär-Organisations- und Kostenfrage unter ähnlichen Verhältnissen wie damals und in wahrscheinlich noch verschärftem Maße fühlbar machen werde. Die gemäßigten Parteien zeigten sich, trotz damaliger Abwendung der ihnen bedrohlich scheinenden Lage, bekümmert durch die Besorgnis, es könne die Regierung behufs Durchführung der Militärvorlage sich zu sehr

wiederum auf die weitere Zugeständnisse im Gebiete der Kirche und Schule erstrebende Zentrumsparthei angewiesen fühlen. Deren Verhalten ging allerdings offenbar darauf hinaus, sich mit der Regierung gut zu stellen. In einer Weise, die große Disziplin und Organisation erkennen ließ, wurden auch während der Sommerzeit große Katholikenversammlungen an den verschiedensten Orten gehalten und hier in Reden voll ziemlicher Siegesgewißheit mit großer Bestimmtheit die im März gescheiterten Forderungen sowie noch manche weitergehende, unter heftiger Befehdung der gemäßigten Parteien sowie unter Versicherung der Hingabe an Kaiser und Reich aufgestellt. Nächst einer großen Katholikenversammlung in Köln am 29. Juni, wo wieder der Abg. Lieber als Hauptredner auftrat, fiel namentlich die vom 28. August bis 1. September in Mainz abgehaltene 39. Generalversammlung der deutschen Katholiken ins Gewicht. Gleich zu Anfang hielt Bischof Haffner von Mainz eine großes Aufsehen erregende Rede. Er sagte, es thue sich gegenwärtig ein Abgrund der Religions- und Sittenlosigkeit auf, der die christliche Gesittung und Bildung zu verschlingen drohe. Dieser Abgrund sei der Atheismus. Die Erkenntnis dessen sei mehr und mehr gewachsen und bei Beratung des preussischen Schulgesetzes habe der Reichskanzler das schöne Wort gesprochen: christlich oder atheistisch. „Ein großes Wort, ein schönes Wort, das soll nicht mehr verhallen in der Geschichte des deutschen Volks! Sind wir denn endlich soweit gekommen, daß von der Höhe des Reichskanzleramts, des preussischen Kultusministeriums, dieses Wort gesprochen werden konnte! Gepriesen sei die Stunde, wo dieses Wort einmal in Berlin ausgesprochen ist.“ Wenn nun Graf Caprivi auf die Kirche verwiesen habe, so gebe es für die Katholiken „nur eine Kirche, die heilige katholisch-apostolische Kirche.“ Ja, diese pflege das Christentum, stütze Moral und soziale Ordnung, leider aber mache bei vielen die Einsicht der Notwendigkeit des Christentums Halt vor den Stufen von Sankt Peter. Nun, die andern möchten die christliche Autorität auf ihre Weise zu pflegen versuchen, „wenn es aber eben nicht geht, so mögen sie sich besinnen, ob sie nicht zu uns zurückkehren wollen.“ Dann kam eine Rede des Abg. Bachem mit der Versicherung: „Wir können nicht nachlassen, dahin zu wirken, daß wir auch der letzten Fesseln, insbesondere bezüglich der Orden, ledig werden.“ Weiterhin gedachte Freiherr v. Schorlemer=

ist zur sozialen Frage dankbar des Kaisers, der im Frühjahr 1890, mächtigen Widerstand brechend, durch seine Erlasse freie Bahn gemacht habe; da aber die Religion das vornehmste Heilmittel sei, so müsse Freiheit der Kirche, territoriale Unabhängigkeit des Papstes, konfessionelle Schule und Erziehung verlangt werden. Bevor die Verhandlungen weiter gingen, sah man die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie besorgt die Mahnung einwerfen, die Versammlung in Mainz möge es „in keinem Punkte an weiser Mäßigung fehlen lassen“. Die ferneren Hauptredner waren die Abgeordneten Lieber und Graf Ballestrem. Dieser sagte zur päpstlichen Frage u. a.: „Wir sind unzertrennlich vom Papst, wir betrachten uns als eine Garde Sr. Heiligkeit in Rom,“ das schließe aber nicht aus, daß man den Dreibund „als gültig und zur Zeit notwendig“ anerkenne. Und zur großen inneren Frage übergehend, bemerkte Redner: „Im vorigen Jahre hatten wir Grund, zu glauben, daß die Regierung entschlossen sei, das Staatswesen auf christlich-konservativem Grund zu organisieren;“ da sei der Märzschnee gekommen; auf das Treiben in diesem Frühling sei ein Reif gefallen „und alles erfror;“ dem Schulgesetz habe zwar noch vieles gefehlt, aber der Grundgedanke, die Organisation der Schule auf konfessioneller Grundlage, sei gut gewesen; dann hätten die Truppen des Königtums und des Christentums sich zurückziehen müssen, „das Königtum hat einen Scherlitten; das Vertrauen in die stetige Führung der Geschäfte ist verloren gegangen;“ als Grund der Zurückziehung des Schulgesetzes werde die große Aufregung im Lande angegeben, diese sei aber von der Verbrüderung aller liberalen Elemente, vom „Mittlibund von Bennigsen bis Bebel“ gemacht; endlich, als bei den Konservativen eine gewisse Unsicherheit bemerkbar geworden, hätten die Zentrumsgruppen den Rückzug der Regierung gedeckt. Zum Schluß stellte die Versammlung sämtliche noch unerfüllte Forderungen der Zentrumsparthei wieder auf, ohne alle Rücksichten, auch die Forderung nach Zurückziehung des Gesetzes wider die Jesuiten. Mit gleicher Rücksichtslosigkeit äußerte sich jedoch auch die Stimmung der gemäßigten Parteien über den Katholikentag. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zeugten die dortigen Reden „von der wachsenden Überhebung und Siegeszuversicht im ultramontanen Lager;“ eine bewußte Herausforderung gehe durch alle diese Ansprachen. Die frei-

sinnige „Bosfische Zeitung“ sagte, aus der Rede des Mainzer Bischofs könne man entnehmen, was das Jedlitzsche Schulgesetz und seine Verteidigung bedeuteten; „wenn man erst zu der Billigung eines solchen Entwurfs gekommen ist, weshalb dann Halt machen vor den Stufen von St. Peter?“ Die „Kölnische Zeitung“ wandte sich entrüstet gegen die in Mainz vernommene Äußerung vom „Unglauben der Hochschulen“ und der „Gebildeten in Gänseflüßchen“. Nach der „Weser-Zeitung“ vom 2. September legen die Reden in Mainz „Zeugnis ab von den hochgeschwellten Hoffnungen, mit denen die Zentrumsparthei in den Kampf des kommenden Winters eintritt;“ derartige Töne der freudigsten Erwartung habe man von der päpstlichen Partei noch nicht gehört. Zwischen den Äußerungen „Nach Canossa gehen wir nicht!“ und „Katholisch ist Trumpf!“ liege ein Abgrund, aber eine ganz bequeme Treppe führe hinab. „Was wird das wohl für ein Frühling sein, den der Abg. Lieber dem deutschen Volke verheißt?“ rief der „Schwäbische Merkur“: „Der Frühling, der die Jesuiten bringt;“ und welche Zumutungen wage Bischoff Haffner dem Leiter des Staates zu machen, der auf den Überlieferungen Kaiser Wilhelm I. beruhe! In diese Stimmung der gemäßigten Parteien schlug am 3. September ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein, der die Mainzer Redner zu entschuldigen suchte. Die Rücksichten auf den propagandistischen Zweck solcher Versammlungen, hieß es hier, brächten es mit sich, daß nicht jedes Wort in denselben auf die Goldwaage gelegt und die Ziele möglichst weit gesteckt würden. Wenn dabei Teilnehmer von parlamentarischer Vergangenheit „ihre reifere Erkenntnis zurückstellten“, so sei dies ein Opfer, dessen Größe nicht unterschätzt werden könne; es liege ein erzieherisches Moment darin, wenn der Edelmann mit dem Bürger, der Priester mit dem Laien sich einmal auf denselben Standpunkt stelle; wenn man den Katholikentag „in dieser unbefangenen Weise“ betrachte und ihn nicht im einseitigen Parteinteresse verwerte, dann werde man als sein wichtigstes Ergebnis schätzen, daß die Einigkeit des gesamten Zentrums so glänzend wie kaum je zuvor in die Erscheinung getreten sei, wie dies Graf Ballestrem „sehr richtig“ hervorgehoben habe. Dies möge zur nüchternen Erwägung anregen, „wie schwer die Einigkeit des Zentrums nach wie vor politisch ins Gewicht fällt.“ Die Möglichkeit, daß diese Auslassungen halb-

amtlichen Ursprungs seien, verdüsterte die Stimmung in den liberalen und konservativen Kreisen noch mehr. In dieser Unterstellung glaubte die „National-Zeitung“ eine Zeit bedenklicher Verwirrung der inneren Politik für Preußen und das Reich vorauszu sehen. Die „Kölnische Zeitung“ sagte: „Wir stehen in unserer inneren Politik unter dem Zeichen des Krebses und besorgen, daß dies auf die Dauer den Reichsgedanken schädigen wird.“ Der „Schwäbische Merkur“ sagte zu den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Die anspruchsvollste Partei im Reiche hat soeben ihre höchsten Trümpfe ausgespielt; sofort wird sie uns als Vorbild politischer Weisheit und als höchst gewichtiger Faktor in der Politik vorgeführt. Und da sollen wir ehrfürchtig still stehen, ein Muster nehmen!“ In den „Hamburger Nachrichten“ hieß es, während des Kulturkampfes hätten die Ultramontanen wohl schärfere Forderungen gestellt, aber in dieser Feindseligkeit habe doch immer zugleich der Ausdruck der Furcht vor einer starken Staatsgewalt gelegen; in Mainz dagegen sei die Regierung abwechselnd wegen ihrer Nachgiebigkeit gegen die ultramontanen Wünsche belobt und wegen ihrer Unentschlossenheit verspottet. Nach der „Kölnischen Zeitung“ erschallten bereits Rufe nach Bildung eines evangelischen Zentrums, um das katholische lahm zu legen. Auch dem strengkonservativen „Reichsboten“ in Berlin begann es unheimlich zu werden. Er wies darauf hin, es werde bereits geduldet, daß in München-Gladbach zwei Jesuiten aus Holland bei den vom Abg. Hitze eingerichteten sozialpolitischen Kursen vor 400 Personen aus ganz Deutschland als Lehrer über die Geschichte der sozialen Bewegung aufträten. Auf die katholische Partei schien die Entrüstung und Besorgnis der Gemäßigten nur noch mehr belebend zu wirken. Wenigstens rief der „Westfälische Merkur“ in Münster am 5. September: „Katholisch ist Trumpf! Er ist ausgespielt und es hat ein Lärm sich erhoben, der zeigt, daß kein Gegner die Bedeutung des Trumpfes unterschätzt; es wird noch manchen Kampfes bedürfen, aber nach dem Mainzer Katholikentag dürfen wir mit voller Zuversicht in der Arbeit weiter fortfahren.“ Und mit diesen Hoffnungen verband sich eine kluge Zurückhaltung. Die katholische „Germania“ in Berlin rühmte die ersten Zeiten nach Fürst Bismarcks Rücktritt als „ruh-

reiche Jahre für den Kaiser und seine Regierung“ und warf dann die Frage hin: „Warum ist seit 1½ Jahren so manches anders und niemand mehr froh?“ In diesem Sinne hielt auch der Abg. Lieber am 6. Oktober in einer Versammlung des katholischen Volksvereins zu Neustadt in Oberschlesien eine Rede. Hier hieß es, das katholische Volk erhebe mit unbeugsamem Nachdruck die Forderung nach der Bekenntnisschule; es könne alles nur durch eigene Kraft erringen. „Wir sammeln uns bei Zeiten, um uns allein auf uns selbst zu stellen, unabhängig nach oben und unten, katholisch schlechtweg.“

Die für die Weiterentwicklung der inneren Verhältnisse wichtige Frage, wie sich angesichts der ganzen Parteilage die Konservativen stellen sollten, wurde während der Sommermonate eifrig weiter erörtert. Die „Kreuzzeitung“, als Organ der strengeren Richtung, stellte im Juli das Verlangen auf, den im Parteiprogramm von 1876 vorangestellten nationalen Gesichtspunkt nunmehr zurückzustellen und ihn durch die Forderung des christlichen Staats zu ersetzen. Eine gewisse Unterstützung schien sie hierin zu finden durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche meinte, es ließe sich nicht verkennen, daß infolge der Errichtung des Reichs Kräfte entfesselt seien, zu deren weiterer Förderung beizutragen als Widerspruch gegen das konservative Prinzip gelten müßte. Hiergegen erhoben sich aber einzelne konservative Stimmen, die da meinten, die Entfernung des nationalen Gesichtspunkts aus der vordersten Linie würde dem ganzen Konservatismus im Volke die Wurzeln abgraben. Dagegen wandte wieder der „Reichsbote“ ein, solche Eiferung würde nur Wasser auf die Mühle der Mittelparteien sein, und die christlichen Gesichtspunkte seien auch national. Am 15. August versuchte der Parteivorstand, die Genossen vorläufig um Ruhe zu bitten. Gleichwohl setzte der der Stöckerschen Richtung zugethane „Reichsbote“ schon am 19. August die Erörterungen fort. Was soll werden, meinte dieses Blatt, wenn die Partei wieder in so unsicheres Schwanken gerät wie beim Schulgesetz? Sie müsse es aufgeben, Schutz und Stütze bei der Regierung zu suchen, denn gouvernementale Parteien seien stets ruiniert worden. Im Gegenteil, erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die Partei sollte eher so gouvernemental als möglich werden. Von Einfluß auf diese Frage schien eine Verstimmung der Konservativen gegen die Regierung zu sein wegen der

Behandlung ihres Parteiführers, des Grafen v. Limburg-Stirum. Er wurde im Disziplinarverfahren des Dienstes entlassen, weil er, ein zur Verfügung stehender Beamter des auswärtigen Amtes, durch Bekämpfung der neuen Handelsverträge in der Kreuzzeitung eine ungeeignete Kritik an Handlungen seines Ressortchefs geübt habe. Trotz alsbald eingetretener Begnadigung verblieb die Verstimmung der Parteigenossen. Die große Scheidung der Geister, welche die „Kreuzzeitung“ anstrebte, wurde in den „Hamburger Nachrichten“ als die Quelle fanatischer Parteikämpfe von verderblicher Wirkung bezeichnet. Die Quelle allen Übels aber, hieß es hier, bestehe darin, daß die Freisinnigen der Centrumspartei im Reichstage zu ihrer heutigen beherrschenden Stellung verholfen und so deren schwerwiegende Verbindung mit den streng Konservativen ermöglicht hätten.

Das Einzige, was die Besorgnisse vor einer solchen Verbindung hätte beseitigen können, ein Zusammenschließen der Gemäßigten aller Parteien, trat nicht ein. In den Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei wurde am 12. September darauf aufmerksam gemacht, daß das Zentrum, „nach einer Parole von hoher kirchlicher Seite“, bereits in Niederschlesien anfangs, sich aufs engste mit der konservativen Partei zusammenzuschließen, im übrigen wurde aber nur angedeutet, daß die Freisinnigen, nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen das Zentrum, sich nun wieder auf den tiefen Gegensatz des Liberalismus gegen die ultramontanen Bestrebungen besinnen könnten. Und die „Kölnische Zeitung“ meinte, die Rechnung auf Fortdauer des Streits unter den liberalen Parteien dürfe schwerlich zutreffen. Indes, ein Ansatz zu einer Parteibildung, wie sie Fürst Bismarck in Jena vorgeschlagen, zeigte sich vorläufig nirgends; nur Professor Häckel in Jena, der den Fürsten dahin eingeladen hatte, erließ am 5. August einen solchen Aufruf, der rasch verhallte.

Die Besorgnisse der gemäßigten Kreise vor einer dem Geiste der Gründung des Reichs widersprechenden Reichstagsmehrheit gründeten sich zum Teil wiederum auf Erscheinungen unter den preußischen Polen. Deren Forderungen wurden Anfang Juli, gelegentlich einer Reise des Kultusministers Bosse nach Posen, in schroffer Weise zum Ausdruck gebracht. „Graf Caprivi,“ hieß es im „Goniec Wielkopolski“, „will Frieden mit den Polen haben; möge er erfahren, um welchen

Preis: um den Preis unserer Rechte! Die Wiener Traktate sind der Ausdruck unserer Rechte und Pflichten.“ Und dann wurden im Posenschen weitgehende Forderungen in betreff der Unterrichtssprache aufgestellt. Am 23. Juli sah selbst der „Reichsanzeiger“ sich veranlaßt, „ein interessantes Beispiel von Mitteln“ vorzuführen, „mit welchen polnische Agitatoren ihre Zwecke verfolgen.“ Dazu sagte dann der „Dziennik Poznański“, diese lächerlichen Behauptungen zeigten, daß die deutschen Chauvinisten nicht die elementarsten Dinge in betreff der Gerechtigkeit verständen. Nun riet die „Posener Zeitung“ den maßgebenden Personen, zu lernen, wie mißlich es ist, den Polen allzu weit gehende Zugeständnisse zu machen, und der „Oberschlesische Anzeiger“ warnte eingehend vor den „großpolnischen Machenschaften“. In demselben Ton waren neue Warnungen des Fürsten Bismarck gehalten, die bald hiernach, am 1. Oktober, durch eine neue Berliner Wochenschrift: „Die Zukunft“ von M. Harden veröffentlicht wurden. Dieser hatte einen Besuch in Barzin gemacht und dem Fürsten von der Verjöhnlichkeit des neuen Erzbischofs v. Stabilewski gesprochen, der behauptet habe, nicht starrpolnisch zu sein und den Grundsatz zu haben, in Frieden und Eintracht mit den Deutschen zu leben. Darauf habe der Fürst geäußert: „Die Tonart kenne ich! Die ist nur für den Anfang, um den Kaiser und die Regierung zu beschwichtigen. Ledochowski hat das eine Weile auch sehr geschickt gemacht; aber mein Herr Nachfolger brauchte mich doch nicht gerade da zu kopieren, wo ich einen Fehler begangen habe;“ die ganze Sache laufe darauf hinaus, „daß die Polen Posen und Westpreußen nur als Übungsterrain zur Bewahrung ihrer nationalen Besonderheiten betrachteten, um sie, wenn die Deutschen Rußland geschlagen, in aller Ruhe in einem slawischen Staate mit antigermanischer und antiprotestantischer Spitze weiter zu pflegen“. Nicht eben im Widerspruch hiermit stand es, daß wenige Tage hiernach, am 5. Oktober, ein großes polnisches Blatt im Posenschen als die letzten Grenzen der von den Polen mit Sehnsucht erwarteten und als ihr Recht geforderten Zugeständnisse die Aufhebung der „bekannten Reihe gesetzlicher und Verwaltungs-Verordnungen“ bezeichnete, durch die den Polen der vorzüglichste Teil ihrer bürgerlichen Rechte „nach den Grundsätzen brutaler Gewalt, Betrügerei und elender Rabulistik“ genommen seien.

Die politischen wie alle sonstigen öffentlichen Fragen wurden von Ende August an für mehrere Wochen durch den Schrecken verbreitenden Ausbruch der Cholera in Deutschland unterbrochen. Die Krankheit war diesmal von Indien aus über Persien in das russische Mittelasien eingedrungen, war besonders heftig am kaspischen Meere aufgetreten und hatte durch die russisch-asiatische Centralbahn raschere Verbreitung als früher gefunden. So nahm sie zu Lande wie zur See ihren Weg nach mitteleuropäischen Hafenstädten, unter denen besonders Hamburg sehr schwer zu leiden hatte, und von da nach dem Binnenlande. Dank der alsbaldigen und entschiedenen Ergreifung umfassender Vorbeugungsmaßregeln, die durch eine vom 17. September vom Reichskanzler eingesetzte Reichskommission beaufsichtigt wurden, war bis Mitte Oktober die Gefahr der Weiterverbreitung im ganzen beseitigt. In der bangen Zwischenzeit waren fast alle sonst im Herbst so zahlreichen Fachversammlungen und durch kaiserliche Erlasse ein Teil der großen Manöver ausgesetzt worden.

Als sich hierauf die Aufmerksamkeit den großen öffentlichen Fragen wieder zuwenden konnte, zeigte sich, daß durch das entschiedene Vorgehen der ultramontanen Partei nicht bloß politische Parteien, sondern auch weite Kreise der evangelischen Kirche sich beunruhigt fühlten. Dies trat bei manchen Anlässen hervor, am meisten aber in einem Aufrufe, den der Gesamtvorstand des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ am 11. Oktober aus Eisenach erließ. In dem Aufrufe hieß es: „Eine tiefe Verstimmung geht durch unser nationales Leben hindurch, — rätselhaft bei einem Volke, das vor kaum 20 Jahren das Ziel seiner politischen Sehnsucht erreicht hat und das sich des Friedens, des Wohlstandes und einer für jede andere große Nation beneidenswerten öffentlichen Ordnung erfreut.“ Der Grund liege darin, „daß wir von zwei Minderheitsparteien bedrängt sind, welche alles in Frage stellen, was uns unser nationales Leben wert macht, von der Sozialdemokratie und dem Ultramontanismus, und daß die große Mehrheit unseres Volks zwar darin einig ist, beiderlei Tendenzen nicht zu wollen, aber in dem, was sie positiv will, der Geschlossenheit jener Parteien gegenüber unklar und zerschlagen ist und darum in der wohlgegründeten Angst lebt, trotz ihrer großen Überzahl von denselben Niederlage auf Niederlage zu erleiden.“ Auf die sozialdemokra-

tische Gefahr seien aller Augen gerichtet, die ultramontane dagegen werde von wenigen gewürdigt, von manchen aus Mut- und Ratslosigkeit absichtlich übersehen, hie und da sogar in eine Hilfe wider die Sozialdemokratie umgedeutet. Was die ultramontane Bewegung uns abgewonnen, seien Niederlagen des Rechtes und des Gesamtwohls. Seit dem unglücklichen Ausgange des Kulturkampfes habe ein System, an dessen innerer Unwahrheit eigentlich niemand zweifle, unter uns Fortschritte gemacht. „Rom hat den deutschen Staat tief gedemüthigt; es darf ungestört daran arbeiten, unser Volk in zwei Teile zu zerreißen; es darf das Heimatland der Reformation mit einem Netz von Missionsanstalten und Ordensniederlassungen immer dichter überspinnen, die Rückberufung einer von Moral und Geschichte gerichteten Gesellschaft als Forderung der Freiheit und Gerechtigkeit auf seine Fahne schreiben, nach unserer Volksschule die Hand ausstrecken und in unsern Grenzgebieten jede fremdsprachliche Bevölkerung gegen unser Volkstum aufreizen; es darf schließlich, wie soeben durch den Mund des Bischofs von Mainz geschehen ist, Kaiser und Volk öffentlich einladen, den evangelischen Glauben zu verleugnen, und es wird für das alles mit immer neuen Rücksichten und Zugeständnissen belohnt.“ Ein tief beschämendes Schauspiel sei es, daß eine in ihrem Oberhaupte, in der großen Mehrzahl der Fürsten und in fast zwei Dritteln ihrer Volkszahl dem evangelischen Bekenntnisse angehörende Nation fortwährend in der Besorgnis schwebt, die Regierung des führenden Staats möchte sich in ihrer Politik auf diese Macht stützen, und die idealen Güter der Nation den äußern Bedürfnissen des Augenblicks zum Opfer bringen. Daran knüpfte der Vorstand die Aufforderung zum Anschluß an den evangelischen Bund für die Sache evangelischer Wahrheit und Freiheit.

Dieser Aufruf an die Evangelischen zum Zusammenstehen erschien gerade, als eine Glaubensfrage die Evangelischen in zwei Lager zu spalten begann. Seit kurzem hatte sich der Streit über den ferneren Gebrauch des apostolischen Glaubensbekenntnisses beim Gottesdienste erhoben und stand nun in Flammen. Die Frage hatte schon 1846, 1872 und 1877 in Preußen gespielt und mit einem Verweis des brandenburgischen Konsistoriums an die Prediger Lisco und Hossbach in Berlin geendet. Den Ausgangspunkt für das jetzige Wiederauf-

Leben der Frage bildete das Auftreten des Pfarrers Schrempf in Württemberg (s. dort), der im Januar seiner Stelle enthoben war, weil er den gottesdienstlichen Gebrauch dieses Symbols mit seinem Gewissen nicht mehr hatte vereinigen können. In Hinblick hierauf lag es begreiflich nicht fern, daß Studierende der Theologie sich mit der Frage beschäftigten, ob sich vermeiden lasse, daß sie sich vielleicht dereinst in gleiche Lage versetzt sähen. Der Professor der Theologie Harnack in Berlin wurde von seinen Schülern angegangen, ob er ihnen raten könne, mit andern preussischen Studierenden der Theologie aus Anlaß jenes Falles den evangelischen Oberkirchenrat um Entfernung des Apostolikums aus der Verpflichtungsformel der Geistlichen und aus dem gottesdienstlichen Gebrauche zu ersuchen. Harnack riet von dem Gesuche ab, im wesentlichen weil Studierende in solchen Fragen überhaupt nicht öffentlich ein Urtheil abgeben sollten. Diese Antwort veröffentlichte er anfangs August in der Leipziger Wochenschrift „Die christliche Welt“ und er regte im Anschluß hieran die Frage nach der Geltung und dem Gebrauche des Apostolikums wieder an. Er sprach die Ansicht aus, daß es der evangelischen Kirche ziemen würde, an die Stelle des Apostolikums oder neben es ein kurzes Bekenntnis zu setzen, welches das in der Reformation und in der ihr folgenden Zeit gewonnene Verständnis des Evangeliums deutlicher und sicherer ausdrücke und zugleich die Anstöße beseitige, die dieses Symbol in seinem Wortlaute vielen ernstern und aufrichtigen Christen, Laien und Geistlichen biete. Die Anregung hatte zur Folge, daß sich im Laufe des September und Oktober einige Kreisynoden und Pastoral-Konferenzen in der Provinz Brandenburg sowie eine große Anzahl einzelner Geistlichen öffentlich für den andauernden Gebrauch dieses Symbols aussprachen, zum Teil unter Ausdrücken der Gereiztheit. Die Kreisynode der Grafschaft Stolberg-Rosla ersuchte sogar den Oberkirchenrat, diesem Streben „ungläubiger Professoren an unseren Universitäten“ mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Pastoral-Konferenz zu Frankfurt a. D. sprach von Unglauben, Unverständnis und unerhörtem Verhalten von Professoren der Theologie; der Vorstand der evangelisch-lutherischen Konferenz in der preussischen Landeskirche sagte am 17. September in einer öffentlichen Erklärung, jeder Versuch, das Apostolikum für den kirchlichen Gebrauch zu beseitigen, sei „ein Schlag in das Angesicht der Kirche Christi“ und der

Satz, daß der Sohn Gottes empfangen sei von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria, sei „der Eckstein, an welchem alle Weisheit dieser Welt zerschellen wird“. Diese Kundgebungen hatten wiederum zur Folge, daß am 5. Oktober eine Reihe von evangelischen Geistlichen aus den verschiedensten Theilen des Reichs in Verbindung mit Professoren der Universitäten zu Bonn, Breslau, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Leipzig, Marburg und Tübingen auf ihrer Versammlung in Eisenach die offene Erklärung erließen, sie dächten nicht daran, der Kirche das Apostolikum nehmen zu wollen, bestritten aber, daß dessen Geltung in der Kirche und sein kirchlicher Gebrauch Geistliche und Laien in juridischer Weise zur Anerkennung aller seiner einzelnen Sätze verpflichtete. Professor Harnack wies in einer besonderen Schrift die ihm gemachten Vorhalte zurück und suchte insbesondere darzulegen, daß obige Behauptung vom „Eckstein“ dem Urchristentum widerstreite und den Glauben verwirre. Organe der strengkirchlichen und strengkonservativen Partei setzten mit Eifer den Kampf fort, gleichwie wenn darauf ausgegangen würde, der Kirche jene Bekenntnisform zu entziehen; der Berliner „Reichsbote“ insbesondere sprach von Arianismus, und die katholische „Germania“ zog den Streit auf das politische Gebiet; es sei dieselbe Sache wie beim Schulgesetz, auf die Dauer werde man sich der Wahl, Christentum oder Antichristentum, nicht entziehen können, die Scheidung der Geister vollziehe sich unaufhaltsam. Die Aufregung der Orthodoxen setzte sich noch längere Zeit fort; eine Versammlung evangelischer Vereine in Berlin erließ am 13. Oktober nach einer Rede des früheren Hofpredigers Stöcker eine Erklärung des Bedauerns, daß Harnack die Geltung des Apostolikums zu erschüttern suche und entnahm „dem erneuten Ansturm“ die Erkenntnis der die Kirche bedrohenden Gefahren. Auch die Antworten von der andern Seite blieben nicht aus. Professor Ziegler in Straßburg führte in der Berliner „Nation“ aus, vom Besten und Schönsten, was das Christentum uns gebracht, sei in jenem Symbolum keine Rede, dagegen stehe das, was es biete, „fast durchweg mit der modernen Weltanschauung und den Überzeugungen nicht nur der wissenschaftlich Gebildeten in so direktem und schneidendem Widerspruch, daß unsere Zeitgenossen sich nicht mehr daran binden lassen können und dürfen“. Die hessische Landessynode in Kassel erhob sich am 27. Oktober für

das Apostolikum, und zum Schluß ihrer Sitzungen sagten es die Mitglieder im Chor her.

Eine gewisse Pause trat in diesem sehr lebhaft gewordenen Streite ein durch eine große Feier des Reformationsfestes in Wittenberg. Die Ausbesserung und Herstellung der dortigen Schloßkirche, an deren Thür Luther die Thesen angeschlagen hatte, war vollendet, und der Oberkirchenrat verkündigte am 25. September, daß die feierliche Einweihung am 31. Oktober in Gegenwart des Kaisers vollzogen werden solle. Aber bevor wir diesen dort auftreten sehen, haben wir einiges über ihn nachzuholen.

Den Kaiser sahen wir im Herbst einer Reihe von militärischen Vorgängen sich widmen. Die Herbstparade des Gardekorps, die er am 18. August abnahm, gewährte auch diesmal ein glänzendes Schauspiel. Ihm wohnten in kaiserlichen Wagen die Mitglieder einer Abordnung aus Helgoland als Zuschauer bei. Der Kaiser behandelte diese Fischer als seine Gäste und ließ deren Ältesten goldene Uhren verehren. Bei dem an diese Parade sich anschließenden Festmahle brachte der Kaiser einen Trinkspruch auf den Kaiser von Oesterreich aus, der an diesem Tage sein 62. Lebensjahr vollendete. Dieser ruge, so hieß es in dem Toast, als ein leuchtendes Vorbild militärischer und Herrschertugenden sowie edelster Pflichterfüllung hervor und das Bündnis Deutschlands mit ihm sei der sicherste Hort des europäischen Friedens. Am 2. September war der Kaiser bei Manövern in der Gegend von Pyritz im hinterpommerschen Bezirk Stargard, dann begab er sich über Swinemünde zum Marinegeschwader bei Heringsdorf und ließ dieses nördlich von Rügen manövrieren, während er selbst sich auf dem Admiralschiff „Mars“ befand. Vom 10. bis 12. September war er bei Manövern in der Gegend von Frankfurt a. O. Dann eilte er nach dem Marmorpalais bei Potsdam zurück, wo die Kaiserin seit einiger Zeit wohnte, und hier beschenkte sie ihn am 13. September mit dem siebenten Kinde, einer Prinzessin. Am 15. September wohnte der Kaiser Manövern der 3. Division in der Gegend von Anklam bei, am 18. September besuchte er seine Mutter vor ihrer Reise nach Italien in Homburg und nahm am 23. September behufs Hirschjagden mehrtägigen Aufenthalt im Jagdschloß Rominten in der gleichnamigen Heide unweit der russischen Grenze. Durch Erlass vom 21. September

sprach er seine Befriedigung über Bildung eines Komitees in Berlin zur Unterstützung der durch die Cholera heimgesuchten Hamburger aus und am 24. September brachte der „Reichsanzeiger“ einen Erlaß des Kaisers, enthaltend den Dank des Kaiserpaares für die aus Anlaß der Geburt einer Tochter ihm zugegangenen zahlreichen Segenswünsche. Prinz Friedrich Leopold und der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, beteiligten sich Anfang Oktober an einem in weiten Kreisen mit großem Interesse verfolgten militärischen Distanzritt zwischen Berlin und Wien. Seiner Trauer über das plötzliche Ableben des Vizeadmirals Deinhard am 6. Oktober gab der Kaiser durch Erlaß an den in Wilhelmshaven kommandierenden General herzlichen Ausdruck. Sein Erlaß vom 7. Oktober mit der Begrüßung an den neugewählten Oberbürgermeister Zelle von Berlin zerstreute die verbreitet gewesenen Gerüchte über seine Abneigung gegen die Wahl eines Liberalen. Am 11. Oktober traf der Kaiser in Wien ein, vom Hofe und der Bevölkerung aufs freundlichste empfangen. Er schritt gleich am Bahnhof die lange Reihe der deutschen „Distanzreiter“ ab, besuchte die Witwe seines Freundes, des Kronprinzen Rudolf, und überreichte nach dem Festdiner in Schönbrunn dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe die Abzeichen des Schwarzen Adlerordens. Folgenden Tags besuchte er mit dem Kaiser Franz Joseph das kunstgeschichtliche Museum, auch besichtigte er die Cholerabaracke der freiwilligen Rettungsgesellschaft und begab sich am 13. mit dem Erzherzoge Franz Ferdinand zur Jagd auf die Donauinsel „Am Kreuzgrund“. Auf dem Hinterdeck des mit Blumen geschmückten Dampfers war ein prächtiges Zelt für die Jagdgesellschaft aufgeschlagen. Vor seiner Abreise von Wien verlieh der Kaiser dem Erzherzoge Friedrich den Schwarzen Adlerorden. An dem Tage, an welchem sein Vater das 61. Lebensjahr zurückgelegt haben würde, den 18. Oktober, begab sich der Kaiser in der Frühe in die Friedenskirche zu Potsdam und legte am Sarge Kaiser Friedrichs einen Kranz nieder. Um Mittag fand die feierliche Grundsteinlegung für die Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche im Berliner Tiergarten statt. Die üblichen Hammerschläge erfolgten unter dem Gesange des Lutherliedes; auf den Kaiser folgte die Prinzessin Friedrich Leopold im Namen ihrer kaiserlichen Schwester, dann noch eine Reihe von Fürstlichkeiten, der Reichskanzler, die Minister

und viele sonstige hohe Beamte. Von hier begaben sich die Fürstlichkeiten nach Spandau zur feierlichen Enthüllung eines Denkmals, welches die dortigen Bürger dem Kaiser Friedrich errichtet hatten. Dieser ist dargestellt in Kürassier-Uniform, den Helm auf dem Haupte und den Feldmarschallsstab in der Hand. Am Sockel befinden sich Reliefs aus dem Leben des Kaisers und seinen Beziehungen zu Spandau. Am 21. Oktober wurde in Rummelsburg bei Berlin die unter dem Protektorat der Kaiserin vom evangelisch-kirchlichen Hilfsverein erbaute Erlöserkirche geweiht. Die Geistlichkeit und die höchsten Beamten empfingen den Kaiser und die Prinzessin Friedrich Leopold an der Kirchenthür. Ersterer nahm die Kirchenschlüssel entgegen und begab sich unter Vorantritt der Geistlichkeit in das Gotteshaus. Zum 34. Geburtstag der Kaiserin, am 22. Oktober, brachte das Musikorps der Gardejäger derselben in Potsdam eine Morgenmusik und nachmittags um 5 Uhr fand in der Jaspis-Gallerie des Neuen Palais die Taufe der am 13. September geborenen Kaiser-tochter mit besonderer Feierlichkeit statt. An der Seite des Taufaltars nahm die Kaiserin, umgeben von ihren sechs jugendlichen Söhnen, unter einem rotsammtnen, mit dem preussischen Adler geschmückten Baldachin Platz. Auf dem Taufstisch vor dem Altar stand das goldene Taufgerät, das an derselben Stelle zum ersten Male bei der Taufe des Kaisers Friedrich benutzt war. In glänzendem Festzuge nahen die Fürstlichkeiten, darunter als Paten die Großherzogin von Baden, die Prinzessin Friedrich Leopold, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Prinz Leopold, Herzog Karl Theodor in Baiern, Herzog Karl Ferdinand von Schleswig-Holstein-Glücksburg nebst Gemahlinnen und die Großherzogin-Mutter Marie von Mecklenburg-Schwerin. Die abwesenden Paten, nämlich die Königinnen von Großbritannien und Spanien, sowie die Könige von Württemberg und Dänemark ließen sich durch ihre Gesandten vertreten. Die Taufrede hielt der Generalsuperintendent Dryander, umgeben von der ganzen Hofgeistlichkeit Berlins und Potsdams. Die Prinzessin erhielt die Namen Viktoria Luise Adelheid Mathilde Karoline. Hiernach fand im angrenzenden Salon eine Defilirtour vor der Kaiserin statt, an deren Seite die junge Tochter in der reichgeschmückten Wiege des Hohenzollernhauses lag. Beim Festmahle im Marmorsaale brachte der Kaiser einen Toast auf seine Tochter aus. Im Anschluß daran dankte der Groß-

herzog von Mecklenburg-Strelitz namens aller Paten für die ihnen erwiesene Gunst, feierte die Kaiserin als Geburtstagskind und Taufmutter und hob scherzend hervor, daß die lebhaften Äußerungen der Kaisertochter beim Taufakte wohl Aussicht auf eine erfolgreiche Zukunft böten. Zur Unterbringung der zahlreichen Taufgeschenke dienten mehrere Salons. Eine der herrlichsten Gaben bildete das Blumengebinde, das vom italienischen Königspaar aus Monza gesandt war. Aus Anlaß des Tages wurden einer Anzahl weiblicher Personen, die sich gegen die Strafgesetze vergangen hatten, die verwirkten, noch unvollstreckten Freiheits- und Geldstrafen erlassen. Gegen 400 solcher Personen wurden am Morgen dieses Tages in verschiedenen Landesteilen in Freiheit gesetzt. In den nächsten Tagen wurde mit der Räumung der königlichen Gruft in dem zum Abbruch bestimmten Dome zu Berlin begonnen. Nächtlich wurden die 88 Särge nach dem Interimskloster und der Garnisonkirche gebracht. Dem Grafen Emmerich Szechenyi, der aus seiner seit 1879 bekleideten Stellung eines österreichisch-ungarischen Botschafters ausschied, schenkte der Kaiser seine in Marmor ausgeführte Büste. Dessen Nachfolger, v. Szögheny, früherer Lehrer des verstorbenen Kronprinzen Rudolf, ward am 23. Oktober mit großer Feierlichkeit in Audienz empfangen.

Nummehr nahte das Fest in Wittenberg. Der Kaiser hatte schon am 14. Oktober die Stadt mit einem Besuche überrascht. Er fuhr vom Bahnhofe direkt zur Schloßkirche. Beim Eintritt brauste ihm das Lutherlied, von der Orgel gespielt, entgegen. Er war von der Schönheit der Kirche sichtlich überrascht. Besonders gefiel ihm der Altar aus Kalkstein, die eichengeschnitzte Kanzel und der für ihn bestimmte Kaiserstuhl. Dann bestieg er das Orgelchor und ließ, still über die Brüstung gelehnt, einige Minuten den Gesamteindruck der Kirche auf sich wirken. Seine Reise zur Jagd nach Blankenburg am 24. Oktober benutzte der Kaiser wiederum zu einem Abstecher nach Wittenberg, der sich zu einer Art Probe der bevorstehenden Feierlichkeit gestaltete. Als der Kaiser, an der Thür der Schloßkirche vom Minister Boffe begrüßt, diese betrat, wurde er vom Posaunenchor mit der Glücklichen Motette „Hoch thut Euch auf“ empfangen. Der Präsident des Oberkirchenrats verlas dann vor dem Altar den 121. Psalm „Ich hebe meine Augen auf“, worauf der Domchor die Motette „Du Hüter Israels“ anstimmte. Wieder-

holt gedachte in diesen Tagen der Kaiser der Begeisterung, mit der sein Vater die Pläne für den Ausbau der Schloßkirche verfolgt hatte, und wiederholt sprach er sein Bedauern aus, daß es dem Kaiser Friedrich nicht vergönnt ward, den Ehrentag der evangelischen Christenheit zu erleben.

Zur Feier der Einweihung der seit 1883 restaurierten, 1499 erbauten Schloßkirche zu Wittenberg hatte der deutsche Kaiser alle protestantischen Fürsten des In- und Auslandes auf den 31. Oktober eingeladen, den Tag, an dem vor 375 Jahren Luther seine 95 Thesen an die Thür dieser Kirche anschlug. Eine zahllose Menge aus allen Theilen Deutschlands, besonders aus der Provinz und dem Königreich Sachsen hatte sich an diesem Tage in der Lutherstadt eingefunden. Um 11 Uhr traf das Kaiserpaar im Sonderzuge ein. Der Kaiser in der Uniform der Gardes du Corps fuhr in offenem Bierspänner, von vieltausendstimmigem Hurra begrüßt, nach dem Rathause, während die Kaiserin mit dem Kronprinzen, der Prinzessin Friedrich Leopold und der Erbprinzessin von Meiningen sich direkt in die Kirche begab. Vor dem Rathause begrüßte der Bürgermeister den Kaiser. Er wies in dieser Ansprache darauf hin, welsch wunderbare Wege Gott das deutsche Volk geführt habe von dem Tage, an dem Kaiser Karl V. in diese Stadt einzog, bis heute. Die Geschichte der Schloßkirche sei mit Recht eine deutsche Reichs- und Kirchengeschichte im verjüngten Maßstabe genannt worden. In seiner Antwort sagte der Kaiser, er wolle halten, was sein Großvater und sein Vater gelobt, und er freue sich, das ausgeführt zu sehen, was sein Vater mit besonderer Liebe erstrebte. Nunmehr begrüßte der Kaiser die erschienenen Fürsten auf der Estrade. Die auswärtigen evangelischen Fürsten waren nicht selbst erschienen, sondern ließen sich vertreten, insbesondere die Königin von Großbritannien durch ihren Enkel, den Herzog von York, der König von Schweden durch seinen Sohn, den Kronprinzen Gustav, die Königin der Niederlande durch ihren Gesandten, der König von Dänemark durch den Prinzen Johann von Glücksburg. Unter den Klängen des Lutherliedes und dem Geläute der Glocken trat der Kaiser den Gang zur Schloßkirche an. Ihm folgten die zahlreichen Fürstlichkeiten und die Vertreter der freien Städte. Nach Ankunft des Zuges an der denkwürdigen Thesenthür betrat der Kaiser die Estrade

des vor ihr errichteten, mit preussischen Ablern geschmückten Zeltes, in dem nun die Übergabe des Schlüssels stattfand. Nach dem Eintritt des Festzugs in die Kirche nahm der Kaiser auf dem erhöhten Chor neben dem Altar Platz, die Kaiserin gegenüber auf der Empore, in der Nähe des Altars die Vertreter der fremden Souveräne, auf beiden Langseiten des Altars die deutschen Fürsten und die Bürgermeister der freien Städte. Von ersteren waren nicht persönlich erschienen: Der König von Württemberg, der auf die Nachricht vom Ableben der Königin Olga die schon angetretene Reise unterbrochen hatte und heimgekehrt war; ferner der Großherzog von Baden wegen Unwohlseins, der Großherzog von Schwerin wegen längeren Leidens, sodann der Herzog von Meiningen und der Fürst von Schaumburg-Lippe. Diese alle aber hatten ihren nächsten Angehörigen gesandt. Die Orgel stimmte an „Komm heiliger Geist“, worauf Generalsuperintendent Schulz die Weiherede hielt. Während des Gebets, mit dem sie endete, kniete mit dem Kaiser die ganze Versammlung nieder. Der Festgottesdienst wurde durch den Gesang des Domchors „Jauchzet dem Herrn alle Welt“ eingeleitet, worauf das Lutherlied die geweihten Hallen erfüllte. Hofprediger Bierregge mahnte in der Predigt zum Festhalten an den Grundsätzen der Reformation im Glauben und Wandel. Hiernach begaben sich alle Fürstlichkeiten und Gäste nach dem Lutherhause, in dessen oberen, einst von Luther bewohnten Räumen der Kaiser die urkundliche Aufzeichnung über den stattgehabten Weiheakt verlas, der dann von allen unterzeichnet wurde. Vor dem Hause war eine Tribüne errichtet, von der aus die Majestäten mit ihren Gästen die von den Bewohnern Wittenbergs und der Umgegend veranstaltete Huldigung eines geschichtlichen Festzugs entgegennahmen. Der Vorübergang währte bei herrlichstem Wetter eine Stunde. Die einzelnen malerisch geordneten Gruppen stellten die in der Geschichte der Lutherstadt besonders merkwürdigen Epochen dar. Vor Auflösung des Festzugs hob der Hofprediger Faber aus Berlin in einer Ansprache hervor, daß dieser Tag dazu angethan sei, die Schmach auszugleichen, die einst der Wormser Reichstag durch die Achtung Luthers auf sich geladen habe, und ermahnte die Versammelten, daß diese Feier wirken solle zur Stärkung des evangelischen Bewußtseins und zum erneuten Wirken im alten evangelischen Geiste. Es folgte in den oberen Sälen des Lutherhauses

eine Frühstückstafel von 450 Bedecken, wobei der Kaiser eine längere Ansprache hielt. Er begann also:

„Im dankbaren Ausblick zu Gott dem Herrn, der Uns in Seiner Gnade das heutige Fest bereitet, erhebe Ich den Pokal, den die Stadt Wittenberg dem Reformator Dr. Martin Luther zu seiner Hochzeit im Jahre 1525 dargebracht hat. Es war dies die Zeit, zu welcher die Reformation in den deutschen Landen bereits festen Fuß gefaßt hatte. Wittenberg, die Wiege und Werkstatt der deutschen Reformation, ward reich an Ruhm und Ehren. Kein Wunder, daß bei dem Herannahen der 400jährigen Wiederkehr des Geburtstages Luthers die Augen der evangelischen Welt sich abermals hierher nach Wittenberg lenkten und der Gedanke Gestalt gewann, die Schloßkirche, welche die Stätte der ersten reformatorischen That gewesen und in der neben den irdischen Überresten der ersten Schirmherren der evangelischen Kirche die Gebeine Luthers und Melanchthons ruhen, würdig wiederherzustellen.“ Dann berührte der Kaiser, was seine beiden Vorgänger zu diesem Zweck gethan und fuhr also fort: „Uns aber, dem lebenden Geschlechte, soll die erneute Schloßkirche nicht nur ein Zeichen der Erinnerung sein an vergangene Zeiten, sondern sie ist und bleibt Uns eine ernste Mahnung für Gegenwart und Zukunft. Denn sie ist Uns der beredte Ausdruck des Segens, den Gott Uns durch die evangelische Kirche geschenkt hat und täglich aufs neue darreicht. Diesen Segen nicht verkümmern zu lassen, ihn dankbaren und gläubigen Herzens zu bewahren und zu pflegen, ist Unsere Aufgabe. Denn auf dem gläubigen Festhalten an der ewigen Wahrheit des Evangeliums ruht unsere Hoffnung im Leben und im Sterben. Wir haben Unseren Glauben heute vor Gottes Angesicht aufs neue bekannt und wir vergessen es nicht, daß dieses Bekenntnis Uns auch heute noch mit der gesamten Christenheit verbindet. In ihm liegt ein Band des Friedens, welches auch über die Trennung hinüberreicht. Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehlen niemand um seines Glaubens willen. Aber wir halten fest an dem Bekenntnisse des Evangeliums bis in den Tod. Das ist Meine Zuversicht, Mein Gebet und Meine Hoffnung. Darin bestärkt Mich der Geist,

der diese Festversammlung sichtlich durchweht.“ Den Schluß der Festlichkeiten bildete die Aufführung des Herrigschen Lutherfestspiels. Zur Erinnerung an die Feier ließ der Kaiser eine Denkmünze herstellen.

Die kaiserliche Rede in Wittenberg enttäuschte Diejenigen, die eine derbe Zurückweisung der ultramontanen Rundgebungen erwartet hatten, und es gab Stimmen, die des Kaisers „vorsichtiges Vermeiden von allem, was das Zentrum und die katholische Kirche hätte verletzen können“, ungern vermerkten; enttäuscht fühlten sich auch alle, die bei dieser Gelegenheit einen Ausspruch „gegen Harnack“ erhofft hatten; im ganzen aber wirkte der friedliche Charakter der Rede befriedigend, und wenn darin auch eine Festhaltung am Apostolikum erblickt werden konnte, so zeigten sich doch weite Kreise durch die Entschiedenheit des Auftretens gegen Glaubenszwang beruhigt. Auf katholischer Seite erkannte man an, daß der antikatholische Charakter der Feier wenig hervorgetreten sei, unverkennbar war aber gleichwohl hier ein Unbehagen über die bloße Thatsache dieser Feier; eins der größten katholischen Blätter meinte, die lutherische Reformation sei in ihrem naturgemäßen Niedergang „bei ihrer Götterdämmerung angekommen“ und vergeblich wende man sich an Luthers Geist, um die ungläubig gewordene protestantische Welt zurückzuführen. Die römische »Voce de la verita« griff sogar den Kaiser an, weil er einen „Rebellen und Deserteur“ verherrlicht habe; zum Glück stehe aber heute der Papst als Triumphator da, während der Protestantismus längst tot sei. Die Bewegung bezüglich des Apostolikums erhielt am 25. November einen formellen Abschluß durch einen Erlaß des Oberkirchenrats an die Generalsuperintendenten, den auch der evangelische Feldprobst den evangelischen Militärgeistlichen zugehen ließ. In dem Erlasse war beklagt, daß durch Harnacks Antwort an Studierende bei vielen evangelischen Geistlichen und in weiten Kreisen des evangelischen Volks eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen sei, indem man durch jene Äußerungen „den Vollbestand des Christenglaubens, insbesondere auch die zum Grundbestande gehörige Lehre von der Menschwerdung des Sohnes Gottes für gefährdet erachtet.“ Gegenüber diesen Befürchtungen wurde auf „die erhebende Bekenntnisthat“ des Kaisers in Wittenberg hingewiesen, wonach „auch das Glauben an den Mensch gewordenen Gottessohn, als dem gemein-

samen Bande der christlichen Kirche, zu schlichtem, aber bestimmtem Ausdruck gebracht ist" und in den weitesten Kreisen des evangelischen Volks lauten Wiederhall gefunden habe. Übrigens bestehe der Satz „Empfangen vom h. Geist" u. s. w., nach dem Urteil zahlreicher hervorragender Vertreter der theologischen Wissenschaft, „noch immer die Probe der Wahrheit." Eine Entfernung des Apostolikums aus dem gottesdienstlichen Gebrauche oder auch nur eine Freiegebung an die Willkür der Einzelgemeinde würde das Rechtsbewußtsein der landeskirchlichen Gemeinde verletzen. Durch diesen Abschluß der Frage war es den streng Konservativen benommen, sie fernerhin politisch zu verwenden. Über den Wert der Bekenntnisformeln vom echt christlichen Standpunkt sprach sich der Prediger v. Soden in Berlin in einer Schrift „Und Frieden auf Erden" in einer für beide Streittheile beherzigenswerten Weise aus.

Neben den kirchlichen Fragen wandte sich die öffentliche Aufmerksamkeit im Herbst vornehmlich dem in Aussicht stehenden Plane der Regierungen wegen abermaliger Vermehrung des deutschen Heeres zu. Je näher die Zeit der parlamentarischen Tagungen wieder heranrückte, um so dringlicher machte sich der Wunsch nach baldiger Kenntniß dieses Planes geltend. Seit Ende September wurden in der Presse aller Parteien die hierbei vermutlich in Betracht kommenden Fragen aufs lebhafteste besprochen, namentlich unter Berücksichtigung des Falles, daß sich im Reichstage eine Mehrheit aus den Parteien zusammensinden könne, die beim preussischen Schulgesetze gescheitert waren. Die Besprechungen drehten sich vor allem um die Frage, ob Deutschland überhaupt eine höhere finanzielle Leistung für militärische Zwecke vertragen und wie weit die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich sein werde. Als nun im Anfang Oktober die Militärvorlage vom Reichskanzler dem preussischen Staatsministerium zur Kenntnißnahme zugeing, wurde in der ganzen politischen Presse die Frage behandelt, ob nicht vielmehr in erster Linie dieses Staatsministerium zur sachlichen Prüfung berufen gewesen wäre. Man wollte von einem Zwiespalt zwischen ihm und dem Reichskanzler wissen, sprach auch wohl schon von einer „Krisis", einem Gegensatz zwischen diesem und dem Ministerpräsidenten Graf Eulenburg und begann einen Unterschied zwischen dem Kaiser und dem König von Preußen zu machen.

Nachdem dann die „Nordd. Allg. Ztg.“ Ausführungen von offenbar kundiger Seite gebracht hatte, wonach die Regierungen die zweijährige Dienstzeit aus politischen Gründen angenommen hätten, wurde das Verlangen nach Veröffentlichung des Entwurfs immer größer und die „Köln. Ztg.“ sprach am 23. Oktober von Geheimnisräumerei, aber folgenden Tags veröffentlichte sie den Entwurf.

Der Gesetzentwurf setzte die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 auf 492068 Mann als Jahresdurchschnittsstärke fest, während sie jetzt 486983 Mann einschließlich der Unteroffiziere beträgt. Die Infanterie soll in 711 Bataillone statt bisher 538; die Kavallerie statt in 465, in 477 Eskadrons; die Feldartillerie, statt in 434, in 494 Batterien; die Fußartillerie, statt in 31, in 37 Bataillone; die Pioniere in 24, statt bisher 20 Bataillone; die Eisenbahntruppen in 7, statt in 5 Bataillone eingeteilt werden, der Train wie bisher 21 Bataillone haben. Der Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen werden. In der Begründung wurde betont, daß eine gesetzliche Regelung nötig ist, weil die 1890 getroffene letzte Regelung nur bis zum 1. April 1894 Geltung hat. Dann heißt es, die militärische Lage habe sich zu Ungunsten Deutschlands verschoben; unser Übergewicht sei geschwunden, weil wir in der allgemeinen Militärpflicht von den Nachbarn überholt seien; zur Bewahrung unserer Sicherheit ergebe sich als einziges Mittel die volle Ausnutzung unserer nationalen Wehrkraft. Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die alle wirklich Diensttauglichen aufnimmt. Zu erreichen sei dies nur durch Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Das sei kein Bruch mit der Vergangenheit, denn grundsätzlich solle die dreijährige Dienstzeit erhalten werden, für durchführbar werde aber eine kürzere Dienstzeit bei den Fußtruppen gehalten insofern durch die Organisation die Sicherheit geboten werde, die Ausbildung intensiver zu gestalten als bisher. Infolge dessen müßten die Kadettenkorps, die Unteroffizierschulen- und Vorschulen erweitert, die Kapitulantelöhne erhöht und ein Kapitulanten-Handgeld eingeführt werden; die Ausbildung der

Ersatzreservisten im heutigen Sinne falle fort. Bei einem künftigen Rekrutenbedarf von rund 235000 Mann werde Deutschland, unter Zurechnung von 9000 Freiwilligen, in 24 Jahrgängen bezüglich der Zahl der ausgebildeten Mannschaften und nach Abzug von 25 Prozent Ausfall, Frankreich um etwas überflügeln, das an der äußersten Grenze der Heranziehung seiner Wehrfähigen angelangt sei, und hinter Rußland nicht mehr erheblich zurückbleiben. Die einmaligen Ausgaben waren in dem Entwurfe auf 66800000 Mk. angegeben, die dauernde Jahreserhöhung auf 64 Millionen Mk.

Diese Bestimmungen wurden von der Presse und von Versammlungen der verschiedensten Parteien in allen Theilen des Reichs eingehend erörtert. Man zeigte sich zwar im allgemeinen wiederum bereit zu allen für die Verteidigung des Vaterlands nötigen Opfern, hatte aber manche erhebliche Zweifel zu erheben. Wie soll, hieß es, auf einmal das Offiziercorps um $10\frac{1}{2}$, das Unteroffiziercorps um $16\frac{1}{2}$ Prozent verstärkt werden können, während jetzt schon die Ergänzung auf Schwierigkeiten stößt? noch unklarer sei es, wie ohne Schädigung der Ausbildung mit der vorgeschlagenen Vermehrung des Ausbildungspersonals eine so erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und der Kadres durchgeführt werden solle. Auch glaubte man vielfach, die Kosten würden noch weit mehr betragen als angegeben war. Im ganzen fand der Entwurf in der Bevölkerung keine gute Aufnahme, insbesondere auch nicht in der Zentrumspartei. Von deren Hauptorganen nannte das eine den Entwurf einen Sprung ins dickste Dunkel und ein anderes bezeichnete ihn als gänzlich aussichtslos, weil die ganze Lage unheilbar verfahren sei. War doch auch 1890 von Windthorst der Reichstagsbeschluß beantragt, wodurch die damalige Heeresvermehrung in der Erwartung genehmigt wurde, daß von den auf Heranziehung aller Waffenfähigen gerichteten Plänen Abstand genommen werde und daß eine abermalige Armeevermehrung ohne Berücksichtigung dieser und anderer Forderungen „schlechterdings nicht eintreten“ könne. Zu alledem legte noch Fürst Bismarck sein Wort gegen den Entwurf in die Waagschale. In einer Unterredung mit dem Rechtsanwalt Blum aus Leipzig sprach er sich am 30. October in Barzin dahin aus, gerade die erste Voraussetzung für den Entwurf sei nicht vorhanden, nämlich die Notwendigkeit. Höchst unwahrscheinlich sei es, daß wir gleichzeitig den

Krieg an zwei Fronten zu führen haben würden. „Und warum diese ungeheure Friedenspräsenzstärke?“ Auf gute Führung, überlegene Taktik komme es wie bisher an; diese könne durch ungeheure Vermehrung der Heere nicht gewährleistet werden; mit der jetzigen Heeresstärke könnten wir bei richtiger Führung sehr wohl sogar an zwei Fronten erfolgreich operieren. Die Kriegsgefahr sei jetzt nicht dringlicher als 1888 und der Krieg werde, wenn überhaupt, keinesfalls vor 2 bis 3 Jahren ausbrechen. Jede Monarchie in Frankreich sei für den Frieden mit Deutschland gefährlicher als die Republik und daß die jetzigen dortigen Machthaber nicht an Krieg dächten, gehe am deutlichsten daraus hervor, daß sie den päpstlichen Segen für die Republik erbeten und erhalten hätten. In Rußland werde nur von der Presse, den Juden und vor allem von den Polen zum Kriege gehetzt, Rußland sei aber, ganz abgesehen von seiner Hungersnot, Choleraverheerungen und Finanzlage, für wenigstens drei Jahre am Kriege verhindert, weil es eher seine Ausrüstung mit dem neuen Gewehr und Pulver nicht vollendet habe. Die zweijährige Dienstzeit, durch welche die Militärvorlage schmachhaft gemacht werden solle, bezeichnete Fürst Bismarck als „höchst bedenklich“ und er verwies darauf, wie unerschütterlich fest der alte Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten hätten. Künftig würden die dreijährig Gedienten bei den Rekruten im Ansehn der früheren „Strafbaiern“ stehen. Als die richtige Lösung der Frage bezeichnete der Fürst eine Bereiterklärung des Reichstags, wirklichen Mängeln der Heeresverhältnisse abzuhelpen, sobald man ihm die richtigen Quellen nachweise, aus denen die Mehrbedürfnisse ohne unerträgliche Belastung der Einzelstaaten genommen werden könnten. Im Reichstag, sagte der Fürst, würde er nicht ohne äußerste Not erscheinen. Dessen Mehrheit würde sich keineswegs um ihn scharen, vielmehr ihn meiden, wie einen Pestkranken, auch möchte er nicht gern als Offizier dem Ministerium Opposition machen.

Durch diese Ausführungen wurde die öffentliche Aufmerksamkeit um so mehr aufs neue auf den Fürsten Bismarck gelenkt, als er einige neue und geschichtlich interessante Mitteilungen daran knüpfte. Er kam auf die Gründe, die Preußen 1866 bewogen, das Königreich Sachsen in vollem Umfange fortbestehen zu lassen. König Wilhelm sei geneigt gewesen, ein Stück von Sachsen, aber

auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen zu nehmen; für Bismarck sei aber die Frage nach der Bundestreue der betreffenden Fürsten entscheidend gewesen. Diese Treue wäre nur vom ehrwürdigen Könige von Sachsen zu erwarten gewesen; zudem hätte, wenn Sachsen einverleibt wäre, von einem norddeutschen „Bunde“ eigentlich nicht mehr die Rede sein können, denn es hätte alsdann nur ein sehr großes Preußen einer Anzahl Kleinstaaten gegenübergestanden; auch wäre die französische Kriegslust sowie Oesterreichs Neigung, noch einmal die Waffen gegen Preußen zu erheben, bei weitem größer gewesen, wenn Sachsen annectiert wäre. Graf Karolyi habe für diesen Fall sogar Oesterreichs Fortsetzung des Krieges in Aussicht gestellt. Aus diesen Gründen sei in Nikolsburg die Zusage wegen Sachsens erteilt. Weiterhin sprach sich der Fürst gegen Mitteilungen im Novemberheft der „Deutschen Revue“ aus. Darin war ihm vorgeworfen, er habe im Frühjahr 1875 den Krieg mit Frankreich geplant und sei nur durch das Machtwort Kaiser Wilhelms davon abgehalten; für Deutschland sei dies aber verhängnisvoll geworden, weil die Einmischung Rußlands zur Erhaltung des Friedens dieses und Frankreich genähert habe. Darauf erwiderte der Fürst, Frankreich sei damals so schwach gewesen, daß beim Erheben des Kriegsgeschreis die französischen Generale, nach amtlichen Versicherungen, offen erklärt hätten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, um die Frivolität des deutschen Angriffs vor aller Welt zu beweisen. „Ich habe nun,“ so fuhr der Fürst fort, „immer den Beginn eines Krieges, den wir anders als gezwungen und gedrungen aufnahmen, für eine Ruchlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend gehandelt;“ dagegen sei Moltke und der Generalstab von der Ansicht ausgegangen, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, so lange es noch unvorbereitet sei. Auf Umwegen und nach einigem Widerstreben des Kaisers habe der Fürst dann erreicht, daß dem Generalstab bedeutet sei, er habe sich nicht in die auswärtige Politik zu mischen. Völlig unwahr sei, daß er damals Herrn v. Radowitz nach Petersburg geschickt habe, um Rußlands Neutralität in einem deutschen Angriffskriege wider Frankreich zu erbitten, sondern Radowitz habe dort nur dahin wirken sollen, daß der russische Reichskanzler nicht ferner die deutsche Botschaft und Militärvertretung in Petersburg benutze,

um auf preussische Kosten Telegraphenauslagen für seine Tasje zu sparen. Fürst Gortschakow habe sodann durch den französischen Botschafter v. Gontaut-Biron in Berlin die Friedensliebe des Fürsten Bismarck in den ihm wenig geneigten Kreisen der Kaiserin Augusta und des Zentrums zu verdächtigen gesucht. Als der Fürst sich darauf bei einer Zusammenkunft mit dem Zaren über Gortschakow beschwert, habe jener erwidert: „Aber Sie wissen doch, daß er vor Eitelkeit toll ist.“ Hiernach habe es in einem russischen Rundschreiben geheissen: „Jetzt ist der Frieden gesichert.“ Das Vertrauen, welches Fürst Bismarck beim Zaren Alexander II. genossen, habe Rußland zum Dreikaiserbündnis geführt. Er habe den drei hohen Herren bei ihren Zusammenkünften jedesmal mit Erfolg vorgestellt, daß sie im monarchischen Interesse gegen die Revolution unendlich viel mehr Gemeinsames zu verteidigen hätten, als sie getrennt durch Einzeleroberungen gewinnen könnten. Erst seit dem Berliner Kongreß datiere der Deutschenhaß und die Kriegsbehererei in einem Teile der russischen Presse. Die Feinde des Friedens mit Deutschland seien aber in Rußland nur die Juden, namentlich die Polen. Deren ganze Hoffnung sei ein Krieg mit Deutschland, bei dem Rußland den kürzeren ziehe und das polnische Reich wiedererstehen solle. Nach den ferneren Berichten Dr. Blums sprach sich Fürst Bismarck auch über den deutsch-englischen Vertrag bezüglich Deutsch-Ostafrikas und Helgolands aus. Er würde diesen Vertrag niemals geschlossen haben; Sansibar sei bereits halbdeutsch gewesen, als es den Engländern überlassen wurde, und Helgoland sei eher eine Last und Schwäche für Deutschland in einem Kriege mit Frankreich, denn diesem sei die Insel in englischen Händen als Kohlendepot verschlossen gewesen. Die Verwaltung Wismanns in Ostafrika sei viel besser als die v. Sodens gewesen. Über den Berlin-Wiener Distanzritt sprach sich der Fürst abfällig aus, eine solche Leistung komme im Felde garnicht ernsthaft in Frage. Was den Rücktritt v. Schlözers vom Posten eines preussischen Gesandten beim Vatikan betrifft, so bemerkte der Fürst, daß ein Grund für dessen unfreiwillige Entfernung nicht angegeben sei; es sei die Maßregelung eines der tüchtigsten und verdienstvollsten Diplomaten. An dem kürzlich verstorbenen Lothar Bucher habe der Fürst viel verloren, und resigniert habe er gesagt: „Meine wirklichen Freunde gehen

mir im Tode voraus und diejenigen, die meine Freunde zu sein behaupten, wenden sich vor mir ab.“

Alle diese Äußerungen des Fürsten Bismarck riefen in der Presse wiederum äußerst lebhafteste Erörterungen hervor. Seine Gegner nahmen besonders Akt von einer nebensächlichen Bemerkung. Er hatte zum Herausgeber der Berliner „Zukunft“, Herrn Harden, geäußert, er habe 1870 die dem Kriege vorausgehende Depesche des Königs aus Ems vor ihrer Veröffentlichung durch Streichung geändert, und daß Moltke und Roon, die gerade anwesend gewesen, sich beifällig darüber geäußert hätten, ersterer mit den Worten: „Erst war es Chamade, jetzt ist es Fanfare.“

Über diese Aussagen fielen alsbald alle Gegner des Fürsten gierig mit dem Hinweife her, nun habe er selbst endlich eingestanden, daß er 1870 den Krieg hervorgerufen, also Eroberungspolitik verfolgt habe. Katholische und sozialdemokratische Blätter sprachen von einer nach dem Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel“ vom Fürsten vorgenommenen Fälschung, und die französische Presse fiel erst recht in diesen Ton ein. Dagegen machten sich vieler Orten die Freunde des Fürsten und der geschichtlichen Wahrheit daran, durch richtige Hervorhebung der feststehenden Thatfachen öffentlich zu beweisen, daß der Krieg, wie er von Frankreich gewollt, nicht habe vermieden werden können. Unwiderleglich wurde festgestellt, daß Graf Bismarck erst durch die am 13. Juli 1870 nachmittags in Berlin eingetroffene Depesche des Königs aus Ems die Überzeugung gewann, eine Beilegung des Zwists sei unmöglich und im Interesse der verletzten Ehre Deutschlands auch nicht mehr wünschenswert. Und wenn, so bemerkten die „Hamburger Nachrichten“, Graf Bismarck damals durch Veröffentlichung der Depesche, in der er nach der Ermächtigung des Königs eine Streichung vorgenommen, darauf hingewirkt habe, die Franzosen bis zur vollen Übernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so habe er sich um Deutschland wohl verdient gemacht; ohne die französische Kriegserklärung und den Krieg würde Deutschland sich vor den französischen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen haben und in eine ähnliche, nur schlimmere Lage geraten sein, wie sie 1850 als das Ergebnis von Olmütz erschien. Alle diese Klarlegungen waren den bismarckfeindlichen Blättern sichtlich sehr unerwünscht; der

ultramontane „Westfälische Merkur“ sagte sogar, der Fürst scheine jetzt seine damalige Fälschung für eine Großthat zu halten, „ein trauriger Mangel an Gewissen und Schamgefühl, eine arge Rücksichtslosigkeit gegen das Andenken Kaiser Wilhelms I.“ verrate sich da. Und nun gar die französischen Blätter! Die Entdeckung der angeblichen Fälschung erschien auch ihnen so wertvoll, daß sie dieselbe sich durch bloße Gegenbeweise nicht wieder rauben lassen wollten, ungeachtet sogar General Trochu auf diesen Värm hin aus seiner Zurückgezogenheit mit dem ehrlichen Zeugnis hervorgetreten war, daß man damals in St. Cloud den Krieg gewollt habe. Zum Überflus kam einige Zeit später von französischer Seite ein Bericht über neuere Äußerungen des Fürsten Bismarck. Der Journalist des *Hour* veröffentlichte im Pariser „*Matin*“ vom 11. Dezember seine neuerdings mit dem Fürsten stattgehabte Unterredung. Dieser habe geäußert, er hätte niemals geglaubt, die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron könne zu einem Kriege führen; erst nach der Sitzung des gesetzgebenden Körpers in Paris habe er eingesehen, daß Frankreich den Krieg wolle; er wäre aufgebracht gewesen dadurch, daß Beneditti in Ems direkt mit dem Könige verhandelte, und durch den Brief, dessen Unterzeichnung der deutsche Botschafter in Paris dem Könige habe auferlegen wollen. Die Abberufung des Botschafters sei nur wegen des von diesem begangenen Fehlers erfolgt, es habe kein Abbruch der Beziehungen sein sollen. Die Redaktion der Depesche habe er geändert, wie es sein Recht gewesen, aber ohne ein unwahres Wort hinzuzufügen und die Redaktion habe die Zustimmung des Königs gefunden. Weiterhin enthielt der Bericht des *Hour* Äußerungen des Fürsten zu gegenwärtigen Verhältnissen. Er glaube, in einem Kriegsfalle würde Rußland sich sofort südwärts wenden; für Deutschland könne es nur angenehm sein, wenn ein Seitenstoß vermieden und Rußland im Orient mit den Engländern handgemein würde; darum würde Deutschland im Falle eines deutsch-französischen Krieges Rußland am Balkan freie Hand lassen. Allen kolonialen Erfolgen Frankreichs würde Deutschland Beifall spenden und eine Einigung beider Länder wäre bei Bekämpfung des internationalen Sozialismus möglich.

Die Erörterungen der Presse über den Militärplan der Regierung erhielten durch die Bemerkungen, die Fürst Bismarck hierüber und

zur auswärtigen Politik zu Dr. Blum gethan, erhöhte Lebhaftigkeit. Daß eine solche Autorität die Vorlage für unnötig halte und dieses Wort beizeiten dazwischen werfe, schien zu ungunsten des Plans auf weite Kreise tiefen Eindruck zu machen. Eine Verringerung schienen dessen Aussichten auch von einer Seite zu erfahren, von der man es nicht erwartet hatte. Das „Militär-Wochenblatt“, amtliches Organ der preussischen Militärverwaltung, veröffentlichte Anfang November Aufsätze über den „Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung“, die den Zustand des deutschen Heeres in einer Aufsehen erregenden Weise kritisierten; insbesondere war angedeutet, daß die deutsche Landwehr sich im Kriege vielfach nicht so wie es sollte genommen hätte. Äußerungen wie die, daß ein verheirateter, wohlbelebter Landwehrmann sich seiner Familie erinnere und eine gute Deckung weniger leichten Herzens verlasse, um vorwärts zu stürmen, wie ein junger Einienisoldat, erregten Unmut und riefen Zurückweisung in der Presse fast aller Parteien hervor. „Allzu scharf macht schartig“, sagte die „Post“ zu solcher Befürwortung der Militärvorlage. Die „Kreuzzeitung“ bedauerte die „köstliche Verlockung für unsere Nachbarn“, die darin liege, daß das „Militär-Wochenblatt“ zu beweisen suche, wir würden bei jeder Art Frontstellung, bei jeder Kombination mit oder ohne Dreibund, mit oder ohne Rußland Schläge bekommen. Sehr beachtet wurde der Einspruch der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ gegen jene Beurteilung der Landwehr, die mit den Erfahrungen des Großherzogs von Baden in Widerspruch stehe. Als sodann in einigen Blättern Details über neuerdings massenhafte Verschiebungen russischer Truppen gegen Westen und über die großen Aufwendungen Frankreichs auf Verstärkung seiner Festungswerke veröffentlicht wurden, rief nicht nur die „Freisinnige Zeitung“ „Bangemachen gilt nicht!“ sondern auch die „Konservative Korrespondenz“ warnte wegen des moralischen Eindruckes inner- und außerhalb des Landes vor zu großer Schwarzmalerei. Auch die parlamentarischen Aussichten des Militärplans schienen sich zu verdüstern. Anscheinend unter dem ungünstigen Eindruck, den er in der Bevölkerung hervorgerufen, begann gerade diejenige Partei sich immer mehr von dem Plane abzuwenden, von der man bisher angenommen hatte, daß sie für ihn den Ausschlag geben werde. Die Organe der Zentrumsparthei nahmen seit dem 9. November entschieden Stellung

dagegen. Die „Germania“ schilderte die Militärvorlage als totale Mißachtung der von Windthorst beantragten Erklärungen des Reichstags, und eine Reihe katholischer Blätter sagten unter der Überschrift „Was ist uns Caprivi?“, die Erhaltung des Reichskanzlers im Amte scheine für die Zentrumsparthei nicht den Wert zu haben, daß sie ihretwegen für eine so ungeheure Vorlage stimmen könne, zumal damit wahrscheinlich die Existenz des Zentrums und seine Eintracht aufs Spiel gesetzt wäre. Die gleiche Entschiedenheit trat in der freisinnigen Partei hervor. Der Abg. Richter entwickelte bei der Feier des 25jährigen parlamentarischen Jubiläums von Birkow und Parisius in Berlin ein Programm, wonach es endlich an der Zeit sei, in den Mehrbelastungen des Volks einen Strich zu machen und in den bevorstehenden Kämpfen das Ansehen des Reichstags zu wahren. In der Bevölkerung Süddeutschlands trat ein starker Widerstand gegen die Militärvorlage hervor, wengleich eine Reihe von Versammlungen in Württemberg sich für Bewilligung des Notwendigen aussprach.

Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen wichtigen und umfangreichen Fragen der Gesetzgebung wurde der preußische Landtag, statt wie gewöhnlich zum Januar, schon zum 9. November berufen. Die Eröffnung erfolgte diesmal nicht vom Throne, sondern durch den Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg. Die von ihm im Rittersaale des Berliner königlichen Schlosses verlesene Ansprache befaßte sich fast nur mit den neuen Vorschlägen zur Fortführung der 1890 begonnenen Steuerreform. In der Finanzlage des Staates sei eine Wendung zum Besseren noch nicht eingetreten. Der aus Mehrausgaben bei den Staatsbahnen entstandene Fehlbetrag von 42 Millionen für das Jahr 1891—92 solle durch eine Anleihe gedeckt werden, auch für 1892—93 stehe ein günstiger Abschluß nicht bevor wegen Rückgangs der Staatseisenbahn-Einnahmen infolge der durch die Cholera ungünstig beeinflussten wirtschaftlichen Verhältnisse. In dem in Vorbereitung befindlichen Etat für 1893—94 mußten daher alle Ausgaben besonders vorsichtig veranschlagt werden, insbesondere die Fortführung der Beamtenaufbesserung noch ausgesetzt bleiben, nur für die mittleren Beamtenklassen könne einiges geschehen. Der Hauptberatungsgegenstand bilde der Abschluß der begonnenen Umgestaltung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens.

Der Plan bezwecke, unter Beseitigung der unbilligen und ungleichen Vorbelastung der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden und unter stärkerer Heranziehung des vererblichen Besitzeinkommens im Gegensatz zum Arbeitseinkommen, die staatlichen Steuerlasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu verteilen, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen und dadurch sowie durch geeignete gesetzliche Bestimmungen zu einer gerechteren Verteilung der Gemeindelasten, unter wesentlicher Beschränkung der Zuschläge zur Einkommensteuer, zu gelangen. Dabei werde auf die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer und auf die Erleichterung der Schullasten der Gemeinden Bedacht genommen, auch würden Vorschläge zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes, jedoch in beschränktem Umfange, und zur Reform des Wahlrechts gemacht werden. Beide Kammern wählten alsbald ihre bisherigen Präsidien wieder. Die Parteien erschienen im Abgeordnetenhaus in folgender Stärke: 124 Konservative, 64 Freikonservative, 82 Nationalliberale, 96 vom Zentrum, 26 Freisinnige, 14 Polen und 12 Wilde; 13 Mandate waren erledigt. Am 10. November legte der Ministerpräsident mit einer erläuternden Ansprache drei Gesetzentwürfe zur Steuerreform nebst einer Denkschrift vor. Die Entwürfe betreffen die Aufhebung direkter Staatssteuern, die Einführung einer Ergänzungssteuer und die Regelung der Kommunalsteuer. Nach ersterem Entwurfe sollen die Grund- und Gebäudesteuer sowie die Gewerbe- und Betriebssteuer gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt, die Bergwerksabgaben aufgehoben, erstere hinfort vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung veranlagt und verwaltet werden. Der Verzicht des Staates auf diese Steuern wird für notwendig gehalten behufs Beseitigung der außerordentlich ungleichmäßigen Belastung im gegenwärtigen Steuersystem. Das Gesetz, betreffend die Überweisung von Beträgen, die aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, soll außer Kraft treten. Ersatz für den Wegfall der 101 730 000 Mk. betragenden Realsteuern soll der Staat finden erstlich in den Ersparnissen aus der Aufhebung letzteren Gesetzes, ferner im Fortfall von Gebühren bei der Erhebung von Steuern und bei der Einkommensteuerveranlagung, denn künftig soll die Staatseinkommensteuer von den Gemeinden ohne Inanspruchnahme von Prozentsätzen für die Veranlagung unentgeltlich besorgt werden. Drittens

soll die Deckung gefunden werden in dem Mehrertrage, welchen die Einkommensteuer in Folge des Gesetzes von 1890 erbracht hat. Die Deckungsmittel aus diesen drei Quellen sind auf 66 940 000 Mk. berechnet; für die übrigen 34 790 000 Mk. soll Ersatz gefunden werden in einer „Ergänzungssteuer“. Hiernach soll von dem seiner Natur nach zur Produktion bestimmten Vermögen, möge es in Grundbesitz, gewerblichem Anlage- und Betriebskapital oder sonstigem Kapitalvermögen bestehen, eine Steuer von $\frac{1}{2}$ von Tausend, berechnet nach dem Verkaufswert zur Zeit der Veranlagung, erhoben werden. Mobilien soll ausgeschlossen sein. Der Steuer sollen Personen nicht unterliegen, deren steuerbares Vermögen den Wert von 6000 Mk. nicht übersteigt oder deren steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr als 900 Mk. beträgt. Endlich bildet das Kommunalabgabengesetz eine neue Rechtsordnung, welche eine sachgemäße Bewirtschaftung der Steuerquellen durch die Gemeinden feststellt.

Dieser Steuerreformplan wurde in der Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Man konnte nicht umhin, ihn als logisch zu bezeichnen und anzuerkennen, daß er zum Teil längst Erstrebtes enthielt. Die „Kreuzzeitung“ sagte, der Plan sei nach großen Gesichtspunkten einheitlich gedacht und durchgearbeitet, und die demokratische „Frankfurter Zeitung“ gab zu, daß er aner kennenswerte sozialpolitische Ziele zweckmäßig anstrebe. Andererseits machte sich ein Mißbehagen geltend, da es schien, als sei die Entwicklung der Finanzlage Preußens mit den nächstens im Reichstage in Aussicht stehenden Mehrforderungen nicht in Einklang zu bringen. Die neue Vermögenssteuer war es vor allem, was vielfach mit ungünstigen Augen angesehen wurde. Die „Freisinnige Zeitung“ insbesondere glaubte, daß die Staatskasse schon bloß durch die Einkommensteuer schadlos gehalten werden könnte, und die freikonservative „Post“ ließ das Wort „Vermögenskonfiskation“ fallen.

Die erste Beratung der Steuervorlagen fand im Abgeordnetenhaus vom 18. bis 26. November statt. Finanzminister Miquel eröffnete sie mit erläuternden Bemerkungen. Als feststehend nahm er an, daß die Reform in ihrer Gesamtheit die getreue Erfüllung der Zusagen sei, welche die Regierung beim ersten Schritte gegeben, den sie zur Durchführung einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten gethan hat. Die nicht beabsichtigt gewesenen Mehrerträge der

Einkommensteuer sollten lediglich eine weitere Reform erleichtern. Auf die festen Einnahmen aus Realsteuern könne der Staat nicht ohne vollen Ersatz verzichten. Die jetzt vorgeschlagene Reform bewege sich völlig im Kreise der seit Jahrzehnten im Landtage vielfach zum Ausdruck gelangten Anschauungen, Wünsche und Anträge. Gegenwärtig träfen für diese Reform günstige Umstände zusammen, ein Fall, der nicht so bald wieder eintreten würde. Jetzt ständen 40 Millionen Überweisungen an die Kreise zur Verfügung. Werde hierüber, unter Aufschub der Reform, anderweitig verfügt, so werde sie auf immer unmöglich. Der beabsichtigte Aufbau auf dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit vertrage sich nicht mit dem Bestande der um die persönlichen Verhältnisse sich nicht bekümmern den Realsteuer. Eine gründliche Reform sei nicht mit halben Maßregeln durchzuführen, eine lebenskräftige Erhaltung und Ausgestaltung der Realsteuer sei nur in der Gemeinde möglich. Zu deren Gunsten wüßte also der Staat auf die Realsteuern verzichten. Unzutreffend seien die Einwände, daß der Staat nicht auf so sichere Einnahmen wie die Grund- und Gebäudesteuer verzichten dürfe, und daß die Grundsteuer vielfach den Charakter einer Rente angenommen habe. Der Minister wies ferner den Vorwurf zurück, das Reformprogramm führe zu ungerechter Verteilung, weil das platte Land dabei viel besser wegkomme als die Städte. Wenn die Reform eine richtige sei, werde sie denen zu gute kommen, die bisher überlastet waren, seien dies nun Städte oder das Land. Für das Kommunalsteuerverwesen erhoffe die Regierung aus der Überweisung der Realsteuern um so mehr eine gesunde Entwicklung, als es bisher fast nur auf die Personalsteuern angewiesen war. Was den Ersatz der infolge der Überweisung der Realsteuern dem Staate fehlenden 35 Millionen betreffe, so könne man sich nicht auf eine künftige Zunahme der Einkommensteuer verlassen, ebensowenig auf ein Steigen der Erträge aus den Getreidezöllen. Der vorgeschlagene Ersatz habe allerdings die Form einer Vermögenssteuer, ihre Bedeutung und ihr hauptsächlichster Zweck bestehe aber darin, daß die Steuerkraft auch dort erfaßt werde, wo sie von der Einkommensteuer naturgemäß nicht getroffen werde. Nur auf diese Art sei eine wirkliche Unterscheidung zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen möglich, diese aber sei ein Gebot der Gerechtigkeit, denn es gehe in der That auf die Dauer nicht an, daß der Arzt, der

Gelehrte, der Litterat, der Advokat, der kleine Handwerker und Bauer ebensoviel steuern wie Leute, die ein ähnliches Einkommen aus erbtem Besitz haben. Zum Schluß sagte der Minister: Wenn wir genötigt sind, dringenden Übelständen Abhilfe zu verschaffen, dann ist es richtig, ganze Arbeit zu machen und eine Reform zu schaffen, die befriedigt, nicht ein Stückwerk, das niemanden befriedigt und viele verlezt, die Fragen nicht löst und immer zu neuer Unruhe Anlaß giebt.

Gegen diese Ausführungen erhob sich zunächst der freisinnige Abg. Rickert. Er fand in den Vorlagen die Sonderinteressen über Gebühr berücksichtigt und behauptete, daß es sich um kolossale Mehrforderungen bei Gelegenheit dieser Reform handele. Eine solche Eile, um die ganze Reform mit einem Schlage durchzuführen, sei nicht begründet; diese hätte zeitig vorher dem Lande bekannt gemacht werden müssen. Vor allem müsse aber eine Reform des Wahlgesetzes vorangehen, damit die durch das Einkommensteuergesetz eingetretenen starken Verschiebungen beseitigt würden. Dieses habe eine Mehrbelastung der untersten Stufen herbeigeführt. Die Not und Sorge in den Gemeinden würde auch durch die Überweisung der Realsteuern nicht beseitigt werden. Im Namen der nationalliberalen Partei sprach sich der Abg. Sattler für die Reform aus. Der bisherige Zustand der Steuergesetzgebung könne in der That nicht länger andauern und es sei nötig, den Klassegegensatz zu beseitigen, der durch die Vereinigung der Einkommensteuer mit den Realsteuern in die Bevölkerung getragen werde. Der freikonservative Graf Behr hielt zwar die Vorlagen für klar und logisch aufgebaut, glaubte aber, daß eine zwingende Notwendigkeit zu so radikaler Änderung der Steuern nicht vorliege. Soweit zu gehen, wie die Vorlagen, sei früher niemals die Absicht der Volksvertretung gewesen. Schon angesichts der bedenklichen finanziellen Lage sei die Änderung nicht ratsam. Das neue Wahlgesetz müsse unbedingt vorangehen, denn ein neues Steuergesetz bringe die Gefahr einer erheblichen Veränderung des Wahlrechts nach demokratischer Richtung. Der Abg. v. Jagow erklärte, daß die Vorlagen im wesentlichen dem konservativen Programm entsprächen, seine Partei würde aber dagegen stimmen, wenn nicht zuvor Sicherheit geschaffen werde, daß keine Verschiebung des Wahlrechts nach der plutokratischen Seite oder zu gunsten derer eintrete, die nichts für den Staat leisten. Richter (d.=freis.) gab zu, daß die

Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer vielfach verlangt sei, meinte aber, man habe dabei niemals gedacht, die Mittel durch Vermehrung der Personalsteuern zu schaffen. Die erstere Maßregel werde nur den Großgrundbesitzern zu gute kommen; je verschuldeter dieser sei, um so größer der Jubel in der „Kreuzzeitung“, dem Organ des alten und verschuldeten Grundbesitzes. Freiherr v. Zedlitz (freikonsf.) meinte dagegen, wenn auch einzelne einen besonderen Vorteil davon hätten, so sei das doch kein Grund, der Gesamtheit die Erleichterung zu versagen. Das platte Land sei erheblich überlastet, seine Entlastung entspreche ganz der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Mit Spannung wurde dem Auftreten des bisherigen Ministers Herrfurth entgegengesehen, seine Ausführungen gaben jedoch keine besondere Aufklärung, inwiefern sein Rücktritt vom Amte mit den jetzigen Vorlagen zusammenhänge. Seine Bedenken richteten sich gegen die praktischen Folgen des Reformplanes sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bezüglich des gesamten öffentlichen Lebens. Bisher sei immer nur von Überweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden die Rede gewesen, jetzt solle diese ganze Steuer erlassen werden. Die hierfür geltend gemachten Gründe seien nicht stichhaltig, namentlich könne aus dem unerwarteten Mehrertrage der Einkommensteuer nicht gefolgert werden, daß außerdem noch 62 Millionen erlassen und zum Teil durch neue Steuern aufgebracht werden müßten; viel näher läge die Verwendung für andere dringliche Bedürfnisse, wie die Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten und die des Volksschulwesens. Redner schilderte dann eingehend, daß die Gemeinden durch die Reform bedeutende Vorteile nicht erhalten würden und sprach sich zum Schluß dahin aus, es möge die Reform lieber verzögert, als der dermalige Zustand zum schlechteren reformiert werden. Finanzminister Miquel trat diesen Ausführungen entgegen und fand darin Unterstützung beim Abg. Enneccerus (nat.-lib.). Als Vertreter der Zentrumsparthei verlangte v. Huene, daß das Zustandekommen der Reform nur gleichzeitig mit der Wahlreform erfolge. Es folgte noch eine Reihe von Rednern, die sich mehr oder weniger mit Einzelheiten der Entwürfe befaßten, von konservativer Seite Höppner und v. Buch, von den Nationalliberalen v. Eynern, Friedberg, Voettinger, Hobrecht, Knebel, Sombart, Seyffarth, von den Freikonservativen v. Tschoppe, Vogelius, Gerlich,

v. Tiedemann, von der Zentrumsparthei Humann, Fritzen, v. Strombeck, Wuermeling, endlich der Pole v. Szarlinski. Die Vorlagen wurden am 26. November an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen, deren Beratungen in diesem Jahre nicht zu Ende kamen; die übrigen gegen 400 Abgeordneten konnten sich daher für diese lange Zwischenzeit, unter Fortbezug der Tagegelder, wieder heim begeben. Die Kommission beendete noch in diesem Jahre die erste Lesung und gelangte damit vorläufig zu dem Schluß, daß die Überweisung der Realsteuern zu genehmigen sei; bezüglich der Art der Deckung dieses Ausfalls schien sie jedoch noch nicht zu endgültiger Ansicht gelangt zu sein.

Das Herrenhaus wählte am 9. November die Herren Herzog v. Ratibor, Frhrn. v. Manteuffel und Oberbürgermeister Böttcher, wie bisher, zu Präsidenten, und verwies am 10. November einen Gesetzesvorschlag des Oberbürgermeisters Adickes von Frankfurt a. M. über Erleichterung von Stadterweiterungen an eine Kommission. Darauf sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus, daß dem Hause von der Regierung irgend welche Arbeiten noch nicht übertragen seien. Hiernach kam ein kleiner Gesetzentwurf zur Vorlage.

Der Reichstag wurde am 22. November im Rittersaale des königlichen Schlosses zu Berlin vom Kaiser eröffnet. Die Mitglieder des Bundesrats unter Führung des Reichskanzlers Grafen Caprivi nahmen links vom Throne Aufstellung. Etwas mehr als 100 Mitglieder des Reichstags versammelten sich gegenüber dem Throne. Der Kaiser erschien in der Uniform der Gardes du Corps, bei seinem Eintritt in den Saal empfangen vom dreifachen Hoch, das der Präsident v. Levekov ausbrachte. Ihm folgten die Prinzen Friedrich Leopold und Albrecht von Preußen, die Erbgroßherzöge von Baden und Oldenburg, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, die Erbprinzen von Meiningen, Waldeck und Hohenzollern, endlich Prinz Karl von Hohenzollern. Die Prinzen stellten sich zur Rechten des Thrones auf. Der Kaiser trat vor den Thronessel und verneigte sich dreimal gegen die Versammlung. Darauf bedeckte er sein Haupt mit dem Helm und verlas die Thronrede, die Graf Caprivi ihm überreichte.

Nach seiner Begrüßung der Versammlung warf der Kaiser einen Rückblick auf die Zeit seit deren letzter Tagung. Dieser gewährte

zwar ein nicht ungünstiges, aber auch ein nicht in jeder Hinsicht erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens seien berechnete Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Daneben habe die in einigen Theilen des Reichs aufgetretene Cholera dem inneren Verkehr empfindliche Schranken auferlegt und unserer ersten Seehandelsstadt beklagenswerte Wunden geschlagen, die das aufrichtige Mitgefühl der Nation fänden. Dank der kräftigen Abwehr sei jedoch die Seuche als getilgt zu betrachten. Die im allgemeinen gesegnete Ernte sowie die Eröffnung neuer und erleichterter Absatzwege für die deutsche Arbeit ließen einen kräftigen Aufschwung der wirtschaftlichen Thätigkeit erhoffen, sofern uns der Friede erhalten bleibe, dessen Pflege dem Kaiser und seinen Verbündeten am Herzen liege. Im Hinblick auf die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten und auf die fernere Unterstützung verbündeter Staaten sei zu hoffen, daß Deutschland im friedlichen Bestreben, seine idealen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde gestört werden. „Gleichwohl macht es uns,“ so fuhr der Kaiser fort, „die Entwicklung der Wehrkraft anderer europäischer Staaten zur ernstesten, ja gebieterischen Pflicht, auch unsererseits auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Sener Entwicklung gegenüber dürfen wir nur bei Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unseres Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene achtungsgebietende Stellung auch für die Zukunft sichern werden. Von dieser Überzeugung einmütig durchdrungen, schlagen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines Gesetzesentwurfs vor, welcher, indem er die Friedenspräsenzstärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die Größe des von der Nation zu bringenden Opfers. Allein Sie vertrauen mit Mir, daß mehr und mehr die Notwendigkeit dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn des Volkes bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen, welche für Ehre und Sicherheit des Vaterlandes getragen werden müssen. In dem Bestreben, diese Lasten thunlichst zu erleichtern, wird die Dienstpflicht im Heere bis zu der militärisch als zulässig erkannten Grenze thatsächlich eingeschränkt werden. Daneben wird

durch die erweiterte Ausbildung und Verwendbarkeit der jüngeren Kräfte für den Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirtschaftliche und militärische Nachteil abgemindert, welchen die Heranziehung der älteren Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird diesen Jahrgängen eine Schonung zu teil werden, deren sie sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen haben." Die Mittel für diese Neuerungen sollten durch Gesekentwürfe über anderweite Besteuerung des Biers, Branntweins und gewisser Börsengeschäfte aufgebracht werden. Zum Schluß sprach der Kaiser mit erhobener Stimme die Zuversicht aus, es werde der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren, den Frieden zu sichern und dem Vaterlande seine teuersten Güter zu erhalten, zu einer Einigung über den vorgeschlagenen Weg führen.

Der Reichstag schritt alsbald am 23. November zu seiner Konstituierung. Von den Mitgliedern gehörten 107 zur Zentrums-, 67 zur freisinnigen, 66 zur deutschkonservativen, 42 zur national-liberalen, 36 zur sozialdemokratischen, 18 zur Reichs-, 15 zur polnischen, 10 zur Volks- und 30 zu keiner Partei, während 6 Mandate erledigt waren. In Anwesenheit von 222 Mitgliedern wurde das Präsidium der vorigen Session (v. Levezow, Graf Ballestrem und Baumbach) wiedergewählt. 11 Gesekentwürfe waren bereits eingegangen. Dazu legte der Reichskanzler Graf Caprivi noch die zwei wichtigsten Gesekentwürfe vor. Diese betrafen die Ersatzverteilung und die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres; sie zusammen bildeten die „Militärvorlage“, die schon so lange und so lebhaft weite Kreise beschäftigt hatten. Der Inhalt dieser Gesekentwürfe stimmte vollständig mit dem, was am 24. Oktober außeramtlich darüber veröffentlicht war.

Um der Bedeutung der Sache willen und weil die öffentliche Meinung sich vielfach in Details verloren habe, ergriff der Reichskanzlers Graf v. Caprivi zur Darlegung ihrer Motive alsbald das Wort. Es sei den verbündeten Regierungen nicht leicht geworden, der Nation Geldopfer zuzumuten, die zwar nicht unerschwinglich, aber doch schwer seien. In den drei Jahren, seit die Notwendigkeit einer durchgreifenden Vermehrung unserer Wehrkraft erkannt worden, sei die wirtschaftliche und die militärische Seite der Vorlage eingehend

erwogen, und dies habe ergeben, daß der Zustand, wie er jetzt besteht, nicht länger dauern könne. Die Regierungen hätten die Verantwortung der Vorlage übernommen trotz der Schwere der Geldlasten, trotz der dadurch in Deutschland hervorgebrachten Unruhe und trotz der ernststen Gefahr, die aus ihrer Ablehnung entstehen könnte. Ungünstige Umstände lägen allerdings vor, aber um ihrer willen dürfe kein Aufschub eintreten. Jedes Jahr, das wir verlieren, sei unwiederbringlich verloren; jedes Jahr, in dem wir Anstand nehmen, die Rekruteneinstellung zu vermehren, um ältere Jahrgänge zu schonen, sei nicht wieder einzubringen. Auch ein äußerer Anlaß könne nicht abgewartet werden, vielmehr könne eine Vorlage von solcher Bedeutung die Zustimmung der Nation nur gewinnen, wenn diese sich überzeuge, daß es sich hier um einen schon lange vorhandenen Zustand handele, der sich allmählich nach dem Schwergewicht der Dinge immer mehr verschärfe. „Ich kann,“ fuhr der Reichskanzler fort, „nicht mit „Krieg in Sicht“ auftreten, werde nicht mit dem Säbel rasseln und nicht schwarz malen, sondern die reine Wahrheit entrollen.“ Die deutsche Regierung lebe in normalen und freundschaftlichen Verhältnissen mit allen anderen Regierungen, sie habe auch kein anderes Ziel, als die Erhaltung des vom Frankfurter Frieden gegebenen Besitzstandes, und treffend habe der Kaiser bei der Übernahme Helgolands gesagt, daß dies das letzte Stück deutscher Erde sei, nach dem unser Sinnen stand. Nun sei in der Presse und von wohlmeinenden Männern eingeworfen, ob wir nicht besser thäten, den auf die Dauer unerträglichen Zustand dadurch zu beenden, daß wir selbst zum Schwerte griffen, den günstigen Augenblick wählten und uns dann durch Ausnutzung der erhofften Siege wieder einen Frieden auf 30 Jahre sicherten. Dieser Ansicht würden aber die Regierungen und das Volk niemals beitreten, denn außer den moralischen ständen schwere sachliche Bedenken entgegen. Was könne der Siegespreis sein? Wir wünschten nicht, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer uns anzueignen; die Einverleibung undeutscher Menschen ins Reich würde nur Verlegenheiten bringen, auch französische Kolonien könnten wir nicht gebrauchen, da wir an den eigenen genug hätten. Ein Blick auf das heutige Frankreich verhindere den Durchbruch der Idee eines Präventivkriegs. Wir würden uns mehr Armeekorps als 1870 gegenüber haben, nicht wie damals mit russischem Wohlwollen rechnen

fönnen, an eine Linie von Sperrforts an der Maas und Mosel, dann die größeren Festungen wie Verdun, Toul stoßen, die französische Reservearmee schlagen, und das zu einer unvergleichlichen Festung mit 56 Forts umgewandelte Paris nehmen und selbst als vollständige Sieger mit Rüstungen fortfahren müssen. Im Anschluß an diese Ausführungen kam der Reichskanzler auf die Frage bezüglich der Ems'er Depesche zu sprechen, die seit Wochen die Gemüther stark erregt hatte, und die nachtheilig auf das Schicksal der Militärvorlage einwirken konnte. Dem ganzen Treiben machte der Reichskanzler durch Mittheilung der im Besitz des auswärtigen Amtes befindlichen Urkunden ein Ende, auf die auch Fürst Bismarck schließlich verwiesen hatte. Der Kanzler erwähnte kurz die Vorgänge in Ems, wie sie niedergelegt seien in einer Denkschrift, die der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet habe. Diese Denkschrift sei dem auswärtigen Amte erst am 17. Juli, nach der Rückkehr des Königs, überliefert. Dann theilte der Kanzler den Wortlaut der sog. ersten, vom Geh. Rat Abeken verfaßten Ems'er Depesche vom 13. Juli 1870, 3 Uhr 50 Minuten nachmittags mit. Davin heiße es, der König habe ihm mitgeteilt, Benedetti habe verlangt, er solle sich für alle Zukunft verpflichten, die Zustimmung zu versagen, wenn die Hohenzollern auf die spanische Kandidatur zurückkämen, und daß er ihn abgewiesen habe. Dann erst habe der König die Nachricht vom Verzicht auf die Kandidatur erhalten, worauf er beschlossen habe, Benedetti nicht mehr zu empfangen. Der König stelle nun dem Grafen Bismarck anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich unseren Gesandten und der Presse mitgeteilt werden solle. Weiterhin theilte Graf Caprivi mit, daß sich in den Akten ein eigenhändiges Billet des Königs an Abeken vom 13. Juli befinde, welches laute: „Es ist doch notwendig, an Werther zu chiffrieren, daß ich indigniert sei über die Grammont-Olliviersche Zumutung und mir das Weitere vorbehalte.“ Endlich theilte Caprivi noch Urkunden mit Aussprüchen Lord Granvilles, Gladstones und des Fürsten Gortschakow mit, wonach sie äußerten, Preußen sei bis an die äußerste Grenze der Verfühnlichkeit gegangen. Diese gründliche Klarstellung stand mit der Militärvorlage in einer gewissen Verbindung, denn es war nicht gleichgültig, daß der Verdacht, als hätte Deutschland damals den Krieg hervorgerufen, in dem Augen-

blicke erregt ward, wo zur Verteidigung eine Heeresverstärkung gefordert wird.

Auf militärische Einzelheiten ging der Kanzler nicht ein, aber er führte die Thatsache an, daß in der Weise, in der die französische Rüstung sich ihrer Vollendung näherte, auch das französische Selbstbewußtsein gestiegen, und damit der Gedanke, ob man wieder bündnisfähig sei sowie der Wunsch nach Abschluß eines auf Revision der Karte Europas abzielenden Bündnisses gekommen sei. Anders lägen die Verhältnisse in Bezug auf Rußland. Mit dieser Macht hätten wir keinen Streitpunkt, und der jetzige Zar sei „durch seine hochherzige und friedliche Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa.“ Auf Grund guter Autorität glaubte Graf Caprivi zu wissen, wie der Zar die friedliche und loyale Politik des Kaisers würdige. Freilich fielen auch Momente in die andere Waagschale. In den weitesten Kreisen des russischen Volks sei eine Verstimmung gegen Deutschland verbreitet, deren innere Gründe sich schwer absehen ließen; dazu komme, daß die russische Militärverwaltung sicher und zielbewußt in ihren Rüstungen weitergehe. Damit sei sie noch nicht am Ende, aber das von ihr Erreichte verdiene „unsere ernste Aufmerksamkeit“ und lasse auf Rußlands Glauben schließen, sein nächster Krieg werde nach Westen geführt werden. Zielbewußt suche man dort die Truppenverlegungen dem Eisenbahnnetze anzupassen, gute Truppen nach dem Westen zu ziehen, die Grenze an der Narew und Weichsel zu befestigen und Kavalleriemassen an unsere Grenze zu legen. Der Zar könne, wie sein Vorgänger, „in eine Lage kommen, wo es ihm als dem Souverän eines großen Staats nicht anders möglich ist, als zum Krieg zu schreiten.“ Ganz bestimmt widersprach der Reichskanzler dem Vorwurf, den Draht zerrissen zu haben, der uns mit Rußland verbindet. Zweifellos habe zwischen Rußland und Frankreich eine innere Annäherung stattgefunden; die Anfänge reichten bis in die 70er Jahre zurück, nur sei sie mit der Zeit sichtbarer hervorgetreten. Ein Zusammenhang zwischen dieser Annäherung und dem beachtenswerten Auftreten der russischen Presse sei nicht zu leugnen. Wenn aber zwei Liebende mit dem Feuer spielten und zuweilen Freudenfeuer anzündeten, deren Funken über unsern Hof fliegen, so hätten wir allen Anlaß, das Röchelgerät in stand zu halten. „Wir stehen vor der Notwendigkeit,

wenn wir an einen künftigen Krieg denken, uns den mit zwei Fronten zu denken, und zwar nicht als die Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall, dem aber seien wir nicht gewachsen. Auch der Dreibund könne die hierzu nötige Truppenzahl nicht aufbringen; deren gemeinsamer Gebrauch werde sehr erschwert durch die Neutralität der Schweiz und das Vorspringen des Gouvernements Warschau zwischen Galizien und Ostpreußen. In die Verhältnisse der verbündeten Staaten könnten wir uns nicht einmischen, und die Hauptlast würde jedenfalls Deutschland zu tragen haben. Sein militärisches Übergewicht in Europa habe dieses verloren, weil unsere Nachbarn ihre Wehrkraft in einer nicht vorauszusehenden Weise steigerten. Wir dagegen hätten uns in Augenblicken, wo wir dem Kriege nahe zu sein glaubten, mit Maßregeln beholfen, deren jede für den Augenblick wirksam war; jetzt aber handele es sich um Maßregeln, die langsam, sicher und besser wirken.

An diese politischen Ausführungen reihte der Reichskanzler die militärischen. Er führte aus, daß sein Plan nichts anderes bezwecke, als was Fürst Bismarck und General v. Verdy schon 1890 erstrebt hätten. „Wir haben die Möglichkeit, unsere Stellung zu erhalten; aber woran es fehlt, das ist die Stärke und die Organisation. Wir sind zu schwach, zu alt und zu lose in bezug auf unsere Kriegsorganisation, und wir wollen verstärken, verjüngen und verbessern.“ Die Verstärkung bestehe in der Vermehrung um 83894 Mann und gründe sich auf die Rücksicht auf einen Krieg nach zwei Fronten; auch wolle man dahin kommen, nicht schon am ersten Mobilmachungstage Landwehr zweiten Aufgebots und Landsturm einberufen zu müssen. Nicht Zahlen, sondern Werte sollten geschaffen werden, die jungen Leute befäßen aber höheren Wert als die Landwehr. Die Grundlage, auf der die Pyramide bisher immer höher gebaut worden, müsse breiter werden. Bei diesen Darlegungen des Kanzlers stellte sich heraus, daß in dem Artikel des „Militärwochenblatts“, der wegen Angriffe auf die Landwehr große Aufregung hervorgerufen hatte, eben nur jenem Gedanken des Kanzlers hatte Ausdruck gegeben werden sollen. Die Landwehr ersten Aufgebots, so fuhr Graf Caprivi fort, müsse zugleich mit der Linie ins Feld gestellt werden, und dann sei bisher stets die Frage entstanden, ob das Tempo des Ganzen sich nach dem angfameren der Landwehr oder nach dem der Linie richten solle. Diesem

Übelstände müsse abgeholfen werden. Eine Vermehrung der Kadres sei nötig, damit den Regimentern beim Übergang in den Kriegszustand nicht mehr so sehr viel an Satt und Stamm entzogen zu werden brauche. Ferner könnten die Übelstände bezüglich der Ersatzverteilung nicht länger fortbestehen. Die allgemeine Wehrpflicht solle durchgeführt und es solle bei allen Truppen außer bei Kavallerie und reitender Artillerie, zur zweijährigen Dienstzeit übergegangen werden. Unter Voraussetzung der nötigen Kompensationen sei dies ohne Schaden möglich. Weiterhin solle, statt der Maximalziffer der Etatsstärke, eine Durchschnittsziffer gegeben werden, damit die Organisation auch da weniger durchsichtiger werde, wo wir weniger Neigung hätten, „uns in die Karten sehen zu lassen“. Zum Schluß bemerkte der Kanzler: „Die Vorlage ist natürlich unwillkommen, aber der Krieg ist es noch mehr und eine Niederlage ist es am meisten. Diese habe Fürst Bismarck 1887 im Reichstag in packenden Zügen geschildert, allein es scheine leider nur für den Augenblick Eindruck gemacht zu haben. Sollen wir etwa dereinst sagen, wir hätten, während unsere Väter ihr Blut für Deutschland gegeben, nicht unser Geld geben wollen?“

Der Reichstag beschloß, die Militärvorlage erst nach der Beratung des Reichshaushaltsetats für 1893—94 in Erwägung zu ziehen. Dieser war in Einnahme und Ausgabe auf 1273950571 Mk. berechnet. Von den Ausgaben fielen 1006300468 Mk. auf die fortdauernden, 82250267 Mk. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen, 185399836 Mk. auf die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Der neue Etat gestaltete sich also um fast 35 Millionen ungünstiger als der des Vorjahres. Die Einnahmen sind nämlich um 6700000 Mk. geringer und die Ausgaben um 28100000 Mk. höher veranschlagt als damals. Infolgedessen verbleibt der Überschuß der gemeinsamen Einnahmen an Zöllen, Verbrauchs- und Stempelsteuern über die Matrikularbeiträge nur noch rund 28 Millionen, während er noch 1890—91 66 Millionen betrug. Die Mehrausgaben sind zum Teil solche, an denen nichts zu ändern ist, z. B. 5100000 Mk. Schuldzinsen, 2146000 Mk. Pensionen mehr. Bei den laufenden Ausgaben des Heeres beträgt das Mehr 887000 Mk., bei denen der Marine fast 3600000 Mk., bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats das Mehr für das Heer 4600000, das der Marine 4400000 Mk. Ähnlich liegt es in

betreff der aufzunehmenden Anleihe zur Deckung einmaliger außerordentlicher Ausgaben im Betrage von 168 Millionen Mark für Kasernen- und ähnliche Bauten, Festungs- und Waffenwesen, Bekleidung der Mannschaften und Räte für den Nordostseekanal.

Die erste Beratung des Reichshaushaltsetats fand vom 30. November bis 2. Dezember statt. Sie wurde vom Staatssekretär v. Malzkahn eingeleitet und gestaltete sich thatsächlich bereits zu einer Beratung der Militärvorlage. Richter (d.=freis.) warf dem Kanzler vor, sich des Militär-Pessimismus schuldig gemacht zu haben, vor dem er selbst in seiner Rede vom 27. November 1891 gewarnt habe. Die damals von ihm abgewiesenen „Beunruhigungsbazillen“ hätten in seiner Rede vom 23. November stark gewuchert. Was habe sich denn seit damals in den auswärtigen Verhältnissen geändert? Lügen geheime Gründe vor, so müßte man ähnliche Wirkungen doch auch bei Oesterreich und Italien bemerken. Für die beabsichtigte lange Übergangszeit werde eher eine Schwächung des Heeres bewirkt werden. Das neue französische Militärgesetz erhöhe zwar die Zahl der Adres, nicht aber die Friedenspräsenzstärke. Wenn das Ausland Caprivis neuliche Rede ernst nehme, dann habe er das Ausland geradezu eingeladen, uns jetzt mit Krieg zu überziehen. Seit 1870 seien 12 Milliarden für das Heer ausgegeben und der jetzige Militäretat betrage 428 Millionen gegen 240 von damals. Deutschlands Steuerkraft sei schon bisher erheblich in Frage gestellt. Der Reichskanzler erwiderte mit der Darlegung, daß Vorredner seine früheren und seine neulichen Äußerungen unrichtig aufgefaßt, und daß die freisinnige Partei fast allen Forderungen nach organischer Stärkung der Wehrkraft widerstanden habe. Sollte ein Konflikt vermieden, so müsse auf die volle dreijährige Dienstzeit, statt der jetzigen verstümmelten, zurückgegangen werden. Es sei ein militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Fehler, fernerhin alte Leute heranzuziehen, um etwa 60000 junge Leute sozusagen hinterm Ofen sitzen zu lassen. Namens der nationalliberalen Partei sprach sich Buhl im ganzen günstig für die Militärvorlage aus, wünschte jedoch weitgehende Abstriche an den Kosten. Auf einen Vorwurf des Redners erwiderte der Reichskanzler, es wäre allerdings politisch wünschenswert gewesen, Deutschland mit einer größeren Zahl von Kriegsschiffen bei den Festen in Genua vertreten zu lassen, aber bei

der geringen Zahl unserer Schiffe müßten wir uns in solchen Dingen eine Zurückhaltung auferlegen, und es wäre ohne wesentliche Störung der damaligen Übungen eine weitere Entsendung nicht zulässig gewesen. Liebknecht (Soz.=Dem.) führte in langer Rede aus, „Pumpen und Defizit“ sei die Signatur des Etats, der Militarismus erdrücke uns, und die Erörterungen Caprivi's über die Enfer Depesche seien nicht beweisend; Frankreich sei 1870 zum Kriege nicht gerüstet gewesen, also habe es ihn nicht herbeiführen wollen. v. Frege sprach sich nicht ungünstig für die Militärvorlage aus. Auch v. Roscielski versicherte, die Polen würden wie bisher jedes zur Sicherheit des Reichs nötige Opfer bringen. Die fernere Beratung, an der sich v. Schalscha (Str.), Rickert (freis.), v. Münch (wild) und Bebel (Soz.=Dem.) beteiligten, bot kein hervorragenderes Moment. Der Etat, von dem sehr wenig die Rede gewesen war, wurde an die Kommission gewiesen.

Bevor die Frage der Militärvorlage weiteren Verlauf nahm, gelangte die schon lange dauernde Gärung innerhalb der konservativen Partei zu einem Abschluß, dem mit Rücksicht auf die Bedeutung, die er für die ganze Gestaltung der politischen Verhältnisse vielleicht gewinnen könnte, allseitig mit Spannung entgegengesehen war. Der Vorstand des Wahlvereins dieser Partei veröffentlichte am 1. Dezember den Entwurf eines Programms, das sich an das festzuhaltende Programm von 1876 anlehnen sollte. Darin war gesagt: „Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung. Wir erkennen dem Staat das Recht zu, kraft seiner Souveränität sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung. Wir bekämpfen den vielfach sich vor-drängenden und zeretzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus.“ Die zahlreichen übrigen Sätze enthielten kaum etwas Neues, zum Teil Selbstverständliches und wurden

in der öffentlichen Besprechung mehrseitig für sehr allgemein, dehnbar, vieldeutig und verschwommen bezeichnet. Selbst innerhalb der Partei trat keineswegs einmütig zu Tage, daß man von diesem Programm den verheißenen neuen Aufschwung erwarten könne, der „Reichsbote“ insbesondere fürchtete, die „Existenz von zwei Programmen“ könne zur Quelle von Streitigkeiten werden, und das v. Hellendorfsche „Konservative Wochenblatt“ tadelte, daß die Partei nun zwei Programme, etwa eins für den Sommer und eins für den Winter haben sollte. Für die „National-Zeitung“ bedeutete der Entwurf ein Fiasko, zu dessen Würdigung man sich der Vorgänge nach dem Falle des Volksschulgesetzes erinnern müsse, wo die Genossen der „Kreuzzeitung“ verlangten, daß die Partei als Volkspartei mit antisemitischer Agitation die Opposition einschlage, während nun von den Neuerungen jenes Entwurfs keine Rede sei und man den Stellen über den Antisemitismus die Verlegenheit ansehe; überhaupt hätten verschiedene Strömungen das Programm hervorgebracht, in dem unvermittelte oder schwach verhüllte Gegensätze nebeneinander ständen. Der Parteitag fand am 8. Dezember unter Vorsitz v. Manteuffels statt und war von etwa 1200 Personen besucht. Fast alle Redner beschäftigten sich, unter Zurückdrängung der Führer, nur mit der Judenfrage. Ulrich aus Chemnitz verlangte eine scharfe und klare Stellung hierzu und bedauerte, daß das, was das Volk begeistere, so leicht hin als demagogisch bezeichnet werde. „Wir werden,“ versicherte er, „das Fühnlein des Antisemitismus hochhalten, bis die Juden so klein sind, wie sie jetzt groß sind,“ sie seien der unveröhnliche Todfeind des Konservatismus. Anwalt Klasing hielt die Judenfrage für den Kernpunkt des ganzen politischen Lebens. In gegenteiligem Sinne sprach sich, unter stürmischem Widerspruch, ein einziger Redner aus, worauf drei Redner, und unter diesen ein Landrat, erklärten, sie hätten bei der Reichstags-Nachwahl zu Arnswalde für den Rektor Ahlwardt gestimmt, der um diese Zeit als der kühnste Vertreter des Antisemitismus angesehen wurde. Unter Streichung des gegen diesen gerichteten Satzes wurde darauf das neue Programm genehmigt und eine Organisation der Partei beschlossen.

Die ganze Haltung dieses Parteitags und der dort angeschlagene Ton überraschten auf vielen Seiten, und der Vorsitzende des konservativen Landesvereins in Sachsen, v. Friesen, erließ sogar eine Art

von Verwahrung gegen diesen „Radau-Antisemitismus“. Dagegen rühmte der „Reichsbote“ das „Ereignis“, daß ein ernster und energischer Wille zur vollstümlichen Erneuerung der Partei hervorgetreten sei, und warf die Frage auf, ob sich denn der deutsch-nationale Geist mit der Herstellung des Reichs so erschöpft habe, daß er nun zu gunsten des jüdischen Geistes abdanken solle. Für die „Kreuzzeitung“ waren mit dem Parteitage die kühnsten Erwartungen übertroffen und „mit besonderer Genugthuung“ hatte sie bemerkt, daß im entscheidenden Augenblicke alle Teilnehmer ihre Bedenken bezüglich der Judenfrage fallen gelassen hätten. Das Stöckersche „Volk“ jubelte gar: „Das Eis ist gebrochen, der Frühling wird sich nun schon weiter geltend machen.“ Über die Zusammensetzung des Parteitags sprach sich das „Konservative Wochenblatt“ scharf aus; er sei nicht eine Versammlung ruhiger, von hohen politischen Zielen geleiteter Männer gewesen, sondern ein treuer Abzug vom Typus der Berliner lärmhaften Antisemitenversammlungen mit ihren massiven Redebüten. Die größte Unzufriedenheit erregte der Parteitag bei den Freisinnigen. Die „Bosssische Zeitung“ hob hervor, wieviel sachlicher und leidenschaftsloser die Verhandlungen der Sozialdemokratie sich abgespielt hätten, als die der Junker, Pastoren und Beamten. Nach der „Freisinnigen Zeitung“ hätten die Konservativen gefunden, daß ihrem bisherigen Programm alle Zugkraft abgehe; darum sei ihnen kein anderer Rettungsgedanke mehr übrig geblieben als die Judenhege. Der „Börsencourier“ tröstete sich damit, daß die „reinlichen Elemente“ der Konservativen mit den Männern jener „Skandalversammlung“ nun nichts mehr gemein haben könnten. Endlich meinte die „Volks-Zeitung“, daß es zu einer solchen Besiegelung des geistigen Bankerotts der Reaktionsstützen notgedrungen habe kommen müssen. Der konservative Verein in Hannover sprach sich für den Parteitag aus, aus Sachsen aber ließen sich noch mehr Stimmen dagegen vernehmen. Die Spaltung der Konservativen schien nun erst recht zuzunehmen und trat besonders bei der Reichstagsersatzwahl im Bezirke Stuhm-Marienwerder hervor, wo, nach dem öffentlichen Zeugnisse des Polizeidirektors Wessel in Danzig, die antisemitischen Konservativen durch Aufstellung eines zweiten konservativen Kandidaten einem Polen zum Siege verhalfen.

Die Zerfahrenheit des konservativen Parteitags stach in der

That auffallend sogar von dem am 18. November in Berlin stattgehabten Parteitag der Sozialdemokraten ab, die genau wußten, was sie wollten und darin einig waren. Auf Antrag von Liebknecht und v. Bockmar, die ihren Zwist beglichen, wurde die Erklärung beschlossen, die Sozialdemokratie habe mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein, denn dieser sei, soweit er sich mit Verbesserung der arbeitenden Klassen beschäftige, ein System von Halbeiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdanke, und er bezwecke, durch kleine Zugeständnisse und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden.

In einer gewissen Verbindung mit den starken judenfeindlichen Regungen in der konservativen Partei stand ein Prozeß, der vom 28. November bis 9. Dezember in Berlin gegen den Rektor a. D. Ahlwardt aus Pommern geführt wurde. Er hatte in einer Schrift über „Judenflinten“ behauptet, die Löwische Fabrik in Berlin habe der Militärverwaltung unbrauchbare Gewehre geliefert und wurde wegen Beleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hochgradiger Judenhaß führte nun dahin, daß Ahlwardt noch vor diesem Urteil, sowie ohne Rücksicht darauf, daß er infolge gerichtlichen Urteils vom 2. November eine viermonatliche Gefängnisstrafe absaß, am 24. November im Bezirk Arnswalde-Friedeberg mit 11206 von 14512 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde. Dies hatten die Konservativen bewirkt, deren Wahlkomitee mit einem Aufruf für den Rektor Ahlwardt aufgetreten war. Daß an der Spitze dieses Komitees, im Gegensatz zu einem königlichen Erlaß, der Landrat v. Bornstädt stand, wurde in der Presse als Skandal und vom „Konservativen Wochenblatt“ als Beweis „heillosen Verwirrung“ unter den Konservativen bezeichnet.

Der Ruf der Löwischen Fabrik, kaum nachdem er durch jenen Prozeß als unantastbar erwiesen zu sein schien, wurde wieder getrübt. Der Pariser „Figaro“ veröffentlichte nämlich am 14. Dezember einen Brief vom 20. November 1886, in dem diese Fabrik dem damaligen französischen Kriegsminister Boulanger sich zur Herstellung von Maschinen für Massenfabrikation von Gewehren angeboten habe. Die alsbald erfolgende Bekanntmachung der Fabrik, daß der Brief echt sei, wirkte um so beschämender für den deutschen Sinn, als gerade damals Boulanger den Krieg gegen Deutschland zu beabsichtigen

schien. Am stärksten sprach sich gegen dieses Verhalten die freisinnige „Vossische Zeitung“ aus und die antisemitische Presse suchte den Fall gleichjam auszugleichen durch einen Brief, in dem die Firma Krupp in Essen 1868 dem französischen Kaiser Gussstahlganonen angeboten habe. Der Angriff fiel jedoch durch eine Erklärung Krupps, daß der Brief aus 1858 datiere, der Hauptsache nach zusammen.

Die erste Beratung des Reichstags über die Militärvorlage fand vom 10. bis 15. Dezember statt. Dabei nahm die Reichsregierung die Gelegenheit wahr, die wichtige Frage zu beantworten, wie sie sich zu den Vorgängen in der konservativen Partei verhalte. Zunächst legte der preussische Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau dar, daß zwei Gesichtspunkten Rechnung getragen werden müsse: der ungerechten Verteilung der persönlichen Leistung des Heerdienstes und der in militärischer Hinsicht nicht zureichenden Leistung an sich. Immer schärfer wäre hervorgetreten, daß das Reich nicht über die Machtmittel verfüge, die der Stärke seiner Bevölkerung, der Kraft und Größe der Nation entsprechen; auch hätten sich mehr und mehr die Folgen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in allen Großstaaten geltend gemacht. Die wir den Anstoß zu dieser Idee gegeben, hätten allmählich den Vorsprung verloren. Für eine Neuorganisation sei eine Verlängerung der Dienstpflicht behufs Vermehrung der kriegstüchtigen Mannschaften ausgeschlossen, weil wir schon bis an die äußerste Grenze gegangen seien. Mithin komme nur die Erhöhung des Friedensetats und die Vermehrung der Kadres in Betracht. Als einziges Mittel hierzu habe sich ergeben, unter Festhaltung der bestehenden Organisation, mehr Leute auszubilden und im allgemeinen nur die Formen zu schaffen, die diesem Zweck dienen und gleichzeitig als Stämme für Kriegsformationen Verwendung finden sollen. So sei der neue Plan entstanden, bei dem Kosten und Wirkung in so günstigem Verhältnis ständen.

Als erster von den Abgeordneten hob v. Huene hervor, gegen alles dies spreche, daß es auch für die Kosten gewisse absolute Zahlen gebe und die Zentrumspartei sei dahin einig, daß die Vorlage unannehmbar sei, jedoch wolle sie alles zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke Erforderliche bewilligen. Namens der Freisinnigen erklärte Richter, ebenfalls unter keinen Umständen über die Folgerungen der gesetzlichen zwei-

jährigen Dienstzeit hinausgehen zu wollen. Redner erinnerte daran, daß vor kurzem die Militärverwaltung ganz andere Ansicht gehegt und der spätere Kaiser Wilhelm I. sich 1857 in einer Denkschrift wegen Unererschwinglichkeit der Kosten gegen Einstellung aller Wehrfähigen ausgesprochen habe. Die Konservativen wollten, wie v. Mantuffel mittheilte, ihre Stellung davon abhängen lassen, ob der Kommission die Überzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage würde beigebracht werden. Die Polen ließen durch v. Komierowski die Vorlage für unannehmbar erklären. Der sächsische Kriegsminister Edler v. Planiß trat einem Gerücht wegen Opposition von Bundesregierungen wider die Vorlage entgegen. Die Reichspartei sprach sich durch v. Stumm dahin aus, daß sie die geplante Heeresvermehrung für notwendig und finanziell durchführbar halte. v. Bennigsen bedauerte, daß anfangs nur Stücke und zum Teil Unrichtiges über die Vorlage bekannt geworden und sich infolge dessen solche Unruhe der Bevölkerung bemächtigt habe, daß die Gegner nun noch leichter hätten auftreten können; leider hätten auch die Ansichten der Regierungen über die Art der zur Kostendeckung bestimmten neuen Reichssteuern nicht von Anfang an festgestanden, namentlich habe der ursprüngliche Plan einer Höherbesteuerung des Tabaks Mißstimmung in weiten Kreisen erregt und von der Bedeutung der Vorlage abgelenkt. Während wir für den Kampf nach zwei Seiten die Bündnisse hätten, ließen sich der Forderung, daß wir Frankreich gewachsen sein müßten, ernste Gründe nicht entgegensetzen. Läge nicht der Fall vor, daß wir durch den Vorrang unseres Infanteriegewehrs noch einige Jahre uns vor dem Ausbruch des Krieges gesichert halten könnten, so würde die Regierungen durch Einbringung dieser Vorlage eine schwere Verantwortlichkeit treffen. Viele Umstände erschwerten einen freudigen Aufschwung der Bevölkerung für neue Anstrengungen, namentlich der schon das zweite Jahr dauernde Niedergang von Handel und Industrie; Kritik und Unzufriedenheit hätten sich gegen manche Handlungen der Regierungen erhoben, große und kleine Fehler seien begangen, die geeignet wären, weitgehende Verstimmung hervorzurufen. Demgegenüber müsse der Reichstag Führer der Nation in der ernstesten Übergangszeit sein. Die Nationalliberalen billigten nicht die ganze Vorlage, aber das alle Parteien beherrschende Gefühl großer Verantwortlichkeit müsse zu einer Verständigung führen.

Der Reichskanzler bezeugte sich dankbar für Bennigfens Rede. Bebel führte namens der Sozialdemokraten aus, daß mit der bisherigen Belastung durch den Militarismus unmöglich fortgeföhren werden könne; der Widerspruch zwischen diesem und den Volksbedürfnissen sei es, der die Verbissenheit im ganzen Volke erzeugt habe. Graf Freyding meinte, eine Verständigung sei auf dem Boden dieser Vorlage schwer zu finden; angesichts des dumpfen Unmuts im Volke könne es mit der Lastenhäufung nicht weiter gehen, die Vorlage aber habe das Eigentümliche, daß sie stets fortzeugend neue Lasten gebären müsse.

Hierauf trat v. Manteuffel Äußerungen entgegen, die der Reichskanzler am 12. Dezember bei Beratung eines anderen Gegenstandes gethan. Er hatte damals auf Anfrage des Grafen Mirbach über die Haltung der Vertreter der deutschen Regierungen auf der Brüsseler Münzkonferenz geantwortet, er gehe auf die ungewöhuliche Besprechung schwebender diplomatischer Verhandlungen nur ein wegen der Bestrebungen, den Bimetallismus mit dem Antijemitismus vor denselben Wagen zu spannen und mit agitatorischer Peitsche zu fahren. Nun nahm v. Manteuffel die konservative Partei gegen die Meinung in Schutz, als wolle sie Demagogie treiben. Der Reichskanzler erwiderte, bezüglich des konservativen Parteitages sei er namentlich bedenklich geworden wegen dessen offener Parteinahme für den Mann, der die deutsche Heeresverwaltung in einer Weise angegriffen und geschädigt habe, wie es vorher kaum geschehen. v. Stauffenberg (d.=frei.) glaubte den Grund der Volksverstimmung vor allem im Alters- und Invaliditätsgesetz erblicken zu müssen und bekundete das Verlangen Süddeutschlands, daß den Militäransforderungen endlich ein energisches Halt entgegengerufen werde. Lieber (Zentrum) meinte, wir wollten uns nicht zu einer Armee von Bettlern machen und lehnte für den Fall eines Konflikts alle Verantwortlichkeit des Reichstags ab. Prinz v. Carolath-Schönaich (kons.) hielt eine Verständigung in der Kommission für möglich. Der Behauptung Haußmanns (Volksp.) von einem großen Umfange der Mißstimmung in Süddeutschland trat Osann (nat.=lib.) mit dem Bemerkten entgegen, es habe eine gewisse Überwindung dieser Stimmung stattgefunden. Schließlich wurde die Militärvorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen, von denen 19 für

deren Gegner galten. Den Beginn ihrer Beratungen verschob sie aufs folgende Jahr.

Mit dem Ahlwardtschen Prozeß wurde der Reichstag zu einem zweiten Male befaßt, indem v. Marquardsen (nat.-lib.) am 12. Dezember die Vorgänge mit dem Bemerken zur Sprache brachte, nachdem der Staatsanwalt festgestellt habe, die über die Beschaffenheit großer Teile unserer neuen Infanteriebewaffnung vorgebrachten antisemitischen Behauptungen hätten das Vertrauen der Heeresverwaltung stark erschüttert und die Disziplin im Heere untergraben, erscheine eine beruhigende Erklärung von berufener Seite wünschenswert. Darauf versicherte der Reichskanzler, das zur Bewaffnung der Infanterie dienende Gewehr, insbesondere auch die in der angegriffenen Fabrik von Löwe in Berlin angefertigten entsprächen allen Anforderungen der modernen Kriegskunst; einzelne Mißstände lägen nicht an der Waffe, sondern an den veränderten Zeitverhältnissen; eine gewisse Bemängelung der Gewehre nach der Übung komme stets vor.

In seinen mehrfach durch Beschlußunfähigkeit unterbrochenen Sitzungen beschäftigte sich der Reichstag bis zu seiner Vertagung (15. Dezember) noch mit folgenden Angelegenheiten. Am 6. Dezember fand die erste Beratung des in voriger Session nicht erledigten, wieder vorgelegten Gesetzentwurfs bezüglich des Zuhältertums und am 3. Dezember die eines Gesetzentwurfs wegen Änderung des die Gründung des Reichsinvalidenfonds betreffenden Gesetzes statt. Es sollen 67 Millionen Mark aus den Beständen dieses Fonds als Betriebskapital für die Reichskasse flüssig gemacht werden, worauf bisher nur mit Hilfe des Zahlungsmodus der Matrikularbeiträge hatte verzichtet werden können. Die Änderung soll berechtigt sein, weil die Aktiomasse dieses Fonds den Kapitalwert der Verbindlichkeiten um rund 117 Millionen überschreitet. Ferner wurde am 6. Dezember auf eine Anfrage hin vom Staatssekretär v. Boetticher die Auskunft erteilt, daß eine Vorlage wegen Organisation des Handwerkerstandes und Regelung des Lehrlingswesens sich in Arbeit befinde, und zu vielseitiger Befriedigung wurde am 7. Dezember auf eine Anfrage hin vom Staatssekretär Hanauer eröffnet, daß ein Gesetzentwurf vorbereitet werde, der Normen für Entschädigung unschuldig Verurteilter mit Normen für Wieder-

eingührung der Berufung zusammenfasse. Gleiche Freude erregte der Staatssekretär v. Boetticher am 9. Dezember durch die Mittheilung von der baldigen Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Abzahlungsgeschäfte und des Hausierhandels. Endlich kam die Frage wegen des Gebrauchs der Schießwaffen seitens der Militärwachtposten wieder zur Sprache. Auf seinen Beschluß vom 15. Februar wegen Änderung dieser Bestimmungen hatte der Reichstag keine Antwort erhalten. Nun brachte Petri einen neuen mißlichen Fall aus Straßburg vor, worauf der preussische Kriegsminister die Anordnung in Aussicht stellte, die Wachtposten in belebten Straßen nicht mehr mit Munition zu versehen; übrigens möge zunächst den Zivilbehörden die Aufstellung eigenen Wärterpersonals zur Bewachung ihrer Gebäude ermöglicht werden. Von Beratung der Gesetzentwürfe zur Aufbringung der Kosten der Militärvorlage konnte begreiflich in diesem Jahre noch nicht die Rede sein.

Nachdem die Verhandlungen des Reichstags ohne wesentliche Aufklärung der politischen Lage und ohne Aussicht auf Verständigung über die Militärvorlage geendet hatten, waren die letzten zwei Wochen des Dezember noch reichlich mit öffentlichen Erörterungen über das Schicksal dieser Vorlage ausgefüllt. Zwar kam die Bereitwilligkeit, zum Schutz des Landes alles zu thun, fast überall zum Durchbruch; in den Vordergrund aber drängten sich die Zweifel, ob das Heer wirklich durch Massenvermehrung verjüngt werde, ob die Stärke zum Krieg nach zwei Seiten nötig sei und ob in der Weltlage wirklich die Notwendigkeit zur äußersten Anspannung der Kräfte liege. Die Zentrums- und die freisinnige Partei ließen ihre Ansicht verlauten, die Vorlage sei schon als gefallen anzusehen, es bestehe aber eine Mehrheit für den von den Reichstagsrednern dieser Parteien bezeichneten Ausweg. Ein Teil der Zentrumsparthei schien zwar anfänglich die Möglichkeit etwas weiteren Entgegenkommens angedeutet zu haben, hatte sich dann aber, wie aus einer Rede Liebers in Montabaur geschlossen werden konnte, vorläufig dem anderen Teile gefügt, vielleicht in der Hoffnung, die am 25. November wieder beantragte Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten doch noch eintauschen zu können. In dieser Beziehung hatte aber ein Parteitag der Nationalliberalen in Heidelberg gezeigt, eine wie große Opposition der reichstrennesten Elemente im Falle irgend einer An-

Lehnung der deutschen inneren Politik an die ultramontane Partei zu gewärtigen sein würde. Auf seiten der Regierungen hingegen war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 23. und 28. Dezember angedeutet, daß sie aufs strengste an der vollen Forderung festhielten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die allgemeine Parteilage noch dadurch zu trüben versucht, daß ihr Organ „Vorwärts“ Mitteilungen über stattgehabte Verausgaben aus dem früheren Welfenfonds an politische Persönlichkeiten veröffentlichte. Endlich verlautete, daß Gegner des „neuen Kurses“ den Plan vorbereiteten, aus den unzufriedenen Elementen der mittleren Parteien eine neue „Nationalpartei“, zunächst in Süddeutschland, ins Leben zu rufen. — So endete hinsichtlich der allgemeinen inneren Lage das Jahr mit größerer Unklarheit und größerer Verstimmung der Parteien, als mit der es begonnen hatte.

Das Kaiserpaar besuchte am 7. November Stettin und Kiel, namentlich zur Besichtigung der Werften. Dann hielt der Kaiser Jagden ab, mit dem Könige von Sachsen in der Duberow, mit dem Großfürsten Wladimir in der Göhrde, beim Fürsten von Stollberg im Harz, sodann in Ples und endlich bei Moritzburg in Sachsen. Dem Landgrafen sowie dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen, dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein und dem Prinzen Johann von Glücksburg verlieh er im November den Schwarzen Adlerorden. Am 20. Dezember wohnte er mit der Kaiserin der Einweihung der umgebauten Sophienkirche in Berlin bei, und am 30. Dezember siedelte der Hof von Potsdam nach Berlin über.

In den höheren weltlichen und geistlichen Kreisen trat im Laufe des Jahres eine Reihe von Veränderungen ein. Zum Nachfolger des Generals v. Lewinski im Kommando des 15. Armeekorps wurde der Generallieutenant v. Blume, Kommandeur der 8. Division in Erfurt, ernannt. Er gehörte 16 Jahre dem Kriegsministerium an, zeichnete sich als Militärschriftsteller aus und ist seit 1885 Mitglied des preussischen Staatsrats. Der kommandierende General des 11. Armeekorps, v. Grolmann, mußte wegen Kränklichkeit ausscheiden und erhielt zum Nachfolger in Kassel den Generallieutenant v. Wittich, bisher dienstthuenden General-Adjutanten des Kaisers. Der Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs

wurde zur Verfügung gestellt und durch Oberst Meckel ersetzt. Dessen Thätigkeit bewegte sich bisher auf dem Gebiete der Taktik und des Generalstabsdienstes. Früher hatte er die Kriegsakademie von Japan reformiert. Der deutsche Gesandte in Belgrad, Graf Bray-Steinburg, wurde nach Lissabon versetzt und der dortige Gesandte, Freiherr v. Waecker-Gotter, nach Belgrad. Der Botschafter Freiherr v. Stumm in Madrid trat in Ruhestand und erhielt zum Nachfolger Herrn v. Radowitz, der seit 10 Jahren als Nachfolger des Grafen Hatzfeld den Botschafterposten in Konstantinopel bekleidete. Besonderes Aufsehen erregte die Abberufung des Herrn v. Schlözer von der Stelle eines preussischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl. Er war 1882, bei Wiederaufnahme dieser diplomatischen Beziehung, vom Fürsten Bismarck von seinem Posten in Washington abberufen und mit Rücksicht auf seine früheren Bekanntschaften in Rom zu dieser schwierigen Stellung ausersehen. Die Gründe des Rücktritts sind noch nicht bekannt geworden; er erhielt jedoch das Großkreuz des Roten Adlerordens und begab sich im September zum Besuche des Fürsten Bismarck nach Varzin. Die Gesandtschaft in Rom wurde dem Wirkl. Geh. Rat Otto v. Bülow, deutschen Gesandten zu Bern, übertragen. Er hat einen lahmen Fuß infolge seiner schweren Verwundung im Straßenkampfe beim königl. Schlosse in Berlin am 18. März 1848. Die Gesandtschaft in Bern erhielt der deutsche Gesandte in Stockholm, Dr. Busch, der diese Stelle als Nachfolger v. Pfuels seit 1888 bekleidete. Ersetzt wurde er hier durch den Grafen Karl v. Wedel, der früher in hannoverschen, seit 1866 in preussischen Militärdiensten stand. Zehn Jahre war er Militär-Attaché in Wien, dann Kommandeur von Garde-Kavallerie-Regimentern und seit 1888 Flügeladjutant des Kaisers. Im August wurde der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, Generalmajor v. Villanne, abberufen. Er hatte diese Stelle seit sechs Jahren bekleidet und wurde bei seinem Abschied vom Zaren mit dem Stanislausorden und mit einem kunstvollen goldenen Humpen beehrt. Auch der deutsche Botschafter in Petersburg, der General der Infanterie Hans Lothar v. Schweinitz, erhielt auf seinen Wunsch die Entlassung. Er ist 70 Jahre alt und hat fast 52 Jahre im preussischen und Reichsdienste gestanden, von 1869 bis 1874 als Gesandter in Wien, seit 16 Jahren am russischen Hofe. An seine Stelle wurde bald darauf,

auf Wunsch des Zaren, der fast 70jährige General der Infanterie v. Werder ernannt, der von 1869 an 17 Jahre als Militärbevollmächtigter in Petersburg dem jetzigen wie dem vorigen Zaren befreundet war. 1886—88 bekleidete er die Stelle eines Gouverneurs von Berlin, wo er seitdem privatisierte. Dr. Brückner erhielt auf seinen Wunsch im Oktober die Entlassung als geistlicher Vicepräsident des evangelischen Oberkirchenrats und als Generalsuperintendent von Berlin. In ersterer Stelle erhielt er den Oberkonsistorialrat Dr. v. d. Goltz zum Nachfolger.

Eine nicht unbedeutende Zahl hervorragender Civil- und Militärpersonen, deren Wirksamkeit das politische Gebiet berührte, wurden in diesem Jahre aus dem Leben abberufen. In Stettin verschied am 4. Januar Dr. Dohrn, der 1858—61 diese Stadt im preussischen Abgeordnetenhanse vertrat. Am 9. Januar starb der Oekonomierat Kiepert in Marienfelde bei Berlin, Vertreter des 3. posenschen Bezirks im Abgeordnetenhanse. Der Vorsitzende des deutschen Fischereivereins, v. Behr-Schmoldow, Mitglied des Herrenhauses, starb in Berlin am 14. Januar. Ihn folgten am 16. Januar Prinz Kraft zu Hohenlohe-Jungelingen, früher General-Adjutant Kaiser Wilhelms I., und Otto Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar, Mitglied des Herrenhauses. Am 15. Februar verschied das Herrenhausmitglied Graf Max zu Solms-Rödelheim. Der Schriftsteller Glagau, Herausgeber des „Kulturkampf“, starb in Berlin am 1. März. Am 22. März verschied in Berlin der Generaladjutant Graf Wilhelm Brandenburg, ältester Sohn des früheren Ministerpräsidenten, der nach Verabschiedung des Prinzen August von Württemberg das Gardekorps befehligte, bis er 1884 infolge Sturzes mit dem Pferde den Abschied nehmen mußte. Am 28. März starb in Berlin der 83jährige General der Infanterie z. D. Keimar Konstantin v. Alvensleben, derselbe, dem der Kaiser am 12. Januar zur Erinnerung an die Schlacht von Le Mans den Schwarzen Adlerorden verliehen hatte. Der General der Infanterie z. D. v. Prigelwitz, früher Gouverneur von Mainz, starb am 29. März in Potsdam, und an demselben Tage der Präsident des Patentamts, Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. v. Bojanowski, in Berlin. Am 14. April starb der frühere Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ v. Niebelschütz, am 30. April, 81jährig, der Wirkl. Geh. Legationsrat Freiherr v. Rechen-

berg, länger als 30. Jahre preuß. Generalkonsul in Warschau. Der Schriftsteller Friedrich v. Bodenstedt starb in Wiesbaden am 15. April. Am 4. Mai endete das Leben des Dr. Hans Herrig in Weimar, dessen dichterische Werke erst spät Anerkennung fanden, und der in den letzten Jahren durch sein in zahlreichen Städten Nord- und Süddeutschlands aufgeführtes Lutherfestspiel am bekanntesten geworden war. Es soll ihm in Braunschweig ein Denkmal gesetzt werden. Generalmajor Albert v. Bülow, seit 1885 in Ruhestand, verblieb am 9. Mai, und der Generalmajor Heinrich Karl Eli v. Blumenthal, früherer Befehlshaber der 22. Division, am 3. Mai. Er hieß ursprünglich Becker und ward 1881 zur Verfügung gestellt. Einer der seit langer Zeit bekanntesten Parlamentarier, Hans Hugo v. Kleist-Nezow, Mitglied des Reichstags und des preußischen Herrenhauses, starb 78jährig am 19. Mai auf seinem Gute Kieckow im pommerschen Kreise Belgard. Er war von 1851—58 Oberpräsident der Rheinprovinz und während seiner ganzen öffentlichen Thätigkeit einer der Führer der politischen und kirchlichen äußersten Rechten, deren Bestrebungen er stets mit der gleichen Entschiedenheit und Lebhaftigkeit vertrat. Er war ferner ein Jugendfreund Bismarcks, von dem er sich in den 70er Jahren trennte. Zahlreiche Parteigenossen wohnten der Beisetzung in Kieckow bei Gr.-Tschow bei. Professor Karl Schellbach, der Nestor der deutschen Mathematiker und einst Lehrer des Kaisers Friedrich, starb in Berlin am 19. Mai. Am 26. Mai starb Max v. Forckenbeck, seit 1878 Oberbürgermeister von Berlin, langjähriges Mitglied und Präsident des Abgeordnetenhauses und des Reichstags. Im Schlosse Bellevue im Berliner Tiergarten schied am 14. Juni im Alter von 94 Jahren ab der Ober-Hof- und Hausmarschall Kaiser Wilhelms I., der Graf Hermann Konstantin Erdmann v. Pückler, Freiherr v. Groditz. Als Ober-Stallmeister hatte er 1866 und 1870 den König in die Feldzüge begleitet. Es gab wenig Ehren, mit denen dieser ihn nicht ausgezeichnet hatte. 1875 hatte er den Schwarzen Adlerorden erhalten, 1877 war er zum General der Infanterie ernannt. Am 17. Juni starb in Frankfurt a. M. der letzte hannoversche Gesandte beim Bundestage, Gottlieb von Heimbruch, der nach Auflösung des Bundestags seinen Wohnsitz dort behalten hatte. In Hannover starb Ende Juni der Generalmajor a. D. Jul. Hartmann, ein ehemaliger hannover-

scher Artillerieoffizier, der 1866 bei Langensalza mitgekämpft, dann aber in Preußen zum Inspektor einer Fußartillerie-Inspektion aufgestiegen war. Großes Interesse hatten die „Erinnerungen eines deutschen Offiziers“ hervorgerufen, die er nach seiner Pensionierung 1881 herausgab. Der einst viel genannte Baron Karl von Scheel-Plessen starb im Alter von 81 Jahren in Italien. Nach Schleswig-Holsteins Erhebung gegen Dänemark wurde er Präsident der schleswig-holsteinischen Kanzlei im dänischen Ministerium, 1849 überbrachte er nach Berlin die Kündigung des Waffenstillstands von Malmö, 1852 übernahm er mit Graf Neventlow das dänische Regiment in Holstein. Bismarck rühmte ihm nach, daß er einer der ersten war, der ihm seine Dienste zur Verwirklichung der Einverleibung der Herzogtümer anbot. Deren Oberpräsident wurde er im Juli 1866. 1879 pensioniert, lebte er in Nehnten bei Plön. Justizrat Karl Götting, 1872—85 nat.-lib. Mitglied des Abgeordnetenhauses, starb am 16. Juli in Hildesheim. Auf seinem Gute bei Schweidnitz starb am 3. August Graf Friedrich v. Brandenburg, Generaladjutant und General der Kavallerie, Zwillingbruder des am 22. März Verstorbenen. Auf einer Reise in der Schweiz endete am 9. August der 64jährige General der Artillerie z. D. Rudolf v. Koerdanz, ein Offizier von hervorragender wissenschaftlicher Bildung. Landgerichtsrat a. D. Klotz, Mitglied der preussischen Nationalversammlung, 1859—66 freisinniges Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1886—90 des Reichstags, starb am 11. August. Ein schon seit längerer Zeit aus dem politischen Leben ausgeschiedenes Mitglied der Fortschrittspartei, Dr. Paur, starb Mitte August auf Rügen. Der Publizist Walter Rogge starb 70jährig in Halle a. S. Am 9. Sept. verschied in Berlin der General der Infanterie z. D. Friedrich v. Flatow, 72jährig. Er gehörte 1866 zum preussischen Generalstab und erwarb sich den Orden pour le mérite. Der langjährige Vertreter von Arnswalde-Friedeberg im preussischen Abgeordnetenhause, Landrat v. Meyer, starb am 10. September. Er zeichnete sich durch scharfe Waffen gegen den Widersacher, durch gesunden Menschenverstand und guten Humor in eigentümlicher Weise aus. Zu Thun in der Schweiz verschied am 13. September der Wirkl. Geh. Rat v. Günther im Alter von 77 Jahren. Er war früher Präsident der Seehandlung, dann

Oberpräsident von Posen, wurde 1881 geadelt, 1886 pensioniert. Generalmajor a. D. Ferdinand v. Michelmann, der von 1834—74 dem preussischen Heere angehörte, bei Wörth schwer verwundet wurde und sich dann noch in der Schlacht am Mont Valerien 1871 auszeichnete, starb am 15. September in Potsdam. Rudolf v. Thering, einer der namhaftesten Lehrer des römischen Rechts, starb am 17. September in Göttingen. Er lehrte früher in Basel, Rostock, Kiel und Gießen und wurde 1872 vom Kaiser von Oesterreich geadelt. Der Erforscher des Tongogebiets, Hauptmann Erich Kling, wurde am 18. September in Berlin beerdigt. Um dieselbe Zeit starb in der Nähe des Viktoria-Nyanza der Führer der Vor-Expedition des deutschen Antislavereikomitees, Baron Ludwig Fischer von Nagy-Szalatnya. Vizeadmiral Karl August Deinhard, erst seit kurzem Befehlshaber der Marinestation Wilhelmshaven, starb hier plötzlich am 4. Oktober und wurde unter großen militärischen Ehrenbezeugungen in Bremen beigesetzt. Der Wirkl. Geh. Legationsrat Lothar Bucher starb am 12. Oktober in Glion bei Territet am Genfer See im Alter von fast 75 Jahren. Als Mitglied der preussischen Nationalversammlung flüchtete er 1850 wegen Teilnahme an deren Steuerverweigerung nach London, kehrte nach der Amnestie zurück und wurde 1864 vom Ministerpräsidenten in das Auswärtige Amt berufen. Er erwarb sich dessen Vertrauen in hohem Grade und lebte meist in der unmittelbaren Umgebung des Fürsten Bismarck, bei dem er seit 1890 in Friedrichsruhe zu wohnen pflegte. Der Schlachtenmaler Georg Meibtreu starb am 16. Oktober in Charlottenburg. Von ihm sind bedeutende Schlachtenbilder aus den Freiheitskriegen, aus 1866 und 1870. Sein Andenken wurde vom Kaiser und vom König von Württemberg in hervorragender Weise geehrt. Der Geh. Reg.-Rat a. D. Piper, 1852—64 Oberbürgermeister von Frankfurt a. D., Mitglied des Herrenhauses, starb am 18. Oktober in Rostock. Am 23. Oktober verschied in Göttingen der Geh. Reg.-Rat Prof. Soetbeer im 78. Lebensjahre, eine der ersten Autoritäten in Währungsfragen, am 13. November der Chefredakteur der Stettiner Ostseezeitung, D. Wolff. Generalmajor v. Stuckrad, Kommandeur der 31. Infanteriebrigade, fand am 19. November in Trier durch einen Sturz vom Pferde den Tod. Im 83. Lebensjahre verschied zu Homburg der Wirkl. Geh. Rat Guido v. Madai, der 1866

Zivilkommissar des Gebiets von Frankfurt a. M. und von 1872—85 Polizeipräsident von Berlin war. Der bekannte Geh. Rat Werner v. Siemens in Charlottenburg, hochverdient im Fache der Elektrizität, starb am 6. Dezember, unmittelbar nach dem Erscheinen seiner interessanten „Lebenserinnerungen“. Zur Beerdigung erschien der Reichskanzler als Vertreter des Kaisers, ein Vertreter der Kaiserin Friedrich, mehrere Minister und viele Autoritäten der Wissenschaft. Aus dem Auslande trafen viele Kundgebungen des Beileids ein, darunter von Edison und allen amerikanischen Elektrotechnikern. Nach langen Leiden starb am 17. Dezember der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Dr. v. Marcard in Berlin, dem der „Reichsanzeiger“ einen ehrenden Nachruf widmete. Der Reichsgraf Alex. von und zu Arco, der sich um die Landwirtschaft Schlesiens verdient gemacht, starb am 21. Dezember in Groß-Gorzytz bei Ratibor. Zu Friedenau bei Berlin verschied am 24. Dezember der Schriftsteller und eigentümliche Kanzelredner Dr. Paulus Cassel, in Bremen am 28. Dezember der volkswirtschaftliche Schriftsteller Lammers. Nach längeren Leiden verschied am 31. Dezember in Berlin der Reichstagsabgeordnete Peter Reichensperger, Mitglied der Zentrumspartei, eine der achtbarsten politischen Persönlichkeiten. Er war Mitglied der deutschen Nationalversammlung, des Parlaments in Erfurt, seit 1849 des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete wurden im April von dem seit Oktober 1890 bestehenden Kolonialrate eingehenden Beratungen unterzogen. Bezüglich der Sklaverei stellte er eine Reihe von Fragen fest, die den Behörden in den Schutzgebieten vorgelegt werden sollen. Hierzu gehörte vor allen die Frage nach der Zweckmäßigkeit gesetzlicher Bestimmungen, um die eingeborene Bevölkerung zur Arbeitsstellung für öffentliche und private Zwecke heranzuziehen. Hinsichtlich der in den Schutzgebieten zu erhebenden Zölle sprach sich der Kolonialrat für den Vorzug des Systems der Gewichtszölle vor den bestehenden Wertzöllen aus. Auch wünschte er, daß bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des Auswanderungswesens auf die Hinleitung deutscher Auswanderer nach den dazu geeigneten Schutzgebieten Rücksicht genommen werde. Die Kolonialabteilung des auswärtigen Amts machte durch Erlaß vom 27. Februar den Gouvernements und Kommissariaten in den Schutzgebieten die

Mitteilung, daß der Sprachforscher Professor v. d. Gabelentz in Berlin um Ausarbeitung eines Handbuchs zur Aufnahme fremder Sprachen ersucht sei, das Beamten und anderen Personen, die Neigung und Verständnis für Sprachstudien haben, ein Hilfsmittel bieten solle zur Förderung der Kenntnis der in den Schutzgebieten in Übung befindlichen Sprachen und Mundarten. Der Vorstand der Kolonialabteilung, Wirkl. Geh. Legat.-Rat Kayser, trat am 2. Mai eine Reise zur Besichtigung des ostafrikanischen Schutzgebietes an. Hier hatte der Gouverneur v. Soden am 10. April Bestimmungen erlassen zur Regelung des Verhaltens der Führer und am 30. September eine Verordnung wegen Haftbarkeit und Sicherheit der Karawanen. Der kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika wurden begreiflich noch immer Gelegenheiten gegeben, wider unbotmäßige Volksstämme zu Felde zu ziehen. So unternahm der Vorstand der Station Mpuapua im Anfang Februar einen Zug gegen den Häuptling Kossira in der westlich angrenzenden Landschaft Ugogo, weil er den Volksstamm der Wabehe bei seinen Einfällen in die Dörfer der Wagogo unterstützt, auch an der Beraubung von Karawanen sich beteiligt hatte. Erfolgreich wie dieser Zug war auch die Anfang März stattgehabte Unternehmung des Vorstands der Station Kilossa in der Landschaft Usagara gegen den Volksstamm der Mahenge-Mafiti, der mehrere Dörfer zerstört, Menschen geraubt und die nun um Hilfe bittende Landschaft Kidunda bedroht hatte. Dagegen mißglückte eine Unternehmung v. Bülow's, des Vorstandes der kaiserlichen Schutztruppe und Kommissars der Kilimandscharo-Station. Der Zug war gerüstet gegen den Sultan Meli, Sohn und Nachfolger Mandaras, der mit den Deutschen in Freundschaft gelebt hatte. Die Schutztruppe wurde am 10. Juni in einem Gefechte bei Moschi von den Eingeborenen besiegt, v. Bülow nebst Leutnant Wolfrum und 20 Sudaneesen getötet. Die Stellung am Kilimandscharo wurde jedoch deutscherseits behauptet. Endlich hatte der Kommandant der neu gegründeten Station Kisaki, Johannes, Ende August wieder mehrere Gefechte gegen die Mahenge-Mafiti zu bestehen. Da infolge der mehrfachen Unfälle der Schutztruppe seit Wismanns Rücktritt viele Angriffe gegen das „System Soden“ gerichtet wurden, so schien die Reichsregierung durch die Entsendung des Oberstleutnants v. Schelle als Vertreters des Gouverneurs dafür

Sorge tragen zu wollen, daß unter Umständen die höchste Zivil- wieder mit der höchsten Militärgewalt in Ostafrika vereinigt werden könne. Der am 24. Oktober in Berlin wieder zusammengetretene Kolonialrat sprach sich übrigens für Vermehrung der dortigen Schutztruppe und für Anwendung größerer Mittel für öffentliche Militäranlagen aus. Was die von der Antiflaverei-Gesellschaft ausgesandten Unternehmungen betrifft, so gelangte die über den Sambesi- und den Schirefluß nach dem Tanganyikasee bestimmte im Oktober bis Chiromo, von wo der für letztern bestimmte Dampfer wegen niedrigen Wasserstands und Billigkeit der Löhne zu Lande weiter beschafft werden sollte. Die Expedition Dr. Baumanns an die Küsten des Viktoria-Nyanza ergab, daß sich der Sklavenhandel des Bega über den See gar nicht bediene, ein Dampfer also hier zu diesem Zweck nicht nötig sei. Die Expeditionen von Gr. Schweinitz, Meyer und Spring langten im September an jenem Binnensee an, worauf dem bisherigen Kompanieführer der Schutztruppe, Langheld, die einheitliche Leitung aller Expeditionen in das Seengebiet übertragen wurde.

Mehr als in früheren Jahren wandte sich die Aufmerksamkeit dem südwestafrikanischen Schutzgebiete zu. Nachdem der Ruf seiner Ergiebigkeit, in der es stets gestanden, sich weiter bestätigt hatte, handelte es sich um die Verwertung der Landeserschätze. Verhandlungen mit einer deutschen Gesellschaft in Hamburg zerschlugen sich, worauf die Reichsregierung am 12. September dem Dr. Scharlach und dem Kaufmann Wichmann in Hamburg Grundeigentum und Bergwerksgerechtigkeiten über ein Gebiet in Damara-land verlieh, das die Otami-Kupfererz-Minen einschließt. Mit Zustimmung der Reichsregierung übertrugen dann die Genannten diese Rechte auf eine unter ihrer maßgebenden Beteiligung in England zu bildende Gesellschaft. Der Kolonialrat bedauerte jedoch im Oktober, daß so weitgehende Rechte verliehen seien und sprach sich im übrigen für baldige bedeutende Verstärkung der dortigen Schutztruppe aus, namentlich mit Rücksicht darauf, daß am 15. September auch das Land zwischen Herero und Dyanbo unter deutschen Schutz gestellt war. Zur Schaffung der hierzu nöthigen Mittel schlug der Kolonialrat eine Abgabe vom Viehbestande der ansässigen Bevölkerung vor. Infolge der erwähnten Mißbilligung jener Konzession wurde deren Inhabern am 14. November nachträglich noch aufgegeben,

deutschen Einwanderern den Vorzug vor solchen anderer Nationalität zu geben, Lieferungen von Eisenmaterial vorzugsweise deutschen Werken zu übertragen und die besonders wasserreichen Gebiete ausschließlich für deutsche Ansiedler frei zu halten.

In **Elsaß-Lothringen** wurde der Geburtstag des Kaisers überall, selbst in den kleinsten Orten gefeiert. Hierzu trug das Beispiel der Stadt Metz viel bei, dessen Gemeinderat, obwohl er in seiner Mehrheit aus Protestlern und Ultramontanen besteht, einstimmig sich für die Feier entschied. Von Einfluß scheint auch das Beispiel des neuen Straßburger Bischofs Fritzen gewesen zu sein, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger selber im Dom die Messe las, am Festmahl teilnahm und der gesamten elsäßischen Geistlichkeit die entsprechende Direktive gab. Auch kommt in Betracht, daß durch den inzwischen eingetretenen Tod des aus dem Elsaß gebürtigen streitbaren Bischofs Freppel in Ungers eine Art von französischer Nebenregierung über die reichsländische Geistlichkeit hinweggefallen war. Der Landesausschuß trat am 28. Januar zu seiner 19. Tagung zusammen. Der Statthalter Fürst Hohenlohe hob in der Eröffnungsrede den günstigen Stand der Finanzen hervor, der bei fortgesetzter Schuldentilgung hinreichende Mittel für gemeinnützige Unternehmungen darbote. Das gesamte Präsidium, bestehend aus Dr. Schlumberger, Jaunez und Baron v. Schauenburg, wurde wiedergewählt. Präsident Schlumberger hob in seiner Ansprache hervor, das ganze Land habe in freudiger und gehobener Stimmung den Geburtstag des Kaisers festlich begangen, und zu den Empfindungen der Ehrerbietung und Treue geselle sich das Gefühl aufrichtigen Dankes für die Befreiung des Landes vom Drucke des Paßzwangs. Der Vorschlag, diesen Dank dem Kaiser in einer Adresse darzubringen, wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Bei der allgemeinen Beratung des Etats am 2. Februar wurde auch vom Unterstaatssekretär v. Köller anerkannt, daß das Land jene kaiserliche Entschließung mit Freude und Dank aufgenommen habe. Unerbittlich aber, fügte er hinzu, werde die Regierung bleiben bezüglich derer, die in den letzten Jahren vor dem 17. Lebensjahre ausgewandert sind und von jetzt an unter gleichen Umständen auswandern werden, sofern bei ihnen unzweifelhaft der Beweggrund die Entziehung von der Militärpflicht sei. Der Statthalter gab am 24. Februar den Mitgliedern des Landesausschusses ein Festmahl,

wobei er seine Ansprache mit den Worten schloß: „Wir werden auch ohne Paßzwang unsere Grenzen zu sichern und unser Hausrecht zu wahren wissen.“ Die Arbeiten des Landesausschusses nahmen übrigens nicht den von der Regierung gehofften Gang. Ihre wichtigsten Vorlagen, eine Kreisordnung und eine Gemeindeordnung, wurden trotz vieler Mühen, welche die Vertreter der Regierung sich namentlich in der vorbereitenden Kommission gaben, abgelehnt. Von diesen Verhandlungen gab der Unter-Staatssekretär v. Köller in der Plenarsitzung vom 7. April ein Bild, indem er die vorgebrachten Ablehnungsgründe auf den Satz zurückführte: „Wir wollen das Gesetz nicht.“ Mit Ablehnung der Kreisordnung war das geplante Werk der Verwaltungsreform bereits illusorisch gemacht. Gleichwohl wurde die Gemeindeordnung noch beraten und ihre Ablehnung mit dem Ersuchen verbunden, in nächster Session einen andern Entwurf vorzulegen, nach welchem den Gemeinderäten ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung der Bürgermeister eingeräumt und die Höchstbesteuerten nicht ständig in die Gemeindevertretung einbezogen werden. Die Tagung blieb jedoch nicht unfruchtbar: es kam ein Kanalgesetz zustande, eine neue Regelung der Grund- und Gebäudesteuer, ein Gesetz über das Notariat und ein Gesetz über Mehrbesteuerung des Rosinenweins behufs besseren Schutzes des Weinbaues gegenüber der Weinfabrikation. Am 28. April wurde die Tagung durch den Staatssekretär v. Puttkamer geschlossen. Der Statthalter unternahm in den ersten Tagen des Juni eine Reise nach Lothringen und wurde in Forbach sowie in Diedenhofen festlich und mit patriotischen Ansprachen empfangen. In letzterem Orte war die Bevölkerung von nah und fern herbeigeeilt, und es nahm der Besuch den Charakter eines Volksfestes an. Die Reise dehnte sich auch auf das französische Sprachgebiet aus. Hier wurde der Statthalter namentlich in Fèves warm begrüßt, wo Pfarrer Jacot mit der ganzen Wärme pastoraler Beredsamkeit den rückhaltlosen Anschluß an Deutschland rastlos predigte und in einer Schrift mutig gegen die Protestler loszog. Wie ein Triumphzeichen für Deutschlands Fortschritte im Reichsland erschien am 11. September ein glanzvolles Fest in Metz zur Enthüllung des Volksdenkmals für Kaiser Wilhelm I., zu dem die Mittel in ganz Deutschland gesammelt waren. Der Kaiser ist dargestellt auf seinem Schlachtroß als Sieger von Gravelotte, den Blick

auf die Landschaft gerichtet. Das Denkmal trägt die Inschrift: „Errichtet von seinem dankbaren Volke.“ Gewisse Vorgänge im Parteiwesen deuteten ebenfalls die Befestigung der Zustände an: ein elsäßer Katholikentag in Straßburg (6. Nov.) bereitete eine Vereinigung der eingeborenen mit den eingewanderten Katholiken an und ein gleiches Ziel bezüglich der Freisinnigen verfolgte ein im November in Straßburg gegründeter „Freier elsäß-lothringischer Bürgerverein“. Um dieselbe Zeit entstand eine neue els.-lothr. Partei mit dem Programm: Abschaffung des Diktaturparagraphen, Erhaltung der Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse und Rückkehr der aus politischen Gründen im Ausland Weilenden. Die Manöver im Reichsland wurden durch kais. Erlaß vom 5. September der Cholera wegen aufgegeben. Zu Königshofen wurde im Juli ein Kapuzinerkloster zur Heranbildung junger Leute für den überseeischen Missionsdienst errichtet. Am 30. Oktober starb in Mühlhausen J. A. Schumberger, die erste Autorität des Landes in Handelsfachen, und am 8. November der 82jährige Dichter Adolf Stöber.

Die freie Stadt **Bremen** schloß mit Preußen einen Vertrag, wodurch ihr ein Gebiet behufs Erweiterung der Hafenanlagen von Bremerhaven abgetreten wurde, da die bisherigen Hafeneinfahrten nicht genügende Tiefe besitzen. In der freien Stadt **Hamburg** fand am 5. Mai eine Feier zur Erinnerung an den großen Brand statt, der vor 50 Jahren einen großen Teil der Stadt verzehrte. Der damals unverfehrt gebliebene Teil der engen Straßen im Innern gewährte den geeigneten Boden für Verbreitung der Anfang August durch russische Auswanderer eingeschleppten asiatischen Cholera, die dadurch plötzlich als eine schwere Gefahr für das ganze Reich austrat und erst im November erlosch, nachdem viele Tausende der Krankheit erlegen waren. Das in ganz Deutschland sich kundgebende Mitgefühl war stark gemischt mit Unwillen über die gemeingefährliche Mangelhaftigkeit der sanitären Einrichtungen Hamburgs. Diese Klagen wurden auch in der Versammlung der Bürgerschaft vorgebracht und am 5. November sprachen sich 9 sozialdemokratische Versammlungen in Hamburg dahin aus, die bisherige Gestaltung des Freistaats habe sich den Interessen der Bevölkerung schädlich erwiesen, weil die in Gesetzgebung und Verwaltung maßgebende Minderheit weder Willen noch Fähigkeit gehabt habe, auch nur den

schlimmsten das Volk bedrückenden Mißständen zu steuern, weil ferner die politische Rechtlosigkeit der Masse allen Rechtsanschauungen widerspreche. Am 15. November starb der erste Bürgermeister Dr. Petersen, dessen Beerdigung der Staatssekretär v. Boetticher beizwohnte, während der Kaiser dem Senate sein Beileid aussprach. Der zu Petersens Nachfolger gewählte Dr. Mönckeberg sprach sich am 5. Dezember beim Amtsantritt vor Senat und Bürgerschaft in längerer Rede gegen die Bewegung für Änderung der Verfassung mit dem Hinweise aus, daß das kleine Gemeinwesen sich nur deshalb noch behaupte, weil es „in einer geschichtlich gegebenen Gestalt, auf dem gewachsenem Boden der Jahrhunderte“ fest begründet dastehe. Die freie Stadt **Lübeck** beklagte am 4. Mai den Tod des Senators Harms. Für 1893 und 94 wurde Dr. Kulenkamp zum ersten Bürgermeister gewählt. Das Budget für 1893 zeigte eine Einnahme von 3492 610 und einen Ausfall von 263 693 Mt. Das Fürstentum **Meuß ä. V.** feierte am 28. März das 25jährige Regierungsjubiläum des 46jährigen Fürsten Heinrich XXII., dem im November der preussische Orden vom Schwarzen Adler verliehen wurde. Das Fürstentum **Meuß j. V.** beging am 11. Juli daselbe Jubiläum des 62jährigen Fürsten Heinrich XIV. Wegen dessen Kränklichkeit kam im Oktober ein Gesetz zur Regelung seiner Stellvertretung zu stande. In Greiz starb am 13. April der Wirkl. Geh. Rat Mörtag, Präsident der Landesregierung. Prinz Heinrich XXIX. zu Schleiz-Kösitz starb am 30. September zu Kadauß in der Bukowina, wohin er sich zur Hirschjagd begeben hatte, an Diphtheritis. Im Landtage des Fürstentums **Schwarzburg-Hudolstadt** erstattete die Regierung im November einen Bericht, wonach die Finanzlage günstig war. Fürst Karl Günther von **Schwarzburg-Sondershausen** ward am 28. November durch das Großkreuz des preussischen Roten Adlerordens erfreut. Im Landtage des Fürstentums **Lippe-Detmold** wurde am 15. Januar von 15 Abgeordneten eine Anfrage über den Stand der Frage eines Regentenschaftsgesetzes eingebracht. Der Minister v. Wolfgramm erwiderte, die Regierung habe keinen Grund, eine neue Vorlage zu machen, da die Mehrheit des Landtags wohl noch dieselbe Ansicht hegen werde wie 1890, als eine solche Vorlage scheiterte, weil der Landtag den Beiräten des Regenten eine Gewalt verliehen zu sehen wünschte, die der Regierung unvereinbar

mit dem monarchischen Prinzip erschien. Dem am 7. Dezember eröffneten Landtage wurde der Entwurf eines dem preußischen nachgebildeten **Gewerbsteuergesetzes** und eine Änderung der **Landgemeindeordnung** vorgelegt. Der Etat schloß mit einem kleinen Defizit, aber ein aus **Statsüberschüssen** der letzten Jahre gebildetes Kapital betrug eine halbe Million Mark. Prinz Hermann, zweiter Sohn des Fürsten von **Schaumburg-Lippe**, erlitt im September beim väterlichen Jagdschloß **Steyrling** in Oberösterreich durch Sturz mit dem Pferde schwere Verletzungen. Fürst Georg eilte dort hin und fiel hier im November in eine schwere Krankheit. Im Dezember kehrten beide heim. Im Herzogtum **Anhalt** wurde im Mai der Polizeipräsident von Potsdam, Dr. v. **Roseritz**, zum Staatsminister ernannt. Sein Vorgänger, v. **Krosigk**, starb in Dessau am 15. Dezember. Herzog Georg von **Sachsen-Meiningen** erkrankte im Mai in Cannes und begab sich dann auf seine Besitzung am **Comer See**. Von hier aus erteilte er am 18. Juni der jüdischen Gemeinde **Bauerbach** die Versicherung, „angesichts der Versuche, der Verwirrung des Antisemitismus auch im Herzogtum Eingang zu verschaffen“, könnten die **Israeliten** des Landes auf ihn zählen. Im Juli fiel die Gemahlin des Fürsten, **Freifrau v. Heldburg**, zu **Maloja** in schwere Krankheit. Erbprinz **Bernhard** und Gemahlin weilten im Mai am Hofe des Königs von Rumänien. Ernst, der jüngste Sohn des Herzogs, vermählte sich in Rom morganatisch mit einer Tochter des dort wohnenden Schriftstellers **Jensen**, die den Titel einer **Freifrau v. Saalfeld** erhielt. Dem älteren Sohne zweiter Ehe, **Prinzen Friedrich**, wurde im Oktober ein Sohn geboren. Hierdurch wurde, da der Erbprinz nur eine Tochter besitzt, die Dynastie gesichert. Dem am 30. November eröffneten Landtage wurde der Etat für 1893/95 vorgelegt, der zwar infolge des vorjährigen Einkommensteuergesetzes mit einem jährlichen Überschuß von 804 000 Mk. abschloß, für die erwartete Gehaltserhöhung der Beamten jedoch nicht ausreichte. In den Herzogtümern **Koburg** und **Gotha** wurde am 3. Mai die goldene Hochzeit des Herzogs **Ernst II.** gefeiert, der um diese Zeit in **Nizza** weilte. Der Landesauschuß sandte ihm eine von **Gustav Freitag** verfaßte Glückwunschadresse. Im Herzogtum **Braunschweig** wurde der jährliche **Buhtag** auf denselben Tag wie in Preußen verlegt. Die schwarze Uniform des Militärs wich am

11. April der preussischen. Am 5. Januar starb in Wien der 65jährige Prinz Gustav von Sachsen-**Weimar**, österreichischer Feldmarschall a. D. Der 74jährige Großherzog Karl Alexander und seine Gemahlin Sophie der Niederlande feierten am 8. Oktober ihre goldene Hochzeit. Schon am 5. empfingen sie alle höheren Behörden, die Abordnungen aus dem Lande, den Landtag, der 400 000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke überreichte, und die Goethe-Gesellschaft. An der öffentlichen Feier nahmen der Kaiser, der König von Sachsen, die Königinnen der Niederlande, der Großherzog von Baden, Erzherzog Rainer, Großfürst Wladimir, der Herzog v. York und noch zahlreiche Fürstlichkeiten teil. Der kirchlichen Feier folgte ein Festzug, in dem denkwürdige Vorgänge aus der Geschichte des ernestinischen Hauses und des Hauses Oranien zur Darstellung gelangten. Beim Festmahl brachte der Kaiser namens der anwesenden Fürstlichkeiten den Trinkspruch aus. Die Gefeierten erließen eine öffentliche Dankagung, in der es hieß: „Wie eine große Familie hat das ganze Land an der Feier teilgenommen.“ Der Etat für 1893/97 wies, nach Erhöhung der Beamtenbesoldungen, ein Jahresüberschuss von 37 000 Mk. auf. — Der Geh. Kirchenrat Lippius, Professor des Kirchenrechts in Jena, starb hier am 19. August, der frühere Bundestagsgesandte v. Fritsch am 24. Oktober in Dresden. Der Großherzog Friedrich Franz III. von **Mecklenburg-Schwerin** erließ am 21. März aus Cannes einen öffentlichen Dank für die vielen aus dem Lande ihm zugegangenen Glückwünsche zu seiner Genesung von schwerer Krankheit. Die Jahreszeit erlaubte ihm jedoch nicht, zur Beerdigung seiner am 21. April verstorbenen 89jährigen Großmutter, der Großherzogin Alexandrine, in der Heimat zu erscheinen. Er traf hier erst am 28. Mai wieder ein und nahm am 22. Juni eine feierliche Kondolenz-Kour entgegen. Im Oktober begab er sich wieder nach Cannes.

Das wichtigste Ereignis im Großherzogtum **Hessen** war der am 13. März eingetretene Regierungswechsel. Daß Großherzog Ludwig IV. seit einigen Monaten leidend sei, war zwar bekannt, daß es aber schlimm stehe, ahnte nicht einmal seine nächste Umgebung. Das Leiden datierte, seit ihn im vorigen Jahre auf der Rückkehr von den Kaisermanövern bei Mühlhausen eine schwere Ohnmacht befiel und er hat dann öfter geäußert, daß er wohl nicht mehr

lange leben werde. Am 4. März, nachmittags 3 Uhr, wurde er von einem Schlaganfall betroffen. Die rechte Körperhälfte wurde gelähmt, das Bewußtsein blieb noch erhalten. Die Leibärzte Eigenbrodt und Jäger sowie der von Heidelberg berufene Professor Kusmaul machten am 6. März bekannt, das Unvermögen der Sprache dauere fort, der Kräftezustand sei jedoch im allgemeinen noch gut erhalten. Aber am 8. März trat Bewußtlosigkeit ein und nach einer anscheinend kurzen Besserung starb der Fürst am 13. März früh 1½ Uhr in Gegenwart des von Nizza herbeigeeilten Erbgroßherzogs und der Töchter, der Prinzessin Heinrich von Preußen sowie der Großfürstin Sergius von Rußland und den Gemahlen derselben. Das Herzleiden hatte zu einer Verkalkung der Arterien geführt. Der 55jährige Großherzog Ludwig IV., ein Sohn des Prinzen Karl von Hessen und der Prinzessin Elisabeth von Preußen, hatte 1866 im Kriege gegen Preußen die hessische Kavallerie befehligt und im Feldzuge gegen Frankreich sich in den Schlachten um Metz sowie bei Orleans ausgezeichnet. Am 13. Juli 1877 wurde er durch den Tod seines Oheims auf den Thron berufen, den er mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Alice von England, nur kurze Zeit teilte. Er hatte das glücklichste Familienleben geführt. Nach der Verheiratung seiner ältesten Tochter und dem Eintritt seines Sohnes in die Garde zu Potsdam hatte er seine ganze Fürsorge auf seine Tochter Alice vereinigt. Die Teilnahme am Ableben des verehrten Landesfürsten war eine allgemeine. Die feierliche Aufbahrung erfolgte im Neuen Palais zu Darmstadt, die Beisetzung fand am 17. März auf der Rosenhöhe und in Gegenwart der Kaiserin Friedrich, ihrer Tochter Margarete, der ganzen großherzoglichen Familie, der Regenten von Baden und Sondershausen und vieler anderer Fürstlichkeiten statt. Im Reichstag widmete der Präsident v. Levkowitz dem Heingegangenen einen ehrenden Nachruf, der Kaiser ordnete für alle Offiziere der Armee eine dreitägige Trauer um den General-Inspekteur der dritten Armee-Inspektion, den mit dem Range eines Feldmarschalls-bekleideten Generaloberst der Infanterie an. Nach der Beerdigung erließ der neue Großherzog Ernst Ludwig eine Ansprache an das Land, in welcher er die Versicherung erteilte, daß er sich „die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit sowie die Förderung der Wohlfahrt und des Besten des Landes stets angelegen sein lassen,

die Verfassung hochhalten und beobachten, sowie auch dem Kaiser und Reich die von den Vorfahren erwiesene Treue bewahren werde.“ Am 18. März empfing der Großherzog Abordnungen beider Kammern des Landtags, welche Huldigungsadressen überreichten, und fügte seinem Danke für die Teilnahme hinzu: „Ich will versuchen, in die Fußstapfen meines Vaters zu treten. Aber um eins bitte ich Sie, helfen Sie mir, wie Sie ihm geholfen haben, und zwar nicht bloß aus Gerechtigkeit, sondern auch ein wenig aus Liebe.“ In einem Erlaß vom 28. März an den Staatsminister Finger sprach der Großherzog seinen Dank für die Kundgebungen des Landes aus. Königin Viktoria von Großbritannien in Begleitung ihrer Tochter Beatrice und deren Gemahls, des Prinzen v. Battenberg, traf am 26. April zum Besuche ihres Enkels, des Großherzogs, in Darmstadt ein. Nach deren Abreise begab sich der Großherzog zum Besuch des Kaisers nach Potsdam (S. 104). Nach seiner Rückkehr erließ er 179 zu Freiheitsstrafen Verurteilten die Strafe ganz oder zum Teil. Die zweite Kammer bewilligte am 22. Juni eine Erhöhung der Civilliste auf 1200000 Mk. Allgemeinere Beachtung fand Ende Oktober ein Erlaß des Staatsministeriums an die Zivilbeamten, worin großes Befremden ausgedrückt wurde, daß einige derselben sich an der anti-semitischen Bewegung beteiligt hätten; der Großherzog mißbilligte aufs ernstlichste diese Anfeindung seiner israelitischen Unterthanen. Darauf wurde dem Großherzoge nach seiner Rückkehr vom englischen Hofe zu Balmoral, am 13. September in Mainz von allen Vereinen, Innungen und Gewerken ein Fackelzug gebracht. Prinz Heinrich, Oheim des Großherzogs, vermählte sich am 20. September zum zweiten Male morganatisch mit Emilie Hugi aus Agram, bisherigen Hoffängerin Milena, die den Titel einer Frau v. Dornburg erhielt. Was die Totenliste betrifft, so starb am 22. März der 75jährige Freiherr v. Nordeck zur Rabenau auf Friedelhausen, bis 1881 Mitglied der Reichspartei im Reichstag, ferner Ende August der Generallieutenant v. Bothmer in Darmstadt, am 22. November der frühere Finanzminister Schleiermacher und am 5. Dezember der Staatsrat v. Biegeleben, früher Gesandter beim Bundestage.

Im Königreich **Sachsen** begann das Jahr mit der Sorge um das Leben des Thronfolgers, Prinzen Georg, Bruders des Königs.

Raum vom Beinbruch genesen, erkrankte er schwer an einem Darmleiden. Nach seiner Genesung erließ er am 13. Januar öffentlich eine Dankfagung für die zahlreichen Zeichen warmer Teilnahme. Der bald hiernach bekannt gewordene Erlass dieses Prinzen gegen die Mißhandlung von Soldaten erwarb ihm auch in weiteren Kreisen des ganzen Reiches große Anerkennung und Hochachtung. Sein ältester Sohn, Prinz Friedrich August, besuchte am 4. Februar zum ersten Male mit seiner jungen Gemahlin die Stadt Leipzig, wo er als dereinstiger Thronfolger von der Bevölkerung und den Behörden mit großen Ehren empfangen wurde. Beide Kammern des am 13. November 1891 eröffneten Landtags entwickelten eine große Thätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung. Vor allem wurde für eine Aufbesserung der Gehalte aller Zivil-Staatsdiener, ihrer Pensionen sowie der Pensionen ihrer Witwen und Waisen gesorgt. Der Bericht, den Prinz Georg als Referent einer Deputation der ersten Kammer hierüber erstattete, lieferte abermals einen Beweis der humanen Gesinnungen desselben. Aufbesserungen erfuhren auch die Gehalte der Lehrer an den Volksschulen sowie die Ruhegehälter der evangelisch-lutherischen und reformierten Geistlichen. Durch Genehmigung des Baues mehrerer kleineren Eisenbahnen wurde das vielgliedrige Bahnnetz des Landes angemessen erweitert. Zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse der drei letzten Finanzperioden wurde die Aufnahme einer dreiprozentigen Rentenanleihe im Nennwert von 60 Millionen Mark genehmigt. Weiterhin kam es noch zu einer neuen Notariats- und einer neuen Gefindeordnung sowie zu angemessenen Änderungen bezüglich der Brandversicherungsanstalt. Am 5. April wurde die Session von König Albert feierlich geschlossen, der in der Thronrede seine große Befriedigung über die angestrengte Thätigkeit der Abgeordneten und ihre vollste Hingebung zur Förderung des Landeswohls zum Ausdruck brachte. Nur ein Punkt hatte während dieser Session Mißtrauen hervorgerufen: bei Beratung der ersten Kammer über den Antusetat hatte der katholische Bischof Wahl die Bitte gestellt, es möge erwogen werden, ob und auf welche Weise das Gesetz von 1876 über die Obergewalt des Staates über die katholische Kirche des Landes abgeändert oder ganz abgeschafft werden könne. Zwar hatte der Bischof die Versicherung hinzugefügt, es liege ihm

völlig fern, den konfessionellen Frieden Sachsens stören zu wollen, aber im Hinblick auf die allgemeine Haltung der Ultramontanen im Reiche erschien der Vorgang manchem bedenklich, namentlich mit Rücksicht darauf, daß dieser Bischof, der erst seit kurzem Nachfolger der friedfertigen Bischöfe Forwerk und Bernert geworden war, schon bald nach seinem Amtsantritte in der Hofkirche zu Dresden durch eine Rede für die Jesuiten verblüffendes Aufsehen erregt hatte. Bald nach dem Schluß des Landtags begab sich der König zu längerem Aufenthalte nach Mentone, wohin seine Gemahlin schon früher abgereist war. Die Vorgänge in Preußen gingen auch an den Parteiverhältnissen Sachsens nicht spurlos vorüber: der Vorstand des konservativen Landesvereins zur Erneuerung des 1887 mit der national-liberalen Partei abgeschlossenen Kartells machte, als diese sich im Hinblick auf das Zusammengehen der Konservativen Preußens in der Volksschulgesetzfrage mit der Zentrumsparthei zu der Verbindung nicht mehr geneigt zeigte, am 5. Februar bekannt, daß das Kartell nicht mehr bestehe. Gleichwohl ward noch ein Versuch zum Zusammengehen der gemäßigten Parteien unternommen: nach dem Falle jenes Gesetzes und kurz vor dem Schlusse des sächsischen Landtags wurde die Sache vom König Albert unter der Hand angeregt, der von ihrer hohen Wichtigkeit für die Gestaltung der inneren deutschen Verhältnisse tief durchdrungen war. In der That erließen 103 Abgeordnete beider Kammern des sächsischen Landtags, und zwar nicht bloß Konservative und Nationalliberale, sondern auch Mitglieder der Fortschrittspartei eine offene Erklärung behufs Erneuerung des Kartells der gemäßigten Parteien. Bevor der Fall praktisch wurde, fand am 13. Juni in Dresden ein von 500 Teilnehmern besuchter Parteitag der Konservativen Sachsens statt, in dessen umfangreichen Erklärungen jedoch von einem solchen Anschlusse keine Rede war. Vielmehr nahm dieser Parteitag vorzugsweise Rücksicht auf die Frage einer Änderung des Programms der Konservativen Preußens, die sich hiermit lebhaft beschäftigten und als deren Vertreter die Abgeordneten v. Manteuffel und v. Hammerstein in Dresden anwesend waren. Der Parteitag stellte als unabweibare Pflicht der Konservativen „die entschiedene Bekämpfung der Sozialdemokratie und der anwachsenden Macht des Judentums“ auf und verlangte eine dem entsprechende Änderung des konservativen Programms

von 1876 durch die deutsch-konservative Partei des Reichstags. Die nationalliberale Partei sprach sich im Juni ebenfalls für entschiedene Einwirkung des Staats gegen die Mißstände aus, aus denen der Antisemitismus sich nährt, zugleich aber auch gegen jede Verletzung der staatsbürgerlichen Gleichheit. Dem Veteran dieser Partei, Professor Biedermann in Leipzig, wurden am 22. September bei Vollendung seines 80. Lebensjahres warme Ehrenbezeugungen seitens der Partei zu teil. Dieselbe nahm am 12. November Veranlassung, sich entschieden gegen die „fortdauernd wachsenden Ansprüche des Ultramontanismus“ auszusprechen. König Albert besuchte im Juli das Vogtland, hielt sich im September am Wiener Hofe auf und nahm am 12. Oktober die deutschen und österreichischen „Distanzreiter“ ehrenvoll auf. Auf der Brühl'schen Terrasse in Dresden wurde am 1. September ein Denkmal für Gottfried Semper errichtet.

Was Sachsens Totenliste betrifft, so starb am 25. März in Dresden der Schriftsteller Wirkl. Geh. Rat v. Minckwitz, am 24. Juni der Wirkl. Geh. Rat und Hausmarschall Graf Hermann Bixthum v. Eckstädt, am 20. Oktober der Generalmajor a. D. v. Bülow in Celle, der bei St. Privat tapfer gekämpft hatte, am 25. Oktober der 92jährige Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Zehmen auf Stauchitz, früher lange Präsident der ersten Kammer, sodann am 26. Oktober der Professor Windscheid in Leipzig, einer der ersten Pandektisten, endlich am 6. November der Professor der Geschichte Maurenbrecher in Leipzig, der eben erst eine Geschichte der Entstehung des neuen deutschen Reichs herausgegeben hatte.

Wie in ganz Süddeutschland, so riefen namentlich im Großherzogtum **Baden** die politischen Vorgänge in Preußen zu Anfang des Jahres lebhaften Wellenschlag hervor. Am 24. Januar fand zu Freiburg i. Br. eine zahlreich besuchte Katholikenversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Lieber in längerer Rede von den Hoffnungen der Katholiken sprach. Manches hätten sie schon erreicht und sie hofften mit der Zeit noch mehr zu erreichen. „Das Licht ist in Berlin schon angesteckt. Es muß, so sagte der Reichskanzler, der katholischen Bevölkerung Gerechtigkeit werden. Wenn das der Kanzler sagt, dann wird es wohl bald jeder kleinstaatliche Ministerpräsident nachpfeifen müssen.“ Aber auch die Gegner des preußischen Volksschulgesetzentwurfs traten mit einer scharfen Kundgebung auf.

Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei trat am 9. März in Karlsruhe zusammen und seine Redner nahmen aufs entschiedenste Opposition gegen die preussische Regierung. Der alte Eckhard sagte zum Schluß seiner Rede: „Diesem jetzigen preussischen System gegenüber in Verbindung mit den Ultramontanen muß es heißen: Widerstand bis zum Äußersten. Alle Mann auf Deck! gegen diese Reaktion, laut und offen mit Mannesmut und Ausdauer ankämpfen gegen die Allgewalt der römischen Klerisei.“

Auch in den Verhandlungen des Landtags trat diese Bewegung der Parteien hervor. Ein Gesetz wegen Reorganisation der Ministerien und Bildung eines vierten Ministeriums kam im Januar zu stande, jedoch nicht ohne Widerspruch der katholischen Partei, deren Redner in der zweiten Kammer das im Amt befindliche Ministerium als eine nationalliberale Parteirichtung bezeichneten. Der Abgeordnete v. Buol erklärte geradezu die kirchenpolitischen Verhältnisse als Grund für die Opposition gegen diese Vorlage. Eine Opposition anderer Art erhob sich bei der Etatsberatung gegen die Forderung von 700000 Mark zum Ausbau des sog. Schloßthens in Karlsruhe zum Palast für den Erbgroßherzog; die demokratischen und die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden jedoch vom Finanzminister und vom Abgeordneten v. Stockhorner darauf hingewiesen, daß der Staat nach dem Apanagengesetz von 1837 rechtlich dazu verpflichtet sei. Der Führer dieser Opponenten, Müdt, ließ sich zu einer unschicklichen Äußerung über den Großherzog hinreißen und wurde zur Ordnung gerufen. Die katholischen Abgeordneten ließen bei der ferneren Beratung des Stats am 24. Februar durch den Abgeordneten Wacker erklären, daß sie gegen den Gehalt des Ministers des Innern stimmen würden. Im übrigen wurde beim Etat hervorgehoben, daß die Finanzen des Landes sich gestärkt haben, was sich in der bedeutenden Steuerherabsetzung unter gleichzeitiger außerordentlich reicher Ausstattung für wichtige Interessen des Staats kundgebe. Zu diesen Interessen gehörte in erster Linie die erhebliche Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer. Die Kommission ging in ihren Anträgen noch über die Vorlage hinaus, aber der Kultusminister Kock gab unter lautem Beifall aller Seiten der zweiten Kammer die Zustimmung der Regierung hierzu. Die bisherigen fünf Ortsklassen im Gehaltstarif fallen nun fort, und

die Ordnung erfolgt hinfort nach Altersklassen. Während die Lehrer in kleinen Gemeinden bisher oft nur ein Gehalt von 700 – 800 Mark von der Gemeinde bezogen, wird vom 1. Mai an jedem etatsmäßig angestellten Lehrer ein Anfangsgehalt von 1100 Mark gezahlt, und dieser Satz steigt in dreijährigen Zulagefristen um je 100 Mark bis auf 2000 Mark. Im übrigen bezweckt dieses Volkschulgesetz das gerade Gegenteil von dem in Preußen zu Falle gekommenen Entwurfe. Es regelt die rechtliche Stellung des Lehrers in einem für ihn sehr günstigen Sinne und stärkt besonders seine Selbständigkeit und Würde, indem es ihn aus dem Schutzverhältnisse der Gemeinden und des Ortsschulrats, in dem, namentlich in den katholischen Gegenden, der Geistliche die Hauptrolle spielt, hinaus in eine Staatsstellung bringt. Ein anderer hervorragender Verhandlungsgegenstand der zweiten Kammer war die von den katholischen Abgeordneten angeregte Frage der religiösen Orden. Nach diesen Anträgen sollte das Gesetz vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate dahin geändert werden, daß es genüge, von der Einführung eines religiösen Ordens und von der Errichtung einer einzelnen Anstalt eines eingeführten Ordens der Regierung einfach Anzeige zu erstatten; auch sollte das Gesetz von 1872 aufgehoben werden, wonach die Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge nicht eingeführter Orden verboten ist. Die Verhandlungen hierüber dauerten zwei Tage, ohne daß wesentlich Neues zu Tage kam. Die katholischen Abgeordneten klagten über Unterdrückung ihrer Kirche, der Abgeordnete Wacker verkündigte den dereinstigen Sieg der Orden und das Ende der Unterdrückung. Der Kultusminister Maff wies alle Angriffe ab und erklärte, ähnlich wie es in Württemberg geschah, die Regierung befinde sich nicht in der Lage, den Anträgen stattzugeben, da sie nicht auf den Einfluß verzichten könne, dessen sie zur Bewahrung des konfessionellen Friedens bedürfe. Vorschläge aber wegen Abhaltung von Missionen und Aushilfe in der Seelsorge zu machen, sei nicht angemessen, da die 1888 gemachten Regierungsvorschläge abgelehnt seien. Die Anträge des Zentrums wurden hierauf am 20. Mai mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Klerikalen stellten ferner einen Antrag, für die Wahlen zur zweiten Kammer das direkte Wahlrecht einzuführen. Sie trafen hierin mit den Demokraten und Freisinnigen zusammen,

die ebenfalls einen solchen Antrag einbrachten. Namens der Staatsregierung gab am 14. Mai nach zweitägigen Verhandlungen in der zweiten Kammer der Staatsminister Turban die Erklärung ab, die Regierung halte das bestehende Wahlsystem für gut und richtig und werde unter keinen Umständen in irgend welche Verfassungsänderung willigen. Für den Beschluß der Kammer kam nun alles auf die Nationalliberalen an. Sie hatten vor zwei Jahren einen gleichen Antrag abgelehnt, gegenwärtig aber glaubten sie aus taktischen Gründen für den Antrag stimmen zu müssen. Die Anregung dieser und anderer Fragen im Landtage erfolgte seitens der Klerikalen zur Vorbereitung der nächstjährigen Kammerwahlen. Die Nationalliberalen, schon bei den vorigen Wahlen an Zahl verringert, glaubten im Feldzuge von 1893 konkurrieren zu müssen. Sie beantragten daher, statt des klerikalen Antrags, auszusprechen, daß die Kammer mit der Änderung des Wahlsystems durch Einführung direkter Wahlen einverstanden sei, daß sie aber für diesen Fall eine Gesamtrevision der Verfassung für notwendig halte. Dieser Antrag wurde angenommen. Die erste Kammer sprach sich aber am 13. Juni gegen das direkte Wahlrecht aus, nachdem besonders Freiherr v. Göler den von letzterem und seiner wüsten Agitation ausgehenden falschen Parteigeist geschildert hatte, der die Schlagworte über die Interessen und das Wohl des Landes setze. Mit dem Landtage kam ferner noch eine Reihe von Gesetzen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur zu stande, wenn sie auch weniger lärmhaft als jene Parteianträge erledigt wurden. Das Eisenbahnnetz erfuhr eine weitere Vervollständigung, die Kreisverbände wurden fest und ausgiebig dotiert, Gesetze über Regelung der Kirchensteuern, über die Gewerbekammern und über die Versicherung der häuslichen Dienstboten, im ganzen aber während der seit dem 17. November dauernden Session 29 Gesetze vereinbart. In der letzten Sitzung der zweiten Kammer kündigte Präsident Lamey an, daß er mit Rücksicht auf seine 76 Jahre nicht nur vom Vorsitz, sondern auch aus der Kammer scheidet, „nicht ohne Schmerz, aber auch mit einem Gefühl der Genugthuung.“ Am 22. Juni wurde der Landtag durch den Minister Turban geschlossen, der in seiner Rede mit großer Befriedigung die angestrenzte Thätigkeit des Landtags anerkannte, der ein reiches Maß segensreicher Gesetze erzielt habe. Sofort nach Schluß des Landtags erließen die Mitglieder

der Zentrumsfraktion der zweiten Kammer eine Ansprache an ihre Wähler, in der sie offen bekannten, „der Hauptwert“ dieses Landtags liege für sie darin, daß er die in der Wahlbewegung des nächsten Jahrs wirkenden Erfolge „vorbereitet“ habe.

Großherzog Friedrich eröffnete am 4. Januar die Eisenbahn Kehl-Richtenau-Buehl und hob in einer Ansprache beim Festmahl hervor, daß hierdurch die Verkehrsbeziehungen mit dem Reichslande sich fester schließen würden. Die Tochter des Großherzogs, Kronprinzessin Viktoria von Schweden, traf am 6. März von ihrem Winteraufenthalte in Ägypten bei den Eltern wieder ein. Durch eine im März in Zürich erschienene Schrift „Kaspar Hauser, des Rätsels Lösung“ fühlte sich die fürstliche Familie und die Regierung so wenig beunruhigt, als durch die Menge früherer Schriften über dieses Thema; die amtliche Zeitung nannte sie eine plumpe Verfälschung von Aktenstücken aus der Zeit des Großherzogs Ludwig. Der Großherzog erkrankte Ende März an Bronchial-Katarrh, konnte daher am 3. April der feierlichen Eröffnung des vom Reichstag bewilligten Kadettenhauses in Karlsruhe nicht beiwohnen. Der Hof feierte am 8. April den 100jährigen Geburtstag des 1859 verstorbenen Markgrafen Wilhelm, zweiten Sohnes zweiter Ehe des Großherzogs Karl Friedrich. Der 24. April brachte eine Feier für das ganze Land: das 40jährige Regierungsjubiläum des Großherzogs. Eine Abordnung überreichte ihm feierlichst eine Huldigungsadresse sämtlicher Gemeinden des Landes. Die Abordnung bestand aus den neun Oberbürgermeistern der größeren Städte mit je zwei Stadtratsmitgliedern, den Bürgermeistern der Amtsstädte und je zwei Landbürgermeistern aus jedem Amtsbezirke, zusammen aus 200 Personen. Auf die Ansprache erwiderte der Großherzog mit herzlichen Worten des Dankes und er hob in einem Rückblick auf die Zeit seiner Regierung deren größtes Ereignis, die Einigung Deutschlands hervor. Kein Opfer sei zu groß, um diese Einigung zu erhalten. Der Großherzog ermahnte zu einträchtiger Arbeit; nur durch die Einigkeit aller derjenigen, die die Erhaltung des Staates und der Ordnung als das höchste Gut betrachteten, könnten manche Gefahren der Zeit überwunden werden. Der Großherzog schloß mit der Versicherung, daß sein treues Herz aushalten werde, so lange Gott ihm Kraft verleihe. Beim Festmahle des Stadtrats der Hauptstadt feierte

Oberbürgermeister Schnekler den Landesherrn als einen echt liberalen Mann, der einen Patriotismus des Herzens besitze und dessen Regierungsthätigkeit sich dem Rahmen der Wiedererstehung des Reiches einfüge. Der Kaiser sagte in seinem Glückwunschschreiben, der Tag werde nicht nur von der jubelnden Begeisterung seines treuen Volks, sondern soweit die deutsche Zunge klänge, mit freudiger Teilnahme begrüßt. Der Kaiser sprach ferner den Wunsch aus, es möge dem Großherzog vergönt sein, noch während einer langen Reihe von Jahren die „Früchte einer dem Wohle seines gesegneten Landes unablässig gewidmeten Fürsorge zu genießen und im Bunde mit den übrigen deutschen Fürsten für die Größe des Reiches zu wirken.“ Am 6. Mai erließ der Großherzog ein Dankschreiben an das badische Volk. Am 18. Mai stattete er nebst Gemahlin den in Sand im Schwarzwald zur Kur weilenden Königinnen der Niederlande einen Besuch ab. Am 9. Juni erhielt der Hof in Karlsruhe den Antrittsbesuch des neuen Königs von Württemberg und dessen Gemahlin. Bei der Galatafel im Schloß sprach der Großherzog namens seines Landes in einem Toaste herzlichsten Dank für den Besuch aus und fügte hinzu: „Ich darf wohl darin die Fortdauer der durch lange Jahre bestehenden freundschaftlichen Beziehungen erkennen, in denen ich mich mit dem Allerhöchstseligen König Karl verbunden fühlte, eine Erinnerung, die mir ewig teuer und wert bleiben wird, eine Freundschaft, welcher ich es verdanke, daß ich heute die Ehre habe, Eure Majestäten als Chef eines württembergischen Regiments begrüßen zu können; ein Vorzug, den ich hochschätze und dankbar anerkenne. Mögen Eure Majestäten glücklichen Zeiten entgegengehen, unsere treuesten Wünsche begleiten Sie jetzt und allenthalben, treue Wünsche für Höchstihre Majestäten, für das königliche Haus und für das teure württembergische Nachbarland, mit welchem in freundschaftlichen, in innigen Beziehungen noch lange Jahre leben zu dürfen unser sehnsüchtigster Wunsch ist; ein Wunsch, der durch die weise Regierung Eurer königlichen Majestät gewiß in Erfüllung gehen wird.“ König Wilhelm sprach alsbald seinen Dank aus und sagte: „Es hat einen freudigen und aufrichtigen Widerhall in meinem Herzen gefunden, und ich kann die Versicherung geben, daß es mein aufrichtigstes und treuestes Bestreben sein soll, die so lange Jahre bestehenden guten Beziehungen zwischen Baden und Württemberg nicht

nur aufrecht zu erhalten, sondern auch zu pflegen und zum Segen unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes stets weiter zu bilden.“ Am 11. Juni besuchte der Großherzog mit seinem Sohne von Singen am Hohentwiel aus die Gemeinden des Alb-Pfingz-Plateaus, denen die Wasserversorgung zu teil geworden ist. Nach Schluß des Landtags, am 23. Juni, sah der Großherzog dessen Mitglieder bei sich zur Tafel und sagte in einer Ansprache: „Um eins möchte ich Sie dringend bitten, schaffen Sie mit aller Kraft, daß der Friede wieder in unser Land kehrt. Selig sind die Friedfertigen; dieses hohe Wort möge in Ihren Herzen wiederklingen! Friede, Liebe und Eintracht thut uns not und macht uns stark und fähig, ein bedeutungsvolles Glied am deutschen Vaterlande zu sein, wenn sein Ruf an uns ergeht, und macht uns fähig, auch jeder inneren Gefahr entgegenzutreten.“ Bald hiernach nahm das großherzogliche Paar längeren Aufenthalt zu St. Blasien im Schwarzwald. Obwohl die Wahlen zum nächsten Landtag erst im Oktober 1893 vorzunehmen sind, begann doch schon in diesem Herbst das ganze Parteileben sich zur Wahlbewegung zuzuspitzen. Den regsten Eifer entfaltete die ultramontane Partei, die alles daran setzt, um die nationalliberale Mehrheit der zweiten Kammer zu verdrängen. In einer großen Versammlung zu Mannheim am 11. September wurde ausgeführt, in keinem Lande der Erde seien die Katholiken so schlecht daran wie in Baden. Eine Landesversammlung der freisinnigen und der Volkspartei in Offenburg am 13. November zeigte, daß auch diese Parteien vor allem auf Verdrängung der Nationalliberalen aus dem Landtage ausgehen.

Der Kaiserin Augusta wurde am 30. September an einer idyllischen Stelle der Lichtenthaler Allee in Baden-Baden von dieser Stadt ein Denkmal gesetzt und am 19. September ehrte die Hauptstadt das Andenken an den Dichter Scheffel durch Errichtung eines Denkmals vor der Kunstschule. Die Badische Todtenliste weist auf: den Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg, der am 15. März in Paris starb; sodann verschied am 2. August der Fabrikant Thorbecke aus Mannheim, einer der Führer der nationalliberalen Partei, zu Arosa, und am 27. November Freiherr v. Türkheim, der 19 Jahre Baden in Berlin vertrat.

Das Königreich **Württemberg** wurde seit Beginn des Jahres

durch kirchliche Angelegenheiten lebhaft bewegt, sowohl auf evangelischer als auf katholischer Seite. Der evangelische Pfarrer Schrempf in Leuzendorf erregte die Gemüther, indem er die Frage der ferneren kirchlichen Anwendung des ungeänderten apostolischen Glaubensbekenntnisses zur öffentlichen Erörterung brachte. Schrempf hatte schon mehrmals in früheren Jahren seine vorgesetzten Behörden in Kenntnis gesetzt, daß er einen vom Bekenntnis abweichenden Standpunkt einnehme, war aber in seiner Stellung belassen worden. Da vollzog er im Juli 1891 eine Taufe ohne Anwendung des Apostolikums und teilte dem Dekanatsamt Blausteden mit, daß er es künftig immer so halten werde. Seiner Gemeinde blieb es eine Zeitlang verborgen, daß er das Apostolikum nicht als seinen Glauben bekennen könne, denn auf Rat des Generalsuperintendenten Hall ließ er sich hinfort bei Taufen vertreten. Aber einige Wochen später suchte er durch ein Schreiben an die Oberkirchenbehörde seiner schiefen Stellung ein Ende zu machen. Die Fortführung des Amts in bisheriger Weise sei ihm sittlich unmöglich. Und bei der nächsten Taufe, die er vorzunehmen hatte, machte er der Gemeinde Mitteilung. Darauf untersagte das Konsistorium in Stuttgart dem Pfarrer Schrempf die fernere amtliche Wirksamkeit in seiner Gemeinde, weil es nicht dulden könne, daß diese in ihrem auf dem Bekenntnis ruhenden Glauben durch einen Diener der Kirche verletzt und verwirrt werde. Auf die Suspendierung folgte am 24. Mai Schrempfs Entlassung „wegen Verfehlung gegen die übernommenen Dienstplichten“. Der im Juli durch eine Schrift Schrempfs näher erläuterte Fall erregte in ganz Deutschland die Gemüther vieler Geistlichen und Laien, die ebenfalls schon längst gewisse Stellen des Apostolikums mit ihrer Überzeugung nicht hatten vereinigen können, und es kam die Frage auf die Tagesordnung, ob es nicht zunächst Sache der kirchlichen Oberbehörden sei, in bestimmterer Weise Stellung zu der Frage zu nehmen und so die jungen Geistlichen bei Zeiten vor Gewissensbedrängnis zu bewahren. In Preußen gab der Fall Schrempf Anlaß zu einer größeren Bewegung für und gegen das Apostolikum (S. 131). In Stuttgart wurden im November von Schrempf Vorträge über diese Fragen gehalten.

Auf katholischer Seite wurde die Bewegung für die Männerklöster fortgesetzt, obwohl der Ministerpräsident v. Mittnacht und der Kultusminister v. Sarvey schon im vorigen Jahre ablehnende

Befcheide erteilt hatten. Über die inzwischen für und wider eingegangenen Bittschriften wurde dem Könige Vortrag gehalten und vom Staatsministerium am 15. März Entscheidung getroffen. In Übereinstimmung mit dem Standpunkt, den es seit Erlaß des Gesetzes vom 30. Januar 1862 eingenommen, lehnte es das seit dem Ulmer Katholikentag vom November 1890 durch wiederholte Eingaben befürwortete Gesuch um Zulassung von Männerorden in der Diözese Rottenburg ab, weil kein Grund vorliege, von bewährten Grundsätzen zur Erhaltung des religiösen Friedens abzuweichen. Diese Entscheidung wurde mit Stimmeneinheit getroffen, indem auch die beiden katholischen Minister sich für Bewahrung der bisherigen Haltung aussprachen. Darüber zeigte sich das Hauptorgan der württembergischen Katholiken, das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart, sehr ungehalten. Es bezeichnete diese Ablehnung als schroff und von einer merkwürdigen Härte, vermifste ein Wort des Bedauerns und „den Hauch irgend eines wohlwollenden Anerkennens“; es handele sich um den „hohen, ganz unveräußerlichen Grundsatz der Freiheit der Kirche in ihren eigenen inneren wesentlichen Angelegenheiten“. In demselben Sinne äußerte sich das Amtsblatt für Ehingen, „der Volksfreund für Oberschwaben“. In ganz Württemberg, „landauf und landab“, seien die Gemüther des katholischen Volks „in Aufruhr versetzt“, an so schrofse Abweisung habe doch niemand gedacht; gegenüber der fast schrankenlosen Freiheit, welche den Aposteln des Umsturzes und des Unglaubens gewährt werde, könne man die Abweisung fast nicht begreifen. Der Domkapitular Dr. v. Einsemann suchte in einer im Auftrage des bischöflichen Ordinariats Rottenburg verfaßten Denkschrift den Befürchtungen entgegenzutreten, die sich an die Zulassung von Klöstern knüpfen, und im Namen des Ausschusses des württembergischen Katholikentags erließ dessen Vorsigender, Graf Otto v. Rechberg und Rothenlöwen, einen Aufruf an die Katholiken des Landes. Hiernach sei durch die vorjährigen Audienzen bei den Ministern nichts weiter erreicht „als notdürftige Angaben unzulänglicher Gründe“, und es wurde der Satz aufgestellt, die religiösen Orden seien ein so notwendiges Glied am Organismus der katholischen Kirche, daß erst mit ihnen und durch sie die Kirche in den Stand gesetzt sei, ihre Aufgabe ganz und nach allen Seiten hin zur Lösung zu bringen. Das katholische Volk wurde aufgefordert, auf seinem guten Rechte zu

beharren, zu seiner Erkämpfung in Versammlungen und Vereinen sich immer inniger zusammenzuschließen und bei jeder Gelegenheit mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinarbeiten, daß ihm endlich sein Recht werde. Als es später zu einer Reihe von größeren Katholikenversammlungen in mehreren Teilen des Reichs kam, in welchen die konfessionelle Schule, die Wiederzulassung der Jesuiten und die territoriale Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles gefordert wurde, ward eine solche Versammlung auch in Ravensburg veranstaltet. Sie fand am 7. Juni statt, war von mehr als 4000 Teilnehmern besucht und vom Erbgrafen von Waldburg-Wolfegg präsi diert. Sie sprach sich, nach längeren Reden der Reichstagsabgeordneten Gröber aus Heilbronn und Lieber, auch für die Männerorden in Württemberg aus. Deren Ablehnung wurde als Beeinträchtigung der verfassungsmäßig zugesicherten Religionsfreiheit erklärt und dem Ministerium ein förmliches Mißtrauen erteilt. Im Anschluß hieran suchte der Bischof Karl Joseph v. Häfese zu Rottenburg durch Schreiben vom 12. Juni die Katholiken des Landes zu fortgesetzter Bewegung für die Männerorden anzuregen.

Auf der anderen Seite hielten am Standpunkt der Regierung in dieser Frage alle diejenigen fest, welche in der Richtung, die sich im preussischen Volksschulgesetzentwurfe hervorgewagt hatte, eine große Gefahr für die gesamte innere Entwicklung des Reichs erblickten. Voran stand die deutsche Partei Württembergs, die es eben mit Rücksicht auf diese Vorgänge seit Fürst Bismarcks Rücktritt für angezeigt hielt, ihr Programm in liberalem Sinne neu zu gestalten. Dies geschah in der Landesversammlung zu Stuttgart am 22. Februar. In Angelegenheiten des Reichs schlossen sich die einzelnen Punkte des Programms den Forderungen der nationalliberalen Fraktion des Reichstags an; bezüglich der württembergischen Verhältnisse wurde in erster Linie Verwirklichung der Verfassungsrevision verlangt. Ohne auf die Forderung des Einkammersystems zu verzichten, forderte die Partei Entfernung der Privilegierten aus der zweiten Kammer, deren Bildung ausschließlich aus Vertretern des allgemeinen Wahlrechts, stärkere Vertretung größerer Städte und Reform der ersten Kammer. In der Verwaltung wurde Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, Magistratsverfassung für Stuttgart und Einführung von Kreisausschüssen verlangt. Der Stand

der Volksschullehrer solle nicht länger von der Theilnahme an der Schulaufsicht ausgeschlossen bleiben. Bei den Verhandlungen über dieses neue Programm war vom Rechtsanwalt Schall namentlich des Vertrauens gedacht, welches die Partei dem früheren Leiter der deutschen Politik entgegengebracht habe. Dieses Vertrauen habe mehr als formulierte Programme gegolten und seit dem Rücktritt des Fürsten sei der Wunsch lebhaft geworden, der gemeinschaftlichen politischen Überzeugung in bestimmter Form Ausdruck zu geben. Als dann bei Tisch der Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht wurde, rief dies eine begeisterte Zustimmung hervor, die als wahrhaft überwältigend bezeichnet wurde. Neu gestärkt feierte die deutsche Partei am 8. Mai ihr 25jähriges Bestehen. Das Fest wurde am 7. Mai eingeleitet durch einen Zusammentritt der Kammerfraktion mit dem Landesausschuß in der Silberburg zu Stuttgart. Beim Festakt am folgenden Tage in der Lieberhalle hielt Dr. W. Lang die Rede, in der ein Rückblick auf die Entstehung und die Geschichte der Partei gegeben wurde. Die Reden beim Festmahl im Stadtpark zeichneten sich durch hohen Patriotismus aus. Nach den Toasten des Kanzlers v. Weizsäcker, des Landtagsabgeordneten Stälin und des Reichstagsabgeordneten Siegle ergriff der Reichstagsabgeordnete Dr. Osann aus Darmstadt das Wort zu einer begeisterungsvollen Rede auf den Fürsten Bismarck. Er sagte u. a.: „Wir haben eine große Zeit hinter uns; aber wir haben ja nicht alles gehört und erlebt in dem Sinn, daß uns damals alles in seiner heutigen Bedeutung zum Bewußtsein gekommen ist. Erst jetzt wird allmählich der Schleier gelüftet über dem Regen und Weben aller der Kräfte, die an der Einheit des Reichs gearbeitet haben. Erst jetzt wird der Schleier gelüftet über dem Arbeitsinn des großen Gärtners, der die Anlagen des deutschen Reiches hergestellt hat. Was war denn Deutschland vorher? Weniger als ein Begriff, eine in jeder Richtung gefesselte, in ihrer Entwicklung gehemmte Gestalt. Diese Fesseln durchhauen zu haben, das ist Bismarcks erstes Verdienst. Darin liegt diese hohe bedeutende Kraft, daß er stets die rechte Zeit abwartete, daß er den Gegner wie ein Taubenpaar betrachtet und sich ihm mit Girren nähert oder aber ihn mit drohendem Stirnranzeln zurückschreckt. Er war ein unumschränkter Beherrscher des gesamten politischen Apparats und Besitzer des ungeheuren Geistes

und somit dazu bestimmt, den Knoten zu durchhauen.“ Die hauptsächlichste Wirkung dieses Parteifestes bestand darin, daß die Beziehungen der deutschen Partei zu den verwandten Parteien im Reich enger geknüpft wurden; noch niemals waren in Schwaben so begeisterte Kundgebungen für v. Bennigsen als den Führer des liberalen Bürgertums erfolgt. Nach diesen Auegungen erschien es übrigens auffallend, daß die deutsche Partei gerade in Stuttgart im November eine Niederlage erlitt, indem nicht der Vorstand ihrer Kammerfraktion, Dr. Götz, sondern der zunächst von der Volkspartei als Kandidat aufgestellte Obersteuerrat Kümelin zum Oberbürgermeister der Hauptstadt gewählt wurde.

Angeregt durch das kühne Vorgehen des deutschen Katholikentags in Mainz, frischten die Katholiken Württembergs im Herbst die Bewegung für Herstellung der Männerorden aufs neue an. Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland in Stuttgart am 13, in Gmünd am 18. September und in Horb am 24. Oktober stellten aufs neue dieses Verlangen auf.

König Wilhelm und Königin Charlotte trafen am 24. Januar zum Besuche am königlichen Hofe in Berlin ein und weilten hier bis zum 28. Januar (Seite 5). An diesem Tage statteten sie ihren Besuch dem königlichen Hofe in Dresden ab und langten am 29. Januar in Weimar an. Beim Aussteigen wurden sie hier von der Militärkapelle mit dem württemberger Liede empfangen, wozu auf Veranlassung des Großherzogs ein Ulmer Hautboist die Noten gebracht hatte. Der Großherzog, der Erbgroßherzog und Prinz Bernhard waren zum Empfang erschienen und geleiteten die Gäste durch die von einer großen, grüßenden Menschenmenge erfüllten Straßen zum Schloß, in dem abends 6 Uhr ein Prunkmahl und dann ein Konzert stattfand. Am 25. Februar feierte Württemberg zum ersten Male den Geburtstag des neuen Königs. Am Geburtstage des verstorbenen Königs Karl, den 6. März, begaben sich König Wilhelm, seine Gemahlin und Prinzessin Pauline in die Gruft unter der Schloßkirche und legten Kränze am Sarge nieder. Dann folgte für den ganzen Hof ein Trauergottesdienst in der Schloßkirche. Hofprediger Prälat v. Schmid hielt die Gedächtnisrede. Die verwitwete Königin Olga nebst der Herzogin Wera und den Prinzessinnen Elsa und Olga wohnten mit ihrem Hofstaat einem russischen Trauer-

gottesdienste im Sterbezimmer des Königs Karl bei. Am 14. März stattete das Königspaar dem königlichen Hofe in München seinen Besuch ab (Seite 218). Die 48jährige Herzogin Wilhelmine Eugenie, Tochter des 1857 verstorbenen Herzogs Eugen und Gemahlin ihres Oheims, des Herzogs Nikolaus von Württemberg, starb am 24. April zu Karlsruhe in Oberschlesien. Der 1. Mai brachte dem königlichen Hofe den Besuch des Königspaares von Sachsen. König Wilhelm empfing die Gäste sehr herzlich am Bahnhof zu Stuttgart. Unter den Klängen der sächsischen Königshymne wurde die Front der vom Dragonerregiment „Königin Olga“ gestellten Ehrenwache abgeschritten. Auf der Fahrt zum Schlosse bildeten die Truppen Spalier. Bei der Galatafel brachte König Wilhelm einen Trinkspruch auf die Gäste aus; er erinnerte namentlich daran, daß die sächsischen und die württembergischen Truppen auf den Schlachtfeldern gemeinsam für die Einigung Deutschlands gekämpft und geblutet; das Band der Freundschaft, welches die Fürsten beider Länder verknüpfe, sei unauflöslich. König Albert erwiderte, indem er die Worte seines königlichen Wirtes bestätigte, und dankte für den ihm bereiteten großartigen und herzlichen Empfang. Am 9. Juni trafen König Wilhelm und Gemahlin zu einem kurzen Besuche des großherzoglich badischen Hofes in Karlsruhe ein. Das vom König Wilhelm errichtete und nach ihm benannte Stift in Ludwigsburg wurde von ihm am 11. Juni unter Feierlichkeiten eröffnet. Die Anstalt ist zur Aufnahme gebrechlicher Knaben im Alter von acht bis sechzehn Jahren bestimmt, die hier für ein Handwerk herangebildet werden. Folgenden Tags wohnte das Königspaar dem Rennen in Weil bei Eßlingen bei. Die erste Parade seit seiner Thronbesteigung nahm der König über die Garnisonen von Stuttgart und Ludwigsburg am 20. Juni auf dem Kannstatter Exerzierplatze ab. Folgenden Tags hielt das Königspaar in festlicher Weise seinen Einzug in Tübingen. Nach Besichtigung des Bataillons fuhren die Majestäten unter stürmischen Hochrufen der Bevölkerung zum Uhlands- und zum Wildermuthsdenkmal, sodann auf den Marktplatz. Hier brachte vom Balkon des Rathhauses der Obmann des Bürgerausschusses ein Hoch auf die Majestäten aus, in das die festlich gekleidete Menschenmenge mit größter Begeisterung einstimmte. Die Königshymne hörten die hohen Gäste im Wagen stehend an. Vor dem Universitätsgebäude

bildeten die Studierenden Spalier. Unter Führung des Rektors Prof. v. Funk und des Kanzlers v. Weizsäcker betraten sie die Aula, in der alle Lehrer der Hochschule versammelt waren. Auf eine Ansprache erwiderte der König: Es werde jederzeit sein festes Bestreben sein, die Wissenschaften zu fördern. „Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für den wahrhaft großartigen Empfang, der uns zu teil geworden. Möge die Universität immerdar blühen und gedeihen.“ Nach fernerer Besichtigung öffentlicher Anstalten und des Kaiser-Wilhelm-Turmes auf dem Osterberg begaben sich die hohen Gäste nach Bebenhausen. Der präsumtive Thronfolger, Herzog Wilhelm, traf am 22. Juni zum Besuche des ihm bei Anwesenheit des Königspaares in Berlin vom Kaiser verliehenen Regiments „Herwarth v. Bittenfeld“ in Münster ein und wurde hier mit vielen Ehren aufgenommen. Beim Festmahl feierte ihn der Oberst v. Warendorf unter dem Hinweis, daß der neue Chef in sechs Feldzügen als glänzendes Vorbild echt soldatischer Tugenden ruhmvoll gefochten und geblutet habe. Die Offiziere stimmten freudig in das Hoch ein und die Musik spielte „Preisend mit viel schönen Reden“. In seiner Erwiderung sagte der Herzog: „Der Herr Oberst hat meiner Vergangenheit erwähnt; ich erkenne darin einen Maßstab, wie klein meine Verdienste sind im Vergleich zu den Großthaten, deren mein Regiment — ich nenne es mit Stolz das meinige — sich rühmen darf, Thaten, welche ihres Gleichen suchen in der Weltgeschichte. Ich beneide jeden, der teilgenommen hat an den großen Erfolgen dieses Regiments in dem jüngsten Kriege. So etwas wird so leicht nicht wiederkommen, aber Kriege wird es noch viele geben, und es wird mein glänzendster Tag sein, an dem es mir vergönnt wäre, selbst Zeuge zu sein, wenn der Sturm über das Vaterland hereinbricht, wie das Regiment sich bewährt, alles niederwerfend, was sich ihm entgegenstellt zum Ruhme Gottes, des Vaterlandes und des Kaisers.“

Das Königspaar stattete am 29. Juni der Stadt Reutlingen einen Besuch ab, wo ihm herzliche Huldigungen dargebracht wurden. Während sodann der König einen Ausflug nach den Gemeinden des Härdsfeld-Albuch-Wasserversorgungsgebiets machte, begegnete der Königin Charlotte in Stuttgart ein Unfall mit ihrem Wagen, der dank ihrer Geistesgegenwart ohne ernste Folgen abließ. Die Hinterachse des Wagens brach, der Kutscher fiel herab und die Pferde

gingen durch, bis die Königin die am Boden schleifenden Zügel erhaschte. Im Kranz der Städte, die dem neuen Königspaare ihre Huldigung darbrachten, folgte die Hauptstadt am 5. Juli durch ein glänzendes Fest im Stadtgarten. Wie zu allen Zeiten, nahm die Bevölkerung des Landes innigen Anteil am Wohl und Wehe des Fürstenhauses. Das zeigte sich wieder bei der Vermählung des Grafen Wilhelm von Württemberg, Herzogs von Urach, mit der Herzogin Amalie in Baiern zu Tegernsee am 4. Juli, bei der Verlobung des künftigen Thronfolgers, Herzogs Albrecht von Württemberg aus der katholischen Linie mit der Erzherzogin Margarete Sophie, Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig, am 13. Juli und beim Ableben der Königin-Witwe Olga zu Friedrichshafen am 30. Oktober. Der feierlichen Beisetzung in Stuttgart am 4. November wohnten bei der Kaiser, die Großherzogin von Baden, der Erbgroßherzog von Weimar, die Prinzen Ludwig von Baiern und Georg von Sachsen, Erzherzog Ludwig Viktor, Großfürst Wladimir und Großfürstin Konstantin. Im Dezember erhielt das Königspaar den Besuch des Großherzogs von Baden und seiner Gemahlin.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlichte am 17. Dezember einen Vortrag des Finanzministers v. Kiecke über den Staatshaushalt für 1893—95. Danach wird der Staatsbedarf auf jährlich 68 Millionen, zwei mehr als im vorigen Etat, veranschlagt. Der Reinertrag des Kammerguts wurde um etwa 2 Millionen niedriger als bisher angenommen; es ist daher für beide Jahre eine Verstärkung der Deckungsmittel um 8,4 Millionen nötig, wovon die Landessteuern 5,9 Millionen mehr aufbringen sollen, und zwar durch höhere Ansätze bei verschiedenen Abgaben.

Von hervorragenden Württembergern starben in diesem Jahre: Geh. Rat Rud. v. Mohl, Vorstand des Verwaltungs-Gerichtshofs, am 16. August; der Litteraturhistoriker Prof. Klüber am 14. September und der Rechtsanwalt Georgii in Wilhelmsdorf, eine der angesehensten Persönlichkeiten im Lande und langjähriger Vorstand der Allgemeinen Deutschen Turnerschaft, am 25. September.

Im Königreich **Baiern** standen zunächst die weiteren Verhandlungen des seit dem 1. Oktober 1891 versammelten Landtags im Vordergrund. Die Beratung des Stats verlief im ganzen ziemlich ruhig. Die Abgeordnetenkammer sprach sich am 12. Januar ein-

stimmig für Ermäßigung des Personentarifs aus und bewilligte als Gesamteinnahme der bayerischen Bahnen 109 625 626 Mk. Beim Kultusetat kam die Frage der Rückberufung des Ordens der Redemptoristen wiederum zur Sprache. Der Abg. v. Soden hob hervor, schon wegen des Priester mangels sei die Wiederberufung notwendig; eine Verwandtschaft mit den Jesuiten bestehe nicht, und es handele sich um Beseitigung eines begangenen Unrechts. Der Kultusminister Müller erwiderte, die Staatsregierung habe den Wunsch, der katholischen Bevölkerung in dieser Frage friedlich entgegenzukommen, es hätten sich aber Schwierigkeiten ergeben. Zur Prüfung der hierbei entscheidenden Frage, ob die Redemptoristen mit den Jesuiten nicht verwandt gewesen oder jetzt nicht mehr mit ihnen verwandt seien, habe ein umfangreiches Material sich angesammelt; dessen Sichtung habe lange Zeit erfordert, weil es in einer Hand habe bleiben müssen und nunmehr habe die Staatsregierung die Anschauung, daß eine Verwandtschaft mit den Jesuiten nicht bestehe und nicht bestanden habe. Diese Ansicht habe sie in einer Denkschrift den verbündeten Regierungen durch den Bundesrat mittheilen lassen, und seitdem bewege sich die Angelegenheit noch auf dem Boden strenger Vertraulichkeit. Andererseits sprach sich der Abg. Schauß mit Rücksicht auf den konfessionellen Frieden gegen die Rückberufung der Redemptoristen aus. Diese Meinung werde von 72 Abgeordneten geteilt, von welchen viele Katholiken seien; Autoritäten der katholischen Kirche, eine Reihe katholischer Geistlichen sowie mehrere bayerische Könige hätten sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Der Abg. v. Fischer machte gleichfalls geltend, daß nicht nur die protestantische, sondern auch ein namhafter Bruchteil der katholischen Bevölkerung wünsche, der Bundesrat werde an seinem Beschlusse vom 20. Mai 1872 festhalten. Diesen Ausführungen trat der Abg. Orterer entgegen. Solche Ängstlichkeit sei nicht begründet und in Berlin beständen nicht mehr die Strömungen, die zu jenem Beschlusse führten. Der Kultusminister ergriff dann nochmals das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Regierung zu allen Zeiten den Redemptoristen ein entschiedenes Wohlwollen entgegengebracht und daß es sich schon 1872 nicht darum gehandelt habe, ob dieser Orden etwa eine unheilvolle Thätigkeit entfalte, sondern lediglich, wie jetzt, um die Rechtsfrage, ob er unter das Jesuitengesetz falle. v. Stauffenberg stellte

den Priesterangel in Abrede, da 18 katholische Geistliche gegenwärtig Zeit hätten, in der zweiten Kammer ein Mandat auszuüben. Der Kultusetat gab ferner Anlaß zu längeren Verhandlungen über die Frage einer Reform des obersten Schulrats und über die Frage der Gymnasialreform. Ersteren verteidigte der Kultusminister gegen zahlreiche Angriffe, namentlich hob er die Notwendigkeit hervor, ihn nicht einseitig zusammenzusetzen. Im übrigen stellte er eine Reorganisation der isolierten Lateinschule in Aussicht. Beim Etat der Zölle und indirekten Steuern wurde der Ertrag des Malzaufschlags um 700000 Mk. höher als im Entwurf, mit 36 Millionen Mark bewilligt. Beim Forstetat verteidigte der Finanzminister v. Riedel die Forstverwaltung gegen Angriffe wegen der Verwüstungen der Nonnenraupe. "Die große Gefahr habe man nicht vollständig erkannt und unterschätzt, sei daher mit ungenügenden Mitteln in den Kampf getreten. Statt hundertweise hätte man gleich anfangs hunderttausendweise Geld aufwenden sollen. Erst die Beobachtungen des Oberforstrats Huber hätten einen Feldzugsplan ermöglicht, der aber für alle Zeit für ganz Deutschland von Nutzen sein werde. Im übrigen verdient hervorgehoben zu werden, daß zur Aufbesserung der Lehrergehälter 891000 Mk., 26000 Mk. mehr als im Voranschlag, und für den Neubau des Germanischen Museums in Nürnberg 1100000 Mk. als erste Rate bewilligt wurden. Was endlich den Militäretat betrifft, so brachte bei dessen Beratung der Abg. Beckh die Frage der Militärgerichtsbarkeit wiederum zur Sprache. Er meinte, die Haltung des bayerischen Bevollmächtigten am Bundesrate gegenüber der in Aussicht stehenden Reichsmilitär=Strafprozeßordnung scheine nicht der Willensmeinung der Kammer zu entsprechen. Der Kriegsminister v. Safferling beruhigte jedoch durch Wiederholung seiner früheren Zusicherungen, daß die Regierung den Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in wirksamster Weise wahren werde. Auch die Frage bezüglich der Soldatenmißhandlungen kam zur Erörterung. Anlaß dazu bot der Umstand, daß am 19. Februar ein Erlaß des Kriegsministeriums vom 3. Dezember 1891 zur ungeahnten Veröffentlichung gelangt war. Darin war, in Anknüpfung an zwei zur Untersuchung gekommene Fälle, den Offizieren die strenge Beobachtung eines im Jahre 1888 gegen rohe Behandlung der Soldaten gerichteten Erlasses eindringlich eingeschärft. Zwar war der Pflichteißer

der Gesamtheit der Offiziere anerkannt, aber es war hervorgehoben, „daß noch immer gewisse vorschriftswidrige Ausbildungs-Praktiken in Anwendung sind und geduldet werden“. Hierzu war z. B. das unverhältnismäßig lange Verharren der Mannschaften in der Kniebeuge gerechnet, Übungen, die von Unteroffizieren häufig eigenmächtig in einer Weise angewendet seien, die sich als rohe Quälereien herausstellten. Der Kriegsminister erklärte nun, es sei ihm peinlich gewesen, daß dieser Erlaß, mit dem er nur seine Schuldigkeit gethan habe, in die Öffentlichkeit gedrungen sei; es werde alles aufgeboten, um die Mißhandlungen ganz aus der Welt zu schaffen. Die neuen Forderungen des Etats für Zeltausrüstung der Truppen, Beschaffung von Hunden für die Jägerbataillone u. dergl. wurden ohne weiteres genehmigt.

Als es sich gegen Ende der Statsberatungen um den Matrifularbetrag handelte, der in Höhe von $42\frac{2}{5}$ Millionen Mark genehmigt wurde, erwähnte der Abg. Orterer am 13. Mai einen Bericht, den der preußische Gesandte in München, Graf Eulenburg, über die in Baiern über den preußischen Volksschulgesetzentwurf herrschende Stimmung nach Berlin gesandt habe. Dieser Bericht hätte zum Scheitern jener Vorlage beigetragen. Die Sache war schon am 10. Mai im Finanzausschusse vorgekommen, und die dortigen Verhandlungen hatten über die bayerischen Grenzen hinaus großes Aufsehen erregt. Im Ausschusse hatten die Zentrumsführer Daller und Orterer bemerkt, sie hätten mit großem Bedauern bestimmte Kenntniss erhalten, daß die Wendung bei jener preußischen Frage auf einen Bericht des Grafen Eulenburg zurückzuführen sei. Maßgebende Personen in Berlin hätten es mitgeteilt. Die Antwort des Ministers des Außern, Freiherrn v. Crailsheim, ging dahin, daß er von solchem Berichte nichts wisse, auch nicht die Aufgabe habe, solche Berichte zu überwachen; er protestiere gegen die Behauptung, daß der Gesandte nicht objektiv berichtet habe. Orterer erwiderte, die Anregung sei nur aus patriotischem Gefühl angeregt worden. Die Nachricht von diesen Vorgängen im Finanzausschusse rief in der Presse große Befremdung hervor. Als unerhört wurde es bezeichnet, daß Berichte eines Gesandten an seinen Herrscher, Schriftstücke vertraulichsten Charakters, in dem Lande, aus dem sie abgingen, zur öffentlichen Erörterung gestellt werden; der völker-

rechtliche und politische Anstand gebiete, von einer durch Verrat erlangten Kenntnis nicht zu reden. Wie die Konservativen in Preußen die ihnen unangenehme Wendung auf den Abg. v. Hellendorff zurückzuführen suchten, so hätten die bayerischen Ultramontanen durch gleichen Unmut sich verleiten lassen, den preußischen Gesandten in München verantwortlich zu machen. Der ganze Vorgang, sagte die „Nat.=Ztg.“, sei ein Zeichen von der Höhe des Übermuts der bayerischen Klerikalen. Trotz aller dieser Erörterungen gab nun der Referent des Finanzausschusses, Orterer, im Plenum der zweiten Kammer das Protokoll über jene Verhandlungen bekannt und bezeichnete als Zweck, festzustellen, daß die bayerische Regierung an dem Eulenburgschen Berichte unbeteiligt war. Der Ministerpräsident v. Crailsheim erwiderte, die bayerische Regierung betrachte den Schulgesetzentwurf lediglich als eine innere preußische Angelegenheit und könne deshalb auf eine sachliche Besprechung desselben nicht eingehen; die Sache gehöre nicht vor den Landtag. Er hätte gehofft, daß sie im Plenum nicht aufgegriffen werde, da ein Ergebnis der Besprechung nicht abzusehen sei. Selbstverständlich habe auch die bayerische Regierung jene Schulgesetzfrage und deren Wellenschlag im übrigen deutschen Reiche aufmerksam verfolgt; „allein es konnte und kann uns nicht in den Sinn kommen, irgend eine Einwirkung auf die preußische Regierung im diplomatischen Wege versuchen zu wollen. Was würde man sagen, wenn die preußische Regierung auf die bayerische Gesetzgebung in solcher Weise Einfluß nehmen wollte? Es handelt sich auch um ein ausschließlich preußisches Aktenstück. Die bayerische Regierung hat davon keine Kenntnis, sie hat kein Recht, danach zu fragen und keine Kontrollbefugnis. Es ist gegen allen Brauch, daß nicht amtlich veröffentlichte diplomatische Aktenstücke der parlamentarischen Erörterung unterstellt werden.“ Das einzig praktische Ergebnis könnte nur eine Bestimmung der preußischen Regierung sein, wenn nicht die Beziehungen zwischen Preußen und Baiern so herzlich wären, daß eine Trübung durch derartigen Zwischenfall ausgeschlossen erscheine. Der liberale Abgeordnete v. Schauß stimmte dem Minister in der Kritik des „unglaublichen Verfahrens“ bei und bemerkte, im Januar habe Orterer den Liberalen zugerufen: „Seien sie nur ruhig, jetzt pfeift der Wind aus einem andern Loch;“ nun sei es aber in Berlin wieder anders geworden; das Verfahren der klerikalen Ab-

geordneten sei nicht geeignet, den politischen Ruf Baierns im Auslande zu vermehren. Daller erwiderte, es sei Thatsache, daß jener Bericht existiere und von Einfluß auf den Gang der Dinge in Preußen gewesen sei; er habe nicht eine Einmischung in dieselben, sondern nur festgestellt sehen wollen, daß die bayerische Regierung dem Berichte fernstehe. Darauf erwiderte der liberale Abgeordnete Fischer, die einzige Entschuldigung für das Vorbringen der Sache sei der Ärger über die geänderte Windrichtung, und wenn der Gesandte berichtet habe, daß die an Deutschlands Wiedergeburt seit 25 Jahren beteiligten Personen und Parteien im Vertrauen auf Preußen erschüttert seien, es auf eine abschüssige Bahn gehen sähen, so habe er richtig berichtet. Damit war die Sache im Landtage beendet, in der Presse aber setzten sich die Erörterungen noch eine Zeitlang fort. Ein katholisches Blatt bezichtigte den Kultusminister, ein anderes die Gesamtregierung des Anteils am Eulenburgschen Berichte. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ wies darauf hin, daß seit Gründung des Reichs die ultramontane Partei im bayerischen Landtage selten eine Session habe vorübergehen lassen, „ohne in mehr oder weniger ungehöriger Weise irgend eine Angelegenheit des Reichs oder eines außerbaierischen Bundesstaates vor ihr Forum zu ziehen.“ Die „Köln. Ztg.“ suchte zu zeigen, daß Graf Eulenburg eben nur seine Schuldigkeit gethan habe, wenn er, ein durchaus konservativer Mann, nicht einseitig, sondern von der abfälligen Beurteilung des preußischen Entwurfs in den liberalen Kreisen Baierns berichtet habe. Nach Meinung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestand für die Ultramontanen des Pudels Kern darin, daß die bayerische Regierung den Eulenburgschen Bericht nicht korrigiert habe. Bei der Schärfe dieses publizistischen Streits konnte es nicht fehlen, daß französische Blätter, wie z. B. das „Journal des Debats“, diese Vorgänge als einen Beweis verwerteten, daß die deutsche Einheit ihre Lücken habe.

Nach Abschluß der langen Etatsberatungen wurde das Finanzgesetz am 24. Mai von der zweiten Kammer festgestellt. Es weist in Einnahmen und Ausgaben den Betrag von 306 292 271 Mark auf. Von allgemeinerer Bedeutung war ferner die Verhandlung über eine Beschwerde des altkatholischen Landesvereins namens sämtlicher Altkatholiken Baierns wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte. Diese sollten verletzt sein durch den Ministerialerlaß vom

15. März 1890, wonach den Mikatholiken nicht erlaubt ist, sich der Amtskleidung der katholischen Priester sowie der Glocken und sonstiger Auszeichnungen der öffentlichen Kirchengesellschaften zu bedienen. Der liberale Referent befürwortete nun die Beschwerde, weil dem Staate eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft nicht zustehe; allein nach den Ausführungen des Kultusministers behielt die Ansicht die Oberhand, daß die Beschwerde auf Grund einer Auslegung der Verfassungsbestimmung über Ausübung des Privatgottesdienstes abzuweisen sei.

Außerdem genehmigten die Kammern noch eine Reihe von Gesetzentwürfen. Es wurde eine 4prozentige Zinsgarantie für die von den pfälzer Bahnen zu Erweiterungen zu verausgabende Summe von 7889000 Mark bewilligt. Da infolge der gesteigerten Preise die Veranschlagung für die Naturalverpflegung des Heeres sich als unzulänglich erwiesen hatte, wurde für 1891—92 ein Nachtragskredit von 1172336 Mark genehmigt. Eine Vorlage wegen Erweiterungs- und Neubauten auf den Staatsbahnen im Betrage von 20770000 Mark wurde einstimmig angenommen, zur Herstellung von Nebenbahnen wurden 17513000 Mark, zur Aufbesserung des Gehalts der pragmatischen Staatsbeamten 2487000 Mark bewilligt. Aus früheren Budgetüberschüssen wurden acht Millionen den Distrikten und Städten überwiesen. Endlich wurde ein Gesetz zur Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes und eine Gebührennovelle genehmigt, auch ein Ersuchen um Vorlegung einer Kirchengemeindeordnung beschlossen.

Die Kammer der Reichsräte, in welche am 15. April Prinz Karl, zweiter Sohn des Prinzen Ludwig, eingeführt wurde, trat den Beschlüssen der zweiten Kammer bei, worauf es am 28. Mai zum Schluß des Landtags kam. Im Landtagsabschiede wurden alle Beschlüsse der Kammern genehmigt, insbesondere hinsichtlich der Reichsmilitärstrafprozessordnung thunlichste Berücksichtigung der bayerischen Einrichtungen, soweit sie sich bewährt haben, zugesichert. Der Abschied, dessen Verlesung der Prinz-Regent und alle Prinzen des königlichen Hauses bewohnten, schloß mit dem Ausdruck lebhafter Befriedigung über die gesamte Thätigkeit des 21. Landtags.

Da das Mandat der am 28. Juni 1887 gewählten Abgeordneten-Kammer dem Erlöschen nahe ist, so kam es bereits zu einigen Vor-

bereitungen für die nächsten Wahlen. Die deutsch=freisinnige Partei sprach sich am 24. April auf ihrem Parteitage zu Nürnberg für möglichstes Zusammengehen aller Liberalen aus, ein sozialdemokratischer Parteitag zu Regensburg am 26. Juni entschied sich dahin, noch in diesem Jahre mit aller Energie in die Bewegung für die Landtagswahlen zu treten, und eine Versammlung der Zentrums=partei in Freising am 29. Juni diene ebenfalls der Vorbereitung für die Wahlen. Hier sprachen sich die Abgeordneten v. Soden und Orterer in sehr feindseliger Weise gegen den Fürsten Bismarck aus. Ersterer meinte, der Fürst habe durch seine Reise nach Wien zeigen wollen, daß er unentbehrlich sei, „und das in einer Weise, die eine Schädigung des monarchischen Gedankens bedeutet“; Orterer meinte gar, des Fürsten jetzige Manier sei herostratisch und grenze an Landesverrat.

Gegenüber den mancherlei Zeichen klerikaler Erbitterung über die Wendung in Preußen lag es den Liberalen nahe, durch Hinweis auf verschiedene neueren Vorgänge die ganze Richtung jener Elemente und die Verhältnisse, zu denen sie führen können, aufs neue zu beleuchten. Dazu diene u. a. die das allgemeinste Aufsehen erregende Entdeckung einer in Baiern neuerdings stattgehabten „Teufel= austreibung“. Die „Kölnische Zeitung“ vom 17. Mai veröffentlichte nämlich ein später als echt anerkanntes, umfangreiches Schriftstück eines Paters Aurelian in dem bei Donauwörth liegenden Kapuzinerkloster Wemding, worin geschildert ward, wie der 10jährige Sohn der Eheleute Zilk in der Oberlottermühle höchst auffällige Erscheinungen gezeigt habe. Er hätte kein Gebet mehr verrichten oder anhören können, ohne in heftige Wutausbrüche zu verfallen. Mehrere Benediktionen, die er, der Pater, auf Wunsch der Eltern vorgenommen, hätten nichts gefruchtet, da habe er mit Zustimmung der Bischöfe von Augsburg und Eichstädt einen feierlichen Exorcismus vorgenommen. Der Teufel habe sich anfangs sehr gesträubt, aus dem Knaben zu fahren und habe auf Befragen geäußert: „I moat uet“; als Grund habe er angegeben, eine Frau Namens Herz verhindere es. Endlich sei das Werk gelungen, und als Ursachen der Besessenheit führte der Pater an, die Mutter des Knaben sowie die Frau, die ihn durch das Geschenk von Huzeln behext habe, seien Protestanten. Weitere Aufklärung erfuhr man durch die „Süddeutsche

Landpost" in Augsburg, nach deren Darstellung die Müllerleute unter ständigem Druck der katholischen Geistlichen gestanden haben, weil sie nicht in die katholische Erziehung der Kinder willigten, und die aus der besonders protestantenfeindlichen Gegend von Cham gekommene Mutter des Müllers habe durch ihre Gewaltthätigkeiten die Nervosität des Knaben hervorgerufen. Nach dem Urtheil der gesauten nicht-ultramontanen Presse wurde durch diesen weindinger Fall das Drängen der bayerischen Klerikalen nach Wiederzulassung der Redemptoristen in ein neues Licht gesetzt, denn grade diese Ordensgeistlichen seien es hauptsächlich, welche das Bessenenwesen förderten. Und ebenso wurde hervorgehoben, daß dieser Fall des ausgeprägtesten Konfessionalismus denen zu denken gebe, die dem Jedlitzen Schulgesetzentwurfe nachweinten. Pater Aurelian wurde übrigens bald in das Kloster Lohr in Unterfranken versetzt, das durch viele Hexenprozeße des 17. Jahrhunderts bekannt geworden ist. Von seiten der Regierung geschah nichts; weder das am 31. Oktober 1803 von der Regierung zu Neuburg gegen diesen „grellichen Unfug" erlassene Verbot, noch der gegen die Verbreitung des Aberglaubens gerichtete Erlaß des Ministers v. Abel vom 15. Mai 1842 wurden in Erinnerung gerufen. Aber selbst ultramontane Blätter zeigten sich durch den Vorgang peinlich berührt. So meinte die „Trenonia" in Dortmund, jeder ernste Katholik könne über den Blödsinn nur lachen, und die klerikale „Deutsche Reichs-Ztg." in Bonn bedauerte, daß der liberale Zeitgeist auf manche gutgesinnte Katholiken Einfluß habe. Im November wurde die Sache noch einmal der erstaunten Welt vorgeführt: im Beleidigungsprozeß gegen Pater Aurelian in Eichstädt kam ein Gutachten des dortigen Dompropstes Bruner zum Vortrag, der bezeugte, daß Bessenenheit möglich und wirklich, sowie daß der Pater berechtigt gewesen sei, Bessenenheit anzunehmen. „Der Dämon setzt sich wirklich im Organismus fest und operiert von dort aus." Ein anderer Sachverständiger, Domkapitular Schmidt, legte „außerordentliches Gewicht" darauf, daß der Knabe gegen geweihtes Wasser, nicht aber beim Brunnenwasser „reagierte", ohne daß er den Unterschied wußte. Das protestantische Oberkonsistorium nahm nunmehr Veranlassung, den Geistlichen die Bekämpfung des Aberglaubens in ihren Gemeinden aufs neue ans Herz zu legen. Zugleich bezeichnete es die in jenen Vorgängen einem unbescholtenen Gliede der evangelischen Kirche zu-

gefügte Unbill als Ehrenkränkung des im paritätischen Baiern gleichberechtigten Protestantismus. Gegen diesen Erlaß wandte sich am 21. Dezember eine Kundgebung des bischöflichen Ordinariats Eichstädt. Es erhob nämlich vom allgemeinen Rechtsstandpunkt und auf Grund der durch die Verfassung der katholischen Kirche gewährleisteten Rechte Protest gegen die „Unbill“, welche durch das Oberkonsistorium der katholischen Kirche in ihrer „Lehre, Einrichtungen und Priestertum“ zugefügt sei; die von Sachverständigen auf Eidespflicht vor Gericht abgegebene „Darlegung der Lehre der katholischen Kirche, daß Wahrsagerei und Magie unter Einfluß des Dämon möglich sei“, hätte nicht als eine „mit der heiligen Schrift in keiner Weise zu deckende abergläubische Behauptung“ bezeichnet werden dürfen.

Die in einem großen Teile Deutschlands herrschende Unzufriedenheit über die ganze Lage im Reiche trat auch in Baiern hervor. Als ein solches Zeichen erschien u. a. das Ergebnis der großen Aufsehen erregenden Reichstagsersatzwahl im Bezirk Kehlheim am 19. Oktober. Während dieser bisher jahrelang durch ein Mitglied der Centrumspartei vertreten war, siegte jetzt deren Kandidat nur mit knappster Mehrheit über Dr. Sigl, den Redakteur des „Vaterland“ in München. Dieser gehört zwar ebenfalls zur ultramontanen Partei, die zahlreichen Stimmen waren für ihn aber mehr in preußenfeindlichem Sinne abgegeben, als daß sie auf einen Zwiespalt in der Centrumspartei schließen ließen, so sehr auch infolge dieser Wahl Mitglieder dieser Partei in Baiern sich gegen einander ereiferten; der Publizist Kitzinger z. B. meinte, die intelligenten Elemente der Partei sähen sich, „angekelt vom Geschäftskatholizismus und Preßterrorismus“, zum Rückzug gezwungen; die Partei sei an ihrer „geistigen Versumpfung“ angekommen. Das in Baiern so leicht in Preußenfeindschaft sich äußernde Unbehagen steigerte sich im November durch die auch von andern Parteien in Süddeutschland geteilte Abneigung gegen die Reichsmilitärvorlage.

In ähnlicher Weise wie der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen gegen Mißhandlung von Soldaten, erregte der ebenfalls von einem sozialdemokratischen Blatt veröffentlichte Erlaß des Befehlshabers des 2. bayerischen Armeekorps, v. Parseval, Aufsehen (S. 210). Er richtete sich gegen die wiederholten Fälle von Mißbrauch der Dienstgewalt von Seiten roher Unteroffiziere.

Die königliche Familie erhielt am 18. Januar den Besuch

der verwitveten Kronprinzessin Stephanie von Osterreich, welcher sie viele Aufmerksamkeiten zu teil werden ließ. Am 26. Januar ward der königl. Hof in Trauer versetzt durch das Ableben der 83jährigen Herzogin Ludovika in Baiern. Sie war eine Tochter des Königs Maximilian I. und in 60jähriger Ehe verheiratet gewesen mit dem vor zwei Jahren verstorbenen Herzog Maximilian. Als der Zustand sich verschlimmerte, wurden alle Familienglieder zusammenberufen. Von ihren Kindern waren die Herzöge Ludwig, Karl Theodor und Max Emanuel, die frühere Königin Maria beider Sicilien und die Gräfin Trani herbeigeeilt, die Kaiserin von Osterreich war durch eigenes Leiden verhindert; statt ihrer erschien Erzherzog Ludwig Viktor; statt der Herzogin von Mençon erschien deren Gemahl; endlich traf auch der Fürst von Thurn und Taxis, Sohn einer verstorbenen Tochter der Herzogin, ein. Im März trat wieder ein freudiges Ereignis bei Hofe ein: die älteste, 27jährige Tochter des Herzogs Karl Theodor, des bekannten Augenarztes, Amalie, verlobte sich mit dem 23jährigen Herzoge Wilhelm von Urach aus der Linie, welche von einem Bruder des Königs Wilhelm I. von Württemberg abstammt. Die Feier des 71. Geburtstages des Prinz-Regenten wurde verherrlicht durch die feierliche Übergabe des von ihm für die Feldherrnhalle in München gestifteten Heeres-Denkmal's. Die gesamte Garnison nebst den Abordnungen aller Truppenteile nahm im Carree vor der Halle Aufstellung, der von allen Prinzen umgebene Regent gab mit einigen Worten der Widmung den Befehl zur Enthüllung, und unter Kanonendonner fiel die Hülle von dem in Erz gegossenen Denkmal. Der Kriegsminister General Safferling dankte im Namen des Heeres und forderte zu einem dreimaligen Hoch auf den Regenten auf, in das die Truppen und das Publikum einstimmten. Bürgermeister v. Widenmayer trat hierauf mit den Abordnungen der städtischen Behörden vor und ließ die von der Stadt errichteten, auf Erzsockeln sich erhebenden Flaggenmaste mit kostbaren goldgestickten Fahnen enthüllen. Hiernach nahm der Regent vor dem Denkmale seines Vaters, des Königs Ludwig I., die Truppenparade ab, worauf die Truppen an dem neuen Denkmal unter militärischen Ehrenbezeigungen vorbeizogen. Nachmittags 3 Uhr gab der Regent den Vertretern des Heeres im Ballsaale der königl. Residenz ein Festmahl. Die Tafel bildete eine Hufeisenform, in deren Mitte noch drei größere

Tische Platz gefunden hatten. In der Mitte der größeren Tafel nahm der Regent, der mit seiner Schwester, der Herzogin Adelgunde von Modena, am Arm im Saale erschien, und zu beiden Seiten die Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Platz. Nach dem zweiten Gange erhob sich der Regent und sagte: „Ich trinke auf das Wohl der tapfern bayerischen Armee. Sie lebe hoch!“ Bald danach brachte Prinz Ludwig im Namen aller Angehörigen des bayerischen Heeres einen Trinkspruch auf den Regenten aus. Im Eingang wies er darauf hin, daß nun die Ludwigstraße, diese Schöpfung König Ludwigs I., von dessen einzig noch lebendem Sohn einen würdigen Abschluß durch das neue Denkmal erhalten habe. „Dem Prinz-Regenten, der seit 50 Jahren dem bayerischen Heere angehört, dessen Feldzüge er mitgemacht hat und der seit sechs Jahren die Regierung des Landes führt, möge Gott noch ein langes Leben schenken. Im Namen der ganzen bayerischen Arme rufe ich: Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent, mein vielgeliebter Vater lebe hoch!“ Der Toast fand stürmischen Wiederhall und die Musik stimmte die Nationalhymne an. Von den drei Kaisern liefen Glückwünsche ein. Beim Festmahl der Reichsräte hielten deren Präsident, Fürst Fugger, bei dem der 2. Kammer der Präsident Freiherr v. Dw und Bürgermeister v. Widenmeyer patriotische Ansprachen.

Am 14. März erhielt der königliche Hof den Besuch des württembergischen Königspaares. Es wurde am Bahnhofe von allen Prinzen und Prinzessinnen empfangen und hielt einen feierlichen Einzug in die mit bayerischen und württembergischen Fahnen geschmückten Straßen von München. Die hohen Gäste nahmen an der Familientafel des Regenten im Wintergarten teil und folgten abends der Einladung zum Prinzen Leopold. Am 15. März empfing König Wilhelm eine Abordnung der in München lebenden Württemberger. Nachmittags 4 Uhr fand im Ballsaale des Festsaalbaues der Residenz Galatafel statt. Nach dem dritten Gang erhob sich der Prinz-Regent und brachte folgenden Toast aus: „Ich trinke auf das Wohl Meiner hohen Gäste und bringe ihnen meinen tiefgefühltesten Dank aus für den Mich ebenso ehrenden als auch erfreulichen Besuch. Ich fordere Sie auf, auf das Wohl Ihrer Majestäten, des Königs und der Königin von Württemberg das Glas zu erheben und zu rufen: Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin, sie leben

hoch, hoch, hoch!" König Wilhelm dankte mit folgenden Worten: „Ich spreche zugleich namens der Königin meinen herzlichsten Dank aus für die Worte, welche Eure Königliche Hoheit an uns gerichtet haben, wie überhaupt für den wohlwollenden und herzlichsten Empfang, den ich hier gefunden habe. Ich möchte diesen Gefühlen der Dankbarkeit und Freundschaft dadurch Ausdruck geben, indem ich Sie auffordere, das Glas zu erheben: Sr. Königl. Hoheit der Prinz-Regent und sein königliches Haus, sie leben hoch, hoch, hoch!" Nach beiden Toasten fiel die Musik in die kräftigen Hochrufe ein und spielte die Königshymne. Abends 8 Uhr 30 Min. reiste König Wilhelm nach Stuttgart zurück, die Königin Charlotte nach Tölz, wo sie vom Großherzog von Luxemburg empfangen und nach seinem Schlosse Hohenburg geleitet wurde.

Am 11. April erhielt der Regent einen kurzen Besuch des Kaisers von Österreich. Sein ältester Sohn, Prinz Ludwig, nahm am 15. Mai an der Wanderversammlung der bayerischen Landwirte in Würzburg teil und empfing dort Abordnungen der Städte Unterfrankens, denen er die Hoffnung aussprach, daß es gelingen werde, die große Wasserstraße Main-Passau-Wien herzustellen. Beim Festmahl nahm der Prinz Gelegenheit hervorzuheben, die Landwirtschaft finde ihr Gedeihen nur im Zusammenhange mit Handel und Industrie, und die Erhaltung des Friedens beruhe auf der Sorge für ein starkes Heer, das jedem verleihe, Deutschland anzugreifen. Der Regent erwiderte am 30. Mai den Besuch am württembergischen Hofe in Stuttgart und eröffnete am 1. Juni die 6. internationale Kunstausstellung in München. Bei dem hieran sich anschließenden Festmahle verbreitete sich Prinz Ludwig in längerer Rede über den Anteil der Wittelsbacher an der Förderung der Kunst. Sein Bruder Prinz Leopold wurde im Juli vom Kaiser zum Generalinspektor der 4. Armeeinspektion ernannt, worauf die von ihm bis dahin bekleidete Stelle eines Befehlshabers des bayerischen Armeekorps dem Prinzen Arnulf übertragen wurde. Der Regent wurde, als er im August in Partenkirchen weilte, durch herzliche Kundgebungen der Anhänglichkeit der Gebirgsbewohner erfreut. Als Prinz Leopold im August sich als Inspekteur beim Kaiser in Berlin meldete, erregte er durch seine imposante Gestalt bei der großen Parade Aufsehen. Eine Tochter des Regenten, Prinzessin Therese,

wurde im November wegen ihrer Reisebeschreibungen zum Ehrenmitgliede der bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Der 61 jährige Herzog Ludwig in Baiern vermählte sich am 19. November mit der Ballettänzerin Fräulein Antonie Barth, die den Namen v. Bertoltz erhielt.

Es starben in diesem Jahre folgende hervorragende Persönlichkeiten in Baiern: am 1. März der Geh. Rat und Akademiker Dr. Franz v. Böher, bekannt als Schriftsteller, früherer Direktor des Allgemeinen Reichsarchivs, Sekretär und litterarischer Referent der beiden vorigen Könige, ferner am 26. Februar der frühere Minister des Innern Braun, am 1. Juli der Generalleutnant Ritter v. Malaise, der 1870 eine Brigade unter v. d. Tann befehligte; am 13. Oktober Geh. Rat Essenwein, Direktor des germanischen Nationalmuseums, und am 12. November der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, v. Feder.

Österreich-Ungarn.

In den ersten Tagen des Jahres erfuhr das für die innere politische Lage **Österreichs** wichtige Verhältnis der Regierung zur deutsch-liberalen Partei eine Richtigstellung. Nach der Annäherung beider hatte ein Mitglied dieser Partei, Graf Kuenburg, am Ende des vorigen Jahres Aufnahme in das Ministerium gefunden. Nun trat der Graf am 8. Januar in einer Klub Sitzung der vereinigten Linken mit der Erklärung auf, er verbleibe Mitglied der Partei, sein Eintritt in die Regierung drücke zwar eine gewisse freundschaftliche Annäherung der Partei an die Regierung aus, aber ohne daß dieser damit die Verpflichtung überkommen sei, als Regierungspartei aufzutreten. Er sei ausschließlich österreichischer, nicht deutscher Landsmannsminister, werde aber die berechtigten Interessen des deutschen Volkstums nach Kräften vertreten. Der Befriedigung der Partei über diese Auslassung gab der Abg. v. Plener Ausdruck.

Die wichtigste Frage für diese Partei bildete die der Herstellung eines friedlichen Verhältnisses unter den beiden Nationalitäten Böhmens. Zwei der Gesetze, die man im Januar 1890 bei Ver-

einbarung des Programms über den herbeizuführenden Ausgleich ins Auge gefaßt hatte, waren 1890 und 1891 mit Ach und Krach zu stande gekommen; nun handelte es sich um die übrigen vier Gesetze. Aber die Aussicht auf das zunächst an die Reihe kommende Gesetz über Abgrenzung der Gerichtsbezirke nach der Nationalität ihrer Bewohner rief unter den Jungczechen eine leidenschaftliche Opposition hervor. Diese Partei hatte sich durch ihr rücksichtsloses Vorgehen und ihren Deutschenhaß allmählich eine solche Popularität bei allen Czechen zu verschaffen gewußt, daß die gemäßigten und aufrichtig eine Vereinbarung erstrebenden Altczechen fast gänzlich verdrängt waren. Durch diesen Erfolg fühlten sich die Jungczechen sehr ermutigt, und ihr Einfluß beherrschte alle czechischen Kreise. Sogar der frühere czechische Vorkämpfer Kieger, der in den letzten Jahren von den Jungczechen weit überholt und in Unpopularität versetzt war, ließ jetzt den Ausgleich fallen, obwohl gerade er an der Vereinbarung von 1890 vorzugsweise beteiligt gewesen war und noch vor kurzem das Ansinnen, den Ausgleich in Stich zu lassen, mit dem Hinweis abgelehnt hatte, daß er durch solchen Wortbruch als Lügner und Komödiant erscheinen würde.

Angesichts der Beschlüsse, welche der Prager Stadtrat im Januar zur Hemmung des Zudrangs czechischer Kinder in die deutschen Volksschulen sowie zur Einschränkung des deutschen Sprachunterrichts in den czechischen Volksschulen Prags faßte, und angesichts einer Reihe von Vorgängen, die aus wachsendem Haß gegen alles Deutsche hervorgingen, lag die Frage auf der Hand, ob eine Fortsetzung des Ausgleichswerks überhaupt noch Aussichten habe. Es kam alles darauf an, ob die Regierung fest bleibe und ob die deutsch-liberale Partei noch ferner auf die Elemente rechnen könne, die bisher in dieser Sache mit ihr gegangen waren. Die deutsch-liberale Partei Österreichs würde in eine völlig veränderte Stellung zur Regierung geraten, wenn etwa diese die Hand dazu bieten sollte, daß an den Ausgleichsvereinbarungen gerüttelt werde. Nach einer Besprechung, die der Abg. v. Plener am 28. Januar mit dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe hatte, schien die Partei hierüber beruhigt zu sein. Und alle Bedenken wegen Festhaltens der Partei in dieser Sache fielen, als v. Plener in der Klubitzung der vereinigten Linken mitgeteilt hatte, es sei ihm zwar die Stelle des Präsidenten des gemein-

samen Rechnungshofes angeboten, aber bei der gegenwärtigen politischen Lage, insbesondere gegenüber der neuesten Verwicklung der böhmischen Angelegenheiten, halte er es für seine Pflicht, im Abgeordnetenhause wie im böhmischen Landtage zu verbleiben, er habe daher jenes Anerbieten abgelehnt. Die Verwicklung in Böhmen bestand darin, daß die bisherigen Kampfgenossen der deutsch-liberalen Partei, die Alttschechen und die konservativen Großgrundbesitzer, von dieser Gemeinschaft zurücktraten. In langen Erklärungen, welche diese beiden Parteien erließen, bekannten sie sich zwar fortgesetzt als Freunde des Ausgleichs, wollten aber dessen weitere Verfolgung im Interesse grade seines einstigen Zustandekommens verschoben wissen. Die Alttschechen sagten in ihrer Erklärung vom 15. Februar, die Verhandlungen von 1890 schädigten zwar weder das Staatsrecht noch die Unteilbarkeit des Landes, aber durch die Verhandlung der bisherigen Ausgleichsvorlagen seien die Verhältnisse im Lande in einer bisher nicht dagewesenen Weise aufgewühlt und die nationalen Gegensätze nur noch mehr als vordem verschärft; es sei daher nötig, eine Beruhigung der Gemüter abzuwarten. Und die Großgrundbesitzer sagten in ihrer Erklärung vom 7. März, eine Reihe von Ereignissen habe den tief zu beklagenden Beweis geliefert, daß bei beiden Nationalitäten die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer aufrichtigen Verständigung noch viel zu wenig gekräftigt sei, um die unvermeidlichen Opfer im Interesse des Ganzen willig zu bringen, namentlich verhalte sich die Mehrheit der Tschechen gegen die im „Zuge befindlichen Ausgleichsvorlagen“ entschieden ablehnend, und da deren Ablehnung „gefährlich“ für den inneren Frieden sein würde, möchten sie verschoben werden. Glaubte man auch zu wissen, daß bei diesen beiden Parteien die Hoffnung auf allmähliche Abkühlung der Jungtschechen im Hintergrund stehe, zumal in ihrem Klub bereits Spaltungen eingetreten waren, so war doch die deutsch-liberale Partei enttäuscht über diese „Wortbrüchigkeit“. Sie meinte, daß nach Lage der Dinge alle Freunde des Ausgleichs nur um so entschiedener für ihn auftreten müßten, zumal die von der jungtschechischen Agitation vorgebrachten Behauptungen offenbar unstichhaltig seien. Gegen eine Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke nach Nationalitäten wurde allerdings der Einwurf erhoben, die Deutschen wollten aus dem von den Tschechen nicht beeinflussten Teile Böhmens eine Art irredentistischen

Gebiets machen und warteten dann nur auf den Augenblick, sich von Österreich loszureißen und dem Deutschen Reiche anzuschließen!

Der böhmische Landtag wurde am 3. März eröffnet. Die Regierung legte in der That die in der vorigen Session nicht erledigten vier Gesetzentwürfe über den Ausgleich wieder vor, die Rede aber, mit welcher der Oberst-Landmarschall Fürst Lobkowitz den Landtag eröffnete, machte durchaus nicht den Eindruck, als ob die Regierung großen Wert auf die Annahme dieser Vorlagen lege, denn statt mit Entschiedenheit hierauf hinzuweisen, erwähnte sie der Marschall nur in formeller und matter Weise. Um so kühner traten alsbald die jungczechischen Abgeordneten hervor. Schon am 4. März rügten sie im Landtage in herausfordernd tadelnder Weise, daß in dem Erlasse zur Einberufung des Landtags der Ausdruck „Landtag in Böhmen“ gebraucht sei, während die gesetzliche Bezeichnung laute: „Landtag des Königreichs Böhmen“. Das sei von Wichtigkeit, denn mit letzterem Ausdruck werde die Unteilbarkeit des böhmischen Reiches bezeichnet. Dann folgte am 17. März die Rüge, daß den Schulen verboten sei, den 28. März als den 300. Geburtstag des großen Pädagogen Johann Amos Comenius zu feiern. Es war dies einfach deshalb nicht gestattet, weil es nicht möglich sei, der Schuljugend die Bedeutung dieses Pädagogen als Reformator zu verdeutlichen. Das war aber den Tschechen gleichgültig, sie betrachteten ihn eben als ihren Nationalhelden, da er in Komnina bei Brünn in Mähren geboren war. Die Verhandlung hierüber am 26. März führte zu stürmischen Szenen im Landtage. Der Abgeordnete Herold sagte, der Unterrichtsminister Gautsch habe das Andenken des größten Pädagogen der Welt verunglimpft, aber die frevelnde Hand, welche sich gegen Comenius erhoben, werde zurückgeschlagen werden; anderswo dürfe ein solcher Minister nicht im Amte bleiben, nur in Österreich sei es möglich, daß ein solcher Parvenu sich erheben dürfe. Der Vorsitzende bezeichnete diesen Ausdruck unpassend, die Jungczechen aber riefen in wildem Eifer, der Ausdruck gebühre dem Minister, und nachdem der Vorsitzende den Tadel wiederholt, rief Graf Kaunitz, der Ausdruck sei noch zu gut für den Minister. In Verbindung mit diesen Vorgängen im Landtag stand es, daß am Comeniustage die Studenten in Prag in Scharen durch die Straßen zogen, beim Denkmal des czechischen Dichters Halek nationale Kampflieder sangen

und dem Minister Gautsch ein percat brachten. Dabei kam es zu stürmischen Ausschreitungen, die das Aufgebot der gesamten Sicherheitswache notwendig machten und mit Verhaftung vieler Personen endeten. Und dabei hatten die Czechen um so weniger Veranlassung, Comenius als den ihrigen in Beschlag zu nehmen, als er sich in seinen Schriften als ein Vertreter der Gewissensfreiheit, der Toleranz, als ein Feind aller Ausschließlichkeit gezeigt hat und deshalb Deutschland viel näher steht als dem Czechentum. Dessen fanatisches Wesen machte in erster Linie die Comeniusfeier unmöglich.

Die Abgeordneten, deren Parteien sich für Vertagung der Ausgleichsvorlagen ausgesprochen hatten, brachten alsbald in der Ausgleichskommission den entsprechenden Antrag ein. Hierauf wurde der Statthalter Graf Thun eingeladen, in der Kommission zu erscheinen. Er kam am 24. März und erklärte zwar, die Regierung sei überzeugt, daß die Ausgleichsvorlagen die Voraussetzung für Anbahnung des nationalen Friedens in Böhmen bildeten, aber er verband damit den Ausdruck der Befriedigung, daß die Abgeordneten des Großgrundbesitzes die wohlthätigen Wirkungen der bereits zu stande gekommenen Ausgleichsgesetze anerkannt hätten. Diese Äußerung bezeichnete v. Plener als auffallend, denn die Erklärung der Großgrundbesitzer enthalte in der That eine wenig verhüllte Ablehnung. Auch das Festhalten der Regierung am Ausgleich sei in schwächerer Form als früher ausgesprochen. Mit einer solchen Erklärung wie die des Statthalters werde die Durchführung des Ausgleichs nicht gefördert. Die Kommission sprach sich am 1. April für Vertagung der Vorlagen aus. Damit galt der Ausgleich für beendet, und die czechischen „Narodni listy“ schrieben: „Ein so elendes Ende wie das der Staatspunktations-Aktion ist in der zentralistischen Politik Oesterreichs noch nicht vorgekommen; man hat vor der allgemeinen Erregung des czechischen Volks kapitulieren müssen.“ Der Abgeordnete v. Plener bezeichnete die Lage dahin, Herr derselben sei Dr. Basaty geblieben. Dieser ist der rabiateste aller Czechen und hatte am 7. März in einer großen Volksversammlung zu Prag verkündigt, der Kampf gegen den Dreibund liege im gesunden Instinkt der czechischen Nation, Frankreich und Rußland würden niemals zugeben, daß den Czechen auch nur ein Haar ge-

krimmt werde. Die Stimmung der siegreichen Jungczechen trat prägnant hervor in Reden, die zwei ihrer Abgeordneten am 3. April vor ihren Wählern hielten. „Wir haben,“ sagte einer von ihnen, „den Ausgleich vereitelt und wollen nun die föderalistische Umgestaltung des Reichs anstreben, um in Böhmen, Mähren und Schlesien die czechische Hegemonie begründen zu können.“ Die Wähler erklärten begeistert ihre Zustimmung und hatten nur auszusprechen, daß ihre Abgeordneten nicht noch schärfer und rücksichtsloser aufgetreten seien. Die deutsch-liberale Partei zeigte sich alsbald entschlossen zum Kampfe gegen die Jungczechen, entschied sich jedoch noch nicht zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Regierung, und Graf Ruenburg trat vom Ministerposten noch nicht zurück.

Die Ausgleichsfrage beherrschte auch die Budgetberatungen des Landtags. Schmejkal von der deutschen Partei warf der Regierung vor, daß sie die Ausgleichsvorlagen ihrem Schicksal überlassen habe. Zeithammer hob hervor, es sei nicht möglich, die Durchführung des Ausgleichs, nachdem er gescheitert sei, zu erzwingen. Greggr führte aus, der nationale Kampf beschränke sich nicht auf Böhmen, sondern breite sich über ganz Oesterreich und Ungarn aus; dies sei die Folge des centralistischen Systems der jetzigen Staatspolitik. Graf Palfsy verteidigte die Haltung der Großgrundbesitzer. Unter Protestrufen der deutschen Abgeordneten führte er aus, daß sie nur dem Ausgleich zuliebe für dessen Vertagung gestimmt hätten, denn Fortschreiten im bisherigen Verfahren würde nur zur einseitigen Befriedigung eines Volksstammes geführt haben. v. Plener versicherte, der Ausgleich werde immer wieder vor den Landtag gebracht werden; das von den Czechen gewünschte Staatsrecht bedeute eine Zerreißung der Monarchie. Daran schloß sich am 8. April eine Ansprache der deutschen Abgeordneten an das deutsche Volk in Böhmen. Der Ausgang der Ausgleichsaktion, hieß es hier, habe zwar tiefe Erbitterung hervorgerufen, es gelte aber festzuhalten an dem bisher Erlangten und an dessen weiterer Fortsetzung. Eine Verordnung vom 23. April über Errichtung eines Bezirksgerichts in der deutschen Gemeinde Weckelsdorf zeigte nun wiederum, daß die Regierung ihrerseits zur Durchführung des Ausgleichs bereit sei, und gab der deutschen Partei die Möglichkeit, ihr gutes Verhältnis zur Regierung noch aufrecht zu erhalten. Das gab natürlich auf czechischer Seite wieder Anlaß zum

Sturm. Der Abgeordnete Gregr verhiess schon am 24. April in einer Volksversammlung zu Schlan, wenn mit solchen Massnahmen fortgefahen werde, würde das czechische Volk eine noch nie dagewesene Opposition entwickeln. Die Regierung möge nur die jungczechischen Bestrebungen unterstützen, denn die Germanisierung Böhmens komme der Vernichtung Osterreichs gleich; am Ziele würden die Czechen erst bei der Krönung des böhmischen Königs sein; um dies zu erreichen, müßten sie jetzt zum Angriff übergehen, auch die Ungarn hätten durch Kampf dieses Ziel endlich erreicht. Unbekümmert um solche Drohungen verkündigte jedoch Minister Graf Kuenburg am 26. April in der Fraktion der deutschen Linken, die Regierung halte am Ausgleich fest und werde ohne Rücksicht auf den böhmischen Landtag mit der nationalen Abgrenzung der Gerichtsbezirke weiter vorgehen. Das Wetter hierüber ließen die Czechen im Reichsrate heraufziehen; vorläufig vergnügte sich die czechische Nation wieder mit Rundgebungen für Frankreich. Der vorjährige Besuch französischer Studenten in Prag verdiente eine Erwiderung. Also machten sich am 2. Juni 82 Personen, worunter 46 Sokolisten oder Turner von hier auf, um nach Nancy zu reisen. Eine große Volksmenge begleitete diese Wallfahrer an den Bahnhof, rief: „Es lebe Frankreich!“ und sang die Marseillaise in czechischer Sprache. Ein Mann rief: „Bringt den Franzosen die Grüße des Czehenvolks!“ Dieser Ruf wurde von den Anwesenden entblößten Hauptes wiederholt. Die Teilnehmer am Zuge trugen eine Denkminze mit der Inschrift „Nancy 1892“. Bei der Durchreise in Luneville wurden sie festlich begrüßt, und in Nancy wurde ihnen von den Pariser gymnastischen Gesellschaften und Studenten in der Turnanstalt der Rue „des Martyrs“ ein großer Empfang bereitet. Herr Sansboeuf begrüßte in längerer Rede die erschienenen Czechen, worauf ein böhmischer Landtagsabgeordneter herzlich dankte und mit den Worten schloß: „Künftighin sind Franzosen und Czechen Brüder. Man wird das sehen, wenn es erst einmal Krieg giebt.“ Und Herr Schmidt, Professor der französischen Sprache in Prag, sagte, nachdem er die Stellung der Deutschen und der Czechen in Osterreich entwickelte, „die Czechen in Osterreich kennen nur Eine Liebe: die zu Frankreich und Rußland!“ Die Behörde in Nancy hatte die Ausbringung deutschfeindlicher Trinksprüche verboten, ein czechischer Student aber sprach in seinem Toaste den Wunsch aus,

Das künftige Studentengeschlecht möge Nancy nicht mehr als Grenzort finden. Mit stürmischem Jubel wurde von den Verbrüdeten der auf seiner Reise durch Frankreich gerade zur Zeit dieses Festes plötzlich in Nancy erscheinende Großfürst Konstantin begrüßt. Es schien, als ob er durch diesen Besuch die Bedeutung aufwiegen sollte, die man dem Besuche des Czaren beim deutschen Kaiser in Kiel beizulegen geneigt sein könnte. Zu der Czechenliebe für Rußland paßte es übrigens nicht recht, daß czehische Turner auch zum polnischen Turnersfeste nach Lemberg wanderten und hier durch Verbrüderung mit den Polen demonstrierten, wie wenn die Czehen gleich diesen eine unterdrückte Nation seien.

Das Abgeordnetenhaus des Reichsrats begann am 12. Januar die Beratung der Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und Italien. Sie fanden kaum irgend einen sachlichen Widerspruch und wurden nur aus politischen Gesichtspunkten bekämpft. Vor allen spielten sich in dieser, wie in vielen anderen Fragen des Hauses die Jungczehen lärmhaft auf. Der Abgeordnete Kramarz führte aus, den Jungczehen sei der Dreibund unsympathisch, weil er zu einer Verquickung der elsass-lothringenschen mit der Balkanfrage führe. Dagegen erhob sich der Abgeordnete Suklje und erklärte unter dem Beifall der Slovenen, diese seien für den Dreibund, der eine Garantie des europäischen Friedens bilde. Hallwich hob die durch die Verträge erhöhte Stärke des Dreibunds hervor. Patai sprach die Hoffnung aus, Deutschland werde in den wirtschaftlichen Verhältnissen mit Rußland nicht einseitig, sondern stets in Verbindung mit Osterreich-Ungarn vorgehen. Meznik bezeichnete die Verträge als ein ebenso weises Werk wie den politischen Anschluß. Koslowski wies darauf hin, daß die loyale Haltung der preußischen Polen von der deutschen Regierung anerkannt sei; um so mehr müßten die österreichischen Polen für die Verträge eintreten. Prinz Lichtenstein sprach aus wirtschaftlichen Gründen gegen diese Verträge, hoffte aber, auch wenn sie wieder vergessen seien, werde der Dreibund fortbestehen. Der tiroler klerikale Dipanti war gegen den Vertrag mit Italien und meinte, für diesen würde sich keine Mehrheit gefunden haben, wenn er nicht unter der Militärmusikbegleitung des Dreibunds vorgelegt wäre. Der Jungczeh Adamel wünschte eine entschiedene Zurückweisung der Worte des deutschen Reichskanzlers im Reichstage:

„Wir müssen Osterreich und Italien in den Stand setzen, die Rüstungen zu ertragen.“ Hieraus klinge das Selbstbewußtsein des Protektors hervor und werde Osterreich verletzt. Der Jungceche Basaty endlich sagte, Deutschland hätte alle Bedingungen Osterreichs unterschreiben müssen, und versicherte, die Sympathien des czechischen Volks gehörten Frankreich und Rußland. Das Haus genehmigte am 22. Januar die Verträge und verband damit das Ersuchen um Vereinbarung eines Schiedsgerichts über die aus diesen neuen Verträgen entspringenden Streitigkeiten. Im Herrenhause drückte am 25. Januar Fürst Schönburg der Regierung Dank aus für die Riesenarbeit der Verträge, und der Handelsminister Bacquhem wies die Behauptung von einer Schädigung der Interessen Böhmens und Wiens durch die Verträge zurück.

Dem Abgeordnetenhause wurde am 19. Februar eine wichtige Steuerreform-Vorlage gemacht. Die Erwerbssteuer soll neu geregelt und die bisherige dreiklassige Einkommensteuer durch eine Besoldungs-, eine Renten- und eine Personal-Einkommensteuer ersetzt werden, diese mit einem Minimum von 600 Gulden und einer Stufenfolge von 0,6 bis 4 Prozent. Bei der Erwerbssteuer soll zwischen Wien, Orten mit 1000 bis 10000 und Orten mit mehr Einwohnern unterschieden werden. Von der Rentensteuer sind die Zinsen der Staatsschuldverschreibungen befreit. Die Personal-Einkommensteuer läßt einen Abzug von 25 Gulden für jedes Kind zu, soweit deren Zahl in den größeren Städten zwei, in den kleineren Orten vier übersteigt. Als Ziel der Reform bezeichnete der Finanzminister Steinbach: gerechte Ausgleichung durch Heranziehung der bisher der Steuerleistung nicht unterworfenen Elemente, bessere Abstufung nach der thatächlichen Leistungsfähigkeit und Entlastung der Überbürdeten, besonders der wirtschaftlich Schwachen. Die Vorlage begegnete im Abgeordnetenhause einer großen Teilnahmlosigkeit. Bei der ersten Lesung am 29. April erklärten sich die Jungcechen gegen jede Kräftigung der Staatseinnahmen, weil dadurch das gegenwärtige Regierungssystem würde gekräftigt werden. Die übrigen Parteien zeigten sich zwar bereit, die Reform in Angriff zu nehmen, setzten jedoch keinen Eifer dafür ein. Die Beratung fand ihren Höhepunkt in dem von v. Plener für die deutschliberale Partei gemachten, der Miquelschen Steuerreform nachgebildeten Vorschlag, den Ertrag der

neuen Personalsteuern dem Staate vorzubehalten, während nach der Vorlage den einzelnen Ländern 20 Prozent zugewiesen werden sollen, dafür aber die einzelnen Länder durch einen Teil der Erträge aus den Realsteuern zu entschädigen. Der Entwurf wurde einem Ausschusse iberwiesen.

An die Frage der Steuerreform schlo sich die der Währungsreform. Die betreffenden Entwürfe waren im Anfang März einer aus Bankdirektoren, Handelskammer-Präsidenten, Groindustriellen und Professoren bestehenden Kommission vorgelegt und wurden am 14. Mai im Parlamente eingebracht. Es waren sechs Gesetzentwürfe. Nach einem derselben sollte der Finanzminister ermächtigt werden, die 5prozentige steuerfreie Notenrente und einige Eisenbahn-Obligationen zu konvertieren, die fünf anderen betrafen die Valuta-Regulierung. In einem von diesen Entwürfen ward die Kronenwährung dahin festgestellt, da an Stelle des Guldens ein halber Gulden unter der Bezeichnung „Krone“ als Munzeinheit treten und die Krone in hundert Heller zerfallen soll, deren jeder einem halben Kreuzer gleichkommt. Der Munzfu wird dahin bestimmt, da 3280 Kronen aus einem Kilogramm Feingold auszuprägen sind. Goldmünzen werden in Stücken zu 20 und zu 10 Kronen ausgeprägt, auch für Privatrechnung. Neben diesen Landes-Goldmünzen sollen die Landes-Silbermünzen österreichischer Währung in Umlauf bleiben. Als Teilmunzen sollen geprägt werden: Einkronen- und Funfzighellerstucke in Silber, 20- und 10-Hellerstucke in Nickel, 2- und 1-Hellerstucke in Kupfer. Der zweite jener Gesetzentwürfe enthält den Münz- und Wahrungsvertrag mit Ungarn, der bis Ende 1910 gelten soll. Der dritte Entwurf ordnete an, da die Zahlungsverbindlichkeiten in Goldgulden auch in Landesgoldmunzen geleistet werden können, wobei 42 österreichische Goldgulden gleich 100 Kronen gerechnet werden. Eine vierte Vorlage enthielt einen Zusatz zu den Statuten der österreichisch-ungarischen Bank, wodurch diese verpflichtet wird, gesetzliche Goldmünzen zum Nennwert und Goldbarren nach dem gesetzlichen Munzfu der Kronenwährung jederzeit gegen Banknoten einzulösen. Die fünfte Vorlage betraf die Aufnahme einer Anleihe zur Beschaffung von Gold zum Zweck der Ausprägung. Der Finanzminister Steinbach bezeichnete in seiner Einführung dieser Vorlagen als Hauptaufgabe die Stabilisierung der österreichischen Währung. Die gegenwärtige

Einbringung der Vorschläge rechtfertigte sich durch den Abschluß der Handelsverträge, den Aufschwung der produzierenden Klassen Oesterreichs und die Verhandlungen über die freie Silberprägung in Nordamerika. Nach längeren Beratungen wurde am 31. Mai ein Ausschuß niedergesetzt, dessen Verhandlungen öffentlich waren. Im Hause selbst wurden die Beratungen am 11. Juli wieder aufgenommen. Dabei erklärte ein jungczechischer Abgeordneter die Valuta-Regulierung als eine Folge der Dreibundspolitik, diese werde aber im Orient ein Ende mit Schrecken nehmen. Der Abg. v. Plener trat namens der Deutsch-Liberalen entschieden für die Vorlagen ein. Szczepanowski verteidigte die österreichischen Polen gegen den Vorwurf, nur aus Haß gegen Rußland für diese Vorlagen zu stimmen und darauf auszugehen, die Monarchie in einen Krieg zu verwickeln; dieser Krieg würde doch nur auf polnischem Gebiete geführt werden. Der ruthenische Abg. Barwinski hielt diese Gelegenheit für angebracht, die Lage der Ruthenen in Oesterreich zu preisen, während in Rußland die Sprache dieses Volksstammes aus Kirche und Schule verbannt sei. Am 21. Juli wurden die Valutavorlagen in dritter Lesung genehmigt und am 11. August im Gesetzblatt verkündigt.

Die Durchbringung dieser Reform erschien wesentlich mit als ein Verdienst der deutsch-liberalen Partei. Deren Maßhalten nach dem formellen Hinfall des weiteren Ausgleichs in Böhmen hatte sich als richtig herausgestellt und belohnt. Denn die oben, unter den Angelegenheiten Böhmens, erwähnte Verfügung des Justizministers Grafen Schönborn wegen Errichtung eines Bezirksgerichts in der deutschen Gemeinde Weckelsdorf in Böhmen zeigte, daß die Regierung doch noch am Ausgleich festhielt, ja in demselben auf einem Gebiete vorzugehen entschlossen war, auf dem sie durch alle czechischen Manöver nicht gehindert werden konnte. Die Czechen hatten geglaubt, infolge des Beschlusses des Landtags wegen Vertagung des Ausgleichs dürfe die Regierung an diesen selbst in den Stücken, die ihre eigene Machtvollkommenheit betreffen, nicht rühren. Diesen Glauben hatte jene Verordnung zerstört und nun erhoben die Jungczechen im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Versetzung des Justizministers in den Anklagezustand. Zur Begründung wies der Abg. Tilscher am 4. Mai darauf hin, daß der Verfügung ein Gutachten des böhmischen Landtags hätte vorausgehen müssen, bedachte aber nicht, daß dieser

durch den Vertagungsbeschluss das abverlangte Gutachten zu geben verweigert hatte. Tilscher nannte die Verordnung einen Faustschlag ins Antlitz der czechischen Nation, versagte Oesterreich die Bezeichnung eines Rechtsstaats und zog sich durch die Bemerkung, die gegenwärtige Regierung sei eine der korruptesten Regierungen, den Ordnungsruf zu. Dagegen wiesen der Justizminister und der Abg. v. Plener die Gesetzmäßigkeit der Verordnung nach. Dem Landtage habe das Gesetz eben nur die Möglichkeit gegeben, sich in solchen Fällen zu äußern; die Regierung könne ihre Verordnungen sogar im Gegensatz zu einem Gutachten des Landtags erlassen und habe dies auch schon früher gethan. Nun warf der Jungczeche Pacel der deutsch-liberalen Partei vor, durch diese Theorie zur Schwächung des Parlamentarismus beizutragen und den absolutistischen Neigungen der Regierung Vorschub zu leisten; das Recht des böhmischen Landtags sei verletzt, man möge aber die Geduld des czechischen Volks nicht auf eine allzu harte Probe stellen. Der altczechische Abg. Zucker stellte eine sofortige Wiedervereinigung der beiden czechischen Parteien in Aussicht, wenn sie zum ernstesten Verteidigungskampfe gezwungen werden sollten. Graf Deym meinte, die ganze Frage gehöre nicht vor den Reichsrat, sondern vor den böhmischen Landtag. Der Jungczeche Vasaty hätte lieber das ganze Kabinett des Grafen Taaffe auf der Anklagebank gesehen und drohte, dieser werde, wenn die Dinge noch eine Weile so fortgingen, bald wieder vor einem Rumpsparlamente stehen. Der Dalmatiner Bianchini trat vom Standpunkt der slavischen Solidarität für den Antrag ein; das kroatische Staatsrecht werde durch die Verfügung ebenso verletzt, wie das czechische. Als sodann der Jungczeche Masaryk den Deutschen vorgeworfen hatte, durch ihre Haltung und Taktik im böhmischen Ausgleich die Verständigung mit dem czechischen Volke erschwert zu haben, ergriff noch einmal v. Plener das Wort: Der Justizminister habe allzu vorsichtig gesprochen, er hätte das Hauptgewicht auf das unbeschränkte Ordnungsrecht der Regierung legen sollen; die Jungczechen als die jetzt einzigen Vertreter des czechischen Volks möchten den Kampf nicht auf die Spitze treiben und bedenken, daß dem czechischen Volke selber ein Gemüthszustand nicht frommen könne, der schließlich zum Bürgerkrieg führen würde. Die Antwort des Jungczechen Herold ließ aber auf eine Verminderung der Kampflust nicht schließen; die ganze czechische Nation habe

ihr Urteil über den Justizminister gefällt und wenn auch ihre Vertreter den Prozeß hier im Hause verlieren würden, so werde doch das czechische Volk selbst nicht gestatten, daß man über seine Rechte zur Tagesordnung übergehe. Diese Rede wurde auf beiden Galerien von slavischen Herren und Damen, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, so stürmisch mit Beifall begrüßt, daß sie geräumt werden mußten. Infolgedessen herrschte eine zeitlang unbeschreiblicher Lärm im Hause. Schließlich wurde über den Antrag auf Anklage des Justizministers mit 238 gegen 41 Stimmen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Im übrigen war in dieser Session nur ein Zusammenstoß v. Pleners, des Führers der vereinigten deutschen Linken, mit Jaworski, dem Führer der Polen, bemerkenswert. Dieser war in gleicher Weise wie die Czechen aufgebracht über eine am 4. Juli stattgehabte Verständigung der Regierung mit der deutsch-liberalen Partei. Minister Graf Taaffe hatte damals die Hebung der Mißverständnisse zugesagt, welche diese Partei verstimmt hatten. Die Angriffe der Polen wurden von v. Plener kräftig zurückgewiesen. In einer längeren Rede, die v. Plener nach dem Schluß der Session am 22. August vor seinen Wählern in Eger über die Zustände Osterreichs hielt, wandte er sich mit besonderer Schärfe gegen den Fanatismus der Czechen. Man solle sich nicht mit polizeilichen Maßregeln in den einzelnen Fällen behelfen, sondern mit fester Hand Ruhe auf der Straße und Ordnung in den Köpfen herstellen.

Die Landtage der einzelnen Kronländer traten am 9. September zusammen. In dem von Niederösterreich traten die Antisemiten sehr herausfordernd auf. Die Beratung des Impfgesetzes gab den Abgeordneten Lueger und Gregowig Anlaß, die Gescheitheit der „alten Weiber“ gegenüber den Ärzten zu preisen. Die meisten derselben seien Juden und das ganze Impfen sei ein Schwindel. Noch stärker waren die Ausfälle bei Beratung eines Kredits für Desinfektionsmittel an die Gemeinden. Hier sprach der Abg. Schneider die Befürchtung aus, daß die jüdischen Ärzte die ärmere Bevölkerung wegen angeblicher Erkrankung an Cholera in die Spitäler schickten, damit sie dort sterbe; da in Rußland nächstens ein Erlaß zu erwarten sei, wonach alle Juden ins schwarze Meer geworfen werden sollten, so würde dieses „Gefindel“ sich über Osterreich ergießen und hier Krankheiten und Prostitution verbreiten. Professor Suez trat

mit Ausdrücken tiefster Entrüstung gegen diese Schürung des Zwiespalts zwischen Juden und Christen auf. Im Landtage von Oberösterreich scheiterte die beantragte Gründung eines Fonds für Suppenanstalten zu gunsten von Kindern, die stundenweit zur Schule zu gehen haben, an der klerikalen Mehrheit. Der Landtag von Krain unternahm einen Sturm gegen die wenigen noch bestehenden Schulen des Landes, doch sah sich der gut slovenische Statthalter Baron Winkler genötigt, hiergegen aufzutreten. Am Tiroler Landtage erlebte die Regierung insofern eine Niederlage, als sämtliche Abgeordnete Südtirols, die im vorigen Jahre nicht erschienen waren, weil sie einen eigenen Landtag mit italienischer Geschäftssprache beanspruchten, zu den Mandaten, die infolgedessen für erledigt erklärt waren, wiedergewählt wurden. In den Landtagen von Mähren und Schlesien, die noch deutsche Mehrheiten besitzen, kamen keine Zwischenfälle vor. Im galizischen Landtage wurde dem Kaiser Dank gesagt für die Vorkehrungen zum Schutz gegen die Cholera. Im Landtag der Bukowina kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rumänen und den Deutschen. Wie in den meisten dieser Landtage, trat der Nationalitätenstreit auch auf dem am 28. August in Laibach stattgehabten ersten slovenischen Katholikentage hervor, der sich mit einem Versuche befaßte, die national-slovenische Bewegung im klerikalen Fahrwasser zu erhalten und so das Altslaventum vor dem Schicksale des Altzechentums zu bewahren. Der Landtag von Steiermark faßte den eigentümlichen Beschluß, daß zum Eingehen der Ehe fortan die Zustimmung der zuständigen Gemeinde nötig sein solle. Politisch war der böhmische Landtag am bedeutendsten. Seit seiner letzten Session hatte sich das Verhältnis zwischen beiden Nationalitäten nur noch ungünstiger entwickelt. Die jungczechische Presse hatte in dieser Zwischenzeit Stimmung dafür zu machen gesucht, daß zur Auffrischung der czechischen Sache etwas geschehen müsse. Infolgedessen kam es zu allerhand Kundgebungsversuchen und Roheiten gegen Deutsche. Eine Versammlung in Prag wurde am 24. Juli wegen heftiger Angriffe auf die Regierung aufgelöst, ein Czechenausflug nach München polizeilich verhindert, ein Turnerfest in Teschen verboten, dagegen wurden am 7. August beim Schützenfest in Olmütz die Deutschen überfallen und auf dem Kongreß des nordböhmischen Czechisierungsvereins in Raudnitz am 14. August in der heftigsten Weise gegen

die Deutschen losgezogen. Ein die Unterdrückung czechischer Minderheiten darstellendes lebendes Bild wurde zwar verboten, aber das Verbot politischer Reden mit den Rufen „Schmach der Regierung!“ aufgenommen, worauf ein Redner ausführte, der deutsche Moloch drohe in Böhmen die Czechen zu verschlingen. Vor dem deutschen Kasino in Prag wurde auf Vorübergehende geschossen und die Mitglieder deutscher Vereine in der Nähe von Iglau von Fabrikarbeitern mit glühenden Eisenstangen geschlagen. Mit aller Macht hatte sich die czechische Agitation auf Mähren geworfen. Ein czechischer Kongress in Boskowitz suchte Eifer hineinzubringen, worauf dann aber am 8. September in Iglau 2000 Deutsche Mährens zur Verteidigung ihres Besitzstands die Behörden aufforderten. Unter solchen Verhältnissen trat der böhmische Landtag am 9. September wieder zusammen. Sie drückten auch auf die Regierung derart, daß sie ihr angekündigtes Fortschreiten auf der Ausgleichsbahn zu vertagen Miene machte. Unsommer drangen die deutschen Abgeordneten darauf, die Ausgleichskommission des Landtages wieder in Thätigkeit zu setzen. Aber die Regierung hielt sich aus Rücksicht auf die Feudalen passiv und der Landesauschuß sprach sich gegen die Geseklichkeit der Errichtung des Bezirksgerichts in Beckelsdorf aus. Durch alles dies aufs neue ermuntert, beantragten die Jungczechen im Landtag, an die Krone eine Adresse zu richten, in der die Czechen als ein grausam bedrücktes Volk hingestellt wurden, das unter der deutschen Tyrannei geradezu rechtlos sei. Aber weder dies noch sonst eine Frage rückte im Landtage weiter. Er wurde am 27. September geschlossen, und die Regierung schien froh zu sein, ihn eine zeitlang los zu sein. Um aber zu zeigen, daß sie zur Vertagung des ferneren Ausgleichs die Hand nicht bieten würden, richteten die deutschen Abgeordneten am 28. September an die Regierung die dringende Mahnung, dieses Werk in der nächsten Session entschieden zu fördern. Demgegenüber sprach am 1. November eine Konferenz der czechischen Parteiführer von Böhmen, Mähren und Schlesien ihr Festhalten an einer Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts aus. Zu welcher ungesunden Verhältnissen diese unerquicklichen Zustände Böhmens führen können, zeigte sich in der Stadt Reichenberg. Sie hat fast nur deutsche Bevölkerung, diese hat aber durch die langjährige Zurücksetzung der Deutschen Böhmens die Liebe zum österreichischen Vaterlande einge-

büßt. Dies trat immer mehr in einer Weise hervor, daß die Regierung einschritt. Am 20. Oktober wurde das dortige Stadtverordnetenkolleg aufgelöst und der Bürgermeister durch einen Regierungskommissar ersetzt. „Das war ein Schlag gegen die „deutsch-nationale Partei“, die in ihren Ausläufern mit den Antisemiten sympathisiert und unter Führung von Schönerer offen auf Vereinigung mit Deutschland hinwirkt.

Die Delegationen traten am 1. Oktober in Pest zusammen. Das ihnen unterbreitete Budget für 1893 wies ein Gesamt-Ergebnis von 143821887 Gulden auf. Nach Abzug der eigenen Einnahmen im Betrage von 2677493 Gulden bleibt ein Netto-Erfordernis von 141144394 Gulden. Im Kriegsbudget wurde eine Erhöhung des Friedenspräsenzstandes bei der Infanterie verlangt, weil er bedeutend geringer als der in anderen europäischen Großstaaten sei. Jede Kompanie müsse um einen Korporal, einen Gefreiten und sechs Gemeine erhöht werden. Außerdem wurden die Kosten für 1150 neue Zöglinge der Kadettenschulen eingestellt. Am 3. Oktober empfing der Kaiser die Delegierten in der Ofener Burg und erwiderte die Ansprache der Präsidenten mit einem Hinweis auf die andauernd freundlich und vertrauensvoll gebliebenen Beziehungen zu allen Mächten. Nach dem feierlichen Empfange hielt er Cercle, wobei er fast alle niederösterreichischen Abgeordneten ansprach und wiederholt sein Bedauern über die antisemitischen Angriffe im niederösterreichischen Landtage ausdrückte. Zu einem Abgeordneten sagte er: „So kann es nicht weiter fortgehen, gedeihliche Arbeit ist unmöglich. Es ist eine Schande vor der ganzen Welt.“ Und zum Professor Sueß bemerkte er: „Sie haben böse Tage gehabt. Wie das in dem Landtage zugeht, das ist ein Skandal. Man weiß nicht, was man dazu sagen soll.“ Noch an demselben Tage fand die erste Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation statt, in welcher der Jungceche Eym die Anfrage an die Regierung stellte, ob der Bündnisvertrag mit Deutschland alle Vereinbarungen zwischen beiden Reichen aufzähle oder ob er Klauseln enthalte, die Österreich auch außerhalb seiner Grenze Schutz böten, wenn es sich genötigt sehen sollte, infolge einer Verletzung seiner Interessen auf der Balkanhalbinsel zum Angriff vorzugehen. Ferner bat er um Auskunft, ob und unter welchen Bedingungen diese Klauseln ver-

öffentlich würden, auch ob ein Vertrag mit Italien oder ein gemeinsamer Vertrag der Dreibundsmächte existiere. Als Grund seiner Anfragen bezeichnete Eym die Gegnerschaft des böhmischen Volks gegen den Dreibund. Der Minister des Äußern, Graf Kalnoky, hielt es für unstatthaft, daß jeder Volksstamm im Reiche beanspruche, die ganze auswärtige Politik solle nur von seinem internationalen Standpunkte abhängig gemacht werden. Eym's Auftreten sei schädlich für die Interessen der Monarchie. Der Vertrag mit Deutschland enthalte ein so offenes Verteidigungsbündnis, daß er ganz hätte veröffentlicht werden können; der Vertrag mit Italien trage ebenfalls wesentlich den Charakter der Verteidigung, seine Geheimhaltung sei vereinbart. Die Beziehungen zu Rußland wären fortgesetzt freundliche. Was die allgemeine Lage betreffe, so sei keine bedeutende Frage zu besprechen, zu Besorgnis liege kein besonderer Anlaß vor. Der Ausschuß zeigte sich hierdurch sehr befriedigt und sprach in seinem Berichte volles Vertrauen zu der „besonnenen und umsichtigen Politik“ des Ministers aus. Das hinderte jedoch den Abgeordneten Eym nicht, die Beratung dieses Berichts im Plenum mit einer Brandrede gegen den Dreibund zu eröffnen. Osterreich sei im Handelsvertrage mit Deutschland zu kurz gekommen, das czechische Volk sei voll Mißtrauen gegen Deutschland und vergesse nie, was dieses den Slaven angethan; der Planslavismus existiere nicht, wohl aber bilde der Pangermanismus eine Gefahr für Osterreich; wegen des übermächtigen Einflusses Deutschlands auf die österreichische Politik seien Osterreichs Vorteile durch den Dreibund zweifelhaft. Auf diese Angriffe wurde dem czechischen Redner stark heimgeleuchtet. Nicht bloß Deutsche, sondern auch ein mährischer, ein slovenischer und ein böhmischer Abgeordneter, dieser namens der Großgrundbesitzer, nahmen dagegen Partei. Den größten Eindruck machte aber v. Pleners Rede. Er hob hervor, daß das Bündnis mit Deutschland sich eingelebt, in die Bedürfnisse und Gefühle des Volks übergegangen sei, was nicht möglich gewesen wäre, wenn es nur ein diplomatisches Bündnis der Höfe gegen oder ohne die Sympathien der Völker gewesen wäre. Beide Armeen seien hiervon erfüllt, während ein Bündnis mit dem von den Czechen als Freund angesehenen Frankreich einen Krieg mit Deutschland nach sich ziehen müßte, den doch wohl selbst die Czechen nicht wünschten. Der Grund, warum Rußland sich von Osterreich

entfernt habe, liege darin, daß dieses von den in Petersburg maßgebenden Personen verantwortlich gemacht werde für die Fehler, durch welche die russische Politik ihren Einfluß in Bulgarien verloren habe. Darauf sprach die Delegation dasselbe Vertrauen wie ihr Ausschuß zur Leitung der äußeren Politik aus. Die czechischen Angriffe hatten das Gute, daß nun an offiziellster Stelle völlig klar gestellt war, wohin Oesterreich gerate, wenn fernerhin so viele Nachsicht gegen die czechischen Gelüste im Innern geübt werde. Klugerweise wies denn auch das Organ der Altcechen, „Hlas Naroda“, jede Gemeinschaft mit den Ausführungen Eyns zurück. Auch gegen das Heeresbudget erhoben die Jungcechen eigentümliche Ansprüche. Der Kriegsminister Bauer mußte dem Delegierten Pacet bedeuten, daß es eine böhmische Staatsprache nicht gebe. Am 19. Oktober schloß die Delegation ihre Sitzungen, die ohne die czechischen Angriffe diesmal wohl recht still verlaufen sein würden.

Was die ungarische Delegation betrifft, so entspann sich in deren Heeresausschusse eine längere Verhandlung über den Gebrauch der ungarischen Sprache im Heere; der Reichskriegsminister v. Bauer hob aber die absolute Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Dienstsprache in der gemeinsamen Armee hervor. Einer scharfen Inquisition wurde der Minister bezüglich der angezweifeltsten Haltbarkeit des rauchschwachen Pulvers unterzogen. Am härtesten wurde um die Erhöhung des Friedenspräsenzstandes um neun Mann für die Kompanie gekämpft und sie schließlich nur für 25 Regimenter bewilligt. In auswärtigen Ausschusse wiederholte der Minister Graf Kalnoth seine friedlichen Versicherungen und fügte hinzu, die ursprünglichen Zweifel, ob heutzutage Bündnisse bloß zu Friedenszwecken geschlossen werden könnten, seien fast ganz geschwunden, der Dreibund diene offensichtlich der Sicherheit der beteiligten Staaten. Freilich könne ein durch Jahrzehnte dauerndes Bündnis nicht für alle möglichen Fälle der Zukunft Vorsorge treffen, aber die freundschaftliche Fühlung der am Geiste des Dreibunds festhaltenden Mächte sei ein beachtenswerter Faktor für alle Fälle. Was Rumänien betreffe, so sei die dortige Regierung einer korrekten Haltung gegen Oesterreich beflissen, es möge dort aber wohl nicht immer leicht sein, nationalen Strömungen entgegenzutreten; diesseits viel Aufhebens davon zu machen, sei nicht immer klug. Im Plenum wurde die äußere Politik

nur kurz berührt. Der Ausschuß betonte in seinem Berichte, daß Ungarn trenn am Dreibund halte und ihn durch keinerlei andere Kombination ersetzt zu sehen wünsche. Nachdem noch Vertreter der äußersten Linken und der Siebenbürger mit größter Anerkennung für den Dreibund aufgetreten waren, sprach die Delegation ihre Billigung der äußeren Politik aus.

Der Reichsrat trat am 5. November wieder zusammen, nachdem das Herrenhaus am 1. November eine nicht unbedeutende Veränderung durch Paarschub erfahren hatte. Unter 21 neu Ernannten befanden sich neun bewährte Mitglieder der deutsch-liberalen Partei, sodas diese ihre in den letzten Jahren verlorene Bedeutung wieder einigermaßen zurückerhielt. Von den übrigen kamen sechs auf die mittelparteiliche und sechs auf die konservative Gruppe. Der zur ausgleichsfreundlichen Gruppe der böhmischen Feudalen gehörende Fürst Alfred Windischgrätz wurde zum Vizepäsidenten des Herrenhauses ernannt. Dem Abgeordnetenhaus wurde alsbald das Budget für 1893 vorgelegt, welches ein Gesamterfordernis von 608684795 Gulden aufwies, also 22376181 Gulden mehr als im Vorjahr. Die Gesamtdeckung betrug 609572085 Gulden. Minister Steinbach begleitete die Vorlage mit einer Rede, die sichtlich günstigen Eindruck machte. Er versicherte, die politischen Verhältnisse seien derart, daß man auch finanziell mit Beruhigung der nächsten Zukunft entgegensehen könne, jedoch warnte er vor hohen Anforderungen, solange die Reform der direkten Steuern nicht durchgeführt sei. Hiernach ergoß sich eine Flut von Anfragen gegen die Ministerbank. In den Vordergrund drängte sich jedoch aufs neue der Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen. Schon am 18. November führte er zu einem stürmischen Zwischenfalle. Gereizt durch eine Rede des Jungtschechen Masaryk, der das Bündnis mit Deutschland angriff und von geistiger Verrohung in Deutschland gesprochen hatte, wies Menger auf die Gehässigkeiten der Tschechen und bemerkte: „Wir Deutschen kennen kein böhmisches Staatsrecht und halten es für Hochverrat, von diesem zu sprechen.“ Als darauf die Tschechen, um Menger geschart, stürmisch Widerruf forderten, sagte Menger: „Ich erkläre, daß es keinen Deutschen in ganz Schlesien giebt, der die Begründung eines böhmischen Staats nicht für Hochverrat hielte.“ Darauf neuer tosender Protest der Tschechen. Folgendentags gab

Menger die Erläuterung, er habe dem tief verletzten Nationalgefühl und der Empörung über die Behandlung der deutschen Nation den geeigneten Ausdruck geben müssen. Darauf erhielt er zwar aus Böhmen und Schlessien viele Beweise der Zustimmung, das Haus aber sprach am 22. November seine Mißbilligung über jene Äußerungen aus, und der angesehenste Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes, Fürst Schwarzenberg, stellte am 30. November die Forderung, daß die mit dem 31. Juli durch Bracack's Rücktritt erledigte Stelle eines böhmischen Landsmannschaftsministers bald wieder besetzt werde. Zu höchster Verblüffung der deutschen Partei stellte der Ministerpräsident Graf Taaffe diese Besetzung allerdings in Aussicht. Damit war der ganzen viel gepriesenen Annäherung der Regierung an die Vereinigte Linke plötzlich der Boden wieder entzogen. Graf Taaffe versuchte, eine Krise hinauszuschieben, aber der Plan einer Zusammenfassung der Linken mit den Polen und einem Teile des Hohenwartklubs zu einer festen Mehrheit scheiterte am Widerstreben dieser letzteren Elemente, worauf v. Plener am 1. Dezember bei Beratung des Dispositionsfonds sich über die nunmehrige Lage ausführlich aussprach und die Ablehnung dieses Fonds seitens der deutschen Partei als Zeichen des Mißtrauens gegen Graf Taaffe in Aussicht stellte. Der Deutsche Brade schilderte bei dieser Beratung, wie die Regierung mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln die Slavifizierung und Förderalisierung Oesterreichs fördere. Nunmehr gab Graf Taaffe die Erklärung ab, die Regierung stehe unverrückbar auf dem Boden der Verfassung und erblicke in der gemeinsamen Arbeit aller gemäßigten Parteien das sicherste Mittel zur Bildung einer festen Mehrheit; die Verständigung zwischen den Volksstämmen in Böhmen werde sie auch fernerhin erstreben. Der Fonds wurde am 2. Dezember mit 167 gegen 147 Stimmen abgelehnt, und Graf Kuenburg erhielt auf seinen Wunsch am 6. Dezember die Entlassung als Minister, da die Stellung nun keine Bedeutung mehr hatte. Die am 3. Dezember zur Sprache gebrachte Auflösung des Stadtverordnetenkollegs der deutschen Stadt Reichenberg in Böhmen mißbilligte Graf Taaffe, meinte jedoch, sie solle die Möglichkeit einer Losreißung von den Launen eines nahezu terroristischen Parteigeistes bieten, dem auf die Dauer keine Verwaltung ruhig zusehen könne. Warum gegen die czechische Ver-

waltung Prags nicht ebenso verfahren sei, verschwieg der Minister. Sehr bezeichnend für den hohen Grad, den die Bewegung gegen die Juden in Oesterreich angenommen, war die Sitzung vom 29. November, in der sich eine unerhörte, ganz unchristliche Judenhetze unter Gebrauch der gemeinsten Ausdrücke abspielte. Da sich das Deutschtum auch in Kärnten immer mehr gegen die Slovenen zu wahren hat und eine große deutsche Versammlung in Klagenfurt am 13. November in dieser Richtung Stellung zu nehmen sich genötigt gesehen hatte, brachte am 13. Dezember Steinwender im Abgeordnetenhanse den Antrag auf Einsetzung einer Kommission ein zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen des Ministeriums des Innern, wodurch den Magistraten von Klagenfurt und Cilli die Annahme slovenischer Eingaben und deren Erledigung in slovenischer Sprache aufgegeben war; das Haus aber schob die Sache auf die lange Bank. Für die deutschen Abgeordneten hätte Anlaß genug vorgelegen, sich über die unermüdlche Förderung der Slovenisierungs-bewegung durch den Landespräsidenten von Krain, v. Winkler, zu beschweren, der eben deshalb im Oktober Herrn v. Hein hatte weichen müssen.

Die kaiserliche Familie wurde am 18. Januar zum dritten Male binnen weniger Wochen in tiefe Trauer versetzt: Erzherzog Karl Salvator, Bruder Ferdinands IV., des letzten Großherzogs von Toscana, starb im Alter von 43 Jahren an der Influenza, derselben Krankheit, durch welche die Erzherzöge Heinrich und Sigismund dahingerafft waren. Karl Salvator hatte den Schmerz gehabt, in kurzer Zeit 4 Kinder zu verlieren, in letzter Zeit aber war er beglückt durch die Vermählung seines Sohnes Franz Salvator mit Marie Valerie, der Tochter des Kaisers. Seine Mutter, Maria Antonia von Bourbon, war bereits durch das Schicksal ihres verschollenen Sohnes Johann (Orth) von schwerem Kummer heimgesucht. Wenige Tage nach diesem Todesfall kam die Erzherzogin Marie Valerie mit einer Tochter nieder, die am 2. Februar in der Taufe den Namen der Kaiserin Elisabeth erhielt. Mitte März verfiel Erzherzog Leopold in eine schwere Lungenkrankheit. Er war seit Jahren leidend und lebte zurückgezogen auf seinem Schlosse Hornstein, wurde aber nicht vom Schicksal seiner oben erwähnten Brüder Heinrich und Sigismund betroffen. Um dieselbe Zeit verlobte sich in Novi des

Erzherzogs Heinrich hinterlassene Tochter, Gräfin Waideck, mit dem Herzoge Della Grazia, einem Enkel der Herzogin von Berry. Im März erschien ein Buch, welches die Kronprinzessin-Witwe Stephanie verfaßt hatte. Es nennt sich *Iacroma* und ist eine Beschreibung dieser gegenüber der Stadt Ragusa liegenden Insel im adriatischen Meere. Kaiser Franz Joseph stattete am 9. April dem Prinz-Regenten von Baiern in München einen Besuch ab und wohnte am 23. April der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den 1858 verstorbenen Feldmarschall Grafen Radetzky in Wien bei. Erzherzog Albrecht hielt hierbei eine Ansprache an den Kaiser, in der es hieß, das Standbild möge jeden Vorübergehenden daran erinnern, daß die göttliche Vorsehung seit sechs Jahrhunderten das Erzhaus Österreich in den größten Bedrängnissen stets Männer der rettenden That habe finden lassen, welche die tapferen Heere zum schließlichen Siege führten. Der Kaiser, der im Stabe Radetzky's in Italien zugebracht hatte bis zu dem Momente, wo ihm, dem achtzehnjährigen, die Krone zufiel, erwiderte mit dem Hinweis auf den erhebenden Moment und dankte im Namen seiner gesamten Wehrkraft. Unter unendlichem Jubel der Menge, den Klängen der Volkshymne und des Radetzky-Marsches sowie den Gewehr- und Geschützsalven der ausgerückten Truppen wurde das Reiterstandbild enthüllt, an dessen marmornem Sockel die Inschrift steht: „In Deinem Lager ist Österreich“. Bald hiernach nahm der Kaiser Gesangvorträge der Berliner Liedertafel im Schlosse zu Schönbrunn entgegen. Am 7. Mai eröffnete er die internationale Musik- und Theater-Ausstellung in Wien und empfing im Laufe des Mai die Besuche des Regenten von Baiern, des in Bulgarien regierenden Prinzen Ferdinand von Koburg und des Großherzogs von Weimar. Am 26. Mai begab er sich zum Bundesschießen nach Brünn. Hier und auf der ganzen Reise mit Kundgebungen der Anhänglichkeit von beiden Nationalitäten Mährens überschüttet, ließ er es an Mahnungen zur Verjöhnlichkeit nicht fehlen, namentlich in einer Antwort auf eine Ansprache des Bischofs Bauer, dessen Auftreten bei einer Vereijung der Schulbezirke erst kürzlich den Deutschen Anlaß zu lebhaften Klagen gegeben hatte. Einer czechischen Abordnung aus Mähren gegenüber, deren Mitglieder sich ihm als Böhmen vorstellten, bemerkte der Kaiser, sie seien Mähren. Als der Kaiser bei der Vorstellung der Vertreter des Landwirtschafts-Vereins den Grundbesitzer Czepek fragte, wie es

ihm gehe, antwortete dieser in czechischer Sprache: „Mir geht es gut, es möchte aber wohl besser gehen, wenn Ew. Majestät sich zum König von Böhmen krönen ließen.“ Der Kaiser wandte sich sofort um. Der in der Begleitung desselben befindliche Minister Pražak hatte das Mißfallen der Czechen erregt; nun zogen czechische Haufen vor dessen Wohnung und schrieten: „Bereat der Verräter des czechischen Volkes und des böhmischen Staatsrechts!“ Der Kaiser wohnte am 4. Juli der Vermählung seiner Nichte, der Prinzessin Amalie von Baiern, mit dem Herzoge von Urach in Tegernsee bei. Am 16. Juli verlobte sich auf dem Schlosse zu Reichenau in Böhmen die Erzherzogin Margarete Sophia, älteste Tochter von des Kaisers Bruder Karl Ludwig, mit dem Herzoge Albrecht von Württemberg, und am 26. Juli vermählte sich die Tochter des verstorbenen Erzherzogs Heinrich, Gräfin Waideck, mit dem Fürsten Campofranco. Die deutschen Distancereiter, darunter Prinz Friedrich Leopold von Preußen und Herzog Günther von Schleswig-Holstein, wurden am 10. Oktober vom Kaiser empfangen. Mit großen Ehren und mit Herzlichkeit wurde am 12. November der russische Thronfolger am kaiserlichen Hofe aufgenommen. Lag dem Besuche auch die Politik fern, so glaubte man in ihm jedenfalls ein Anzeichen erblicken zu dürfen, daß die gleichzeitigen Gerüchte über den Abschluß eines russisch-französischen Vertrags nicht viel zu bedeuten hätten. Die Kaiserin brachte im Dezember auf Korfu und Majorca zu. Die Erzherzoge Franz Ferdinand und Leopold Ferdinand (ältester Sohn des letzten Großherzogs von Toscana) traten am 14. Dezember in Triest eine Reise um die Erde an.

Die Totenliste Osterreichs weist zunächst den am 15. Januar zu Wien im 52. Jahre verstorbenen Kavallerie-Inspektor Freiherrn v. Gemmingen auf. Am 8. Februar starb in Wien Fürst Egon von Thurn und Taxis, 61 Jahre alt. Großes Aufsehen erregte in Wien der in Preßburg am 6. April erfolgte Selbstmord des Ritters v. Zwölf, Vicepräsidenten am obersten Rechnungshofe. Der frühere Justizminister und langjährige Führer der österreichischen Verfassungspartei, Eduard Herbst, starb am 25. Juni zu Wien an Lungenlähmung. Ihm widmete Präsident Smolka im Abgeordneten-hause einen Nachruf; der Abg. v. Plener hielt bei der Bestattung eine Gedächtnisrede, und zwar als der Zug auf der Höhe der Kampe

des Parlamentsgebäudes angelangt war. Am 30. Juli starb in Wien Graf Alexander Hübner, einer der bekanntesten Diplomaten aus der Zeit der österreichischen Reaktion. Er war es, an den Kaiser Napoleon am Neujahrstag 1859 die berühmte Ansprache hielt, die den italienischen Krieg ankündigte. 1868 pensioniert, unternahm er große Reisen, über die er sein Werk „Ein Spaziergang um die Welt“ schrieb. Der Kardinal Fürst-Erzbischof Landgraf Friedrich von Fürstenberg aus der Nebenlinie Wairtra starb in Olmütz am 10. August. Der an seine Stelle am 8. November gewählte Kanzler dieses Erzbistums, Dr. Theodor Kohn, stammt von jüdischen Großeltern. Die Eltern waren Kleinhausler in einem mährischen Dorfe. Am 11. Sept. starb auf Schloß Benningen der Feldmarschalllieutenant v. Degenfeld. Das Mitglied des Herrenhauses Fürst Camill Rohan starb am 13. September auf Schloß Sicherow in Nordböhmen. Er hatte in Gastein oft mit dem alten Kaiser Wilhelm verkehrt. Am 15. September verschied in Troppau der Führer der Liberalen Schlesiens, der Abg. v. Demel, früher Mitglied des Parlaments in Frankfurt. Am 1. November verschied der frühere Bürgermeister von Wien, Ritter v. Uhl.

Der erste politische Vorgang im Königreich **Ungarn** bestand in der die allgemeine Lage des Landes betreffenden Rede, welche der Ministerpräsident beim Neujahrsempfange zu halten pflegt. Auf die Begrüßung durch die liberale Partei erwiderte Szapary mit dem Hinweis auf die vollzogene Herstellung des finanziellen Gleichgewichts sowie den Abschluß der neuen Handelsverträge und stellte als die nächsten Aufgaben der Gesetzgebung die Verwaltungsreform und Maßnahmen zur Aufrechthaltung des Ansehens des Reichstags hin. Bei den bevorstehenden Neuwahlen des Reichstags werde sich die Nation ohne Zweifel, wie bei den sieben seit 1869 stattgehabten Wahlen, für Aufrechthaltung der staatsrechtlichen Grundlagen von 1867 entscheiden. Das Ministerium werde die liberale Richtung auch ferner verfolgen.

Die lange Session des Reichstags wurde am 5. Januar mittelst Thronrede geschlossen, in der namentlich auf die Befriedigung über die den Frieden erhaltenden Bündnisse der Monarchie hingewiesen war. Als bald hiernach begann eine vierwöchige recht lebhaft bewegte Bewegung für die Neuwahlen, in der besonders das zum erstenmal erfolgende

Auftreten einer ultramontanen Partei und Reden einiger Minister vor ihren Wählern hervortraten. Minister Weyerle machte in seiner Wahlrede zu Nagybanya auf die Bedeutung der Handelsverträge und der in Aussicht genommenen Valutaregulierung aufmerksam. Der Ministerpräsident hielt am 6. Februar, als bereits feststand, daß die Führung der Angelegenheiten des Landes in den Händen der liberalen Partei bleiben werde, vor seinen Wählern in Temesvar eine längere Rede, in der er betonte, daß die liberale Partei auch fortan den 1867er Ausgleich verteidigen werde gegen die Unabhängigkeitspartei und gegen die Nationalpartei wie die Partei Agrons, die Änderungen dieses Ausgleichs anstrebten. Gegenüber den Vorwürfen wider die Nationalitätenpolitik der Regierung hob er hervor, daß die liberale Richtung die einzige sei, bei der eine Beruhigung der Bürger verschiedener Nationalitäten zu erlangen sei. Als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit bezeichnete der Minister Maßregeln, durch welche verhindert werde, daß die aus Eitelkeit und dem Streben nach Macht entspringende scharfe Parteileidenschaft von Abgeordneten nicht schadenbringend für das Vaterland werde. Dahin gehöre eine Einschränkung der mißbrauchten Redefreiheit. Die 415 Neuwahlen fanden in der Zeit vom 28. Januar bis 6. Februar statt, nicht ohne Schlägereien und blutige Ausschreitungen an mehreren Orten, in Folge deren Jäger und Dragoner aus Mähren und Steiermark nach Ungarn geschickt wurden. Die liberale Mehrheit fiel für die Regierung nicht so reichlich als gehofft war aus; diese wurde sogar schwer betroffen durch die Niederlage einiger ihrer hervorragendsten Mitglieder, wie Falks, Pulghys und Stephan Tiszas, Sohns des früheren Ministerpräsidenten. Die Partei Apponhis erschien in bisheriger Stärke.

Der neue Reichstag trat am 20. Februar in Pest zusammen. Am Abend vorher machte der Ministerpräsident Szapary im Klub der liberalen Partei darauf aufmerksam, daß es an Angriffen der Opposition wieder nicht fehlen, daß ihn dies aber nicht anfechten werde, solange er das Vertrauen der Mehrheit genieße. Die Voraussagung traf in der That in reichlichem Maße ein. Noch vor der feierlichen Eröffnung des Reichstags führte die Unabhängigkeitspartei einen peinlichen Auftritt herbei. Der Zufall wollte, daß ihr die zwei zunächst zum Alterspräsidium berufenen Abgeordneten angehörten. Der zunächst berufene Abg. Efanady erklärte, er könne nur unter

der Bedingung annehmen, daß er nicht genötigt werde, den Reichstag nach Ofen zu geleiten, wo von der königlichen Burg die schwarzgelbe Fahne wehe; der Herrscher sei für die Nation da, nicht diese für den Herrscher; der Monarch komme zu uns und eröffne den Reichstag in dessen Hause. Die österreichische Fahne wehte zwar auf der Ofener Burg, aber neben der ungarischen und zur Andeutung des Dualismus der Monarchie, den freilich jene Partei nicht anerkennt. Ganady lehnte den Vorsitz ab, und der nun an die Reihe kommende Madarasz behandelte dasselbe Thema noch eingehender. Er nahm den Vorsitz an, jedoch mit der Erklärung, daß Ungarn nur durch die Erreichung seiner vollsten staatlichen Unabhängigkeit aufblühen werde, daß es frei von jeder fremden Einmischung sein und alles dem Entgegenstehende beseitigt werden müsse. Schon diese Worte waren von stürmischem Beifall der äußersten Linken begleitet. Dieser steigerte sich dann aufs heftigste, als Madarasz, bevor er zur Verlesung des zur feierlichen Eröffnung einladenden ministeriellen Schreibens schritt, den „ungefeylichen Mißbrauch“ bedauerte, der sich eingebürgert habe und darin bestehe, daß der König bei der feierlichen Eröffnung nicht ausschließlich von ungarischen Bannerherren umgeben sei, sowie daß dabei nicht ausschließlich die Fahne und das Wappen Ungarns gebraucht werde. Das Verlangen, daß dies jetzt beobachtet werde, wurde vom Ministerpräsidenten mit dem Hinweis auf eine 25jährige Praxis abgewiesen, worauf Madarasz das Präsidium niederlegte. Der nun an die Reihe kommende Janicsary war glücklicherweise kein „Unabhängiger“, sondern führte am 20. Februar den Reichstag trotz der zwei Fahnen in die Ofener Burg. In der Thronrede gedachte der König der 25jährigen Jahreswende des für die ganze Monarchie so wichtigen Ausgleichs, wies auf die großen Fortschritte Ungarns auf allen Gebieten hin und gab der „Zuversicht auf eine ruhige und stete Entwicklung auf dieser bewährten und vor allen Erschütterungen zu bewahrenden Grundlage“ auch für die Zukunft Ausdruck. An die Aufzählung der in Aussicht stehenden Vorlagen schloß sich die mit Beifallsrufen aufgenommene Versicherung des unveränderten Fortbestehens der guten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. In der ersten Sitzung beider Häuser des Reichstags am 22. Februar ward die Thronrede nochmals verlesen, worauf im Oberhause der Präsident Bay den Segen des Himmels auf den

König, „den hochsinnigen Hüter der Verfassung“ herabsehte, „der durch seine die menschliche Kraft fast übersteigende Wirksamkeit ein leuchtendes Beispiel“ sei. Das Unterhaus wählte mit 243 gegen 158 Stimmen den Baron Banffy zum Präsidenten. Die Verhandlungen dieses Hauses über die auf die Thronrede zu erteilende Antwort verliefen nicht so schlimm, wie man nach dem Eindrucke des erbitterten Wahlkampfes erwartet hatte. Der Entwurf der Partei Ugron verstieg sich freilich zu der Behauptung, der Ausgleich von 1867 habe die Entwicklung beider Staaten gehemmt, die Verhandlung über die Adresse ward aber von Zwischenfällen nur wenig gestört, auch nicht übermäßig ausgedehnt, und als am 26. März der Entwurf der Mehrheit angenommen wurde, hob der Ministerpräsident hervor, daß deren kräftiges Zusammenhalten durch diese Verhandlungen dargethan sei. In der Adresse wurde der feste Entschluß, an den Schöpfungen des Ausgleichs von 1867 unverändert festzuhalten und bereitwillig an den Reformarbeiten mitzuwirken, ausgesprochen. Die Adressverhandlung im Oberhause gab dem früheren Ministerpräsidenten Tisza Anlaß, den Ausgleich von 1867 entschieden zu verteidigen.

In den ferneren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses spielten die von der Unabhängigkeitspartei herbeigeführten lärmhaften und meistens offensichtlich von vornherein nutzlosen Vorgänge eine große Rolle. Wütend fielen die Männer der Opposition am 17. März über den Präsidenten Banffy her bei seinem ersten Versuche, dem unter seinem Vorgänger Pechy eingebürgerten Unfuge zu steuern, daß unter dem Titel einer persönlichen Bemerkung Abgeordnete, die nicht zum Worte gemeldet waren, lange Reden mitten in einer sachlichen Debatte hielten. Banffy wollte seinen Standpunkt näher ausführen, wurde aber durch Zwischenrufe daran gehindert, und die Sitzung wurde unter Tumult aufgehoben. Hiernach bot die Budgetberatung ein reiches Feld für Zwischenfälle. Beim Titel „Königliche Hofhaltung“ verlangte die Opposition die Errichtung einer selbständigen ungarischen Hofhaltung für die Zeit, in der der König sich in Ungarn aufhalte. Der Antrag fiel am 2. April, nachdem der Finanzminister Wekerle auseinandergesetzt hatte, es sei dies nicht zweckmäßig und man könne sich damit begnügen, daß die Regierung die Verantwortlichkeit dafür übernehme, daß die Einrichtungen des Hofes weder der Verfassung noch dem Nationalgefühl

zuwiderkiefen; übrigens erwäge die Regierung, wie die staatsrechtliche Lage nach außen hin und beim Verkehr des Hofes zum gehörigen Ausdruck gelange. Am 7. April hatten Szapary und Wekerle sich gegen die Behauptung zu wenden, daß Ausländer zu den Wahlkosten der liberalen Partei beigetragen und die Regierung einen Betrag aus der Ablösung der österr.-ung. Staatsbahn zu Wahlzwecken verwendet habe. Die Aufforderung eines Regierungsvertreters am 22. April an alle Parteien, zur Reform der Verwaltung mitzuwirken, hatte Äußerungen mehrerer Oppositionsredner zur Folge, wegen deren ihnen das Wort entzogen werden mußte. Eine der stürmischsten Sitzungen fand am 25. April statt: die Opposition tadelte heftig, daß die Gendarmerie schwarz-gelbe Portepees und den doppelköpfigen Adler als Abzeichen trage. Szapary wies darauf hin, daß die Gendarmerie als Teil der bewaffneten Macht dieselben Abzeichen wie diese führen müsse. Darüber ungeheure Entrüstung und fortgesetzt tumultuarische Szenen, die zur Aufhebung der Sitzung führten. Auch die Einladung des Reichstags zur Kadežkyfeier in Wien wurde lebhaft getadelt. Hierdurch werde der Reichstag zum Rang eines Provinziallandtags degradiert. Szapary wies dagegen kühl darauf hin, daß Kadežkys Wirksamkeit eine rein militärische gewesen sei. Er habe einfach als Soldat seine Pflicht gethan, auch zu der Zeit, da er gegen Ungarn aufgetreten. Die nächste Skandalgeschichte bestand am 18. Mai in heftigen Angriffen auf die Regierung, weil die Leiche des Generals Rlapka ohne weiteres auf den Friedhof geführt sei, während die größten Feierlichkeiten für den Nationalhelden von 1848 geplant waren. Man könne dieses Verfahren des Ministerpräsidenten nicht scharf genug brandmarken, meinte der Abg. Polonyi. Nach den Aufklärungen Szaparys und des Kultusministers stellte sich jedoch heraus, daß die Regierung an dem Vorgang schuldlos war. Es liege ihm, erklärte ersterer, fern, den Pomp der Bestattung irgendwie zu schmälern. Danach legten sich die Wogen, wenngleich Bestattung und Grabmal auf Staatskosten abgelehnt wurden. Ein Heidenlärm wurde von demselben Polonyi am 2. Juni aufgeführt. Er wollte wissen, was die Regierung gegen den Übelstand zu thun gedenke, daß auswärtige Blätter, namentlich die „Hamburger Nachrichten“, die Monarchie mit dem Namen Osterreich statt mit Osterreich-Ungarn bezeichneten. Szapary erwiderte, daß in den meisten Fällen

nicht übler Wille, sondern mangelnde Kenntnis die Schuld trage, und daß der Leiter jenes Blattes sich entschuldigt habe. Damit war die Sache erledigt, aber die Opposition bemerkte, daß mehrere Mitglieder der Mehrheit fehlten, und benutzte dies zu dem Beschluß, die Sache noch weiter zu besprechen. Es war dies aber nur ein Heiterkeitserfolg, und als die Besprechung anhub, kam gar nichts weiter zu Tage. Die hauptsächlichsten Vorlagen, welche in dieser Session des Reichstages zur Annahme gelangten, betrafen den Bau einer Eisenbahnlinie von Marmaros in den Waldkarpathen über Sziget an der Theiß nach Stanislaw in der Bukowina; das Finanzgesetz wurde am 17. Juni mit 397523636 Gulden Einnahme und einem Überschuß von 14725 Gulden über die Ausgaben festgestellt, nachdem die oppositionellen Parteiführer dem Ministerpräsidenten nochmals ihr gründliches Mißtrauen versichert hatten; die Vorlagen über die Valuta und die Konversion wurden vom Unterhaus am 15., vom Oberhaus am 19. Juni genehmigt. Zur Vorlage kam noch ein Gesetzentwurf wegen Unfallversicherung der Arbeiter und Anstellung von Fabrikinspektoren. Auch die kirchenpolitische Frage wurde berührt. Die Lage hatte sich insofern verschärft, als die katholische Geistlichkeit nicht mehr bloß den Erlaß von 1890 über die Anzeigepflicht in Sachen des sogenannten Wegtaufens der Kinder aus Mischehen bekämpfte, sondern der Erzbischof von Gran am 4. April im Oberhause eine Änderung des Gesetzes von 1868 verlangt hatte, wonach bei Mischehen die Knaben der Konfession des Vaters, die Töchter der Mutter zu folgen haben. Der Unterrichtsminister Csáky lehnte nun am 19. Mai im Unterhause hierauf bezügliche Anträge, die in beiden Häusern in Aussicht standen, von vornherein sehr entschieden ab, stellte aber einen Gesetzentwurf wegen Einführung von Zivilstandsregistern für Kinder aus Mischehen in Aussicht. Als sodann am 24. Mai Graf Apponyi für völlige Rechtsgleichheit der Israeliten und für ein Gesetz, betreffend die freie Religionsübung sowie die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse, auftrat, sagte der Minister auch eine solche Vorlage zu. Am 20. Juli wurde die Session vertagt.

Mit großer Begeisterung wurde am 8. Juni der 25jährige Jahrestag der Krönung des Kaisers Franz Joseph zum König von Ungarn gefeiert. Er langte am 6. Juni in Pest an. Mit

brausenden Eisenrufen wurde der Hofzug am Bahnhof empfangen. Der König entstieg in großer ungarischer Galauniform dem Wagen. Unter dem Geläute aller Kirchenglocken und dem Donner der Geschütze setzte sich der Zug in Bewegung, dessen Glanzpunkt das aus 150 Trägern der historischen Namen der ungarischen Aristokratie in den prächtigsten Nationalkostümen bestehende berittene Banderium bildete. In den aufs festlichste geschmückten Straßen wurde der König von einer ungeheuren Menschenmenge mit stürmischen Huldigungen begrüßt. Im Hofe der Burg angelangt, nahm er eine Revue über das Banderium ab. Abends wiederholte sich die stürmische Begrüßung im Theater, wo das Jubiläumstück „Die heilige Krone“ aufgeführt wurde. Am 7. Juni hielt der Kaiser in Gegenwart aller Erzherzoge eine glänzende Truppenschau bei Ofen ab. Der 8. Juni begann mit einem feierlichen Gottesdienste, bei dem der Fürstprimas Bazsary die seltenen Tugenden des Monarchen sowie seine unverbrüchliche Treue gegenüber der Nation hervorhob und Gottes Beistand dafür anflehte, daß die Stephanskrone immerdar ihr Licht in den Frieden ausstrahle; wenn aber nötig, dann möge die Schärfe unseres tausendjährigen Schwerts die Feinde des Vaterlandes wie ein Blitz treffen. Dann segnete er den König, die Königin und das ganze Herrscherhaus und forderte die ungarische Nation auf, den Glauben und die Traditionen sich zu erhalten. Die Königin blieb den Festlichkeiten fern, weil es ihr zu großen Schmerz bereitet haben würde, bei diesem Anlasse das Fehlen des Sohnes wahrzunehmen. Nach dem Tedeum fand feierlicher Empfang zahlreicher Abordnungen aus dem ganzen Lande in der Ofener Burg statt. Als der König in den Saal trat, dauerte der Sturm der begeisterten Zurufe minutenlang, sodaß der Präsident des Abgeordnetenhauses seine Rede nicht beginnen konnte. Währenddem stand der König tief bewegt und verbeugte sich mehrmals dankend, was immer neuen Jubel hervorrief. Auf die Ansprache des Präsidenten des Oberhauses erwiderte der König mit dem Ausdruck der Freude, daß sein Vertrauen in die alten Tugenden der Nation, insbesondere der Magnaten, vollste Rechtfertigung erfahren hätte durch den großen Aufschwung des Staats und die gehobene Machtsstellung der Monarchie. Auf die Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses dankte der König und gedachte der großen Patrioten, die vor 25 Jahren und später seine treuen Ratgeber und die weisen Führer der Nation ge-

wesen seien; es sei trostreich, daß ihr Geist im Lande fortlebe. Auf die Ansprachen der städtischen Abordnungen erwiderte der König, er erblicke in der Begeisterung des ganzen Landes einen erfreulichen Beweis der warmen Pietät der Nation für die Stephanskronen und bitte, der ganzen Bevölkerung Ungarns, Kroatiens und Slavoniens ohne Unterschied der Nationalität und der Religion seinen Dank zu melden; er hege den festen Glauben, daß er auf die Söhne der ungarischen Länder unter allen Umständen rechnen könne. Bei Anbruch der Dunkelheit wurde Pest prächtig erleuchtet. An der Hauptpfarrkirche befand sich ein kolossales, die Krönung versinnbildlichendes Transparent. Auf der dem Donauufer zugewandten Front war ein riesiges Doppelkreuz angebracht, das strahlend verkündigte, daß der König an dieser Stelle vor 25 Jahren den Eid geleistet habe. Auf den Schiffen der Donau wurden Feuerwerke abgebrannt, auf den Bergen der Umgegend brannten weithin leuchtende Freudenfeuer. An drei Stellen wurden die von der Stadt Pest gegebenen Volksfeste gehalten. Es wurden Mastochsen am Spieße gebraten, auf riesigen Gerüsten waren Fässer aufgereiht, aus denen Wein und Bier geschenkt wurde, und bekränzte Wagen fuhren hin und her mit Würsten und Broten. Leider nahm das Volksfest einen blutigen Ausgang. Der Gratiswein verfehlte seine Wirkung auf Soldaten nicht, welche die Bürger nicht an die Schankstellen lassen wollten. Es kam zum Handgemenge und zu schweren Verwundungen. Auf der Soiree bei Hofe erschienen 1500 der angesehensten Personen des Landes. Der König reiste am 10. Juni wieder ab, nachdem er der Stadt Pest gestattet hatte, die Bezeichnung „Ungarische Haupt- und Residenzstadt“ zu führen. Entsprechende Festlichkeiten fanden am 8. Juni auch in Konstantinopel, Sofia und Belgrad statt.

Den Zeitpunkt kurz vor dieser großen Feier der Magyaren hatte die rumänische Nationalpartei Ungarns, Siebenbürgens und des Banates für geeignet gehalten zur Entsendung einer großen Abordnung nach Wien. Die im südöstlichsten Ungarn wohnenden 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Rumänen hatten sich der Magyarisierung am wenigsten zugänglich erwiesen und waren in letzter Zeit unstrittig im Vordringen sowohl gegenüber den Magyaren als den Deutschen in Siebenbürgen. Nun erschien am 29. Mai in Wien eine aus 237 Mitgliedern, nämlich Geistlichen, Juristen, Journalisten, der Mehrzahl

nach aber aus Bauern bestehende Abordnung, die dem Kaiser eine Denkschrift überreichen sollte. Darin war, unter Versicherung der Treue gegen das Herrscherhaus, gebeten, die Rumänen der Monarchie in den Besitz der ihnen von den Magyaren auf ungesetzlichem Wege entrissenen nationalen Rechte wieder einzusetzen. Vergeblich hatten die Behörden den Abgang der Deputation zu hindern gesucht. In Wien wurde ihr bedeutet, daß der Kaiser sie jetzt nicht empfangen könne. Es erschien dies unmöglich kurz vor der großen Feier des Dualismus der Monarchie, auf dessen Grundlage die Willkür beruhte, gegen die hier Klagen geführt wurden. So abgewiesen, wurden die Rumänen in Wien von den Antisemiten an sich gezogen. In einer von diesen am 30. Mai veranstalteten Versammlung traten die Führer der Abordnung mit der Darlegung auf, daß eine gleichmäßige Verteilung der Rechte für alle Völker der Monarchie erstrebt werden müsse.

Während der Vertagung des Reichstags vergrößerte sich der kirchenpolitische Streit. Zu dem Widerstreite zwischen der Regierung und der katholischen Kirche trat der zwischen dieser und der protestantischen Kirche. Ein Haupt derselben, der reformierte Bischof Paps, trat am 5. September in Komorn bei der Feier des 25-jährigen Jubiläums des früheren Ministerpräsidenten Tisza als Oberkurator des kalvinischen Kirchenbezirks jenseits der Donau gegen den neuen Fürstbischof Vaszary auf. In Paps Berichte hieß es, die Lage habe sich seit 1890 nicht zum Bessern gewendet, sei vielmehr gefährlicher geworden, weil sich jetzt auch die höhere katholische Geistlichkeit mit dem Primas an der Spitze der friedensstörenden Bewegung im niederen Klerus angeschlossen habe; in Vaszarys Friedensliebe habe man sich getäuscht. Im Anschluß an diese Rede ergriff Tisza das Wort. Er stellte zwar für den Notfall eine feste Haltung des ungarischen Protestantismus in Aussicht, ließ aber der Hoffnung auf einen befriedigenden Ausgleich Ausdruck, weil der Staat diesen Frieden nicht entbehren könne. Gleichwohl rief die Schärfe des reformierten Bischofs starken Unwillen auf katholischer Seite hervor, und um schärfere Ausbrüche abzuschneiden, ermahnte der Primas die Geistlichkeit, sich nicht zu sehr hinreißen zu lassen. Großen Eindruck erzielte er dabei mit dem Hinweis, daß der Bestand der Nation keinen Schaden erleiden dürfe. Nun kamen wieder Rundgebungen

auf protestantischer Seite: Der Präsident des Unterhauses, Banffy, sprach in einer protestantischen Versammlung in Klausenburg am 10. September die Hoffnung aus, daß Tisza der Kirche inmitten der aufgeregten Wogen den Weg weise, und der reformierte Bischof Szaß sprach die Hoffnung aus, daß die evangelische Kirche für die liberalen Ideen kämpfe und daß deren Sieg nicht zweifelhaft sein könne, weil „die Räder der Jahrhunderte nicht rückwärts gedreht werden“ könnten.

Neben dieser Verschärfung der kirchlichen Gegensätze fühlte sich die Regierung unangenehm berührt durch eine weit verbreitete Feier des 90. Geburtstags Ludwig Kossuths. Der frühere Diktator Ungarns, der am 14. April 1849 die Dynastie des Thrones verlustig erklärte und am 21. September 1851 in offigie gehängt wurde, lebt in freiwilliger Verbannung zu Turin. Er steht noch auf seinem alten Standpunkt und die Parteien befinden sich längst nicht mehr mit ihm in Verbindung. Wenn nun plötzlich in Ungarn Huldigungen von ungewöhnlicher Ausdehnung für ihn stattfanden, so ging dies nicht aus dynastiefeindlichem Sinne hervor, und es war darin kein Widerspruch gegen die erst vor drei Monaten beim Krönungsfeste dem Herrscher dargebrachten Huldigungen zu finden, sondern man ehrte in Kossuth den obersten Träger der Ideen, als deren Erben das ganze heutige verfassungsmäßige Ungarn sich bekennt. Die Stadtbehörde von Pest beschloß mit 120 gegen 68 Stimmen, Kossuth zum Ehrenbürger zu ernennen, ihm eine Beglückwünschungsadresse zu senden und eine Straße nach ihm zu benennen. Eine ganze Reihe von Orten ernannte ihn ebenfalls zum Ehrenbürger. Der Geburtstag wurde am 19. September im ganzen Lande gefeiert durch Volksversammlungen, Reden, Fackelzüge und Tänze. In Pest fand ein Festzug statt. In den hier gehaltenen Reden wurde übrigens betont, daß das Volk Kossuths Ansichten nicht teile, soweit sie gegen die Dynastie, den gekrönten König und den Verband mit Oesterreich sich richten, daß er aber die Leibeigenen befreit, den Parlamentarismus und die Pressefreiheit eingeführt und die Rechtsgleichheit vertreten habe. Schließlich entblöste die Menge die Häupter und gelobte, die Kossuthschen Ideen nie zu verleugnen. Welchen Zauber Kossuth noch immer auf die ungarische Volksseele ausübt, zeigte sich vor allem in der Feier zu Tallya, wo die restaurierte

evangelische Kirche eingeweiht wurde, in der der Gefeierte getauft ist und zu der viele Hunderte aus den fernsten Landesteilen wallfahrteten. Die 21 Abgeordneten, welche nach Turin reisten, hatten einen eigentümlichen Empfang. Ihre Abresse war zwar im Tone höchster Verehrung gehalten, hob aber hervor, daß man nicht die staatsrechtlichen, sondern nur die freiheitlichen Ideen Kossuths teile. Dieser betonte die trennende Kluft, glaubte aber in den Kundgebungen ein „Erwachen“ der Nation erblicken zu müssen.

Die Session des Reichstags wurde am 26. September wieder eröffnet. Das ihm vorgelegte Budget für 1893 weist an Ausgaben 485265596 Gulden und einen Überschuf von 14047 Gulden auf. Bald hiernach kam es im Abgeordnetenhanse zu stürmischen Verhandlungen. Es handelte sich wiederum um einen Gegenstand nationaler Aufwallung. Am 2. November sollte nämlich in der Ofener Festung das Denkmal der 1848 bei der Eroberung Ofens durch die Ungarn gefallenen Honveds enthüllt werden. In der Festung befindet sich aber auch das Denkmal des österreichischen Generals Hentzi, der die Festung verteidigte und dabei fiel. Die Veranstalter der Honvedfeier und die Regierung gedachten nun aus der Feier gleichsam ein Fest der Versöhnung zu machen, und es wurde deshalb bestimmt, daß zwei Kompanien der gemeinsamen Armee die militärischen Ehren erweisen sollten, während Fürst Lobkowitz als Vertreter der Armee, die gegen die Honveds gefochten, einen Kranz niederlegen sollte. Als Erwiderung sollte der Zug sich dann zum Hentzidenkmal begeben, wo der Präsident des Honvedvereins einen Kranz niederlegen sollte. Kaum war dieses Abkommen bekannt geworden, so nahm die oppositionelle Presse gegen die dem Honvedverein angefonnene „Entwürdigung“ heftig Partei und brachte eine Antwort Kossuths hierüber zum Vorschein, wonach er das Hentzidenkmal als Beschimpfung des ungarischen Volks ansehe. Als die Sache am 17. Oktober im Abgeordnetenhanse zur Sprache kam, sagte der Ministerpräsident Szapary, daß er den Plan als patriotisch mit Begeisterung aufgegriffen habe, zahlreiche Redner der Opposition sprachen sich aber so heftig dagegen aus, daß die Feier verschoben wurde. Dies gab Anlaß zu neuen Angriffen. Die Opposition behauptete, das Ministerium habe die Krone und das Heer in dieser Sache engagiert, ohne sich der Mitwirkung der alten Honveds ver-

sichert zu haben, und müsse deshalb zurücktreten. Am heftigsten trat Apponyi gegen das Ministerium auf. Dieses war in der That erschüttert, jedoch nicht bloß wegen dieser Denkmalsache, sondern weil ihm im Laufe der Zeit eine Reihe von Handlungen mißglückt war. Hierzu gehörten, außer der Denkmalsache, vor allem die Folgen des sog. Wegtaufungsstreits. Die Unbotmäßigkeit der niederen katholischen Geistlichkeit gegen die betreffende Ministerialverordnung war während des Oktobers zur Lawine geworden, brachte die seit zwei Jahrzehnten ungestörte Einigkeit unter den Bekenntnissen ins Wanken und bedrohte die ganze Parteigestaltung. Der Klerus widersetzte sich sogar dem Primas, indem er diesen in einer scharf und nicht ehrerbietig gehaltenen Denkschrift von seinem mit dem Ministerium verabredeten Plane abzubringen suchte, daß er während der Reichstagsession sowie der Anwesenheit des Königs in Pest hier residiere. Die Opposition des Klerus gegen die Regierung trat u. a. hervor in dem vom Erzbischof von Kalocsu bestätigten Verbote des Absingens der ungarischen Nationalhymne in der Kirche zu Theresiopel. Lavierungsversuche waren für das Ministerium ausgeschlossen, es spitzte sich in der kirchlichen Frage vielmehr alles zu auf die Frage der Einführung der obligatorischen Zivilehe. Diese und die Einführung von Zivilstandsregistern wurde daher am 6. November vom Ministerium dem Könige vorgeschlagen. Da dieser sich nur für letzteren Punkt entschied, bat das Ministerium Szapary am 9. November um seine Entlassung, denn die liberale Partei, auf die es sich stützte, hatte inzwischen ein Programm aufgestellt, wonach sie im Fall der Einführung der obligatorischen Zivilehe bereit ist zur Änderung der von der katholischen Kirche so heftig angefochtenen Bestimmung über das Bekenntnis der Kinder aus Mischehen. Am 14. November wurde der Finanzminister Dr. Wekerle zum Ministerpräsidenten, Karl Hieronymi, ein bedeutender Verwaltungsfachmann, zum Minister des Innern und Graf Ludwig von Tisza zum Minister a latere ernannt. Die bisherigen Minister Szilágyi, Csáky, Fejervary, Bethlen und Lukacs behielten ihre Portefeuilles. Mit großer Befriedigung nahm das Land dieses Ministerium auf, nur auf ultramontaner Seite ward die Bestallung Tiszas, eines „Kalvinisten“, zum Vermittler zwischen dem Ministerium und dem König übel vermerkt. Wekerle ist der Sohn eines aus Württemberg eingewanderten

Gutsbeamten und jetzt 44 Jahre alt. Er war noch 1877 Konzipist im Finanzministerium, stieg dann rasch infolge seiner besonderen Fähigkeiten und ist als Finanzminister volkstümlich geworden wie kaum ein anderer Mann des öffentlichen Lebens. Das neue Ministerium stellte sich am 21. November beiden Häusern des Reichstags vor, worauf Weyerle das Regierungsprogramm darlegte. In kirchlicher Beziehung sollten Gesetzentwürfe vorgelegt werden über die Rezeption der israelitischen Religion, Einführung allgemeiner Zivilstandsregister und freie Religionsübung; die Verordnung wegen der Wegtaufen solle aufgehoben werden; das Ehrenrecht solle allgemein für alle Staatsbürger verbindlich sein, die obligatorische Zivilehe und die zivilgerichtliche Rechtsprechung in Ehesachen solle eingeführt und die Handelsbeziehungen zum Auslande, besonders mit den Orientstaaten, sollten durch Verträge sichergestellt werden. Über dieses Programm war natürlich die katholische Kirche nicht erbaut, der päpstliche „Moniteur de Rome“ sagte sogar, Ungarn spiele ein gewagtes Spiel; wolle es einen Kulturkampf, so werde man die Kirche auf der Bresche finden; bisher habe der päpstliche Stuhl Geduld gehabt; wenn die ungarische Regierung den Rubicon überschreite, werde sie die Folgen sich selbst zuzuschreiben haben. Allein Weyerles Berufung war eine sehr populäre Maßregel. Das zeigte sich u. a. durch die große Huldigung, die ihm am 22. November von 40000 Bürgern der Hauptstadt zu teil wurde. Auf deren Begrüßung betonte Weyerle, daß es stets das Glück Ungarns gewesen sei, den Grundsätzen der Demokratie zu folgen; das bürgerliche Element sei berufen, alle Schichten der Gesellschaft zum Wohle des Vaterlandes zu vereinigen. Im Abgeordnetenhause fanden am 25. November Angriffe auf das Programm der neuen Regierung statt, Weyerle wies sie jedoch mit Geschick zurück und betonte vor allem die allerentschiedenste Durchführung der kirchenpolitischen Reform. Dagegen beschloß die Bischofskonferenz am 15. Dezember, dem Papste und dem Könige die Gefahren und ernsten Folgen dieser Reform darzulegen.

Aus Ungarns Nebenländern ist nur bemerkenswert, daß die Nationalpartei in Dalmatien sich spaltete. Ein Teil derselben ist für ein entschiedeneres Auftreten für die Vereinigung des Landes mit Kroatien; daher die Scheidung in Alte und Junge, wie in Böhmen. Für Kroatien selbst beschloß am 1. Mai ein Parteitag der

Starcewitschianer in Fiume gewissermaßen den Krieg gegen das Staatsrecht der Monarchie und gegen die Mächte des Berliner Kongresses; die Wahlen zum kroatischen Landtage fielen jedoch vorwiegend auf Freunde der Magyaren, ein Ergebnis, das freilich nach Behauptung der Radikalen nur durch Einsperren oppositioneller Wähler erreicht sein soll. Für Bosnien und die Herzegowina wurde am 18. Juli eine Verordnung erlassen, die bei der Bevölkerung großen Jubel hervorrief. Nach dem türkischen Straßengesetze mußten alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, ferner alle Trag- und Zugtiere in fünf Jahren wenigstens 620 Arbeitstage leisten. Nun wurde diese Tier-Robot gänzlich aufgehoben, und die Personen-Robot soll ablösbar sein.

Was die ungarische Totenliste betrifft, so starb am 9. Mai in Pest der Handelsminister Gabriel Baross de Belusz nach schweren Leiden im Alter von 44 Jahren. Von Geburt Slovake, fühlte er sich als Kernmagyare und hatte seine hervorragende Begabung lange Zeit auf die Hebung der handelspolitischen Verhältnisse des Landes verwandt. 1866 war er als Verkehrsminister in das Kabinet Tisza getreten und blieb seitdem Handelsminister, dessen Ressort mit jenem Ministerium vereinigt wurde. Der Reichstag ehrte das Andenken des von allen Parteien hochgeschätzten Mannes und seine Bestattung fand in Illava auf Staatskosten statt. An seine Stelle wurde am 20. Juli der Staatssekretär Lukacs ernannt. Am 17. Mai starb in Pest der aus dem Kriege Ungarns gegen Oesterreich in den Jahren 1848/49 bekannte General Georg Klapka im 73. Jahre. Er hatte die Oesterreicher bei Zfaszany geschlagen, wofür er vom Diktator Kossuth zum General ernannt war; durch seinen Sieg bei Nagh Sarlo befreite er die Festung Komorn, die er dann als den letzten Posten des ungarischen Widerstandes lange ehrenvoll verteidigte. 1866 hatte er im Auftrag der preussischen Regierung aus gefangenen ungarischen Soldaten eine „ungarische Legion“ zu bilden begonnen, als der Friedensschluß plötzlich eintrat. 1867 amnestiert, kehrte er aus dem Ausland zurück und war eben mit seinen Memoiren beschäftigt, als er abgerufen ward. Am 18. März starb in Pest Graf Alexander Teleki, der den Karlistenkrieg in Spanien mitgemacht, im ungarischen Freiheitskampfe 1849 Generaladjutant Bemis gewesen war, 1860 die ungarischen Legionäre Garibaldis befehligt hatte und dann italie-

nischer General geworden war. Der Abgeordnete Iranyi, Führer der Unabhängigkeitspartei, starb 70 Jahre alt am 2. November in Nyireghhaza. Er hieß eigentlich Halbschuh, stammte aus einer schwäbischen Familie und war früher Vertrauensmann Kossuths.

R u ß l a n d.

Das große russische Reich hatte auch in diesem Jahre mit sozialen Nöten an allen Ecken und Enden in einer Weise zu schaffen, die mit der ihm gleichzeitig von gewisser Seite beigelegten politischen Bedeutung in grellem Gegensatz stand. Die Hungersnot dauerte in 17 östlichen Gouvernements in bedenklicher Weise fort. Nach dem Gouvernement Tobolsk, wo der Notstand den bedenklichsten Charakter angenommen hatte, wurde Ende Januar Fürst Galizin zur Leitung und Beaufsichtigung der Verpflegung gesandt. Denn der Grund, warum trotz Anwendung großer Summen aus der Staatskasse noch kaum eine Besserung der Lage sich bemerkbar machte, lag größtenteils in der Lässigkeit und Unredlichkeit der mit Verteilung der Hilfsmittel betrauten Beamten. Das zur Verteilung bestimmte Mehl und Getreide wurde häufig zum Gegenstand eines Handels zwischen den Beamten und den Notleidenden gemacht. Dazu wurden die Geldsendungen aus dem Staatsschatze durch überflüssige Förmlichkeiten ungebührlich verzögert. Große Unterschleife wurden in allen jenen Bezirken entdeckt. Die Agenten, durch welche die Beamten Mehl und Getreide bezogen, lieferten es oft gänzlich verdorben oder vermischt mit allen möglichen ungenießbaren Stoffen. In Magazinen lagerten zwar große Vorräte von Getreide, die Besitzer aber pflegten nicht eher zu verkaufen, als bis sie den Preis ungebührlich in die Höhe geschraubt hatten. Auch Fälle von bedeutendem Gewichtsabgang wurden festgestellt. So gelangte von den bis zum 1. April für Brot und Saatkorn vom Staate verausgabten 125^{1/10} Millionen Rubel nicht alles an seine Bestimmung. Der Emir von Buchara sandte auf die Nachricht von der Hungersnot dem unter Leitung des Großfürsten-Thronfolgers stehenden Hilfskomitee 100 000 Rubel, der

König von Rumänien 10 000 Fr. Eine neue Plage entstand dadurch, daß vom Lande eine Menge hungernder Leute in die ohnehin keinen Überfluß an Nahrung und Heizmaterial besitzenden Städte strömten, vergeblich um Arbeit und Unterstützung bettelten, in Schmutz verkamen und ansteckende Krankheiten verbreiteten. In Charkow mußte daher ein besonderes Typhushospital errichtet werden. Zu Kasan herrschte der Typhus in 66 Straßen, in Sefaterinenburg und andern Orten mußte aus gleichem Grunde ein Teil der Straßen gesperrt werden. An Ärzten fehlte es namentlich in den von der Hungersnot heimgesuchten Gegenden. Die Bauern sahen sich hier genötigt, ihre Pferde zu Schleuderpreisen zu verkaufen, infolgedessen im Frühjahr die Felder nur mangelhaft bestellt werden konnten. Der Hausminister ließ daher 30 000 Pferde in den kirgiefischen Steppen aufkaufen und in jene Bezirke bringen. Dörfer und Städte wurden der Schauplatz von Räubereien Notleidender. Zur Beschaffung von Viehfutter der Bauern entsandte das landwirtschaftliche Ministerium im März Beamte in verschiedene Gegenden. In Sibau traf am 19. März ein nordamerikanischer Dampfer mit Lebensmitteln für die Notleidenden ein. Als dem nordamerikanischen Generalkonsul Crawford hierfür Dank gesagt wurde, erwiderte er, alles was Amerika für Rußland gethan, trete weit hinter den Dienst zurück, den Rußland vor 30 Jahren Amerika erwiesen, als es seine Flotte entsandt habe, um den Vereinigten Staaten im Kampfe gegen die Südstaaten beizustehen. Mit Rücksicht auf den Notstand wurden die Manöver bei Petersburg und im Westen abbestellt, wodurch $1\frac{1}{2}$ Millionen Rubel erspart wurden; allein gleichzeitig hörte man, daß das ganze Landschaftsamt des Gouvernements Samara wegen begangener „Mißbräuche“ bei der Verpflegung der Bevölkerung durch den Senat der gerichtlichen Verantwortung übergeben sei. Leider mißriet in sieben der Notstandsbezirke die Winterfaat gänzlich. Unter diesen Umständen war es auffallend, daß am 8. März die Ausfuhr von Mais aus dem Gouvernement Kutais freigegeben, am 25. März das Verbot der Ausfuhr von Weizenmehl aus den Häfen des Schwarzen und des Apsowischen Meeres und am 23. August das Verbot der Ausfuhr von Roggen und Kleie wieder aufgehoben wurde. Ein anderer Mißstand trat durch die massenhaften ArbeitsEinstellungen zu Lodz in Polen und im dortigen Kreise hervor. Infolge von Auf-

reizungen stellten Anfang Mai 30000 Arbeiter in Fabriken die Arbeit ein. Gegen ihre Ausschreitungen mußte Militär aufgeboten werden. Im August wiederholten sich diese Vorgänge in Zekatenoslaw.

Verschiedenen sozialen Mißständen suchte die Gesetzgebung abzuwehren. Im Februar wurden Gesetze erlassen wegen Unveräußerlichkeit der Bauernländereien und wegen Gründung von Hilfs- und Pensionskassen für die Arbeiter an den Staatseisenbahnen. Ferner kam ein Gesetz zustande wegen Bestrafung des Überfalls eines Teils der Bevölkerung durch einen andern. Der Schuldige an einem Auf- lauf, bei dem es zur Vergewaltigung von Personen, Raub oder Schädigung von Eigentum kommt, sowie der Versuch zu solchen Anstiftungen, die aus religiöser, Massen- oder Standesfeindschaft entstehen, geht aller Standesrechte verlustig und wird nach Sibirien verbannt. Dieses Gesetz kam vorzugsweise den Juden zu statten; andererseits aber fuhr die Regierung fort in dem Bestreben, möglichst viele Juden auf anständige Art aus dem Reiche los zu werden. Der Ministerrat genehmigte am 19. Mai den Plan des Barons Hirsch bezüglich der Massenauswanderung russischer Juden nach Amerika. Diese sollten in bemittelte und mittellose geteilt werden. Zur Vermeidung einer Rückschaffung der letzteren soll das Auswanderungs- komitee auf Verlangen der russischen Regierung jedem Hilfsbedürftigen 500 Rubel als Darlehn einhändigen und eine Bürgschaftssumme zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben erlegen. Altersschwache, gebrechliche, mit mehr als sechs Kindern gesegnete und strafgerichtlich abgestrafte, keinem anständigen Berufe nachgehende Personen sollen von der Auswanderung ausgeschlossen bleiben. Am 21. Mai ward eine neue Städteordnung erlassen, in der u. a. bestimmt wurde, daß die Zahl der nicht einem christlichen Bekenntnisse angehörenden Stadtverordneten ein Fünftel der Gesamtzahl nicht übersteigen darf, und das bisher so sehr übliche Ausbleiben der Stadtverordneten aus den Sitzungen wurde mit Strafe bedroht. Endlich fand am 19. Juni ein Nachspiel der früher von Alexander II. verfügten Befreiung der Leibeigenen statt. In Astrachan wurde nämlich ein Befehl des Zaren verkündigt, wonach das gemeine Volk der Kalmücken fortan unabhängig von den herrschenden Klassen sein solle. Es wurden hierdurch etwa 150000 Menschen aus einer thatsächlichen Sklaverei befreit, in der sie bisher unter einer Gruppe von „Steppenherren“ standen.

Am 20. August wurde ein Gesetz erlassen, durch das der Bauer vor der Landplage der Kulaks gesichert werden soll, die in Ausnützung der Lage des Verkäufers Korn aufzukaufen pflegen.

Zu allen sozialen Leiden im Reiche kam nun auch noch die Cholera, die von Rußland aus das übrige Europa erschreckte. Die ersten Nachrichten vom Ausbruch dieser Krankheit in russisch Mittelasien gelangten Ende Juni nach Europa. In Samarkand, Kaakha und Uzur-Uda forderte die Seuche bereits viele Opfer. Bald hiernach trat sie in Turkestan und zu Baku in Transkaukasien heftig auf. Ihr Ausbruch in Astrachan am kaspischen Meer und zu Taschkent in Turkestan hatte Anfang Juli erhebliche Unruhen zur Folge. In Astrachan widersetzte sich eine arbeitslose Menge der Fortführung der Erkrankten in die Hospitäler. Die unwissende und erregte Bevölkerung wütete gegen die Ärzte, warf die Cholerawagen ins Wasser, drang in die Krankenhäuser, mißhandelte das Personal, brachte die Kranken ihren Angehörigen zurück und erschlug einen Arzt. Alle Beschwichtigungsversuche der Behörden blieben erfolglos. Ein Krankenhaus wurde unter dem Jubel der Menge in Brand gesteckt, ein Feldscher wurde in petroleum-getränkte Tücher gewickelt und verbrannt. Einige Feldscherer retteten sich in bereit stehende Särge und stellten sich, als das Volk diese hinaustrug, schwer krank. Dadurch entstand die Meinung, die Ärzte ließen Kraute lebendig begraben. Endlich wurden vom Militär Salben auf die Menge gegeben und die Fliehenden von Kosacken versprenget. In ähnlicher Weise verliefen die Unruhen in Taschkent und Saratow. Der Stadtchef Oberst Palußew wurde fast totgeschlagen. Die russische Regierung ergriff zeitig entschiedene Maßregeln, um die Verbreitung der Seuche zu verhindern, auch wies das unter dem Thronfolger stehende Komitee den Rest der für die Hungernden gesammelten Mittel den verseuchten Bezirken zu, die Krankheit verbreitete sich aber doch in die verschiedensten Bezirke des großen Reichs; sie trat in Jaroslaw, Tambow, Perm, Njasan, im Dongebiet, in Moskau, Warschau und Petersburg auf. Der Handel in Nischni-Nowgorod litt bedeutend. In Kasan und anderen Orten protestierten zahlreiche Ärzte gegen Abhaltung von Prozessionen und Bittgängen, aus der durch frühere Erfahrungen wohl begründeten Besorgniß, daß durch solche Ansammlungen von Menschen die Seuche außerordentlich große Verbreitung finden würde. Minderwertig war

die Anordnung des Gouverneurs Baranow in Nowgorod, wonach die Verbreiter falscher Nachrichten über diese Krankheit mit Knutenhieben und Aufhängen bestraft werden sollten. Durch diese Anordnung entstanden Mißstände verschiedener Art und Unruhen, die zur Wiederaufhebung des Erlasses führten. Die Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl und Kleie wurde am 23. August wieder verboten.

In Fortsetzung der Russifizierung Polens, Finnlands und der Ostseeprovinzen erfolgten zwar nicht viele, aber sehr eingreifende Schritte. Für Polen erging im Anfang August ein Erlaß des Verkehrsministers, der thatsächlich auf eine Verdrängung zahlreicher und intelligenter Personen aus dem Eisenbahndienste hinauslief, die durch frühere Maßregeln aus der Verwaltung, dem Schulwesen und den Gerichten verdrängt waren. Daran schloß sich eine Veretzung zahlreicher Beamten polnischer Nationalität in das Innere Rußlands. Die Liebe der Polen zu Rußland wurde durch diese Maßregeln nicht hervorgerufen, vielmehr wurde am 3. Mai in ganz Polen der 100jährige Erinnerungstag an die polnische Verfassung gefeiert. Für Finnland erging der Befehl, daß alle Beamten der dortigen Eisenbahnen, die nicht binnen vier Wochen der russischen Sprache mächtig sind, entlassen werden sollten. In den Ostseeprovinzen wurde am 10. Mai verfügt, daß den Lehrern an den höheren Lehranstalten, wenn sie ihre Vorträge in russischer Sprache halten, höhere Pensionen zu teil werden sollten, und Anfang Juli wurden mehrere deutsche Lehranstalten, wie die von der livländischen Ritterschaft unterhaltenen Gymnasien in Fellin und Birkenruh, geschlossen, weil sie mit deutscher Unterrichtssprache nicht fortbestehen sollten. Dies und die allen Zusagen zuwider vorgenommene Russifizierung der Domschule, des uralten deutschen Gymnasiums in Reval, bewogen im Oktober die esthländische Ritterschaft, die gleichfalls aus Landesmitteln erhaltene Mädchenschule zu Finnen lieber eingehen zu lassen, als sie gleichem Schicksale auszusetzen. Am 31. Oktober wurden wieder sechs Pastoren im Dorpater Kreise zum Verlust von Amt und Anstellungsfähigkeit verurteilt und hiernach vom Kaiser zur Verbannung aus ihrem Vaterlande, den Ostseeprovinzen, „begnadigt“, weil sie diejenigen Personen als Lutheraner bedient hatten, die vom vorigen Kaiser die ausdrückliche Erlaubnis erhalten hatten, zur lutherischen Kirche zurück-

zukehren. Zur Einleitung der endgültigen Russifizierung der ehemals deutschen Universität zu Dorpat wurde im November zu ihrem Rektor der Professor Budilowitsch in Warschau ernannt. Kurz vorher war der Professor Rohland in Dorpat plötzlich abgesetzt, bloß um einem Russen Platz zu machen. Aus gleichem Grunde wurden plötzlich alle lutherischen und katholischen Maschinen an der Eisenbahnstation Walk des Dienstes entsetzt. Dagegen war keine Macht im stande, zwei russische Blätter in Mitau und Reval am Leben zu erhalten. Sie mußten im Oktober wegen Mangels an Abnehmern eingehen.

Der Verkehrsminister Hübbe net wurde am 30. Januar entlassen und durch den Wirklichen Staatsrat Witte ersetzt. Der Finanzminister Wyschnegradski erhielt am 8. April, nach einer Szene mit dem Kaiser, einen mehrmonatlichen Urlaub, und am 15. September vollzog sich sein längst erwarteter Rücktritt. Das Ergebnis seiner fast sechsjährigen Amtsführung bestand in der Isolierung Rußlands von der europäischen Finanzwelt, der Steuer-Überbürdung der verarmten Bevölkerung, der Hemmung des Handelsverkehrs durch hohe Zölle und der Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen zu gunsten augenblicklicher finanzieller Erfolge. Sein Nachfolger war der 46jährige Verkehrsminister Witte, der sich im Eisenbahndienste von unten auf emporgearbeitet hatte. Bald nach diesem Wechsel wurde die Lage der Staatsfinanzen amtlich bekannt gemacht. Man erfuhr nun, daß die außerordentlichen Ausgaben für 1891 mit 63 413 500 Rubel angesetzt waren, in der That aber 232 313 000, also 168 899 500 Rubel mehr, betragen haben, ferner daß im ersten Halbjahr von 1892 bereits zehn Millionen außerordentlicher Ausgaben mehr gemacht, als fürs ganze Jahr angesetzt waren. Noch trostloser erschienen aber die Staatsfinanzen im Hinblick auf die durch Mißernte, Hungersnot und Cholera erheblich gesunkenen Einnahmen. Diesem Zustande gedachte nun Witte durch Wiedereinführung der Salzsteuer sowie Gründung eines Tabak- und Branntwein-Monopols abzuhelpfen. An Stelle Wittes trat als Verkehrsminister der Wirkl. Staatsrat KrivoscheIn, ein früherer Artillerieoffizier.

Unter dem Druck der allgemeinen Verhältnisse im Innern trat die Leidenschaftlichkeit gewisser Parteien nicht so stark wie in früheren Jahren hervor. Indes war doch bemerkenswert, daß Graf Ignatiew als Vorstand der panslawistischen Vereinigung im November in einem

Schreiben an ein serbisches Blatt sagte, man habe in Petersburg Kenntniss davon, daß die bosnischen und herzegowinischen Verhältnisse nicht derart seien, wie die Oesterreicher sie darstellten; „das Serbentum,“ fügte er hinzu, „duldet und leidet auch dort und wartet die Stunde der Befreiung ab.“ Es wird wenig Zeit vergehen, bis einmal Rußland, der wahre Verteidiger der Slaven, laut fordern wird, daß Oesterreich-Ungarn jenes Land räume, daß Bosnien zu Serbien gehöre.“ Nicht minder feindselig gegen den Dreibund waren Kundgebungen für Frankreich bei Gelegenheit des internationalen Eisenbahnkongresses zu Petersburg. Die französischen Teilnehmer wurden schon bei ihrer Durchreise in Warschau zu einer militärischen Feier herangezogen. Sie wurden vor den aufgestellten Truppen mit Musik und Ansprache eines Generals begrüßt, dann zogen die Truppen in Parademarsch vor ihnen vorüber, und beim folgenden Festmahl brachte nach den Tönen der Marseillaise Generalmajor Foulon, Kommandeur des Grenadierregiments, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, in französischer Sprache ein Hoch auf die Gäste, in dem er an das in Sebastopol den tapferen Söhnen Frankreichs und Rußlands, die damals freilich gegeneinander kämpften, gesetzte Denkmal erinnerte. Am 24. Mai wurde in ganz Polhynien das 100jährige Jubiläum der Einführung des Christentums in diesen Landesteil gefeiert.

Die kaiserliche Familie wurde am 24. Januar in Trauer versetzt durch den Tod des 65jährigen Großfürsten Konstantin, Sohnes des Kaisers Nikolaus. Anfang Februar weilte der Kronprinz von Schweden am kaiserlichen Hofe. Nachdem die Kaiserin vom Besuche ihres leidenden Sohnes Georg aus der Krim zurückgekehrt war, begab sich die ganze übrige kaiserliche Familie am 21. Mai nach Kopenhagen und brachte, wie in den letzten Jahren, einige Wochen am dänischen Hofe zu. Von hier erfolgte der Besuch des Zaren und seines Sohnes beim deutschen Kaiser in Kiel (S. 112). Anfang Juli wurde Finnland besucht und das Sanatorium besichtigt, das der Zar bei Wiborg errichten ließ. Großfürst Wladimir hatte den Unfall, beim Einfahren eines Kurierzuges in die Bahnhofshalle zu Tschergowey aus der von selbst sich öffnenden Kupeethür zu stürzen. Im September brachte der Zar mit Familie in Polen zu, wo er den Manövern bei Zwangorod beiwohnte. Nach der Schlußparade sagte

er, diese habe sein Herz erfreut und er sei glücklich über den glänzenden Zustand der Truppen. Am 11. Oktober wohnte der Zar in Czestochau der Enthüllung eines Denkmals für seinen Vater bei. Großfürst Michael Michaelowitsch, der sich gegen den Willen des Zaren mit der Gräfin Mehrenberg vermählte, ließ am 15. Oktober in Wiesbaden eine Tochter auf den Namen seiner Schwester Anastasia, der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, taufen. Der Thronfolger nahm im Oktober an der Feier der silbernen Hochzeit des Königs von Griechenland in Athen teil und besuchte auf der Heimkehr am 13. November den österreichischen Hof. Die glänzende und herzliche Aufnahme, die er in Wien fand, wurde in Blättern beider Regierungen als ein Zeichen fortdauernd freundschaftlichen Verhältnisses derselben dargestellt, gegen das obige panslawistische und franzosenfreundliche Rundgebungen in Rußland bedeutungslos erschienen.

Diese Versicherungen würden an und für sich glaubhaft sein, allein erst im Juli war ein russischer Regierungserlaß bekannt geworden, aus dem hervorging, daß man in Petersburg vor 10 Jahren ganz direkt gegen Osterreich Hänke spannt, obwohl amtlich ebenso freundliche Beziehungen mit dem Nachbarreiche bestanden wie jetzt. Dieser durch den Mordprozeß in Sofia seiner Verborgenheit entzogene Erlaß des asiatischen Departements in Petersburg an den russischen Vertreter in Bukarest besagte, der Zar habe auf Vortrag des Staatssekretärs befohlen, daß der slavischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina Hilfe gewährt werde; es sollten im stillen Gelder für die „unglücklichen Slaven“ in jenen Ländern gesammelt und den „Freiwilligen, die an Ort und Stelle den bedrängten Slaven auf jede mögliche Art helfen wollten,“ Auslandspässe verabfolgt werden. Obiges Schreiben Ignatiows scheint nun darzuthun, daß in der langen Zwischenzeit die völkerrechtlich unzulässige russische Wühlerei im Nachbarreiche angedauert hat. Seit im Sommer der Staatssekretär v. Giers erkrankte, übernahm der Geheimrat Schischkin, der bisherige Leiter des asiatischen Departements, die Führung der auswärtigen Geschäfte. Durch ihn kam ein lebhafterer und schärferer Ton in die Äußerungen der Staatskanzlei. Das zeigte sich zunächst in den Angelegenheiten Bulgariens (siehe dort), sodann gegenüber der Pforte. Und zwar in drei Angelegenheiten. Zunächst wurde durch den Botschafter in Konstantinopel mündlich, dann am 5. November

mittels Note an die rückständige Zahlung von 165 000 Pfd. als Entschädigung für die durch den letzten russisch-türkischen Krieg benachteiligten russischen Unterthanen erinnert. Der zweite Punkt betraf die Frage der Meerengen. Rußland wünschte in den neuen, mit der Pforte zu schließenden Handelsvertrag Bestimmungen aufgenommen haben, wonach den unter der Handelsflagge fahrenden russischen Schiffen, die sich von einem russischen Hafen nach einem anderen begeben, z. B. von Odessa nach Kronstadt, die freie Durchfahrt durch die Meerenge eingeräumt werde. Die Pforte aber möchte diese Frage im Rahmen der die Schifffahrt durch die Meerenge regelnden internationalen Vereinbarungen behandelt sehen.

Der dritte Punkt war folgender: Im persischen Armenien, das Rußland 1828 eroberte, liegt die Klosterfestung Etchmiadzin, der Sitz des „allgemeinen Bischofs“ oder Katholikos der armenischen Kirche. Das Recht der Bestätigung desselben ging damit auf den Zaren über. Von den drei für den Posten des Katholikos neuerdings vorgeschlagenen Personen wählte nun der Zar gerade diejenige, welche der Pforte die unangenehmste ist, nämlich den früheren armenischen Patriarchen in Konstantinopel, Ahrimian, der vor einigen Jahren mit der türkischen Regierung in Streit geriet und seitdem im Kloster St. Jakob zu Jerusalem in der Verbannung leben mußte. Die russische Regierung sandte eine Kommission unter Leitung des Generals Ignatiew nach Jerusalem, um den neuen Katholikos feierlich abzuholen. In Konstantinopel sollten er und seine Begleitung, altem Gebrauche gemäß, Station machen, um den neuen Würdenträger, dessen Herrschaft sich ja auch über weite Gebietsteile der Türkei erstreckt, dem Sultan vorzustellen. Als dieser den Wunsch aussprach, der Katholikos möchte lieber gleich direkt nach Russisch-Armenien reisen, legte Schischkin entschiedenen Protest ein; es würden Gefahren entstehen können, wenn das geistliche Haupt der Armenier beleidigt würde.

Die 1891 aufgetauchte Pamir-Frage war allmählich wieder in den Hintergrund getreten, nachdem die Russen sich von diesem gewaltigen Hochplateau Mittelasiens wieder zurückgezogen hatten. Dieser Rückzug war jedoch nur des Winters wegen erfolgt. Es bilden diese bisher von China beanspruchten, aber thatsächlich herrenlosen, unwirtbaren, von Stürmen heimgesuchten Steppen in einer Höhe von

14000 Fuß über dem Meere an sich einen wenig verlockenden Besitz, aber sie haben den Wert eines strategischen Knotenpunkts und gewähren dem Inhaber durch Gebirgspässe den Zugang zu den angrenzenden, dort in ihren Spitzen zusammenstoßenden Ländern Indien, Afghanistan, China und Russisch-Turkestan, und es ist ein öffentliches Geheimnis, daß in diesen Gegenden Hochasiens dereinst die Nebenbuhlerschaft Rußlands und Englands über die Vorherrschaft in Asien zur Entscheidung kommen muß. 1891 war es eine angeblich „wissenschaftliche“ Expedition, die sich vom russischen Turkestan aus in das Pamirgebiet begeben hatte. 1892 aber waren es richtige russische Truppen, die sich unter dem Oberst Janow, dem genauesten Kenner der Pamirgegenden, von Margilan im russischen Bezirk Ferghana aus anfangs Juni dorthin begaben. Nach Angaben der amtlichen turkestanischen Zeitung sollten diese Truppen den dort im Interesse der Erweiterung der indischen Besitzungen weilenden englischen Offizieren sowie den Afghanen und Chinesen, die den Pamir unter sich teilen wollten, klar machen, daß sie dort nichts zu suchen hätten. Auf die Klage der Bevölkerung wegen Vergewaltigung durch die Afghanen begab sich Oberst Janow mit Kosaken an die bezeichnete Stelle in den angrenzenden östlichsten Teil Afghanistans, den Bezirk Wakhan. Nach einem vergeblichen Gespräche Janows mit dem afghanischen Kapitän über die Zugehörigkeit dieser Gegenden kam es am 12. Juli zu einem Gefechte bei Somatasch, das mit der Niederlage der Afghanen endete, worauf die Russen bis Kalapary am Oxus vorrückten. Im Dezember wurde der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch auf vier Monate ins Ausland beurlaubt. Der Grund wurde gefunden in seiner beabsichtigten Vermählung mit der geschiedenen Frau des Kaufmanns Burenin in Moskau.

Die russische Totenliste betreffend, so verschied Ende März der hochbetagte Bischof v. Richter, das geistliche Oberhaupt aller evangelischen Kirchen Rußlands; am 21. April der Gesandte von Fredericksz in Stuttgart, am 9. Mai der Generalleutnant v. Gresser, Stadthauptmann von Petersburg, angeblich an Blutvergiftung. Er hatte seit 11 Jahren eine äußerst strenge Aufsicht über die Nihilisten und eine genaue Kontrolle der in der Hauptstadt ein- und ausströmenden Elemente eingeführt. Zu Gressers Nachfolger wurde der Generalleutnant v. Wahl ernannt. Am 22. November

starb in Petersburg Admiral Nowossilski, der sich schon im Türkenkriege von 1829, dann in der Seeschlacht bei Sinope und bei der Verteidigung Sebastopols auszeichnete. Admiral v. Glasenapp, General-Adjutant des Zaren, starb am 5. Dezember in Wiesbaden. Endlich verschied am 26. Dezember in München Graf Nikolai v. Adlerberg, früher General-Gouverneur von Finnland, dann Minister des kaiserlichen Hauses.

Frankreich.

Das Jahr begann mit einem sehr friedlichen Tone. Präsident Carnot beantwortete am 1. Januar die Ansprache des das diplomatische Korps vertretenden päpstlichen Nuntius mit der Hoffnung und dem Wunsche, das Jahr werde ein friedliches und fruchtbringendes sein, während dessen die Regierungen sich den wirtschaftlichen Interessen und den sozialen Fragen widmen könnten. Wenn die Republik das Bewußtsein der Rechte und der Traditionen Frankreichs habe, so sei sie nicht weniger fest der Politik des Friedens und der internationalen Eintracht ergeben.

Die ordentliche Session der Kammern wurde am 12. Januar eröffnet. Die Deputiertenkammer wählte Floquet wieder zum Präsidenten, jedoch mit bedeutend weniger Stimmen als früher, anscheinend weil er in der stürmischen Sitzung vom 11. Dezember v. J. den vorigen Papst als Freimaurer bezeichnet hatte. Nicht lange nach der Eröffnung kam es wieder zu einer sehr stürmischen Sitzung. Boulangistische Abgeordnete, darunter Laur, verlangten von der Regierung Auskunft über Beschuldigungen, die das Pariser Blatt „Intransigeant“ gegen den Minister Constans vorgebracht hatte. Als die Stellung der Vorfrage beantragt wurde, protestierte Laur hiergegen mit dem Bemerkten, durch Annahme der Vorfrage werde die Kammer einen Minister schützen, der schon seit langem von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sei. Constans, hierüber erbittert, stürzte nach diesen Worten in größter Erregung zur Tribüne; hier traf er mit Laur zusammen und schlug ihm ins

Gesicht. Infolgedessen entstand auf allen Seiten ein solcher Lärm, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Unter den im Saale verbleibenden Abgeordneten kam es dann noch zu ferneren Thätlichkeiten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung entschuldigte sich Constans, daß er die Beratung gestört habe, es gebe aber Fälle, in denen es unmöglich sei, die Kaltblütigkeit zu bewahren. Die Vorfrage ward dann mit bedeutender Mehrheit angenommen, worauf sich die turbulenten Szenen in den Wandelgängen fortsetzten. Es kam hier noch zu vielen Ohrfeigen und Duellforderungen. Die Minister nahmen für Constans Partei, und eine Klage Lauris gegen diesen wurde vom Gericht wegen mangelnder Zustimmung des Senats abgewiesen. Die Kammern einigten sich am 23. Januar über das mit $\frac{1}{3}$ Million Francs Überschuß abschließende Budget für 1892 und vertagten sich bis zum 16. Februar.

Als sie wieder zusammentraten, waren die Gemüther sehr bewegt über die erneut hervorgetretene Opposition von Bischöfen gegen die Regierung. Schon in den ersten Tagen des Januar hatte das Organ des Vatikans, der »Osservatore romano« mit Bezug auf die vorjährige Widerspenstigkeit einer Reihe von Bischöfen ausgeführt, die wahren Katholiken dürften sich nicht der Religion bedienen, um der bestehenden Regierung systematische Opposition zu machen, und daß die Bestimmung der Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staate ausschließlich dem Papste vorbehalten bleiben müsse. Was dieser aber bestimmt habe, brachte Kardinal Lavignerie, Erzbischof von Algier, bald darauf durch Rundschreiben wieder in Erinnerung. Vor einem Jahre, sagte er, habe er allen Katholiken Frankreichs geraten, in eine notwendig gewordene Bahn der religiösen Eintracht und Beschwichtigung einzulenken, um desto wirksamer für das Heil der Kirche und des Vaterlandes, das schwer bedroht sei, arbeiten zu können. Er sei mit diesem Räte „einfach das Echo der Lehren des heiligen Stuhls“ gewesen, und doch sei leider der Rat nicht einmütig befolgt. Gegenüber den „Spaltungen“ in der Geistlichkeit erinnere er noch einmal an das „einfache, fruchtbringende Programm“ des Papstes. Endlich ließ dieser selbst durch den Kardinal Rampolla an den Erzbischof von Paris, den Kardinal Richard, einen auch für die übrigen Bischöfe Frankreichs geltenden Brief mit der Aufforderung richten, von ihrer heftigen Opposition gegen die republi-

kanische Regierung abzulassen. Richard und Genossen vermochten aber nicht dies über sich zu bringen, auch nicht der gegen den Dreibund gerichteten Politik zu Gefallen. Der Erzbischof unterließ es, den Willen des Papstes in seiner authentischen Form bekannt zu machen und ließ nur bekannt geben, es werde in dem Briefe den Katholiken zur Ruhe und Hinnahme der bestehenden Einrichtungen geraten. Davan schloß sich am 24. Januar eine in allen Kirchen verlesene Botschaft der fünf französischen Kardinal-Erzbischöfe. Hierin gehorchten sie zwar dem Buchstaben der päpstlichen Anweisung, indem sie sagten, sie machten „der Regierungsform, die Frankreich sich gegeben, keinerlei Opposition“; dann aber konstatierten sie, daß die Republik ein Programm verkörpere, das dem katholischen Glauben direkt zuwiderlaufe, und endlich faßten sie die Pflichten der Katholiken artikelweise auf eine Art zusammen, die dem Geiste der päpstlichen Anweisung schnurstracks zuwiderlief. Damit schien die Versöhnung mit dem Staate nur erschwert zu sein, und von radikaler Seite wurde die Kundgebung als Kriegserklärung gegen die Republik bezeichnet. Diesen Charakter versuchte Lavigerie zu verwischen, indem er, nur die Anerkennung der Republik betonend, der Erklärung seiner fünf Genossen beitrug. Ohne Motive traten dann nach und nach fast alle Bischöfe bei. Einen Protest gegen die Erklärung erhob aber namens der königlichen Partei Herr Lur-Saluces in Bordeaux. Der Papst ließ sich die Zweideutigkeiten nicht gefallen. Nach einem Berichte des Pariser „Petit Journal“ sagte er in einer Unterredung mit dessen Redakteur: „Ein jeder mag im innersten Herzen lieben was er will, aber auf dem Gebiet der That giebt es nur die Regierung, die Frankreich eingesetzt hat. Die Republik ist eine ebenso rechtmäßige Staatsform wie die anderen.“ Offiziell aber erließ der Papst am 20. Februar eine Encyklika an die Geistlichkeit und alle Katholiken Frankreichs, in der es als Pflicht für alle erklärt ward, die bestehende Regierung anzuerkennen und nichts zu ihrem Sturze zu unternehmen.

Die Regierung fühlte wohl, daß sie etwas thun müsse, um die Übergriffe der Bischöfe zurückzuweisen, wagte aber nicht, hierin weit zu gehen, weil sie sich der großen politischen Bedeutung der vom Papste gebotenen Unterstützung der Kirche bewußt war. Um den voraussichtlichen Sturm in der Kammer zu dämpfen, ließ ihr die

Regierung noch während der Vertagungszeit einen Gesetzentwurf über die Genossenschaften zugehen. Er war hauptsächlich bestimmt, die Erstarkung der religiösen Genossenschaften zu verhindern und sie der staatlichen Beaufsichtigung, der sie sich bisher entzogen, zu unterwerfen. In der ersten Sitzung der Kammer, am 18. Februar, beantragte der radikale Abgeordnete Hubbard die Dringlichkeit dieser Vorlage. Der Ministerpräsident Freycinet hatte zwar nichts dagegen, sprach sich aber gegen die Tendenz der Radikalen aus. Die Vorlage bezweckte keineswegs die Verfolgung der Kirche, und die Regierung würde es abweisen, eine Trennung der Kirche vom Staate vorzubereiten. Als nun nach einer längeren Verhandlung Freycinet die Vertrauensfrage stellte, sprach sich die Kammer mit 304 gegen 202 Stimmen gegen das Ministerium aus. Die Mehrheit bestand aus 194 Radikalen und 110 von der Rechten. Ersteren ging es nicht weit genug, letzteren zu weit. Infolgedessen trat das Ministerium Freycinet, das seit dem 17. März 1890 im Amte war, am 27. Februar zurück, und Präsident Carnot ließ durch den Senator Loubet aus Montelimar, den Vertreter des Drome-Departements, ein neues Ministerium bilden. In dieses traten die bisherigen Minister Freycinet, Ribot, Roche, Develle, Rouvier und Bourgeois wieder ein. Hinzu kamen Cavaignac für die Marine, Ricard für Justiz und Kultus, Biette für öffentliche Arbeiten. Das Programm, mit dem dieses Ministerium am 3. März vor die Kammern trat, hatte seine Bedeutung besonders im Punkte der Kirchenpolitik. Es glaubte nicht, das Mandat zur Vorbereitung einer Trennung der Kirche vom Staate zu haben, wollte aber die Konkordatsgesetzgebung mit fester Hand aufrecht erhalten und sie ihrem wahren Wesen entsprechend anwenden. Die Geistlichkeit solle den Gesetzen des Landes gehorchen und sich von den Parteikämpfen fern halten. Sollten sich die Gesetze unzulänglich erweisen, so würden weitere Schritte beim Parlamente beantragt werden.

Die Geistlichkeit stellte das Ministerium bald auf die Probe. In den Pariser Kirchen St. Marie und St. Joseph wurden am 22. März Predigten politischer Art gehalten, wodurch die Anwesenden sehr erregt wurden. Der Prediger ward unterbrochen, und als infolge des zunehmenden Lärms das Gas ausgedreht wurde, kam es zu wilden Auftritten. Während die Orgel spielte, wurde die

Carmagnole und die Marseillaise gesungen. Schließlich brach zwischen den Störern und den Klerikalen ein Kampf aus, der zu Verwüstungen in der Kirche führte. Solche Vorfälle wiederholten sich in den Hauptkirchen zu Roanne und Beauvais, am tollsten aber ging es im Dome zu Nancy her. Am 26. März in der Kammer hierüber befragt, versicherte der Ministerpräsident, er werde nötigenfalls mit Schließung der betreffenden Kirchen antworten, und Anfang April wies der Justizminister, unter Tadel der Geistlichen, welche die Kanzel in eine politische Tribüne verwandelten, die Generalprokuratoren zur Verfolgung der Urheber der Skandale an. Schlimmer jedoch als die niedere, machte es die hohe Geistlichkeit. Den Anstoß hierzu gab am 9. April der Bischof von Mende in Languedoc indem er die Geistlichen seines Sprengels aufforderte, von jedem Bewerber für die nächsten bevorstehenden Wahlen zu den Gemeinderäten eine Verpflichtung zur Unterstützung der religiösen Interessen zu verlangen. Als dies in der Kammer zur Sprache kam, versicherte Minister Ricard, der Bischof werde vor den Staatsrat gestellt und sein Gehalt gesperrt werden. Die Kammer sprach ihr Vertrauen in die Entschiedenheit der Regierung aus und beschloß den Anschlag der Rede des Ministers in allen Gemeinden. Höchst provozierend antworteten am 17. April die Erzbischöfe von Aix und Avignon sowie die Bischöfe von Valence, Nîmes, Montpellier und Viviers mit dem Erlaß von Vorschriften für die Gemeinderatswahlen an die Geistlichen ihrer Sprengel. Dabei legten sie das päpstliche Rundschreiben vom 20. Februar dahin aus, des Papstes Vorschrift, die Republik anzunehmen, besage nicht, daß man ihr beitreten, sondern nur, daß man nicht den Aufstand erheben solle. Der Bischof von Nancy suchte durch eine Broschüre auf jene Wahlen einzuwirken und erklärte „vor dem Lande“, daß er sein Haupt nicht beugen werde. „Unsere wahre Macht liegt im gemeinsamen Vorgehen. Retten wir das christliche Frankreich!“ Die Regierung beschloß, diese Bischöfe vor den Staatsrat zu stellen, kräftiger aber griff der Papst am 6. Mai ein durch ein Schreiben an die französischen Kardinal-Erzbischöfe. Darin sagte er, sein Rundschreiben vom 20. Februar dulde nicht zweierlei Deutung; der Sinn desselben sei der, man müsse die Republik unbedingt, ohne Hintergedanken und mit vollkommener Ehrlichkeit anerkennen und ihr als der von Gott verordneten

Staatsform unterthan sein. Zwar trat nun der Abgeordnete d'Hulst, Direktor der katholischen Akademie in Paris, mit Heftigkeit gegen dieses Schreiben und mit der Lehre auf, in anderen als kirchlichen Dingen habe der Papst „nur diejenige Autorität, die ihm seine Erfahrung und sein guter Wille geben könnten“; aber die Opposition war doch vorerst im wesentlichen gebrochen. Erzbischof Richard von Paris berief die von ihm zur Bekämpfung der Lehre Lavigeries gegründete „Union des christlichen Frankreich“ und sagte hier am 10. Mai, der Papst, mit dem er kürzlich eine Unterredung gehabt, verlange nun einmal die loyale Anerkennung der Republik. Gleich darauf kam eine Depesche des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an, in der die feste Erwartung ausgesprochen war, die Versammlung werde die vom Papst vorgeschriebene Haltung beobachten. Darauf löste sich diese Union auf. Bestürzt hierüber, erließ das Haupt der Orleanisten, der Graf von Paris, am 19. Mai einen Aufruf an die Monarchisten, gleichwohl um ihren Prinzen und die von ihm vertretenen Grundsätze vereinigt zu bleiben. 40 von den 70 Mitgliedern der royalistischen Rechten der Kammer sprachen sich dann auch am 9. Juni offen dahin aus, die Regierungsform sei eine Frage, die in Frankreich gelöst werden müsse. Die kirchliche Frage schloß mit einem Schreiben des Papstes vom 22. Juni an den Bischof von Grenoble ab, in dem er sich mißbilligend über die Katholiken ausließ, die sich gegen seine Führung unter dem Vorwand auflehnten, daß es sich dabei um Politik handele. Endlich hatten die Bemühungen der Bischöfe um die Gemeinderatswahlen gar keinen Erfolg, denn diese fielen am 1. und 8. Mai ganz überwiegend zu gunsten der Republik aus.

Die Deputiertenkammer lehnte Anträge auf Abschaffung des Kolonialministeriums und der Theaterzensur ab. Der Senat genehmigte am 29. März einen Gesetzentwurf zur Regelung der täglichen Arbeitsdauer für Frauen und Mädchen. Die Arbeitszeit der mehr als 18jährigen solle höchstens 11 Stunden betragen. Der Kriegsminister Freycinet rechtfertigte der Kammer gegenüber seine Überschreitung des Militäretats mit den hohen Preisen der Lebensmittel und errang dabei einen patriotischen Erfolg, indem er unter allgemeinem Beifall an die Fortschritte des Heeres erinnerte. Niemals sei ein Heer besser befehligt gewesen. Ende März beschäftigte

sich die Kammer mit einem Gesetzentwurf, der durch den panischen Schrecken hervorgerufen war, in den Paris während dieses Monats sich durch verheerende Dynamitbomben-Anschläge versetzt sah. Am 11. März zerstörte eine solche Bombe das Haus Nr. 136 am Boulevard St. Germain, am 16. März ward auf dieselbe Art die Lobau-Kaserne beschädigt, am 28. März verwüstete eine Bombe das Haus Nr. 39 der Elichstraße. Im erstern Falle war es auf Benoit, den Rat am Appellhofe, abgesehen, der beim Schwurgerichtsprozeß gegen Anarchisten von St. Denis präsiidiert hatte, und im letztern Falle auf den Generalprokurator Buloz, der die Voruntersuchung gegen Anarchisten von Lavallois geführt hatte. Die Kammer genehmigte ohne weiteres jenen Gesetzentwurf, wonach die Dynamitleger fortan gleich den Brandstiftern zum Tode verurteilt werden, die Mitschuldigen aber, die vor Ausübung des geplanten Verbrechens den Behörden Anzeige erstatten, straflos ausgehen sollen. Gerichtsfeitig wurden am 4. April jene Anschläge auf den Anarchisten Ravachol zurückgeführt, der schon vor einem Jahre die Anzündung von Paris an 50 verschiedenen Stellen vorbereitet hatte. Der Prozeß gegen Ravachol sollte am 26. April stattfinden. Behufs Einschüchterung des Gerichts und der Geschworenen verübten daher Anarchisten am Abend vorher eine heftige Dynamit-Explosion im Restaurant Vervy auf dem Boulevard Magenta, wo Ravachol verhaftet worden war. Der Zweck wurde insofern erreicht, als die Richter sich in der Prozeß-verhandlung auffallend freundlich gegen den Mörder benahmen und die Geschworenen sich zwar für die Schuld, aber mit mildernden Umständen aussprachen. Der Schrecken setzte sich im April noch fort durch Drohbriebe an zahlreiche Richter und Polizeibeamte, durch die Explosion in einem Güterzuge bei Chalons sowie in Lens, Troyes, La Louviere und am 29. Mai durch eine Anarchistenversammlung zu Paris, in der offen zu Diebstahl, Mord, Dynamitanschlägen und Angriffen gegen die bestehende Ordnung aufgefordert, Ravachol als nachahmenswerter Apostel gepriesen wurde. Dann wurde das Lied an- gestimmt: »*Dame Dynamite, que l'on danse vite. Dansons et chantons, Dynamitons*«. Und dies geschah, nachdem die Regierung schon am 20. März 40 Anarchisten des Landes verwiesen hatte. Seine Aufforderungen waren, wie der Justizminister am 31. Mai in der Kammer erklärte, nach den bestehenden Gesetzen straflos.

Sodann beschäftigte sich die Kammer ferner mit Vorgängen in Dahomeh. Behanzin, der König dieses an der Sklavenküste Guineas liegenden Negerreichs, hatte den Vertrag lästig gefunden, den er am 10. Mai 1891 mit Frankreich hatte eingehen müssen. Er hatte zwar die Jahresrente von 20 000 Fr. gern eingestrichen, die ihm damals ausgesetzt war zum Ersatz von Zolleinnahmen in Kotonu, der von Behanzins Vorgänger 1868 an Frankreich abgetretenen Seestadt; aber er fühlte sich zu sehr geniert dadurch, daß er die Jagden zur Ergänzung seines starken Sklavenbedarfs nicht mehr in die Gebiete von Kotonu und der Seestadt Porto Novo ausdehnen konnte, die sich 1862 aus Furcht vor den Engländern in deren angrenzender Kolonie Lagos unter französischer Schutz begeben hatte. Dem französischen Gouverneur Ballot hatte der König noch am 2. März die friedlichsten Versicherungen gegeben, aber am 26. März überfielen seine Truppen das Gebiet von Porto Novo und zerstörten hier drei Dörfer. Ballot rief Streitkräfte aus Französisch-Senegambien herbei und suchte sich mit seinen 750 Mann gegen eine bedeutende Übermacht zu halten. Auf seine Vorstellungen über den Friedensbruch antwortete der König mit einem unverschämten Briefe, der einer Kriegserklärung gleichkam und außerdem so gehalten war, daß sich dabei die Behauptung des „Temps“ und anderer Pariser Blätter nicht mehr aufrechterhalten ließ, wonach ein deutsches Kaufhaus in der Seestadt Weidah an den Sklavenzügel des Königs als Lieferant von Arbeitern an die Kongoregierung schuld sei. Das Ministerium Loubet hatte nun weniger Besorgnis vor König Behanzin, als vor einer parlamentarischen Verhandlung über diese Vorgänge. Es war voranzusehen, daß auch dieses Mißgeschick dem Ministerium zur Last gelegt und daß die Gegner der ganzen Kolonialpolitik sich ermuntert zeigen würden. Freycinet erklärte daher schon am 6. April im Budgetausschuß der Kammer: „Wir werden uns von niemandem beschimpfen lassen.“ Und als folgenden Tags die Regierung von der Kammer einen Kredit von 3 Millionen für Dahomeh und den Sudan verlangte, sprach sich der Unterstaatssekretär Etienne dahin aus, Frankreich werde seinen Rechten Achtung verschaffen, aber seinen Besitz in Dahomeh nicht weiter ausdehnen. Schwer war der in der Kammer erhobene Vorwurf wegen früherer Vorgänge. Es waren nämlich unlängst Urkunden veröffentlicht, aus denen hervorging, daß beim vorigen Streite

mit König Behanzin der Gouverneur in Kotonu in Folge verschiedener Befehle des Marine- und des Kolonialministers keine Hilfe von dem dort liegenden französischen Kriegsschiffe hatte erlangen können und daher starke Verluste erlitt. Jetzt parierte Etienne kühn den parlamentarischen Schlag. Er habe unter früheren Ministerien die Kolonie Guinea geschaffen und behaupte, das nationale Leben fordere gebieterisch die Fortsetzung der Kolonialpolitik. „Wollen Sie unthätig bleiben, während ganz Europa sich auf die Eroberung Afrikas stürzt?“ Er legte schließlich Berufung an das Nationalgefühl ein und setzte damit am 11. April die Bewilligung des Kredits durch. Im Mai kamen Verstärkungen in Guinea ein, worauf die Armee von Dohomeh sich ziemlich weit, auf Allahdah zurückzog. Die Küste wurde am 18. Juni in Blockadestand versetzt. Die Vorgänge hatten ferner die Folge, daß am 24. Mai Gesetze wegen Neuordnung der Kolonialverwaltung und wegen Bildung einer Kolonialarmee zu Stande kamen. Über andere Mißgeschicke in afrikanischen Kolonien wurde in der Kammer nicht viel geredet. Durch den apostolischen Vikar im französischen Kongogebiete lief Anfang April die Bestätigung der Ermordung Crampels ein, der im Interesse des hochfliegenden Plans der Gründung eines großen französischen Reichs in Nordafrika eine Expedition nach dem Tschad-See unternommen hatte, um eine Verbindung des französischen Kongogebiets mit dem östlichen französischen Sudan herzustellen. Er war in Ober-Ubanghi einem Hinterhalte des Sultans von Wadai zum Opfer gefallen. Fast gleichzeitig stellte sich heraus, daß auch die Expedition Menards aufgerieben sei, der ausgezogen war, um die Krümmung des Niger von Kong bis nach dem Senegal zu erforschen. Banden des Negerkönigs Samory, mit dem Oberst Humbert von der Kolonie am Senegal aus mit wachsendem Glück Krieg führte, hatten die Expedition vernichtet. Glücklicher fiel der Zug des Leutenants Mizon durch die Landschaften zwischen dem deutschen Kamerungebiete und dem Tschad-See aus.

Zu Anfang Juni wurde die Aufmerksamkeit durch Festlichkeiten in Nancy vollständig in Anspruch genommen. Die Urheber dieses Turn- und Universitätsfestes beabsichtigten damit eine gegen Deutschland feindliche Kundgebung. Die Studentenschaft veröffentlichte am 4. Mai ein Schreiben, wonach sie alle Universitäten mit Ausnahme der deutschen eingeladen habe. Als Zweck des Festes gab sie an,

es solle die elsass-lothringensche Universität in Nancy groß und stark gemacht werden gegenüber der deutschen Universität in Straßburg. An der Spitze des Komitees stand der elsässer Emigrant Sansboeuf, Präsident der unlängst gegründeten Föderation der in Frankreich bestehenden elsass-lothringenschen Vereine. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit unbesonnenen Verhaltens der Festteilnehmer bestellte die Regierung Ende Mai eine große Revue auf der Hochebene von Malzeville wieder ab, die einen Teil des Festprogramms bildete. Das Fest begann am 4. Juni mit überschwänglichen Begrüßungen czechischer Turner. Ihnen wurde bei der Ankunft eine czechische Fahne verehrt, da sie gezwungen waren, ohne eine solche zu reisen. Bei den Verbrüderungen sangen die Czechen das Lied: „Und gäbe es so viel Deutsche als Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden.“ Die Verbrüderung wurde durch einen besonderen Triumphbogen angedeutet. Am 5. Juni traf Präsident Carnot ein, wahrscheinlich um durch den Besuch im Sinne der Mäßigung einzuwirken. Der Bischof von Verdun empfing ihn mit einer langen Rede, worin versichert wurde, daß „in der Stunde der großen Gefahr“ die Priester mit den Soldaten an Tapferkeit wetteifern würden. Zu allgemeiner Überraschung traf Großfürst Konstantin, Vetter des Zaren, aus Contrezeville in Nancy ein und wurde von den 150 000 Festgenossen mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Die Menge begleitete unter dem Gesang der russischen Hymne den mit russischen Fahnen und einer elsass-lothringenschen umgebenen Wagen, obwohl deren Entfaltung verboten war. Bei der Ankunft des Großfürsten auf dem Stanislausplatze wurde gar eine Fahne mit der Inschrift „Das russische Heer 1870 —“ entfaltet. Der Besuch des Großfürsten trug mit Rücksicht auf die gleichzeitige Zusammenkunft des Zaren mit dem deutschen Kaiser in Kiel den Charakter eines Theatercoups. Carnots Rede beim Festmahl war ohne politische Bedeutung. Trotz alles Lärms verlief die ganze Kundgebung ohne politische Nachteile.

Die Sommeression der Deputiertenkammer wies noch einige bemerkenswerte Vorgänge auf. Der Marineetat wurde Gegenstand lebhafter Angriffe. In der Rechtfertigung der Ergänzungskredite für die Marine hatte der Minister Cavaignac am 2.—4. Juli einen schweren Stand. Es wurde behauptet, mit den Ausgaben für

die Marine stehe deren Verteidigungskraft nicht in Verhältnis, die Schiffe seien trotz aller Bewilligungen noch nicht mit schnellfeuernden Kanonen bewaffnet, es herrsche in der Marine Verschwendungssucht und es fehle für sie ein festes Programm. Die Verteidigung des Ministers ließ man zwar gelten, griff ihn aber am 11. Juli bei der Frage über die Verwendung der zum Kriege gegen Dahomey bewilligten Mittel um so härter an. Cavaignac gab eine Übersicht der ergriffenen Maßnahmen und führte hierbei aus, daß dem Oberst Dodds der Befehl über die Streitkräfte zu Lande übertragen sei, während der Marineminister den Befehl über die Kreuzer habe. Eine solche Teilung sagte jedoch der Kammer durchaus nicht zu, man erinnerte an früher hierdurch entstandene Unfälle, und Cavaignac blieb die Antwort schuldig auf die Frage, wer im Falle der Meinungsverschiedenheit die Entscheidung gebe. Auf den Beschluß zu Gunsten der Einheitlichkeit des Kommandos nahm Cavaignac die Entlassung und wurde durch Burbeau ersetzt. Er gehörte zu einer seit kurzem gebildeten Gruppe, die sich die kolonialen Angelegenheiten vorzugsweise angelegen sein ließ. Aus dieser Gruppe gingen, gegen Schluß der Session, auch Nachforschungen über die Lage in Tongking aus. Der Abg. Vouge führte aus, daß von einer Beruhigung dieses Landes noch keine Rede sein könne, und wies auf den Überfall eines Militärtransports durch Piraten hin, worauf die Kammer am 12. Juli die Erwartung aussprach, daß die Regierung die Errichtung eines Kolonialheeres beschleunigen werde. Die Kammer beschäftigte sich endlich mit der Antisemitenfrage, nachdem der jüdische Hauptmann Mayer in Paris vom Antisemiten Marquis de Morès am 23. Juni im Zweikampfe erschossen war.

Mit der Höhe des Sommers hob für Frankreich eine Reihe von nationalen Festlichkeiten an, die durch die Erinnerung, denen die meisten gewidmet waren, und durch die dermalige Richtung der patriotischen Wünsche in weiten Kreisen das nationale Selbstgefühl schwungvoll erhöhten. Der Nationalfesttag des 14. Juli brachte in Paris zwar, wie gewöhnlich, außer einer großen Truppenschau des Präsidenten Carnot, Kundgebungen vor den Denkmälern Gambettas, der Jungfrau von Orleans und der Stadt Straßburg, er erhielt aber einen ganz besonderen Charakter durch die Verschmelzung der französischen mit den russischen Farben. Nicht nur waren die

Häuser mit den Fahnen dieser Länder geschmückt, sondern es wurden vom frühen Morgen an Kokarden verkauft, die links die drei französischen Farben, rechts den russischen Doppeladler auf gelbem Grunde zeigten. In den Bazars fanden ebenso eingerichtete Fahnen reißenden Absatz. Die Fuhrwerke aller Art waren auf diese Weise geschmückt, auf den Köpfen der Pferde sah man russische Fahnen. Auf den Straßen spielten die Musikkorps unausgesetzt die Marseillaise und die Russenhymne unter ungeheurer Begeisterung. An dieses Fest schloß sich am 15. Juli die Feier der vor hundert Jahren eingetretenen Vereinigung Savoyens mit Frankreich. Beim Festmahle in Paris hob der Kammerpräsident Floquet in einer Rede hervor, diese Länder hätten sich 1792 freiwillig vereinigt, seien dann gewaltsam getrennt worden, jetzt aber wieder vereinigt; bedeutungsvoll fügte er hinzu, die Erfahrung beweise, daß die Geschichte eine Revanche kenne, die man jedoch abzuwarten, vorzubereiten und zu verdienen verstehen müsse. Dieser eigentümlichen „Revanche der Geschichte“ gegenüber ist zu beachten, daß Savoyen in früheren Jahrhunderten niemals zu Frankreich gehört hat, vielmehr die Wiege der italienischen Königsfamilie bildet und 1860 an Frankreich abgetreten wurde als Preis für dessen im italienischen Befreiungskriege geleistete Dienste. Die hervorragendste Feier dieses Vorgangs von 1792 fand am 3. Sept. in Chambery statt. Präsident Carnot wurde hier u. a. von sieben jungen Mädchen in der Tracht der früheren Kantone des Landes begrüßt. Am 4. September hielt er hier eine Truppenschau ab, empfing zahlreiche Geistliche, Gemeindevertreter und Arbeiter, die sämtlich ihre treue Anhänglichkeit an Frankreich und die Republik versicherten, und wohnte dann der Enthüllung eines den damaligen Vorgang verewigenden Denkmals bei. Dieses stellt ein rüstiges Landmädchen dar, das vom Gebirge herab, die dreifarbige Fahne in die Arme schließend, dem Heere der ersten Republik entgegensteht. Beim Festmahl gab's wieder eine anzügliche Rede. Der Maire Perrier wies in seiner Rede darauf hin, daß nur Ländervereinigungen ewig dauern würden, welche wie diese von 1792 und 1860 freiwillig, unaufgefordert und einstimmig erfolgten, während gewaltsame Anschlüsse, ohne Befragen der Interessenten aufgezwungen, zerreißen würden, „wenn die Stunde der immanenten Gerechtigkeit schlägt“. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß die Vereinigung in beiden Fällen, 1860

trotz der Komödie einer Abstimmung, nichts weniger als freiwillig war. Carnot erwiderte in einfacher Rede. Der wahre Patriotismus liege darin, daß die Parteien vor dem Willen der Nation die Waffen strecken müßten. Am demselben Tage wurden noch andere amtliche Reden gehalten. Der Unterstaatssekretär Samais redete bei der Enthüllung eines Denkmals zu Perpignan zu Ehren eines Führers der Freiwilligenkorps von 1870. Diese Rede sowie eine Ansprache des Ministers Bourgeois in Royan waren von rosigem Betrachtungen über die Lage des Landes erfüllt. Die Republik sei mündig und triumphierend, ihre letzten Feinde entmutigt und entwaffnet, das Volk gerade durch sein Unglück groß geworden. Bei der in allen diesen Reden sich ausdrückenden Befriedigung war übrigens die drohend angewachsene sozialistische Gefahr übersehen. Auf der Rückreise traf Carnot in Aix-les-Bains mit dem Herzoge von Leuchtenberg und dem Könige von Griechenland zusammen. Bei der Begrüßung am Bahnhof trug ein russisch gekleidetes Bürschchen dem Präsidenten ein Verschen vor, worauf Carnot es küßte mit den Worten: „Ich umarme Rußland!“ Nunmehr nahte die Reihe der Haupt-Gedenktage an die Revolution vor 100 Jahren. Begonnen hatte sie eigentlich schon am 25. April mit dem Jubelfest der Entstehung der Marschallaise, das durch Errichtung eines Denkmals für ihren Dichter Rouget de l'Isle im Städtchen Choisy-le-Roi gefeiert war. Der 10. August, der Tag der Erstürmung der Tuilerien, wurde durch eine Reihe von Banketten gefeiert. Die hervorragendste Rede war die des früheren Ministerpräsidenten Brisson. Er schilderte den 10. August als einen der schönsten Tage der Revolution, als den Tag des eigentlichen Patriotismus. Was die Geschichtsforscher erst später herausgebracht, nämlich daß der König und die Königin sich mit dem Auslande gegen Frankreich verschworen hätten, das habe das Volk damals nicht gewußt, „aber, was weit größer war, gefühlt“. Der patriotische Instinkt habe es sicher geleitet, und die Folge seien Siege im Felde sowie der Aufruf der Völker zur Freiheit gewesen. Der Gedenktag von Mars-la-Tour, der 16. August, gab wieder Anlaß zu Revanchereden. Der Zubrang zu dieser Feier in Paris war enorm. In seiner Rede vor dem Denkmal sagte Senator Bolland von Nancy: Dieser heilige Altar des Vaterlandes erhebt uns über uns selber und lenkt unsere

Blicke auch auf jenes große Datum der Zukunft, die noch nicht geschrieben ist, aber von der wir alles hoffen dürfen;" daran schloß sich ein Vergleich mit Jena, das, wie Bismarck gesagt, für Deutschland mehr gethan habe, als glänzende Siege. Die großen Septembereinfestlichkeiten wurden eingeleitet durch die bei Montmorillon stattfindenden Manöver des 9. und 12. Armeekorps. Präsident Carnot, der am 15. September dabei erschien, hielt beim Bankett in Poitiers eine für das Land programmartige Rede. Davon ausgehend, daß die Republik endlich von allen Parteien endgültig anerkannt sei, wies der Präsident auf die Notwendigkeit hin, zu verhüten, daß die so gewonnene Einigkeit durch neue Zwietracht im Schoße der republikanischen Parteien selber gestört werde. Er ermahnte diese, von unnützen politischen Fragen abzusehen, ihre Kräfte nur den sozialen Aufgaben zu widmen, und sich mit denen zu beschäftigen, „welche arbeiten und leiden“. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß in jeder sozialen Frage zwei sich widersprechende Elemente, die persönliche Freiheit und die gesellschaftliche Solidarität, miteinander zu versöhnen seien. Nachdrücklich warnte Carnot vor dem Fanatismus nach der einen oder anderen Seite, der nur zur Gewaltthat, mithin zur Zerstörung des bisher mühsam Gewonnenen führen könne. Was den in der Ansprache des Maire berührten Wunsch nach einer längeren Fortdauer von Carnots Regierung betrifft, so ging er insofern darauf ein, als er sagte, er wolle, unter Ausscheidung des rein Persönlichen, den allgemeinen patriotischen Gedanken, von dem dieser Wunsch ausgehe, festhalten. Die eigentliche Jahrhundertfeier der Revolution fand am 22. September statt. Zur Vorfeier wurde in Paris am 21. die Bildsäule des Generals Kellermann in Paris enthüllt und die Erinnerung an die Tage der Schlacht bei Valmy wurden mit großem Pomp gefeiert. Das Pauthéon war die Hauptstätte der Feier am 22. Der Dom war im Innern und Außern mit Blumen, Trophäen und Fahnen geschmückt. Carnot, die Präsidenten der Kammern, die Minister und andere hohe Beamte nahmen auf einer Bühne Platz, davor 4000 Personen. Bei Ankunft Carnots spielten die Orchester die Marseillaise und die Chöre sangen: „Amour sacré de la patrie, conduis, soutiens nos bras vengeurs“. Drei Reden wurden gehalten. Ministrypräsident Loubet wies auf die Zustände hin, aus denen die Republik hervorgegangen sei. Sie allein könne Frankreich

die nötige Kraft verleihen, um über seine Feinde zu triumphieren. Die Republik sei und bleibe ein Werk der Wiederaufrichtung und des Friedens. Kammerpräsident Floquet feierte in begeisterten Worten die Revolution. Die jetzige Republik habe die nationale Kraft wiederhergestellt und werde durch den Sieg des Rechts über die Gewalt die Hoffnung auf Brüderlichkeit unter den Nationen eröffnen. Der erste Vizepräsident des Senats, Challemel-Lacour verherrlichte besonders den Tag des 22. September 1792. Darauf wurde der „Chant du départ“ vorgetragen, dessen kriegerische Worte ungemein zündeten. Unter den Klängen der Marseillaise verließ man das Pantheon. Als hier Admiral Gervais erschien, erschollen Hochrufe auf Rußland. Nun setzten sich nach verschiedenen Gegenden der Stadt zwei Festzüge in Bewegung, deren jeder aus sechs Wagen und 2000 kostümierten Personen bestand. An der Spitze befanden sich Reiter in der Uniform des 18. Jahrhunderts. Ihnen folgte der Wagen mit den Vorläufern der Revolution, 90 Personen. Auf einer Terrasse darunter wurden lebende Bilder dargestellt, z. B. Washington, wie er Lafayette die Hand reicht. An der Spitze des Wagens der Marseillaise stand die Republik mit einem Lorbeerkranz in der Hand, zu ihren Füßen Bürger und Soldaten in der Jakobinermütze gruppiert. Hinter diesem Wagen erschienen die Freiwilligen der Republik, dann die Armee von Valmy in zerlumpten Anzügen und mit bloßen Füßen. Der höchste Wagen war der des „Chant du départ“, ein Triumphbogen; er bedeckte zwölf Quadratmeter und hatte eine Höhe von acht Metern; er wurde von 20 Pferden gezogen, und auf ihm befanden sich 72 Personen, gekleidet wie Volk und Soldaten von 1794. Die Statue der Republik machte während der Fahrt bedenkliche Schwankungen, auch die Statuen Rousseaus und Voltaires wären beim Anziehen der Pferde beinahe gestürzt. Beschlossen wurde der Zug durch den idyllischen Wagen der Eintracht, hinter dem eine dreifache Reihe von Polizisten die Figurantinnen gegen allzu große Vertraulichkeiten des Publikums schützten. Die Züge hielten auf ihrem Marsch fünfmal, wobei jeder Wagen die ihm zugewiesene Rolle zu spielen hatte. Am 8. Oktober gab's wieder Festlichkeiten in Lille zur Jahrhundertfeier der siegreichen Verteidigung dieser Stadt gegen die Österreicher. Neben allen diesen verschiedenartigen Festen zog sich seit Juli eine Reihe von Kundgebungen für Rußland hin, die in gleicher Weise wie jene zur Hebung des patriotischen Selbst-

bewußtseins beitragen. Im Juli setzte ein parlamentarischer Ausschuß eine Bewegung für Unterstützung der Nothleidenden in Rußland in Gang. Vom 13. bis 21. August wurde im Tuileriengarten ein russisch-französisches Fest gefeiert. Es wurde hier der „rothe Platz“ in Moskau, die Messe von Nischni-Nowgorod, ein russisches Dorf, das Eremitagetheater von Petersburg und dergleichen veranschaulicht. Daneben allerlei Buden, Tanz- und Schlittschuhläuffäle. Anfangs September erfuhr man, daß der Botschafter in London, Waddington, in einer Rede keinen Zweifel gelassen habe über das Bestehen eines, wenn auch nicht schriftlichen Bündnisses mit Rußland. Dieselbe Behauptung trat ein paar Wochen später mit großer Bestimmtheit in einigen Pariser Blättern auf. Vielleicht waren dies Nachklänge von Besprechungen, welche französische Minister, bei Gelegenheit von Carnots Reise im Süden, mit dem in Aix-les-Bains zur Kur weilenden russischen Minister v. Giers gehabt hatten. Kleinere Kundgebungen für Rußland kamen hier und dort vor, so wurden z. B. die russischen Offiziere, welche den französischen Manövern an der deutschen Grenze anwohnen wollten, am 6. September in Toul ganz besonders geehrt. Nicht sehr verschieden von dieser Stimmung war die, welche dem Feste zu grunde lag, das der „Bund der elsassischen und lothringischen Gesellschaften“ am 23. Oktober in Paris beging. Der Festsaal trug die Inschrift: „Die Zurückforderung unserer Rechte steht immer allen und jedem offen.“ Es wurden hier viele Reden gehalten und u. a. der famose Sergeant Hoff vorgestellt, der während der Belagerung von Paris hundert Preußen niedergeschossen zu haben behauptet.

Wie sehr die Sache der Republik gegenüber ihren Gegnern im Innern gewonnen hatte, zeigte sich vor allem an den Monarchisten selber. Nach den Neuwahlen zu den Generalräten, die am 1. August stattfanden, hatten von den 87 Generalräten nur noch drei monarchistische Vorstände. Der ziemlich vergessene Prätendent Don Carlos teilte am 5. August seinem Vertreter in Paris, dem Prinzen Valori, mit, daß er unter den obwaltenden Umständen keines Vertreters in Frankreich mehr bedürfe. Valori wandte sich dann in einer Rede zu Chusclan gegen die Berechtigung des Papstes, den Katholiken die Republik anzuraten. Der royalistische Abgeordnete Marquis de Breteuil legte sein Mandat nieder, weil, wie er in einem Schreiben

an die Wähler sagte, der Papst den Royalisten das Vertrauen entzogen, dadurch eine Störung in die konservative Partei gebracht habe, und der übergehende Parteiteil neue Männer verlange. Für den festbleibenden Teil stellte am 26. September Graf d'Haussonville in einer Rede zu Montauban ein Programm auf: Der Papst habe den Royalisten unmöglich befehlen wollen, auf die Hoffnung einer Wiederherstellung der Monarchie zu verzichten. „Der heilige Stuhl kann nicht daran gedacht haben, eine neue Sünde, die Sünde der monarchischen Gesinnung zu schaffen“, die Monarchie sei „unausrottbar“ in Frankreich; deshalb könnten die Royalisten mit den zur Republik übergegangenen Katholiken in zeitweiligem Einvernehmen bei den nächsten Wahlen gehen. Dieser bemäntelte Übergang wurde vom Grafen von Paris ausdrücklich genehmigt. Eigentümlich stellte sich der Prätendent Viktor Napoleon. Auch er begriff, daß vorläufig für monarchistische Prätendenten in Frankreich nichts mehr zu hoffen ist, und verwandelte sich flugs in einen republikanischen Prätendenten. In einer Versammlung zu Rouen ließ er durch den Baron Legoux seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik anzeigen und am 21. September behandelte er in einem „Manifest“ den Satz, daß nur die beiden Kaiser Napoleon den Grundsatz der Volksoberhoheit zur allgemeinen Geltung gebracht hätten. Wichtiger war es, daß Baron de Mackau, der bisherige Führer der Rechten in der Kammer, in einer Rede zu Carrouges seinen vollen vorbehaltlosen Übergang zur Republik erklärte.

Noch während in amtlichen Reden und in Festen eine hohe Befriedigung über die Lage des Landes sich kundgab, trat jedoch eine bedenkliche Rehrseite derselben grell zu Tage. Die in der Arbeiterwelt zur Herrschaft gelangte sozialistische Strömung begann auf dem öffentlichen Gebiete sich in einer für das Ansehen der Regierung bedrohlichen Weise geltend zu machen. Die Grubenbevölkerung von Carmaux im Tarn-Departement hatte einen sozialistischen Gemeinderat und dieser den Grubenarbeiter Calvignac zum Bürgermeister gewählt. Dieser vernachlässigte infolgedessen seine Arbeiterpflichten und wurde deshalb vom Grubenvorstand entlassen. Seine Kameraden faßten dies als Rache für die Wahl des Gemeinderats, mithin als Verletzung des allgemeinen Stimmrechts auf und verlangten Calvignacs Wiederaufnahme sowie die Entlassung des Grubendirektors Humblot.

Auf die Ablehnung dieser Forderungen stürmten am 15. August mehrere Tausend Arbeiter das Haus des Direktors, der nur durch Unterzeichnung seines Entlassungsgesuchs sein Leben retten konnte, und begaben sich dann ans Plündern. Daran schloß sich ein allgemeiner Streik der Grubenarbeiter. Die sozialistischen Abgeordneten leiteten ihn und sorgten eifrig für seine Fortdauer. Welcher Geist hierdurch in weiteren Arbeiterkreisen entstand, zeigte sich auf dem Kongreß, den die sozialistischen Gemeinderäte vom 11.—13. September in Saint Duen hielten. Er verband mit seinen Ermunterungen zur Fortsetzung des Ausstandes grobe Verspottungen des Ansehens der Regierung. Dieser kam es in ihrer Verlogenheit nur auf rasche Herstellung des Friedens an. Der Arbeitsminister Biette machte daher Vorschläge zur Versöhnung, mutete damit jedoch der Grubenverwaltung so starke Stücke zu, daß sie unbedingt ablehnte. Dies veranlaßte wiederum die Vertreter der Ausständigen zum Aufruf, kühn in der Entschlossenheit zu verharren und alle reaktionären Manöver zu verachten, sollte auch der Streik Monate dauern. Die Erbitterung der Arbeiter stieg noch durch die Verurteilung von Kameraden wegen jener Plünderung, vor allem aber durch die unsichere Haltung der Regierung. Diese fing, als die Lage um Mitte Oktober ernste Formen annahm, damit an, Truppen nach Carmaux zu schicken, aber gleich darauf erlaubte sie den Ausständigen, angesichts dieser Truppen den Ausstand den Arbeitern, die ihn nicht wollten, aufzuzwingen. Dann gab ihnen der Ministerpräsident Loubet einen noch stärkeren Beweis seiner Teilnahme, indem er ankündigen ließ, er werde ein Gesetz einbringen, das dem Staate erlaube, zu ihren Gunsten gegen die Grubengesellschaft einzuschreiten. Plötzlich aber blies der Wind aus einer anderen Ecke; die Regierung ließ den Arbeitern, die ihr schon fast Glauben geschenkt hatten, die Kundgebungen verbieten, die sie zwei Monate gestattet hatte. Nun begannen die Anarchisten sich einzumischen. Unter dem Rufe: „Nieder das Vaterland!“ nahmen sie am 23. Oktober in einer Versammlung zu Paris Partei für die Ausständigen von Carmaux. Nunmehr fällt Loubet einen salomonischen Schiedsspruch: Calvoignac wird als Arbeiter wieder angenommen, erhält aber für die Dauer seiner Amtsthätigkeit als Maire Urlaub, die Gesellschaft nimmt alle streikenden Arbeiter außer den gerichtlich verurteilten wieder in Arbeit und der Direktor

bleibt in seiner Stellung. Obwohl der Spruch sehr günstig für die Ausständigen war, lehnte deren Komitee ihn ab, allein der Abgeordnete Clemenceau begab sich nach Carmaux und bewog die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, erkaufte dies jedoch durch Erklärungen, die ihn als Schmeichler der dortigen Demagogen erscheinen ließen. Es schien hieraus hervorzugehen, daß die äußerste Linke der Kammer, wenn sie bei den künftigen Wahlen wieder auf die Stimmen der Arbeiterpartei Anspruch machen will, sich deren revolutionärem Programm fügen muß. Die Arbeiter in Carmaux sahen sich als die Sieger an und feierten dies am 6. November unter reichlicher Anwendung roter Abzeichen. Die Ruhe war allerdings hergestellt, aber in einer Weise, welche die sozialistischen Gemeinderäte in Roubaix, Wattrelos und anderen Orten jeden Augenblick zur Nachahmung des Beispiels veranlassen konnte. Blätter wie der Pariser „Matin“ meinten, nach all diesen Vorgängen höre der Begriff der Regierung auf, man müsse die Anarchie für eröffnet erklären. Zum Überfluß wurden am 2. November zehn der verurteilten Plünderer begnadigt. Sechs Tage später zeigte sich recht deutlich, welcher Art die durch die Schwächen der Regierung erreichte Versöhnlichkeit war: im Gebäude der Bergwerks-Gesellschaft von Carmaux, in der Rue des bons enfants zu Paris, wurde eine Dynamitbombe gefunden, die, nachdem sie in ein Polizeibureau gebracht war, infolge eines im Innern befindlichen Uhrwerks explodierte und vier Beamte tötete. Die Bevölkerung von Paris wurde dadurch aufs neue in großen Schrecken versetzt. Ravachols Hinrichtung zu Montbrison am 11. Juli hatte offenbar nicht abschreckend gewirkt. Die Arbeiter von Carmaux sprachen übrigens ihren Abscheu aus gegen diese Ausnutzung der Vorgänge durch Anarchisten. Der sechste Kongreß der französischen Sozialrevolutionäre, der vom 24.—28. September in Marseille tagte, war von der Partei als ein wichtiges Ereignis angekündigt, es kam aber nur zu langen Reden über den glücklichen Zustand, der unter Umständen in der Welt herrschen könnte. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Liebknecht gab hier auf eine Anfrage die Erklärung ab, daß weder ein Krieg noch die Rückgabe des deutschen Reichslandes „die elsass-lothringensche Frage“ beenden würde, sondern nur ein Sieg des Sozialismus in beiden Ländern.

Die Session der Kammern wurde am 18. Oktober wieder eröffnet. Ministerpräsident Loubet rückte nunmehr mit einem Gesetze wider die Anarchie hervor, das jedoch lediglich in einem Zusatz zum Pressegesetze von 1881 bestand. Es sollte nämlich die Präventivhaft gegen die Urheber von Aufreizungen durch Wort und Schrift sowie die sofortige Beschlagnahme der Blätter und Plakate gestattet sein. Da Loubet die baldige Beratung in der Kammer nur durch Stellung der Vertrauensfrage durchgesetzt hatte, glaubte man an heftige Opposition, aber bei der Verhandlung vom 17. November riefen einige patriotische Wendungen Loubets langanhaltendes Entzücken hervor, ebenso sein Ausspruch: „Jetzt gilt es, noch etwas für die Arbeiter zu thun, sie vor Verführung zu bewahren, daher dieser Gesetzesentwurf.“ Am 19. November wurde er genehmigt.

Die durch die Vorgänge auf sozialem Gebiete gedrückte Stimmung wurde durch die Nachrichten aus Afrika wieder etwas belebt. Oberst Dodds, der den Befehl über die Streitkräfte gegen Dahomeh übernommen, hatte am 19. Juni an Abgesandte des Königs Behanzin eine heftige Ansprache gehalten, alle Verhandlungen mit dem Bemerken abgeschnitten, Frankreich werde sich nicht noch einmal täuschen lassen, und dabei die auffallende Wendung gebraucht, der König möge nur seine Absicht, alle Europäer in Weidah töten zu lassen, ohne Aufschub ausführen. Es waren dies nämlich nur Deutsche, da die übrigen Bewohner den Ort wegen seiner Beschädigung verlassen hatten. Nachdem sich die verheerenden Einfälle Behanzins bis zum 5. August fortgesetzt hatten, brach Dodds mit allen Streitkräften am 7. September nach Abomeh, dem Sitz des Königs, auf. Die Dahomeher leisteten entschlossenen Widerstand und wurden darin durch die Terrainverhältnisse außerordentlich unterstützt. Die Franzosen rückten längs des Hauptflusses des Landes, am Yeme vor, wurden aber durch viele Wasserläufe, Wälder und Moräste gehindert. Am 19. September kam es zu einem heftigen Kampfe, in dem die Kerntruppen von Dahomeh eine völlige Niederlage erlitten. Behanzin bot noch einmal alle seine Kräfte auf, aber auch die 10000 Mann mit 10 Hinterladergeschützen, die er am 4. Oktober bei Pogueffa aufstellte, wurden gänzlich in die Flucht geschlagen. Beim weiteren Vorrücken hatte Dodds gegen Anfang des November noch eine Reihe schwerer Kämpfe zu bestehen, bis endlich der Widerstand als

gebrochen galt. Dieser Nachricht hatte man übrigens in Paris mit einiger Bangigkeit entgegengesehen und besonders den Rückschlag eines übeln Ausgangs auf die Lage im Innern befürchtet. Ende November war man aber darüber beruhigt, Dodds wurde zum General und Großoffizier der Ehrenlegion befördert, die Kammern sprachen ihm Dank aus und genehmigten die Prägung einer Erinnerungsmedaille, der Marineminister bezeichnete die Einnahme Abomehs als einen entscheidenden Schlag, welcher das auf Sklaverei und Menschenopfer gegründete Königreich öffne.

Die durch solche Vorgänge in der Ferne endlich eingetretene Aufmunterung der allgemeinen Stimmung vermochte jedoch nicht vorzuhalten gegenüber einer dunklen Wolke, die über Frankreich allmählich heraufzog. Die Aktionäre der 1887 gegründeten Panama-Kanal-Gesellschaft hatten bis 1890 immer glänzende Berichte über den Fortgang des Unternehmens erhalten und wurden dann plötzlich überrascht durch die Mitteilung, daß aus Mangel an Mitteln die Arbeiten eingestellt werden mußten, nachdem kaum für die ebenen Strecken gegen 1400 Millionen verausgabt waren. Daher kam es 1890 zur gerichtlichen Bestellung eines Liquidators. Aus dessen Prüfung der Vermögenslage der Gesellschaft ergab sich, daß bis dahin die Einnahme rund 1330, die Ausgaben 1314 Millionen betragen hatten und daß die Arbeiten mit dem Rest von 16 Millionen nicht fortgesetzt werden könnten. Die Entrüstung stieg durch den weiteren Bericht, daß sich unter den Ausgaben 530 Millionen für Verwaltung, Studien, Versammlungen, Reisen fanden, daß ferner viele Millionen für die günstigen Berichte in der französischen Presse gezahlt seien und daß für die in Panama verausgabten 783 Millionen verhältnismäßig wenig geleistet war. Eine unparteiische Untersuchung des technischen Standes der Sache hatte ferner ergeben, daß für die Vollenbung des Kanals wenigstens noch 800 Millionen nötig seien; alle Versuche zur Herbeischaffung weiterer Mittel scheiterten jedoch, weil das Vertrauen geschwunden war. Dagegen erhob sich immer dringender der Ruf nach gerichtlicher Verfolgung der Unternehmer. Die Regierung wollte lange nicht an die Sache rühren und hatte deshalb die ihr im vorigen Winter von der Kammer überwiesene Bittschrift der Aktionäre nicht beantwortet. Diese wandten sich nun aber aufs neue, und zwar in Zahl von mehr als 100000, an die

Kammer, und Interpellationen war nicht auszuweichen. Im Minister-rat bestand über die Behandlung der Angelegenheit längere Zeit Zwist, da der kleinere Teil, worunter der Justizminister Ricard, in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, die gerichtliche Verfolgung der Gründer verlangte, während der andere Teil, um Skandal zu vermeiden und um den großen Franzosen, den 87jährigen de Lesseps, zu schonen, die Untersuchung niedergeschlagen wissen wollte. Der Bericht der Sachverständigen vom 10. Oktober verlangte jedoch dessen gerichtliche Verfolgung, und die Deputiertenkammer verlangte am 12. November die Aufhebung der vom Strafgesetzbuch vorgeschriebenen ausnahmsweisen Gerichtsbarkeit der Großkreuze der Ehrenlegion, zu denen Lesseps gehört. Nun war der Schwerpunkt der Angelegenheit in die Deputiertenkammer verlegt. Am 21. November wurde hier vom Abgeordneten Montaut die Kostenfreiheit von Klagen der Besitzer von Panama-Papieren beantragt. Damit waren die Schleusen für eine Schmutzwelle eröffnet, die sich über die Abgeordneten selbst ergoß. Der Abgeordnete Delahaye forderte die Kammern zu einem „Werk der öffentlichen Reinlichkeit“, zur Einsetzung eines Ausschusses auf, der eine Reihe von Thatfachen prüfen sollte, die Redner angab und zum Teil in Aussicht stellte. In der Wilsonsache, sagte er, habe es sich 1887 bloß um ein einzelnes Anzeichen der Fäulnis gehandelt, welche die regierende Klasse zerfresse, in der Panamasache dagegen handle es sich um diese Fäulnis selbst, um die Beuteverteilung am lichten Tage. An der Spitze des Panama-Unternehmens ständen Boulangisten; die Loanleihe habe nur mit Hilfe eines Finanzmannes durchgedrückt werden können, der alle käuflichen Parlamentariergewissen gekannt habe; an 150 Parlamentarier seien 3 Millionen verteilt worden; „Panama“ habe für die Wahlen im Norddepartement 300 000, einem jetzt nicht mehr lebenden Minister 400 000 Francs gezahlt. Der Ministerpräsident Loubet sprach sich unter dem Eindruck dieser schweren Behauptungen für die Untersuchung aus und fügte hinzu: „Ich habe nichts zu verbergen.“ Nun kam noch ein anderer Abgeordneter, Leprevost-DeLaunay und setzte Delahayes Angaben fort. Zwei Banken, die er nannte, hätten der Panama-Gesellschaft 60 Millionen gegen 85% Zinsen geliehen; Lesseps sei nicht der Schuldigste, vielmehr habe die Presse am schwersten gesündigt; „alle Finanzberichte der Blätter waren erkaufte, das

französische Volk konnte also die Wahrheit nicht erfahren;" die Eigentümer der Zeitungen müßten entlarvt und sittlich gebrandmarkt werden. Die „Panama-Kommission“ wurde hierauf gewählt, erhob Briffon zum Vorsitzenden und vernahm eine Reihe von Personen. In der Presse wurden die in der Kammer gemachten Angaben durch Belastung und Verdächtigung hervorragender Personen fortgesetzt. Da es auf der Hand lag, daß bei der parlamentarischen Untersuchung nicht viel herauskommen könne, so wurde am 26. November beantragt, der Kommission die Befugnisse der richterlichen Gewalt beizulegen, die Kammer lehnte es jedoch ab, weil hierdurch ein wahrhaft revolutionärer Zustand geschaffen würde. Inzwischen hatte der Justizminister der Unschlüssigkeit des Ministerrats durch eine Art von Staatsstreich ein Ende gemacht, indem er ohne dessen vorherige Genehmigung die strafrechtliche Verfolgung der Gründer auf Grund eines Berichts des Generalprokurators anordnete. Als nun das Gerücht Glauben fand, daß der am 20. November in Paris verstorbene Bankier v. Reinach durch Selbstmord geendet habe, wurde er allgemein als der Vermittler behufs Bestechung von Abgeordneten aus den „Panama“-Mitteln bezeichnet. Unter diesem Eindruck sprach am 28. November die Kammer, auf Briffons Antrag, ihr Bedauern aus, daß der Justizminister Ricard die Öffnung der Leiche Reinachs und die Beschlagnahme seiner Papiere nicht angeordnet habe. Dies versetzte den Ministerpräsidenten Loubet in die größte Aufregung. Er sagte: „Wenn Sie sich einbilden, daß man so regieren kann, dann regieren Sie mal selber, ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen.“ Die Kammer war einen Augenblick starr und stumm, dann machte die Verblüffung einer Aufregung Platz, und hundert Rufe kreuzten sich. Das ärgerte Loubet, und ohne aufzustehen rief er mit Donnerstimme, die Regierung weise die von Briffon beantragte (und von anderer Seite zu einer Vertrauensklärung umgestaltete) Tagesordnung zurück, mit dem Bemerkten: „Alle unsere Absichten und Handlungen sind von früh bis spät verdächtig, ich werde jeden Augenblick von der Rechten und der Linken unterbrochen; unter solchen Verhältnissen ist keine Regierung möglich, regiere wer will, ich nicht!“ Daraufhin entschloß sich die Kammer, das Ministerium zu stürzen. Sie lehnte mit 304 gegen 209 Stimmen die von ihm verlangte einfache Tagesordnung ab, und das Ministerium

Loubet hat nach gerade neunmonatlicher Dauer um Entlassung. Briſſon erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, scheiterte jedoch damit am 2. Dezember, weil Perier und Bourgeois, die hauptsächlich zur Mitwirkung berufen erschienen, auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit bleiben, zur Verwirrung der Gewalten, zu einer Zurücksetzung der Justiz gegen die parlamentarische Kommission nicht beitragen wollten. Die Justiz selbst sträubte sich gegen ihre Verdrängung. Der Präsident des Appellhofes sowie der Generalprokurator stellten ihre Entlassung in Aussicht, falls der Justizminister ihnen die Auslieferung der Panama-Akten an jene Kommission zumuten sollte. Inzwischen war diese bereits thätig gewesen. Sie hatte herausgebracht, daß die Presse allein 20 Millionen der Panamagelder verschlungen, daß Reinach neun Millionen erhalten und vier Millionen bei der Bank von Frankreich zu gunsten des Spekulationshauses Thierrière eingezahlt seien, das dafür 27 Checks Reinachs honoriert hatte. Nun fühlte sich die Kommission wieder geniert, da ihr keine Macht zustand, die Namen dieser Empfänger zu ermitteln. Infolgedessen wurde die ganze Lage durch einen gewissen Streit zwischen Justiz und Parlamentskommission beherrscht. Nachdem die Kammer in ihrer Erregung unterlassen hatte, diese nur auf die das Parlament angehenden Thatfachen zu beschränken, war es indes immer noch Zeit, der Justiz die eigentliche Aufgabe zuzuwenden. Dies wurde denn auch durch das neue Ministerium unternommen, das sich am 8. Dezember der Kammer vorstellte.

Das Ministerium Ribot bestand fast aus denselben Mitgliedern wie das zurückgetretene Ministerium Loubet. Die Änderung bestand nur darin, daß an die Stelle des Handelsministers Roche der Elsäßer Siegfried trat und daß Bourgeois an Stelle Ricards die Justiz übernahm, indem er das Unterrichtsressort an den Universitätsprofessor Dupuy abgab. In der Erklärung Ribots vor den Kammern war versichert, die Regierung wünsche das Parlament und die Gerichte zu unterstützen, um Licht in die Panamasache zu bringen, und sie werde den Grundsätzen der Trennung der öffentlichen Gewalten treu bleiben; die Fehler einzelner dürften nicht das öffentliche Leben zum Stillstand bringen; gefährlich sei es, das Ohr allzu leicht Angebereien zu leihen, die bezweckten, der öffentlichen Meinung Schlingen zu legen. Aber nur wenige Tage vergingen, und die stolze Erklärung

sank in sich zusammen. Der Justizminister Bourgeois gab am 12. Dezember in der Kammer auf Lacombes Anfrage das Geständnis ab, daß er der Parlamentskommission die Panama-Akten nun doch habe ausliefern lassen, ein Vorgang, durch welchen der auf den 10. Januar angesetzte Prozeß erschwert ward. Noch Schwereres aber war dem Ministerium Ribot vorbehalten: ein Vorgehen gegen seine eigenen Mitglieder. Der Finanzminister Rouvier kam dem zuvor indem er am 13. Dezember zurücktrat. In der Kammer erläuterte er dies mit der Erklärung, er könne sich nun freier wider die Angriffe der Presse verteidigen. Zugleich teilte er mit, daß er, wie jeder Finanzminister, mit Finanzmännern, insbesondere mit Reinach Beziehungen unterhalten habe; seinen Deputiertenplatz nehme er jedoch „mit erhobenem Haupt und ruhigem Gewissen“ wieder ein. An seine Stelle als Finanzminister trat der Senator Tirard, der schon zehnmal Minister gewesen war.

Diesen Zeitpunkt hielten die konventslustigen Elemente geeignet zu einem neuen Versuche, der Parlamentskommission weitere Befugnisse zu verschaffen. Ein hierauf gehender Antrag Bourquérès in der Kammer veranlaßte jedoch am 15. Dezember den Justizminister Bourgeois, sich dem mit aller Kraft zu widersetzen. Er mahnte die republikanische Partei, zu bedenken, daß sie in dieser Frage ihre Stimme über die Zukunft der Republik abgebe, denn gegen diese richte sich der Kampf, nicht gegen einzelne. Die Pflichten der Anhänger der Republik ließen sich in die Worte zusammenfassen: kaltes Blut und festes Zusammenhalten. Ribot fügte hinzu, er werde nicht zulassen, daß das Ansehen der Republik geschwächt werde; hinter der zur Schau getragenen tugendhaften Entrüstung verberge sich ein ganzer Aktionsplan, das Ziel der Angriffe sei im Grunde die Republik selbst. Unter großer Erregung wurde dann der Antrag mit 271 gegen 265, also mit bloß 6 Stimmen Mehrheit, abgelehnt. Der Befehl vom 16. Dezember, die gerichtliche Untersuchung gegen die Beamten der Panamagesellschaft wegen Bestechung öffentlicher Beamten einzuleiten, sowie die Verhaftung von Ch. Lefseps, Fontane und Sansleroy machten guten Eindruck, die kaum begonnene Energie der Regierung wurde aber am 20. Dezember bereits wieder gelähmt durch die Kammerverhandlungen über das Ersuchen des Generalprokurators um Aufhebung der Unverfolgbarkeit von fünf Senatoren

und fünf Abgeordneten, die früher Minister waren. Als der Antrag, dies zu genehmigen, gestellt war, erklärte Rouvier, ein Geständnis preisgeben zu müssen, das unter gewöhnlichen Umständen wohl jeder Minister bewahren werde: zwecks Füllung der Geheimfondskasse habe er als Minister zur Verteidigung der Republik Gelder von der Panamagesellschaft angenommen; und als einige Abgeordnete sich dagegen erhoben, fügte er hinzu: „Hätte ich das Geld nicht genommen, so wären Sie nicht gewählt.“ Diese Geständnisse machten in und außer der Kammer niederschmetternden Eindruck und schädigten offenbar die Republik. Angriffe Deroulèdes, die sich daran schlossen, schienen auch den Kammerpräsidenten Floquet sowie Clemenceau bloßzustellen. Der Senat überlieferte darauf dem Richter die Senatoren Béral, Devès, Grévy, Thévenet und Renault, die Kammer überlieferte Rouvier, Arène, Proust, Roche und Dugué de la Fauconnerie. Im Augenblick nach der Abstimmung ließ eine Stimme den an die Zeit des Konvents erinnernden Ruf ertönen: „Der erste Karren!“ Davan schloß sich würdig am 23. Dezember eine gewisse Selbstanklage des Kammerpräsidenten Floquet, der auf Angriffe Millevoyes erklärte, er habe es als Ministerpräsident für seine Pflicht gehalten, die von der Panamagesellschaft beschlossene „Verteilung“ eines bestimmten Betrags an die Presse zu „beaufsichtigen“. Darüber fällt der Abg. Devernis das Urteil mit den Worten: „Wenn eine ungeheure Gaunerei begangen wird, ist es Aufgabe der Regierung, nicht an dem Raube teilzunehmen, sondern ihn zu verhindern, Sie aber haben gestanden, daß das Geld der Panamaopfer dazu gedient hat, die Regierungspolitik zu unterstützen.“ Die Kammer sprach der Regierung wieder ihr Vertrauen aus, zeigte dann aber keine Lust mehr zu weiteren Beratungen vor dem Weihnachtsfest und ging, nachdem sie den Handelsvertrag mit der Schweiz rasch abgelehnt und so einen Zollkrieg heraufbeschworen hatte, am 24. Dezember in die Ferien. In der parlamentarischen Kommission hatte am 19. Dezember eine Aussage des früheren Polizeipräfekten von Paris, Andrieux, Aufsehen erregt, wonach eine sehr einflußreiche Persönlichkeit eine bedeutende Summe erhalten habe. Es wurde dann beschlossen, den Abg. Guyot darüber zu vernehmen, ob der Präsident der Republik die Liste der in die Panamafache verwickelten Personen gekannt habe, bevor er deren einige zu Ministern ernannte.

Das im Oktober vorgelegte Budget für 1893 wies 3348 158 622 Fr. Ausgaben und 467 134 Fr. Überschuf auf. Die Ausgaben für das Kriegsbudget betragen nach den Abstrichen des Ausschusses noch 634 610 131 Fr. Zu gleichem Zweck sind von 1871—93 ausgegeben 15368 Millionen Fr. Ein Gesetzentwurf wegen Unterstellung des Kolonialheeres unter das Kriegsministerium wurde am 16. November vom Senat abgelehnt. Ein am 24. November vorgelegter Gesetzentwurf wegen Feststellung der Adres und der Effectivbestände des Heeres kam nicht mehr zur Beratung.

Bezüglich der militärischen Verhältnisse überhaupt war das fortschreitende Minderergebnis der Rekrutierung bemerkenswert. Schon 1891 lieferte sie 6581 Mann weniger; für 1892 fehlten 12483 Mann. Die Ergebnisse der großen Manöver des 9. und 12. Armeekorps wurden zwar in Freycinets Rede zu Montmorillon am 15. September als sehr bedeutend geschildert, danach aber brachten französische Stimmen zur Sprache, daß hier die „régiments mixtes“ in keiner Weise den nötigen festen Zusammenhalt und Grad militärischer Ausbildung gezeigt hätten. Der dreitägige Marsch bis in das Manövergebiet hätte sie so sehr ermüdet, daß es nicht geraten schien, ihnen eine aktive Rolle anzuweisen; sie dienten nur als Staffage. Im August fanden großartige Flottenmanöver statt, um festzustellen, ob die Küstenstädte gegen Beschiesung genügend gesichert seien. Die Manöver fielen zwar zur hohen Befriedigung der Presse aus, aber der frühere Minister Lockroy wies darauf hin, daß die Manöver keineswegs die Unmöglichkeit einer Einäscherung der offenen Städte, wie Havre, Marseille, Nizza bewiesen hätten. Vom Plan eines Ausbaues des Hafens von Biserta in Tunisien kam man ab, nachdem die italienische Presse erklärt hatte, daß dies gegen die völkerrechtlichen Pflichten verstoße.

An den Kolonien hatte Frankreich in diesem Jahre nicht viel Freude. Im Gebiete von Tunis zeigte sich der Beginn einer Opposition der arabischen Bevölkerung gegen die französische Herrschaft. Das Blatt „Messager arabe“ wurde unterdrückt und erschien dann unter anderem Titel mit einem Aufruf an die Araber zum Erwachen. Auf Madagaskar blieben die Beziehungen des französischen Ministerresidenten zur Howas-Regierung abgebrochen; sein amtlicher Empfang wurde verweigert. Dagegen ließ die französische Regierung im August die

Isles glorieuses im Kanal von Mozambique besetzen. Das Schutzgebiet Tongkin litt sehr unter dem Räuberwesen. Der Überfall eines Militärtransports im Juni ließ die französische Herrschaft als nicht fest begründet erscheinen.

Aus der französischen Totenliste erwähnen wir folgende Personen: Erzbischof Thibaudier von Cambrai starb am 10. Januar an der Influenza. Am 5. März erlag der 80jährige Vizeadmiral Jurien de la Gravière einer langen Krankheit. Er befehligte 1862 das Expeditionskorps nach Mexiko. Am 6. März starb der 79jährige Senator Martel, der 1877 Justizminister im Ministerium J. Simons war. An demselben Tage starb in Paris der 80jährige Chemiker Etienne Arago, der 1870 einige Monate das Bürgermeisteramt von Paris bekleidete. In Nîmes starb am 19. Mai der 58jährige Senator Numia Baragnon, bekannt als eifriger Anhänger des Grafen Chambord und Unterstaatssekretär unter Mac Mahon. Am 20. Mai starb General Laveaucoupet, der 1870 bei Spichern dem General Steinmetz heftigen Widerstand leistete. Am 26. Mai starb in Chaton Madier de Montjau, Abgeordneter für Drome, der sich 1851 dem Staatsstreich widersetzt und 1889 die schärfsten Mittel gegen den Boulangismus verlangt hatte. Der ehemalige Vizepräsident der Kammer, Anatole de la Forge, nach Grévy's Sturz Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, endete am 17. Juni durch Selbstmord. Der Senator Teisserenc de Bort starb am 29. Juli in Paris; er war 1872 Thiers' Minister für Ackerbau, 1876 Handelsminister, 1879—80 Grévy's Botschafter in Wien. Baron de Courcelles, 1873—76 Botschafter beim Vatikan, starb am 5. September. Das Leben Ernst de Renans endete am 2. Oktober. Früher Priester, ward er 1860 Professor der orientalischen Sprachen am Collège de France. Durch sein Buch „Das Leben Jesus“ rief er 1863 eine heftige Bewegung hervor, wurde infolgedessen des Amtes entsetzt und schrieb dann zahlreiche geschichtliche, politische und philosophische Schriften. 1878 wurde er zum Mitglied der Akademie gewählt. An der Begräbnisfeier nahm das ganze offizielle Frankreich teil, der Unterrichtsminister hielt die Gedächtnisrede. Der Geschichtschreiber Camille Rousset, lange Zeit Leiter des Archivs der Kriegsverwaltung, verschied am 19. Oktober. General de Failly, der 1867 bei Mentana die vielberufenen „Wunder“ mit dem Chassepot-

gewehre verrichtete und 1870 den Marschall Mac Mahon ohne Hilfe ließ, auch bei Beaumont unglücklich focht, starb am 15. November in St. Cloud. Der in den Panama-Aktien-Handel verwickelte Baron v. Reinach in Paris endete am 20. November durch Selbstmord. Mit dem Kardinal Charles Martial Allemand Lavigerie schied am 26. November eine der hervorragenden Persönlichkeiten der römischen Kirche aus dem Leben. 1825 in Bayonne geboren, wirkte er in verschiedenen Gegenden des Orients für die Kirche und zugleich für Frankreich. Er war eine Zeitlang Auditeur der Rota romana; 1873 suchte er im Auftrage des Papstes Pius den Grafen von Chambord in Marienbad zu bestimmen, den Thron Frankreichs zu besteigen; dieser meinte aber, Frankreich sei für diese Wohlthat noch nicht reif genug. Im Sommer 1890 leitete er im Auftrage des Papstes Leo die Schwenkung der Kirche zu Gunsten der Republik ein durch einen Toast, den er in Algier als Erzbischof bei einem Feste zu Ehren der Flotte auf die Republik ausbrachte. Am 3. Dezember verschied in Paris General Dumont, Befehlshaber des 18. Armeekorps im Jahre 1870. Am 14. Dezember starb der Journalist John Lemoine, Senator und Mitglied der Akademie.

Großbritannien und Irland.

Das Jahr begann mit einem für die königliche Familie sehr traurigen Ereignis, an dem das ganze Reich herzlichen Anteil nahm. Der zweite Sohn des Thronfolgers Prinzen von Wales, Herzog Albert Viktor von Clarence und Avondale erkrankte schwer an der Influenza. Er hatte sich am 4. Januar durch die Teilnahme an der Beerdigung des mit der königlichen Regierung verwandten Prinzen Viktor von Hohenlohe, Grafen von Gleichen, in Sunningdale bei Windsor eine Erkältung zugezogen. Die Krankheit nahm einen raschen Verlauf. Schon am 14. Januar starb der Prinz, der einst die Krone des Reichs tragen sollte, kurz nach Vollendung seines 28. Lebensjahres und wenige Wochen nach seiner Verlobung mit der Prinzessin Mary von Teck, in Sandringham, dem in Norfolk liegenden Schlosse des Prinzen von Wales. Die 72jährige Königin Viktoria

war tief erschüttert, und von allen Seiten ertönten Worte inniger Theilnahme an dem tragischen Geschick der Braut. Das Begräbniß fand am 20. Januar in der St. Georgskapelle zu Windsor statt, wo der Prinz am 27. Februar mit seiner Braut vor den Altar hatte treten wollen. Auf ärztlichen Rat wohnten die meisten Mitglieder der königlichen Familie dieser Feier nicht bei; vom Festland aber erschienen Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Herzog Albrecht von Württemberg und Prinz Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha. Im weiten britischen Reiche wurde an diesem Tage der Trauer öffentlich Ausdruck gegeben; selbst der Sultan von Johore auf Malacca ließ alle Flaggen in seinem Reiche auf Halbmast nehmen, und in Natal begann eine Landestrauer von vier Wochen. Die greise Königin fühlte sich gedrungen, am 28. Januar durch ein Schreiben an den Minister des Innern ihre Dankbarkeit für die Beweise treuer Anhänglichkeit und herzlicher Theilnahme auszudrücken, die ihr von den Unterthanen aus allen Theilen des Reichs geworden waren. Ein so erschütternder Fall habe sie, die Ihrigen und die Nation nicht betroffen seit dem Ableben ihres Gemahls. Die Königin schloß mit den Worten: „Ich bin wahrlich recht hart in den letzten 30 Jahren meiner Regierung vom Schicksal getroffen; indes waren auch die von meiner Stellung unzertrennlichen Arbeiten, Sorgen und Verantwortlichkeiten sehr groß. Doch ich bitte Gott, daß er fortfahren möge, mir Gesundheit und Kraft zu verleihen, daß ich für das Wohl und Glück meines theuren Vaterlandes wirken kann, so lange mein Leben währen wird.“ Mit Herannahen des Frühlings begab sich dann die Königin in Begleitung ihrer jüngsten Tochter Beatrice, vermählten Prinzessin Heinrich von Battenberg, über Cherbourg und Paris zu fünfwöchigem Aufenthalte nach dem Hotel Costebelle bei Hyeres an der Küste des Mittelmeeres. Auch ihr Sohn, der Herzog von Connaught, nebst Gemahlin nahmen hier Aufenthalt. Am 25. April brach die Königin wieder auf, besuchte in Darmstadt den inzwischen zur Regierung berufenen Sohn ihrer verstorbenen Tochter Alice, den jungen Großherzog Ernst Ludwig, und traf am 3. Mai in Windsor wieder ein. An ihrem 73. Geburtstag, den 25. Mai, verließ die Königin dem 27jährigen Prinzen Georg, zweitem Sohne des Prinzen von Wales, auf den nunmehr die Anwartschaft auf die Thronfolge übergegangen war, die Titel eines Herzogs von York, Grafen von Inverness und

Barons von Killarney. Diese Vereinigung der drei Titel stellt, da jene Orte in den drei Theilen des vereinigten Königreichs liegen, symbolisch dessen Einheit dar. Der neue Herzog nahm als solcher am 17. Juni seinen Platz im Oberhause ein. Diese feierliche Einführung wurde mit attherkömmlichem Pomp vollzogen. Prinz Georg und die ihn einführenden zwei Peers hatten das Prunkornat, ein goldgesticktes, mit Hermelin verbräuntes, scharlachrotes Gewand mit langer Schleppe angelegt. Das auf einer Pergamentrolle ausgefertigte Patent wurde verlesen, der Prinz vereidigt und dann rechtskräftig als Herzog von York anerkannt. Dreimal begrüßte er sich dann durch Öffnung des Dreimasters und Verbeugung mit dem auf dem großen Wollfack sitzenden Lordkanzler.

Das Parlament begann am 9. Februar seine 7. Session. Die Thronrede zur Eröffnung war ohne politische Bedeutung. Neu war darin nur die Mitteilung vom Abschluß eines Vertrags mit Nordamerika, wonach der mehrjährige Streit über das Recht des Robbenfangs im Behringsmeer durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden sollte. Bei der Beratung des Unterhauses über die zur Beantwortung der Thronrede zu erlassende Adresse wurde regierungsseitig weiterhin mitgeteilt, daß dieses Schiedsgericht in Paris eingesetzt werden und bestehen sollte aus je zwei von jedem Streittheile und je einem vom Präsidenten der französischen Republik, dem Könige von Italien und dem Könige von Schweden zu ernennenden Mitgliedern. Im übrigen zeichnete sich die Adressdebatte nur durch die Erörterung der Frage über die vor kurzem von Gladstone in einer Rede in Aussicht genommene Räumung Agyptens von seiten Englands aus. Eine solche Politik, meinte Chamberlain, sei eines großen Landes wie England unwürdig und würde Agypten in den Zustand der Barbarei zurückführen. Morley beschwichtigte mit dem Bemerken, Gladstone wünche die Räumung nicht sofort, sondern in einer bestimmt ausgesprochenen Zeit. Was die Gesetzesvorlagen betrifft, so wurde eine Bill zur Neuordnung der Lokalverwaltung in Irland genehmigt; es sollen nämlich die Grafschaftsämter nach dem Vorbilde Englands Verwaltungsfunktionen erhalten. Sodann wurde eine Bill angenommen, wonach die Grafschaftsräte zum Ankauf von Grund und Boden ermächtigt werden, den sie dann in Stücken zu 50 Acres verkaufen und in Stücken zu 10 Acres verpachten können. Die Käufer müssen das

Gut selbst bebauen und dürfen es nicht verpachten. Die Graffschafträte dürfen drei Viertel der Kauffumme vorschießen. Der Käufer muß ein Viertel anzahlen, ein Viertel kann als ständiger Pachtzins verbleiben, und der Rest ist binnen 50 Jahren in Raten zurückzahlen. Diese Erleichterung des Erwerbs kleiner Bauernstellen fand auf allen Seiten wohlwollende Aufnahme. Keinen Anklang dagegen fand eine Bill, durch die den unverehelichten weiblichen Personen das legislative Wahlrecht verliehen werden sollte. Ebenjowenig Anträge auf Einsetzung besonderer Parlamente für die einzelnen Teile des Reichs, auf Entstaatlichung der Kirche in Schottland und auf Zahlung von Tagegeldern an die Abgeordneten. Bezüglich des vielseitig im Lande kundgegebenen Wunsches nach einem Gesetze über die Frage der Einwanderung solcher Fremden, die voraussichtlich dem Lande zur Last fallen werden, verhielt sich die Regierung nicht ablehnend, sie wies aber auf die vielen entgegenstehenden Schwierigkeiten hin. Recht lebhaft beschäftigte sich das Unterhaus am 17. Mai mit der Frage, ob das Recht mehrfacher Stimmenabgabe bei den Parlamentswahlen aufgehoben werden solle. Der Antragsteller Shaw-Lefevre erklärte, er selbst besitze 5 Stimmen, zwei wegen seines Berufs, zwei wegen Grundbesitzes und eine für eine Universität. Bei den letzten Wahlen hat ein Geistlicher 40 Stimmen abgegeben, die er sich in verschiedenen Wahlkreisen verschafft hatte. Beschlossen wurde, die Frage aufzuschieben, bis die Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Teile des Reichs nach der Zahl der Einwohner werde bemessen sein. Am 29. Juni wurde das Parlament, das zwölfte unter der Regierung Viktorias, nach 6jähriger Dauer geschlossen.

Die Bewegung für die gleichzeitig ausgeschriebenen Neuwahlen zum Unterhause hatte schon im Mai begonnen, und zwar war der Premierminister Lord Salisbury einer der ersten, die in der Wahlbewegung auftraten. In der Jahresversammlung der „Primrose-Liga“, die sich vor einigen Jahren zum Kampfe gegen die irische Home-Rule-Partei und die ihr zuneigenden Teile der großen liberalen Föderation gebildet hatte, hielt Salisbury am 5. Mai in dem gewaltigen, mit Schlüsselblumen und Theerosen geschmückten Raum des königlichen Opernhauses in London eine große Rede. Es stehe, sagte er, ein Kampf bevor, der eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit herbeiführen werde. Home-Rule werde nicht den Frieden, sondern eine

Zeit bürgerlicher und religiöser Kämpfe bringen, würde Englands Ansehen vernichten und seine Macht in allen Weltteilen schwächen. Schon am 18. Mai trat der Premier in Hastings wieder mit einer Rede auf, in der er sich in schutzöllnerischem Sinne aussprach. Hiergegen erhob sich am 21. Mai der liberale Abgeordnete Morley in einer Rede zu Huddersfield, und der liberale Sir W. Harcourt führte, in direktestem Gegensatz zu Salisbury, in einer Rede zu Braintree in Ostessex aus, die Lösung der irischen Frage sei die Grundlage der liberalen Politik. Irland solle die Verwaltung seiner Angelegenheiten unter Bedingungen erlangen, welche die Theilbarkeit des Reichs und die allgemeinen Rechtsinteressen sicherstellen. Mit Heftigkeit ließ sich gegen solche Pläne der erste Lord des Schatzes, Balfour, am 15. Juni in einer Rede zu London aus. Das Home-Rule-Blindnis der Anhänger Gladstones sei eine beispiellose Entwürdigung, weil es ein Bund mit Verfechtern von Verbrechen sei. Gladstone ließ sich am 18. Juni in einer Rede zu Clapham hören. Er bestritt namentlich, daß sich die Protestanten im irischen Bezirke Ulster dem Home-Rule widersetzen, und warf den Konservativen vor, die Politik auf das Gebiet religiöser Leidenschaften hinübergespielt zu haben. Lord Roseberry bestritt am 23. Juni in einer Rede zu Whitechapel, daß Gladstone, wenn er wieder zur Regierung gelangen sollte, die auswärtige Politik der letzten sechs Jahre umstoßen werde. Noch einmal kurz vor den Wahlen erhob sich der Premier Lord Salisbury: in einem Wahlaufreife vom 27. Juni stellte er in Aussicht, daß die Minorität in Irland im Fall der Einführung von Home-Rule leicht zum Bürgerkrieg getrieben werden könne. Für und wider dieses Hauptthema traten endlich Gladstone am 1. und Goschen, der Lord des Schatzes, am 2. Juli zu Edinburgh in längeren Reden auf.

Die Neuwahlen der 670 Mitglieder des Unterhauses fanden vom 4. bis 18. Juli statt. Es gingen aus ihnen, abgesehen von Stichwahlen, hervor: 261 Konservative, 50 Unionisten, 272 Gladstoneaner, 9 Parnellites und 68 Antiparnellites. Sonach gewannen die Konservativen 17, die Unionisten 8, die Gladstoneaner 76 Sitze. Die Zahl der Wähler betrug diesmal 6173668 Personen.

Durch diesen Ausfall der Wahlen war der Rücktritt des Ministeriums Salisbury entschieden, auf Wunsch der Königin

wartete es jedoch mit dem Entlassungsgesuche bis nach Eröffnung des neuen Parlaments. Diese erfolgte am 8. August mit einer Thronrede, in der nur darauf hingewiesen war, daß die Eröffnung diesmal nur ein formeller Akt sei. Unmittelbar daran schlossen sich in beiden Häusern die Verhandlungen über eine Adresse an die Königin. Das Oberhaus nahm alsbald eine Adresse an, worauf der Premier Lord Salisbury in einer Ansprache die Hoffnung ausdrückte, daß das Oberhaus bei der großen Rolle, die sich ihm im nächsten Jahre eröffne, den großen Grundsätzen treu bleiben werde, auf denen das Reich begründet sei. Im Unterhause drehte sich die Verhandlung um die politische Lage des Augenblicks. Als der Liberale Asquith den Antrag gestellt hatte, die Regierung besitze nicht das Vertrauen des Hauses und des Landes, wies der Schatzkanzler Goschen darauf hin, daß die Opposition gar kein einiges Ganze sei. Gladstone sprach dagegen sein Befremden aus, daß das Ministerium noch nicht zurückgetreten sei und führte aus, das Urtheil über dasselbe sei vom Lande gefällt, weil es den Erfolg in Irland nicht gehabt habe. Allerdings habe die Landakte von 1887 zur Abstellung der dortigen Noth beigetragen, sie sei nur zu spät gekommen, Irland aber mit einem dauernden Zwangsgesetz zu fetten, verletze die Gleichheit der bürgerlichen Rechte. Zur Erwiderung erhob sich Balfour mit der Erklärung, die Regierung habe ein Recht, ehe sie abdankt, zu fragen, unter welchen Bedingungen das Bündnis bestehe, auf Grund dessen sie zurücktreten solle; die Nicht-Unionisten seien in drei Teile gespalten und ohne Kenntniß des Näheren über die Ausführung von Home-Rule. Nachdem das Mißtrauensvotum mit 350 gegen 310 Stimmen angenommen war, reichte das Ministerium Salisbury am 12. August seine Entlassung ein, die alsbald angenommen wurde. Die Königin berief den 82jährigen Gladstone zur Bildung eines Ministeriums. Dieses kam am 17. August zu stande: Gladstone wurde erster Lord des Schatzamts und Großsiegelbewahrer, Lord Herschell Lordkanzler, Lord Kimberley Staatssekretär für Indien und Lord-Vorsitzender des Geheimen Rats, Earl of Roseberry Staatssekretär des Auswärtigen, Marquis of Ripon Staatssekretär für die Kolonien, Asquith Staatssekretär des Innern, Campbell-Bannermann Staatssekretär des Kriegs, Earl Spencer erster Lord der Admiralität, Sir W. Harcourt Schatzkanzler, Morley Haupt-

sekretär des Lord-Leutnants von Irland, Trevelyan Sekretär für Schottland, Mundella Vorsitzender des Handelsamts, Bryce Kanzler des Herzogtums Lancaster, Fowler Vorsitzender des Amtes für innere Verwaltung, Shaw-Lefèvre Bautenminister. Zehn dieser Minister waren bereits Mitglieder von Gladstones vorigem Ministerium, das 1886 zurücktrat. Staatssekretär des Äußern wurde Sir Edward Grey, ein junger Mann von bedeutendem Rednertalent. Den Posten eines Vizekönigs von Irland erhielt der 34jährige Lord Houghton, ein früherer Kammerherr der Königin. Für das Ausland schien dieses vierte Gladstonesche Ministerium nichts Besorgniserregendes zu haben. Freilich neigt Gladstone zu Frankreich, aber Roseberry hatte ja schon in der Wahlbewegung die Fortsetzung der bisherigen äußern Politik verheißen. Dazu dürfte das Kabinett allen Anlaß haben, seine volle Aufmerksamkeit den innern Verhältnissen zuzuwenden. Die Zugeständnisse für die Unterstützung, die ihm verschiedenartige Parteien leisten, dürften ihm ebenfalls zu schaffen machen.

Der Herbst brachte einige kleine Vorspiele der zu erwartenden Parteikämpfe. Der alte Premier Gladstone, kaum hergestellt von den Folgen eines Kampfes, den er im Park seines Schlosses Hawarden mit einer Ruh zu bestehen hatte, hielt am 13. September sogar bei der feierlichen Eröffnung einer neuen Fahrstraße in Wallis eine Rede über die irische Frage, deren Lösung allen andern vorangehen müsse. Gladstones Kollegen, dem neuen Minister des Äußern, Lord Roseberry, wurde mehrfach Gelegenheit gegeben, sich zu äußern über die Haltung der Regierung zum Entschluß der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, zum 1. Januar das ostafrikanische Reich Uganda wieder zu räumen. Einer Abordnung der Kirchen-Missionsgesellschaft, die ihn bat, dieses Land für England zu halten, versicherte er, die Regierung kenne zwar ihre Pflichten bezüglich der Ausdehnung der britischen Einflußsphäre, sie müsse sich aber, wenn sie nicht ein zweites Sudan vor sich haben wolle, vor zu starker Spannung dieses sehr dehnbaren Begriffs hüten. Dann versuchte er, die Entscheidung noch hinauszuschieben. Er schrieb am 1. Oktober der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, da deren Mittel für die weitere Besetzung Ugandas nicht ausreichten, so verharre die Regierung beim Grundsatz der Räumung, sei aber geneigt, der Gesellschaft mit einem Geldbeitrage beizustehen zur Kostendeckung behufs Verlängerung der Räumungsfrist bis zum 31. März. Daß weitere

Abfichten der Regierung dahinterstehen, mußte man annehmen, weil Roseberry am 20. Oktober beim Empfang einer Abordnung der britischen Antiflavereigesellschaft äußerte, die Regierung betrachte Uganda als das Land großer Möglichkeiten, als Schlüssel Mittelafrikas und die Nilquellen beherrschend. Wie sehr freilich Vorsicht geboten war, ging aus einem im November veröffentlichten Schreiben Sir Randolph Churchills hervor, der nach einer Reise in Ostafrika sich für Räumung jenes Landes aussprach, das vom kaufmännischen Gesichtspunkte nicht viel wert sei. Bei der feierlichen Einführung des neuen Lordmayors von London, Ruiss, nahmen, gegen den Gebrauch, nur wenige Minister, namentlich nicht Gladstone, teil, und der Staatssekretär für Indien, Lord Kimberley, bezeichnete es in seiner Rede beim Bankett für unmöglich, schon jetzt Anschluß über die dem Parlamente zu unterbreitenden Vorlagen zu geben. Andererseits hielt Balfour im November in Schottland Reden, aus denen die Ungeduld über die Verzögerung eines Bekanntwerdens der Regierungspläne hervorging, auf deren Angriff die Liberalen brannten. Die „Verschwörung des Schweigens“ sei unbegreiflich. Eins aber erfuhr man doch bereits: Zur Vorbereitung der Regierungskaktion bezüglich Irlands theilte John Morley, der Minister für Irland, dem Abgeordneten Carthy mit, es werde eine Kommission eingesetzt werden, um die Frage der in Irland vertriebenen Pächter zu studieren und über die Mittel zu berichten, durch die ihnen am besten wieder zu ihrem Pachtgute verholfen werden könne. Dies hatte alsbald entgegenkommende Äußerungen der Parnelliten und der Antiparnelliten zur Folge, die noch am 3. August in Dublin ernstlich zusammengestoßen waren. Um aber von vornherein der neuen Regierung keinen Zweifel zu lassen, erklärte am 10. Oktober eine große Versammlung der angesehensten Parnelliten, daß keine Beilegung der nationalen Frage als befriedigend anzusehen sei, die nicht die Errichtung eines vom irischen Volke gewählten Parlaments enthalte, dem die Gewalt über alle irischen Angelegenheiten einschließlich der Gesetze über Grundeigentum gegeben werden müsse. Auch werde keine Versöhnungspolitik Irland zufriedenstellen ohne Amnestierung derjenigen, die wegen der ihrem Vaterlande geleisteten Dienste gefangen gesetzt seien. Der neue Vizekönig von Irland, Lord Houghton, hielt am 3. Oktober seinen feierlichen Einzug in Dublin. Dabei verhielt

sich das Volk nicht feindlich, aber Begeisterung vermochte auch die ihm sehr zusagende Persönlichkeit nicht zu erwecken, und am 26. Dezember fand ein schreckenerregender Versuch statt, die Wohnung des in Dublin weilenden Ministers Morley durch Dynamit in die Luft zu sprengen.

Auf einem anderen Gebiete griff die neue Regierung in wohlthätiger Weise frisch ein. Die öffentlichen Kundgebungen großer Massen beschäftigungsloser Arbeiter hatten sich im Oktober und anfangs November an mehreren Orten, namentlich in London, fortgesetzt. Hervorragend war am 5. November eine Versammlung auf dem Trafalgar-square, wo 600 Arbeiter mit Musik an der Spitze des Zuges, mit roten Fahnen und die Marseillaise singend eintrafen und von der Regierung Arbeit verlangten. Ein ähnlicher Zug fand am 8. November in London statt. Am 13. November folgte an derselben Stelle und mit denselben Außerslichkeiten wie am 5., eine sozialistische Kundgebung von 50000 Arbeitern. Sie legten Einsprache ein gegen jede Einschränkung des öffentlichen Versammlungsrechts, verlangten Stellung der Polizei unter Aufsicht des Grafschaftsrats von London und forderten die Regierung auf, öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Außerdem beglückwünschte man sich, von der neuen Regierung die Erlaubnis zur Abhaltung von Massenversammlungen auf öffentlichen Plätzen wieder erlangt zu haben. Alles verlief in der größten Ordnung. Zahlreiche Banner verkündeten die Sinnesweise der Erschienenen: „Arbeit für alle, Ausbeutung für keinen!“ „Die Arbeit ist die alleinige Quelle des Reichtums“ und dergl. Der Zug entfernte sich, wie er gekommen war: voran ein Reiter in roter Bluse, dann 500 Jüngens mit wildem Hurra, eine Kolonne Polizisten, dann verschiedenartige Vereine und Klubs mit Blechtrummeln, Pfeifen, Dudelsäcken, roten Fahnen. Diesen Kundgebungen zur Seite stand seit dem 5. November der Ausstand von 75000, d. h. der Hälfte aller Arbeiter der Baumwollspinnereien in Lancashire, womit das in einer der blühendsten Industrien verkörperte Kapital zur Hälfte brachgelegt wurde. Das Mittel, mit dem Minister Fowler wohlthätig vorging, bestand in einer Aufforderung an städtische und sonstige Behörden, nützliche Bauten zu unternehmen, und als solche wurden die Anlegung neuer Straßen und Plätze, das Reinigen von Wegen, Anlegung und Vergrößerung von Wasserleitungen empfohlen.

Ein bemerkenswerter Vorgang war die am 16. August unter Entfaltung großen Prunkes zu Brompton erfolgte feierliche Einsetzung des neuen katholischen Erzbischofs Vaughan von Westminster. Sie wurde, zum ersten Male wieder seit dem Jahre 1556, durch einen päpstlichen Legaten vollzogen. In der langen Zwischenzeit würde dies Unruhe hervorgerufen haben; daß es jetzt ohne Anstand und in Gegenwart von 30 englischen, schottischen und irischen Bischöfen im Ornat sowie zahlreicher Weltgeistlichen und Ordensmänner geschah, war ein Zeichen der ungemeinen äußerlichen Fortschritte des Katholizismus in Großbritannien. Bemerkenswert war dabei ferner, daß die römische Kurie aus dem vom Erzbischof abzulegenden Eide die Stelle ausgelassen hatte, wonach er zum Kampfe gegen Häretiker und Schismatiker nach besten Kräften sich verpflichtete.

Der Herzog von York bezog im September die Universität Heidelberg, um mit Rücksicht auf seinen künftigen Herrscherberuf staatsrechtlichen Studien obzuliegen. Der Marquis von Vorne, Schwiegerjohn der Königin, wurde im September zum Gouverneur des Schlosses Windsor ernannt.

Was die britischen Kolonien betrifft, so machte in Südafrika der von Cecil Rhodes im März 1891 aufgestellte Plan einer handelspolitischen Union der Kolonien mit dem Mutterlande noch keine Fortschritte, und aus einer von Rhodes im Juli zu Kapetown gehaltenen Rede ging hervor, daß die Kolonien von dem Plane eine Beeinträchtigung ihrer politischen Selbständigkeit fürchteten. Dem trat der Premierminister des Kaplandes mit der Darlegung entgegen, daß es sich um eine Union des Handels- und des Eisenbahnwesens handele. Die gesetzgebende Versammlung des Kaplandes hatte empfohlen, die Kronkolonie Natal selbständig zu machen; der von ihr entworfene Plan wurde im August in London genehmigt, der gesetzgebende Rat von Natal erklärte jedoch am 7. Oktober, angesichts des Ausfalls der Wahlen sei zu wünschen, daß das Land einstweilen noch Kronkolonie bleibe. Die Besiedelung des Maschonalandes machte rasche Fortschritte; Hunderte von Farmern aus allen Teilen Südafrikas ließen sich auf den Ländereien der britisch-südafrikanischen Gesellschaft nieder. In den Kolonien an der Westküste Afrikas gab es Kämpfe mit den Eingeborenen: Der Häuptling Carimoo brandschatzte das britische Gebiet am Scarcieflusse in der Kolonie Sierra Leone, die englischen

Streitkräfte griffen darauf im März seinen Hauptort Timbo an, wurden aber geschlagen; nachdem sie verstärkt worden, nahmen sie am 7. April den Ort mit Sturm und zerstörten ihn. Die Kolonie Lagos an der Sklavenküste Guineas wurde im März durch den Negerstamm der Zebu beunruhigt, der unter Bruch eines Vertrags die Beraubung der Karawanen wieder aufnahm. Der hieraus entstehende Kampf endete am 20. Mai mit der völligen Niederlage der Neger. Ihr König ergab sich, und ihr ganzes Land stand den Briten zur Verfügung. Trotzdem setzte der mit den Zebu verbündet gewesene kriegerische Volksstamm der Egba den Widerstand fort und lehnte das Verlangen nach Freiebung der Handelsstraßen nach dem Innern wiederholt ab. An der Ostküste Afrikas wurden Aufstände der Stadt Witu im März und der Stadt Lamu im Mai unterdrückt. Die Insel Mauritius oder Isle de France, die bedeutendste der Mascarenen, besonders bekannt durch Bernardin de St. Pierre's „Paul und Virginie“, wurde am 29. April durch einen Wirbelsturm grausam verwüstet. In wenigen Stunden war einer der gesegnetsten Flecke der Erde, die „Perle des indischen Oceans“, gänzlich verwüstet. In Hauptorte Port Louis wurden 600 Personen getötet, 1000 verwundet, ganze Häuserreihen wie Karten umgeweht. Die in der Nähe liegenden Aldabra-Inseln wurden im Juli in britischen Besitz genommen. Was Ostindien betrifft, so stellte der Nationalkongreß der Hindu in Nagpur im Januar das Verlangen nach Einführung einer Provinzialvertretung für die verschiedenen Landschaften des Kaiserreichs. In dessen nördlichen Gebieten traten im Mai große Massen von Eingeborenen zum Christentum über. Ein Kriegszug gegen die unverbesserlichsten Nachbarn Indiens, den die Grenzgebiete durch räuberische Einfälle beunruhigenden Volksstamm der „schwarzen Berge“, endete im September mit dem zweifelhaften Erfolg, daß dessen Landstriche verlassen gefunden wurden. Die Bevölkerung im oberen Teile des 1887 einverleibten Reiches Birma konnte sich noch immer nicht in die neue Ordnung finden. Die Kämpfe mit ihr setzten sich vom Februar bis Oktober fort. Um der durch die russische Besetzung des mittelasiatischen Pamir-Plateaus dem indischen Reiche drohenden Gefahr zu begegnen, wurde von hier aus im September das südlich vom Hindufuß liegende Chanat Tschitral militärisch in Besitz genommen. Es blieb eben keine andere Wahl, nachdem der Herrscher des

mit diesem Lande in Verbindung stehenden Chanats Kandschut (zwischen Klein-Pamir und Himalaya) durch Gesandtschaften an den Gouverneur von Turkestan wiederholt um russischen Schutz gebeten hatte. Durch diese Abschließung aller von Turkestan und Afghanistan herüberführenden Gebirgspässe hat England vor den Thoren Indiens eine Verteidigungsstellung von hohem politischen und strategischen Wert geschaffen. Indes setzte sich im November ein russenfreundlicher Prätendent in den Besitz des nunmehrigen Vasallen-Thrones von Tschitral.

Die Kolonien von Australien begannen im August mit einem Versuche, in Bezug auf die Handelspolitik sich unabhängig vom Mutterlande zu machen, jedoch ohne Erfolg. Als ferner die Franzosen im August die etwa in der Mitte des Wegs zwischen Kapstadt und der Nordwestspitze Neuhollands liegenden Inseln Amsterdam und St. Paul in Besitz nahmen, wurde vom Premierminister der Kolonie Viktoria entschiedene Einsprache dagegen erhoben, weil diese Inseln vermöge ihrer geographischen Lage zu Australien gehörten. Ein großer Arbeiterausstand im westlichen Neu-Süd-wales zeigte, wohin es führen würde, wenn man die Arbeiter zur Verwirklichung ihrer Ideale schreiten ließe. Die 1883 vom deutschen Goldsucher Maspe entdeckten Lager von Silbererz hatten gemein reiche Ausbeute geliefert. Nachdem dann die Minen-Gesellschaft ihren Arbeitern vertragsmäßig freie Hand gelassen hatte, die Bedingungen ihrer Arbeit selbst zu regeln, sank die Ausbeute auf ein Geringes, da kaum die $3\frac{1}{4}$ Stunden Arbeitszeit eingehalten wurden. Die Gesellschaft hob nun im Sommer diesen Zustand auf und holte fleißigere Arbeiter aus Neuzeeland. Diese wurden von den alten Arbeitern genötigt, mit ihnen zu streiken, worauf die Gesellschaft die Staatsgewalt anrief. Leider erwies sich diese als zu schwach. In eigentümlicher Weise bemächtigte sich England am 12. Juni der im stillen Ozean zwischen Hawaii und den Salomonsinseln liegenden Gilbert-Inseln. Der Schraubendampfer „Royalist“ dampfte in den Hafen von Butaritari, und sofort begab sich der Kapitän in Begleitung seiner Offiziere in den Palast des Königs Tabareimoa, wo er diesem und den Großen des Landes ein Schriftstück vorlas, demzufolge von diesem Augenblicke an die Gilbert-Inseln der Königin von Großbritannien unterthan seien. In einer dann folgenden Volksversammlung machte der Kapitän dem Könige weiterhin den Stand-

punkt klar. Er habe sofort seine Schulden von 40000 Doll. an die weißen Händler zu zahlen oder schleunigst abzureisen. Die Rede schloß: „Wenn Du jetzt Deine Flagge herunterziehen willst, will ich Dir eine recht schöne zum Aufziehen geben.“ Hierauf wurde die britische Flagge unter dem Donner der Geschütze des „Royalist“ gehißt. Als Grund der plötzlichen Besiznahme wird angenommen, daß man den Nordamerikanern habe zuvorkommen wollen, die der König vorher um Übernahme des Schutzes gebeten haben soll. Was Kanada angeht, so fielen am 8. März die Wahlen zur Volksvertretung der Provinz Quebeck zu Gunsten des konservativen Ministeriums aus, und dieses Ergebnis bildete zugleich ein Volksgericht über den bisherigen Minister Mercier, das Haupt der nationalistischen oder französischen Partei, der von der öffentlichen Meinung als der Hauptschuldige an der Veruntreuung öffentlicher Gelder angesehen wurde. Im September wandte sich die kanadische Regierung nach London, weil ein russisches Kanonenboot drei kanadische Schiffe 50 Seemeilen von der russischen Küste im Beringsmeer mit Beschlag belegt hatte. Die russische Regierung gestand alsbald die Widerrechtlichkeit mit dem Bemerken ein, der betreffende Kapitän sei ins Irrenhaus gebracht. Zur Beilegung des Streits mit Nordamerika über das Fischereirecht im Beringsmeer wurde am 27. März ein Vertrag geschlossen, wonach ein Schiedsgericht eingesetzt werden sollte. Eine von 5000 Personen besuchte Versammlung in Montreal sprach sich mit Mehrheit für Trennung von England aus und die Anhänger Merciers, des früheren Premiers von Quebeck, kündigten die baldige Eröffnung einer Bewegung für Unabhängigkeitserklärung an. Verhandlungen Englands mit Spanien wegen Abtretung von Lanzarote, der östlichsten der kanarischen Inseln, führten zu keinem Ergebnis, weil die Regierung in Madrid eine heftige Erregung des spanischen Nationalgefühls wie in früheren ähnlichen Fällen befürchtete.

Die Totenliste Großbritanniens enthält folgende hervorragende Personen: Am 8. Januar starb in London die 64jährige Lady Margaret Sandhurst, eine der eifrigsten Streiterinnen im Kampfe um die Emanzipation der Frauen. Zu fast derselben Stunde wie der Herzog von Clarence (S. 295), starb am 14. Januar der 83jährige Kardinal Manning, seit 1865 Erzbischof von Westminster und Primas der katholischen Kirche in England, nachdem er noch telegraphisch den

Segen des Papstes erhalten hatte. Sein Nachfolger wurde der 60-jährige Dr. Vaughan, Bischof von Salford. In Cambridge starb am 21. Januar Professor Adams, Direktor der Sternwarte, 73 Jahre alt, bekannt durch seinen Anteil an der Entdeckung des Planeten Neptun im Jahre 1845. Am 3. Februar starb der als Arzt des deutschen Kaisers Friedrich bekannte Sir Morell Mackenzie. Am 19. Februar starb in Kairo Sir Georg Campbell, seit 1875 Vertreter des schottischen Bezirks Kirkcaldy im Unterhause, und früherer Gouverneur von Bengalen. Der ehemalige Sprecher des Unterhauses, Lord Hampden, bekannter unter seinem früheren Namen Brand, erlag, 78 Jahre alt, am 18. März zu Pau in Südfrankreich einem Lungenleiden. Am 16. September starb in Brighton der 63jährige Kardinal Howard aus dem Geschlechte der Herzoge von Norfolk, früher Offizier, 1852 Vertrauter des Papstes Pius, dann Erzpriester an der Petersbasilika in Rom und 1872 Erzbischof von Neu-Cäsarea. Einer der reichsten Männer Englands, der Herzog von Sutherland, starb am 24. September. Er hatte zahlreiche Besitztümer, darunter fast die ganze schottische Grafschaft Sutherland. Als Marquis von Stafford hatte er 1856 England bei der Krönungsfeier in Moskau vertreten und später sich durch seine Feste zu Ehren des Khedive Ismail, des Schahs und Garibaldis bekannt gemacht. Englands beliebter Dichter Lord Alfred Tennyson starb, 83 Jahre alt, am 6. Oktober auf seinem Landsitz Aldworth in Surreyshire und wurde am 12. im Poetenwinkel der Westminster-Abtei zu London in Gegenwart einer Menge hoher Adligen und Notabilitäten des Volks beigesetzt. Am 9. November wurde Georg Charles Spencer-Churchill, achter Herzog von Marlborough, in seinem Palaste Blenheim bei Woodstock tot in Bette gefunden. Er hatte früher den Radikalen gespielt, ein abenteuerliches Leben geführt und erreichte nur 49 Jahre. Erbe seines Titels wurde sein 21jähriger Sohn, der bisherige Marquis von Blandford. Am 15. Dezember starb in London Admiral Smith, der Napoleon nach Helena begleitet hatte.

Italien.

Der erste politische Vorgang des Jahres bestand in einer Änderung im Ministerium di Rudini. Es dankte nämlich am 4. Januar der Justizminister Graf Ferraris ab, nachdem sich in einigen Fällen gezeigt hatte, daß er bei seinem hohen Alter dem anstrengenden Amte nicht recht gewachsen war und daß er auch als Mitglied des Senats keine Anhänger in der zweiten Kammer besaß. Namentlich hatte sein schwächliches Verhalten bezüglich des Anarchistenprozesses in Rom und bei der Durchführung des Gesetzes wegen Verminderung der Amtsgerichte seinem Ansehen einen Stoß versetzt. An seine Stelle trat der bisherige Ackerbau-, Handels- und Gewerbe minister Chimirri, ein begabter Mann von kaum 40 Jahren.

Den ersten Beratungsgegenstand von Bedeutung im Parlamente bildeten die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und mit Oesterreich-Ungarn. Von einem erheblichen Widerstande konnte von vornherein nicht die Rede sein. Ein Radikaler war es sogar, der in der Deputiertenkammer namens der Kommission die Annahme warm empfahl, der Abg. Elena. Er gab zu, daß Italien große Opfer an Deutschland gebracht habe, wies aber auch darauf hin, daß die Ausfuhr nach Deutschland eine bedeutende sei. Die bei der Verhandlung vorgebrachten Einwürfe bezogen sich auf die Gefahr, die Ungarn den italienischen Bodenerzeugnissen zu machen drohe, und auf die etwas unsichere Bestimmung in betreff der Unterscheidung zwischen Tischwein und Verschnittwein. In dieser Beziehung wurde der Wunsch vorgebracht, daß von den deutschen Zollverbänden die Eigenschaft der Weine nicht mittels chemischer Analyse, sondern durch Weinbarometer festgestellt werde, weil sonst viele italienische Weine als Tischweine verzollt werden müßten, die nachher doch nur zum Verschnitten dienen. Auch wurde gewünscht, die Regierung möge erklären, daß sie, wenn die in Frankreich den Seidenraupenzüchtern gewährten Prämien die italienische Produktion bedrohen sollten, italienische Prämien entgegenstellen werde. Begreiflich ging es bei diesen Verträgen auch nicht ohne politische Erörterungen ab. Der Abgeordnete Colaianni meinte, diese Verträge hätten nur durch die Idee der

Befestigung des Dreibundes eine Berechtigung, während die wahren wirtschaftlichen und nationalen Interessen Italiens die Herstellung der Handelsbeziehungen mit Frankreich verlangten. Und Crispi tabelte, daß die Erneuerung des Dreibundes vor diesen Verträgen abgeschlossen und so das Mittel, bei diesen mehr zu erlangen, aus der Hand gegeben sei; er verlangte, daß die Verträge nur auf sechs statt auf zwölf Jahre abgeschlossen und eine Klausel wegen Vereinbarung eines Schiedsgerichts zur Lösung der bei Durchführung der Verträge auftauchenden Fragen angenommen werde. Dies alles ward aber von Rudini entschieden zurückgewiesen und von der Kammer mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Kammer sprach am 19. Januar ihre Billigung der in den Verträgen vorherrschenden Gedanken aus und genehmigte sie am 20. mit 177 gegen 66 Stimmen. Bei der Beratung im Senate wurde ebenfalls die Frage wegen eines Schiedsgerichts angeregt, aber von Rudini mit dem Bemerkten beseitigt, daß man volles Vertrauen in die Loyalität der verbündeten Regierungen setzen könne. Der Finanzminister bezeichnete es als wünschenswert, daß auch andere Nationen den Grundsätzen Deutschlands folgten, das seine wirtschaftliche Politik so gemäßigt habe; die Entwicklung der durch die Handelsverträge geschaffenen Verhältnisse werde den herzlichen Beziehungen Italiens zu den Centralmächten das Siegel ausdrücken. Der Senat begleitete diese Worte mit Äußerungen des Beifalls und genehmigte gleichfalls die Verträge.

Der nächste Beratungsgegenstand von allgemeinerem Interesse war die Frage wegen Verhinderung des Verkaufs italienischer Kunstsammlungen an das Ausland. Mehrere römische Adelsfamilien hatten nämlich ungeachtet der Stiftungsbriefe, durch welche die von ihren Vorfahren errichteten Kunstsammlungen auf ewige Zeiten zur größeren Ehre der Stadt Rom gestiftet waren, begonnen, die Sammlungen unter der Hand zu verkaufen. Fürst Borghese hatte in letzter Zeit zwei alte berühmte Statuen der Familiengalerie nach Kopenhagen verkauft, und als auch über die Kunstgalerie Sciarra ungünstige Nachrichten umliefen, ließ der Unterrichtsminister sie mit Beschlagnahme belegen. Da zeigte sich, daß von 200 Kunstwerken 30 fehlten. Am 28. Januar brachte nun der Abgeordnete Martini alles Nähere, was er über diese Fälle erfahren hatte, in der Deputiertenkammer vor und versicherte, jährlich gingen etwa 80 Kisten

mit Kunstgegenständen aus Rom fort, teils unter dem Siegel des Vatikans, der für Italien fremdes Land sei, teils unter dem der fremden Botschaften. Es sei ein entschiedenes Einschreiten gegen diese Mißbräuche nötig. Der Unterrichtsminister sprach sich hierauf ebenfalls für ein Gesetz zum Schutze der Kunstschätze aus. Und da auch der König sich wegen deren fortgesetzter heimlicher Ausführung sehr besorgt zeigte, so kam es schon am 30. Januar zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach jährlich 500 000 Lire zur Anschaffung von Kunstwerken ausgeworfen, für den heimlichen Verkauf fideikommissarischer Kunstwerke, Urkunden und Literaturdenkmäler aber Haft-Strafen von 3—30 Monaten und von 300—10 000 Lire festgesetzt werden. Die Denkmäler sollen katalogisiert und dürfen ohne Erlaubnis des Ministers nicht außer Landes gebracht werden. Der Staat soll das Vorkaufsrecht haben. Das Gesetz wurde von beiden Kammern genehmigt nachdem nur die Bestimmung über die Haftstrafe im Senate vorübergehend beanstandet war.

Das ministerielle Verbot einer großen Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter in Rom erregte bei den radikalen Abgeordneten Beforgnisse wegen der verfassungsmäßigen Freiheit. Sie beantragten daher am 19. Februar in der zweiten Kammer eine Aufforderung an die Regierung „angesichts der abnormen Lage der Hauptstadt“, die Ordnung ohne Verletzung der konstitutionellen Freiheit und der persönlichen Rechte zu wahren. Der Minister des Innern wies aber so überzeugend nach, daß von Unruhen und inneren Gefahren keine Rede sei, daß der Antrag zurückgezogen wurde. Die Regierung hatte vielen Beschäftigungslosen Arbeit verschafft, und als solche sich dann wieder versammeln wollten, war in einigen Stadtteilen eine unbegründete Angst von Ladenbesitzern entstanden, von der sich jene Abgeordneten hatten anstecken lassen. Ein Arbeiterumzug am 26. Februar mit dem Verlangen nach Brot und Arbeit auf den Fahnen erwies sich ebenfalls als ganz ungefährlich. Auch Studenten-Unruhen wurden in der Kammer zur Sprache gebracht. In Neapel hatten nämlich Studenten den Universitätsprofessor Scaduto geprügelt, Thüren und Fenster zerstört, worauf die Universität geschlossen wurde. Minister Villarisi erklärte nun in der Kammer, diese jährlich wiederkehrenden Tumulte seien eine Schande für das Land; die akademischen Senate müßten die bestehenden Vorschriften nachdrücklicher anwenden; er selbst habe

erst spät den Weg der Strenge eingeschlagen, sei aber entschlossen, bis ans Ende zu gehen. Einige Tage hiernach beschloß die Mehrheit der Studierenden an der Universität Turin, die Vorlesungen nicht mehr zu besuchen. Die Hörer an den Universitäten zu Palermo, Catania und Neapel ahmten dies sofort nach. Sie wollten damit die Professoren strafen. Die berühmtesten derselben lesen nämlich fast nie, weil sie Abgeordnete oder Mitglieder der zahllosen Regierungskommissionen sind oder den Beruf als Arzt, Advokat, Ingenieur vorziehen. Die, welche lesen, lassen sich möglichst viele Lehrfächer übertragen, vervielfältigen damit den Gehalt, halten aber wenige Vorträge. Dazu ist an den 29 Hochschulen des Landes der Unfug des Aufschiebens der Prüfungen eingerissen, und auch das Nichtbestehen der Prüfungen hindert das Aufrücken in den folgenden Kursus nicht. Das hat dann Nachprüfungen zur Folge. Da nun, wo diese nicht stattfanden, streikten die Studenten zu gunsten der hierdurch betroffenen Genossen. Man wird nun sehen, ob der Minister seine Zusage hält und mit den Unsitzen gründlich aufräumt.

Es vergeht keine Session, ohne daß in der Deputiertenkammer Erörterungen über das teure Sorgenkind, die erythräische Kolonie am roten Meere stattfinden. So wurde am 18. Februar das Bedenken eines nahen Krieges zwischen dem König Menelik von Äthiopien und dem Ras Mangascha von Tigre ausgesprochen, denn diesem müßte dann Italien, zufolge kürzlich abgeschlossenen Vertrags, beistehen. Rudini stellte in Abrede, daß dieser Fall bald eintreten werde, und gab dann am 1. April, auf neue Anfragen, die bemerkenswerte Erklärung ab, es sei überhaupt nicht gut gewesen, in der Kolonie am roten Meere weiter vorzudringen, wo für Italien keine Zukunft zu suchen sei; den weiter ausgedehnten Protektoraten, besonders über die Somaliküste, lege er gar keine Bedeutung bei; freilich, zurückzuweichen aus Afrika, würde falsch sein, und man könne sich damit begnügen, daß Italiens Einfluß von der Zuba-Mündung bis zum Kap Guardafui herrsche.

Mehrfach wurde das Parlament mit militärischen Fragen befaßt. Im Februar wurde ein Gesetz genehmigt, wodurch das diensttaugliche Alter für die höheren Offiziere im aktiven Dienst auf 65 Jahre beschränkt wird. Infolgedessen haben in den nächsten zwei Jahren 916 Offiziere mit Pensionsberechtigung auszuscheiden. Bald

darauf stellte in der Deputiertenkammer der Abgeordnete Perrone den Antrag, eine Kommission mit Prüfung der Frage zu beauftragen, ob es möglich sei, zur Erzielung von Ersparnissen am Militäretat die Organisation des Heeres zu ändern, ohne sie zu schwächen. Perrone glaubte, die Zahl der Armeekorps könne ganz gut von zwölf auf zehn vermindert werden, da Italien im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl zahlreichere taktische Einheiten habe als Deutschland. Der Kriegsminister Bellouy stellte letzteres in Abrede und sprach sich entschieden gegen Verringerung des Heeres aus. Ihn unterstützte lebhaft Menotti Garibaldi mit dem Hinweise, welches Unglück für Italien der Verlust der ersten Schlacht in einem Kriege sein würde. Der Antrag wurde hierauf zurückgezogen. Am 8. März brachte der Kriegsminister eine Vorlage ein, wonach fortan die Offiziere, vom Hauptmann an, nach dem Dienstalter befördert werden sollen. Hierdurch soll bewirkt werden, daß keiner mehr ohne seine Schuld dem hintangestellt werde, der früher unter ihm stand. Dies pflegte sich nämlich, zum großen Mißvergnügen im Heere, öfters zu ereignen infolge der Vorteile, welche die Kriegsschule den sie besuchenden Offizieren in den ersten Jahren bot. Die hohe Politik wurde in der Deputiertenkammer am 14. März gestreift durch die Frage nach der Wiederbesetzung des durch den Tod des Grafen de Launay erledigten Botschafterpostens in Berlin. Hierzu war der Senator Graf Taverna, Oberst der Reserve, bestimmt, der aus einer der ältesten und reichsten Patrizierfamilien Mailands stammt. Dieser sollte, nach Angabe deutscher Blätter, dem deutschen Abgeordneten Barth gesagt haben, er glaube, daß Deutschland im nächsten Kriege sowohl über Frankreich als über Rußland obsiegen werde und daß Italiens Rüstungen durchaus keine Verzögerung erleiden dürften. Die Radikalen fragten nun an, ob dies wahr sei, und Imbriani begann mit dem Ausruf: „Taverna hat es also bekannt, daß wir zur Fortsetzung der Rüstungen verpflichtet sind.“ Da fiel ihm aber Rudini ins Wort und rief, mit der Faust auf den Tisch schlagend: „Es ist nicht wahr, er hat es nicht gesagt, und es ist überhaupt nicht wahr!“ Es thue ihm leid, daß einige Redner den Verdacht ausgesprochen hätten, es sei der Regierung mit ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich nicht ernst. „Ich erkläre aufs bündigste, daß wir gegenüber Frankreich vom aufrichtigsten Wohlwollen erfüllt sind.“

Europa weiß, daß ich die Wahrheit spreche.“ Taverna wurde am 7. April zum Botschafter ernannt, die Sache wurde aber rückgängig, und an seiner Stelle traf am 30. September der Generalleutnant Graf Carlo Lanza, Marchese di Busca, in Berlin ein.

Nach einer stattlichen Reihe rasch aufeinander gefolgter Vertrauensvoten brach Anfang März für das Ministerium Rudini eine parlamentarische Hauptschlacht an. Es legte drei Gesetzentwürfe vor behufs Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt, das im vorhergehenden Finanzjahr 75 Millionen Lire betrug und im neuen Voranschlag mit fast 20 Millionen Lire beziffert war. Die Vorlagen betrafen das berichtigte Budget für 1891/92, die Ausgabe von Schatzscheinen auf lange Sicht und die Beschränkung des Budgets für Eisenbahnbauten. Zur ersteren Vorlage führten Rudini und der Schatzminister Luzzatti aus, daß die Ersparnisse für die Budgetjahre 1891—93 sich auf $178\frac{1}{3}$ Millionen beliefen. Dies sei den verminderten Ausgaben, der guten Getreideernte, der größeren Entwicklung der nationalen Industrie und dem geringeren Verbräuche von Baumaterial zuzuschreiben. Wenn gleichwohl das Defizit groß bleibe, so liege das nicht am Ministerium, sondern an den Verhältnissen, denn die Einnahmen aus den Zöllen hätten den Erwartungen nicht entsprochen. Dies alles leuchtete zwar ein, vermist wurden aber Andeutungen, wie das voraussichtlich noch steigende Defizit des laufenden Jahres gedeckt werden sollte. Einige Abgeordnete schlugen Ersparungen auf militärischem Gebiete vor, der Kriegsminister Pelloux hielt dies jedoch nachtheilig für die Verteidigung des Landes; jeden Gedanken hieran weise er mit aller Kraft zurück. Rudini schloß sich dem an; die äußere Politik sei eine wesentlich friedliche, aber niemand könne auf Jahresfrist die Zukunft voraussagen; die Regierung werde den Kampf gegen das Defizit entschieden weiterführen und zu dem Zweck Reformen in der inneren Verwaltung vorschlagen. Wirklich gelang es am 18. März, die beiden ersten Vorlagen durchzusetzen. Größerer Widerstand wurde gegen die Eisenbahnvorlage erwartet, weil so viele lokale Sonderinteressen dabei beteiligt waren. Hiernach sollten von 1893—97 mit den bereits für Eisenbahnbauten bestimmten 180 Millionen nicht neue Bahnen gebaut, sondern nur die schon in Auftrag gegebenen oder begonnenen Arbeiten vollendet, außerdem solche gebaut werden, die, wenn auch noch nicht begonnen, doch eine notwendige Vollendung der im

Bau begriffenen Linien darstellten. Dadurch sollte das Budget um 52 Millionen entlastet werden. Gegen alle Erwartung wurde diese Vorlage am 26. März ohne große Umstände genehmigt. Im Senat fanden die drei Vorlagen ebenfalls Zustimmung, jedoch nicht ohne daß Rudini darauf hingewiesen hatte, es sei unmöglich, das Heer auf eine andere Grundlage zu stellen; große Armeen seien noch immer die beste Friedensbürgschaft, wenn sie auch Lasten auferlegten.

Während der Osterferien des Parlaments versuchte Rudini, sein Finanzprogramm in der Regierung zur Entscheidung zu bringen. Es handelte sich um die Frage, wie der Ausfall des Budgets zu decken sei, der sich, mit Einrechnung der Summe für die teilweise Herstellung des kleinkalibrigen Gewehrs, auf 40 Millionen belief. Der Kriegsminister weigerte sich, die außerordentlichen Ausgaben seiner Verwaltung durch weitere Ersparungen im Ordinarium auszugleichen; der Finanzminister Colombo hingegen bestand auf der Notwendigkeit, daß sich die Heeresverwaltung zu einem Opfer von 30 Millionen verstehen müsse. Im Ministerrate während der Nacht zum 14. April wurde Colombo überstimmt. Infolgedessen bat das ganze Ministerium Rudini um Entlassung. Der König nahm sie an, betraute aber wiederum Rudini mit der Neubildung des Kabinetts. Dieser versuchte, den früheren Schatzminister Giolitti zum Eintritt zu bewegen, aber dessen Verlangen, daß Nicotera als Minister fallen gelassen werde, konnte nicht erfüllt werden, weil das Ministerium Rudini den Ausdruck der parlamentarischen Koalitionsmehrheit gegen Crispi darstellte. Es wurde auch versucht, statt Pelloux den General Ricotti zum Kriegsminister zu machen, da er sich zutraute, große Ersparnisse zu machen, ohne die Wehrfähigkeit zu mindern, aber bei näherer Prüfung stellte sich heraus, daß eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte die Folge hätte sein müssen. So trat denn am 21. April das bisherige Ministerium mit Ausnahme Colombos wieder ins Amt. Dessen Posten wurde dem Schatzminister Luzatti übertragen.

Das so geänderte Ministerium Rudini trat am 4. Mai vor die Deputiertenkammer und entwickelte sein neues Finanzprogramm. Hiernach sollte die Mehrforderung für die Militärausgaben auf neun Millionen beschränkt, das Militärbudget daher auf 246 Millionen festgesetzt werden. Der Gesamtausfall von 33 Millionen sollte gedeckt werden durch Ersparungen und durch Erhöhung der Einnahmen

mittels einer Erbschaftsteuer, eines Hypothekengesetzes und anderer Maßnahmen. Zu diesen gehörte in erster Reihe ein Gesetzentwurf, wonach die Regierung zur Verminderung des Beamtenstandes auch da ermächtigt werden sollte, wo es sonst eines besonderen Gesetzes bedurft hätte. Gegen dieses Programm erhob sich eine lebhaftere Opposition. Marinuzzi schilderte es als Nebel und Dunst, Imbriani tadelte einen ungebührlichen Einfluß des Ministers des königlichen Hauses und des Generalstabschefs auf die Krisis. Rudini verteidigte sich genügend und schloß mit den Worten: die Opposition sage stets nein; warum enthülle sie nicht ihren Rettungsplan? Phrasen seien keine Thaten. Am 5. Mai trat auch Giolitti gegen das Ministerium auf. Die Regierung, sagte er, wolle zuviel auf einmal, nachdem sie unthätig so lange Zeit habe verstreichen lassen; dem Lande dürften nicht neue Opfer zugemutet werden. Darauf wurde das Vertrauensvotum mit 193 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Infolgedessen trat das seit dem 9. Februar 1891 im Amt gewesene Ministerium Rudini zurück, und am 15. Mai wurde ein neues gebildet vom Abgeordneten Giovanni Giolitti, geboren am 27. Oktober 1842 zu Mondovi in Piemont. Er übernahm den Vorsitz, das Innere und vorläufig das Schatzministerium. Die Finanzen übernahm der Piemontese Elena; Justiz und Kultus Bonacci, ein fester Charakter und tüchtiger Fachmann; den Unterricht Martini, ein Lehrer und Schriftsteller aus Toscana; die öffentlichen Arbeiten Genala aus Cremona, der sich unter Garibaldi ausgezeichnet hatte; den Handel Lavaca aus der Basilicata, der ebenfalls für die italienische Einheit gekämpft hatte; die Posten übernahm Finocchiaro-Aprile aus Palermo; der bedeutendste war aber der neue Minister des Äußern, der Vizeadmiral Benedetto Brin aus Turin, Schöpfer der jetzigen Schiffskolosse Italiens und früherer Marineminister unter Cairoli und Crispi. Der Vizeadmiral Pacoret di Saint Bon und General Pelloux behielten ihre bisherigen Ämter. Es waren dies lauter Männer des linken Zentrums und der Linken. Durch Brin hoffte man der Gruppi Crispis sicher zu sein. Mißfällig wurde es aber von vornherein angesehen, daß die Hälfte der Minister aus Piemontesen bestand. Am 25. Mai legte Giolitti in beiden Kammern sein Programm vor. Hiernach sollte die Abhilfe der schweren finanziellen Krisis hauptsächlich durch Verwaltungsreformen bewirkt werden. Die

Militärausgaben sollten sich auf das zur Landesverteidigung durchaus notwendige Maß beschränken, der ordentliche Militäretat 230, der außerordentliche 16 Millionen nicht überschreiten. Die Bündnisse sollten beweisen, daß Italien „für Europa eine zuverlässige Gewähr der Erhaltung des Zustands der Ruhe“ biete. Die Rede wurde im Senat mit einigen höhnischen Bemerkungen erwidert, in der Deputiertenkammer blieb sie ohne jeden Beifall. Einige Radikale fielen sofort mit Vorwürfen über Giolitti her. Dieser verteidigte sich am 26. Mai, erlangte aber bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum nur 169 Stimmen gegen 160 bei 38 Stimmen Enthaltung. Das Ministerium bat daher um Entlassung, der König lehnte diese jedoch ab, und Giolitti fügte am 27. Mai dieser Mitteilung in der Kammer das Ersuchen hinzu, die dringendsten Vorlagen zu erledigen und das Budget provisorisch auf sechs Monate zu bewilligen. Darin lag die Andeutung der bevorstehenden Auflösung des Parlaments, und dies traf die Opposition wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel. Am 9. Juni wurde von der Kammer über die Frage eines provisorischen Budgets beraten. Die Kommission schlug vor, es nur für Juli zu bewilligen. Dann ergriff Imbriani das Wort, der wildeste der Opponenten, die durch Maßlosigkeiten Lärm zu erregen pflegten. Zustimmung, schrie er, wäre Selbstmord. „Sogar die Tiere fühlen Selbsterhaltungsbetrieb, sollen wir uns nicht wehren? Man könnte glauben, daß in unsere verfassungsmäßigen Gewalten ein rauher nordischer Geist gefahren sei. Ah, Viktor Emanuel, das war ein tüchtiger, braver, ehrlicher Mann, eine wahrhaft lateinische Seele.“ Auf die Unterbrechung seitens des Vorsitzenden, rief der Redner, die Hände in die Hüften gestemmt, zornig: „Lassen Sie mich reden! Die Männer, die jetzt am Ruder stehen, vertreten hier nichts als eine geheime unsaßbare Macht, die das Land umstrickt, erdroffelt, zu Grunde richtet. Wir werden sie abschütteln!“ Der um sein Mandat so besorgte Redner wurde zur Ordnung gerufen, während die Gegner jener nordischen Macht ihm Beifall zuriefen. Unter allgemeiner Spannung ergriff sodann der Ministerpräsident Giolitti das Wort. Er sagte: „Nach den Vorgängen vom 26. Mai können die Kammerdebatten keinen politischen Charakter mehr haben, kann die Regierung keinem Votum der Kammer mehr den Charakter eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums beimessen. Wir stehen vor der viel ein-

facheren Frage, wie für die Bedürfnisse der Staatsverwaltung in der nächsten Zeit zu sorgen ist. Ist es besser, die Etats administrativ für das ganze Jahr oder ein Provisorium von sechs Monaten zu bewilligen? Im ersteren Falle würde in einem Monate, ohne Erörterung des Regierungsprogramms, ohne politische Abstimmung das Budget bewilligt werden, welches das jetzige Ministerium nicht aufgestellt hat und für das es nicht verantwortlich ist. Es besteht das Dilemma, entweder die Budgets anzunehmen wie sie sind oder die Beratung der wichtigsten Fragen auf November zu verschieben." Diese Darlegung erschien allseitig so einleuchtend, daß die Opposition nichts zu erwidern wußte. Nur Bonghi warf die Frage auf, was Neuwahlen sollten, bevor man wisse, um was es sich handele; „wozu dieses Blindkußspiel?" Dieser Einwurf war ja in gewisser Weise richtig, verschwand aber vor der Thatsache, daß die Kammer selbst die politische Frage abgeschnitten hatte. Das entscheidende Wort aber sprach Fortis: „Es kann nicht davon die Rede sein, daß das Ministerium nicht das Vertrauen der Kammer besitze; ganz andere Fragen drängen sich dem öffentlichen Gewissen auf. Ein geordnetes Budget ist eine schöne Sache; es kann aber auch das tiefste Volkseelend grausam verhüllen, und damit muß es ein Ende haben. Man muß der Kammer und dem Volke die Wahrheit sagen. Man sagt, die Kriegsrüstungen Italiens ständen außer allem Verhältnisse zur Nationalwirtschaft. Ich glaube nicht an dieses italienische Elend. Sagen Sie den Wählern, daß man mit überflüssigen Präfekturen, Gymnasien, Universitäten, Landgerichten, Kassationshöfen aufräumen muß zum Wohle des Ganzen. Sagen Sie es, sonst werden Sie als dieselben Sklaven Ihrer Wahlbezirke zurückkehren, welche Sie jetzt sind. Die Koalitionen sind die schwärende Wunde, die Verneinung unseres parlamentarischen Lebens; mögen die Wahlen ihnen ein wohlverdientes Ende bereiten!" Das war ein Wort von solcher Klarheit, Wahrheit und Schärfe, daß es die Kammer, obwohl sie sich in ihrem Gewissen getroffen fühlte, zu stürmischem Beifall hinriß, ein Zeichen, daß sie sich selbst nach Erlösung von jenem Boche sehnte und den geschilderten Siz der Krankheit des Staates anerkannte. Unter diesem Eindruck und weil die Mehrheit es nicht verantworten zu können glaubte, ihre Nachfolgerin um eine Budgetberatung zu bringen, wurde das provisorische Budget bis zum Jahreschluß mit

201 gegen 189, und dann die Budgetvorlage im ganzen mit 256 gegen 72 Stimmen genehmigt. Die Kammer erteilte dann noch am 13. Juni der Regierung die Ermächtigung, einen Handelsvertrag mit Spanien bis zum 31. Dezember in Kraft treten zu lassen, und genehmigte einen Gesetzwurf über Reform der Wahlordnung. Am 15. Juni ermächtigte die Kammer ihren Präsidenten, dem Könige und der Königin einen Gruß zu ihrer Reise nach Potsdam zu entbieten. Den Schluß machte Imbriani, indem er unter vielem Lärm die Kammer eine ungetreue Verwahrerin der Volksrechte nannte. So schloß die Session.

Die Reise des Königspaares an den preussischen Hof (S. 115) erfolgte zur Erwidernng des letzten Besuchs des deutschen Kaisers in Monza (Nov. 1889) und erschien als neuer Beweis der Festigkeit des Dreibundes. Der Gemeinderat von Rom sandte am 24. Juni einen warmen Dank an den Oberbürgermeister von Berlin für den dem Königspaaire hier bereiteten Empfang. Dieses besuchte auf der Heimreise den königlich sächsischen Hof zu Strehlen bei Dresden, wo Königin Margarete ihre Kindheit zugebracht hatte, stattete am 25. Juni der Kaiserin Friedrich einen Besuch in Homburg ab und besichtigte das zwischen Frankfurt und Bockenheim aufgestellte erste hessische Husarenregiment, dessen Chef König Humbert ist. Dieser setzte sich nach der Parade an die Spitze des Regiments und führte es unter dem Jubel der Zuschauer in die Kaserne.

Neben und nach den parlamentarischen Kämpfen nahmen patriotische Festlichkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Es nahte die Zeit, an der vor 10 Jahren der Nationalheld Garibaldi aus dem Leben geschieden war. Am 27. Mai wurde ihm in Palermo ein Denkmal geweiht. Crispi hielt die Festrede, die mit der Versicherung schloß, nie würde Italien die Demütigung ertragen, als eine Nation von 31 Millionen für nichts zu zählen. Die Haupt-Erinnerungsfeier fand am 2. Juni auf der Insel Caprera statt. Von allen Städten an der italienischen Küste des Mittelmeers brachten Dampfer eine große Menge nach dem Eiland. Auf der mit diesem durch einen Damm verbundenen Insel Maddalena bildete sich ein großartiger Zug, in dem die roten Hemden der Garibaldiner leuchteten. Er bewegte sich mit seinen zahlreichen Fahnen langsam auf dem felsigen Terrain aufwärts zum Hause Garibaldis,

von dessen Familie hier erwartet. Man besuchte andächtig alle Zimmer des Hauses und kam um Mittag am Grabe an. Hier sprach der Abgeordnete Pais eindringliche Worte zum Festhalten an der Einheit, und der Radikale Cavalotti konnte es sich nicht versagen, seine schwungvolle Rede mit einem Ausfalle gegen den Dreibund zu schließen. Auch Irredentisten trieben hier Politik: Der Abgeordnete Barzilai überreichte dem Sohne Garibaldis einen Ehrensäbel ohne Scheide als Geschenk eines Komitees in Triest mit dem Wunsche, daß diese Waffe bald „in der Sonne der julischen Alpen blitzen möge“. Menotti nahm diese Kundgebung ebenso an wie ein Telegramm des Königs, in dem es hieß: „Das Andenken an den großen Geist Garibaldis, der jeden kleinlichen Parteikampf verachtete,“ werde stets die lebhafteste Flamme der Vaterlandsliebe beim italienischen Volke unterhalten. Übrigens wurde der Zudrang im Hause des Helden so stark, daß der Fußboden des Vorraums von dessen Sterbezimmer einstürzte, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. In einem gewissen Gegensatz zu diesen Festreden radikaler Färbung benutzte die monarchische Bevölkerung Roms die Feier des Verfassungsfestes am 5. Juni zu großen Huldigungen für den von der Parade zurückkehrenden König. Vom Quirinalplatz zogen die Vereine, die abwechselnd den Königsmarsch und die Garibaldihymne spielten, nach dem Platze, wo vor Garibaldis Büste dessen Todestag durch eine Rede des Professors Gallo gefeiert wurde. Daran schloß sich eine Feier auf dem Kapitolsplatz und abends ein Feuerwerk auf dem Pinciohügel. Zur Erinnerung an Italiens Teilnahme am Krimfeldzug im Jahre 1854 ward am 2. Juni in Turin in Gegenwart des Königs ein Denkmal enthüllt; Gedenkfeiern an die Schlachten bei Solferino, San Martino und Custoza im Jahre 1859 fanden am 24. Juni in Verona und Valeggio statt. Die Reihe der Festlichkeiten wurde durch einen heftigen Ausbruch des Atna unterbrochen. Am 9. Juli begann er nach starken Erdstößen mit dem Auswurf von Asche, deren Masse sich in Form eines großen Kegels erhob. Unter Unterbrechungen wurde bis zum 18. August eine Menge Steine bis zur Höhe von 160 Metern aus dem Krater geschleudert, während die Lava aus fünf Öffnungen strömte, jedoch nur Weinberge, nicht Ortschaften zerstörte.

Am 28. August fand in Livorno die feierliche Enthüllung eines

bronzenen Reiterstandbilds des Königs Viktor Emanuel statt. Dieser ist in der großen Uniform mit dem langen Waffenrocke und dem Schiffhute dargestellt, wie er damals üblich war. Zwei Reliefs zeigen die Abdankung Karl Alberts auf dem Schlachtfelde von Novara und Victor Emanuels Einzug in Rom 1870. König Humbert war anwesend und wurde in der Festrede des Bürgermeisters mit den Worten angeredet: „Sire, Italien ist frei und einig; es bleibt Ihnen vorbehalten, es groß und glücklich zu machen!“ Hieran schloß sich auf dem Stadthause die Enthüllung einer Büste des 1890 verstorbenen Bruders des Königs, des Prinzen Amadeus.

Große Vorbereitungen wurden seit Juli getroffen, um am Nationalfesttage des 4. September das weltgeschichtliche Ereignis zu feiern, daß im August vor 400 Jahren der Genuese Christoph Columbus seine Entdeckungsfahrt nach Amerika antrat. Zuerst erschien der Papst auf dem Plane, indem er am 19. Juli ein Rundschreiben an die Bischöfe von Spanien, Italien und Amerika erließ. Selten fände man, sagte er darin, in der Geschichte eine Sache, die so wie diese Feier geeignet sei, die Herzen zu entflammen und die Gnade Gottes zu erkennen. Wenige Männer seien dem Columbus vergleichbar, der Hunderttausende der Gesittung und dem Christentume zugeführt habe, ja einer seiner Hauptgründe zu der gefährvollen Fahrt sei der katholische Glaube gewesen. Daß er dieser Kirche angehört habe, sei ein besonderer Grund, ihn zu verehren. Angeregt durch diese Rundgebung, veranstalteten am 7. August drei klerikale Wahlvereine in Rom einen feierlichen Aufzug nach dem Monte Pincio, um hier eine in dunkeln Lorbeerbüschen verborgene und halbvergeffene Büste des Columbus mit Eichen- und Palmkränzen zu schmücken. Als nun bekannt wurde, daß die Päpstlichen zum ersten Male seit elf Jahren wieder mit Fahnen und klingendem Spiele aufziehen wollten, fühlten sich die Radikalen zu einer Gegentundgebung angeregt. Aufgebracht über die im Zuge geführten Fahnen mit den päpstlichen Farben und durch einen mit entsprechendem Inschriften versehenen mächtigen Lorbeerkranz, den ein gelb und weiß gekleidetes Mädchen trug, versuchten sie durch Pfeifen, durch Hochrufe auf Giordano Bruno und durch Anstimmen der Garibaldihymne den Zug zu stören. Plötzlich flogen aus einem Hause grün=weiß=rote Fahnentücher heraus. Die Menge listete sie

an Stöcke und zwang, unter stürmischem Jubel der Anwohner, die Päpstlichen, hinter dem italienischen Banner zu marschieren. Dann liefen die Radikalen dem Zuge voran den Berg hinauf und bedeckten die Büste mit nationalen Fahnen. Die Polizei schritt ein, die Büste mußte freigegeben werden und erschien nun ohne Kopf. Dann zerrissen die Radikalen den Kranz und schriegen: „Weg mit den Landesverrätern, den Glaubensspekulanten!“ Nun wurden Truppen geholt, die den Park säuberten; päpstlicherseits wurde aber infolge dieser Vorgänge behauptet, sie bildeten einen neuen Beweis, daß die Regierung nicht im stande sei, dem Papste eine sichere und ehrenvolle Residenz in Rom zu gewährleisten.

Erfreulicheren Verlauf nahmen die Hauptfestlichkeiten in Genua, die durch die Anwesenheit von 25 Schlachtschiffen fremder Nationen einen großartigen Anstrich erhielten. Osterreich sandte drei Schiffe, Deutschland eins, den Kreuzer „Prinzessin Wilhelm“, Großbritannien drei, Frankreich vier, Spanien fünf, Portugal eine Korvette, Rumänien zwei Kreuzer, Holland einen Kreuzer, Griechenland ein Panzerschiff, Nordamerika einen Kreuzer, Argentinien ein Panzerschiff und einen Kreuzer, Mexiko ein Schulschiff. Mit besonderem Jubel wurden die französischen Schiffe begrüßt, wie wenn die natürliche Hinnneigung zu der verwandten Nation, von lange getragenen Verstandesdrucke befreit, einen Ausdruck hätte finden wollen. Selbst Blätter wie die „Tribuna“ schwärmten plötzlich für Beseitigung des Dreibunds, von dem sie früher begeistert waren. Die Schiffe waren schon seit Ende August im Vorhafen Genuas versammelt und gewährten in Verbindung mit den italienischen einen großartigen Anblick. Die Festlichkeiten begannen am 4. September mit der Eröffnung einer Ausstellung aller Erzeugnisse, die im Warenaustausch zwischen Italien und Amerika den ersten Platz einnehmen. Sie fand in der Ebene am Bisagnoflusse statt, wo auch „das Ei des Columbus“ aufgestellt war, ein Holzgebäude in Form eines 25 Meter hohen Eies, in dem ein dreistöckiges Restaurant eingerichtet war. Am 7. September wurde auch eine geographische Ausstellung eröffnet. Die Ankunft des Königs-paares mit dem Prinzen von Neapel, dem Grafen von Turin und dem Herzoge von Genua bildete den Glanz- und Höhepunkt. Sie kamen von La Spezia auf dem Panzer „Savoia“, begleitet von 4 Torpedoboten sowie den Riesenpanzern „Lepanto“, „Andrea Doria“ und

„Quilio“. Auf das Zeichen der Ankunft sandten zunächst die beiden in Hafen liegenden Divisionen der Kriegsschiffe ihren Gruß dem Kriegsherrn zu, und gleichzeitig fuhrn Hunderte von Barken und Dampfern dem Könige entgegen. Dann machten alle Fahrzeuge auf der Rhebe Halt, und die „Savoia“ mit dem dunkelblauen Königswimpel dampfte allein langsam in die breite von den Kriegsschiffen der 13 Nationen gebildete Triumphstraße. Die Salutschüsse erdröhnten, und die Bemannungen der Schiffe in ihren bunten festlichen Anzügen salutierten in Maen und Wanten. Dazu das „Evviva!“ der zahlreichen aus ganz Italien herbeigeströmten Menge am Ufer, das Ganze ein prächtiges Bild, ein überwältigender Vorgang. Unter dem Geläute der Glocken hielt sodann die königliche Familie ihren Einzug in Genua. Am 9. September empfing der König die Admirale der fremden Kriegsschiffe. Admiral Nieunier überreichte ein Schreiben des Präsidenten Carnot, worauf der König erwiderte, die französische Regierung habe durch Sendung der Schiffe „den Beweis einer Freundschaft gegeben, die uns teuer ist und die unseren Gefühlen lebhafter Sympathie für Frankreich entspricht.“ Der rumänische Admiral übergab ebenfalls ein Schreiben seines Königs. In seiner Antwort deutete König Humbert an, daß Rumänien denselben Ursprung wie Italien habe. Abends gab die Stadt eine große Soiree. Am 10. September fand ein Festzug statt, der die Rückkehr des Columbus nach der Entdeckung Amerikas darstellte. Folgenden Tags nahm die königliche Familie an einer Soiree teil, die der Abg. Raggio in seinem mittelalterlichen Schlosse zu Cornigliano bei Genua gab, und am 12. September erschien der König an Bord jedes der fremden Admiralschiffe, zuerst auf dem französischen, weil Nieunier der ranghöchste der fremden Marine-Offiziere und zugleich außerordentlicher Botschafter war. Aus diesem Grunde erhielt er auch das Großkreuz des Mauritius- und Lazarus-Ordens. Diese scheinbaren Bevorzugungen erweckten in der Menge, sowohl in Italien als in Frankreich, den Gedanken, daß eine politische Annäherung im Anzuge sei, und die lärmhafte Presse beider Teile war beflissen, diese Vorstellung zu nähren. Das Mailänder radikale „Secolo“ behauptete sogar, die Hurrarufe, mit denen die französischen Mannschaften die „Savoia“ begrüßten, seien so laut gewesen, daß man sie durch den Kanonendonner habe vernehmen können, und es meinte, von nun an herrsche in Italien Neve über den An-

schluß an den Dreibund. Und der Pariser „*Matin*“ lieferte eine Schilderung, wie das französische Geschwader den eigentlichen Anziehungspunkt bilde; die Franzosen seien in Genua die Helden des Tages, um die anderen kümmern man sich gar nicht. Eine Reihe anderer französischer Blätter suchte die Festlichkeit überhaupt ganz für Frankreich in Beschlag zu nehmen, sodaß von Columbus keine Rede mehr war. Gemäßigte italienische Blätter wiesen demgegenüber darauf hin, daß es eine grausame Täuschung sei, in den der französischen Flotte zu teil gewordenen Ehren mehr als die Erwiderung einer Höflichkeit zu erblicken. „*Popolo romano*“ wies insbesondere darauf hin, daß die Bündnisse keinen nachteiligen Einfluß auf die Sonderbeziehungen der einzelnen Staaten übten, und die „*Tribuna*“ sagte stolz, die Fremden hätten in Genua gesehen, daß Italien noch nicht ganz der Bettelarmut verfallen sei trotz des handelspolitischen Kampfs, den Frankreich seit einem halben Jahrzehnt gegen Italien führe, um es wegen des Dreibunds zu strafen. Allerdings bildeten die Nachteile dieses Kampfs den tiefsten Grund der Unzufriedenheit in Italien, und manche erhofften von den Tagen von Genua eine Milderung dieses Gegensatzes. Während man in Frankreich über das eine deutsche Schiff spottete, das kaum beachtet werde, fehlte es andererseits nicht an dem Hinweis, daß gerade Deutschland der italienischen Freundesversicherungen nicht bedürfe, daß vielmehr die demonstrative Höflichkeit gegen die Franzosen den hierdurch nicht zu beseitigenden Interessen-Gegensatz verhülle. Endlich bezeichnete das Organ *Giornale*, die „*Gazetta piemontese*“, den Gedanken an eine Änderung der auswärtigen Politik als abgeschmackt; grade der jetzige Minister des Außern, Brin, habe 1891 die Genehmigung der Erneuerung des Dreibunds beantragt. Admiral Nieunier empfing eine Adresse von 300 Arbeitervereinen, in welcher die Verbrüderung der beiden Nationen hervorgehoben war, und veranstaltete am 13. September auf dem „*Forin-dable*“ einen Ball zu Ehren des Königspaares. Dieses reiste am 15. nach Monza, die französische Flotte segelte am 17. ab. Der Jahrestag des Einzugs der italienischen Truppen in Rom wurde am 4. September hier und in den Provinzen festlich begangen, in Pisa durch Enthüllung eines Reiterstandbildes Viktor Emanuels in Gegenwart des Prinzen von Neapel. Auf ein Guldigungstelegramm des Bürgermeisters von Rom antwortete der König: in den Festen von

Genua habe die Nation, wie er, nicht nur eine Huldigung vor dem italienischen Genius erblickt, sondern auch die Weihe der unlöslichen Einheit Italiens und die Bürgschaft eines Friedens, der sich in dem Austausch loyaler Gefinnungen kräftige.

Vor der friedlichen Ankunft der amerikanischen Schiffe in Genua waren die Mißhelligkeiten beigelegt, in die Italien mit der nordamerikanischen Union und mit Brasilien geraten war. Wegen der Vorfälle in New-Orleans am 14. März 1891 waren im April wieder Noten ausgetauscht und dann seitens der Regierung in Washington 125 000 Francs. zur Verteilung an die Familien der damals umgekommenen Italiener ausbezahlt. Für eine schwere Beschimpfung der Mannschaft des italienischen Handelsschiffs „Mentana“ durch die Polizei zu Santos, der Haupthandelsstadt der Provinz Sao Paulo, erklärte sich die brasilianische Regierung im Juni zu jeder Genugthuung bereit, nicht ohne Rücksicht auf die große Bedeutung der zahlreichen Italiener in jener Provinz und ihres blühenden Handels.

Am 7. Juli wurde Bernardino Grimaldi, ein Freund Rudinis, zum Schatzminister und an Stelle des krankheitshalber ausscheidenden Ellena vorläufig auch zum Finanzminister ernannt. Die Wahl fiel auf diesen Südländer, um ein Gegengewicht gegen die Behauptung von der Regierung der fünf Piemontesen zu haben. Der Unterrichtsminister Martini sprach sich im Juli in einem Erlaß an die Leiter aller höheren Schulen gegen die Pedanterie, die geistige und moralische Tortur aus, wie sie seither noch allzusehr beim klassischen Unterricht in den italienischen Schulen gang und gäbe war. Die Minister Giolitti und Genala wohnten am 18. Juli in Turin einer Festsetzung des allgemeinen Arbeitervereins bei. Ersterer hob hier in einer Ansprache hervor, die Politik der Regierung beruhe auf Grundsätzen, welche dazu beitragen würden, die Lage der Arbeiter zu heben, und in der auswärtigen Politik verfolge die Regierung nur das einzige Ziel, die Erhaltung des Friedens und die Herstellung herzlicher Beziehungen zu allen benachbarten Völkern. Minister Genala sagte am 23. September in einer Rede zu Cremona, die Italien heimsuchende Krisis sei eine Wirkung der allgemeinen Krisis, welche in Italien noch durch die Baukrisis, das Finanzelend Südamerikas und durch Ausgaben verschärft sei, die als Folge früherer Gesetze das Budget belasteten. Gewiß sei es eine schmerzliche Notwendigkeit ge-

wesen, zu derselben Zeit, wo Italien ein 4 Milliarden betragendes Bautenprogramm aufgestellt habe, die Militärausgaben zu erhöhen; aber ein Fehler wäre es, zu glauben, dies sei eine Folge des Dreibunds; die allgemeinen Verhältnisse in Europa drängten alle Staaten zu Rüstungen, sogar die Schweiz, die niemand bedrohe, rüste in größerem Maßstabe als Italien. Zur völligen Regelung der Finanzlage sei die Durchführung organischer Reformen und eine Dezentralisation erforderlich.

Der Ministerrat beschloß am 8. Oktober, dem Könige die Auflösung der im November 1890 gewählten Abgeordnetenkammer vorzuschlagen. Giolitti begab sich darauf zum Könige nach Monza und legte ihm einen das neue gesetzgeberische Programm enthaltenden Bericht vor, welcher dem Erlasse wegen der Auflösung voranging. Dieses Programm war ausschließlich finanziellen Inhalts. Die wichtigsten Maßregeln, durch die das Gleichgewicht erzielt werden sollte, bestanden in einer Erleichterung der Pensionslast und in der Einführung des Petroleummonopols. Eine Steuerreform und Reformen verschiedenartiger Verwaltungszweige, um sie billiger zu gestalten, wurden in Aussicht gestellt. Was die beabsichtigte Umgestaltung des Pensionswesens betrifft, so sollte mit der 72 782 000 Lire betragenden Schuld des Staats an Ruhegehältern durch Verteilung der Ausgabe auf eine längere Reihe von Jahren aufgeräumt werden. Infolge dieser Maßnahmen werde das Budget für 1892/93 mit einem Überschuf von 6 Millionen, das für 1893/94 im Gleichgewicht abschließen. Die Wahlbewegung war recht lebhaft, in Süd-Italien mehrfach stürmisch. Von sachlicher Bedeutung war dabei das Hervortreten zahlreicher gegenwärtiger und früherer Minister. Der frühere Finanzminister Colombo sagte in seiner Wahlrede zu Mailand am 7. Oktober, binnen drei Jahren könnten Ersparnisse bis zu 30 Millionen im Kriegsbudget und bis zu 40 Millionen in den andern Budgets vorbereitet werden. Erstere gedachte er durch eine organische Reform des Heeres herbeigeführt zu sehen und verstand darunter eine Heeresverminderung um zwei Armeekorps. Dies sei möglich, wenn die Großmachtpolitik aufgegeben würde. Der Zufall wollte aber, daß an demselben Tage, an dem diese Forderung aufgestellt wurde, der französische Staatsmann Ferry in einer Rede über Frankreichs Kolonialpolitik feststellte, daß Frankreichs Festsetzung in Tunis, die in Italien so böses Blut

gemacht, nur möglich gewesen war, weil Italien damals vereinzelt dastand. Ausdrückliche Widerlegung fand Colombos Vorschlag in einer vom Kriegsminister Pelloux am 20. Oktober in Livorno gehaltenen Rede. Er wies eindringlich darauf hin, daß die Grundlage der militärischen Organisation unverändert bleiben müsse. Die Ersparungen im Kriegsbudget hätten in den letzten Jahren 19 Millionen betragen; noch mehr zu ersparen, sei schwierig, eine Politik der Isolierung Italiens würde nur größere Ausgaben verursachen, während der Dreibund ohne Einfluß auf diese Ausgaben sei. Nicht minder kräftig wurde Colombo vom früheren Minister Zanardelli, einem Führer der Linken, in einer Wahlrede zu Iseo bei Brescia zurückgewiesen. Eine Thorheit nannte er es, und ein Verbrechen, angesichts der Riesenhære der fremden Staaten die Verteidigungskraft des Landes zu schwächen. Daß neben den Bündnissen auch die Freundschaft für die anderen Staaten in Italien lebendig sei, zeige die Flottenrevue von Genua. Im gleichen Sinne sprach sich der vorige Ministerpräsident di Rudinì in einem Schreiben an seine Wähler zu Cascamo aus. Beschwichtigend suchte er auch nachzuweisen, daß er die Beziehungen zu Rußland freundlicher gestaltet und in Frankreich das Mißtrauen gegen Italien zerstreut habe. Wesentlich vervollständigt wurden diese Darlegungen der äußeren Politik im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Landes durch eine Rede des Ministers des Äußern, Brin, am 27. Oktober vor seinen Wählern zu Turin. Er führte Cavour's Ausspruch an: „Die sicherste Stütze der Volksrechte sind starke Bataillone und gute Verbündete.“ Es gebe, meinte er ferner, kein friedlicheres Land und keins, das mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe, als Italien. Seine klare und kräftig durchgeführte Friedenspolitik habe ihm überall Vertrauen erworben und erhalte ihm namentlich die Freundschaft mit England, auf die Italien zu rechnen pflege. Nun kam auch der Justizminister Bonacci an die Reihe, der am 29. Oktober in einer Rede zu Rom entwickelte, daß das Land durch seine Gesetze genügend in den Stand gesetzt sei, Übergriffe der Geistlichkeit zu unterdrücken. Der frühere Minister Miceli wandte sich am 30. Oktober in einer Rede zu Cosenza besonders gegen diejenigen, die das Defizit dem Dreibund zuschreiben. Gleichzeitig suchte der frühere Minister Villa in einer Rede zu Villanova d'Alsti auszuführen, daß grade Italiens Beitritt zum Bunde mit Österreich und Deutschland viel zur Erhaltung

des Friedens beigetragen habe. Endlich ließ sich der Ministerpräsident Giolitti vernehmen. Bei einem ihm im Palast der schönen Künste zu Rom gegebenen Festmahl führte er vor einer von 70 Senatoren und 100 Abgeordneten besuchten zahlreichen Versammlung den ganzen Finanzplan näher aus und rief dann unter allgemeinem Beifall: „Wir haben nicht an der Zukunft verzweifelt, als wir eine Unterbilanz von 500 Millionen und den Zwangskurs hatten, das Goldagio auf 20 % gestiegen war, Österreich als unser Feind in Venetien stand, Rom von feindlichen Truppen besetzt war, und wir sollten jetzt auf unsern Platz in der Welt verzichten, weil wir einen Fehlbetrag von 20 bis 30 Millionen haben und das Agio 4 % beträgt?“

Nicht vergebens hatten die Staatsmänner das Volk über die innere und äußere Lage ausführlich unterrichtet und beruhigt. Freilich beteiligte sich an den Wahlen vom 6. und 12. November nur der vierte Teil der Wähler, das Ergebnis bedeutete aber einen glänzenden Sieg des Ministeriums Giolitti. Die ministeriellen Blätter berechneten diese Mehrheit auf 370 gegenüber einer Opposition von 122 und 11 unsicheren Stimmen. Das Ergebnis enthielt zudem eine vollständige Niederlage der unversöhnlichen Radikalen. Cavalotti, Canzio, Ferraro unterlagen, also gerade diejenigen Mitglieder der äußersten Linken, die mit besonderer Überhebung und Hartnäckigkeit sich zu lärmenden Wortführern aufgeworfen hatten; ihr Genosse Imbriani kam nur mit vier Stimmen Mehrheit durch. Die Ausmerzungen dieser Franzosenfreunde in Verbindung mit der Niederlage, die der durch seine Angriffe gegen den Dreibund bekannte Bonghi von der Rechten bei den Haupt- und den Stichwahlen erlitt, bedeuteten ohne Zweifel eine Gutheißung der Dreibundspolitik. Zu einem Drittel wurde die Kammer völlig erneuert, ein Fall, wie er seit 1876 nicht vorgekommen war.

Das neue Parlament trat am 23. November zusammen. Bei der Fahrt zum Parlamentsgebäude wurden der König, die Königin und die Prinzen von der Volksmenge aufs lebhafteste begrüßt und beim Eintritt in den Sitzungssaal mit Zurufen empfangen. In der Thronrede sprach der König zunächst von der auswärtigen Politik. „Das seinem Ablauf entgegengehende Jahr wird auf lange Zeit in unserer Geschichte ein denkwürdiges bleiben. Mein Herz ist noch erfüllt von unvergeßlicher Bewegung über die Huldigungen,

welche die Vertreter der meisten Nationen der zivilisierten Welt mir kürzlich in Genua dargebracht haben. Ich erblicke darin ein Zeugnis dafür, daß Italien sich so behauptet wie seit seiner Wiederherstellung als Nation, als eine nie ermüdende Stütze der Eintracht und des Friedens. Meine Regierung ist mit den verbündeten Regierungen in wachsender Sorgfalt bemüht, Europa vor jeder Gelegenheit einer Zwietracht zu bewahren.“ Weiterhin hieß es in der Thronrede, das Gleichgewicht im Budget werde ohne Erschwerung für die Steuerträger hergestellt werden, und nach Ankündigung verschiedener Reformen schloß die Rede mit den Worten: „König Viktor Emanuel konnte mit Vorliebe den Ehrgeiz hegen, den Italienern ein Vaterland zu geben und seine Wünsche in unserm Rom zu verwirklichen. Ich hege den Ehrgeiz, meinen Namen an die wirtschaftliche und intellektuelle Wiedergeburt des Landes zu knüpfen, mein teures Italien stark, blühend und groß zu sehen, wie es jenen vorschwebte, die dafür litten und starben.“ Die Rede machte den befriedigendsten Eindruck; fast jeder ihrer Absätze wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen und ein Jubel, der nicht schien enden zu wollen, folgte ihr nach. Der König war durch die erhebende Huldigung wahrhaft erschüttert. Nachdem er sich entfernt hatte, erhielten die Minister persönlich erhebende Beweise des Vertrauens. Die Deputiertenkammer wählte den früheren Minister Zanardelli zum Präsidenten. Die Beratung der Adresse auf die Thronrede war ohne Bedeutung, jedoch kam es bei Beratung des Etats des Auswärtigen zu Erörterungen über den Dreibund. Lucifero erwähnte, seit einiger Zeit spreche man von einer Verringerung des guten Einvernehmens unter den Verbündeten, er glaube jedoch nicht daran und meine, jeder Grund zur Unbeliebtheit des Dreibunds sei geschwunden, denn es sei erwiesen, daß er die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erschwert habe. Der Minister des Außern, Brin, wies jenes Gerücht zurück und bemerkte, die Verbündeten hätten den festen gemeinsamen Vorsatz, alles aufzubieten, um Zwistigkeiten auszugleichen oder zu vermeiden. Der Umstand, daß Deutschland nur ein Kriegsschiff zur Columbusfeier nach Genua gesandt, habe keine politische Bedeutung; die bedeutend größere Vertretung Frankreichs dort erkläre sich daraus, daß dieses den Anlaß habe benutzen wollen, in Erwiderung der seitens der italienischen Marine dem Präsidenten Carnot in Toulon dargebrachten

Huldigung den König zu begrüßen. Die Entsendung der Kriegsschiffe sei vorher unter den Mächten ohne alle Rivalität geregelt worden. Jedes Zeichen von Besserung der Beziehungen Italiens zu anderen Mächten werde von dessen Verbündeten als ein Erfolg ihrer gemeinsamen Politik günstig aufgenommen. Das große Vertrauen der Kammer zum gesamten Ministerium überhaupt fand am 19. und 20. Dezember entschiedenen Ausdruck durch rasche Annahme von Gesetzesentwürfen über Verlängerung des provisorischen Budgets und über Verlängerung des Bankprivilegs, vor allem aber durch die große Mehrheit von 299 gegen 86 Stimmen für eine durch Angriffe Nicoteras hervorgerufene Vertrauenserklärung. Eigentümlich war ein gewisser Gegensatz, in den der Senat zur Regierung geriet. Mit 69 gegen 52 Stimmen lehnte er am 30. November einen der neuernannten Senatoren, den Sizilianer Zuccaro-Floresta ab, der früher eins der treuesten Werkzeuge der Bourbonen gewesen war. Dem Senat steht allerdings das Recht zu, die Bestätigung zu versagen, wenn die Titel für die Wählbarkeit nicht klar genug sind; dagegen ist es doch sehr fraglich, ob der Senat in anderen Fällen, also auch in diesem Falle, das königliche Ernennungsrecht illusorisch machen darf. Der Ministerpräsident gab daher am 1. Dezember die Erklärung ab, jener Beschluß lege der Regierung die ernste Pflicht auf, die Frage umsichtig zu prüfen.

Seit geraumer Zeit rüstete man sich in allen Landesteilen zu einer würdigen Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares am 22. April 1893. Da sprach nun der König im Oktober durch einen Erlaß an den Minister Giolitti den Wunsch aus, daß jedes derartige Geschenk unterlassen und der Tag nur Anlaß zu Werken der Wohlthätigkeit bieten möge. In den ersten Oktobertagen fand in Turin eine Hochzeit im Hause Savoyen statt: es war die älteste Tochter des Prinzen Eugen aus der Seitenlinie Cavignan, die sich mit dem Artilleriehauptmann Rasi vermählte, vom Könige mit einer reichen Mitgift bedacht. Das Königspaar begrüßte am 15. Oktober in Mailand die Kaiserin Friedrich auf ihrer Reise nach Venedig. Im November erließ es in seinem weitgehenden gemeinnützigen Sinn ein Preisauschreiben für einen Wettbewerb bezüglich der Herstellung von vervollkommeneten Einrichtungen auf dem Gebiete der Verwundeten- und Krankenpflege. In Padua fand am 7. Dezember

eine Gedektsfeier der Universität für Galilei statt, der vor 300 Jahren seine Inauguralrede hier gehalten hat.

Papst Leo XIII. empfing am Neujahrstage Vertreter der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, die eine Adresse überreichten. Wie sehr diese ihn erfreute, drückte er am 26. Januar in einem Schreiben an den Kardinal Melchers aus. Die Gesinnungen dieser Vereine entsprächen wunderbar der Hoffnung, von der er bei Abfassung der Enkyklika vom 17. Mai 1891 über die Lage der Arbeiter geleitet gewesen sei, zumal „das Sinnen und Trachten des erhabenen Fürsten, der das Deutsche Reich regiert, ständig auf Herstellung des sozialen Friedens gerichtet ist und die vor kurzem gegebenen Gesetze darauf abzielen, das Heil und Wohlergehen der Arbeiter zu fördern.“ Einen für den Papst recht peinlichen Verlauf nahm die Frage wegen der Verwaltung des sog. Peterspfennigs. Dessen Verwalter, Mons. Folchi, wurde von einem päpstlichen Räte großer Veruntreuungen schuldig befunden, trat dann aber zu seiner Verteidigung vor den Papst mit einer Denkschrift, in der er die im Klassenwesen des Vatikans herrschende Unordnung schilderte und nachwies, daß diese Gelder vorzugsweise in den römischen Bauspekulationen angelegt, sowie vielen römischen Adelligen und Geschäftsleuten, die vom Gründungsfieber erfaßt waren, geliehen worden seien. Durch Entwertung der angekauften Papiere seien etwa 15 Millionen Lire verloren. Nachdem diese Denkschrift an die Öffentlichkeit gelangt war, wiesen italienische Blätter darauf hin, daß der Papst hierdurch gewissermaßen seinem Vertrauen in die Unveränderlichkeit der jetzigen Lage Italiens Ausdruck verliehen habe, warfen aber auch die Frage auf, welchen Eindruck diese Enthüllungen auf die frommen Spender machen müßten, die immer von der großen Bedürftigkeit des Papstes gehört hätten. Einige Überraschung rief es hervor, daß an Stelle des verstorbenen Kardinals Simeoni der Kardinal Ledochowski zum Präfekten der „Kongregation für Ausbreitung des Glaubens“ ernannt wurde, denn man glaubte darin einen Sieg der unveröhnlichen Partei und der Gegner des Dreibunds erblicken zu müssen. Die vom Papste am 20. Februar an die Bischöfe und alle Katholiken Frankreichs gerichtete Aufforderung, sich aufrichtig der Republik anzuschließen, ist unter „Frankreich“ näher (S. 269) berührt. Am 1. März brachte das Kardinalskolleg dem Papste seine Glückwünsche zum

82. Geburtstage dar. Er antwortete, er habe, gleichwie Innocenz III., alle Bemühungen auf die Unabhängigkeit der Kirche gerichtet und werde den Rest seines Lebens dieser schwierigen Aufgabe widmen. Am 13. Mai wurde im Vatikan der 100. Geburtstag Papst Pius' IX. gefeiert, und am Pfingstfeste vollzog Papst Leo die Weihe der goldenen Krone als Geschenk für die Königin Amalie von Portugal, Tochter des königlichen Prätendenten von Frankreich. Die Veröhnungspartei im Vatikan erlitt im Juli durch das Ableben des von ihr zum zukünftigen Papst ausersehenen Kardinals Battaglini zu Bologna einen schweren Stoß. Am 8. September erließ der Papst eine Enklyklica über „den heiligen Rosenkranz“. Die Wahl eines neuen Generals des Jesuitenordens an Stelle des verstorbenen Anderledy wurde am 2. Oktober im Hause des Ordensstifters Loyola zu Azpeitia in Biscaya von den Vertretern der fünf Ordensprovinzen vollzogen. Sie fiel auf den Spanier Pater Luis Martin, früheren Leiter der klerikalen Zeitung „das heilige Herz“ in Bilbao, der 1877 Rektor der Universität Salamanca gewesen war. Er wird seinen Sitz in Fiesole bei Florenz nehmen und wurde vom Papst am 12. Oktober mittels besonderen Breves begrüßt. Zwei Tage später empfing der Papst die Vorsteher aller Trappistenklöster, die sich in Rom versammelt hatten, um die Vereinigung ihrer Kongregationen zu einem einzigen Orden vorzunehmen. Die von ihm hierbei gehaltene Rede enthielt eine scharfe Verurteilung der französischen Revolution. Das bekreudete insofern, als der Papst erst kürzlich mit Entschiedenheit den französischen Katholiken das Gebot auferlegt hatte, sich der Republik anzuschließen, die sich die Durchführung der Grundsätze dieser Revolution zur Aufgabe macht. Wie wenig er übrigens hiernit in Frankreich ausgerichtet hat, ging aus einem Breve hervor, das er im November an den Bischof von Orleans richtete. Er klagte darin, daß alle seine Bemühungen für den inneren Frieden dieses Landes eine Steigerung der Wut bei der die Kirche verfolgenden Partei hervorgerufen zu haben schienen. Dem ihm am 6. November besuchenden Großfürsten Sergius sprach der Papst wiederholt die Hoffnung auf noch bessere Gestaltung seiner Beziehungen zu Rußland aus, während der Großfürst sich sehr zurückhielt. Unterm 8. Dezember erließ der Papst ein Schreiben an die italienischen Bischöfe und eins an das italienische Volk. In beiden erhob er lebhaft Klage

über den Einfluß der Freimaurerei auf das geistige und religiös-sittliche Leben. Indem er überall das aufrührerische und gottleugnende Wirken dieser Sekte vermutete, sah er ringsum nur Zeichen des traurigsten Zerfalls. Als Antwort hierauf fand am 18. Dezember in Neapel ein großes freimaurerisches Festmahl statt, bei dem der Großmeister die befreiende sittliche Arbeit der Freimaurerei dem rückschrittlichen Streben des Klerikalismus und des Vatikans entgegenstellte. „In der alten Papstburg,“ sagte er, „lebt und dräut noch, bewahrt mit Syllabus, das barbarische Mittelalter, in den Logen lebt die Jugendkraft der Neuzeit.“

Aus der Totenliste Italiens führen wir folgende Personen an: Am 14. Januar starb in Rom der 75jährige Kardinal Johannes Simeoni, früher Hausprälat, dann Kammerherr des vorigen Papstes, 1875 Nachfolger Antonellis als päpstlicher Staatssekretär, seit 1878 Generalpräsekt der Propaganda. Ihm folgte am 19. Januar Antonius Anderledy, seit 1884 als Nachfolger Beck's General der Gesellschaft Jesu. Er stammte aus Brieg in der Schweiz, gehörte seit 1838 dem Orden an und wirkte früher in Piemont, Amerika, Baiern, Ermland, Köln, Paderborn und Maria-Laach; er wurde 73 Jahre alt und starb zu Fiesole bei Florenz infolge von Influenza. In Berlin starb am 7. Februar der Graf de Launay, seit 1855 Geschäftsträger Sardiniens, dann Gesandter Italiens am preussischen Hofe, der stets bestrebt war, das gute Verhältnis zwischen beiden Staaten zu erhalten. Emilio Broglio, Verschwörungsgenosse Manins, Sekretär der provisorischen Regierung von 1848, Freund und Mitkämpfer Cavour's, starb am 19. Februar und wurde in würdiger Weise auf Staatskosten beerdigt. Am 23. Februar starb in Rom Gaspar Mermillod, seit 1890 Kardinal, 1872 viel genannt im Streite der Schweiz mit dem Papste über die Errichtung eines von Lausanne getrennten Bistums Genf. Am 6. April starb in Rom der Senator Isacco Besaro-Maurogonato, der 1849 mit Manin den Aufstand Venedigs gegen die österreichische Herrschaft ins Werk setzte und Leiter der Kämpfe um die Lagunenforts war. Um dieselbe Zeit verlor Italien einen der vorzüglichsten Generale, den Grafen Giuseppe Pianell, der in Verona starb. In den Wirren von 1860 hatte er das ihm vom König von Neapel angebotene Kriegsministerium abgelehnt, war von Cavour in das piemontesische Heer aufgenommen

und bewahrte in der Schlacht bei Custoza die Italiener vor völliger Vernichtung, indem er den Österreichern in die Flanke fiel. Das Andenken an den am 2. März gestorbenen sardinischen Abgeordneten Ferracciu wurde von der Deputiertenkammer sehr geehrt; er war 1849 als junger Professor an der Universität Sassari in der Kammer des Königreichs Sardinien für die Unabhängigkeit Italiens eingetreten und war später Marine-, ein anderes Mal Justizminister. Am 8. Juli starb Kardinal Battaglini in Bologna. Nach langer Krankheit starb am 8. September in Livorno der Senator General Enrico Cialdini, 81 Jahre alt, der 1860 die Päpstlichen unter Lamoriciere bei Castelfidardo schlug, Gaeta eroberte und 1862 gegen den aufständischen Garibaldi nach Sicilien geschickt wurde. Er ward 1866 Chef des Generalstabs, begleitete 1870 den Herzog Amadeus nach Madrid, wurde bei diesem Könige Gesandter Italiens, erhielt 1873 den Titel eines Herzogs von Gaeta und vertrat 1876—81 Italien in Paris. 1870 war er der einzige Abgeordnete, der den Franzosen Hilfe geleistet haben wollte. In einer sehr schlechten Mietwohnung im vierten Stock eines Hauses der Rue Montaigne zu Paris starb am 24. September 65-jährig Franz de Paula von Bourbon, Graf v. Trapani, Halbbruder Ferdinands II. beider Sicilien. Mehrere entthronte Familien wurden hierdurch betroffen, denn der Graf war Oheim des Exkönigs Franz II., des Grafen Chambord, der Exkönigin Isabella von Spanien, des früheren Großherzogs von Toscana und der aus Brasilien verbannten Gräfin v. Eu, Tochter Dom Pedros II. Er lebte seit 1871 zu Paris in der Hoffnung einer Zurückführung seiner Familie auf den Thron von Neapel. Durch den Tod des Kardinals D'Annibale stieg die Zahl der unter dem jetzigen Papst verstorbenen Purpurträger auf 83. Der am 13. November in Turin verschiedene General Bertolo Viale war 1866 und 1887 Kriegsminister sowie eng befreundet mit dem vorigen Könige. Die Bestattung erfolgte auf Kosten des Staats und des königlichen Hauses. Am 26. November verschied der Marineminister Pacoret di Saint Bon, dadurch verdient, daß er den Gedanken der Schöpfung einer großen modernen Flotte populär gemacht hatte. Zum Nachfolger erhielt er den Vizeadmiral Macchia.

Spanien und Portugal.

Am 1. Januar wurde in Madrid der neue Zolltarif verkündigt, wonach der Minimaltarif auf alle Länder Anwendung finden soll, welche Spanien die günstigsten Bedingungen ihres Tarifs zugestehen. Die neuen Tarife sollen für diejenigen Länder geändert werden können, welche außerordentliche Zugeständnisse machen, nur ein Nachlaß des Zolles für Alkohol und andere Spirituosen soll nicht stattfinden. Bald darauf erteilten die Cortes der Regierung die Ermächtigung, die am 1. Februar erlöschenden Handelsverträge bis zum 30. Juni zu verlängern und während dieser Zeit provisorisch handelspolitische Vereinbarungen zu treffen. Zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge und zur Beratung von deren Grundlagen mit den Vertretern der fremden Mächte wurde im Februar eine Kommission eingesetzt.

Im Vordergrund der Dinge standen Bewegungen in der Arbeiterbevölkerung. Wie sehr in dieser die sozialdemokratischen Lehren an Umfang zugenommen hatten, ging aus einem Berichte hervor, den das Haupt der spanischen Sozialisten, der Schriftfeger Iglesias, seinen Freunden in Deutschland über das Jahr 1891 erstattete. Wie in Deutschland, hatten die Sozialisten in Spanien sich geschieden in Anarchisten und solche, welche die Petardenpolitik verabscheuten und den „gesetzlichen“ Weg nicht verlassen wollten. Der letzteren Richtung war die Mehrzahl zugethan. Sie verdrängte die Anarchisten aus den größeren Städten, namentlich hatten diese in Barcelona und Valencia im Kampfe mit den Sozialisten unter Iglesias den Kürzeren gezogen. Hierüber erbost, drohten die Anarchisten, zu beweisen, daß sie mehr zu leisten vermöchten als die Zahmen. Zu dieser Probeleistung war Andalusien ausersehen, wo schon seit Jahren unter der Landbevölkerung stark gewühlt war. Zwar war hier schon vor längerer Zeit durch die Deportation der Mitglieder des revolutionären Geheimbunds der „schwarzen Hand“ ziemlich aufgeräumt worden, in diesem Jahre aber gelang es den anarchistischen Agitatoren, die Stimmung unter den Landarbeitern wieder wachzurufen. Sie hielten im Anfang Januar in der Gegend von Xeres Versammlungen und Brandreden,

versetzten die Bevölkerung in die größte Aufregung und verhöhnerten die Warnungen der Behörden. Am Abend des 8. Januar drangen Haufen anarchistisch gesinnter Landleute mit Flinten, Knütteln, Feugabeln unter dem Rufe: „Es lebe die Anarchie!“ in die Stadt Xeres und fielen ohne weiteres über die Bürger her, von denen zwei getötet wurden. Dem einen ward mit der Sense der Kopf abgehauen. Zu den beabsichtigten Plünderungen kam es jedoch nicht, da die Behörden nicht ganz unvorbereitet waren. Es kam zum Gefecht mit Gendarmen; das Feuern dauerte bis zum Morgen und Kavallerie verfolgte die fliehenden Landleute, deren Mehrzahl hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde. Vier Anführer wurden später zum Tode verurteilt und hingerichtet. In gewisser Verbindung mit dem Vorgang in Xeres stand eine Kundgebung, die am 10. Januar in Madrid für die soziale Revolution stattfand und wo die Ruhestörer mit den Waffen auseinandergetrieben wurden. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten kam es am 13. Januar in der Deputiertenkammer zu einem stürmischen Auftritt. Der republikanische Abgeordnete Valles brachte eine Anfrage über den Putsch von Xeres ein, wobei er die Einrichtungen der Monarchie angriff. Er wurde vom Präsidenten zur Ordnung verwiesen, aber alle republikanischen Abgeordneten legten hiergegen Verwahrung ein. Anlässlich des Anarchistenprozesses in Xeres kam es Anfang Februar in Barcelona zu anarchistischen Kundgebungen ernststen Charakters. Eine große, auf den Königsplatz geworfene Bombe richtete erhebliche Verwüstungen an und versetzte die Bewohner in panischen Schrecken. Es kam zu blutigen Kämpfen, zur Verhaftung vieler Ruhestörer, aber zu neuen schrecklichen Drohungen. Als die Vorgänge auch im Senat zur Sprache kamen, versicherte der Bauminister Isasa, die Regierung nehme die Herausforderung der Feinde der sozialen Ordnung an und werde den Kampf gegen sie rücksichtslos weiterführen. Nachdem am 22. Februar wieder Massenverhaftungen von Anarchisten in Xeres, San Fernando und Cadix stattgefunden hatten, brachten die Bischöfe von Salamanca und Cadix im Senate wiederum die Rede auf diese Fragen. Sie meinten, der Anarchismus sei nur die logische Folge des Nationalismus; von den Höhen der Gedankenfreiheit gelange man von selbst zu den dunkeln Thälern des Anarchismus. Da müsse der Katechismus als Helfer eingreifen. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo erwiderte,

Staat und Kirche mußten allerdings zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beitragen; wenn indeß diese unmögliche Forderungen stellten, so wäre das einzige Heilmittel dagegen der Gebrauch der Waffen. Diese mußten dann auch ferner gebraucht werden bei Ruhestörungen zu Ronta bei Malaga und im Bergarbeiterbezirke von Bilbao. Hier richteten die Streikenden allerlei Verwüstungen an, und es mußten drei Bataillone unter General Loma dorthin geschickt werden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen und vielen Verhaftungen. Am 27. März fand wieder in Barcelona ein Dynamitanschlag gegen das neue Gefängnis statt. Ein solcher war auch in Madrid geplant, wurde aber noch glücklich vereitelt. Anarchisten hatten nämlich Explosivstoff unter die Treppe gelegt, die von der Privatwohnung des Kammerpräsidenten zur Deputiertenkammer führt. Aus vorgefundenen Papieren der Thäter ging hervor, daß sie auch den Plan hatten, die Kammer, den Senat, das königliche Palais, den Justizpalast, die Paläste des Staatsrats, des Kriegsministeriums und die Bank in die Luft zu sprengen. Es sollte dies am Palmsonntag während der Messe geschehen. Am 30. April verfügte die Regierung die Auflösung der anarchistischen Vereine in Barcelona, worauf es hier wieder zu blutigem Handgemenge kam. Im Juni verbreitete sich aber die anarchistische Bewegung über ganz Catalonien. Die streikenden Arbeiter plünderten mehrere Fabriken, steckten eine in Brand und mißhandelten Beamte. Infolge der Haltung von 87000 Ausständischen wurde am 9. Juni der Belagerungszustand über Barcelona verhängt, und nachdem die Gendarmerie von den Meuterern zurückgeworfen war, besetzte das Militär alle Plätze, den Hafen und das Regierungsgebäude. Am 13. Juni trafen in Barcelona die Vertreter der Arbeiter der ganzen Provinz ein, um einen allgemeinen Ausstand zu beschließen, und setzten seltsamerweise trotz des Belagerungszustands ihr Verlangen, einen großen Umzug in Zahl von 40000 Mann durch die Stadt halten zu dürfen, durch. Ein großer Ausstand brach im Juni auch in der durch ihre Konservenfabriken bekannten Stadt Calahorra im altkastilischen Bezirke Logroño aus. Man verjagte die Domherren, griff die Bahnzüge an und schritt zum Kampfe mit dem Militär. Gegen Ende Juni trat gar ein Ausstand der 3000 Telegraphisten des Landes ein, infolgedessen alle größeren Städte sich plötzlich in eine lange nicht mehr gekannte Isolierung versetzt sahen. Bedenkliche

Unruhen brachen am 3. Juli in Madrid aus, wo es auf der Plaza mayor zu einem regelrechten Feuergefecht kam. In den Städten an der Grenze gegen Portugal kam es zu Steuerkrawallen mit Plünderungen und militärischem Einschreiten. In Santander ward am 27. Juli der Belagerungszustand verkündigt, und Anfang August mußte viel Militär gegen aufständische Bauern in den Provinzen Alicante und Murcia geschickt werden.

Die oftmaligen Unruhen der Anarchisten waren Wasser auf die Mühle der übrigen Gegner der Regierung. Nicht bloß die republikanische, sondern auch die karlistische Partei, von der man lange nichts vernommen, ließen sich wieder hören. Die Republikaner suchten die Mahnungen des Papstes an die französischen Katholiken, sich die Republik als Staatsform gefallen zu lassen, für sich auszubeuten. In einem Aufrufe „an alle Spanier“ entwickelte Anfang Juni der Parteiführer Zorrilla die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Republik als des einzigen Heilmittels für alle politischen und wirtschaftlichen Schäden, von denen Spanien heimgesucht werde. Aus Rom vernahm man, Zorrilla habe eine Abschrift seines Aufrufs dem Papste zugesandt. In einer großen Versammlung von Republikanern in San Sebastian am 4. September wurde von den Rednern ausgeführt, dem Unabhängigkeitsfinne der Basken entspreche allein die republikanische Staatsform, und diese sei, nach den neusten Zeugnissen des Papstes, mit der katholischen Strenggläubigkeit völlig vereinbar. Die Anhänger des Don Carlos vollendeten eine über das ganze Land ausgedehnte straffe Organisation der Partei. Sie theilte sich in eine Civil- und eine Militärpartei, die beide viel verzweigt und gegliedert sind.

Die Cortes genehmigten im Februar einen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe und im Juni das Budget, in dem die Einnahmen mit 748 750 070, die Ausgaben mit 750 263 077 Pesetas festgestellt sind. Der Kriegsminister legte einen Gesetzentwurf vor, durch den die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Ein gleicher Entwurf war 1888 im Senate durchgefallen. Nun also soll ein neuer Versuch angestellt werden. Die Deputiertenkammer sprach am 18. Juli ihre Zustimmung zur Zollpolitik der Regierung aus und wurde dann vertagt.

Im Ministerium Canovas trat insofern eine Änderung ein, als

am März der Marineminister Admiral Montojo auschied und durch seinen Vorgänger im Amte, Beranger, ersetzt wurde. Die Königin-Regentin Christine begab sich im Beginn des Frühjahrs mit ihren Kindern nach Aranjuez, wo am 17. Mai der sechste Geburtstag des Königs Alfons gefeiert wurde. Hierbei kam die große Beliebtheit, deren die Königin sich erfreut, wieder zu vielfachem Ausdrucke. Nicht nur die Cortes und die höheren Kreise der Gesellschaft, sondern die ganze Bevölkerung nahm an dem Feste teil. An dem Tage wurde der dringende Wunsch des jungen Königs, der Besitz eines Ponies, erfüllt, auf dem der Monarch seine ersten Reitsstudien machte. Im Juli hielt er mit seiner Mutter feierlichen Einzug in San Sebastian, wo die Seebäder benutzt wurden. Des Königs Großmutter, die nun 61jährige frühere Königin Isabella, machte mal wieder von sich reden, diesmal durch die hervortretende Unzulänglichkeit ihrer 600 000 *M* betragenden Staatspension.

Wie in Italien, so wurde auch in Spanien das Columbusfest gefeiert. Kurz vor demselben erschien in Madrid ein sehr interessantes Buch. Die Herzogin von Berwick und Alba veröffentlichte unter dem Titel „Eigenhändige Briefe des Christobal Colon“ 46 Schriftstücke, die sich auf die ersten Jahre nach der Entdeckung Amerikas beziehen. Sie hatten, zu Bündeln zusammengerollt, im Archive des Hauses Alba gelegen und auf den einzelnen Convoluten war vermerkt, daß sie „unwichtig“ oder „als Wurstpapier zu gebrauchen“ seien. Der größte Teil dieser Urkunden stammt aus dem 16. Jahrhundert, nur einige reichen bis zum Ende des 15. zurück. Die Festlichkeiten zu Ehren des Columbus fanden statt in Madrid, Sevilla, Granada, Cadix, am großartigsten aber in Huelva an der Südküste Andalusiens, östlich von der Mündung des Guadiana. Ein Schiff mit Namen „Santa Maria“, genau nachgebildet demjenigen, auf welchem Columbus zur Entdeckung auszog, ward am 31. Juli in Carraca bei Cadix von Stapel gelassen und in Begleitung von Kriegsschiffen europäischer Staaten sowie eines mexikanischen Kriegsschiffs nach Huelva gebracht, wo in feierlicher Messe die für den Hauptmast bestimmte seidene Standarte geweiht wurde. Am 2. August Nachmittags wurde in Huelva der Anfang der Feier durch Herolde in der Tracht des 15. Jahrhunderts öffentlich verkündigt. Es fand dann ein Konzert und eine literarische Feier statt. In der Frühe des

3. August, zu derselben Stunde, wo vor 400 Jahren Colon vom nahen Palos aus in See stach, wurden von allen in dieser Bai versammelten Riesenschiffen der spanischen, italienischen, französischen und englischen Marine sowie von leichteren Korvetten Portugals, Hollands, Osterreichs, Rußlands und amerikanischer Staaten mit Kanonendonner die gehißten amerikanischen Flaggen begrüßt. Die Flagge Deutschlands war nicht vorhanden. Dann erschienen zahlreiche Abordnungen, worunter die des Heeres und der Marine, auch die meisten fremden Gesandten aus Madrid und wohnten in Moguer bei Palos dem Auslaufen der „Santa Maria“, einer Wiederholung des weltgeschichtlichen Vorgangs, bei. Im nahen Kloster La Rabida fand feierliches Hochamt statt. Es folgten noch Regatten, ein Stiergefecht, eine Prozession, Bälle und eine prachtvolle Beleuchtung der Bai von Huelva. Eine Fortsetzung nahmen diese Festlichkeiten am 12. Oktober, dem Tage von Columbus' Ankunft auf Guanahani. Zum Schauplatz war wiederum die durch Erinnerungen an Columbus reiche Gegend gewählt. Es ist die des Hafens von Palos und des Klosters Santa Maria de la Rabida, in dem sich das Schicksal des Genuesen gewandt hatte. An seinen Hoffnungen auf Spanien verzweifelnd und im Begriff, nach Frankreich auszuwandern, suchte er mit seinem Knaben Herberge in diesem Kloster und fand hier in dem Prior einen verständnisvollen Bewunderer seiner Ideen, der es dann durchsetzte, daß Columbus seine Gedanken den Majestäten entwickeln durfte. Der heruntergekommene Ort Palos erwies sich ungeeignet für die Festlichkeiten, man wählte daher wiederum Huelva in landschaftlich schöner Gegend am Mündungstrichter des Rio Tinto und des Rio Odiel. Die Vorfestlichkeiten hatten schon am 5. Oktober mit den Zusammenkünften des Amerikanisten-Kongresses begonnen, zu denen der Ministerpräsident Canovas eintraf. Auf der Durchreise in Sevilla war er dem Mordanfälle eines verrückten Apothekers entgangen und wurde in Huelva mit großen Ehren empfangen. Er nahm an den Sitzungen teil und besuchte mit den Kongreßmitgliedern die berühmten Rio Tinto-Minen zur Gewinnung kupferhaltiger Schwefelkiese. Am 7. Oktober fand eine Sitzung des Kongresses im Kloster de la Rabida statt, wo Canovas in einer Ansprache an die den Columbus schützenden Mönche erinnerte. Am 18. Oktober langte auf dem „Conde de Benadito“ die königliche Familie an. Ihr folgten 25 prächtig geschmückte Kriegs-

Schiffe, viele Dampfer und Segelbote. Die Königin Christine landete um 1 Uhr. Nach einem Teedeum im Kloster erfolgte die Einweihung des Columbus-Denkmal's. Das Standbild ist fast 65 Meter hoch und wird künftig den Schiffern die berühmte Stelle schon von weit her andeuten. Nachdem die Regentin den jungen König Alfons wieder an Bord gebracht hatte, wohnte sie mit den Infantinnen einer Theater-vorstellung und einem Festmahle, folgenden Tags auch einem histo-rischen Festzuge in Huelva bei. Aus Anlaß der Feier begnadigte sie fünf zum Tode verurteilte Verbrecher, ordnete die Rückgabe dieses Klosters an die Franziskaner zur Gründung einer Missionschule an und unter-zeichnete ein Gesetz, durch welches der 12. Oktober zum National-festtage erhoben wird. Das übrige Land hatte ebenfalls seine Co-lumbusfeste, manche derselben hatten aber eigentümliche Zwischenfälle. In Madrid kam es am 21. Oktober zu einem argen Skandal, zu lebhaften Protesten von Malern und Bildhauern wegen der unge-nügenden Räume für ihre Fest-Ausstellung; in Sevilla wurde während des Fackelzuges ein Schauwagen böswillig angezündet, auf dem an-gebunden als Indianer verkleidete Leute sich befanden; in Barcelona kam es beim Fest-Feuerwerke zu Zusammenstößen zwischen der Be-völkerung und der Gendarmerie; es wurde schließlich ein Karren an-gesteckt, in dem sich die Feuerwerkskörper befanden; ferner erkrankte der junge König Alfons nicht unbedeutend, anscheinend unter dem Einfluß der Feststrapazen, und als man schließlich nach dem von Columbus stammenden Don Christobal Colon y de la Cerda, Herzoge von Veragua fragte, der sich nirgends bei den Festen hatte sehen lassen, stellte sich heraus, daß er grade in diesem Monate bankerott geworden war. Zur Zeit des Festes wurden seine Möbel gepfändet. Auch hiermit waren die Eigentümlichkeiten der Columbusfeste noch nicht zu Ende. In Madrid erwartete man Großartiges, indem man nach den von der Stadt ausgelegten Kosten urteilte. Aber von der Verwendung der Summe war lange nichts zu sehen, vielmehr sah sich der Minister des Innern veranlaßt, eine Untersuchung über die städtische Verwaltung einzuleiten, obwohl der Bürgermeister bis dahin sein besonderer Schützling gewesen war. Dadurch stieg der Unwille der Bürgerschaft in hohem Grade. Als sich nun am 1. November Tausende auf der Plaza de Madrid versammelt hatten, um den Musikvorträgen beizuwohnen, kam die Nachricht, die Musiker würden

nicht erscheinen. Darüber geriet die Menge in Wut, zerstörte die Musikbühne, zog durch die Hauptstraßen und zertrümmerte alle Laternen unter Verwünschungen gegen den Ministerpräsidenten und die Konservativen. Ähnlich ging es am 2. November in Granada her. Gerade hier, bei der Alhambra, sollten die Feste ihren Höhepunkt erreichen; es sollte hier durch Enthüllung eines Denkmals für Columbus der Tag gefeiert werden, an dem vor 400 Jahren Ferdinand von Aragonien und Isabella von Castilien die Maurenherrschaft brachen. Nachdem hier wochenlang große Festvorbereitungen getroffen waren, kam die Nachricht an, daß die Regentin wegen Erkrankung des jungen Königs nicht eintreffen werde. Nun zerstörte das Volk den für sie errichteten Triumphbogen, verbrannte die Dekorations-Einrichtungen und entfernte die Bekleidung des Denkmals. Der in Andalusien verbreitete republikanische Geist kam zum Durchbruch. Die Menge stürmte und verbrannte einige Zollhäuser, warf die Polizisten zurück und forderte vor dem Regierungspalast Herabsetzung des Brotpreises. Es wurde Militär aus der Provinz geholt, mit dem es blutige Zusammenstöße gab. Sobald der Zustand des Königs es erlaubte, begab sich die Regentin wenigstens noch nach Sevilla, wo sie denn auch mit begeistertsten Zurufen empfangen wurde und im Alkazar den Mitgliedern des katholischen Kongresses ein Bankett gab. Bei ihrer Rückkehr wurden die Königin und ihre Kinder von der Bevölkerung Madrids mit großer Herzlichkeit begrüßt. Während ihrer Fahrt zum Schloß wurden so viele Blumenpenden dargebracht, daß der Wagen völlig davon bedeckt erschien. Den Schluß aller Columbusfeste bildete die feierliche Einweihung der Columbus-Ausstellung in der Hauptstadt am 11. November in Gegenwart des Hofes und des zu diesem Zweck erschienenen portugiesischen Königspaares. Der Eintritt der Herrschaften erfolgte unter den Klängen der von fünf Musikkorps vorgebrachten Hymnen beider Nationen. Auf amerikanischer Erde war der Thron errichtet, vor dem die Reden gehalten wurden. Die Majestäten machten einen Rundgang und wohnten dann einem Stiergefächte bei.

Die Wahlen zu den Provinzialräten gingen am 11. September im ganzen Lande in größter Ruhe und mit auffallender Gleichgültigkeit vor sich. Sie fielen völlig zu Gunsten der Regierung aus, die Beteiligung war aber ebenso wie 1890, wo das allgemeine Stim-

recht zum ersten male in Anwendung kam, eine sehr geringe. Nur der vierte Teil der Berechtigten nahm daran teil. Im November machte sich ein steigendes Unbehagen der Bevölkerung über die innere Lage geltend, was sich besonders bei mehreren gegen den Ministerpräsidenten Canovas gerichteten Kundgebungen zeigte. Der Grund lag in dessen hochschutzzöllnerischen Bestrebungen, dem Sinken der Einnahmen, der Abnahme von Ein- und Ausfuhr. Dazu kam, daß sich Canovas gegenüber den bloßgelegten Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung Madrids nicht auf den strengen Standpunkt stellte. Diese Frage führte am 30. November zum Rücktritt des Ministers des Innern, Villaverde, der durch Danvilla ersetzt wurde, und am 2. Dezember zu Unruhen in der Hauptstadt. Als nun Canovas bezüglich dieser Sache in der 2. Kammer am 7. Dezember die Vertrauensfrage stellte und nicht die Stimmen aller Konservativen erhielt, bat er um Entlassung. Nachdem es 2 $\frac{1}{2}$ Jahr im Amt gewesen, trat das Ministerium Canovas zurück und wurde ersetzt durch ein Ministerium Sagasta, welches sein Vorgänger 5 Jahre lang gewesen war. Dessen erste Maßregel bestand in der Gestattung, die neue protestantische Kirche in Madrid zu eröffnen, wozu sich Canovas nicht hatte entschließen können. Sagasta erblickt seine Hauptaufgabe in einem Handelsvertrag mit Frankreich und in Maßregeln zur Verhütung einer bedenklichen Gestaltung der Staatsfinanzen.

Spaniens Totenliste weist zunächst auf den Infanten Pedro, Herzog von Durcal, der am 5. Januar starb, sodann den General D. Jovellar y Soler, einen der 5 Generalkapitäne. Er war früher Kriegsminister, Ministerpräsident, Generalkapitän von Cuba und Gouverneur der Philippinen. Nicht wenig hatte er dazu beigetragen, daß der zweite Bürgerkrieg einen für die liberale Sache günstigen Ausgang nahm. Er starb am 16. April in Madrid. Am 25. Mai starb ebenda der Herzog Fernan-Núñez und am 2. Juni der Senator Carlos Marfori, der eine wesentliche Rolle in der neuesten Geschichte Spaniens gespielt hatte. Sohn eines italienischen Kochs, wurde er vom General Narvaez an den Hof der Königin Isabella gebracht, deren Liebling er wurde. Sie machte ihn zum Palastintendanten, dann zum Statthalter von Madrid. Gegen ihn richtete sich 1866 die Stimmung des Volks, und dieses wandte sich der Dynastie erst ab, als Isabella sich nicht entschließen konnte, den unbeliebten

Günstling fallen zu lassen. Er folgte ihr in die Verbannung, riet ihr aber zur Abdankung.

Die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs **Portugal** gingen fast ganz in der Sorge um die traurige Lage der Staatsfinanzen auf. Gleich am 3. Januar, in der Thronrede zur Eröffnung der Cortes, wurden Maßnahmen zur Ordnung dieser Verhältnisse angekündigt. Zunächst wurde der Staat durch die mißliche Lage der portugiesischen Eisenbahngesellschaft betroffen. Sie konnte die Zinsen ihrer $4\frac{1}{2}\%$ Anleihe von 1886 am 1. Januar nicht bezahlen, und der Staat fand sich nicht in der Lage, seine wenn auch in beschränkter Weise erteilte Garantie eintreten zu lassen. Als nun die Aktionäre dieser Bahn eine Untersuchung über die Geschäftsführung der Gesellschaft verlangten, nahm der Finanzminister Mariano de Carvalho am 12. Januar seine Entlassung, weil er vor seinem Eintritt in dieses Amt Verwaltungsrat dieser Gesellschaft gewesen war. Er rechtfertigte sodann in der Deputiertenkammer seine Verwaltung und die von ihm der Eisenbahngesellschaft geleisteten Vorschüsse. Auf einen Antrag, ihn wegen der letzteren in Anklagezustand zu versetzen, kam die Kommission der Kammer zu dem Schluß, daß eine strafrechtliche Verfolgung nicht stattfinden könne. Schlimmer erging es Herrn Carvalho insofern, als ein Unbekannter ihm abends in seiner Wohnung durch Bedrohung mit einem Revolver mehrere Hundert Milreis abnahm. Die Versuche, einen neuen Finanzminister zu finden, erwiesen sich als so schwierig, daß infolgedessen das ganze Ministerium d'Albren de Sousa zurücktrat. Es war am 13. Oktober 1890 ins Amt getreten und erst am 22. Mai 1891 neu konstruiert worden. An seine Stelle trat am 18. Januar ein Ministerium, zusammengesetzt aus Persönlichkeiten, die keiner der beiden großen Parteien des Landes, weder den Progressisten noch den Regenerados angehörten. Es wurde also zusammengesetzt: Der Advokat Jose Dias Ferreira in Lissabon, ein energischer Mann, der vor 20 Jahren einmal im Ministerium, dann Professor an der Universität zu Coimbra gewesen war, übernahm das Präsidium und das Innere; Oliveira Martins wurde Finanzminister. Er war bisher wenig hervorgetreten, hatte jedoch geschichtliche Bücher geschrieben und galt als sehr befähigt für den schwierigen Posten. Der Senator Costa Loba: Auswärtiges; der Bischof von Bethsaida, Ayres de Souvea:

Justiz; Bicomte Chancelleiros: öffentliche Arbeiten; Furtado Coelho: Krieg; Admiral Ferreira de Amaval: Marine. Bei Darlegung des Programms in der Deputiertenkammer führte Ferreira aus, zur Herbeiführung der Reorganisation der Finanzen müßten alle sich Opfer auferlegen; die Regierung werde genötigt sein, an die Gläubiger des Staats zu appellieren.

Am 30. März legte die Regierung den Cortes einen Gesetzentwurf vor, wonach auf die Beamtengehälter eine Steuer von 5—20 Prozent gelegt, und die direkten Steuern derart erhöht werden sollten, daß sie 10—20 Prozent des zu besteuern den Betrags ausmachten. Titres, einschließlich die der öffentlichen Schuld, sollten einer Steuer von 30 Prozent unterliegen. Ferner sollte die Regierung ermächtigt werden, mit den Inhabern der äußern Schuld über die Konvertierung eines Teils des Kapitals und der Coupons in Bons, die unter bestimmten Bedingungen zu tilgen seien, zu verhandeln; auch sollte die Regierung gewisse Einnahmen zu gunsten der Schuld verwenden und alle Verwaltungsausgaben herabsetzen. Die Vorlage war von einem Bericht über die Finanzlage begleitet. Darin waren das Budgetdefizit auf 10, die schwebende Schuld auf 23, die Dankvoorschüsse auf 13 Millionen Milreis beziffert. Dieser Gesetzentwurf wurde noch im Februar von beiden Kammern, unter Beseitigung einiger allzugroßen Härten, mit seltener Einstimmigkeit genehmigt. König Karl erklärte im Februar in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten, er und seine Familie wollten „die ersten sein, welche zu den außerordentlichen Opfern, die die Lage des Staatschazes der Nation auferlegt, das ihrige beitragen“; er verzichte daher für die Dauer der „entsetzlichen Krisis“ auf 20 Prozent der Zivilliste. Das war ein bedeutendes Opfer, denn die Zivilliste beträgt 520 Contos de Reis à 4500 Mark, die 20 Prozent betragen also so viel als 117000 Mark. Die löbliche Absicht des Ministeriums, fortan gegen Veruntreuungen zeitig einzuschreiten, führte zur Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez. Die bis dahin einig gewesenen Minister gvierten Anfang Mai in großen Zwiespalt über die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, sich einen Anhang in der Deputiertenkammer zu verschaffen. Infolgedessen bat das ganze Kabinett um Entlassung, und bei der Neubildung des Ministeriums durch Dias Ferreira schieden die Minister der Finanzen,

der Arbeiten und des Außern aus. An ihrer Stelle übernahm der Präsident der Pairskammer, Telles Pereira de Vasconcellas Pimentel, die Justiz, da Costa Sequeira die öffentlichen Arbeiten und der bisherige Justizminister de Gouvea das Außere, während Dias Ferreira die Finanzen übernahm.

Zur weiteren Regelung der Finanzen hatte der frühere Minister Serpa Pimentel mit Wissen der Regierung versucht, ein Einkommen mit den Vertretern der ausländischen Inhaber portugiesischer Schuldtitres zu treffen. Nachdem ihm dies aber unter großen Mühen am 24. Mai gelungen war, verwarf die Regierung den Entwurf und beschloß am 13. Juni, den April- und den Juli-Koupon der Staatsschulden vorläufig nur zu einem Drittel bezahlen zu lassen. Diese gewaltsame Verkürzung der Rechte der Staatsgläubiger war um so auffälliger, als sie erfolgte, während noch Verhandlungen mit den Vertretern der auswärtigen Mächte schwebten, und sie rief alsbald einen Protest der deutschen Regierung sowie der Vertreter der deutschen, englischen, französischen, belgischen und holländischen Inhaber portugiesischer Staatsrenten hervor. Am 12. Juli übergab der deutsche Gesandte Graf Bray in Lissabon eine zweite Note, in der besonders noch dagegen Einspruch erhoben wurde, daß die deutschen Gläubiger erheblich ungünstiger behandelt würden als die portugiesischen Inhaber der inneren Schuld. Darauf fand sich in den Blättern die halbamtliche Mitteilung, daß alle Proteste einfach zu den Akten gelegt würden. Dann gab der Ministerpräsident am 22. Juli in einer Versammlung von Abgeordneten und Finanzmännern die Erklärung ab, er beabsichtige einen Plan vorzulegen, wonach die schwebende Schuld bezahlt und das Defizit ohne Anleihe oder Vermehrung der Steuern gedeckt werden solle. Mit Frieden, öffentlicher Ruhe und Sparsamkeit müsse dies gelingen; aber eine auswärtige Kontrolle werde er nicht dulden, denn in ähnlicher Lage seien früher Oesterreich und Spanien nicht belästigt worden. Im September wurden die Kammern aufgelöst und durch königliches Dekret die auf Verfassung und Gesetz beruhenden Tagegelder der Abgeordneten abgeschafft, mit Ausnahme jedoch derer für die Vertreter der Kolonien. Gegen den unter den obwaltenden Umständen nahe liegenden Verkauf von Kolonien sträubte sich das Nationalgefühl. Ein Vorschlag, alle Verwaltungskörper des Reichs

sollten abstimmen über den Verkauf der Kolonien Guinea, Baidah, Kabenda, Mozambique, Macao und Timor, war schon im Februar von der Deputiertenkammer abgelehnt. Als die deutsche Regierung nochmals für die deutschen Gläubiger Portugals eintrat, erwiderte die portugiesische Regierung, sie habe die Ansprüche ihrer Gläubiger „solange als die Verhältnisse des Staatschazes es erlaubten“, berücksichtigt und sei nicht berechtigt, „durch irgend welches Verfahren jetzt den Gläubigern die volle Zahlung zu verbürgen, wodurch sich in kurzer Zeit die gänzliche Unmöglichkeit, irgend etwas zu zahlen, entwickeln müßte.“

Unter solchen Umständen rückte die Zeit der verfassungsmäßigen Erneuerung der Cortes heran, bei der es sich darum handelte, ob die sehr bequeme, aber nichts weniger als anständige und gewissenhafte Finanzpolitik der Regierung die Billigung des Landes finde. Die Wahlen gingen am 22. und 29. Oktober unter auffallend geringer Beteiligung vor sich, obwohl die Verfassung von 1884 nur den Intelligenteren das Wahlrecht einräumt, und obwohl es sich um nichts Geringeres als den Nationalkredit handelte. Das Ergebnis fiel sehr ungünstig für die Regierung aus. Ihre Anhänger, die Liberal-Konservativen, erlangten nur 27 Mandate, von ihren Gegnern aber die Konservativen oder Regenerados 50, die Progressisten 40, die Independentes oder Legitimistas, d. h. die katholische Partei, 10, die Republikaner 4. Der Ministerpräsident unterlag in dem von ihm seit 20 Jahren vertretenen Bezirke Aveiro. Das Ministerium sah sich also einer recht buntscheckigen Mehrheit gegenüber, und seine Lage würde sehr übel sein, wenn nicht der Ministerpräsident so schlau gewesen wäre, vor den Wahlen mit vielen Kandidaten der Regenerados und der Progressisten Verträge abzuschließen, in denen sie sich verpflichteten, ihn zu unterstützen, wenn er ihnen keine allzu gefährlichen Gegner gegenüberstelle.

Das Königspaar stattete vom 9.—18. November dem spanischen Hofe einen Besuch ab. Bei der Abreise dahin kam es zu republikanischen, bei der Rückkehr zu patriotischen Kundgebungen in Lissabon.

Auch an den Kolonien hatte Portugal in diesem Jahre keine Freude. Der 1878 mit England geschlossene Vertrag, wonach die Kolonie Goa an der Küste der ostindischen Präsidentschaft Bombay

mit dieser ein Handelsgebiet bildete, lief bald ab, und England suchte bei den Verhandlungen wegen Erneuerung den Zollanteil Portugals erheblich herabzumindern. In der ostafrikanischen Kolonie Mozambique empörten sich im März die 300 eingeborenen Soldaten der Expedition nach dem Nyassasee, verjagten die Offiziere und plünderten das Land am unteren Zambese. Im Mai gertet gar das ganze Quilimanegebiet in Aufruhr, sodaß der Belagerungszustand verkündet wurde.

Belgien, Holland, Luxemburg.

Im belgischen auswärtigen Amte zu Brüssel traten am 2. Januar die Vertreter der Mächte zusammen, die hier 1889—90 die gegen die Sklaverei in Afrika gerichtete Konferenz hatten abhalten lassen. Deren Werk, die Generalakte, war anfangs nicht von allen Mächten unterzeichnet. Unter den Rückständigen befanden sich Osterreich-Ungarn, Rußland und die Türkei. Sie waren nur durch untergeordnete Gründe verhindert gewesen und jetzt ließen sie unterzeichnen. Frankreich war durch Abneigung der Landesvertretung anfangs verhindert, befand sich nun aber ebenfalls in der Lage, zu unterzeichnen. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika traten jetzt bei und ließen im Protokolle ausdrücklich vermerken, daß sie den Gebietsfragen in Afrika ganz fern bleiben wollten. Immer fehlten noch Holland und Portugal. Sie erhielten eine neue kurze Frist. Nach deren Ablauf unterzeichneten sie im Anfang Februar. Von da an erlangte also dieses Band gemeinsamer Verpflichtung internationale Geltung; alle europäischen Kulturstaaten sowie Nordamerika waren zu einem Bunde gegen die afrikanischen Menschenjagden geeinigt.

Die Beratungen der Kammern betrafen zunächst die Handelsverträge mit Deutschland und mit Osterreich-Ungarn. Zu ihrer Empfehlung hielt der Ministerpräsident Beernaert am 26. Januar in der Deputiertenkammer eine große Rede. In sehr geschickter Weise verstand er die Vorteile hervorzukehren, die der Vertrag mit Deutschland für Belgien habe. Die Ziffer der belgischen Ausfuhr

nach Deutschland mache etwa ein Viertel des ganzen belgischen Handelsverkehrs aus und sei noch in weiterer Steigung begriffen. Er verwies auf die zuvorkommende Nachgiebigkeit Deutschlands gegenüber der starren Schutzzollpolitik Frankreichs, die Belgien genötigt habe, sich anderen Ländern zuzuwenden. Die Rede machte großen Eindruck auch auf die Gegner der Verträge, die dann auch mit überwiegender Mehrheit von beiden Kammern genehmigt wurden.

Hiernach kam die für das Land wichtigste Frage an die Reihe, die schon längere Zeit alle Schichten der Bevölkerung aufs lebhafteste bewegt hatte, die Frage einer Änderung der Landesverfassung. Die bisherige Behandlung dieser Frage hatte sich nur auf die drei Artikel über das Stimmrecht für die Wahlen zu beiden Kammern und über die Wählbarkeit zum Senat erstreckt. Vor 15 Monaten hatte der Abgeordnete Janson in der Kammer beantragt, sie möge sich für Änderung dieser Artikel aussprechen. Der Hauptausschuß der Kammer hatte sich am 20. Mai 1891 unter großem Jubel der Menge endlich dafür ausgesprochen, denn die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustands, wonach nur derjenige Wähler ist, der 42 Francs 32 Cents direkte Staatssteuern zahlt, und also zwölf Dreizehntel aller volljährigen Bürger ausgeschlossen sind, war allseitig anerkannt, und die Zögerung der Zustimmung hatte nur in der Ungewißheit und den Bedenken bezüglich dessen, was an die Stelle zu setzen wäre, seinen Grund gehabt. Die Bedenken richteten sich besonders gegen die Einführung des von den breiten Massen fortwährend so stürmisch verlangten allgemeinen Stimmrechts. Bevor nun die Kammern selbst zu dieser Frage der Verfassungsänderung sich ausgesprochen hatten, gab plötzlich die Regierung ihre bisherige Haltung des Zögerns, ja des Widerstandes auf und regte selbst die Verfassungsänderung, jedoch in einem weit umfassenderen Maße an. Sie hatte eingesehen, daß das einmal in Schwung gesetzte Rad nicht mehr aufzuhalten sei, und da gedachte sie es lieber selbst zu lenken, als etwa radikalen Zielen zueilien zu lassen. Der Ministerpräsident Beernaert erklärte am 2. Februar in der Deputiertenkammer, eine Änderung der Verfassung könne nur dann stattfinden, wenn in den Kammern eine bestimmte Richtung deutlich zum Ausdruck komme und eine zuverlässige Mehrheit für eine bestimmte Reform vorhanden sei. Als bald erklärten sich die Wortführer der Hauptparteien, Frère-Orban,

Woeſte und Janſon hiermit einverſtanden. Darauf rückte der Miniſter mit dem Reviſionsvorſchlage heraus. Hiernach ſollen zehn Artikel geändert werden. Einige derſelben bezogen ſich auf die Bildung der Wählerschaft, die verhältnißmäßige Vertretung der Minderheiten, die Tagegelder der Abgeordneten, die Prüfung der Wahlen und auf das zum Eintritt in den Senat nötige Vermögen. Die übrigen Vorſchläge hatten aber einen ganz anderen Charakter: Es ſollen nicht bloß der Thronfolger, ſondern alle königlichen Prinzen in den Senat eintreten; es ſoll die Einverleibung des unabhängigen Kongostaats ermöglicht; es ſoll dem Könige die Wahl ſeines Nachfolgers für den Fall, daß er kinderlos ſtirbt oder keine regierungsfähigen Nachkommen beſitzt, eingeräumt und es ſoll dem Könige das mit dem Namen des Referendums belegte Recht gegeben werden, gegen einen Parlamentsbeſchluß, ohne Auflöſung und Neuwahl der Kammer, an die Wählerschaft Berufung einzulegen, derart, daß der König die Vollziehung eines von den Kammern beſchloſſenen Geſetzes abweiſen könne, wenn die Mehrheit der Wähler ſich gegen dieſes ausſpricht. Einige Abgeordnete ſprachen ſich alſbald gegen ſolche Erweiterungen der königlichen Macht aus, König Leopold aber lud auf den folgenden Tag ſämtliche Abgeordnete zum Diner im Schloſſe ein und unterhielt ſich mit vielen derſelben eingehend über jene Vorſchläge. Das Königsreferendum bezeichnete er als eine echt demokratiſche Einrichtung, da es nichts weniger als cäſariſch ſei, das Volk über hochwichtige Fragen zu Räte zu ziehen. Dem Präſidenten de Lantsheere empfahl der König, ſein Möglichſtes zu thun, damit die Vorſchläge ohne Zeitverluſt geprüft würden. Die Regierung war gegen Verzögerungen, weil ſie dem Lande einen zweimaligen Wahlkampf in kurzer Zeit erſparen wollte. Denn im Juni mußte die Hälfte der Kammer neu gewählt werden; ſobald ſich aber die Kammern über eine Verfaſſungsänderung geeinigt haben, müſſen ſie verfaſſungsgemäß aufgelöſt und Neuwahlen angeordnet werden. Die Parteien gebrauchten jedoch lange Zeit, um über dieſe wichtigen Fragen mit ſich einig zu werden. Vor allem galt dies von der klerikalen Partei, die anfangs auch im Verfaſſungsausſchuſſe der Kammer eine der Regierung ungünſtige Entſcheidung herbeizuführen drohte. Aber ein Teil dieſer Partei emanzipierte ſich Anfang März von der Leitung. Hierzu gab der alte Diplomat Baron Nothomb

den Ausschlag, der in einer Flugschrift den Zwist im klerikalen Lager und die Tyrannei der Parteileitung enthüllte. Die Stimmung schlug so weit um, daß die Rechten im Verfassungsausschuß auch in der Referendumsfrage am 16. März nachgab. Nun handelte es sich noch darum, die Opposition der Rechten auch im Plenum der Kammer zu brechen. Die im Ausschuß besieigten klerikalen Parteiführer hegten die katholisch-politischen Vereine auf, so daß diese beschlossen, von den Kandidaten, die sich um ein Mandat für die Konstituante bewerben, das Versprechen abzufordern, gegen das Referendum zu stimmen. Damit würde die ganze Revision gescheitert sein, denn diese Vereine sind ausschlaggebend bei den Wahlen. Beernaert berief daher am 24. März eine Versammlung der Rechten und verlangte das Versprechen, sich in jener Frage von den Wählern nichts vorschreiben zu lassen. Das Verlangen wurde durchgesetzt durch die Drohung mit dem Rücktritt des Ministeriums, den die Partei vor allen Dingen vermeiden wollte. Endlich am 26. April kam die Revisionsfrage vor die Deputiertenkammer. Der Ministerpräsident sprach sich ausführlich darüber aus und erklärte sich für ein Kammerwahlsystem, wonach das Wahlrecht von der Innehabung eines Wohngebäudes oder eines Teils desselben abhängig sein sollte. Der Abgeordnete Woeste, Führer der oppositionellen klerikalen, bekämpfte diese Theorien heftig und versicherte, die katholische Partei werde niemals ihre Hand zur Verminderung des parlamentarischen Einflusses bieten. Die Abstimmung vom 10. Mai führte zur Annahme aller Vorschläge der Regierung, ausgenommen des Vorschlags bezüglich der Minoritätenvertretung; am 20. Mai wurde jedoch auch dieser Punkt mittels nochmaliger Androhung einer Ministerkrisis durchgesetzt und nach Zustimmung des Senats die Kammern vertagt.

In übrigen ist aus dieser Session noch hervorzuheben, daß bei Beratung der Gelder für die Forts an der Maas am 12. April der Abgeordnete Frère-Orban Enthüllungen machte, wonach Belgiens Unabhängigkeit sowohl 1852 und 1854, als auch vor 1870 von Frankreich stark bedroht gewesen sei. Daran schloß sich am 19. April die verblüffende Enthüllung des Abgeordneten Scoumanne, daß die 100 Millionen, welche diese Forts gekostet, vom General Brialmont schon 1888 als hierfür nötig bezeichnet seien, während der Kriegsminister Pontus aus Besorgnis der Ablehnung einer so

hohen Summe, das Erfordernis auf bloß 40 Millionen angegeben habe. Pontus läugnete, wurde aber überführt. Im Senate erklärten sich am 6. April zwei Klerikale, unter heftigen Ausfällen gegen das Königreich Italien, fruchtlos gegen Bewilligung der Gelder für die Gesandtschaft beim römischen Hofe, und am 14. April brachte de Coninck die traurigen Zustände zur Sprache, die durch die Spielhöllen des Landes, namentlich in Ostende hervorgebracht seien. Endlich kamen auch die Verhältnisse des Kongostaats zur Sprache. Der Abgeordnete Koffeew verlangte am 13. Mai von der Regierung bestimmte Erklärungen über die laut gewordenen Beschuldigungen, daß der Kongostaat, den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zuwider, für eigene Rechnung Handel treibe und Gewehre eingeführt habe. Wenn diese Behauptungen wahr wären, müßten die Bedingungen der Anleihe des Kongostaats geändert werden, zu der Belgien 1890 seine Zustimmung erteilt habe. Darauf antwortete der Ministerpräsident Beernaert, zwischen Belgien und dem Kongostaate bestehe bekanntlich nur eine Personalunion; die Fortschritte dieses Staats seien bedeutend; es sei nötig, seine Grenzen zu besetzen und längs derselben Stellung zu nehmen. Nachdem Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen abgeschlossen worden, die den Schutz des Staats angenommen und einen in Elfenbein zahlbaren Tribut versprochen hätten, gebe es in den Gegenden, in denen unlängst Feuer und Krieg gewüthet, keinen Araber mehr. Der Minister wies ferner auf die vom Könige für den Kongostaat gebrachten Opfer hin und auf die Verringerung der Kosten dieses Staats durch den Verkauf von Elfenbein. Keine Handelsgesellschaft könne deswegen eifersüchtig werden, weil dieses Elfenbein aus Gegenden komme, die bisher nicht verschlossen waren; der Kongostaat habe nie darauf verzichtet, gewisse Erzeugnisse unter der Form eines Tributs für sich einzuziehen; ein Verkauf von Gewehren an die Neger habe nicht stattgefunden.

Den Bestimmungen der Verfassung gemäß wurden am 23. Mai beide Kammern aufgelöst und Neuwahlen angeordnet, damit die neuen Kammern an Stelle der von den bisherigen Kammern bezeichneten Verfassungsartikel neue setzen sollten. Die Wahlbewegung war recht lebhaft. Eine große Versammlung in Thielt sprach sich gegen das Königsreferendum aus; die Arbeiterpartei verpflichtete die ihrigen, für alle Gegner des Wohnungsstimmrechts zu stimmen.

Am 12. Juni kam es in Wahlversammlungen zu Brüssel zu Ausschreitungen; hervorragende Katholiken wie Graf Merode wurden überfallen und mißhandelt; ein Stadtviertel wurde militärisch besetzt. Auch in Gent führte der Wahlkampf zu Krawallen. Der Ausfall der Wahlen zu den Provinzialräten am 22. Mai hatte bereits angedeutet, daß sich die Klerikalen nicht allzuviel Hoffnung machen durften. Die Kammerwahlen fanden am 14. Juni statt. Es mußten 76 Mitglieder für den Senat, und 152 für die Deputiertenkammer gewählt werden. Das Ergebnis war nach den Stichwahlen vom 22. Juni: die Wahl von 92 Klerikalen und 60 Liberalen für die Kammer, von 46 Klerikalen und 30 Liberalen für den Senat. Mithin behielten die Klerikalen zwar die Mehrheit, aber nicht mehr die für die Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit. Diese hatten sie bisher in Zahl von 94 in der Kammer gehabt, die nur aus 138 Mitgliedern, und in Zahl von 50 im Senat, der bisher nur aus 69 Mitgliedern bestand. Zum Teil war also die infolge der Vermehrung der Bevölkerungszahl eingetretene Vermehrung der Mandate um 14 den Liberalen zu gute gekommen, hiermit war jedoch noch nichts über die Frage des allgemeinen Stimmrechts entschieden.

Während der ersten Monate des Jahres hatte sich die Anarchistenpartei so ungebärdig wie in Frankreich benommen. Vielen wilden Kundgebungen auf den Straßen von Brüssel mit den Rufen nach „Revolution!“ waren im März Dynamitanschläge in Lüttich gefolgt, die dem Präsidenten des Schwurgerichts in einem Prozesse gegen Anarchisten und dem dortigen Polizeipräsidenten galten, aber die Bewohner aller größeren Städte in Schrecken versetzten. In einem Ministerrate vom 8. April betonte daher der König die Notwendigkeit schärfster Maßregeln gegen diese Feinde aller staatlichen Ordnung. Infolgedessen entschied sich der Ministerrat auch für eine strengere Überwachung der Fremdenpolizei, während bis dahin Belgien zu den gastfreundlichsten Ländern gehörte, in dem politische Flüchtlinge Schutz und Unterkunft zu finden pflegten. Der König forderte ferner seine Minister auf, sich mit den europäischen und den überseeischen Staaten wegen Einberufung einer Konferenz zur Beratung gemeinsamer Maßregeln gegen die Anarchisten in Einvernehmen zu setzen. Die ersten Besprechungen hierüber fanden noch im April unter Vertretern

der vom Anarchismus in letzter Zeit besonders heimgesuchten Länder, Frankreichs, Spaniens und Belgiens statt. Am 1. Mai kamen wiederum in Lüttich drei furchtbare Dynamit-Explosionen vor, die eine in der Sakristei der Martinskirche, wodurch deren wertvolle, eben erst hergestellte gemalte Fenster völlig zerstört und die vornehmen Nachbarhäuser stark beschädigt wurden. Auf die Nachricht von diesen Anschlügen rief die im sozialistischen Klubhause grade tagende Versammlung begeistert aus: „Es lebe Kavachol!“ Bald hiernach kamen solche Dynamitanschläge auch in mehreren kleinen Flecken und Dörfern der Provinzen vor. Am 10. Mai fand wieder in Lüttich ein Anschlag statt, und wurde in Chatelet ein Versuch gemacht, zwei Häuser in die Luft zu sprengen. Endlich wurde begonnen, unter den Ruhestörern etwas aufzuräumen; viele Anarchisten flüchteten aus dem Lande; bei den Nachforschungen stellte sich übrigens die überraschende Erscheinung heraus, daß zu den Führern der Anarchisten ein wohlhabender Färbereibesitzer und ein Großindustrieller in Lüttich gehörten. Ersterer hatte sogar einen Plan zur Zerstörung der Wohnungen aller den Anarchisten verhafteten Personen der Stadt an-gegeben. Man hatte anfangs den Anzeichen nicht Glauben schenken wollen, aber nach ihrer Verhaftung legten jene beiden ein volles Geständnis ab. In einem großen Prozesse gegen Anarchisten in Lüttich kamen allerhand interessante Dinge über deren Treiben zum Vorschein; eigentümlich war aber die Wahrnehmung, daß die Anarchisten ausschließlich in den wallonischen Landesteilen ihr Unwesen trieben, während die flämischen Städte Gent und Antwerpen, diese gewaltigen Mittelpunkte der Arbeiterbevölkerung, von der Anarchie verschont blieben. Darin schien sich der ordnungsliebende germanische Sinn im Gegensatz zur revolutionären Natur des lateinischen Stammes zu offenbaren. Am 27. Juni kam es in Brüssel zu einem Kampfe zwischen Sozialdemokraten und Polizisten, und der Bergarbeiterkongreß zu Frameries beschloß am 15. August, wieder eine allgemeine Arbeitseinstellung eintreten zu lassen, sobald die Konstituante sich gegen das allgemeine Stimmrecht entscheiden würde. Übrigens entstand in den Frankreich benachbarten Provinzen eine hochgradige Feindschaft der belgischen gegen französische Arbeiter. Es hing dies wohl damit zusammen, daß sich überhaupt allmählich eine starke Erregung gegen Frankreich entwickelte. Den ersten Anlaß scheint

Der Streit Frankreichs mit dem Kongostaate geboten zu haben. Dazu kam eine lebhaftere Thätigkeit französischer Agitatoren, um im Anschluß an die belgische Bewegung für das allgemeine Stimmrecht die republikanische Tendenz in Belgien auszudehnen. Als nun der belgische Turnerbund im Mai die unter ausdrücklichem Ausschluß seiner deutschen Mitglieder ergangene Einladung zu den Festen in Nancy angenommen hatte, legte der König das Protektorat über den Turnerbund nieder und im August erging ein Ministerialerlaß, in dem allen Behörden untersagt wurde, fernerhin französische Militärmusiken zu belgischen Festen einzuladen. Als sodann am 20. August wegen Unruhen in Louvaines viele belgische Arbeiter aus Frankreich ausgewiesen waren, entstand in der Gegend von Mons eine Art von rachsüchtiger Verfolgung französischer Grubenarbeiter und Pächter, wogegen Versöhnungsversuche beiderseitiger Arbeiterführer und diplomatische Einmischung wenig auszurichten vermochten. Um so kräftiger waren die vom Bunde der vlämischen Gesellschaften hiergegen erlassenen Verwahrungen. Unter der Überschrift „Die Jagd auf die Belgier in Frankreich“ wurde in einem Anschlag an den Mauern von Brüssel zu einer großen Versammlung eingeladen, die am 23. Oktober in einem der größten Lokale stattfand. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Prayon van Zuylen, einer der entschiedensten Vorkämpfer des Blamentums, erläuterte in packenden Worten, wie die belgischen Arbeiter, bloß weil sie nicht dem Befehl der französischen Sozialistenführer gehorchen wollten, von den französischen Arbeitern verfolgt, mißhandelt und aus Stelle und Brot gejagt seien, ohne daß die französischen Behörden eine Hand zum Schutze gereicht hätten. Ein anderer Redner rief den Franzosen die Wohlthaten ins Gedächtnis, die Belgien ihnen 1871 erwiesen habe. Wieder ein anderer verglich den Übermut Frankreichs gegen Belgien überhaupt mit seiner kriechenden Unterthänigkeit gegenüber Rußland und forderte die Regierung zu entschiedenem Auftreten gegen Frankreich auf. Dieses sei Belgiens Erbfeind und betrachte es als Annexionsland. Einstimmig wurde ein Tadel der französischen Regierung und eine Aufforderung an die belgische Regierung beschlossen, in Paris Schutz und Entschädigung der belgischen Arbeiter zu verlangen. Die Versammlung schloß mit dem begeisterten Gesange: »Zij zullen hem niet temmen, den fieron Vlaam'schen Leeuw.« Die vlämische Bewegung hatte überhaupt in

diesem Jahre die Aufmerksamkeit wieder auf sich gezogen. Der schon im April in Brüssel abgehaltene sog. vlämische Landtag war von 3000 Vertretern vlämischer Vereine aus allen vlämischen Landesteilen besucht und nahm sich der zahlreichen vlämischen Gemeinden an, die, in wallonische Provinzen eingekleidet, unter völlig französischer Verwaltung stehen. Man errichtete ferner einen Volksrat, der die Forderungen der Flamländer zusammenstellen und vertreten soll. Von der Stärke der auch in andern Kreisen herrschenden, gegen Frankreich gereizten Stimmung legte die „Reform“ Zeugnis ab. Dieses sonst ganz franzosenfreundliche Blatt sagte nämlich, Frankreich habe zwar in Belgien viele Freunde, würde aber sehr unrecht thun mit dem Verlangen, daß Belgien sich vor ihm auf die Kniee lege.

Mit großer Spannung wurde der Konstituante entgegengesehen. Die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts zeigten sich um das Schickal dieser Forderung sehr besorgt und sehr erregt. Nach einer Rede des Ministers des Innern de Burlet in Charleroi am 1. November schien diese Änderung aussichtslos zu sein, zumal die Kommission der bisherigen Deputiertenkammer sich dagegen ausgesprochen hatte. Die Radikalen und die Sozialisten gedachten nun durch starke Kundgebungen einen Druck auszuüben. Sie hielten am 6. November eine große Volksversammlung in Brüssel ab, in der die revolutionärsten Reden gehalten und die Person des Königs in den Kot gezogen wurde. Ein Redner forderte sogar die Soldaten auf, den Offizieren den Gehorsam zu verweigern und im Bunde mit dem „Volke“ die Regierung gewaltsam zu stürzen. Diese sah sich daher veranlaßt, am 8. November zum Schutze des Königs auf seinem Wege zur Eröffnung der Konstituante starke Vorkehrungen zu treffen. Noch niemals vorher war diese Feierlichkeit unter Entfaltung solcher Massen von Militär und Polizisten vor sich gegangen. Trotzdem lief die Sache nicht ganz glatt ab. Beim Herausfahren der königlichen Wagen aus dem Schloß erscholl ein so gewaltiger Ruf der hinter dem Militär stehenden Volksmassen für das allgemeine Stimmrecht, daß die Pferde des ersten Wagens scheu wurden und über die Stränge schlugen und eine Stockung von mehreren Minuten eintrat. Als dann der König zu Pferde ankam, scheute auch dieses und die Pferde seines Gefolges. Ein ganzer Haufen kleiner farbiger Blättchen mit der Aufschrift „Allgemeines Wahlrecht“ fiel auf des Königs Knien. In jenen sich wiederholenden Ruf

stimnte sogar eine ganze Kompanie Bürgerwehr mit dem Hauptmann ein. Die Thronrede war ziemlich lang, betraf aber lauter laufende Angelegenheiten, deren Stand man ohnehin schon kannte. Die Stelle über die Verfassungsänderung war sehr allgemein gehalten. Es hieß bloß, das Wahlrecht müsse erweitert werden, wozu eine Verständigung der Parteien nötig sei. Das allgemeine Wahlrecht wurde gar nicht besonders erwähnt. Die Massen, die Entscheidendes hierüber erwartet hatten, sahen sich enttäuscht und etwa 5000 Arbeiter durchzogen noch am Abend desselben Tages unter dem Gesange der Marseillaise und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und auf die Armee die Straßen von Brüssel und Gent. Eine anständigere Versammlung gleicher Tendenz fand am 9. November in Brüssel statt, wo radikale Deputierte versicherten, alles zu thun, um das Verlangen durchzusetzen. Darauf setzte sich ein gewaltiger Zug mit roten Fahnen voran nach dem königlichen Schloß in Bewegung, wurde aber von Gendarmerie gesprengt. Ähnliche Versammlungen fanden während der nächsten Tage in der Hauptstadt und im Lande statt, wodurch Unordnungen jedoch nur in Löwen entstanden. Auch während eines Festes der Universität zu Brüssel am 22. November veranstalteten die Studenten in Gegenwart der Professoren eine Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht.

In der Deputiertenkammer wurde an die Regierung zunächst die Frage gerichtet, ob sie der französischen Regierung ernste Vorstellungen gemacht habe wegen der gegen belgische Arbeiter in Nordfrankreich begangenen Gewaltthätigkeiten, worauf der Ministerpräsident Beernaert nur erwiderte, die Betreffenden müßten sich mit der Klage auf Schadenersatz an die französischen Gerichte wenden. In der Adressberatung forderte General Brialmont die Regierung zu der bestimmten Erklärung auf, ob sie bald einen Gesetzentwurf über die persönliche Wehrpflicht einzubringen gedenke; die Antwort fiel verneinend aus. Was nun die Hauptangelegenheit, die Verfassungsfrage, anbetrifft, so zog die Regierung zu allgemeiner Überraschung am 26. November den Gesetzentwurf bezüglich des königlichen Referendums wegen inzwischen hervorgetretener allzugroßer Opposition wieder zurück, und Ende Dezember trat sie mit den Einzelheiten ihres Vorschlags bezüglich des Wahlsystems hervor. Dieses soll auf dem Hausstande und auf der Befähigung beruhen, unter gänzlicher Be-

seitigung des Censur. Wer ein Haus oder einen Hausteil bewohnt, das einen Katasterertrag von 10 bis 15 Fr. ergibt, hat das Stimmrecht; jeder andere Bürger soll durch das Bestehen einer vereinfachten Wahlprüfung das Stimmrecht erwerben können; es soll ferner die verhältnismäßige Vertretung der Minderheiten eingeführt werden; der Wähler soll die Stimme nicht mehr in der Hauptstadt des Wahlbezirks, sondern in seiner Gemeinde abgeben; Wahlenthaltung soll mit Geldstrafe belegt werden. Das sind zum Teil Bestimmungen, die noch in keinem Staate bestehen. Gleichzeitig kündigte die Regierung an, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für unstatthaft halte, weil das Land für einen derartigen Sprung noch nicht reif sei. Als bald nach dem Bekanntwerden dieser Regierungspläne sprachen sich die demokratischen Katholiken in Verbindung mit Sozialisten in Brüssel aufs neue für Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus, und von seiten der Brüsseler Liberalen, der Arbeiterpartei in Gent sowie des Arbeiterkongresses in Brüssel wurden neue große Kundgebungen für dasselbe Ziel vorbereitet. Selbständig von dieser Bewegung war ein im Anfang Dezembers im Lütticher Bezirke ausgebrochener Ausstand der Bergarbeiter, der zu blutigen Ereignissen führte, und ein militärisch geordnetes Auftreten der sog. Arbeitslosen in Gent unter einer schwarzen Fahne mit der weißen Inschrift: »Brood of dood!«

In Brüssel wurde am 22. November eine von der Regierung Nordamerikas angeregte internationale Münzkonferenz eröffnet. Sie nahm von den ihr vorgelegten Berichten Notiz und vertagte sich am 17. Dezember bis zum 30. Mai 1893, damit in der Zwischenzeit die betreffenden Fragen gründlich studiert würden.

Belgiens Totenliste weist auf: zunächst den früheren Kriegsminister de Chazal, der am 25. Januar im 84. Lebensjahre zu Pau in Südfrankreich starb. Er war einer der einflussreichsten Ratgeber des Königs Leopold I. Seine Geistesgegenwart verhinderte 1848 den Sturz des belgischen Königtums, indem er diesem Könige riet, den vor dem Palast in Brüssel angesammelten aufgeregten Volksmassen die Rückgabe der Königskrone anzubieten. Das Volk erwiderte mit dem Rufe: „Es lebe der König!“ und so ging der Sturm vorüber. Belgien verdankt diesem General auch die Befestigung Antwerpen im Jahre 1859. Am 29. Januar starb der 56jährige

Minister des Äußern Joseph Marie de Riquet, Prinz von Chimay und Caraman. In Gent starb am 28. März François d'Elhounc, einer der hervorragendsten Parlamentarier, der in den 50er Jahren eine bedeutende Rolle im Kampfe gegen die klerikale Partei gespielt hatte. Der vorige König hatte ihn öfters ersucht, in das Ministerium einzutreten, er hatte aber stets abgelehnt, wurde jedoch schließlich 1879 zum Staatsminister ernannt. Auf dem Schlosse Billers-Perwin im Hennegau verschied am 21. November der durch seinen Streit mit dem Papste bekannte frühere Bischof Dumont von Tournai; als der Papst 1879 erklärt hatte, er mißbillige das Anstürmen des Klerus gegen das neue Schulgesetz, verriet Dumont, daß der Papst im geheimen zu diesem Kampfe anfeuere; es kam infolge dessen zum Abbruch der Beziehungen Belgiens zum Papst; der abgesetzte Dumont ist jedoch mit dem Segen des Papstes gestorben.

Die Generalstaaten des Königreichs der **Niederlande** nahmen am 1. März ihre Thätigkeit wieder auf. Ihr erster Beratungsgegenstand war der „Borneo-Vertrag“ mit Großbritannien. Dieses hatte den die beiderseitigen Interessensphären auf Borneo festsetzenden Vertrag von 1824 anders ausgelegt als Holland und endlich 1889 in Amsterdam erklären lassen, daß es die nördlichen und nordöstlichen Teile der Insel als britisches Schutzbiet betrachte. Darauf hatte Holland eine bestimmte Grenzregulierung vorgeschlagen, aber erst jetzt kam es dazu. Mit schwerem Herzen mußten Regierung und Kammern in diesem Vertrage weite Gebietsteile, die sie bisher beansprucht hatten, in englischen Besitz übergehen lassen; ungeachtet elegischer Reden behielt die Überzeugung die Oberhand, daß man im Grunde nur auf etwas verzichte, was man längst nicht mehr besessen hatte, und man sah ein, daß auf einer Insel, die fünfmal so groß als Frankreich ist, für zwei Kolonialmächte recht gut Platz zur Entwicklung sein werde. Am 8. März wurde der Vertrag genehmigt. Weiterhin kam am 17. März mit den Kammern ein einstweiliges Milizgesetz zustande, durch welches die Streitkräfte etwas vermehrt wurden, die militärische Dienstzeit für die bevorstehenden Aushebungen aber auf sieben Jahre beschränkt blieb, während die Regierung acht Jahre gewünscht hatte. Der Antisklaverei-Akte stimmten die Kammern am 25. März bei, nachdem die Regierung wegen der Beitrittsverzögerung Frankreichs getröstet hatte. Lange Verhandlungen über Änderung des Jagd-

gesetzes blieben fruchtlos, so daß die Klagen der Bauern über den vom Wild angerichteten Schaden noch mehr steigen werden. Das Wegschießen wäre ihnen wohl eingeräumt worden, die Sache scheiterte aber an der Frage der Entschädigung für Wildschaden. Am 20. Mai wurde ein Vertrag mit der Gesellschaft genehmigt, die sich mit der Ausbeutung der reichen Zinnlager auf der an der Ostseite Sumatras liegenden Insel Billiton befaßt. Hiernach soll der Staat 62½ % des Reingewinns und die bisher von der Gesellschaft ausgeübte Souveränität über die Insel erhalten.

Im Parteileben traten einige bemerkenswerte Vorgänge ein. Im März gelang, nach vielen vergeblichen Versuchen, die Bildung eines sozialdemokratischen Studentenvereins, dessen Mitglieder aus Besuchern der Universität zu Amsterdam und der polytechnischen Schule in Delft bestanden, während die Studierenden an den drei anderen Universitäten sich zurückhielten. In einer Versammlung dieses Vereins wurde Fürst Bismarck beschuldigt, den Ausbruch des Krieges von 1870 herbeigeführt und beide Mordanschläge auf den alten Kaiser bestellt zu haben. Feindseligkeiten gegen Deutschland traten übrigens unter den Studierenden nicht hervor, vielmehr lehnten sie an allen Hochschulen die Beteiligung an der Feier in Nancy ab. Ein neuer Versuch zur Bildung einer konservativen Partei mißlang wie die früheren, und ein clerikaler Versuch zur Einbürgerung der antisemitischen Bewegung scheiterte an der kräftigen Absage des Führers der protestantischen Orthodoxen, die sich von je her als sehr duldsam erwiesen hatten.

Der Arbeiterfeiertag des 1. Mai verlief wohl in keinem Lande so ruhig wie in Holland. Die Versammlungen trugen den Charakter eines friedlichen Festes; nur in einem Orte Frieslands roch es etwas nach Blut und Schwefel; ein Doktor der Rechte war es, der hier Dynamit als das letzte Hilfsmittel empfahl, das dem Arbeiter zu seinem Rechte verhelfen könne. Die Wahlen für die Provinzialstaaten fielen am 10. und 24. Mai zu gunsten der Liberalen, insbesondere wider die Koalition aus, die sich aus Katholiken und konservativen Protestanten gebildet hatte. Diese Wahlen sind maßgebend für die Wahlen zur ersten Kammer.

Die beiden Königinnen statteten nach ihrer Rückkehr aus dem Schwarzwalde und aus Berlin der Stadt Utrecht einen Besuch ab.

Der Empfang war herzlich und glänzend; allgemeine Bewunderung erregte ein historischer Festzug, die Schicksale der Stadt von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart darstellend. Die junge Königin Wilhelmine legte den ersten Stein zu dem neuen Universitätsgebäude, das die Stadt 1886 bei der 250jährigen Jubiläumsfeier gestiftet hatte. Von Utrecht ging die Reise nach Friesland, wo der Empfang ebenfalls ungemein herzlich war. Der Jubel des Volks steigerte sich noch, als die junge Königin bei dem großen Provinzial-Wettrennen in der friesischen Volkstracht erschien. In Leeuwarden, der Hauptstadt der Provinz, erteilte die Königin-Regentin Emma die hergebrachten Audienzen, und zwar in dem altertümlichen Palaste, in dem von 1545—1775 die oranischen Statthalter residiert hatten. Unter den Abordnungen befand sich eine aus Beets, einem Orte, in dem während des vorigen Winters die Not sehr hoch gestiegen war. Man hatte sie arglos zugelassen im Glauben, daß sie Dank für die erhaltenen Spenden sagen wollte. Statt dessen sagte der Führer: „Madame! ich als Arbeiter protestiere gegen alle die Pracht und den Prunk, womit Sie empfangen worden, denn die Masse des Volkes leidet Hunger.“ Ein anderer sagte: „Sie haben 1500 Gulden gegeben, aber mit geben ist hier nicht zu helfen, denn wir leiden noch stets Hunger.“ Und um der Regentin einen Begriff zu geben, wie sich ihre Unterthanen nähren, hatten diese Leute einen Topf mit Reismehl und ein halbes Roggenbrod mitgebracht. Am 4. August wohnten beide Königinnen der festlichen Eröffnung des von Amsterdam bis Breeswyk reichenden ersten Teils des Merwede-Kanals bei, durch den die kürzeste Verbindung zwischen Amsterdam und dem Rhein erreicht werden soll. Der zweite Teil von Breeswyk über Goriechen in den Merwedefluß und von hier in den Rhein wird erst später fertig werden. Das J hatte sich in Festschmuck gehüllt, alle Schiffe prangten in reichem Flaggen- und Wimpelschmuck. Massenhaft umfüllte die Menschenmenge die beiden langen Ufer und ihre hervorspringenden Hafendämme. Um 11 Uhr kündigten Kanonenschüsse die Ankunft der Königinnen an. Deren Boot, die „Ceres“, steuerte im Festzuge voran. An ihrem Bord befanden sich auch die obersten Behörden. Dann folgten 15 Dampfer. Auf der Fahrt wurden die großartigen Kunstbauten bewundert. Nach der Ankunft in der riesigen Schleusenkammer von Breeswyk nahmen die Königinnen unter einem

Baldachin Platz, und nach den Ansprachen trat Königin Wilhelmine an einen neben ihrem Sessel aufgestellten Tisch und drückte auf einen elektrischen Knopf, worauf der Vorhang von der an der gegenüberliegenden Schleuseseite in Stein angebrachten Inschrift „Koninginnesluis“ fiel. Der Geburtstag der Königin Wilhelmine wurde am 31. August unter großer Teilnahme der Bevölkerung im ganzen Lande gefeiert. Nach ihrer Rückkehr vom Besuche beim Fürsten von Bentheim zu Burgsteinfurt in Westfalen wohnten die Königinnen am 22. Oktober in Amsterdam dem Stapellaufe des größten niederländischen Panzerschiffs „Königin Wilhelmina“ bei. Die junge Königin trug eine Art von Marine-Uniform und durchhieb selbst das Tau, worauf das Schiff sich in Bewegung setzte. Auf die Freude über dieses Schiff folgte bald eine den gemächlichen Holländern recht unliebsame Entdeckung. Die Regierung erkannte die Reformbedürftigkeit der Kriegsmarine an und ließ zu diesem Zweck im November den Generalstaaten eine Kreditvorlage von 36 Millionen Gulden machen. Daran reihte sich ein längerer Bericht des Kriegsministers Seyffardt über die Frage der Heeresorganisation. Darin war, wie um den ungünstigen Eindruck obiger Forderung wieder auszugleichen, gesagt, das niederländische Volk sei zwar in hohem Grade friedliebend, wolle aber die Opfer für die Erhaltung des Friedens auf das durchaus Nötige beschränkt wissen; die Verteidigung der Unabhängigkeit verlange allerdings gebieterisch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, aber die Auferlegung derselben Dienstzeit auf alle Dienstpflichtigen könne, wenn sie auch vielleicht ein Ideal der Zukunft bilde, augenblicklich nicht ausgeführt werden; daher empfehle sich eine Teilung in das Heer mit kürzerer Dienstzeit und in die durch das Los zu längerer Dienstzeit Berufenen; es genüge für jetzt die Erhöhung der Heeresstärke von 10000 auf 68115 Mann; die Dienstzeit in Heer und Reserve solle neun Jahre betragen. Mit Rücksicht auf das den Kammern vorliegende Wahlgesetz begann im Dezember aufs neue eine Bewegung zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Von besonderer Bedeutung war es, daß in der aus 92 liberalen Wahlvereinen bestehenden „Liberalen Union“ 87 sich hierfür entschieden. Die Progressisten veranstalteten in Antwerpen am 5. Dezember einen Unzug. Ihre Schilder führten Aufschriften wie diese: »Kriegen wij't algemeen stemrecht niet, dan gebruiken wij Dynamiet.«

Wichtige gesetzgeberische Aufgaben wurden den am 20. September durch die Thronrede der Regentin eröffneten Generalstaaten gestellt. Dahin gehörte vor allen eine Reform für die General- und die Provinzialstaaten. Jeder großjährige Niederländer, der lesen und schreiben sowie den Unterhalt seiner Familie selbst bestreiten kann, soll das aktive Wahlrecht erhalten. Hierdurch würde sich die Zahl der Wähler auf 800000, also auf 74% der männlichen Bevölkerung erhöhen. Die übrigen Reformentwürfe betrafen die Gewerbesteuer, die Umbildung des Heeres, Verstärkung der Marine und soziale Maßregeln. Im vorgelegten Budget waren die Ausgaben auf 131⁹/₁₀ Millionen Gulden veranschlagt, wodurch ein Defizit von drei Millionen entstehen würde. Die Beschlüsse fielen in das folgende Jahr.

In den holländischen Kolonien ging es in diesem Jahre ruhig her, mit Ausnahme freilich eines schrecklichen, verheerenden Ausbruchs des Vulkans Gunong Aroo auf einer der Inseln, welche den Nordarm von Celebes mit der Philippinen-Insel Mindanao verbinden.

Was die niederländische Totenliste betrifft, so starb am 11. August der frühere Professor de Bries, der sich um die niederländische Sprachwissenschaft die größten Verdienste erworben hat, am 23. August der frühere Professor Dyzoomer, einer der bedeutendsten Gelehrten, und Anfang September starb in New-York der 89jährige Professor der französischen Sprache, Jean Römer, ein illegitimer Sohn König Wilhelms I. von Holland, der in den vierziger Jahren ausgewandert war, weil die beiden letzten Könige ihm trotz vieler Bemühungen hochgestellter Personen die Legitimierung versagt hatten.

Im Großherzogtum **Luxemburg** sprach sich die Landesvertretung am 1. Juni für Herabsetzung des Wahlzensus für die Wähler zur Deputiertenkammer von 30 auf 15 Francs und für eine Bestimmung aus, wonach dem Kandidaten verboten wird, den Wählern Getränke und Essen zu geben und in der Wahlperiode den Wählern Besuche zu machen. Die Sache war vor einiger Zeit vom früheren Minister v. Blochhausen angeregt, der eine Herabsetzung des Zensus auf 10 Francs vorgeschlagen hatte. Hiergegen hatte sich der Staatsrat ausgesprochen. Er sah zwar ein, daß man hinter der Wahlreform der Nachbarländer nicht zu weit zurückbleiben dürfe, wollte aber eine Herabsetzung nur auf 20 Francs. Durch den von der Kammer gewählten Mittelweg

wird die Zahl der Wähler von 6600 auf 14000 erhöht. Fast noch wichtiger ist das Verbot des Speisenspendens, denn es war bei den Wahlen zur Unsitte geworden, daß die Bewerber weniger in der Entwicklung politischer Grundsätze, als in der Zusammenstellung eines reichhaltigen Speisezettels wetteiferten. In der Hauptstadt trat bei einigen Gelegenheiten die Neigung gewisser Kreise zu Frankreich wieder hervor. Die Turnvereine glaubten bei den Festen in Nancy nicht fehlen zu dürfen und beanspruchten hierzu Fahrgeldermäßigung und Geldunterstützung. Die Regierung lehnte es ab, die Gemeinde bewilligte aber im August dem die französische Propaganda betreibenden Vereine eine Geldunterstützung für Teilnahme an einem Musikwettstreite in Nancy. Andererseits erschienen von hier und von Courbevoi Vereine, die mit großem Gepränge feierlich eingeholt, mit Reden voll unwandelbarer Sympathie für Frankreich begrüßt und dann zur Wohnung des französischen Residenten geleitet wurden, deren Umgebung von den Klängen der Marschmüsse wiederhallte. Daran schloß sich an den Gräbern von zehn französischen Soldaten aus dem Kriege von 1870 eine Art von Verbrüderung zwischen Luxemburg und Frankreich. Sogar der Polizeikommissar der Hauptstadt gab seiner franzosenfreundlichen Richtung dadurch Ausdruck, daß er im September die Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera nur in französischer Sprache bekannt machte, die von neun Zehnteln der Einwohner nicht verstanden wird. Im Theater kam am 6. Oktober anlässlich einer Gastrolle der Sarah Bernhardt eine Kundgebung für das französisch-russische Bündnis vor. Am 10. September wurde der 50. Jahrestag der Gründung der luxemburgischen Wehrmacht als deutschen Bundeskontingents gefeiert, wobei der Ministerpräsident Eyschen die Festrede hielt. Der bekannten Springproffession in Echternach ward für dieses Jahr die Auszeichnung zu teil, daß der Papst den Teilnehmern einen Ablass von sechs Jahren verhiess. Großherzog Adolf, dessen Schloß Walferdingen noch nicht recht bewohnbar ist, hielt sich meist auf seiner Besitzung Hohenburg in Oberbayern auf. Er erhob den zweiten Sohn seiner Schwester, der Königin Sophie von Schweden, den Prinzen Oskar Karl August Bernadotte und dessen Gemahlin Ebba, geb. Munk, in den Adelsstand unter dem Titel Graf und Gräfin v. Wisborg. Die Deputiertenkammer wurde am 8. November wieder eröffnet. Das Budget für 1893

sah die Einnahmen mit 9547000 Francs vor und schloß mit 2152000 Francs Überschuß. Es wurde einstimmig genehmigt. Die übrigen Vorlagen hatten für das Ausland kein Interesse.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Im Königreich **Dänemark** zogen sich auch in diesem Jahre die Verhandlungen des seit dem 6. Oktober versammelten Reichstags ganz außerordentlich in die Länge. Die auf vereinzelte Vorlagen verwendete Zeit war unglaublich lang. Der im November niedergesetzte Eisenbahnausschuß des Folkethings hielt z. B. erst im Anfang März seine erste Sitzung. Bis zum gesetzlichen Endpunkte der Session, den 1. April, wurden von 125 Gesetzworlagen nur 43 erledigt. Die wichtigsten Gesetze, die zu stande kamen, waren ein Krankentassengesetz und Gesetze betreffend die Alimentationsbeiträge an unehelich geborene Kinder, das Registrieren dänischer Schiffe, die Seegerichte und die Schweinediphtheritis. Das wichtigste, das Finanzgesetz für 1892—93, kam, wie das vorige und viele früheren, nicht zu stande, obwohl man wegen des inzwischen erfolgten Ablebens des Linkenführers Berg und wegen einer bei der vorjährigen Nachtragsbewilligung bemerkbar gewordenen Nachsicht schon auf das Ende der sog. Verwelfungspolitik gehofft hatte. Der Grund der Verschleppung lag wieder in der Abneigung gegen eine Regierung, die nach Ansicht der Mehrheit durch den Erlaß der früheren provisorischen Finanzgesetze die Verfassung verletzt hatte. So mußte denn am 1. April abermals ein provisorisches Budget in Kraft gesetzt werden. Die Neuwahlen zum Folkething fielen am 20. April auf 30 von der Rechten, 43 der gemäßigten und 28 der radikalen Linken, ein für die Regierung nicht ungünstiges Resultat, denn die Rechte gewann sechs, die Gemäßigten vier Kreise. Der neue Reichstag trat am 6. Mai, jedoch lediglich zu formellen Zwecken, zusammen und wurde am 11. Mai wieder geschlossen.

König Christian IX. feierte am 8. April seinen 74. Geburts-

tag, ein Alter, das bisher noch kein König aus dem oldenburgischen Hause erreicht hatte. Auch war er der erste dänische König, der das Fest seiner goldenen Hochzeit feierte, wozu man schon lange im ganzen Lande Vorbereitungen getroffen hatte. Alle Kinder und die meisten Enkel des Königspaares umgaben es an diesem Tage. Die Tochter Marie, Herzogin von Cumberland, wurde vom König selbst eingeholt, der ihr bis Büchen im preußischen Kreise Lauenburg entgegenfuhr. Der Tochter Dagmar, Kaiserin Maria von Rußland, nebst ihrer Familie fuhr der Bruder Prinz Waldemar entgegen. Dann traf die Tochter Alexandra, Prinzessin von Wales, mit Gemahl und Kindern und der Sohn Wilhelm, der schon seit Jahren als König Georgios den hellenischen Thron einnimmt, mit Familie ein. Außerdem erschienen der Erzherzog Friedrich, der Großherzog Adolf von Luxemburg mit Sohn, die Prinzen Karl von Schweden, Eduard von Anhalt, Adolf von Schaumburg-Lippe, Ferdinand und Albert von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg; dieser war als Neffe des Königs Christian und als preußischer Gardes-du-Corps-Offizier als die geeignetste Persönlichkeit befunden, die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaars zu überbringen. Am 24. Mai machte die 75jährige Königin Luise mit ihren drei Töchtern eine Rundfahrt durch die geschmückten Straßen Kopenhagens. Am 25. Mai empfing der König zahlreiche Abordnungen von Gemeinden und Vereinen aus dem ganzen Lande, die ihre Huldigungen und wertvolle Gaben überbrachten, darunter Mittel zu einer Stiftung und zu einem Nationaldenkmal; Handwerker verehrten einen Galawagen, 80000 Schulkinder einen goldenen Kranz. Die Präsidenten beider Thinge des Reichstags gaben der Überzeugung Ausdruck, der augenscheinlich auf dem Königshause ruhende Segen werde die künftige Festigung guter Beziehungen zwischen diesem und dem Volke fördern. Auf die Ansprache des Oberpräsidenten erwiderte der König, er sei tiefgerührt von der ihm zu teil werdenden überwältigend liebevollen Teilnahme, sei durch und durch Kopenhagener und wisse es zu schätzen, was er gelernt habe in den 61 Jahren, seit er als Jüngling hier eingewandert „aus dem Lande, von dem wir leider getrennt sind.“ Abends bei der Galatafel brachte der Zar das Hoch auf die Jubilare aus. Am 26. Mai vormittags begaben sich alle Fürstlichkeiten in prachtvollem Aufzuge nach der Frauenkirche. Die Straßen waren

von einer zahllosen Menge erfüllt, denn aus den Provinzen war man scharenweise zur Hauptstadt geströmt. Beim Kronprinzen Friedrich fand Familientafel statt. Abens im Theater wurden die Majestäten mit Jubel begrüßt. Die Empfänge setzten sich am 27. Mai fort. Die „Waffenbrüder“, d. h. die alten Soldaten aus den Kriegen von 1848—50 und 64, veranstalteten einen feierlichen Aufzug, wobei der König auf den Altan des Schlosses trat und in einer Ansprache sagte: „Keiner weiß besser als ich, mit welchem Heldenmuth Sie für das Vaterland gekämpft haben.“ Die Universität veranstaltete am 28. Mai einen Festakt, dem das Königspaar bewohnte. Den Schluß der Festlichkeiten bildete ein großartiger Volkszug, wohl an 50000 Köpfe, mit zahlreichen Fahnen und Musikkorps vor dem Könige und den auf dem Balkon des Schlosses Amalienborg versammelten Gästen. Die fremden Fürstlichkeiten, mit hohen Orden beschenkt, reisten bald wieder ab, der Zar und Familie weilten noch längere Zeit am dänischen Hofe, der in ländlicher Zurückgezogenheit auf den Schlössern Bernstorff und Charlottenlund zubrachte. Am 16. Juni traf König Oskar von Schweden zu kurzem Besuche ein. König Christian war am 5. Juli mit dem Zaren beim Stapellaufe des „Geiser“ zugegen. Nach des Zaren Abreise begab sich die Königin nach Gmunden, der König nach Wiesbaden zur Kur. Von hier aus besuchte er am 8. August das 6. thüringensche Ulanenregiment in Kastel, dessen Chef er ist. Nach einem Manöver setzte sich der König an die Spitze des Regiments und führte es nach Mainz, worauf sämtliche Offiziere zu Pferde den Wagen begleiteten, in dem der König nach Wiesbaden zurückfuhr. Am 7. Oktober machte das Königspaar der Kronprinzessin Viktoria von Schweden einen Besuch auf Schloß Sofiero bei Helsingborg. Das durch freiwillige Gaben des ganzen dänischen Volks errichtete Fort auf dem Gardehügel (Gardehöifort) bei Kopenhagen, dessen Bau 1885 begonnen war, wurde am 28. August unter großen Festlichkeiten dem Kriegsminister Bahnson übergeben. Dieser hatte einige Tage vorher in einem Verein der Hauptstadt eine Rede über deren Befestigungen und die sonstigen Rüstungen Dänemarks gehalten und versichert, die Land- und Seebefestigungen seien so weit durchgeführt, daß sie der Heeresordnung wie den Waffen entsprächen.

Der neue Reichstag wurde am 3. Oktober eröffnet. Nach der

ihm alsbald vorgelegten Staatsrechnung für 1891—92 schloß dieser Etat mit einem Defizit von 7700000 Kronen ab und beträgt die Staatsschuld 185 Millionen. Im Budget für 1893—94 betragen die Einnahmen 55,5, die Ausgaben 54,2 Millionen. Bei der Vorlage machte der Finanzminister darauf aufmerksam, daß sich zum ersten Male seit sieben Jahren ein „hübscher Überschuß“ herausstelle. In der vom 11. bis 18. Oktober dauernden ersten Beratung dieses Budgets im Folkething handelte es sich vorwiegend wieder um die seit einer Reihe von Jahren zwischen der Regierung und dem Thing streitige konstitutionelle Frage. Der Redner der gemäßigten Linken räumte zwar ein, daß die Vorlage frei von neuen Streitpunkten, da aber die alten Streitfragen noch unerledigt seien, so empfahl er dem Hause, die bisherige Politik fortzusetzen. Der Wortführer der Rechten betonte deren versöhnliche Gesinnung und meinte, es sehe danach aus, als wenn jetzt endlich die budgetlose Zeit zu Ende gehe. Sehr eingehend wurde sodann die Frage einer Beilegung des politischen Streits von Scavenius behandelt, der früher Kultusminister im jetzigen Ministerium Estrup war und Verbindungen auf der linken Seite des Hauses hat, während er selbst zu den Konservativen gehört. Im Ergebnis der letzten Wahlen sah er das Verlangen des Volks nach dem Ausgleich mit der Regierung. Als Bedingungen hierfür bezeichnete er das gänzliche Absehen von der Verdrängung des dormaligen Ministeriums; die Rechte könne sich der Schaffung neuer grundgesetzlicher Bestimmungen zur Vermeidung fernerer provisorischer Finanzgesetze nicht entziehen, dagegen müsse die Rechte auf der Durchführung der Landesverteidigungsjache bestehen, endlich könnten einige der provisorischen Gesetze, die sich zwar als gut erwiesen hätten, aber nicht mehr nötig seien, namentlich das über das Gendarmeriewesen, fallen gelassen werden. Die Minister gingen in ihren Reden auf diese Fragen nicht ein. Das Hauptinteresse knüpfte sich an Äußerungen des Kriegsministers General Bahnsen. Er versicherte, die Befestigung von Kopenhagen sei jetzt ebenso vollständig wie die der meisten europäischen Festungen, wenn auch von diesen einige stärker seien. „Will ein Feind uns angreifen, so muß er diese Festung einer regelrechten Belagerung unterziehen.“ Dazu komme, daß sich die dänische Marine stärker als die irgend einer anderen europäischen Macht, mit Ausnahme Englands,

entwickelt habe. Im übrigen waren in dieser Beratung interessant die Klagen des Ministers des Innern über die große Verwirrung, welche der frühere Minister Scavenius bezüglich der Rechtschreibung im ganzen Lande angerichtet habe, und die Verwahrung des Kriegsministers gegen den Vergleich eines von Offizieren auf Fühnen ausgeführten Parforcerittes mit dem deutschen Distanzritt.

Das Budget wurde an die Kommission gewiesen, in der es sich im nächsten Frühjahr herausstellen wird, ob die Neigung zur Versöhnung mit der Regierung durchschlägt. Thatsächlich ist die Politik der Radikalen des Folkethings schon durch die lange Zeit verurteilt, in der ihre Durchführung unmöglich war. Der ursprüngliche Streitpunkt ist inzwischen längst verschwunden, es sind ferner Gesetze ins Leben getreten, die mit den verschiedenen vom Thing nicht genehmigten Budgets zusammenhängen, und es wird der Volksvertretung schwerlich einfallen, die Wiederabtragung der inzwischen ausgeführten Befestigungen formeller Fragen wegen zu verlangen, für die sich die Menge nicht begeistert. Zur Vorlage kam natürlich auch das Budget für 1892—93, welches am 1. April als provisorisches hatte erlassen werden müssen. Von den sonstigen Vorlagen ist bemerkenswert ein Nachtrag zur Heeresorganisation von 1860. Es soll nämlich die Fußartillerie und das Geniekorps erheblich vermehrt werden, weil die neuen Befestigungswerke von Kopenhagen auch die entsprechenden Truppen verlangen. Obwohl dies also notwendig erscheint, traut man doch nicht, ob die Landesvertretung zustimmen wird, denn zu Ausgaben, namentlich für das Militär, ist sie seit Jahren wenig geneigt, und die Neuierung soll 600000 Kronen kosten. Der Kriegsminister empfahl daher die Vorlage mit den kurzen, aber die Lage bezeichnenden Worten: „wenn man wünsche, daß das Land auf die Dauer bestehen solle.“ Die Vorlage umfaßte übrigens auch die Einberufung der Landwehr zu jährlich sechstägigen Übungen. Der militärische Gesichtspunkt war ferner maßgebend bei einer Vorlage, in der 30 Millionen Kronen zur Aulegung von Eisenbahnen verlangt werden, wovon 16 Millionen für unterirdische Bahnen Kopenhagens und für den Bau einer dortigen Zentralstation. Der Entwurf wurde am 20. Dezember nach der zweiten Beratung aufs neue an den Ausschuss gewiesen.

Bisher hatten sich immer noch, wenn auch in sinkendem Maße,

Anwendungen für eine Wiedergewinnung Nordschleswigs gezeigt. Sehr bemerkenswert war es daher, daß um Mitte Oktober einer der hervorragendsten dänischen Politiker, Hörup, Führer der Linken, in einer Versammlung zu Kopenhagen, ohne auf Widerspruch zu stoßen, sich dahin aussprach, die schleswigsche Sache sei weder als Volks-, noch als Parteiache, noch als Politik etwas anderes als eine verlorene Sache; Blut und Sprache knüpften zwar dieses Band noch, aber dieses würde völlig zerrissen werden, wenn die „Abenteurerpolitik“ siege, „die unsere nationale Selbständigkeit selbst aufs Spiel setzen würde.“

Hervorzuheben ist noch, daß Dänemark seit dem 8. September wieder einen katholischen Bischof hat, nachdem es seit der Reformation von 1536 keinen mehr gegeben hatte. Es ist dies auf eine mit reichen Mitteln betriebene Propaganda zurückzuführen, der die vielen Streitigkeiten innerhalb der lutherischen Geistlichkeit zu statten kamen. Der Bischof heißt Johannes von Euch und erhielt als solcher die Weihe zu Osnabrück.

Anfang Januar starb General Kauffmann, der 1864 bei Düppel befehligt hatte und später als Kriegsminister den Verteidigungsplan aufstellte, aus dem der neue, bald 7 jährige Verfassungskstreit entstand. Der frühere Ministerpräsident, Lehnsgraf Holstein-Holsteinborg, unter dem der Kampf mit der Linken begann, starb am 28. April, 77 Jahre alt. Im Alter von 71 Jahren starb am 21. Mai der aktive Minister des Außern, Baron v. Rosenörn-Lehn, der 1870 dasselbe Amt unter dem Vorgenannten bekleidet hatte. Sein Werk war es, daß Dänemark damals nicht für Frankreich Partei ergriff. Zu seinem Nachfolger wurde am 3. Juni der Kammerherr v. Needtz-Thott zu Gaund ernannt, einer der reichsten Rittergutsbesitzer. Der Kontre-Admiral Duntzfelt, früher Kommandant der bekannten Panzerbatterie „Kolf Krake“, starb am 29. Oktober, 71 Jahre alt.

Zu **Schweden** trat am 16. Januar der Reichstag zusammen. Die Alterspräsidenten beider Kammern hielten längere Ansprachen. Der der ersten Kammer rief die Vaterlandsliebe der Abgeordneten an, damit sie zeitig Vorkehrungen treffen möchten, die Verteidigungskräfte des Landes auf der bisherigen Grundlage zu entwickeln, zu ordnen und zu verbessern. Mit jedem Tage kämen wir der Stunde

näher, wo die Kriegsfackel angezündet werden und ihre Verheerungen über den ganzen Erdteil verbreiten dürfte. Der Vorsitzende der zweiten Kammer erinnerte daran, daß jetzt gerade 25 Jahre seit Einführung der neuen Repräsentationsform vergangen seien. Die feierliche Eröffnung des Reichstages erfolgte am 20. Januar durch eine Thronrede, in welcher der König bemerkte, er sei unablässig bemüht, das befriedigende Verhältnis zu den auswärtigen Mächten zu erhalten, und diese Bemühungen würden um so mehr erleichtert werden, wenn ein gut geordnetes Verteidigungswesen die friedliche Unabhängigkeit des Landes bewahre. Dem Reichstage werde daher eine Vorlage zu einer wesentlichen Verständigung über das Verteidigungswesen gemacht werden. Der sodann vorgelegte Etat enthielt in Einnahme und Ausgabe 19716000 Kronen. Dabei zeigte der ordentliche Etat für das Militär eine Erhöhung um 2976400 Kronen. Bei der Beratung des Stats wurde in beiden Kammern die in Norwegen spielende Frage wegen Errichtung eines besonderen Ministeriums des Äußern und besonderer Gesandtschaften berührt. Alle Redner sprachen sich gegen die Trennung aus. In beiden Kammern gelangten zur Annahme Gesetzesentwürfe wegen Verlängerung des 1881 mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrags und wegen Festsetzung des Zollsatzes für gemahlene Roggen und Weizen auf 250, für ungemahlene auf 125 Öre für 100 Kilo bis Ende 1893. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag auf Erweiterung des Rechts für die Angehörigen der schwedischen Staatskirche zur Eheschließung vor den Civilbehörden. Ein Vorschlag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150, die der zweiten Kammer auf 225, nämlich 75 aus den Städten und 150 aus den Landkreisen, festzusetzen, wurde im März von der ersten Kammer genehmigt; die zweite Kammer änderte den Vorschlag dahin, daß ihre Mitgliederzahl 230, und zwar 80 aus den Städten betragen sollte; dies wurde jedoch von der ersten Kammer verworfen. Sodann sprach sich die zweite Kammer am 27. April für eine Erweiterung des Wahlrechts aus, indem jeder, der ein Einkommen von wenigstens 500 Kronen versteuert, Wähler zur zweiten Kammer sein solle, während jetzt dieses Wahlrecht an die Besteuerung von wenigstens 800 Kronen geknüpft ist. Dies wurde jedoch von der ersten Kammer abgelehnt.

Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete der Entwurf

eines Wehrpflichtgesetzes. Jeder Schwede sollte vom 21. bis zum 40. Lebensjahre dienstpflchtig sein und diese Pflicht in der Wehrung und im Landsturm erfüllen. Erstere zerfällt in das erste und zweite Aufgebot; im ersten Aufgebot beträgt die Dienstzeit 8, im zweiten 4 Jahre. Der Pflchtige hat zu seiner Ausbildung in Friedenszeiten 90 Tage zu dienen, die bei der Kavallerie, der Artillerie, den Ingenieurtruppen und der Marine im ersten Jahre abjudienen sind, in der Infanterie und im Train aber mit 68 Tagen im ersten und mit 22 im folgenden Jahre. Das zweite Aufgebot soll außerhalb der Grenzen der vereinigten Reiche nicht ohne Zustimmung des Reichstags verwendet werden. Die zweite Kammer lehnte jedoch am 6. April mit 116 gegen 107 Stimmen den Vorschlag wegen Ausdehnung der Übungszeit von 42 auf 90 Tage ab. Da dies den Eckstein des ganzen Entwurfs bildete, so wurden damit die übrigen Vorschläge ziemlich wertlos. Am 9. Mai genehmigte der Reichstag, daß für unvorhergesehene Fälle, insbesondere für den Fall eines Krieges 2½ bzw. 5 Millionen statt der bisher üblichen geringeren Beträge ausgeworfen würden. Eine Regierungsvorlage, betreffend eine neue Verbindung zwischen Stockholm und Berlin über Trelleborg, Malmö und Salsitz auf Rügen wurde von der ersten Kammer genehmigt, von der zweiten abgelehnt, weil erst zu untersuchen sei, ob diese Verbindung in Bezug auf die Ausfuhr von Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen angemessen sei. Der Reichstag wurde den 23. Mai geschlossen, und am 21. Juni trat der Kriegsminister Generalmajor Freiherr Palmstierna wegen der Ablehnung der Militärvorlage zurück. An seine Stelle trat am 25. Juni der Staatsrat Freiherr Axel Emil Rappe, ein Mann von 54 Jahren, der 1870—71 in französischen Diensten gegen Deutschland gefochten, als Gefangener aus Metz entflohen war und bei seiner Rückkehr zum französischen Korps beinahe als Spion erschossen wäre.

Kronprinz Gustav traf am 26. Januar zu 14tägigem Besuche am Hofe zu Petersburg ein. Seine Mutter, Königin Sophie, weilte einige Sommermonate zu Honnef bei Bonn, und König Oskar trat am 4. Mai eine Reise nach dem Süden an. Er besuchte den badischen Hof in Karlsruhe und hielt sich eine Zeitlang in Biarritz, Mentone, Nizza und Cannes auf. Ein eigentümlicher Zufall war

es, daß er gerade in dem Augenblick in Mentone eintraf, als das Haus, in dem sein Ahnherr Bernadotte in Paris zur Welt kam, zum Verkauf ausgeschrieben wurde. Bei seiner Ankunft in Marseille am 18. Mai wurde er auf Weisung der Regierung, trotz seines Infognito, festlich empfangen. Sein Besuch galt hier hauptsächlich dem Land-
sitze „Campagne Clary“, der Heimat seiner Großmutter, des ehemaligen Fräuleins Eugenie Bernardine Desirée Clary, die General Bernadotte in Paris kennen gelernt und als Gattin heimgeführt hatte. Überall im südlichen und südwestlichen Frankreich wurde der König von den Behörden festlich empfangen. Auch Präsident Carnot nahm ihn am 3. Juni in Paris mit großen Ehren auf. Eine Tochter des Prinzen Bernadotte, zweiten Sohnes des Königs, wurde am 22. Juni auf die Namen Ebba Sophie getauft.

Ein Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiter ganz Skandinaviens fand vom 20. bis 26. August in Malmö statt. Er bezeichnete als Ziel seiner Bestrebungen die Errichtung eines sozialdemokratischen Staats und sprach sich für Gründung von Fachvereinigungen, Ausdehnung der Bewegung unter die Landarbeiter und für große Vorsicht bei Arbeitseinstellungen aus. Der erste sozialdemokratische Versuch zur Erlangung eines Sitzes im Reichstag mißlang am 9. September bei einer Ersatzwahl in Stockholm. Mehr Aussicht schien die von den Sozialdemokraten unterstützte Bewegung für Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu haben, die seit Beginn des Jahres in ganz Schweden verbreitet war. Große Versammlungen erklärten sich im April für die Berufung eines sogenannten Volks-Reichstages für März 1893, falls mindestens 200 000 Personen sich zur Teilnahme an den Wahlen einer solchen Versammlung aussprechen würden. Diese auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu wählende Privatversammlung sollte sich dann der Geltendmachung der Forderung annehmen. Zur weiteren Förderung dieser Sache fand am 26. September eine große Versammlung in Stockholm statt, in der die Redner das Mißtrauen gegen das allgemeine Stimmrecht bekämpften. Ein Redner wies darauf hin, daß sich unter den politisch nicht Stimmberechtigten 200 000 Personen befänden, die das kommunale Wahlrecht besäßen. Beschlossen wurde eine Erklärung gegen jeden Versuch, den Stimmrechtlosen neue militärische Lasten aufzubürden.

Die Frage der Verstärkung der Wehrkraft rückte allerdings wieder näher heran. Denn trotz aller ihr bereits bereiteten Schwierigkeiten und ungeachtet des Scheiterns der Wehrevorlage im Frühjahr, hielten der König und seine Regierung nur um so mehr daran fest. Lediglich zur Beratung eines neuen Organisationsplans für das Heer wurde der Reichstag auf den 18. Oktober zu einer außerordentlichen Tagung berufen, ein Fall, der seit 1871 nicht vorgekommen war. In der Thronrede sagte der König nur, der neue Vorschlag sei auf derselben Grundlage aufgebaut, wie der frühere, und dann forderte er auf, die Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen. Der Vorschlag ging dahin, das Heer auf 6 Armeebezirke zu verteilen, die schon auf Friedensfuß vollständig und fast gleichartig organisiert werden. Fünf dieser Bezirke sollen sich wie eine ausgedehnte Bewachungskette über den ganzen langgestreckten Küstengürtel ausdehnen, während die sechste etwas größere Abteilung eine strategische Reserve im Westen des mittleren Schwedens bilden soll. Jede dieser Abteilungen soll, außer Train- und Genietruppen, 12 Bataillone Infanterie, 5 Schwadronen Kavallerie und 6 Batterien, der dritte Bezirk jedoch 19 Infanteriebataillone enthalten. Die Zeit der Übung, zu der jeder waffenfähige junge Schwede herangezogen werden kann, wird auf 90 Tage, die Wehrpflichtzeit auf 20 Jahre ausgedehnt. Das erste Aufgebot soll 8, das zweite 4, der Landsturm 8 Altersklassen umfassen. Die Kosten der Änderung sind auf $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen veranschlagt. Die Verhandlungen über die Militärvorlage begannen in beiden Kammern am 21. November und führten schon nach zwei Tagen zur Genehmigung. Dieser Erfolg war zum Teil dem ebenso entschiedenen als patriotischen Auftreten des neuen Kriegsministers zu danken und übertraf weit die kühnsten Erwartungen der Regierung. Gehobenen Sinnes schloß der König, dem endlich sein langjähriges Anliegen erfüllt war, am 28. November den Reichstag, der, wie er in der Thronrede sagte, sich gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit der Zeitgenossen wie der künftigen Generationen erworben habe.

Bald nach dem schwedischen Reichstag trat der Reichstag **Norwegens** am 1. Februar zusammen. Die Präsidentenwahlen fielen in beiden Kammern zu gunsten der ministeriellen Linken aus. Vor der feierlichen Eröffnung kam im Storting die Abneigung der

Radikalen gegen die Fortdauer der Union mit Schweden zum Ausdruck. Bei Behandlung der Zeremonienfrage verlangte der Abgeordnete Eng, daß aus dem althergebrachten Wunsche: „Gott schütze den König, das Vaterland und das Bruderreich!“ die Worte „das Bruderreich“ ausfallen sollten, weil der schwedische Reichstag dem Wunsche des norwegischen Reichstags wegen eines besonderen Ministers des Außern nicht entgegengekommen sei. Der Vorschlag stieß jedoch auf so heftigen Widerstand, daß er zurückgenommen wurde. In der Thronrede, mit der König Oskar am 9. Februar den Reichstag eröffnete, wurden die zu machenden Vorlagen aufgeführt. Das zur Vorlage gelangende Staatsbudget für 1892—93 lautete in Einnahme und Ausgabe auf 51450000 Kronen. Die erste und zugleich die hauptsächlichste Angelegenheit, welche den Reichstag beschäftigte, war die durch das gesteigerte Selbstbewußtsein des Landes hervorgerufene Forderung selbständiger, anstatt der bisher mit Schweden gemeinsamen Vertretung nach außen. Der Amtsantritt des gegenwärtigen Ministeriums Steen war im vorigen Jahre schon eine Folge dieses Bestrebens gewesen. Am 13. Januar war sodann im ministeriellen Staatsrat, des einzigen beiden Reichen gemeinsamen Organs, das norwegische Ministerium mit dem schwedischen hart zusammengestoßen. Der schwedische Minister Lewenhaupt hatte sich hier ganz bestimmt dahin ausgesprochen, daß eine Aufhebung der gemeinsamen Vertretung bei fremden Mächten mit dem Bestande der Union beider Reiche unvereinbar sei. Die norwegischen Minister hatten darauf ebenso entschieden den entgegengesetzten Standpunkt geltend gemacht, und in der Absicht, diese Frage beim Reichstag in weiteren Fluß zu bringen, waren die norwegischen Minister auch mit dem Könige in Meinungsverschiedenheit geraten. Er war der Ansicht, daß die regierungsseitige Beratung der Frage, gemäß der Reichsakte, im gemeinsamen Staatsrate erfolgen müsse, während das Ministerium Steen alsbald dem Storting eine Vorlage wegen Errichtung eines besonderen norwegischen Konsulatssetats für die Zeit vom 1. Januar 1894 an unterbreitet haben wollte. Das Storting suchte in diesem Streite dem Ministerium zu Hilfe zu kommen, indem es am 1. März, nach zweitägigen Verhandlungen, mit 64 gegen 48 Stimmen die Erklärung beschloß, daß die Frage der Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens als eine ausschließlich norwegische Angelegenheit nur von

den gesetzgebenden Körpern Norwegens zu erörtern und zu erledigen sei, daß aber die Regelung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse eventuell dem gemeinsamen Staatsrate obliege. Damit war dem Rücktritte des Ministeriums und der Verlegenheit wegen Bildung eines neuen vorgebeugt, das doch ebenfalls im Sinne der Stortingemehrheit hätte zusammengesetzt werden müssen. Der König beschloß darauf im norwegischen Staatsrate am 14. März, dem Storting eine Auseinandersetzung der Konsulatsache vorzulegen, nahm aber in das Protokoll dieser Sitzung einen Vorbehalt betreffend den Inhalt und die fernere Verhandlungsweise auf. Während nun die Sache vorläufig ruhte, brach bei vielen Radikalen im Storting die Verstimmung anlässlich der Etatsberatung durch. Zur Frage der Apanage für die Hofhaltung des Königs eröffneten daher die Radikalen, sie hätten den Plan gehegt, im Falle des Abgangs des Ministeriums Steen wegen der Konsulatsache die Apanage erheblich herabzusetzen. Dieser von der Partei nunmehr aufgegebenen Plan wurde aber von einzelnen doch ausgeführt. Zwar wurde der Antrag auf Kürzung der Apanage um 800000 Kronen abgelehnt, es stimmten dafür aber immerhin 40 Abgeordnete einschließlich des Präsidenten. Am 10. Juni kam die Konsulatsfrage im Storting wieder zur Beratung. Der Ministerpräsident Steen führte aus, Norwegen könne die Sache allein ordnen; die Union mit Schweden wollten zwar alle Norweger erhalten, aber da gelte es auch, „die nationalen Verhältnisse zu stärken und sie nicht unter den jetzigen unionellen Formen zu schwächen;“ man dürfe den unionellen Bedenken nicht das große Gewicht beilegen, daß sie zum Schaden der nationalen Selbständigkeit Norwegens gereichen. „Wir können nicht unser Erstgeburtsrecht hingeben.“ Diese Ausführungen unterzog Minister Steens Amtsvorgänger, Stang, einer scharfen Kritik; er zeigte, daß eine Lockerung in dieser Frage zur weiteren Auflösung der Union führen könne; die Mehrheit aber billigte einen vom Ausschusse vorgeschlagenen Plan zur Errichtung eines eigenen Konsulatswesens, bewilligte für vorbereitende Maßregeln zu dessen Durchführung 50000 Kronen und ermächtigte die Regierung zu Verhandlungen mit Schweden über die Abwicklung der konsularen Gemeinsamkeit. Der Reichstag genehmigte ferner eine Staatsanleihe von 20 Millionen Kronen zu 4%, und ein neues Bankgesetz, wodurch bezüglich des Rechts der Zettelausgabe das britische

Differenzsystem eingeführt und der Bank gestattet wird, norwegische Staats- und Hypothekenbank-Obligationen sowie andere, auf ausländischen Börsen notierte Wertpapiere zu erwerben. Sodann wurde die Bestimmung aufgehoben, daß die Richter sich zur öffentlichen Religion des Staates bekennen müssen. Auch eine Vorlage wegen eines Handelsvertrags mit Spanien wurde genehmigt. Das Adelsthing insbesondere sprach sich aus für Einführung der Volks- oder Dialektsprache in der Volksschule derart, daß die Schüler diese und die allgemeine Buchsprache lesen lernen sollen. Eine bemerkenswerte Anfrage wurde am 11. Mai im Storting gestellt: der Abgeordnete Nielsen fragte, ob die Regierung Maßnahmen beabsichtige, um dem Heere die nötige Stärke zu geben. Die Antwort ging dahin, die Regierung sei schon im vorigen Jahre der Ansicht gewesen, daß man mit dem Heere in seiner jetzigen Verfassung keinen Feldzug unterhalten könne, es werde aber eine bezüglichliche Vorlage ausgearbeitet. Dieser Zustand schien zu dem kräftigen Selbstbewußtsein des Landes grade nicht zu passen. Bezüglich des Heeresbudgets wurden übrigens 97500 von den verlangten 330000 Kronen gestrichen.

Der Anfang Juni vertagte Streit in der sog. Konsulatsfrage brach am Ende des Monats in helle Flammen aus. Am 29. Juni erfuhr der Ministerpräsident durch eine Unterredung mit dem Könige, daß dieser dem Stortingsbeschlusse vom 10. Juni nicht Folge zu leisten gedenke. Das Ministerium erbat und erhielt insofgedessen seine Entlassung. Nachdem dies am 30. Juni dem Storting mitgeteilt war, sprach es sofort in einer Adresse dem Könige sein tiefes Bedauern aus und versuchte es, ihn mit dem Vorhalte umzustimmen, daß die hierdurch hervorgerufene politische Lage weitreichende Folgen zum Schaden für das Vaterland, den König und die Union werde haben können. In seiner Antwort vom 3. Juli sagte der König, die Minister hätten nur auf Grund nicht offizieller Unterredungen und vor einer grundgesetzmäßigen Verhandlung der Sache ihren Abschied verlangt, sich dadurch ihrer Pflicht entzogen und ihn der Gelegenheit beraubt, vor dem Volke zu erklären und zu begründen, was er beabsichtige. Er bleibe dabei, den Stortingsbeschlusse vom 10. Juni nicht gutzuheißen, es liege ihm aber im Interesse des dauernden Bestandes der Union am Herzen, daß das

Konsulatswesen in einer den Rechten und Interessen beider Völker entsprechenden Weise geordnet werde. Am demselben Tage veranstalteten die Radikalen einen aus fast 10000 Personen bestehenden Volkszug nach dem Hause des bisherigen Ministerpräsidenten, wo Björnsterne Björnson die Festrede hielt. Alle Patrioten, sagte er, wünschten ein Verteidigungsbündnis mit Schweden, im übrigen aber fordere man für Norwegen volle Freiheit und Gleichstellung. Weit großartiger fiel jedoch eine Gegenkundgebung, der Volkszug vom 5. Juli zum Könige aus. Von den nächsten Städten waren Tausende nach Christiania geströmt, auf den meisten Gebäuden wehte die Unionsflagge, der Hafen war besetzt, alle Läden geschlossen, und ein 20000 Köpfe zählender Volkszug bewegte sich abends nach dem Schlosse. Die ganze königliche Familie erschien auf dem Balkon und wurde mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Auf die Ansprache des Führers der Abordnung erwiderte der König, daß diese große Kundgebung seinem Herzen „in diesen sehr ersten Tagen“ Freude bereite, und mit redlichem Willen werde er die Verhältnisse der Union mit Schweden durch Übereinkunft zu ordnen suchen. „So werde ich Norwegens Selbständigkeit und Ehre wahren, wie ich auch zu gleicher Zeit meines Großvaters großes Werk zum Segen für kommende Geschlechter erhalten werde.“ Das Storting wiederholte am 6. Juli in einer neuen Adresse an den König seine neuerlichen Vorstellungen. In der Verhandlung darüber hatte der frühere Ministerpräsident Stang nachzuweisen gesucht, es sei eine für das Bestehen der Union notwendige Bedingung, daß der König als Obmann in den Zwistigkeiten zwischen beiden Reichen anerkannt werde, und er wies auf die dunkeln Aussichten hin, die sich eröffnen würden, wenn die Union durch eine nicht sehr wichtige Frage gesprengt würde. Daß dies das eigentliche Ziel der Radikalen sei, ging, abgesehen von einer Erklärung, welche die Arbeiterpartei am 2. Juli abgab, aus den Kundgebungen einer großen Menschenmenge hervor, die am 10. Juli in Björvik einen Vortrag Björnsons, jenes Festreddners beim zurückgetretenen Ministerium, angehört hatte. Am 22. Juli teilte Steen dem Storting mit, daß er der Aufforderung des Königs, das neue Ministerium zu bilden, nachgekommen sei. „Unglaublich!“ rief Ullmann, der Führer der Radikalen; es sei dies die größte Schande, die dem Lande widerfahren. Nach einigen Tagen aber verhielten sich

die Radikalen mäschenstill, das ganze Gepolter hörte auf, das Storting hatte eben fühlen müssen, daß es doch nicht die allein herrschende Gewalt im Staate sei. Während des Waffenstillstands, der nun in der Unionsfrage eintrat, machten sich die beiderseitigen Bestrebungen im Lande noch verschiedentlich geltend. Es kam im September heraus, daß die Männer der Linken eine Zeitlang die Anwendung von Machtmitteln außerhalb der Verfassung in Erwägung gezogen hatten. Gegen Ende September kam zu Tage, daß sogar in Regierungskreisen Anhänger des Strebens nach einer Trennung beider Länder vorhanden waren; führte doch das Regierungsorgan „Dagbladet“ aus, der langjährige Friede, dessen beide Reiche sich erfreuten, sei keineswegs der Union zu danken; Spanien und Portugal, Holland und Belgien seien auch einst vereinigt gewesen, nachdem sie sich aber getrennt, scheinere der Streit zwischen ihnen für unberechenbare Zeit ausgeglichen zu sein. Im allgemeinen aber trat allmählich eine Stimmung zu Ungunsten des Radikalismus und der Trennung der Reiche ein. Es bildete sich im September eine neue politische, die sog. Zwischenpartei, welche die volle Gleichberechtigung Norwegens innerhalb der zu erhaltenden Union verlangte, und der Radikale Björnsterne Björnson hatte mit seinen Reden in Versammlungen immer weniger Beifall. Er kritisierte in einer Versammlung zu Gausdal sein und seiner Partei Verhalten in bezeichnender Weise mit den Worten: „Die Auflösung der Union ist nicht mein Ziel, aber die Folge meiner Arbeit; die Königsmacht kann uns nur schaden, und auf die Union bin ich wütend.“ Diese unklare Richtung fand im ganzen Lande ihre Bezeichnung durch den Refrain eines politischen poetischen Flugblatts: „Den Bund, darinnen wir verpestet, den hassen und verfluchen wir!“

Zur Columbus-Ausstellung in Madrid sandte Norwegen ein Modell des alten bei Gogstad gefundenen Wikingschiffs in Viertelgröße. Die Stelle, an welcher König Karl XII. von Schweden im Jahre 1718 bei Belagerung des kleinen norwegischen Städtchens Frederikshall erschossen ward, wurde sorgfältiger als bisher ermittelt und angemessen bezeichnet.

Was die norwegische Totenliste betrifft, so starb am 17. Februar Johann Sverdrup, der frühere Präsident der zweiten Kammer, der von Juli 1884 bis Juli 1889 Ministerpräsident war, und am

13. September Wolfgang Haffner, bis 1884 Marineminister im Ministerium Stang. Er stammte aus dem Elfaß und war einst Lehrer der norwegischen Sprache für die drei Söhne König Oskars I., insbesondere für den jetzigen König, den er auf den Orlogszügen begleitete, welche dieser Prinz als Seekadett unternahm.

S c h w e i z .

Die Bundesversammlung trat im Januar und im Juni zu kurzen Sessionen zusammen. In der ersten handelte es sich zunächst um die Handelsverträge mit Deutschland und Osterreich-Ungarn. Der Bundesrat richtete hierüber an die Bundesversammlung eine Botschaft, in der es hieß, jeder der beiden Verträge gewähre dem Land dasjenige Maß von Befriedigung, das unter Berücksichtigung aller Faktoren hätte erwartet werden können; leider sei es nicht gelungen, für schwerwiegende Interessen eines ziemlich großen Theils der Schweizer Ausfuhrindustrie größere Erleichterungen zu gunsten der Ausfuhr zu erwirken; die Schutzpolitik der großen Nachbarstaaten habe aber Interessen geschaffen, die eine etwas tiefer greifende Beschneidung nicht zu ertragen schienen. In beiden Räten gingen der Genehmigung der Verträge längere und lebhaftere Verhandlungen voraus. Auch bezüglich der Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich richtete der Bundesrat an die Bundesversammlung eine Botschaft, in der er die Meinung aussprach, daß Frankreich einen vollständigen Bruch der Handelsbeziehungen mit der Schweiz nicht beabsichtige. Das Budget für 1892 stellte sich in Einnahme auf 69 021 225, in Ausgabe auf 81 849 225 Fr., schloß also mit einem ähnlichen Defizit wie das Jahr 1891. Ständerat und Nationalrat genehmigten in dieser Session einen Gesetzentwurf wegen Auslieferung politischer Verbrecher und einen Kredit von 7 600 000 Fr. für Zwecke der Kriegsbereitschaft. Über eine Änderung des Vogel- schutzgesetzes konnten beide Räte sich nicht einigen.

Der Bundesrat erließ am 8. Januar eine Verordnung über die Verteidigung und Verwaltung der Befestigungen an der Gott- hardstraße. Danach soll an der Spitze ein Oberstdivisionär stehen,

die Sicherheitsbesatzung meist den Truppen der Landwehr entnommen werden und Fort Airolo eine ständige Besatzung erhalten. Da italienische Blätter den Vorwurf erhoben, daß die Schweiz nur nach Italien hin Verteidigungsmaßregeln treffe, nicht auch gegen Frankreich, so erließ der Generalstab eine Kundgebung, wonach es der Schweiz nur auf eine wirksame Wahrung ihrer Neutralität ankomme; deshalb sollten ähnliche Maßregeln zur Absperrung der Übergangstraße auch im Walliser Lande getroffen werden. Der Handelsvertrag mit Spanien wurde vorläufig verlängert, und vom Bundesrate wurde wegen eines neuen Vertrags mit Spanien unterhandelt. Verhandlungen mit Italien über einen neuen Handelsvertrag wurden im Februar vom Bundesrate abgebrochen, weil Italien ungenügende Zugeständnisse für die aus der Schweiz dorthin ausgeführten Baumwollgewebe und Stickereien machte dagegen bedeutendere Vorteile als bisher für die Einfuhr von Wein nach der Schweiz verlangte. Im März wurden jedoch die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nach neuen Zugeständnissen Italiens bezüglich der Baumwolle gegen solche auf landwirtschaftliche Erzeugnisse kam es am 19. April zur Unterzeichnung des Vertrags. Mit Rücksicht auf viele in letzter Zeit vorgekommene Grenzüberschreitungen von Militärs angrenzender Staaten machte der Bundesrat im Februar in Paris, Rom und Wien auf die Bestimmungen des Völkerrechts aufmerksam.

In der Session der Bundesversammlung vom 6. bis 25. Juni lehnte der Nationalrat einen Antrag ab, wonach der Bundesrat sich äußern sollte über den Zusatz zur Verfassung, daß der Bund durch Gesetze Grundsätze über Verstaatlichung von Eisenbahnen stellen dürfen. Für die Befestigung von St. Moritz im Walliser Rhonethal wurden zwei Millionen bewilligt. Es soll hierdurch verhindert werden, daß in einem Kriege mit Frankreich die deutschen und die italienischen Heere sich über die Schweiz hinweg die Hand reichen. Ein Gesekentwurf über den Landsturm kam in dieser Session nicht mehr zur Erledigung. Mit dem 10. Mai trat ein in der schweizerischen Verfassungsgeschichte bemerkenswerter Abschnitt ein, indem an diesem Tage die Referendumsfrist für das vorjährige Bundesgesetz über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen, betreffend die Teilrevision der Bundesverfassung, ablief, ohne daß ein Einspruch dagegen erhoben war.

Die Regierung des Kantons Bern entschied sich im April im Einvernehmen mit dem Großen Räte dahin, daß die Frage der Eisenbahnverstaatlichung in dem Sinne wieder aufgenommen werden sollte, daß der Staat diese Politik hoffentlich mit besserem Erfolge als früher auf den Bund übertrage. Am 20. November beschloß das Volk, den Großen Räte mit Änderung der Verfassung von 1846 zu beauftragen. Im Kanton Zürich kam im Februar ein Gesetz zustande, wodurch die Regierung ermächtigt wird, ein Fremdenbureau in Zürich zu errichten. Den Anlaß boten viele Mißlichkeiten, die der Regierung von zahlreichen ausländischen Sozialrevolutionären bereitet waren. Ein im Großen Räte von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, daß allen Beamten verboten werden sollte, Nachforschungen nach den politischen Gesinnungen von Kantonseinwohnern anzustellen, wurde abgelehnt, nachdem der Polizeidirektor gezeigt hatte, daß die hierüber entstandene Aufregung auf Übertreibung und Mißverständnissen beruhe. Im Mai erlitten im Kanton Solothurn bei den Wahlen zum Großen Räte die Ultramontanen eine Niederlage; ebenso im Kanton Uri bei den Gemeindewahlen. Im Kanton St. Gallen kam ein Gesetz, wonach die Beerdigungen auf Kosten der Gemeinden stattfinden, der Staat für jede Leiche der Gemeinde 15 Fr. vergüten und die Feuerbestattung zulässig sein sollte, in Folge der Abneigung der katholischen Geistlichen, mit geringer Mehrheit zu Fall. Großes Aufsehen erregte in der ganzen Schweiz die Enthüllung des Berner „Bund“, daß der frühere Präsident des Nationalrats, Bessaz, Führer der Radikalen im Kanton Waadt, sich um eine hohe Summe habe bestechen lassen, um als Mitglied des Eisenbahn-Verwaltungsrats für die Vereinigung der Jura- mit der Simplonbahn einzustehen. Da die Sache aufs politische Gebiet hinüberspielte, legte Bessaz alle seine Ämter nieder. Anträge auf Verfassungsrevision wurden im Mai im Kanton Genf durch die Radikalen zu Falle gebracht, in Basel-Land angenommen. Im Kanton Basel-Stadt kam ein Gesetz wegen Wahl der Richter durch das Volk zustande. Am 8. Juli wurde in Basel die 500jährige Gedenkfeier der Vereinigung von Groß- und Klein-Basel zu einer Stadt begangen. Dieses unscheinbare Ereignis wurde gefeiert, weil mit der Lösung der österreichischen Pfandschaft und der Vereinigung beider Städte die Freiheit Basels und sein Eintritt in den Schweizerbund ermöglicht wurde. Der

Zulauf des Volks aus der Schweiz, Baden, Elfaß und Frankreich war gewaltig. Der offizielle Akt fand morgens 8 Uhr auf der alten Rheinbrücke statt, wo vor versammelten Räten und Zünften die Vertreter der beiden Stadthälften Gruß und Glückwunsch wechselten. Ein geschichtliches Festspiel war großartig. Es kam zur Darstellung die Gründung der Stadt durch Kaiser Valentinian; der Brückenbau; Kaiser Rudolf von Habsburg zu Pferde, der Stadt Freiheiten verleihend, dann große Spiele zu Ehren des Kaisers, Tanz der drei Wappenthiere Basels, zum Schluß Herzog Leopold, wie er mit prunkender Ritterchaft zum Kampfe gegen die Bauern ausbricht. Am 8. August fand eine Erinnerungsfeier statt bei dem in Felsen gehauenen Löwententmale bei Luzern, das zu Ehren der am 8. August 1792 in Verteidigung Ludwigs XVI. in Paris gefallenen Schweizer errichtet war. Beim schweizerischen Schützenfeste in St. Gallen am 14. Juli ergriff der Bundespräsident Hauser die Gelegenheit, sich mit größter Bestimmtheit wider die ausländischen Vorwürfe bezüglich der Gotthardbefestigungen auszusprechen. Man habe, sagte er, versucht, die Neutralität der Schweiz als ein fadenscheiniges Ding hinzustellen und Zweifel erhoben, ob sie im Kriegsfall vom Auslande noch respektiert würde; aber „fest entschlossen, mit allen unsern Nachbarn in Frieden zu leben und unsere Pflichten als neutraler Staat voll und ganz mit Einsetzung unserer ganzen Wehrkraft zu erfüllen, verbitten wir uns alle Ratschläge und Winke von Bündnisanerbietungen. Wir wollen Herren sein im eigenen Lande und wissen ohne Einflüsterungen von außen, was wir zu thun und zu lassen haben. Nicht umsonst haben wir keine Opfer gescheut, um unsere Armee auszubilden, nicht umsonst Millionen auf die Befestigung des Gotthard verwendet. Wir haben damit den festen Willen bekundet, jedem in Waffen entgegenzutreten, der die Grenzen unseres Landes zu überschreiten versucht.“ Die Wirren im Kanton Tessin waren durch die vorjährigen Vorgänge noch nicht beendet. Erst in diesem Jahre bereitete sich eine Wendung vor, indem die konservativ-ultramontane Mehrheit sich in zwei Teile spaltete, von denen die gemäßigtere, dem Räte des zurücktretenden Staatsratspräsidenten Soldati folgend, sich für den Entwurf einer neuen Verfassung erklärte. So kam es, daß am 2. Oktober dieser Entwurf in Volksabstimmung mit 12 000 gegen 5000 Stimmen angenommen wurde. Das Ereignis, von dem man

num den lang ersehnten Frieden erhofft, wurde in der ganzen Eidgenossenschaft mit Freude begrüßt. Durch diese neue Verfassung wird für die Wahl des Großen Rats und des Verfassungsrats das Proportionalverfahren, für die Wahl des Staatsrats und der Richter die direkte Wahl durchs Volk eingeführt; für Gesetze und Verfassungsrevisionen erhält das Volk ein weitgehendes Initiativrecht. Der Kanton Freiburg entschied sich am 4. Oktober für Verfassungsrevision.

Namens der schweizerischen Bischöfe machte Anfangs August Bischof Egger von St. Gallen ein vom Papst an den Bischof von Sitten gerichtetes Schreiben bekannt, in dem der Besuch der katholischen Universität zu Freiburg sehr empfohlen wurde. In Luzern fand vom 12. bis 15. September der vierte internationale Altkatholikenkongreß statt, an dem Vertreter der deutschen, russischen, griechischen, armenischen und syrischen Kirchen teilnahmen. Es wurden u. a. Vorträge gehalten von Professor Friedrich über die Versuche, den Kirchenstaat herzustellen, von Professor Benschlag aus Halle über die allen Kirchen von Rom drohenden Gefahren, von Pater Loyson aus Paris über die Bedeutung des Altkatholizismus als eines Protestes gegen die römischen Mißbräuche. Beschlossen wurde die Erklärung, „daß dem im vatikanischen Konzil zum offiziellen Dogma erhobenen und jetzt geltenden ultramontanen System das altkirchliche Ehrenprädikat katholisch nicht zukommt, welches den Bekennern des allgemeinen christlichen Glaubens der alten ungeteilten Kirche gebührt.“ Am 22. August tagte in Bern der 4. Weltfriedenskongreß, am 24. August eine Konferenz zur Beratung der Orthographie für die deutsche Schweiz. Sie sprach sich für die preussische Rechtschreibung aus. In Genf tagte am 9. September das „Institut für internationales Recht“. Es beschloß Erklärungen zur gesetzlichen Regelung der Ausweisung und Zulassung von Fremden und überreichte dem schweizerischen Bundesrate den Entwurf zu einer Übereinkunft wegen Gründung einer „internationalen Union“ behufs Veröffentlichung des authentischen Textes der zwischen zwei sich fremden Staaten abgeschlossenen Verträge. Damit war die Bitte verbunden, den Entwurf den Regierungen aller zivilisierten Länder zur Begutachtung vorzulegen und ihnen eine diplomatische Konferenz zur Prüfung der Sache vorzuschlagen. Diejem Ersuchen

hat der Bundesrat durch Note vom 4. Oktober entsprochen. Ferner wurde in Bern am 30. September die Übereinkunft einer Anzahl größerer Staaten wegen Errichtung eines Zentralamts für internationales Eisenbahnfrachtrecht unterzeichnet. Das Zentralamt soll am 1. Januar 1893 zu Bern in Wirksamkeit treten.

In der am 5. Dezember begonnenen Winteression der Bundesversammlung wurden Gesetze über die Bundesrechtspflege und über Einführung des Blindhölzchen-Monopols angenommen, das Budget für 1893 in Einnahme auf 72730000, die Mehrausgaben auf 11080000 Franken festgestellt, und zum Bundespräsidenten für 1893 Dr. Schenk aus Bern, zum Stellvertreter Frey aus Baselland gewählt. Der neue Handelsvertrag mit Frankreich kam vor Ablauf des Jahres nicht zu stande, worauf ein Beschluß des Bundesrats vom 22. Dezember für die Zeit vom 1. Januar 1893 an den sogenannten Zollkrieg mit Frankreich eröffnete.

Aus dem Parteileben sind einige Vorgänge bemerkenswert. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei entschieden sich im März dahin, das „Recht auf Arbeit“ als Forderung der Partei aufzustellen. Die Feier des 1. Mai verlief in der ganzen Schweiz sehr ruhig. In allen größeren Städten wurde der Tag mit einem Umzuge und vielen Reden gefeiert. Vier gefährliche Anarchisten in Lausanne wurden des Landes verwiesen, was einen erfolglosen Racheakt gegen die Wohnung des dortigen Präfecten nach sich zog. Die Polizei in Tessin mußte umfangreiche Maßregeln gegen eingewanderte italienische Anarchisten treffen. Die politische Sommerstille ward durch das Aufkommen einer Bewegung für die künftige Wahl des Bundesrats durch das Volk unterbrochen. Sie ging zunächst von Demokraten aus, die auf einer zahlreichen Versammlung zu Baden im Aargau das Zeichen dazu gaben, doch trat bald auch die ultramontane Partei mit aller Kraft dafür auf. Daneben ging eine Bewegung für Neugründung der freisinnigen Partei. Eine große Versammlung gab die Anregung, worauf die Züricher und die Berner Freisinnigen mit Programmen herausrückten. Mit größerem Nachdruck traten dann die Genossen in Luzern auf, in deren Programm Erweiterung der Volksrechte in dem Sinne verlangt wurde, daß alle im Bunde eingeführten Volksrechte eben dadurch auch sofort in den Kantonen Anwendung finden sollten.

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Die inneren Verhältnisse des **türkischen Reiches** boten nicht viel Bemerkenswerthes. Zu erwähnen sind nur kleinere Aufstände in verschiedenen Provinzen. Die Auflösung des aus Eingeborenen bestehenden Korps der Caroglia zu Tripolis im Februar erregte dort große Unzufriedenheit, weil die allgemeine Aushebung die Folge war. Der Beamte, der im Bazar den Arabern diese Verordnungen vorlas, entging nur mit knapper Not der Mißhandlung und das Volk zerriß die Verordnungen. Kaum war aber die Ruhe hergestellt, so erschienen einige tausend Beduinen aus dem Innern vor der Stadt und erhoben beim Gouverneur Einsprache. Mit seiner Antwort zufrieden, veranstalteten sie einen feierlichen Zug, um ihm zu danken. Dabei kam es im Hofe des Palastes zum Kampfe mit den Truppen, worauf die mißtrauisch gewordenen Beduinen sich in der verstärkten Zahl von 20000 vor der Stadt lagerten, entschlossen, hier zu bleiben bis zum Widerruf der Verordnungen. Ferner kam es in Ober-Arménien, im Bezirk Sassoun, zu einem Aufstande, veranlaßt durch die Auserlegung vieler Lieferungen zu Militärtransporten. Es kam zu Kämpfen mit den Truppen, die mehrmals geschlagen wurden. Ein Aufstand in der arabischen Provinz Yemen endete nach mehreren Kämpfen mit der Unterwerfung eines Beduinenstammes und mit einem dreimonatlichen Waffenstillstand mit einem anderen. Dabei wurde zugesagt, daß keine Sklaven mehr die Freiheit erhalten sollten. Auf Kreta wurde im Februar das Gerichtswesen neu geordnet, die ganze Lage war aber noch so ungeordnet, daß es im Oktober wieder zu Kämpfen zwischen den türkischen Truppen und den angreifenden Sphakioten kam. Der Meuterei verdächtig schien auch eine größere Zahl von Softas in Konstantinopel zu sein, die daher im September plötzlich zu Schiff nach entlegenen Provinzen gebracht wurden, angeblich damit sie nicht ferner dem Elend preisgegeben seien. Sultan Abdul Hamid nahm im Mai den Erbprinzen von Meiningen und dessen Gemahlin mit großen Ehren auf. Als in Verbindung mit den Berichten hierüber falsche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Sultans von der „Allg. Reichs-Korrespondenz“ in Berlin ver-

breitet wurden, wurde deren Herausgeber, ein Russe, von hier ausgewiesen. In der diplomatischen Vertretung bei der Pforte traten einige Änderungen ein: am 8. März empfing der Sultan den neuen englischen Botschafter Sir Ford; der deutsche Botschafter v. Radowicz wurde im Juli nach Madrid versetzt. Sein Nachfolger, Fürst Radolin, ward am 12. November, unter Entfaltung großen Pompes, vom Sultan empfangen. Der neue italienische Botschafter Graf di Collobiano trat die Stelle im Oktober an. Am wichtigsten für das türkische Reich waren seine Beziehungen zu Rußland und Bulgarien. Erstere sind unter Rußland berührt (S. 265).

Prinz Ferdinand von Koburg nahm am griechischen Neujahrstage in Sofia die Glückwünsche der Würdenträger **Bulgariens** entgegen. Der leitende Minister Stambolow drückte dem Fürsten das volle Vertrauen und den Dank des Landes aus, das fester als je zu ihm stehe; der gegenwärtigen Zeit des Ringens werde die Geschichte den Namen der Zeit der Selbstverleugnung geben, weil das Ziel der nationalen Bestrebungen sich nur mit der hohen Entfagung erringen lasse, in welcher der Fürst ein Vorbild gebe. Dieser wohnte am 24. Januar der Eröffnung der Telephonlinie Sofia—Philippopel bei und ernannte am 25. Februar den früheren Finanzminister Sallabaschew zum Justizminister. Folgenden Tags wurde des Prinzen Geburtstag in Sofia als Nationalfest gefeiert. Er wohnte mit seiner Mutter Clementine, den Ministern, Truppenabteilungen und einer großen Volksmenge einem Tedeum bei und beantwortete unter lebhaftem Beifall die Ansprache des Präsidenten der Sobranje. Im April trat der Prinz eine längere Reise ins Ausland an, die ihn nach Mailand, Paris und an den Hof der Königin von England in Balmoral führte. Beim Diner, das ihm der Lordmayor von London am 10. Juni gab, erwiderte der Prinz dessen Toast mit dem Bemerken, sein Besuch in England sei von dem Gedanken geleitet, der englischen Nation Dankbarkeit zu beweisen für ihr Interesse gegenüber Bulgarien. Daß er nach besonderen Freunden sich umsah, war sehr begreiflich bei dem fortwährend unheimlichen Zustande, wo russische Ränkespinner die bulgarischen Staatsmänner mit den bösesten Absichten heimlich zu umschleichen fortführen. Infolge von Mitteilungen der Wiener Regierung wandte sich Stambolow im Januar an die serbische Re-

gierung mit der Bitte, auf bulgarische Flüchtlinge in Belgrad zu achten, die mit Mordanschlägen und Plänen zum Umsturz in Sofia umgingen. Eine Verwundung Stambolows durch einen Revolver-schuß im Januar wurde begreiflich sofort auf einen Mordanfall zurückgeführt, doch soll er sich die Wunde aus Unvorsichtigkeit zugezogen haben. Aber bald darauf wurde der diplomatische Agent Bulgariens in Konstantinopel, Vulkowitsch, hier abends auf der Straße durch Unbekannte mittels Messerstichen ermordet. Er war einer der tüchtigsten und patriotischsten Männer Bulgariens, der seit langem viele panslawistische Versuche, bei der Pforte Mißtrauen gegen den Prinzen Ferdinand und seinen ersten Minister zu säen, vereitelt hatte. Die Beerdigung erfolgte in Gegenwart des Prinzen und der Minister in Philippopel. Der Regierung gingen genaue Mitteilungen zu über Anzeichen, die auf einen mit der russischen Geheimpolizei zu Odessa in Verbindung stehenden flüchtigen Bulgaren als Thäter hindeuteten. Dieser wurde zwar in Konstantinopel festgesetzt, aber auf Wunsch der dortigen russischen Botschaft an diese ausgeliefert, obwohl er türkischer Staatsbürger war. Die Pforte schwankte eben in dieser und ähnlichen Fragen haltungslos zwischen den Zumutungen Rußlands und dem gerechten Unmuth Bulgariens. Diesem gab Stambolow in einer Note vom 31. März entschiedenen Ausdruck. Er ging von der vorjährigen Ermordung des bulgarischen Ministers Beltschew und dem damaligen Versprechen der Pforte aus, bulgarische Emigranten zu überwachen und ihre verbrecherischen Versuche zu verfolgen; er erinnerte ferner daran, daß alle bulgarischen Emigranten mit russischen Pässen versehen seien, und beschwerte sich über obige Nachgiebigkeit gegen Rußland, sowie, daß mit Hilfe der türkischen Polizei die russische Botschaft die Verfolgung des an jener Mordthat anscheinend beteiligten Bulgaren Kuscheleff erschwert sei. Die Note verlangte Auslieferung der intellektuellen Mörder Vulkowitschs und der gegen ihr Vaterland konspirierenden bulgarischen Emigranten, endlich Anerkennung der Regierung des Prinzen Ferdinand. Im Anschluß hieran rückte der neue bulgarische diplomatische Agent Dimitroff dem russischen Botschafter in Konstantinopel mit der Frage zu Leibe, ob die russische Regierung den bulgarischen Flüchtlingen auch nach deren jüngsten Thaten noch Beweise des Wohlwollens geben werde. Die Antwort ging dahin, Rußland werde seine Haltung

nicht ändern. Bald darauf wurden in Rußschuk 7 Russen wegen Verdachts eines Dynamitanschlags verhaftet. Wegen der Ermordung Bulfowitschs wurden am 12. Mai zwei Männer in Sofia zum Tode verurteilt. Der Prozeß gegen die Mörder des Ministers Beltshew brachte eine Reihe von Urkunden zum Vorschein, wonach verschiedene Personen, von Rußland unterstützt, im vorigen Jahre die Ermordung des Prinzen Ferdinand und seiner Minister geplant hatten. Diese Urkunden wurden russischerseits als gefälscht bezeichnet, der Prozeß endete aber mit der Verurteilung von 5 Männern zum Tode. Sie wurden am 27. Juli in Sofia gehängt und zugleich weitere geheime russische Aktenstücke aus 1889 veröffentlicht zum Beweise, daß damals der Flüchtling Zankow von Rußland Geldmittel für Personen erhalten habe, die sich bereit erklärten, an einer Umwälzung in Bulgarien thätigen Anteil zu nehmen und „den Prinzen Koburg zu ermorden“.

Noch weit mehr als durch alle diese Vorgänge wurde Bulgarien in den Vordergrund europäischen Interesses gerückt durch den Besuch, den der Ministerpräsident Stambolow am 13. August dem türkischen Sultan abstattete. Dieser ließ ihn feierlich einholen und hatte eine längere Unterredung mit ihm. Er beglückwünschte ihn zu der Art, wie er die Angelegenheiten Bulgariens leite, und versprach, im günstigen Augenblick den Prinzen Ferdinand anzuerkennen. Dann beschenkte der Sultan den Minister mit einer mit Brillanten verzierten Tabackdose. Unwillig hierüber richtete die russische Regierung am 18. August an die Pforte eine Note mit dem Bedauern über den Empfang Stambolows. Zwar habe der türkische Botschafter in Petersburg versichert, dessen Reise sei eine Überraschung gewesen und vermöge die korrekte Haltung der Türkei gegenüber dem vertragswidrigen Zustande in Bulgarien nicht zu ändern, aber die Bezeigung von Ehren für den Minister gleich nach den Hinrichtungen und der Veröffentlichung gefälschter Urkunden müsse „berechtigzte Empfindlichkeiten erregen“. Die Pforte habe dem Regime der Usurpation eine Ermutigung gewährt, die als ständige Gefahr für den Frieden Europas angesehen werde. Die Antwort der Pforte ging kurz dahin, sie achte die Verträge und wolle die Freundschaft mit Rußland aufrecht erhalten.

Prinz Ferdinand hielt am Jahrestage seines Regierungsantritts

eine Ansprache, in der er sagte, auf seiner Reise im Ausland habe er gefunden, daß man überall dem Namen Bulgariens mit Achtung begegne; sehr ermutigt fühle er sich durch den herzlichen Empfang in England; nicht minder fühle er sich glücklich wegen des Wohlwollens, das der Hof seines Oberherrn dem bulgarischen Volke und Stambolow erwiesen habe. Auch bei seiner Eröffnung der Ausstellung in Philippopel am 27. August hielt der Prinz eine Ansprache mit dem Hinweis, daß die Feier den Sieg der friedlichen Kulturarbeit des Landes bedeute. Beim Festmahle brachte er einen Toast auf den Sultan aus, dem er dankbar für die Sendung besonderer Vertreter sei. Befriedigt und ermutigt zeigte sich der Prinz ferner am 27. Oktober in der Thronrede zur Eröffnung der Sobranje. Die aufgeklärten Nationen zeigten Zuneigung für das tapfere bulgarische Volk und den lebhaften Wunsch, es siegreich zu sehen im Kampfe zur Verteidigung seiner Rechte und Selbständigkeit; dazu seien die Bande zwischen dem Sultan und ihm, dessen Vasallen, noch enger geknüpft worden. Von gleichem Sinne erfüllt war eine Ansprache des Prinzen am 13. November beim Schluß der Ausstellung in Philippopel.

Im Dezember kam es zu eingreifenden Änderungen der Verfassung. Ungeachtet der Warnungen vor ausländischer Einmischung genehmigte die Sobranje, auf besonderes Betreiben Stambolows, folgende Vorschläge der Regierung: Die Nachkommen des gewählten Fürsten sollen nicht mehr gezwungen sein, dem griechischen Glauben anzugehören; die Ansprüche an die Bildung der Abgeordneten sollen erhöht, es soll fortan ein Abgeordneter auf je 30 000, statt bisher auf je 20 000 Einwohner gewählt, die Freiheit der Presse soll eingeschränkt, die Zahl der Ministerien soll auf 7 erhöht, und es soll das Tragen ausländischer Orden verboten werden. Die erste Änderung hing mit dem Wunsche des Prinzen Ferdinand, sich zu vermählen, zusammen, war aber politisch die bedenklichste.

Im Königreich **Rumänien** fielen am 1. Februar die Neuwahlen zu beiden Kammern überwiegend zu gunsten des konservativen Ministeriums Catargi aus. Die Niederlage der Opposition wurde noch dadurch verschärft, daß sie keine einzige bedeutende Persönlichkeit durchzubringen vermochte, während sich auf der anderen Seite viele einflußreiche Männer, darunter fast alle Minister, befanden. Vergeblich hatte in der Wahlbewegung das Schreckgespenst des Eintritts

in den Dreibund und der Auslieferung an Deutschland stark erhalten müssen. In der Thronrede zur Eröffnung der neuen Kammern am 7. März eröffnete König Karl ein großes gesetzgeberisches Arbeitsfeld. Das wichtigste Ergebnis der Session bestand in der Annahme eines Gesetzes, wonach der bäuerlichen Bevölkerung die Entleihung der zur rationellen Bewirtschaftung ihrer Grundstücke erforderlichen Gelder erleichtert werden soll. Hervorzuheben ist ferner ein Gesetz, wonach 25 Millionen Francs für Militärzwecke, worunter 10 Millionen für Kasernen und 15 für Anschaffung eines kleinkalibrigen Gewehrs verwendet werden sollen. Die Verlobung des Thronfolgers, Prinzen Ferdinand, mit der 17jährigen Prinzessin Maria von Großbritannien, Tochter des Herzogs von Edinburgh, wurde im Juni vom Minister des Äußern den Kammern als ein für das Land glückliches Ereignis bezeichnet, und der König erwiderte auf die Glückwünsche der Kammern, er erblicke in dieser Verbindung einen wahrhaften Trost, denn er sehe dadurch das mit der gegenwärtigen Generation begonnene Werk gesichert. Die Kammern bewilligten im November dem Thronfolger eine jährliche Apanage von 300 000 Fr., deren Hälfte auf die Prinzessin Maria soll übertragen werden können. Aufsehen erregte es, daß am 29. Oktober ein russischer Dampfer unter offener Mißachtung der Quarantänevorschriften in die Sulinamündung der Donau einzudringen versuchte und gewaltsam zurückgehalten werden mußte. Am 21. Juni starb in Bukarest der frühere Ministerpräsident Bratiano.

Im Gegensatz zu Rumänien war die Lage im Königreich **Serbien** infolge widriger Parteiverhältnisse sehr verfahren. In der am 10. Januar eröffneten Skupschtina unternahm die radikale Opposition eine Reihe heftiger Angriffe gegen die Regierung. Namentlich wurde die Ausweisung der Königin-Mutter Natalie in sehr erregter Weise besprochen und als Verfassungsverletzung bezeichnet. Bei der Budgetberatung wurde die Regierung vieler Unrichtigkeiten bezichtigt und ihr die gestiegene Unsicherheit im Lande zur Last gelegt. Höchst widerlichen Eindruck machte bei allen Parteien die regierungsseitig genehmigte Erklärung des früheren Königs Milan, daß er aus dem serbischen Unterthanenverbände scheide, und in der Skupschtina erfuhr das Benehmen Milans die schärfste Kritik. Diese Verhandlung endete mit den Worten des Ministers Gjajo: „Serbien begräbt heute Milans

Regiment; befestigen wir den Grabstein gut und dauerhaft, damit es Athen für alle Zeiten unmöglich wird, seine politische Auferstehung zu feiern.“ Dann wurde ein sein Ausscheiden bekräftigendes Gesetz mit dem Zusatz genehmigt, daß er auch seine Rechte auf Erziehung des jungen Königs verliere. Die beantragten Mittel für außerordentliche Heeresbedürfnisse wurde erst genehmigt, nachdem die Regierung die Trostlosigkeit der Heereszustände in ihrer ganzen Größe dargelegt hatte. Als am 17. Juni Prositsch, einer der drei Regenten, gestorben war und das radikale Ministerium die Wahl eines Nachfolgers seiner Partei sichern wollte, kam es am 23. August zum Rücktritt des Ministeriums Pasitsch und zur Ernennung des liberalen Ministeriums Avakumovitsch, das sofort alle radikalen Präfekten absetzte.

Interessant waren die Vorgänge im Königreich **Griechenland**. Die Lage der Finanzen begann sich der Portugals zu nähern, denn seit Jahrzehnten waren Schulden auf Schulden gehäuft und wurden die Bedürfnisse zu einem großen Teil durch die Anleihen bestritten. Endlich war aber das Ausland mißtrauisch geworden, und seit 1890 hatte keine Anleihe mehr aufgenommen werden können. Infolgedessen traten ernste Störungen ein, das Gold schoß in die Höhe, der Verkehr mit dem Ausland erlahmte, die Zolleinkünfte nahmen ab. Eingreifende Maßregeln waren längst nötig, aber vom Ministerium Delhannis aus Scheu, unbeliebt zu werden, verschoben worden. Als sich fernerer Aufschub unthunlich erwies, erließ der Ministerpräsident in der am 9. Februar eröffneten Kammer einen hochpatriotischen Appell an die Opferwilligkeit des Landes, wodurch die Abgeordneten so ergriffen wurden, daß sie begeisterungsvoll Gesekentwürfen wegen Einführung des Tabackmonopols und Erhöhung der Einfuhrzölle auf fast alle Artikel zustimmten. Die Stimmung der Kammer reichte dann noch so weit, daß sie am 23. Februar die beantragte Anklage gegen das frühere Ministerium Trikoupis ablehnte. Nun begab sich aber etwas gänzlich Unerwartetes. Am Abend des 29. Februar erschien ein Flügeladjutant des Königs bei Delhannis mit dem Ersuchen um Rücktritt vom Ministerium, weil Delhannis nicht im stande sei, die unabweisliche Besserung der Finanzen durchzuführen. Die Bevölkerung wurde durch die Maßregel sehr erregt, die Kammer sprach ihr Vertrauen zu Delhannis aus, und eine zahl-

lose Menge rief vor dem Palaste: „Nieder mit dem König!“ worauf dieser selbst den Oberbefehl über die Garnison von Athen übernahm und kräftig für Herstellung der Ordnung sorgte. Diese Entschlossenheit wirkte günstig im ganzen Lande, und unter diesem Einfluß schloß die Kammer am 5. März eine Art von Versöhnung mit dem Könige, worauf der Kammerpräsident Konstantopulos ein neues Ministerium bildete, welches die Kammer auflöste und in einem am 2. April veröffentlichten Programm eine ehrliche und unparteiische Regierung, Verminderung der Ausgaben, Besserung des Unterrichtswesens sowie rascheren Justizgang versprach. Die Neuwahlen fielen am 15. Mai überwiegend für Trikoupis aus, den der König am 21. Juni zum Ministerpräsidenten ernannte. Im Budget, das dieser am 7. Juli der Kammer vorlegte, waren die Einnahmen auf 100300000 Drachmen, sowie ein Überschuß von fast 2 Millionen berechnet; der Ausfall des alten Budgets sollte durch 7 Millionen Ersparungen und 10 Millionen neue Einnahmen gedeckt werden. Die Vorschläge wurden genehmigt, aber das Vertrauen des Auslands kam so rasch nicht wieder, zum Teil weil das zu erschreckender Höhe gestiegene Räuberwesen die Zustände nicht als befestigt erschienen ließ. Der König feierte am 27. Oktober in Gegenwart seines Bruders, des dänischen Kronprinzen, und seines Neffen, des Zarewitsch, sowie unter Begrüßung durch eine englische und eine französische Flotte, seine silberne Hochzeit. Die Kammer genehmigte in ihrer am 10. November begonnenen Session das Budget für 1893 mit 110 Millionen Einnahme und 6 Millionen Überschuß. Am 29. Januar starb in Athen der Dichter Kalligaris, der 1856—59 Minister des Äußern, 1874—86 Gesandter in Berlin war.

Die Regierung des Fürstentums **Montenegro** schloß im April mit der Pforte einen Vertrag wegen Einsetzung einer ständigen Kommission zur Schlichtung der öfteren Streitigkeiten zwischen den beiderseitigen Grenzbewohnern. Fürstin Darinka, Witwe Danilos, starb in Venedig und wurde in Cetinje beerdigt. Fürst Nikita, den der Zar einst seinen einzigen Freund genannt hatte, fiel bei diesem in Ungnade, weil er eine von ihm 1891 bei der russischen Regierung aufgenommene größere Anleihe „in ein Geschenk des Zaren verwandeln“ wollte; dagegen wurde des Fürsten Ungnade mehreren geistig hervorragenden Männern zu teil.

Außereuropäische Staaten.

In Aegypten trat am 7. Januar ein Thronwechsel ein. Der seit 1879 regierende Khedive Tewfik Pascha erlag im Alter von kaum 40 Jahren der Influenza. Er hatte sich zwar nicht durch besondere Herrschertugenden ausgezeichnet, aber es hatte ihm nicht an Charakterzügen gefehlt, die ihn befähigten, mit Geschick seinen Posten auszufüllen. Durch Sparsamkeit und Ordnung hatte er ein gutes Beispiel gegeben und einige Male hatte er durch maßvolles Verhalten in kritischer Lage drohende Gefahren beschwichtigt. Gemäß der Linearerbsfolge, deren Anerkennung Tewfiks Vater, Ismail Pascha, 1873 vom Sultan Abdul Aziz erlangt hatte, ging das Thronrecht auf Tewfiks ältesten Sohn, den 18jährigen Abbas Hilmi über, der sich mit seinem Bruder zum Besuche der Theresianischen Lehranstalt in Wien befand. Vom Sultan bereits am 9. Januar als Khedive anerkannt, brach er, ähnlich wie 1875 der zum König von Spanien ausgerufene Alfons, von der Schulbank zum Throne auf. Mit den besten Schulzeugnissen versehen, vom Direktor und dem Lehrkörper des Theresianums nach dem Bahnhof begleitet, reiste Abbas unter dem Schutze österreichischer Offiziere von Wien ab, bestieg in Triest ein ägyptisches Schiff und traf, in Begleitung von sechs englischen Kriegsschiffen, am 16. Januar in Alexandria ein, wo er von einer großen Volksmenge festlich empfangen wurde. Nach der Ankunft in Kairo hielt er eine Parade über ägyptisches und britisches Militär ab, dann begab er sich in den Palast, wo seine Familie und die Räthe ihn erwarteten. Hier wurde das Anerkennungs Schreiben des Sultans verlesen, worauf die britische Militärkapelle die türkische Nationalhymne spielte. So bestieg Abbas II. als sechster Nachfolger Mehemed Alis den Thron des Pharaonenlandes. Ob er sich den Beschlüssen seiner englischen Berater ebenso fügsam erweisen, überhaupt Englands thatsächliche Oberherrschaft ebenso ruhig ertragen wird als sein Vater, muß die Zukunft lehren. Am 26. Januar nahm er auf dem Platze vor dem Abdinpalaste zu Kairo den Treueid der Garnison in Empfang. Das bisherige, von Mustapha Fehmi Pascha präsidirte Ministerium behielt er bei, und dem Volke bereitete er

große Freude durch Erlasse wegen Herabsetzung des Salzpreises und Abschaffung der Gewerbesteuer; der gesetzgebenden Versammlung versprach er am 30. Januar, die Arbeit seines Vaters fortzusetzen. Die feierliche Überreichung des Bestattungserlasses des Sultans verzögerte sich infolge eines plötzlich aufgeworfenen Streits über die Zugehörigkeit der Halbinsel Sinai mit Teilen der Landenge von Suez zu Ägypten, und fand sodann am 13. April durch einen besonderen Gesandten des Sultans, den Marschall Achmed Ehub Pascha statt. Die Finanzen des Landes entwickelten sich in befriedigender Weise: das Budget für 1892 wies eine Vermehrung der Einnahmen um 10 Millionen Francs auf, sodaß ein Überschuß von 27½ Millionen erzielt wurde. Der britische Bevollmächtigte Sir Evelyn Baring sprach sich in seinem Jahresberichte dahin aus, daß man vorläufig noch nicht an eine Wiederbesetzung des Sudans denken könne, da der Madhi noch über bedeutende Streitkräfte verfüge, zu deren Vernichtung eine Armee erforderlich sein würde. Diese Ansicht wurde dadurch bestätigt, daß die Truppen Osman Dignas im Oktober wieder zu Vorstößen übergingen und bis in die Nähe des von britischen Truppen besetzten Suakin vordrangen, insofgedessen es im November zu einem blutigen Gefechte bei Tokar kam.

Angelegenheiten des Kaiserreichs **Marokko** erregten mehrmals die Aufmerksamkeit europäischer Mächte. Die zahlreichen europäischen Kaufleute in Tanger fanden Schutz gegen die aufständischen Kabylen nicht beim Kaiser, sondern durch Kriegsschiffe der Westmächte. Frankreichs Gellüste nach der Dase Tetuan riefen die Eifersucht Englands wach, das durch Entsendung einer besonderen Gesandtschaft nach Fez sich fast vergeblich bemühte, größeren Einfluß im Lande zu erlangen. Dagegen gelang es einer besonderen französischen Gesandtschaft, im November die Zustimmung des Sultans zu einigen Einrichtungen von allgemeinem Nutzen zu erlangen. Die Regierung des **Kongo-****staats** geriet mit Frankreich in heftigen Streit wegen eines Gebietes zwischen dem 17. und 32. Grade n. Breite und wegen der Ermordung eines französischen Forschers. Die Regierung wies beide Ansprüche mit großer Entschiedenheit, ersteren unter Berufung auf ein Schiedsgericht ab und zog sich dadurch den Unwillen der Pariser Presse in hohem Grade zu. Neues Öl kam dadurch ins Feuer, daß die Kongoregierung eine Expedition von 5000 Mann unter Van Kerkhove in das Strom-

gebiet des Welle und Mbomu sandte, um zu verhindern, daß Frankreich das Land westlich vom Albert Nyanza und dem oberen Nil besetze. Durch eine Expedition unter Stairs ließ die Regierung das kupferreiche Katangagebiet in Besitz nehmen, dagegen wurde eine Expedition unter dem belgischen Forscher Hodieter im April von den Arabern westlich des Tanganjikasees vernichtet. Im Sultanat **Sansibar** zeigte sich steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Sultan und der englischen Oberherrschaft, namentlich wegen der Sklavenfrage und des Keltenzolls. Ein Bürgerkrieg im Königreich **Uganda** nahm durch Einmischung europäischer Elemente größere Ausdehnung. Die Protestanten erhoben sich wegen Ermordung ihres Häuptlings gegen die Katholiken, und diese wurden durch Eingreifen des Kapitäns Lugard, Vertreters der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, geschlagen. Der König, der geflohen war, kehrte zurück und stützte sich fortan auf die Protestanten. Die Verhältnisse der **südafrikanischen Republik** nahmen infolge vermehrter Ausbeutung der Goldfelder bei Johannesburg und der Entdeckung neuer Goldfelder im Norden großen Aufschwung. Am 20. Juni wurde die erste Eisenbahn des Landes eröffnet, die sich an die portugiesische Bahn der Delagoabai anschließt. Die Spannung zwischen der Regierung von **Madagaskar** und Frankreich wurde immer größer. Die Hovas kümmerten sich wenig um ihren Beschützer und trafen Maßregeln, bloß um zu zeigen, daß die Franzosen trotz aller Verträge recht wenig auf der Insel zu fagen hätten.

In den an verschiedenen Punkten Mittelasiens begonnenen neuen Abschnitt der großen russisch-englischen Interessenkämpfe wurden **Persien** und Afghanistan hineingezogen. Volksaufstände, die in Persien zur Wiederaufhebung des einer englischen Gesandtschaft überlassenen Tabackmonopols führten, hingen mit russischen Einflüssen zusammen. Als es sich um die halbe Million Pfund Sterling Entschädigung dieser Gesellschaft handelte, versuchte der russische Gesandte in Teheran, der Regierung des Schah eine 6prozentige Anleihe dieses Betrags aufzudringen, im Mai schloß aber Nassred-din eine solche Anleihe in London ab. Hiernach ließ es sich als Vergeltung ansehen, daß im August russische Truppen ohne weiteres in Asterabad am kaspischen Meer landeten und sich hier festsetzten. Der Emir von **Afghanistan** hatte mit Russen und Briten seine liebe Not. Nach

dem Kampfe seiner Truppen mit den Russen vom Pamir entwickelte er in einer Ansprache seinem Volke, es sei den Afghanen absolut nicht möglich, Freunde der Russen zu sein, und behufs weiteren Schutzes gegen sie ließ er das feste Asmar in Kasiristan besetzen. Der Kaiser von **China** machte durch Erlass vom 4. Januar bekannt, daß der im November 1891 im Norden des Landes ausgebrochene große Aufstand niedergeschlagen sei; neue Verfolgungen britischer Missionare im östlichen China konnten jedoch nicht verhindert werden. Durch die im März in **Japan** stattgehabten Neuwahlen zum Parlament wurde die Lage der Regierung nicht verbessert, und das neue Parlament wurde am 15. Juni nach einer ziemlich fruchtlosen Session wieder geschlossen. Der König von **Korea** verbot, im Widerspruch mit den Verträgen, den Verkauf von Grund und Boden in seiner Hauptstadt an Ausländer. Auf den **Samoa**-Inseln wurde der Streit zwischen dem König Malietoa und dem Prätendenten Mataafa endlich beigelegt. Steigende finanzielle Verlegenheiten riefen im Königreich **Hawaii** tiefgehende politische Bewegungen hervor. Eine Verschwörung zur Herstellung der Republik wurde am 20. Mai entdeckt, deren Haupt mußte jedoch im November an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt werden.

Der **nordamerikanischen Union** begann die Einwanderung, von der sie geradezu großgezogen ist, lästig zu werden, weil seit einigen Jahren die Zahl der arbeitsfähigsten und wohlhabendsten Einwanderer herabgegangen, dagegen die der ärmeren zugenommen hatte und nicht nur ein Strom von Proletariern, sondern auch fremdartige, widerstrebende Elemente ins Land gekommen waren. Infolgedessen kam es am 5. Mai zu einem die Einwanderung der Chinesen beschränkenden Gesetze und im Dezember im Senate zu einem Versuche, für ein Jahr jede Einwanderung zu verbieten. Der die Welt erfüllende Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung durch Kapitalismus nahm in der Union große Ausdehnung und einen rücksichtslosen Charakter an, indem es infolge von Lohnstreitigkeiten der Arbeiter in den Eisenwerken Pennsylvaniens, in den Minen Idahos und an zweien der größten Eisenbahnen zu förmlichen Kriegen kam, in denen die Arbeiter nicht ohne Schwierigkeiten vom Militär überwunden wurden. Die Columbusfeier fanden an vielen Orten der Union statt, am großartigsten in New-York am 8., in Chicago am 12. Oktober. Ein heftiger Kampf zwischen

den zwei Hauptparteien des Landes um die Neuwahl des Präsidenten der Republik endete mit einem entschiedenen Siege der demokratischen Partei, indem sich am 8. November 257 der 44 Staaten vertretenden 419 „Elektoren“ für Grover Cleveland aussprachen, der am 4. März 1893 als 24. Präsident die höchste Stelle antrat, die er schon 1885—89 bekleidete.

Die vereinigten Staaten von **Mexiko**, noch vor zwei Jahrzehnten der Schauplatz der erbittertsten Parteikämpfe, erfreuten sich unter der umsichtigen Leitung des Präsidenten Diaz steigenden Wohlstands und dauernder Ruhe. Der Aufschwung wurde hauptsächlich durch die Ausdehnung der Eisenbahnen bewirkt, auf denen die reichen Bodenerzeugnisse aus dem Innern abgeführt wurden. Nachdem Diaz am 12. Juli auf vier Jahre zum Präsidenten wiedergewählt war, schilderte er am 17. September im Kongreß die außerordentlich günstige Lage des Landes. Fast schien es, als ob der Aufschwung Mexikos die Republiken **Mittelamerikas** zur Nacheiferung anspornte, denn in ihnen allen traten die noch bis vor kurzem alles beherrschenden Parteikämpfe hinter ein ernstes Streben nach materieller Hebung des Landes zurück. Zu diesem Zweck ließen sich namentlich die Regierungen von Costa-Rica, Nicaragua und Honduras die Heranziehung europäischer Einwanderer angelegen sein. Dies in Verbindung mit einer Besiedelung des Landes und der Anlegung von Plantagen wurde in Honduras in ganz eigentümlicher Weise einer Dampfschiffgesellschaft in Entreprise gegeben. Die Verhältnisse in **Colombia** entwickelten sich friedlich und dem Fortschritt förderlich. Zur Hebung der Finanzen wurde das Tabackmonopol eingeführt. Sehr unruhig ging es vom Februar bis zum Oktober in den vereinigten Staaten von **Venezuela** her. Verfassungsvertrugigkeiten ähnlicher Art wie 1891 in Chile führten zu einem sehr wechselvollen, blutigen Kriege zwischen dem Präsidenten Palacio sowie seinen Nachfolgern einer- und dem General Crespo andererseits, in dem dieser schließlich die Oberhand behielt. In **Ecuador** wurde für die Zeit bis 1896 Dr. Cordero zum Präsidenten gewählt, und zwar unter Umständen, die auf bevorstehende heftige Kämpfe mit der klerikalen Richtung hindeuteten. Der Kongreß von **Bolivia** genehmigte den Friedensschluß mit Chile, welches hiernach die Gebiete behält, die von den dortigen Aufständischen 1891 besetzt waren; dagegen übernahm Chile die auswärtige Schuld Bolivias. Die Regierung von **Bern**

wandte bedeutende Mittel zur Heranziehung europäischer Einwanderer an, die im Quellengebiet des Amazonas zu einer Kolonie vereinigt werden sollen. In vielen der einzelnen Staaten von **Brasilien** fanden Unruhen lokalen Charakters statt, hauptsächlich weil sie die von Fonseca eingesetzten Gouverneure nicht los werden konnten. Der frühere Präsident Deodoro Fonseca starb am 23. August.

Nach einer langen politischen und wirtschaftlichen Krisis vereinigten sich in **Argentinien** die Hauptparteien Mitre's und Roca's auf den Bundesgerichtspräsidenten Saenz Peña als Kandidaten für die Präsidentschaft. Dieser sorgte nach seiner Wahl für einen umfassenden Bericht über die Finanzlage, wonach die Staatsschuld 49 Millionen Dollars Papiergeld und 407 Millionen Dollars Gold, die jährliche Verzinsung $26\frac{3}{4}$ Millionen Dollars beträgt. Die Republik **Paraguay** hatte fortwährend mit Geldverlegenheiten zu kämpfen und suchte das Defizit durch Anleihen mit 18 % zu decken. Der Kongress sprach sich gegen Besetzung der öffentlichen Ämter mit Fremden aus. In **Chile** hatte der vorjährige Bürgerkrieg keine schweren Nachteile hinterlassen. Ein Versuch des Präsidenten Montt, mit einem aus allen Parteien zusammengesetzten Ministerium zu regieren, erwies sich als unausführbar, worauf im März ein liberales Ministerium ernannt wurde.



Chronik

der

Ereignisse des Jahres 1892.

Tag	Januar.	Seite
1	Neujahrsempfang beim deutschen Kaiser	1
1	Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten Szapary	243
1	Neuer spanischer Zolltarif	335
5	Schluß des ungarischen Reichstags	243
7	Thronwechsel in Ägypten	394
8	Erlaß wegen Befestigung des Gotthards	380
12	Ansprache des Kaisers an den Erzbischof v. Stablewski	3
12	Der deutsche Reichstag über die Diätenfrage	9
12	Die Handelsverträge mit Deutschland und Italien vor dem öster- reichischen Abgeordnetenhaus	227
12	Eröffnung der französischen Kammern	267
13	Kaiser Wilhelm in Bückeburg	4
13	Die spanische Deputiertenkammer über die Arbeiterfrage	336
14	Eröffnung des preussischen Landtags	10
14	Die Frage der Postdampferlinien im deutschen Reichstage	10
14	Tod des Herzogs von Clarence	295
15	Rede Miquels über den preussischen Etat	44
15	Der lippeische Landtag regt ein Regenschaftsgesetz an	186
16	Eröffnung des schwedischen Reichstags	370
18	Tod des Erzherzogs Karl Salvator	240
18	Rücktritt des portugiesischen Ministeriums d'Abreu de Souza	344
19	Ansprache des Kaisers Wilhelm an Marinerekruten	4
19	Die italienische Deputiertenkammer über die Handelsverträge	310
22	Das preuß. Abgeordnetenhaus verhandelt beim Etat über die Volks- schulgesetzfrage	15
24	Empfang des Königs von Württemberg in Berlin	5
24	Erklärung der französischen Cardinal-Erzbischöfe	269
24	Tod des Großfürsten Konstantin	263
25	Trinkspruch des Kaisers Wilhelm auf das württembergische Königspaar	5

Tag		Seite
25	Das preußische Abgeordnetenhaus beginnt die erste Lesung des Volksschulgesetzes	18
26	Schreiben des Papstes an Kardinal Melchers über die katholischen Arbeitervereine	331
28	Eröffnung des Landesauschusses von Elsaß-Lothringen	183
28	Die italienische Kammer über die Frage der Kunstsammlungen	310
29	Die Frage der Befestigung Helgolands im deutschen Reichstag	43
31	Taufe des Prinzen Friedrich Sigismund von Preußen	8
31	Veröffentlichung des Erlasses des Prinzen Georg von Sachsen gegen Mißhandlung von Soldaten	37

Februar.

3	Kaiser Wilhelm bei einem parlamentarischen Diner	24
4	Leipzig huldigt dem Prinzen Friedrich August von Sachsen	191
5	Die Frage der Soldatenmißhandlungen in der Kommission des deutschen Reichstags	38
5	Die Konservativen in Sachsen lösen das Kartell mit den National-liberalen	192
6	Rede des ungar. Ministerpräjä. Szapary gegen d. oppos. Parteien	244
9	Thronrede zur Eröffnung des britischen Parlaments	297
9	Thronrede zur Eröffnung des norwegischen Reichstags	375
15	Die Frage einer Änderung der Militärprozessordnung im deutschen Reichstag	37
15	Erklärung der Altzechen gegen Fortsetzung des böhmischen Ausgleichs	222
17	Kaiser Wilhelm bei einem parlamentarischen Diner	24
19	Erlaß des bayer. Kriegsministers gegen Mißhandlung von Soldaten	209
19	Die Arbeiterfrage in der italienischen Deputiertenkammer	311
19	Österreichische Steuerreform-Vorlage	228
20	Eröffnung des neugewählten ungarischen Reichstags	244
23	Rücktritt des griechischen Ministeriums Delhannis	392
24	Rede d. Kaisers Wilhelm beim Essen der brandenb. Stände	25
25	Unruhen beschäftigungsloser Arbeiter in Berlin	101
27	Rede v. Capravis im deutschen Reichstag über die Marine	40
27	Rücktritt des Ministeriums Freycinet	270
29	Verhandlung des deutschen Reichstags über eine Kreuzerkorvette	41

März.

3	Eröffnung des böhmischen Landtags	223
5	Das preuß. Abgeordnetenhaus genehmigt d. Polizeikostengesetz	50
5	Rede v. Capravis im deutschen Reichstag über Deutsch-Ostafrika	43
7	Eröffnung der rumänischen Kammern	391
10	Schreiben des Herzogs v. Cumberland an Kaiser Wilhelm	46
13	Tod des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen	188
14	Der König von Württemberg besucht den bayerischen Hof	28

Tag		Seite
14	Die italienische Kammer über den Botschafterposten in Berlin . . .	313
15	Der König von Württ. lehnt die Zulassung der Männer-Orden ab	201
17	Militärgesetz in den Niederlanden	359
18	Rücktritt des preuß. Kultusministers Grafen v. Zedtz	29
18	Ansprache des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen	190
19	Kaiser Wilhelm begiebt sich nach Hubertusstock	101
21	Vorlage wegen Aufhebung des Welfenfonds an den preuß. Landtag	47
23	Graf Eulenburg Ministerpräsident, Dr. Bosse Kultusminister i. Preußen	30
25	Aufhebung des russischen Verbots der Weizenmehlausfuhr	258
26	Der deutsche Reichstag über die Wendung der Politik in Preußen .	32
26	Die ital. Kammer genehmigt Gesetze zur Beseitigung des Defizits	314
27	Englisch-nordamer. Vertrag zur Beilegung des Streits über das Beringsmeer	307
28	Graf Eulenburg im pr. Abgeordnetenhaus über Trennung d. oberst. Staatsämter	33
28	Erlaß d. hessischen Ministeriums gegen d. Antisemitismus	190
28	Regierungsjubiläum des Fürsten v. Reuß ü. L.	186
28	Comeniusfeier in Prag	223
29	Miquel über die Fortführung der preussischen Steuerreform	46
30	Schluß der Session des deutschen Reichstags	44
31	Bulgarische Note an die Pforte wegen der Flüchtlinge	388

April.

1	Das preuß. Abgeordnetenhaus für Aufhebung des Welfenfonds . . .	47
1	Feier von Fürst Bismarcks 77. Geburtstag	58
1	Provisorisches Budget für Dänemark	365
5	Schluß des sächsischen Landtags	191
8	Ansprache der deutsch-böhmischen Abgeordneten	225
8	Der König der Belgier verlangt Maßregeln gegen die Anarchisten	358
17	Aufhebung der Erzbischöfe von Aix und Avignon gegen die franz. Regierung	271
18	D. pr. Abg.-haus über d. Trennung d. obersten Staatsämter	34
21	Tod der Großherzogin-Witwe Alexandrine v. Meckl.-Schwerin	102
21	Neubildung des ital. Ministeriums di Rudini	315
23	Kabarettfeier in Wien	241
23	Österr. Verord. w. Errichtung eines Gerichts in Beckelsdorf	225
24	Kaiser Wilhelm besucht den Freiherrn v. Stumm	102
24	Jubiläum d. 40-jährigen Regier. d. Großherzogs v. Baden	197
25	Zubelust der Entstehung der Marseillaise	279
28	Kaiser Wilhelm in Ostfriesland	103
28	Schluß des Landesauschusses für Elsaß-Lothringen	184
29	Kaiser Wilhelm und Prinz Heinrich auf Helgoland	103
29	Ein Wirbelsturm verwüstet die Insel Mauritius	305

Tag		Seite
	Mai.	
1	Besuch des Königs von Sachsen in Stuttgart	205
3	Feier der goldenen Hochzeit des Herzogs von Koburg-Gotha	187
4	Finanz-Programm des umgestalteten Ministeriums di Rudini	315
5	Hamburg begeht den Gedenktag des Brandes von 1842	185
5	Nordamerik. Gesetz gegen Einwanderung von Chinesen	397
6	Eintritt des deutschen Kronprinzen in das Heer	103
6	Dankschreiben des Großherzogs v. Baden an sein Volk	198
6	Schreiben des Papstes an die franzöf. Kardinal-Erzbischöfe	271
9	Die Frage des Berliner Schloßbaues im preuß. Abg.-hause	49
13	Festlicher Empfang des deutschen Kaiserpaars in Stettin	104
13	Verhandlung d. baier. 2. Kammer über d. preuß. Volksschulgesetz	210
14	Rede des Kaisers Wilhelm in Stettin	105
14	Erklärung des bad. Ministerpräf. gegen d. direkte Wahlrecht	196
15	Ernennung des italien. Ministeriums Giolitti	316
16	Rede des Kaisers Wilhelm in Danzig	107
17	Katholikerversammlung in Berlin für Zulassung der Jesuiten	53
18	Die Klapka-Feier vor dem ungar. Unterhause	247
19	Aufruf des Grafen von Paris an die franzöf. Royalisten	272
20	Die württemb. 2. Kammer lehnt d. Zulassung d. Männer-Orden ab	195
20	Zustimmung der belg. 2. Kammer zu den Regier.-Vorschlägen betr. Verfassungsänderung	351
21	Parteitag der nationalliberalen Partei Deutschlands in Eisenach	51
21	Neue russische Städteordnung	259
23	Auflösung der belgischen Kammern	352
23	Schluß des schwedischen Reichstags	372
24	Gesetz wegen Neuordnung der franzöf. Kolonialverwaltung	275
25	Ernennung des Prinzen Georg v. England zum Herzog v. York	296
25	Finanzielles Programm d. ital. Ministeriums Giolitti	316
26	Feier der goldenen Hochzeit des Königs v. Dänemark	366
27	Garibaldi-Feier in Palermo	319
28	Schluß des baierischen Landtags	213
30	Empfang der Königinnen der Niederlande in Potsdam	108

Juni.

2	Garibaldi-Feier auf der Insel Caprera	319
3	Kaiser Wilhelm bei der Trauung des Fürsten Radolin	111
4	Deutschfeindliches Fest in Nancy	276
5	Huldigungen der Stadt Rom für König Humbert	320
7	Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren in Kiel	112
8	Feier des Krönungsjubiläums in Ungarn	248
9	Erlaß des Reichskanzlers an d. Botsch. in Wien bez. d. F. Bismarck	89
10	Niederlage der deutschen Schutztruppe unter v. Bülow in Ostafrika	181
10	Das norwegische Stortling verlangt ein eigenes Konsulatwesen	376

Tag		Seite
12	Erlaß bezüglich des preuß. rothen Adlerordens	114
12	Arbeiter-Unruhen in Brüssel	353
12	England nimmt die Gilbert-Inseln in Besitz	306
13	Parteitag der Konservativen in Dresden	192
13	Die badische I. Kammer gegen d. direkte Wahlrecht	196
14	Die Frage d. kön. Theater in d. neuen Provinzen vor d. Abg.-hause	49
14	Neuwahl der belgischen Kammern	353
18	Ausspruch des Herzogs v. Meiningen gegen die Antisemiten	187
18	Empfang des F. Bismarck in Berlin und Dresden	68
18	Rede Gladstones für Home-Rule	299
20	Empfang des italienischen Königspaares in Potsdam	115
21	Fürst Bismarck in Wien	73
21	Ministerium Trikoupis in Griechenland	393
22	Einzug des ital. Königspaares in Berlin	117
22	Schluß des badischen Landtags	196
23	Schluß des preussischen Landtags	51
23	Ausprache des Großherzogs von Baden an d. Abgeordneten	199
23	Empfang des Fürsten Bismarck in München	76
24	Entlassung des württemb. Pfarrers Schrempf	200
24	Veröffentlichung politischer Gespräche d. F. Bismarck in Wien	74
24	Gedenkfeier auf dem Schlachtfelde von Solferino	320
25	Ansprache des F. Bismarck im Rathhaus zu München	78
26	Empfang des F. Bismarck in Augsburg	82
27	Arbeiter-Unruhen in Brüssel	354
29	Kaiser Wilhelm tritt eine Reise an d. norwegischen Küsten an	118
29	Schluß des britischen Parlaments	298
Juli.		
3	König Oskar versagt dem Beschluß des norwegischen Stortings vom 10. Juni die Genehmigung	377
3	Unruhen in Madrid	338
4	Die österr. Regierung verständigt sich mit d. deutsch-liberalen Partei	232
5	Volkskundgebung in Christiania für Erhaltung der Union	378
7	Veröffentlichung eines Erlasses des Reichskanzlers v. 1890, betr. den Fürsten Bismarck	88
10	F. Bismarck empfängt zahlreiche Württemberger	90
11	Regierungsjubiläum des Fürsten v. Reuß j. L.	186
11	Hinrichtung des französischen Anarchisten Ravachol	283
15	Feier der Vereinigung Savoyens mit Frankreich	278
18	Aufhebung der Robot in Bosnien	256
19	Päpstlicher Erlaß bezüglich der Columbusfeier	321
20	Schluß des ungarischen Reichstags	248
23	Der deutsche Reichsanzeiger über die polnische Agitation	128
24	Huldigung von Badensern, Thüringern, Hessen für d. F. Bismarck	92

Tag		Seite
30	Abreise des Kaisers und des Prinzen Heinrich nach England . . .	119
31	Rede des F. Bismarck auf dem Marktplatz in Jena	97
31	Rücktritt des böhmischer Landmannschafts-Ministers Prazad . . .	239

August.

7	Columbusfest in Rom	321
8	Rückkehr des Kaisers Wilhelm aus England	120
8	Eröffnung des britischen Parlaments	300
9	Rücktritt des preuß. Ministers Herrfurth	121
11	Gesetze über die Währungsreform in Osterreich	230
12	Das Ministerium Salisbury bittet um Entlassung	300
13	Französisch-russisches Fest in Paris	282
13	Stambolow beim türk. Sultan	389
17	Ernennung des brit. Ministeriums Gladstone	300
18	Trinkspruch des Kaisers Wilhelm auf den Kaiser v. Osterreich . . .	133
20	Ausweisung belgischer Bergarbeiter aus Frankreich	355
20	Kongreß sozialdemokratischer Arbeiter Skandinaviens	373
22	Rede v. Pleners in Eger über die Zustände in Osterreich	232
23	Aufhebung des russischen Roggenausfuhr-Verbots	258
23	Ministerium Awakunowitsch in Serbien	392
28	Die Generalversammlung der deutschen Katholiken tritt in Mainz zusammen	122
28	Erster slowenischer Katholikentag in Laibach	233

September.

5	Der reformierte Bischof von Ungarn tritt gegen den kathol. Fürst- bischof auf	251
7	Columbusfest in Genua	322
8	Päpstliche Enchiklika über den Rosenkranz	332
11	Erthüllung des Volksdenkmals für Kaiser Wilhelm I. in Metz . . .	184
11	Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs	284
12	Konzeßion bezüglich des deutschen Schutzgebiets in Südwestafrika . .	182
12	Internationaler Altkatholiken-Kongreß	384
13	Geburt der preußischen Prinzessin Viktoria Luise	133
13	Fulbigung der Stadt Mainz für den neuen Großherzog	190
15	Errichtung einer neuen deutschen Schutzherrschaft in Südwestafrika	182
15	Präsident Carnots Programmrede in Poitiers	280
15	Freycinets Rede über die französischen großen Manöver	293
15	Rücktritt des russischen Finanzministers Wschnegradski	262
17	Einsetzung einer deutschen Reichs-Cholera-Kommission	129
17	Die evangel.-luther. Konferenz über d. Frage d. Apostolikums	131
19	Rosfuthfeier in Ungarn	252
21	Erlaß des Kaisers Wilhelm bez. d. Unterstützung der in Hamburg von der Cholera Heimgesuchten	133

Tag		Seite
21	Manifest des Prinzen Viktor Napoleon	283
22	Pariser Jahrhundertfeier der Revolution	280
24	Kongreß der französischen Sozialrevolutionäre	285
25	Erlaß des evang. Oberkirchenrats bez. d. Reformationsfestes	133
26	Gr. d'Haußonvilles Programm für d. franz. Royalisten	283
26	Der ungarische Reichstag tritt wieder zusammen	253

Oktober.

1	Die Delegationen treten in Pest zusammen	235
2	Das Volk von Tessin genehmigt die neue Verfassung	383
3	Ansprache des Kaisers Franz Joseph an die Delegationen	235
3	Eröffnung des neugewählten dänischen Reichstags	367
4	Entscheidender Sieg der Franzosen über Dahomeh	286
5	Erklärung deutscher Professoren zur Frage des Apostolizismus	132
7	Schreiben des Kaisers Wilhelm an den Oberbürgermeister Zelle von Berlin	134
8	Feier der goldenen Hochzeit des Großherzogs von Sachsen-Weimar	187
10	Forderung der Parnelliten für Beilegung der irischen Frage	302
11	Kaiser Wilhelm in Wien	134
11	Aufruf des Evangel. Bundes gegen d. Ultramontanismus	129
12	Gesetz wegen Erhebung dieses Tags zum Nationalfesttag Spaniens	341
18	Grundsteinlegung zur Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche in Berlin	134
18	Eröffnung der französischen Kammern	286
18	Columbusfeier in Huelva	340
18	Eröffnung eines a. o. schwedischen Reichstags	374
19	Schluß der Delegationen in Pest	237
24	Veröffentlichung der deutschen Militärvorlage	142
29	Neuwahl der portugiesischen Cortes	374
30	Tod der Königin-Witwe Olga von Württemberg	207
31	Reformationsfest in Wittenberg	137

November.

1	Ernenennung von Pairs für das österr. Herrenhaus	238
5	Eröffnung des österreichischen Reichsrats	238
6	Erster elsäß-lothringischer Katholikentag	185
7	Das deutsche Kaiserpaar in Stettin	174
8	Eröffnung der neugewählten belgischen Kammern	356
8	Wahl Clevelands zum Präsidenten der nordamerikanischen Union	398
9	Eröffnung des preussischen Landtags	150
9	Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Szapary	254
9	Das portugiesische Königspaar in Madrid	342
12	Erklärung der sächsischen Nationallib. gegen den Ultramontanismus	193
12	Der russische Thronfolger am österreichischen Hofe	242
12	Die italien. Kammerwahlen fallen f. d. Ministerium Giolitti aus	328

Tag		Seite
14	Ernenennung des ungarischen Ministeriums Weferle	254
21	Delahayes erste Enthüllungen über die Panamafache	288
22	Eröffnung des deutschen Reichstags	157
23	Rede des deutschen Reichstanzlers über die Militärvorlage	158
23	Eröffnung des italienischen Parlaments	328
25	Erlaß des Ev. Oberkirchenrats bez. d. Apostolitums	140
25	Im deutschen Reichstag wird der Antrag auf Zulassung der Jesuiten eingebracht	173
26	Wahlgesetzvorschlag der belgischen Regierung	357
29	Verhandlung der Judenfrage im österr. Abgeordnetenhanse	240
29	Rücktritt des franzöf. Ministeriums Loubet	289
Dezember.		
2	Das österr. Abgeordnetenhaus lehnt den Dispositionsfonds ab	239
6	Rücktritt des österr. Ministers Gr. Kuenburg	239
7	Rücktritt des spanischen Ministeriums Canovas	343
8	Konservativer Parteitag in Berlin	166
8	Programm des franzöf. Ministeriums Ribot	290
¹⁰ 15	Erste Beratung der Militärvorlage im deutschen Reichstag	169
13	Rücktritt des französischen Ministers Rouvier	291
20	Erklärung Rouviers in der Panamafache	292
24	Die franzöf. Kammer lehnt d. Handelsvertrag m. d. Schweiz ab	292

Alphabetisches Verzeichnis

der

hervorragenden Personen.

- Abbas II., Khehive, besteigt den Thron 394.
- Abdul Hamid, türk. Sultan 24, 389, 394.
- Abreu de Souza, portugies. Ministerpräsident; Rücktritt 344.
- Adolf, Großherzog v. Luxemburg 364.
- Ahlwardt, Antisem.; Prozeß gegen 168.
- Albert Viktor, Herzog von Clarence, stirbt 295, 304.
- Albrecht, Herz. v. Württ.; verlobt 207.
- Albrecht, Erzherz.; Rede b. d. Kadeßkyfeier 241.
- Alexander III., Zar; besucht d. Deutschen Kaiser 111.
- Andrieux, früher Polizei-Präsident von Paris 292.
- Bahnsen, dän. Kriegsminister, über die dänische Wehrfrage 368.
- Balfour, brit. Minister, über Home-Rule 302.
- Ballestrem, Graf, über den Jesuitenantrag 24, gegen verantwortl. Reichsminister 32, in d. Schulfrage 36, üb. Soldatenmißhandl. 38, gegen Politik des Tauschverkehrs 41, in Mainzer Kathol.-Verf. 123.
- Bamberger über Dampferlinien 10, gegen die deutsche Kolonialpolitik 42.
- Bauer v., österreich.-ung. Reichskriegs-Min., über d. Heeresdienstsprache 237.
- Baumbach, R.L.-Abg., für Diäten 9, über Freiheit des Privateigentums zur See im Krieg 42.
- Bebel über Mißhandl. v. Soldaten 39.
- Beernaert, belg. Minister-Präs., über Handelsverträge 348; in der belgischen Verfass.-Frage 349, 351; über den Kongostaat 352; über d. Arbeiterfrage 357.
- Behanzin, König von Dahomeh, 274, 286.
- Bennigsen v., für Diäten 9, ruft das lib. Bürgertum auf 15, für ein Reichsfinanzministerium 32, für Unabhängigl. d. R.L.-Abg. 33, über die Militärvorlage 170.
- Bismarck, Fürst, in Hamburg 56, empfängt Lübecker und Leipziger 57, gefeiert v. v. Kardorff 58, Geburtstagsfeier 58, Rede in Friedrichsruh 61, Dankagung 63, Huldigung in Leipzig 63, Huldigung in Stuttgart 64, empfängt Kriegervereine 65, über Sonntagsruhe 65, über Ausöhnung mit dem Kaiser 66, erhält Grüße des Zaren 67, Ankunft in Dresden 68, in Wien 73, in München 76, in Augsburg 82, Dankagung 83, kritisiert d. deutsche auswärtige Politik 85, über seine Entlassung 86, empfängt Württemberger 90, empfängt Badenfer

- 92, in Jena 94, nach Varzin 100, über d. Erzbischof v. Stablewski 128, über die Militärvorlage 143.
- Björnson, über die schwed. Unionsfrage 378.
- Boetticher v., Staatssekr., üb. Fabrikinspektoren 10, üb. Schloßbaupläne 49.
- Borghese, Fürst, seine Kunstsamml. 310.
- Bosse, Staatssekr., ernannt z. preuß. Kultus-Min. 30, über d. Volksschulgesetz 35, über bürgerl. Gesetzbuch 36, Reise nach Posen 127.
- Bourgeois, franz. Minister, über die Lage Frankreichs 279, in d. Panamasache 291.
- Brialmont, belg. Abg. und General, über d. Maasforts 351, über d. belg. Wehrgesetzfrage 357.
- Briu, ital. Minister des Äußern, in Berlin 117, Wahlrede 327, über den Dreibund 329.
- Brisson, französ. Abg., Festrede zum 10. Aug. 279, mit Kabinettsbildung beauftragt 290.
- Canovas del Castillo, span. Min.-Präs., über d. Arbeiterbewegung 336, beim Columbusfest 340, Rücktritt 343.
- Caprivi, Graf v., Reichskanzler u. pr. Minist.-Präs., eröffnet d. preuß. Landtag 10, über d. Volksschulgesetz 16, 20; Rücktritt von d. Ministerpräsidentenschaft 32, über Soldatenmißhandl. 38, über Deutsch-Ostafrika 43, ü. d. neue Kreuzerforvette 41, über d. Militärvorlage 158, 169, über d. Reichs-Etat 164, über Infanterie-Gewehre 172.
- Carlos, Don, als span. Prätendent 282.
- Carnot, Präs. d. franz. Republik, Rede zu Neujahr 267, beim Fest in Nancy 276, in Chambers 278, Rede in Poitiers 280.
- Catargi, rumän. Ministerpräs. 390.
- Cavaignac, französ. Marine-Minister, beim Etat 276, Rücktritt 277.
- Chamberlain, brit. Abg., über die Frage Ägyptens 297.
- Christian IX., König von Dänemark, feiert d. goldene Hochzeit 365, an der Spitze eines deutschen Regiments 367.
- Clemenceau, französ. Abg., in der Panamasache 292.
- Colombo, ital. Finanzminister, Rücktritt 315, Rede z. Steuerreform 326.
- Constans, französ. Minister, Streit mit dem Abg. Laur 267.
- Craillsheim v., baier. Ministerpräs. 79, 210.
- Crispi, ital. Abg., über die Handelsverträge 310, Rede in Palermo 319.
- Csaky, ungar. Kultus-Minister, über d. Civielenfrage 248.
- Dahn, Prof., üb. d. Volksschulgesetz 23.
- Delahaye, franz. Abg., in d. Panamasache 288.
- Delhannis, griech. Ministerpräs., Rücktritt 392.
- Deroulede, französ. Abg., in der Panamasache 292.
- Douglas, Graf v., preuß. Abg., über das Volksschulgesetz 18.
- Dryander, Gen.-Superint. in Berl. 135.
- Ellena, ital. Abg., für die Handelsverträge 309, zum Finanzminister ernannt 325.
- Emma, Königin-Regentin der Niederlande, in Berlin 109, bei Festlichkeiten 361.
- Ernst August, Herzog v. Cumberland, schreibt an d. Deutschen Kaiser 46.
- Ernst Ludwig, Großherzog v. Hessen 104, 189.
- Eulenburg, Graf v., preuß. Ministerpräs. 30, über die Trennung dieses Amtes von dem des Reichskanzlers 32, über das Volksschulgesetz 35, über die kün. Theater in d. neuen Prov. 50, Minister d. Innern 121, eröffnet den Landtag 151.

- Eym, österr. Deleg., gegen den Dreibund 235.
- Ehnern v., preuß. Abg., üb. d. Volksschulgesetz 19.
- Eyschen, luxemb. Minister, hält Festrede 364.
- Ferdinand, Pr. von Koburg, Regent von Bulgarien 384.
- Ferdinand, Prinz von Hohenzollern, Kronpr. von Rumänien 111, 391.
- Ferreira, portugies. Ministerpräs. 344.
- Finger, hess. Ministerpräsident 190.
- Floquet, Präsident d. französl. Deput.-Kammer 267, Festreden 278, 281, macht in d. Panamasache Geständnisse 292.
- Forkenbeck v., Ob.-Bürgermeister v. Berlin, stirbt 54.
- Franz Ferdinand, Erzherz. 134, 242.
- Franz Joseph, Kaiser, am Kadetzk-Denkmal 241, in Brünn 241, beim ungar. Krönungsfest 249.
- Freycinet, französl. Ministerpräs., tritt zurück 270, über d. französl. Militär-etat 272.
- Frère-Orban, belg. Abg., in d. belg. Verfassungs-Frage 349, macht Enthüllungen 351.
- Friedberg, preuß. Abg., in d. Volksschulgesetzfrage 21.
- Friedrich, Großherzog v. Baden, feiert d. Regier.-Jubil. 197, sagt dem Volke Dank 198, toastet auf d. K. v. Württ. 198, hält Ansprache a. d. bad. Abg. 199.
- Friedrich Karl, Prinz v. Hessen 115.
- Genala, ital. Minister 325.
- Georg, Pr. von Sachsen, Erlaß gegen Mißhandl. von Soldaten 37, tritt im Landtag auf 191.
- Georg, Herzog v. Norw. 296.
- Giers v., russ. Geh. Rat 264, 282.
- Giolitti, ital. Ministerpräs. 317, Rede im Arbeiterverein zu Rom 325, Finanzplan 328.
- Gladstone in der brit. Wahlbewegung 299.
- Güler, Frhr. v., bad. Abg., über das Wahlsystem 196.
- Grimaldi, ital. Schatzminister 325.
- Gregr, böhm. Abg., über d. Ausgleich 225.
- Häfele v., Bischof v. Rottenburg 202.
- Haffner, Bischof von Mainz, Rede in Gen.-Vers. d. d. Kathol. 122, 130.
- Hanauer, Staatssekr. des Reichsjustizamts 55.
- Harnack, Prof., über d. Apostolikum 131, 140.
- Hausler, Schweiz. Bundespräs., Rede üb. d. Gotthardbefestigung 383.
- Haussonville, Graf, Rede an d. franz. Royalisten 283.
- Heeremann v., 1. Vicepräs. des pr. Abgeordnetenhauses 11.
- Herrfurth, preuß. Minister d. Innern, gegen Schloßlotterienplan 49, Rücktritt 120, als Abg. üb. d. Steuervorlage 155.
- Hellendorf-Bedra v., preuß. Abg., in d. Volksschulgesetzfrage 18, 29, über die konservative Partei 52.
- Hibe, R.-L.-Abg., richtet sozialpolitische Kurse ein 125.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst n., Statthalter, eröffnet den Landesauschuß 183, bereist d. Reichsland 184.
- Houghton, Vicelönig v. Irland 302.
- Hübner, russ. Verkehrs-Min., Rücktritt 262.
- Huene v., preuß. u. R.-L.-Abg., über das Volksschulgesetz 16, 29, über die Militärvorlage 169.
- Humbert, König v. Italien, in Potsdam 115, in Berlin 117, beim Columbusfest 322, Thronrede 328, Erlaß wegen silb. Hochzeit 330.
- Janßen, belg. Abg., üb. d. belg. Verfassungsfrage 349.
- Squatiew, Graf, in d. slav. Beweg. 264.

- Kálnoky, Graf, österr.-ungar. Min. d. Äußern, für den Dreibund 236, über die Lage Europas 237.
- Kaltenborn=Stachau v., pr. Kriegsmin., über die Militärvorlage 169.
- Karl, König v. Portugal, verzichtet auf Teil der Civilliste 345.
- Karl, König v. Rumänien, Thronrede 391.
- Kaiser, Wirkl. Geh. Legat.=N., nach Afrika 181.
- Konstantin d. ält., Großfürst, stirbt 263.
- Konstantin der jüngere, Großfürst, in Nancy 275.
- Kossuth, Jubelfeier 252.
- Kuenburg, Graf, österr. Minister 220, über den böhm. Ausgleich 226, Rücktritt 239.
- Lamey, Präsident der bad. 2. Kammer, Rücktritt 196.
- Lanza, Graf, ital. Botsch. in Berl. 314.
- Lavigerie, Kard.=Erzb., in der franz. Kirchenfrage 268.
- Lebichowitsch, Kard., Präs. d. Congr. für Ausdehnung des Glaubens 331.
- Leo XIII., Papst, im franz. Kirchenstreit 269, 271, Erlaß z. Columbusfeier 321, Schreiben an Kard. Melchers 331, Erlaß an d. Bisch. und Kath. Frankreichs 331.
- Leopold, König d. Belgier, üb. d. belg. Verfassungsfrage 350.
- Le Prevoist=Delanah, franz. Abg., in der Panamafache 288.
- Lesséps, Ferd. v. 288.
- Levenhaupt, schwed. Minister, in der Unionsfrage 375.
- Lewezow v., Präs. d. d. Reichstags, Trinkspruch auf den Kaiser 7.
- Lieber, preuß. u. R.L.=Abg., über d. Volksschulgesetz 21, über die Haltung d. Centr.=P. 53, kathol. Agitator 126, 193, 202.
- Liebknécht, a. d. Partei. d. Sozial. 168.
- Limburg=Stirum, Graf, üb. Volksschulgesetz 19, üb. Berl. Dombau 45, des Dienstes entlassen 127.
- Loubet, franz. Ministerpräs., Festrede 280, in d. Bergarbeiterfrage 284, in d. Panamafache 288, Rücktritt 289.
- Ludwig IV., Großherz. v. Hessen, stirbt 189.
- Ludwig, Pr. v. Baiern, Rede auf den Regenten v. Baiern 218, Anspr. an d. baier. Landwirte 219.
- Luitpold, Pr.=Reg. v. Baiern, toastet auf den König v. Württemberg 218.
- Luzatti, ital. Schatzminister, in der Steuerreformfrage 314, Finanzminist. 315.
- Magdeburg, D.=Präs. v. Hessen=N. 30.
- Manteuffel, Frhr. v., 1. Vicepr. d. Herrenhauses 11, üb. d. Militärvorl. 170, über d. antisem. Richtung 171, auf kous. Parteitag in Dresden 191.
- Margarete, Prinzessin v. Pr., verlobt 115.
- Margarete, Königin von Italien, in Potsdam 115.
- Maria, Prinzessin v. Großbrit., verlobt 111.
- Marshall von Bieberstein, D. Staatssekr., üb. Südwestafrika 43.
- Martin, Pater, Wahl zum Jesuiten-general 332.
- Martini, ital. Unterr.=Min., Erlaß an d. Schuldirektoren 325.
- Menelik, König v. Äthiopien 312.
- Menger, österr. Abg., greift d. Tschechen an 238.
- Michael, Großfürst 264.
- Milan, früherer K. v. Serbien 391.
- Miquel, pr. Fin.=Min., in d. Volksschulgesetzfrage 17, üb. d. Welfenfonds 47, legt d. Budget vor 92, über die Steuervorlagen 152.
- Morley, brit. Min. d. Innern 302.
- Müller, baier. Kult.=Min. 208.

- Münster, Graf, Botsch. in Paris, toastet auf den Kaiser 8.
- Noff, bad. Kult.-Min., über d. Volksschullehrer 194.
- Notomb, Baron v., belg. Abg., über die Verfassungsfrage 350.
- Olga, Kön.-Witwe v. Württ., stirbt 207.
- Osterer, baier. Abg., üb. d. Redemptoristen 208, üb. d. pr. Volksschulgesetz 210, gegen Fürst Bismarck 214.
- Ostann, R.L.-Abg., Rede für F. Bismarck 203.
- Oskar II., König v. Schweden u. Norwegen, in Kopenhagen 367, Thronrede 371, in der Unionsfrage 377.
- Perier, franz. Abg., 290.
- Pelloux, ital. Kriegsmin., über d. ital. Heeresreform 313, 316, Wahlrede 327.
- Plener v., österr. Abg., über d. böhm. Ausgleich 221, über d. Steuerreform 228, über die Währungsreform 230, gegen d. Dispos.-Fonds 239.
- Przack, österr. Min., Rücktritt 239.
- Radowitz v., d. Botsch. in Petersburg. 145.
- Rampolla, Kard., in d. franz. Kirchenfreit 268, 272.
- Rauchhaupt v., pr. Abg., üb. d. Volksschulgesetz 35.
- Ravachol, franz. Anarchist 273, 285, 354.
- Reichberg, Graf v., Aufruf an d. württ. Kathol. 201.
- Reichensperger, preuß. Abg., für das Volksschulgesetz 18.
- Reinach v., Bankier in Paris, in der Panamafache 289, 291.
- Reuß, Prinz v., Botsch. in Wien 72.
- Rhodes, Pr.-Min. d. Caplands 304.
- Ribot, franz. Ministerpräsi. 290, in d. Panamafache 291.
- Ricard, franz. Justiz-Min., in d. Panamafache 289, Rücktritt 290.
- Richard, Kard.-Erzb. v. Paris, in franz. Kirchenfreit 268.
- Richter, pr. u. R.L.-Abg., begrüßt v. Bennigsen 15, gegen d. Volksschulges. 18, üb. d. Wendung d. Pol. in Preußen 32, üb. Helgoland 44, üb. Dombau 45, 49, üb. Steuervorlage 155, über Reichsetat 164.
- Rickert, pr. u. R.L.-Abg., gegen Volksschulgesetz 15, 17, üb. Trennung der obersten Staatsämter 34, über die Steuervorlage 154.
- Riedel v., baier. Fin.-Min. 209.
- Rieunier, franz. Abm., bei d. Columbusfeier in Genua 323.
- Roché, franz. Handels-Min., Rücktritt 290.
- Roseberry, Lord, in d. Wahlbewegung 299, über Uganda 301.
- Rouvier, franz. Finanz-Min., Rücktritt 291, Geständnisse 292.
- Rubini di, ital. Ministerpräsi., Änderung im Ministerium 309, üb. d. Handelsvertr. 310, über berl. Botsch.-Posten 313, Steuerreform 314, Umbildung d. Ministeriums 315, Rücktritt 317.
- Safferling v., baier. Kriegsmin. 209, 217.
- Salisbury, engl. Ministerpräsi., in der Wahlbewegung 298, Rücktritt 300, gegen Home-Office 301.
- Scavenius, dän. Abg., üb. d. Konstit. Frage 368.
- Schauß, baier. Abg., üb. d. Redemptoristen 208, üb. d. preuß. Volksschulges. 211.
- Schenk, schweiz. Bundespräsi., über die Gotthardbefestigung 385.
- Schischkin, russ. Geh. R., Leiter des ausw. Depart. 264.
- Schlözer v., preuß. Ges. in Rom, Rücktritt 146, 175.
- Schmeykal, böhm. Abg., üb. d. Ausgleich 225.
- Schönborn, Graf, österr. Justiz-Min., Auflage gegen ihn 230.

- Schorlemer=Alst v., üb. d. Regierung des Königs 34, über die Haltung der Centr.-Partei 54.
- Schrempf, Pfarrer in Württ. und die Frage d. Apostolik. 130, entlassen 200.
- Schwarzenberg, Fürst, üb. d. böhm. Landsmannschafts=Min. 239.
- Siegfried, franz. Handels=Min. 290.
- Stablewski v., Erzb. v. Posen; leistet den Eid 2, Fürst Bismarck über ihn 128.
- Stambolow, bulgar. Ministerpräs., Anspr. an den Regenten 387, Noten an Serbien und die Pforte 388, in Konstantinopel 389.
- Steen, norweg. Ministerpräs., in der Unionsfrage 376, Rücktritt 377, bildet neues Cabinet 378.
- Steinbach, österr. Fin.=Min., über d. Steuerreform 228.
- Stöcker, für Dänen 9, für Volksschulges. 19, über d. Apostolikum 132.
- Stumm, Fchr. v., gegen die Soz.=Dem. 34.
- Szapary, ung. Ministerpräs., Ansp. an d. lib. Part. 243, in d. Osener Denkmalsache 253.
- Taaffe, Graf, österr. Ministerpräs., üb. d. Ausgleich 221, üb. d. böhm. Landsmannsch.=Min. 239.
- Tewfik Pascha, Khehive, stirbt 394.
- Thielen, preuß. Min., üb. Reform d. Eisenbahntarife 36.
- Tirard, französ. Senator, zum Fin.=Min. ernannt 291.
- Tisza v., Coloman, in ung. Adreßdeb. 246, als Oberkurator d. calvin. Bezirks 251.
- Tisza v., Ludw., ungar. Minister 254.
- Treitschke v., Prof., gegen Volksschulgesetz 23.
- Trikoupis, griech. Ministerpräs. 393.
- Turban, bad. Ministerpräs., über das Wahlssystem 196.
- Vasath, österr. Abg., üb. d. Dreibund 228.
- Vaszarh, Fürstbischof v. Ungarn 251.
- Viktor Napoleon, Aufruf 283.
- Villaris, ital. Kultus=Min., in der Univeritätsfrage 311.
- Waldersee, Graf 67.
- Wekerle, ungar. Ministerpräs. 254, Programm 255.
- Weyrauch v., Unterstaatssekr. im preuß. Kult.=Min. 31.
- Widenmayer, Bergmstr. v. München 77, 217.
- Wilhelm II., Kaiser, Ansprache an d. Erzb. von Posen 3, in Bückeburg 4, hält Kap. des schw. Adlerordens 4, Anspr. an Marinekadetten 4, Trinkspruch auf den König von Württ. 5, Danterlaß 8, Anspr. an d. brandenb. Stände 25, empfängt Besuche deutscher Fürsten 101, besucht v. Stumm 102, in Schwerin 102, in Ostfriesl. 103, auf Helgoland 103, führt den Kronprinzen in d. Heer ein 103, in Stettin 104, in Danzig 106, Trinkspr. auf d. Königinnen der Niederlande 108, Zusammenkunft mit d. Zaren 111, Erl. bez. d. roten Adlerordens 114, empfängt den König von Schweden 114, den Großherzog von Meckl.=Schwer. 115, den König v. Italien 115, tauft das Schiff Hohenzollern 118, reist nach Norwegen 118, tauft das Schiff Heimdal 119, reist nach England 119, Trinkspruch auf den Kaiser von Österreich 133, in Pommern 133, Schreiben an Oberbürgermeister Zelle 134, in Wien 134, beim Reformationsfest 137, Thronrede 156, in Stettin 174.
- Wilhelm, Kronprinz d. deutschen Reichs, Eintritt ins Heer 103, bei d. Frühlingsparade 110.
- Wilhelm, König von Württemberg, in Berlin 5, Toast auf den Großherzog v. Baden 198, in Weimar 204, Toast

- auf den König von Sachsen 205, in
Karlsruhe 205, in München 218.
- Wilhelm, Herzog v. Württ., Rede in
Münster 206.
- Wilhelm, Herzog von Urach 207.
- Wilhelmine, Königin der Niederlande
109, 361.
- Witte, russ. Fin.-Min. 262.
- Woeste, belg. Abg., in d. belg. Verfass.-
Frage 350.
- Wyschuegradski, russ. Fin.-Minister,
Rücktritt 262.
- Zanardelli, ital. Abg. 327, Präf. d.
Dep.-Kammer 329.
- Zedlitz-Trützschler, Graf v., preuß.
Kult.-Min., üb. Volksschulges. 16, 21,
Rücktritt 29, Abschied 31.
- Zorilla, Aufruf an die span. Republi-
kaner 338.

BIBLIOTEKA
UNIERSYTECKA
GDAŃSK

C 11 51687

BIBLIOTEKA
UNIERSYTECKA
GDAŃSK

7. 26)

1892